This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

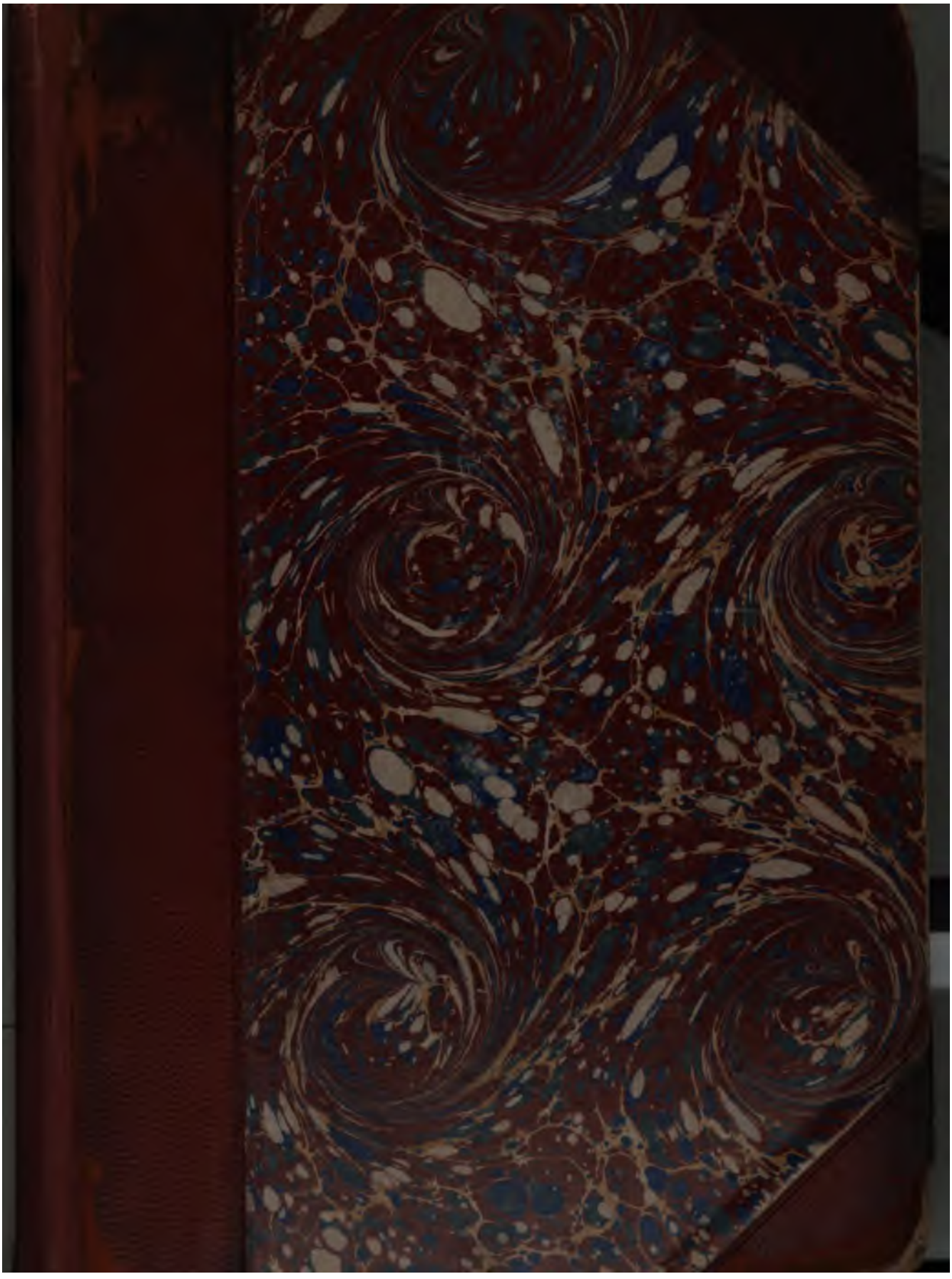
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



Ger 2395.61

HOHENZOLLERN COLLECTION

IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

№ 7913

Ger 2395.61

№ 7913

Wilmowski

Fürſt Herbert von Bismarcks politiſche Reden

Geſamtausgabe

veranſtaltet von

Johannes Penzler

Im Einverſtändnis mit der Fürſtin von Bismarck

L. 640

Mit einem Bildnis des Fürſten Herbert von Bismarck

Berlin und Stuttgart
W. Spemann
1905

Ger 2395.61

Harvard College Library
FEB 26 1908
Hohenzollern Collection
Gift of A. C. Coolidge

Druck der Hoffmannſchen Buchdruckerei in Stuttgart.

Vorwort.

Am 18. September dieſes Jahres iſt auch der älteſte Sohn des großen Kanzlers ſeinem Vater in die Ewigkeit gefolgt. Viel zu früh iſt der Platz des Fürſten Herbert Bismarck leer geworden. Erſt mit der Zeit wird das deutſche Volk dieſen ſchweren Verluſt in ſeinem ganzen Umfange erkennen.

Es entſpricht nur einer Pflicht der Pietät damit, daß dem deutſchen Vaterlande eine Geſamtausgabe der Reden des verewigten Staatsmannes noch auf den Weihnachtstiſch gelegt wird. Die Reden bis zum Sommer 1898 erſcheinen hier genau in der Geſtalt, wie ich ſie früher ſchon einmal unter der wachſamen Sorgfalt des Fürſten herausgeben durfte; die Reden ſeit jenem Zeitpunkte aber ſo, wie ſie von dem Verſtorbenen ſelbſt geſammelt worden ſind.

Die Bedeutung der parlamentariſchen Tätigkeit des Fürſten Herbert von Bismarck hat in überzeugender Weiſe Wilhelm v. Kardorff auf Wabnitz geſchildert in dem Nachrufe, den er in der Zeitung „Der Tag" ihm gewidmet hat. Mit Erlaubnis des Verfaſſers möge ein Teil ſeiner Arbeit die Einleitung zu der vorliegenden Sammlung bilden.

Leipzig, im Dezember 1904.

Johannes Penzler.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Fürst Herbert von Bismarck		1
	Von Wilhelm von Kardorff-Wabnitz.	
1. Wahlversammlung und Rede in Ratzeburg		5
	Am 16. Juni 1878.	
2. Versammlungen in Aumühle und Lauenburg		10
	Am 15. Juli 1878.	
3. Rede.	Gehälter von Subalternbeamten der Reichskanzlei	11
	Reichstag, 4. Dezember 1884.	
4. Rede.	In Ratzeburg	14
	Am 12. April 1885.	
5. Rede.	Die Schlachtsteuer	18
	Reichstag, 7. Mai 1885.	
6. Rede.	Das Branntweinmonopol	20
	Reichstag, 6. März 1886.	
7. Rede.	Wechselseitige Urteilsvollstreckung in Deutschland und Rußland	22
	Reichstag, 8. Januar 1887.	
8. Rede.	Behandlung des Budgets für die Kolonien	24
	Reichstag, 16. Dezember 1887.	
9. Rede.	Die Unterdrückung der Sklavenjagden	26
	Reichstag, 14. Dezember 1888.	
10. Rede.	Die Beschwerden gegen die Royal Niger-Kompanie	35
	Reichstag, 15. Januar 1889.	
11. Rede.	Der Sklavenhandel in Ostafrika	36
	Reichstag, 26. Januar 1889.	
12. Rede.	Höhere Subvention für die Zoologische Station in Neapel	40
	Reichstag, 6. Februar 1889.	

		Seite
13. Rede.	1. Angebliche Sonderpolitik des Grafen Waldersee	42
	2. Abteilung für Kolonialangelegenheiten	43
	3. Antwort an den Abg. Richter	46
	4. Zulassung der Jesuiten in den Schutzgebieten	48
	5. Verhältnis der Kolonialabteilung zum Auswärtigen Amte	50
	6. Niederlassungsvertrag mit der Schweiz	51
	Reichstag, 22. November 1889.	
14. Rede.	1. Der schweizerische Niederlassungsvertrag	53
	2. Die Beschwerden über die Royal Niger-Kompanie	54
	3. Die Samoakonferenz	58
	Reichstag, 26. November 1889.	
15. Rede.	Die Verwaltungskosten im südwestafrikanischen Schutzgebiet	61
	Reichstag, 27. November 1889.	
16. Rede.	Die Unterdrückung des Sklavenhandels	77
	Reichstag, 28. November 1889.	
17. Rede.	Wahlrede in Sandau	82
	Am 15. Mai 1893.	
18. Rede.	Wahlrede in Schönhausen	83
	Am 28. Mai 1893.	
19. Rede.	Wahlrede in Genthin	85
	Am 3. Juni 1893.	
20. Rede.	Wahlrede in Burg	89
	Am 5. Juni 1893.	
21. Rede.	Wahlrede in Gommern	90
	Am 7. Juni 1893.	
22. Rede.	Wahlrede in Milow bei Rathenow	93
	Am 9. Juni 1893.	
23. Rede.	Heeresverstärkung und zweijährige Dienstzeit	96
	Reichstag, 14. Juli 1893.	
24. Rede.	Die Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien	111
	Reichstag, 15. Dezember 1893.	
25. Rede.	Die handelspolitische Gleichberechtigung der Deutschen und Russen	131
	Reichstag, 16. April 1894.	
26. Rede.	Die Währungsfrage	134
	Reichstag, 15. Februar 1895.	
27. Rede.	Der Antrag Kanitz	146
	Reichstag, 16. Januar 1896.	

Seite

28. Rede. Antrag Kanitz und Königstreue 165
Reichstag, 17. Januar 1896.

29. Rede. In Schönhausen 166
Am 16. Februar 1896.

30. Rede. Die Zuckersteuer 168
Reichstag, 2. März 1896.

31. Rede. Die Bäckereiverordnung 181
Reichstag, 23. April 1896.

32. Rede. Persönliche Bemerkungen 188
Reichstag, 16. November 1896.

33. Rede. Der Prozeß Tausch 190
Reichstag, 5. Februar 1897.

34. Rede. Auf dem konservativen Parteitag in Dresden . 194
Am 7. März 1897.

35. Rede. Die Maul- und Klauenseuche 198
Reichstag, 28. Januar 1898.

36. Rede. Die Handelspolitik des Fürsten Bismarck . . . 202
Reichstag, 9. Februar 1898.

37. Rede. Im Landwirtschaftlichen Verein für Schönhausen und Umgegend 206
Am 20. März 1898.

38. Rede. Wahlrede in Genthin 208
Am 9. Juni 1898.

39. Rede. Die handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten 214
Reichstag, 11. Februar 1899.

40. Rede. Die Ausweisung von Dänen 222
Reichstag, 18. Februar 1899.

41. Rede. Die Bauernmajorate 233
Herrenhaus, 22. März 1899.

42. Rede. Samoa 237
Reichstag, 14. April 1899.

43. Rede. Lauenburger Kreisangelegenheiten 238
Herrenhaus, 9. Mai 1899.

44. Rede. Samoa 241
Reichstag, 22. Juni 1899.

45. Rede. Allgemeine Politik 247
Reichstag, 20. Januar 1900.

46. Rede. Die Fleischeinfuhr 259
Reichstag, 22. Mai 1900.

47. Rede. Die Getreidezölle 264
Reichstag, 25. Januar 1901.

Seite

48. Rede. Die Getreidezölle 274
Reichstag, 29. Januar 1901.

49. Rede. Die Polenfrage 289
Reichstag, 27. Februar 1901.

50. Rede. Eine „Lebensfrage“ in China 299
Reichstag, 19. März 1901.

51. Rede. In Burg 307
Am 16. April 1901.

52. Rede. In Genthin 312
Am 16. April 1901.

53. Rede. Der Etat des Auswärtigen 319
Reichstag, 4. März 1902.

54. Rede. Der Elbe-Trave-Kanal 323
Herrenhaus, 19. März 1902.

55. Rede. Die Polenfrage 328
Herrenhaus, 5. Mai 1902.

56. Rede. Die Zuckersteuer. Der Brüsseler Vertrag über Behandlung des Zuckers 333
Reichstag, 11. Juni 1902.

57. Rede. Die Polenfrage 337
Herrenhaus, 12. Juni 1902.

58. Rede. Die Meistbegünstigungsverträge 343
Reichstag, 16. Januar 1903.

59. Rede. Diäten für die Mitglieder des Reichstages 357
Reichstag, 3. Februar 1903.

60. Rede. Abwehr 364
Reichstag, 5. Februar 1903.

61. Rede. Wahlrede in Burg 368
Am 4. Juni 1903.

62. Rede. Wahlrede in Genthin 375
Am 4. Juni 1903.

63. Rede. Die Einweihung des Bismarckturmes auf dem Hamberge am Sachsenwalde 388
Am 21. Juni 1903.

64. Rede. Die Enthüllung des Bismarckdenkmals in Posen . 391
Am 11. Oktober 1903.

65. Rede. Die Polenfrage 393
Herrenhaus, 3. März 1904.

Fürſt Herbert von Bismarck.

Von

Wilhelm v. Kardorff-Wabnitz.

Die Trauerbotſchaft aus Friedrichsruh, die Nachricht von dem Hinſcheiden des Fürſten Herbert Bismarck wird in weiten Kreiſen des deutſchen Vaterlandes — und zwar nicht nur in der engeren Bismarckgemeinde, wenn ich mich dieſes Ausdruckes einmal bedienen darf — mit aufrichtiger Betrübnis empfunden werden. Es iſt in der Tat ein tragiſches Geſchick, die beiden Söhne des gewaltigen Staatsmannes, deſſen Energie das heutige deutſche Kaiſerreich ſeine Exiſtenz verdankt, im kräftigſten Mannesalter tückiſchen Krankheiten erliegen zu ſehen, bevor es beiden vergönnt war, die vielfach auf ſie geſetzten großen und ſtolzen Hoffnungen zu verwirklichen.

Söhne eines Mannes von ſo phänomenaler Bedeutung, wie ſie Fürſt Bismarck beſaß, haben von vornherein in dem Urteile der Mitwelt die Schwierigkeit zu überwinden, daß ihre Perſönlichkeit mit der des Vaters in Vergleich geſtellt wird, daß dieſer Vergleich zu ihren Ungunſten gezogen und ſogleich von den Gegnern zu der direkten oder indirekten Unterſtellung ausgenützt wird, als ob ſie nur als Träger eines großen Namens ohne jedes eigene Verdienſt in ihrem Auftreten, ihren ausgeſprochenen Meinungen eine an ſich ungerechtfertigte Autorität in Anſpruch nähmen.

Auch dem heimgegangenen Fürsten Herbert Bismarck ist diese Erfahrung nicht erspart geblieben, als er, in das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes berufen, die Politik der Regierung im Reichstag zu vertreten hatte. Und doch wird heute jeder unbefangene Beurteiler anerkennen müssen, daß in dem ganzen heutigen Reichstag kaum eine staatsmännische Kapazität aufzufinden ist, die als gleichwertig oder gar höherwertig als der Fürst Herbert Bismarck angesprochen werden könnte. Es gibt gewiß manche oratorisch begabtere Herren unter den Abgeordneten, auch sicher viele Herren, die für einzelne Gebiete, wie die Rechtspflege oder finanz- und steuertechnische Fragen und dergleichen mehr, über ein hervorragenderes Wissen verfügen mögen, obschon Fürst Herbert in der für den Diplomaten erforderlichen Grundlage von Kenntnissen es wohl mit jedem seiner Berufskollegen aufnehmen konnte und auch z. B. auf volkswirtschaftlichem Gebiete weit gründlicher unterrichtet war als manche Herren, die ihre Weisheit mit Selbstbewußtsein auszukramen pflegen. Aber der Verewigte hatte das Arbeiten in einer guten und scharfen Schule gelernt, denn der Altreichskanzler machte an seine Söhne vielleicht noch größere Ansprüche wie an andere — und was die Fähigkeit anbelangt, eine großangelegte Politik im Aeußeren und Inneren zu leiten, was gesunden Menschenverstand, was deutschnationale Gesinnung, was Geradheit des Charakters, was Entschlossenheit und Mut zum Handeln anbelangt, so weiß ich in der Tat keinen unter meinen verehrten Reichstagskollegen, den ich dem Fürsten Herbert hätte an die Seite stellen mögen.

Trotz der scharfen Gegnerschaft, welche er von der linken Seite des Hauses erfuhr, hatte er doch sehr bald das Ohr des Reichstags in solchem Grade gewonnen, daß zuletzt kaum irgend ein anderer Redner mit größerer Ruhe und Aufmerksamkeit gehört wurde. Noch im vorigen Reichstage sprach nach einer seiner Reden mein inzwischen ja auch heimgegangener lieber Freund G. v. Levetzow mir seine Freude darüber aus, welch gute Stellung sich der Fürst Herbert im Reichstage zu machen gewußt habe, und fügte hinzu: „Ich finde, er

wird in seinem Aussehen, seinem Auftreten und auch in der Art des Sprechens seinem Vater immer ähnlicher."

Fürst Herbert selbst betonte mir wiederholt, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge betrachte er es für seine Hauptaufgabe im Reichstage, falschen Behauptungen der Linken über seines Vaters Politik und lügnerischen Legendenbildungen über diese entgegenzutreten. „Daß ich über manche Frage andere Ansichten habe wie die heutigen leitenden Staatsmänner, wissen diese ganz genau, aber es würde mehr schaden als nützen, wollte ich z. B. bezüglich des Verhaltens zur Sozialdemokratie an dem einmal herrschenden Systeme Kritik üben, oder gar über auswärtige Politik Vorlesungen halten, von der ich heute doch auch nur so weit unterrichtet bin, wie mich die offizielle oder inoffizielle Presse belehrt — oder am Ende mir über Ministerverantwortlichkeit, über verantwortliche und unverantwortliche Ratgeber der Krone oder dergleichen heikle Dinge den Mund verbrennen." Solche oder ähnliche Aeußerungen konnten seine näheren Freunde häufig von ihm vernehmen. . . .

Als der Altreichskanzler in Friedrichsruh gelegentlich mir gegenüber einmal darüber klagte, daß es ihm, nachdem er so lange mitten in der großen Weltpolitik gestanden, so schwer falle, sich jetzt wieder intensiv für Land- und Forstwirtschaft zu interessieren, fügte er hinzu: „Meinem Sohne Herbert wird das ja zum Teil auch so gehen, aber er ist jung, kann möglicherweise doch noch einmal hervorgezogen werden, und er sitzt ja auch im Reichstage. Ich hätte vielleicht mehr in seinem eigenen Interesse gehandelt, wenn ich, statt ihn als Staatssekretär des Auswärtigen nach Berlin zu berufen, ihn länger in der Gesandtenkarriere belassen hätte; er hatte wiederholt in diplomatischen Verhandlungen hervorragendes Geschick bewiesen: im Reichstage bildete er die Zielscheibe, gegen welche meine Gegner ihre Geschosse richteten, wenn sie mich zu verletzen trachteten. Aber bei den außerordentlich diskreten Dingen, welche ich im auswärtigen Dienst und als Reichskanzler unter Umständen zu behandeln hatte, war es

für mich ſehr verführeriſch, mich im gegebenen Falle keiner anderer Beihilfe als der meines Sohnes bedienen zu dürfen.“

... Wenn heute durch des Fürſten Herbert Heimgang das ſchwerſte Leid über die Hinterbliebenen, inſonderheit über die Fürſtin verhängt iſt, welche erſt vor wenigen Monaten in andere tiefe Trauer verſetzt war, ſo verliert das deutſche Vaterland in dem Verewigten einen begeiſterten deutſchnationalen Patrioten und einen ſtaatsmänniſch hoch begabten Politiker, der deutſche Reichstag einen ſeiner hervorragendſten Abgeordneten, die konſervativen Parteien eine ſchwer zu erſetzende Kraft, die deutſche Landwirtſchaft einen der feſteſten Vertreter ihrer Intereſſen, ich perſönlich einen treuen, anhänglichen Freund!

Die erſte Kandidatur für den Reichstag 1878.

1. Rede. Wahlverſammlung in Ratzeburg.

Am 16. Juli 1878.

Die erſte Wahlverſammlung fand am Sonntag, den 14. Juli, in Ratzeburg ſtatt. Einen ausführlichen Bericht darüber brachte, wenn auch ganz in ſeiner Weiſe, das „Hamburger Fremdenblatt“.

Nach ihm ſagte Graf Herbert Bismarck:

er ſchätze es ſich zu hoher Ehre, daß gerade dieſer Kreis ihn mit der Vertretung im Reichstage betraue, und er ſei gern der an ihn gerichteten Einladung gefolgt, da es ſeines Herzens Wunſch ſei, ſeine engeren Landsleute, in deren Mitte er ſpäter angeſeſſen ſein werde, von Angeſicht zu Angeſicht kennen zu lernen.

Dann fuhr der Graf fort:

Wie Sie aus dem Munde des Herrn Grafen Bernſtorff-Gyldenſteen gehört haben, werde ich Sie nicht mit Anhörung meines Programms langweilen; geſtatten Sie mir aber, einen Blick auf die jetzige Lage zu werfen. Die Regierung wurde, wie Sie wiſſen, am 11. Juni genötigt, zur Auflöſung des Reichstags zu ſchreiten. Sie wurde dazu gezwungen durch die Reden und Meinungsäußerungen, welche in der Zeit zwiſchen den beiden Attentaten laut wurden, und die einen Mangel an Vertrauen gegen die Träger und Leiter unſerer Regierung dokumentierten. Die Regierung mußte nun an die Nation appellieren. um zu ergründen, ob die in ſolchen Kundgebungen und in der Haltung des Reichstags ausgedrückte Meinung auch die wirkliche Meinung des

Volkes sei — sie mußte daher zur Auflösung schreiten, um aus einer neuen Wahl und aus den allen Neugewählten mitgegebenen Mandaten zu erkennen, wie sich das Volk zu den Ansichten und Maßnahmen der Regierung stelle. Wer aber trägt die Schuld daran, daß der Reichstag aufgelöst ist, daß schon wieder dem Volke die Unbequemlichkeit einer Wahl aufgeladen wird, während es den meisten schon viel zu viel ist, wenn sie alle drei Jahre einmal wählen sollen? Kein anderer hat Schuld daran, als die Majorität vom 24. Mai d. J., welche dem von der Regierung eingebrachten Gesetze, welches das gesellschaftliche und politische Leben unseres Volkes vor den destruktiven Bestrebungen einer feindselig gesinnten Partei schützen sollte, ihre Zustimmung versagte. Nach alt hergebrachtem konstitutionellen Brauch mußte nach dieser Ablehnung entweder der Reichskanzler abdanken, oder der Reichstag mußte aufgelöst werden, wenigstens spricht dafür alles, was wir aus konstitutionellen Gesetzen und Bräuchen unseres Reiches und anderer Länder gelernt haben. Die Regierung hat sich für den zweiten Ausweg, die Auflösung, entschieden. Wie die ausführlichen Protokolle der erwähnten Sitzung des Reichstags vom 24. Mai ausweisen, hat der bisherige Vertreter des Kreises [1]) ebenfalls gegen das eingebrachte Gesetz gestimmt. Die Regierung, der es an Durchbringung des Gesetzes liegt, kann doch nun nicht wollen, daß diese Herren, welche erst gegen das Gesetz gestimmt haben, nach einigen Wochen mit ihrer Meinung „wieder umschmeißen", das müßte doch für diese Herren sehr unangenehm sein. Es würde für diese Herren eine sehr fatale Situation sein, wenn die Regierung ihnen sagt: „Wenn Sie wiedergewählt werden, so kommen Sie mit anderen Vorschlägen wieder." Vor 5 und vor 3 Jahren und jetzt auch hat die liberale und fortschrittliche Majorität bei vielen eingebrachten Gesetzen sich ablehnend verhalten mit dem kurzen Bemerken: „Das paßt uns nicht, macht etwas Anderes!" Aber niemals haben sie gesagt, wie es denn anders gemacht werden sollte, sonst hätte die Regierung sich wohl bemüht, auf Vorschläge einzugehen.

Was nun Ihren Wunsch, mich zum Kandidaten aufzustellen, betrifft, so habe ich zu der freundlichen Einladung nicht Nein sagen können.

[1]) Dr. Hammacher.

Es tut mir leid, daß ich, durch meine Stellung in Berlin festgehalten, nicht Zeit hatte, im Lande umher zu reisen, wie ich gern getan hätte, um mich mit der Bevölkerung näher bekannt zu machen. Da ich in Zukunft selbst im Lande wohnen werde und meine Interessen mit denen des Herzogtums innig verschmolzen sind, so werde ich naturgemäß, da ich Freud und Leid mit Ihnen zu teilen habe, das Beste dieses Landes immer zu wahren suchen.

Wenn wir nun auf das die Auflösung des Reichstages herbeiführende Ausnahmegesetz zu sprechen kommen, so ist das gar kein so anstößiges Gesetz. Sehen Sie doch die Engländer an, die in politischen Sachen allgemein für praktisch gelten und darin die größten Freiheiten, wie sie sagen, genießen. Trotzdem haben diese in dem Kampfe gegen die Fenier eine ganze Reihe von Ausnahmegesetzen erlassen und sind damit gut ausgekommen. Wenn es nun bei uns eine „Bande Verschworener" gibt, die die „fluchwürdigsten Verbrechen" sich in zwei Exemplaren auf den Hals geladen, soll da nicht der ruhige Staatsbürger durch Ausnahmegesetze vor den Ausschreitungen dieser Menschen geschützt werden, die durch eine niederträchtige Presse irregeleitet werden? Freilich wird auch der ruhige Bürger durch solche Gesetze, wie z. B. durch Einführung der Polizeistunde mitgedrückt werden. Aber jeder, der dem Gesetz gehorcht, hat ja nichts zu fürchten, und der Zustand soll auch nur so lange dauern, als es dringend notwendig ist. Es ist also besser, daß wir Ausnahmegesetzen zustimmen, als daß wir Zustände behalten, in denen innerhalb dreier Wochen zwei Attentate auf das Leben des Kaisers möglich sind.

Was meine übrigen Anschauungen betrifft, so ist es Ihnen bekannt, in welcher Stellung ich zu meinem Vater, dem Reichskanzler, stehe, und es ist Ihnen wohl begreiflich, daß ich meine politische Richtung mit der meines Vaters identifiziere, was jeder, der einen solchen Vater hat, auch tun würde. Da diese Ihnen genugsam bekannt ist, werde ich Sie nicht überflüssig mit Klarlegung meines Programms langweilen und Ihnen den schönen Sonntagnachmittag nicht verderben. Indem ich auf gestellte Fragen kurz zu antworten mich bereit erkläre, hoffe ich, daß wir heute hier zum Heile Lauenburgs versammelt gewesen sind.

(Bravo.)

Rechtsanwalt Barlach bemerkte, daß den Lauenburgern, wie auch dem Grafen daran gelegen sein müsse, wenn man ihn ganz und gar kennen lerne. Er richtete daher die Frage an ihn, ob er die Agitation, die von konservativer Seite für ihn betrieben werde, und bei welcher in Inseraten und Flugblättern eine Menge Schmähungen auf den bisherigen Vertreter gehäuft würden, gut heiße, ob er dieselbe unterstütze oder genehmige. Wenn in den Kundgebungen der Konservativen der Herr Graf „rein wie Gold und weiß wie Schnee" hingestellt werde, so wolle er diese herrlichen Eigenschaften keineswegs in Zweifel ziehen, aber die Wähler würden doch gern sehen, wie er sich zu den Beleidigungen und Angriffen auf die Ehrenhaftigkeit des Dr. Hammacher stelle. Ferner ob der Herr Graf wisse, daß an der Saaltür Exemplare einer Nummer der „Nordd. Reichspost" verteilt seien, in denen wieder Schmähartikel auf Dr. Hammacher ständen, die sich nur auf die Autorität eines Schriftstellers Otto Glagau und die angeblichen Aussagen unbekannter Vertrauensmänner am Rhein und Westfalen stützten. Dann müsse er bemerken, daß gelegentlich der Nichtannahme des Ausnahmegesetzes nur 57 Stimmen für dasselbe gewesen wären, daß es daher eigentümlich klänge, wenn man Dr. Hammacher für die Zurückweisung verantwortlich machen wolle. Er und seine Freunde behaupteten, daß das Gesetz darum durchfiel, weil es unvorbereitet kam, und die Regierung selbst mit der Abfassung so wenig zufrieden war, daß sie es wieder fallen ließ und nun ein neues ausarbeite. In der Periode, der man entgegengehe, würden aber nicht bloß das Ausnahmegesetz, sondern auch andere Dinge beraten werden, ohne daß der Herr Graf gesagt hat, wie er sich diesen gegenüber verhalten wird. Wie stellt sich der Herr Graf z. B. zum Steuerreformgesetz? Wird er, wenn eine höhere Besteuerung irgend eines Genußartikels wie Tabak beschlossen wird, für eine Entlastung anderer Budgets eintreten, oder wird er für Steuererhöhung ohne entsprechende Entlastung stimmen? Wird er dafür stimmen, daß eine Garantie dafür gewährt wird, und soll das Versprechen bloß die gegenwärtigen Minister oder auch die Nachfolger binden?

Graf Bismarck erwiderte, daß er von der Agitation gar nichts habe wissen können:

Glauben Sie denn, während ich vier Wochen im Kongreß tätig sein mußte, wo ich zu arbeiten und zu schreiben hatte, „daß ich mir die Finger beinah krumm geschrieben" habe, und ich mit den Berichten über die Sitzungen der Vertreter der Mächte von ganz Europa beschäftigt war, daß ich Inserate von Lübecker und Ratzeburger Blättern habe lesen können? Nicht einmal die größten Berliner Zeitungen habe

ich während dieser Zeit lesen können. Die Sache wird ja ihre Erledigung vor Gericht finden.

Was die Stimmabgabe Dr. Hammachers betrifft, so muß von vornherein erwähnt werden, daß bei jedem Gesetze, ob es Militär, Eisenbahnen oder Sonstiges betreffe, nur ca. 150 Stimmen dagegen sind. Eine konstante Mehrheit gibt es im Reichstag nicht; die nationalliberale Partei mußte immer den Ausschlag geben, und jedes ihrer Mitglieder hat diesmal denn auch den Ausschlag mitgegeben.

Was die Frage der Steuerreform anlangt, so verliest Graf Bismarck einen Passus aus der „Provinzialkorrespondenz", worin es in einem Aufsatze „Absichten und Wünsche der Regierung angesichts der Wahlen" heißt, daß unter den Verzehrungsgegenständen der Tabak wohl am geeignetsten erscheine, daß durch seine Besteuerung ein wünschenswertes Wachsen der Einkünfte des Staates geschaffen werden könne. Der Modus der Besteuerung werde jedoch erst von den Ergebnissen der Enquete abhängen. Auch der Reichskanzler habe zwar geäußert, daß er das Monopol für ein Ideal der Steuererhebung halte, daß er jedoch dafür nicht so eingenommen sei, daß er diesen Gedanken nicht zugunsten eines vielleicht besseren fahren lassen wollte. Die Männer, welche die Enquete anstellten, seien Sachverständige, sie würden Reisen nach Amerika, den westindischen Inseln ꝛc. unternehmen, studieren und beraten — man solle daher abwarten, was bei der Enquete herauskommt. Uebrigens sei ja auch das Monopol nicht so entsetzlich, denn die Zigarrenarbeiter würden dabei entschieden besser als jetzt fahren, da sie, wie in Frankreich, gesicherte feste Anstellungen in den Staatsfabriken und Ansprüche auf Pension erhalten würden.

Peinliche Fragen über Vermehrung und Entlastung müsse er der Regierung zur Beantwortung überlassen, denn habe man zu deren Umsicht in der Wirtschaft kein Vertrauen, dann könne er ruhig wieder nach Hause gehen und die Regierung könne dann nur einpacken! Eine Folge der vermehrten Einnahmen würde eine durchgreifende Steuerreform sein, wobei ein gänzlicher Wegfall der Klassensteuer für die unteren Klassen ins Auge gefaßt sei. Beamten z. B., deren Studienbahn und Vorbereitung kostspielig gewesen, kommt es schwer an, 10 oder 20 Taler Steuern zu bezahlen. Die Einkommensteuer solle künftig erst bei 2000 Mark Einkommen anfangen. Dem Arbeiter würde es

schwer, am Ersten jeden Monats 20 Pfennig Steuer zu bezahlen. Entrichte er sie nicht, so werde er gepfändet. Direkte Steuern seien viel härter als indirekte. Werde dafür aber der Tabak besteuert und infolgedessen teurer, so könne der Arbeiter doch eher einmal das Rauchen für einen oder zwei Tage unterlassen, als daß er sich pfänden läßt. Auch führt Graf Bismarck eine Stelle aus der Rede Treitschkes an, worin dieser sich gegen die Berliner Fortschrittspartei wendet. Deren Maxime sei nämlich: „Ich kenne zwar die Absicht der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie!" Treitschke sagt, daß es sich jetzt in Wahrheit bei der Absicht der Regierung nur um eine Veränderung in der Umlage der Steuer und um Entlastung der niederen Klassen handle.

2. Versammlungen in Humühle und Lauenburg.

Am 15. Juli 1878.

Ueber die Versammlung in Aumühle bei Friedrichsruh berichtet die „Lübecker Eisenbahn-Zeitung":

Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Graf Herbert Bismarck das Wort.

Derselbe dankte für den an ihn ergangenen Ruf um so mehr, als er ja von seinen Landsleuten komme. Er habe deshalb auch auf jede Wahl anderswo verzichtet, da ihm selbstverständlich die Interessen Lauenburgs am Herzen liegen müßten; sodann bemerkte er, daß man es ihm erlassen möge, heute abend so umfangreich wie in Ratzeburg seine Ansichten zu entwickeln. Auch würden ja alle seine Landsleute, die sich für ihn interessierten, das von ihm in Ratzeburg Gesagte in den Blättern bald lesen. Er könne nur wiederholen, daß das dort von ihm Gesprochene den Kern seiner Ansichten bilde.

Von diesem Gesichtspunkte aus entwickelte Graf von Bismarck hierauf nur kurz seine frühere Darlegung. Interpelliert wegen der Maigesetze, bemerkte der Redner:

Dies sei eigentlich eine Frage, welche von dem Herrn Landtagsabgeordneten zu beantworten sei. Allein die Zeit könne auch hier diese

Frage berechtigen, und da erkläre er kurz und entschieden, die Krone Preußens könne sich nie beugen vor den Anmaßungen römischer Priester, vor dem Streben nach römischer Priesterherrschaft.

Es folgte dann eine Interpellation wegen der Gewerbe- und Steuergesetzgebung. Dieser gegenüber erklärte er sich für Fortfall aller Klassensteuer, namentlich der arbeitenden Klasse, sogar des untersten Teiles der Einkommensteuer, und hinsichtlich der Gewerbe, daß es notwendig sei, dem notleidenden Handwerkerstand unter die Arme zu greifen.'

Am 17. Juli erfolgte dann eine Wählerversammlung in Lauenburg. Besonderes ist darüber nicht zu berichten.

Bei der Wahl unterlag Graf Herbert von Bismarck mit 3894 Stimmen gegen den nationalliberalen Dr. Hammacher, der 4276 Stimmen auf sich vereinigte.

Im Reichstage

vom 28. Oktober 1884 bis 18. Mai 1886.

Graf Herbert Bismarck trat erst bei Beginn der VI. Legislaturperiode, für die die Wahlen am 28. Oktober 1884 stattfanden, wieder mit in die Schranken und wurde für den Lauenburger Wahlkreis mit 4508 gegen 4303 Stimmen gewählt.

---

3. Rede. Im Reichstag.

Am 4. Dezember 1884.[1])

Gehälter von Subalternbeamten der Reichskanzlei.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1885/86 handelte es sich um die Bewilligung von jährlich 2700 Mark zur

[1]) Stenogr. Berichte, VI. Leg.-Per., 1. Session, S. 198 f.

Aufbesserung der Gehälter der Subalternbeamten der Reichskanzlei.

Der Abg. Richter hatte Ablehnung des Postens beantragt.

Der Abg. Freiherr von Huene hatte beantragt, diese Position zur nochmaligen Beratung an die Budgetkommission zu verweisen.

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhausen:

Wenn ich mir erlaube, meine Herren, nach den Ausführungen die wir vom Regierungstisch gehört haben, Ihre Aufmerksamkeit noch für wenige Minuten in Anspruch zu nehmen, so geschieht das, um Ihnen vor allem das Interesse der bei dieser Position beteiligten Subalternbeamten ans Herz zu legen. Ich darf das vielleicht aus dem Grunde tun, weil kein anderes Mitglied dieses hohen Hauses mit den einschlagenden Verhältnissen so vertraut ist, wie ich es durch meine längeren dienstlichen Beziehungen mit diesen Herren geworden bin.

Die Erhöhung, die hier beantragt wird, ist im Verhältnis zu den Leistungen der Beamten außerordentlich gering, und wenn Sie die Güte haben wollen, sich die Motive anzusehen, so werden Sie daraus entnehmen, daß eine vierzehnstündige Arbeitszeit im Durchschnitt von diesen Herren verlangt wird. Zu den anderen Eigenschaften, die sie besitzen müssen, gehört auch eine sehr hohe Vorbildung, viel höher, als sie von anderen Subalternbeamten gefordert zu werden braucht. Aus diesem Grunde werden die Subalternen der Reichskanzlei fast regelmäßig aus dem Ressort des Auswärtigen Amts entnommen, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, wo die Herren auch in bezug auf Sprache und Formen eine möglichst hohe Bildung haben müssen. Meine langjährige Bekanntschaft mit den Herren im Auswärtigen Amt, meine Verwendung sowohl in der Zentralstelle wie im Auslande setzt mich in die Lage, diesen Herren, aus denen die Reichskanzlei sich rekrutiert, in bezug auf ihre Pflichttreue und Anspruchslosigkeit das höchste Lob zu spenden.

Wenn Sie auf das Ausland sehen, werden Sie finden, daß die geheimen Bureaus der leitenden Staatsmänner von höheren Beamtenkategorien besetzt werden, weil dort solche zuverlässigen Subalternbeamten nicht geliefert werden können, wie unser vorzügliches Personal es gestattet. Es ist für uns eine große Ersparnis, daß wir unter dem Personal unserer Subalternen Beamte haben, die diese große

Vertrauensarbeit leiſten können. Wie oft liegen die wichtigſten Tatſachen vor, deren Geheimnis viele Millionen wert iſt! Wer von den Herren das Ausland kennt, wird wiſſen, wie es dort hergeht, und wie dort die Kanzleien zuſammengeſetzt ſind. Wer außerdem Bekannte in unſerem Auswärtigen Amte hat, wird wiſſen, wie hart der Dienſt iſt, und wie groß die Anforderungen; in vermehrtem Maße trifft das auf die Reichskanzlei zu, und ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, dieſen Poſten nicht ſo raſch übers Knie zu brechen. Wenn Sie bedenken, daß die Herren, die dort arbeiten, wie der Chef der Reichskanzlei eben ſagte, bei den Kenntniſſen, die ſie beſitzen, bei den Formen, über die ſie verfügen, leicht ſehr viel einträglichere Stellungen erlangen können, ſo werden Sie nicht nur einen Akt der Gerechtigkeit, ſondern auch der Klugheit erfüllen, wenn Sie den Herren für die Leiſtungen, die von ihnen verlangt werden, etwas höhere Entſchädigungen gewähren.

Sie ſehen, daß nur drei Beamte als Subalterne in der Reichskanzlei fungieren; ich bedaure, daß nicht ein vierter angeſtellt iſt, im Intereſſe der vielgeplagten Herren. Die Kanzlei darf keine Minute leer bleiben; zwei der Herren müſſen immer anweſend ſein; alſo kann immer nur einer auf einmal beurlaubt werden; und wenn Sie die Rechnung ziehen, ſo kommt ein jeder dieſer drei Beamten nur im dritten Teile des Jahres dazu, zum Mittageſſen nach Hauſe gehen zu können. Wenn die Kanzlei vier Beamte hätte, ſo würde es ſich beſſer verteilen laſſen.

Außerdem iſt noch etwas Anderes zu berückſichtigen. Ich kenne die Herren perſönlich, habe viel mit ihnen gearbeitet. Die Herren ſind alle ſchon wegen ihrer Arbeit zeitweiſe dienſtunfähig geworden und bedürfen längerer Urlaube. Dieſe Urlaube ſind ſehr koſtſpielig; aber die Beamten können die Arbeit nicht leiſten, wenn ſie nicht jährlich ein paar Wochen zur Kur und Erholung verwenden. Wäre ein vierter Beamter noch beantragt, ſo würden die Herren in der Lage ſein, ſich mehr erholen zu können — und es würde vermieden werden, daß, wie jetzt faſt immer, einer auf dem Rücken liegt. Daß der Antrag, den ich gewünſcht hätte, unterblieben iſt, hat ſeinen Grund wohl zunächſt in Erſparungsrückſichten, die der Herr Abgeordnete für Hagen vorangeſtellt hat; außerdem aber wird die Regierung wahrſcheinlich durch die ganz hervorragende Qualität der jetzigen Beamten zu der

Unterlassung bewogen worden sein. Diese bleiben nicht immer; sie sind in ihrer Gesundheit schon teilweise geschädigt und untergraben und können mit ihren Familien kaum anständig existieren, da auch äußerlich viel von ihnen verlangt wird.

Also üben Sie einen Akt der Gerechtigkeit und nehmen Sie sich dieser vielverdienten, vielgebildeten und vielgeplagten Subalternbeamten an; ich möchte dies umsomehr beantragen, als wir mit der Bewilligung den Herren nur eine wohlverdiente Anerkennung geben nach dem Spruche: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

(Bravo! rechts.)

Nachdem noch zweimal der Reichskanzler und außerdem die Abgeordneten Frhr. von Maltzahn-Gültz und von Helldorf für die Vorlage gesprochen, der Abgeordnete von Benda ebenfalls dem Antrag Huene zugestimmt hatte, wurde die geringfügige Position an die Budgetkommission zurückverwiesen.

4. Rede. In Ratzeburg.

Am 12. April 1885.*

Am 12. April 1885 hielt in Ratzeburg im großen Müllerschen Saale (so berichtet die „Allgemeine Lauenburgische Landes-Zeitung" am 14. April) der Reichstagsabgeordnete für Lauenburg, Graf Herbert Bismarck, vor zahlreich anwesenden Wählern im Konservativen Verein einen Vortrag, um seinen Standpunkt zu den schwebenden politischen Tagesfragen darzulegen und zu rechtfertigen.

Den Versammelten zunächst seinen Dank für ihr zahlreiches Erscheinen aussprechend, bedauerte Graf von Bismarck,

daß er nicht schon früher zu seinen Wählern habe kommen können, weil er durch die Arbeiten des Reichstags und seine Geschäfte im Auswärtigen Amte bisher daran verhindert gewesen. Er setze voraus, daß seine Wähler aus den Parlamentsberichten über die Verhandlungen des Reichstags orientiert seien. Wenn die Reichstagssession bisher so wenig Erfolge aufzuweisen habe und von Vorlagen wenige erledigt wären, so habe das seinen Grund in dem Redebedürfnis seiner

Herren Kollegen im Reichstage, namentlich derjenigen der linken Seite. Während die Regierung sich Mühe gebe, das umfangreichste Beweismaterial für ihre Vorlagen beizubringen, würden von gewissen Abgeordneten schon seit Jahren dieselben großen Reden gehalten, stets neue Behauptungen würden von ihnen aufgestellt, denen gegenüber ein Widerlegen nutzlos sei. Das Verhalten dieser Abgeordneten verglich Redner mit dem eigensinniger Kinder; die Geschäfte des Reichstages hätten darunter zu leiden, und deshalb sei bis jetzt nichts Positives geschaffen, als das Dampfersubventionsgesetz.

Das Erfreuliche bei der Durchbringung dieser Vorlage sei, daß Hamburg und Lübeck, in denen eine rege Betriebsamkeit herrsche, für dieselbe fördernd eingetreten seien; die Linke, die sich zwar Fortschritt nenne, stehe in Bezug hierauf auf dem Standpunkt des vorigen Jahrhunderts, sie wolle, daß der Staat nichts weiter als die Polizei betreiben solle, mit andern Worten, den Nachtwächterstaat. Die Dampfersubvention sei von internationaler Bedeutung, und er sei überzeugt, daß nach Jahren auch die Gegner derselben dafür stimmen würden. Mit Genugtuung konstatiert Redner auch die Mitwirkung der Elsässer und Sozialdemokraten bei diesem Gesetz; wenn dieselben auf dieser Bahn fortfahren würden zu arbeiten, sei in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage eine Gefahr nicht zu erblicken, und die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 habe sich nach dieser Richtung hin als eine frohe Botschaft erwiesen.

Für die noch im Reichstage zu erledigenden Vorlagen würden etwa 4—6 Wochen angestrengtester Tätigkeit nötig sein. Redner sprach dann seine Freude aus über das einträchtige Zusammenwirken der Nationalliberalen und Konservativen im diesseitigen Kreise, dem er sein Mandat verdanke, wodurch das Heidelberger Programm hier ins Praktische übersetzt sei. Er sei der deutschen Reichspartei (freikonservativen) beigetreten, der Männer mit ziemlich elastischem Programm angehören könnten. Durch zwei Deputationen von den Wünschen des Kreises unterrichtet, sei er in der Lage, die Versicherung geben zu können, daß die Dispositionen für den Stecknitzkanal [1]) sehr günstig

[1]) Die Stecknitz, ein bei Lauenburg mündender Nebenfluß der Elbe, ist bei dem Bau des Elbe-Trave-Kanals auf eine längere Strecke benutzt worden.

seien. Nach ihm vom Minister der öffentlichen Arbeiten gewordener Information würden die Vorarbeiten in den nächsten Tagen beendet werden, und es würde sich hauptsächlich darum handeln, da Lübeck ein hervorragendes Interesse an dem Kanal habe, die Summen abzugrenzen, welche von Lübeck und Preußen aufzubringen seien. Redner schloß diese „Episode" seines Vortrags, wie er sich ausdrückte, mit dem Versichern, daß die Chancen für den Kanal gut seien.

Eine zweite Frage, die unsern Kreis berühre, sei die der Zollerhöhung, namentlich der Getreidezölle. Auch hier setzte Redner voraus, da über diese Angelegenheit viel geschrieben und geredet sei, daß seine Zuhörer den Verhandlungen des Reichstags bei der ersten und zweiten Lesung gefolgt seien. Für die Regierungsvertreter sei es peinlich, immer dieselben Reden, wenn auch noch etwas ausführlicher, zu halten, wie sie vor 6 Jahren gehalten worden sind. Die Getreidezölle hätten auf den Preis des Getreides keinen maßgebenden Einfluß, denn die Schwankungen der letzteren seit 1879 ständen in keinem Verhältnisse zu den Zöllen, und so würde durch die letzteren auch das Brot keineswegs verteuert werden. Ueberdies werde uns von dem Getreide produzierenden Auslande eine solche Menge zugeführt, daß eine Preiserhöhung als ausgeschlossen betrachtet werden müsse, und vorausgesetzt, daß eine solche dennoch eintreten werde, sei dies für unsere Handwerker ein Vorteil, denn das so oft von fortschrittlicher Seite verlästerte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt" halte auch er aufrecht. Zum Beweis verwies Redner auf Frankreich, welches die Getreidezölle bedeutend erhöht habe, ohne daß die Preise gestiegen seien, und führte dann noch eine Reihe von Zahlen über den russischen Getreideexport an.

Die Kolonialpolitik der Regierung, die jedem Staatsbürger Freude machen müsse, kurz berührend, ging Redner dann auf den Hueneschen Verwendungsantrag über, der ihm sehr sympathisch sei. Durch die Ueberweisung der Ueberschüsse aus den Getreidezöllen an die Kommunen und Kreisverbände würde zwar unserm finanziell günstig gestellten Kreise weniger Vorteil als anderen Kreisen, besonders in den Rheinlanden, erwachsen, da in letzteren die enormen Kreislasten durch besondere Steuern aufgebracht werden müssen. Nicht zu unterschätzen sei aber der den kleineren Kommunen daraus entspringende Vorteil; er

hoffe, da auch die Regierung dem Antrag günstig gestimmt sei, daß derselbe Annahme finden werde.

Die Krisis in der Rübenzuckerindustrie anlangend, bemerkte er, daß dieselbe der Ueberproduktion zuzuschreiben sei, welcher nur durch Rückkehr zu dem des Schutzes bedürfenden Getreidebau entgegengetreten werden könne. Als weiteres geeignetes Steuerobjekt bezeichnete Redner den Branntwein, der noch eine weit höhere Besteuerung als bisher vertrage; er glaube, die Frage der Monopolisierung desselben sei in Erwägung zu ziehen. Betreffs der Börsensteuer hoffte er, es würden die Verhandlungen des Reichstages zu einem praktischen Resultat führen.

Zum Schluß dankte Redner für das zahlreiche Erscheinen in der Versammlung und sprach die Hoffnung aus, übers Jahr wieder in der Lage zu sein, zu seinen Wählern sprechen zu können.

Amtsgerichtsrat Franke dankte dann namens der Versammlung dem Abgeordneten für seinen vorzüglichen Vortrag und brachte demselben ein von der Mehrheit der Anwesenden begeistert aufgenommenes Hoch. Herr Subrektor Raydt aus Ratzeburg sprach zum Schluß noch seinen Dank aus für die Anerkennung, welche der Herr Abgeordnete der konservativ-nationalliberalen Koalition im hiesigen Kreise gezollt habe. Die Worte desselben, daß durch dies Kompromiß das Heidelberger Programm ins Praktische übersetzt sei, seien von politischer Bedeutung. Das Kompromiß, von der Zentralleitung der nationalliberalen Partei in Berlin angeregt, sei umso leichter zu stande gekommen, als es gerade der Sohn des Herrn Reichskanzlers gewesen, welcher für den Reichstag kandidierte. Die Entwickelung der Parteien habe ihnen recht gegeben; es gebe nur zwei Parteien, die eine, welche mit der Regierung an dem Wohle des Vaterlandes arbeite, und die andere, die sogenannte deutsch-freisinnige, die nur opponiere, nichts Positives schaffe und überall nur als Hemmschuh der Staatsmaschine sich zeige.

Herr Raydt schloß mit einem Hoch auf den Fürsten Reichskanzler, worauf Graf Herbert Bismarck mit einem Hoch auf den Kreis Lauenburg erwiderte.

5. Rede. Im Reichstag.

Am 7. Mai 1885.[1])

Die Schlachtsteuer.

Bei der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Abänderung des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867, liegen mehrere Anträge vor, die die Erhöhung oder Neueinführung der Schlacht- und Mahlsteuer für inländische Produkte verboten haben wollen.

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhausen:

In Anknüpfung an die uns beschäftigende Vorlage möchte ich einige Worte bezüglich des die Schlachtsteuer betreffenden Passus in den Motiven sagen. Es ist schon, abgesehen von der jetzigen Debatte, früher einmal die Rede davon gewesen, als wir uns mit den Mühlenfabrikaten beschäftigten, daß eine ganze Anzahl Kommunen durch die Zollerhöhung betroffen werden, und es ist dabei besonders auf das Königreich Sachsen exemplifiziert worden. Auch hier ist Sachsen in der Vorlage, das heißt in den Motiven, besonders angeführt. Ich will meinerseits nicht die umfangreichen Fragen, die schon von verschiedenen Vorrednern heute und am Freitag behandelt sind, in bezug auf Bier und Branntwein, anrühren, sondern ich will mich nur auf eins beschränken.

Auf Seite 19 der Motive zur Zolltarifnovelle waren bereits „andere Gründe" angeführt, welche eine Aenderung dieses Art. 5 des Zollvereinigungsvertrages von 1867 erforderlich machen. Diese anderen Gründe sind auf Seite 5 der vorliegenden Motive angeführt und von dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes am vorigen Freitag erwähnt worden. Soweit ich dieselben in Betracht ziehen will, beziehen sie sich nur auf den einen Artikel Schmalz, der teilweise der Schlachtsteuer unterliegt. Ausländisches Schmalz, das jetzt bereits über 3 Mk. Zoll zahlt, unterliegt dem Oktroi nicht; wohl aber wird nach dem bestehenden Zollvereinigungsvertrag inländisches Schmalz an bundesstaatlicher Landesgrenze mit einer Abgabe belegt.

---

[1]) Stenogr. Ber., a. a. O., Bd. 4, S. 2606.

Die Klagen der Intereſſenten, welche in den Motiven hier als berechtigt hingeſtellt werden, verdienen in der Tat unſere Berückſichtigung, und da neulich der Wunſch nach tatſächlichen Angaben hier ausgeſprochen worden iſt, ſo darf ich mir vielleicht erlauben, an einem kurzen Beiſpiel anzuführen, wie in dem beſtehenden Zuſtande eine direkte Benachteiligung deutſcher Arbeit zugunſten des Auslandes liegt. In Lauenburg an der Elbe beſteht die Schmalzraffinerie von Sanders und Berwin, welche amerikaniſches Rohſchmalz einführt und dafür 5 Mark Reichszoll zahlt. Sie hat einen verbreiteten Abſatz, kann aber nach Sachſen und Baden nur einführen, wenn ſie an der dortigen Grenze wiederholt 5 Mark zahlt, weil das amerikaniſche Rohſchmalz nach der Verarbeitung dort als inländiſches Produkt gilt; ausländiſches Schmalz unterliegt, wie Sie wiſſen, dieſer Abgabe nicht. Wenn alſo z. B. ein amerikaniſches Haus Schmalz nach Dresden ſchickt, ſo zahlt dasſelbe bloß den Reichszoll von 5 Mark; wenn aber eine inländiſche Raffinerie dieſes Schmalz dadurch wertvoller für uns macht, daß es deutſche Arbeit hinzufügt, muß es noch einmal 5 Mark zahlen und bleibt mithin nicht konkurrenzfähig. In dem Staatshaushalt des Königreichs Sachſen iſt die Schlachtſteuer pro 1884/85 mit 3 625 000 Mark angeſetzt. Auf eine ſo große Summe wird Sachſen nicht verzichten können, und ich halte es für ſchwer ausführbar, daß die Poſition Schmalz allein ausgeſondert wird, die hier beſonders betroffen worden iſt.

Um die beſtehende Ungerechtigkeit, die für dieſen einen Artikel ganz unbeſtreitbar vorliegt, auszugleichen, ſehe ich meinerſeits keinen anderen Weg als den vom Bundesrat betretenen, nämlich den Art. 5 des Zollvereinigungsvertrages abzuändern, und zwar in der Weiſe, daß das ausländiſche Schmalz in Zukunft unter die gleiche kommunale Verdammnis falle wie das inländiſche, und ich möchte Sie bitten, von dieſem Standpunkt aus die Vorlage anzunehmen, damit die jetzt beſtehende Begünſtigung des Auslandes auf Koſten der inländiſchen Induſtrie aufhört.

(Bravo rechts.)

6. Rede. Im Reichstag.

Am 6. März 1886.[1])

Das Branntweinmonopol.

Auf der Tagesordnung ſteht Fortſetzung und Schluß der erſten Beratung des Geſetzentwurfs betr. das Branntweinmonopol.

Abgeordneter Graf von Bismarck:

Meine Herren, ich bin geſtern nachmittag leider durch wichtige Dienſtgeſchäfte in meinem Reſſort verhindert worden, den Debatten dieſes Hauſes beizuwohnen, und habe darum erſt heute morgen aus der Oldenbergſchen Korreſpondenz erſehen — der ſtenographiſche Bericht liegt, wie ich bemerke, noch nicht vor —, daß mein Name geſtern in die Diskuſſion hineingezogen worden iſt. Ich bitte, mich deshalb zu entſchuldigen, wenn ich Veranlaſſung nehmen muß zu einer ganz kurzen, tatſächlichen Erwiderung.

Das Referat, welches ich hier in den Händen halte, iſt dasjenige von der Rede des Abgeordneten Rickert. Derſelbe hat nach dem Oldenberg geſagt:

> „Es wundert mich, das der Herr Finanzminiſter das nicht weiß, — daß er nicht weiß, daß Graf Bismarck ſchon vor einer Reihe von Monaten[2]) klar und deutlich in einer Rede erklärt hat, daß die Einführung des Branntweinmonopols beabſichtigt werde."

Dieſe Worte ſind tatſächlich nicht richtig. Die Rede, auf die hier angeſpielt worden iſt, habe ich in Ratzeburg in meinem Wahlkreis im April vorigen Jahres gehalten. Meine Aeußerung über das Monopol knüpfte damals an eine Beleuchtung des allgemeinen Finanzzuſtandes an und an die Notwendigkeit, höhere Einnahmen zu ſchaffen. Ueber dieſe Notwendigkeit habe ich mich in der in Wahlreden üblichen populären Weiſe geäußert. Ich lege Wert darauf, vor dem hohen Hauſe zu erklären, daß ich im April v. J. nicht geſagt habe und nicht habe ſagen können, daß die Einführung des Branntweinmonopols von der

---

[1]) Stenog. Ber., VI. Leg.-Per., 2. Seſſion, S. 1352.

[2]) Gemeint iſt die oben S. 17 mitgeteilte Aeußerung des Grafen von Bismarck in der Rede, die er am 12. April 1885 in Ratzeburg gehalten hat.

Regierung beabſichtigt werde; denn mir iſt davon, wie ich hier ausdrücklich verſichere, damals abſolut nichts bekannt geweſen. Ich habe in der Ratzeburger Verſammlung lediglich als Privatmann geſprochen und einer Auffaſſung Ausdruck gegeben, der ich hier innerhalb meiner Fraktion auch bei Kollegen begegnet war. Aber ich hatte nicht mit irgend einem Beamten über dieſe Frage geſprochen, als ich im April vorigen Jahres in Ratzeburg redend auftrat.

Es iſt das auch gar nicht möglich geweſen; die Vorbereitung der vor uns befindlichen Vorlage iſt ſo geheim behandelt worden, daß die anderen Reſſorts über die Abſichten des Finanzreſſorts in dieſer Hinſicht gar nichts erfahren konnten, und ich kann verſichern, daß meine eigene Zeit durch meine Reſſortgeſchäfte zu ſehr in Anſpruch genommen wird, um mich mit Fragen anderer, die etwa der Erwägung unterliegen, in Beziehung zu ſetzen.

Ich bitte alſo, davon Akt nehmen zu wollen, daß ich mich niemals ſo geäußert habe und nicht äußern konnte, wie es geſtern hier behauptet worden iſt; daß ich mit keinem Mitglied der Regierung, geſchweige denn mit einem Miniſter, im vorigen Jahre über das Branntweinmonopol geſprochen habe, und daß es mich ſelbſt überraſcht hat, daß die Vorlage bald nach meiner Ratzeburger Rede Geſtalt gewonnen hat.

Am 18. Mai 1886 legte Graf Bismarck ſein Mandat für den Reichstag nieder infolge der Ernennung zum Staatsſekretär des Auswärtigen Amtes. Sein Platz im Reichstage war fortan bis zum Scheiden aus dem Amte am Bundesratstiſche.

Bevollmächtigter zum Bundesrat

vom 18. Mai 1886 bis 26. März 1890.

7. Rede. Im Reichstag.

Am 8. Januar 1887.[1])

Wechſelſeitige Urteilsvollſtreckung in Deutſchland und Rußland.

Zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1887/88: Konſulat in St. Petersburg über die Wechſelſeitigkeit zwiſchen Deutſchland und Rußland bezüglich der Vollſtreckung gerichtlicher Urteile.

Der Abgeordnete Dr. Horwitz hatte das Mißliche der beſtehenden Verhältniſſe an zwei Beiſpielen erläutert:

„In einem kürzlich entſchiedenen Falle hat ſich nun das Gericht auf den Antrag des Vertreters — ich kann das ja deutlicher ausdrücken: auf meinen Antrag — direkt an das Konſulat in Petersburg gewendet, und das Konſulat in Petersburg hat die Rückſicht geübt, eine ganz deutliche und klare, leider aber ſachlich ſehr wenig zufriedenſtellende Auskunft zu geben, die den Inhalt meiner heutigen Beſchwerde bildet. Es iſt nämlich dort geſagt worden, daß ſeit einem vor mehreren Jahren ergangenen Erkenntnis des Kaſſationsdepartements, deſſen Ausſprüche bezüglich der Interpretation der Geſetze für alle Reichsbehörden verbindlich ſind, von den ruſſiſchen Gerichten die Artikel 1273 u. ff. der Zivilprozeßordnung nur dann in Anwendung gebracht werden, wenn mit dem Staate, deſſen Urteil vollſtreckt werden ſoll, eine bezügliche Konvention abgeſchloſſen iſt. Da eine ſolche Konvention zwiſchen Deutſchland und Rußland nicht beſteht, werden die Urteile deutſcher Gerichte hier nicht vollſtreckt.“

Der andere Fall war folgender:

„Es betrifft das auch die Forderung, eines inländiſchen Kaufmanns gegen einen im Königreich Polen angeſeſſenen Kaufmann, und zwar eine Wechſelklage, die nach den Anſchauungen, in denen wir aufgewachſen ſind, von Natur ein beſchleunigtes Tempo hat. Dieſe Klage iſt im März 1882 eingeleitet. Der Kläger hat zwar die Genugtuung gehabt, in erſter Inſtanz ein obſiegendes Stück Papier zu erlangen, aber ſeitdem liegt die Sache noch ununterbrochen beim Appellationsgerichtshofe in Warſchau.

[1]) Stenogr. Bericht, VI. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. I, S. 313.

Mein Mandant hat sich seinerzeit an das Auswärtige Amt gewandt und versucht, durch dasselbe auf den betreffenden dortigen Advokaten einzuwirken, daß er eine Beschwerde an den Appellationsgerichtshof in Warschau einreichte, damit in größerer Beschleunigung das Verfahren eintrete. Das hat der Herr übel aufgenommen: er könne sich keine Vorschriften diktieren lassen von einer Behörde, der er nicht untergeben sei; außerdem gezieme es sich nicht für ihn, in seiner Stellung ein derartiges Exzitatorium zu erlassen. Endlich fügte er materiell begründend hinzu, daß bei der großen Anzahl der Landgerichte, denen nur ein einziges Appellationsgericht übergeordnet ist zur Entscheidung in zweiter Instanz, der Zeitraum, gleichviel, ob es sich um eine Wechsel- oder andere Sache handle, von zwei Jahren erforderlich sei."

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts Graf von Bismarck-Schönhausen:

Der Herr Abgeordnete Dr. Horwitz hat den Sachverhalt, wie er sich momentan darstellt, vollkommen richtig geschildert; ich habe dem auch kaum etwas hinzuzufügen. Die Sachlage ist die, daß ein Vertrag mit Rußland eben nicht existiert. Einen solchen Vertrag würden wir erst abschließen müssen gemäß der von dem Herrn Abgeordneten angezogenen Aeußerung des russischen Kassationshofes, und ohne einen solchen Vertrag würden wir eine Vollstreckbarkeit nicht haben. Wie die Sache jetzt liegt, so sind auch die russischen Erkenntnisse bei uns nicht vollstreckbar.

Einen solchen Vertrag abzuschließen ist eine Frage, die ich hier nicht entscheiden kann und auch nicht so schnell entscheiden möchte. Ich möchte nur erwähnen, daß wir mit keiner Macht einen Vertrag haben über die Vollstreckbarkeit der Urteile, und daß es seine zwei Seiten haben kann, wenn wir uns verpflichten, solche Urteile von Gerichtshöfen einer anderen Macht bei uns zu vollstrecken.

Was die andere Sache mit dem Warschauer Gericht anbetrifft, die der Herr Abgeordnete Dr. Horwitz angeführt hat, so können wir versuchen, auf Verzögerungen diplomatisch eine Wirkung auszuüben; wir können aber in solchem Falle nichts tun, als auf dem Wege freundschaftlicher Vorstellung zu wirken. Es wird dies gewiß überall geschehen, wo die Interessen der deutschen Reichsangehörigen auf dem Spiele stehen.

8. Rede. Im Reichstag.

Am 16. Dezember 1887.[1])

Behandlung des Budgets für die Kolonien.

Zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1888/89: Verwaltungsausgaben in den Schutzgebieten.

Der Vorredner, Dr. Baumbach (Berlin), hatte geäußert:

„Die Frage, welche anzuregen ich mir erlauben wollte, ist auch nicht kolonialpolitischer, sondern lediglich budgetrechtlicher, staatsrechtlicher Natur. Sie ist früher schon in der Kommission und auch in diesem hohen Hause erörtert worden. Es handelt sich einfach darum, wie die Einnahmen und demnächst die Ausgaben hinsichtlich der Kolonien in dem Budget des Deutschen Reichs, und wie das Budgetrecht des Reichstags in Ansehung der kolonialen Einnahmen und Ausgaben zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen seien." Da aber die staatsrechtliche Natur unserer Schutzgebiete noch nicht klar geregelt und festgestellt sei, hatte er es für zweckmäßig erklärt, die Budgetfrage, um die es sich im vorliegenden Falle handelte, zu vertagen.

Darauf antwortete der Bevollmächtigte zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Graf von Bismarck-Schönhausen:

Der Herr Vorredner hat keinen Antrag mit seinem Vortrage verbunden und nur gesagt, er wolle diese budgetrechtliche Diskussion vertagt wissen. Es liegt mir fern, hiergegen einen Widerspruch zu erheben, allein schon deshalb, weil der Herr Vorredner uns in dem Falle mit einer Verlängerung der Debatte bedroht hat. Ich möchte nur, da die Sache als eine vertagte voraussichtlich wieder vorkommen wird, einige rein akademische Bemerkungen an dasjenige knüpfen, was der Herr Vorredner gesagt hat, lediglich als Material für etwaige spätere Diskussionen, auf daß es dann nicht heißt, von bundesrätlicher Seite ist gar nichts in der Debatte bemerkt worden.

Die uns hier beschäftigende Frage ist in der vorjährigen Budgetkommission von dem Herrn Direktor im Reichsschatzamt auch von ihrem etatsrechtlichen Standpunkt aus beleuchtet worden. Auch in der jetzigen Budgetkommission ist der Artikel 69 der Verfassung wieder angeführt worden, und ich möchte deshalb — immer rein akademisch

[1]) Stenogr. Bericht, VII. Leg.-Per., 1. Session, Bd. I, S. 306 f.

— meine Meinung dahin aussprechen, daß der Artikel 69 hier keine Anwendung finden kann, weil es sich nicht um ein unmittelbares Reichsgebiet handelt. Das Reichsgebiet ist durch den ersten Artikel der Reichsverfassung definiert, diese ist aber in den Schutzgebieten nicht eingeführt worden.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es wäre bisher untunlich erschienen, für unsere Schutzgebiete in ihrer jetzigen Gestaltung ein genaues Analogon mit Schutzgebieten oder Kolonien anderer Staaten zu finden. Das mag im gegenwärtigen Moment in der Hauptsache zutreffend sein; aber ich möchte daran erinnern, daß im vorigen Jahrhundert englische Kolonien, die jetzt in großer Blüte sind, ganz ähnlich angefangen haben. Ich darf nur das Wort „Ostindische Kompanie" aussprechen; ferner möchte ich auf die ziemlich neue Borneokompanie hinweisen, deren Besitz die Engländer doch als zu ihrem Schutzgebiet gehörig betrachten, und die sie — wenn ich mich eines landläufigen Ausdrucks bedienen darf — bisher nicht recht unterfuttern können in ihr ganzes Kolonialsystem.

Weiterhin möchte ich mir erlauben hinzuweisen auf ein simile in unserem Etat: das ist das archäologische Institut. Das hat ebenso, wie wir es für die Schutzgebiete in Anspruch nehmen, die Rechte juristischer Personen und stellt seinen eigenen Etat ohne Kontrolle auf; der Reichstag hat für dasselbe ein Pauschquantum bewilligt, ohne daß die Ausgaben ersichtlich gemacht werden. Soviel ich weiß, hat das nie zu einem Anstoß Anlaß gegeben.

Ich möchte dann zum Schluß noch darauf hinweisen, daß die alten großen Kolonialstaaten in bezug auf Kolonialbudgets viel zurückhaltender sind, als wir es hier dem Reichstage gegenüber gewesen sind. Die Budgets Englands und Frankreichs machen die Etats ihrer Kolonien nicht ersichtlich, und die Volksvertretungen verlangen es nicht; einige andere Staaten, wie die Niederlande für Ostindien, tun es zum Teil, die meisten aber nur, wenn es sich um Deckung eines Defizits durch Subvention handelt. Den Herren, die in der englischen Verfassung Bescheid wissen, ist es bekannt, daß die Kolonien ihr eigenes Budget haben, daß sie sogar in der Lage sind, eigene Anleihen aufzunehmen. Bei jener Nation hat die Erfahrung gezeigt, daß eine Beschäftigung der Parlamente mit den Kolonialetats nicht zweckmäßig ist.

Feststehend ist für uns, daß, wenn Zuschüsse gebraucht werden — was in Zukunft nicht mehr regelmäßig der Fall sein wird —, der Reichstag absolute Verfügung darüber und den Anspruch hat, bezüglich der Verwendung informiert zu sein. Hiernach ist im vorliegenden Etat verfahren worden; wir sind bei dessen Aufstellung noch über die Wünsche des Reichstages hinausgegangen, indem die Denkschrift nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen ersichtlich macht.

Indem ich wiederhole, daß ich meine Bemerkungen nur als loses Material aufzunehmen bitte, und daß ich heute keine etatsrechtliche Diskussion herbeiführen will, schließe ich hiermit meinen Vortrag.

9. Rede. Im Reichstag.

Am 14. Dezember 1888.[1])

Die Unterdrückung der Sklavenjagden.

Beratung des Antrags Dr. Windthorst, die Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden in Afrika betreffend.

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen:

Die Einbringung des Antrages, der uns heute beschäftigt, hat in weiten Kreisen unserer Bevölkerung lebhafte Genugtuung hervorgerufen, und ich bin überzeugt, daß der Inhalt der heutigen Debatte dies noch in erhöhtem Maße innerhalb unseres Vaterlandes tun wird. Ich darf mich persönlich dahin aussprechen, daß der Gang der Debatte mich mit großer Genugtuung erfüllt hat, und am meisten, daß die hervorragendsten Mitglieder des Hauses[2]) ein sehr warmes Interesse bekunden an der Uebernahme der großen Aufgabe, an der Unterdrückung des Sklavenhandels und an den kulturellen Anstrengungen der deutschen Pioniere der Zivilisation.

Ueber die Sache, die uns heute beschäftigt, ist schon so viel Vortreffliches und Eingehendes gesagt worden, daß mir zu sagen fast nichts

[1]) Stenogr. Ber., a. a. O., 4. Session, Bd. I, S. 310—312.

[2]) Vor dem Grafen von Bismarck hatten die Abgeordneten Dr. Windthorst, Woermann und von Helldorf zu dem Antrage gesprochen.

mehr übrig bleibt. Trotzdem möchte ich bitten, mir einige Minuten Gehör zu schenken.

Ueber die Lage der Dinge in Ostafrika selbst sind die Herren durch die im Druck Ihnen vorgelegten Depeschen orientiert worden, insoweit dies gegenwärtig möglich war. Es hat sich seit der Vorlage des sogenannten Weißbuchs nichts wesentliches verändert — ich glaube nur insofern, als jetzt auch Portugal faktisch den Blockademaßregeln beigetreten ist und sich in dankenswerter Weise bereit erklärt hat,

(Bravo!)

mit beträchtlichen Kräften einen großen Teil, $2^1/_2$ Breitengrade, nahezu 40 deutsche Meilen, seiner eigenen an die Sansibarküste angrenzenden Kolonie Mozambique in Blockadezustand zu erklären.

Im übrigen ist über die Zustände in Ostafrika Erfreuliches leider jetzt nicht viel zu sagen. Was die „Gesellschaft für Ostafrika" betrifft, so hat sie ihre umfassende Aufgabe mit an sich geringen Mitteln unternommen, deren Mißverhältnis zu der von ihr übernommenen Kulturmission noch gesteigert worden ist durch die Reaktion der arabischen Sklavenhändler, welche sich in ihrem ebenso schmählichen wie lukrativen Geschäft und dessen Ausübung bedroht sahen durch Anbahnung geordneter Verhältnisse in Afrika.

Die Chefs (wie sie sich dort nennen) der Banden, die diese schändliche Sklavenjagd betreiben, haben bisher unter der Oberherrschaft des Sultans von Sansibar gestanden. Sie haben sich direkt gegen diesen empört und haben manche von unseren Reichsangehörigen, die zum Teil auf Grund des Vertrages im Namen des Sultans tätig waren, an Leben und Eigentum geschädigt. Diese Sklavenjagden, die hier so viel besprochen worden und aufs eingehendste in der großen Gürzenichversammlung in Köln beleuchtet worden sind, von der die Herren wohl fast alle Kenntnis haben, sind in erster Linie eine große Schmach für die Menschheit und unser Jahrhundert. Ganz abgesehen von diesem Gesichtspunkt sind sie aber auch verwerflich und beklagenswert, weil sie systematisch zur Entvölkerung, mithin zur Wüstlegung Afrikas führen. Sie werden aus den vielfachen Veröffentlichungen, die erfolgt sind, erfahren haben, daß Gegenden, die für afrikanische Verhältnisse blühend zu nennen waren — man muß da einen geringen Maßstab anlegen, die Negerdörfer sind natürlich nicht mit anderen Dörfern zu ver-

gleichen —, daß ſolche Gegenden durch Sklavenjagden verwüſtet ſind, indem die Eingeborenen entweder fortgeführt, verjagt oder erſchlagen wurden. Die Sklavenjäger, die ebenſo habgierig wie gewiſſenlos verfahren, gehen viele hundert Meilen weit ins Innere und verbreiten nicht nur Schrecken und Furcht, ſondern ſchlagen tot, was ſie nicht mitnehmen können. Es ſind das Zuſtände, bei denen die an ſich armen und dürftigen Anſiedelungen der Neger nicht beſtehen können. Dieſe unglückſeligen Menſchen tief im Innern kennen vielfach noch keine Feuerwaffen oder lernen ſie höchſtens am eigenen Leib kennen, wenn die Kugel des Arabers ſie trifft. Natürlich ſind ſie wehrlos gegenüber den mit weittragenden Präziſionswaffen verſehenen Arabern. — Ich komme auf dieſen Punkt nachher bei der Frage der Zufuhr von Munition zurück, und wollte hier nur noch ſagen, daß angeſichts dieſer Tatſachen, wie ſie der Abgeordnete Windthorſt als Antragſteller dargelegt hat, nachdem wir dort einmal durch deutſche Anſiedelungen vertreten ſind, ich es als eine Ehrenſache für das Reich bezeichnen zu dürfen glaube, die Aufgabe weiter zu führen.

(Bravo!)

Wir ſind dabei der Unterſtützung Englands gewiß, welches, getreu ſeinen ehrenvollen Traditionen, ſtets an der Spitze aller Antiſklavereibeſtrebungen geſtanden hat. Wir werden alſo — das glaube ich ſicher ſagen zu können — auf rückhaltloſe Unterſtützung rechnen können. Wir ſind, wie die Herren auch aus den Weißbuchdepeſchen erſehen haben, mit der engliſchen Regierung in vertraulicher und eingehender Beratung geweſen, und ich kann nur ſagen, daß dieſelbe in dieſer ganzen Zeit mit der größten Loyalität und dem dankenswerteſten Entgegenkommen verfahren iſt.

(Bravo!)

Ich habe gar keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß dies auch ferner der Fall ſein wird. Diejenigen Herren, welche den Beratungen im engliſchen Parlamente folgen, werden daraus erſehen haben, daß der Unterſtaatsſekretär Ferguſſon ſich in ganz analogem Sinn ausſprach, inſoweit Deutſchland in Betracht kommt. Da herrſcht alſo vollkommenes Vertrauen und volle Uebereinſtimmung. Es iſt das auch inſofern von großer Wichtigkeit, weil wir infolge des Vertrages vom Herbſt 1885 uns mit England dort gewiſſermaßen verheiratet

haben. Wir haben das gern getan, weil wir in dieſer kolonialen Ehe nur profitieren können von den Erfahrungen des andern Teils, und weil wir England mit ſeinem großen Unternehmungsgeiſt und gewaltigem Kapital zur Seite haben, welches uns mit behülflich ſein wird, um den Sklavenjagden nachhaltig und wirkſam entgegenzutreten. Es iſt dies, wie die Herren Vorredner, und an erſter Stelle der Herr Antragſteller, entwickelt haben, das nächſte Objekt, was nicht nur die öffentliche Meinung, für die dies ſehr ehrenvoll iſt, ſondern auch die Regierung von ihrem praktiſchen und verantwortlichen Standpunkt aus — ich will die andere damit nicht unpraktiſch nennen — ins Auge zu faſſen hat. Solange die Greuel des Sklavenhandels mit allen Nachteilen, die ich vorhin angedeutet habe, beſtehen, ſo lange iſt es auch nicht möglich, Afrika der Geſittung, dem Chriſtentum und der Kultur zu erſchließen. In dieſe drei Worte glaube ich, laſſen ſich auch die Ziele des Herrn Antragſtellers zuſammenfaſſen, und die teilen wir aus vollem Herzen.

Bei den Beratungen, die wir in England gepflogen haben, hat ſich ergeben, daß das erſte anwendbare Mittel die Seeblockade war, um die Ausfuhr der Sklaven und die Einfuhr der Waffen zu hemmen. In der kurzen Zeit ließ ſich etwas Anderes gar nicht finden; wir können uns nicht auf Landunternehmungen einlaſſen aus Gründen, die ſich den Herren von ſelbſt aufdrängen werden. Wir hatten vier unſerer beſten Schiffe dort, und die ſind jetzt noch durch zwei verſtärkt worden; England hat deren fünf dort; Italien hat, glaube ich, jetzt auch ein zweites Schiff hingeſchickt, und Portugal verfügt dort über mehrere Schiffe, ſo daß immer eine beträchtliche Summe von Schiffen und Schiffsmannſchaften vereinigt iſt. Die Veröffentlichungen über die Engagements unſerer Marine haben auch ergeben, daß dieſelbe, wie ſie dies überall zu tun gewohnt iſt, mit Umſicht, Tapferkeit und Entſchloſſenheit die Flagge und die Intereſſen Deutſchlands hoch hält.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir können nicht genug rühmen die Umſicht und Klarheit, die beſonders unſer Admiral Deinhard dort an den Tag legt. Er hat das Glück gehabt, verſchiedene Sklavenſchiffe aufgreifen zu können; wir haben noch nicht gehört, ob Schiffe anderer Nationen auch ſo glücklich

gewesen sind. Es wird sich daran die Erwägung schließen, was mit den Sklaven später anzufangen ist; ich glaube, daß man sie am besten als freie Arbeiter wird verwenden können, vielleicht den dort bestehenden Missionen überweisen. Zurückschicken kann man sie nicht — die unglücklichen Leute finden sich nicht nach Hause und würden von den Arabern wieder aufgefangen werden.

Ich will noch weiterhin eingehen auf die Stellung der verschiedenen Mächte. Der Herr Antragsteller vermißt eine Andeutung über Frankreichs Stellung. In dem Weißbuch ist darüber allerdings ziemlich wenig enthalten; ich glaube, in der Hauptsache nur ein Telegramm unseres Botschafters in Paris über eine Unterredung mit Herrn Goblet. Diese war aber immerhin sehr befriedigend. Der französische Herr auswärtige Minister hat sich entgegenkommend geäußert, und es wird für alle anwesenden Herren erfreulich sein zu vernehmen, daß er ein so großes Gewicht legt auf die alten Traditionen Frankreichs. Nun ist Frankreich, wie die Herren wissen, dem Vertrage vom Jahre 1841, den die damaligen vier anderen Großmächte abschlossen zur Unterdrückung des Sklavenhandels, leider nicht beigetreten. Es war ein prinzipielles Bedenken, das die Franzosen davon abhielt, den Vertrag, den sie schon abgeschlossen hatten, zu ratifizieren. Sie glaubten nämlich, daß es mit der Würde der französischen Flagge nicht verträglich wäre, daß Schiffe, die sie führen, von englischen Kreuzern untersucht würden, selbst wenn diese Schiffe von Arabern geführt werden und Sklaven an Bord haben. Das ist eine prinzipielle Frage, die auch wohl einen politischen Hintergrund haben wird, den ich nicht weiter untersuchen will. Von allen vier Großmächten, England, Rußland, Preußen und Oesterreich, war es nur England, das Kreuzer in fernen Meeren halten konnte, so daß England auch die einzige Macht war, die seit dem Jahre 1841 dem Sklavenhandel entgegengetreten ist, insoweit dieser nicht unter französischer Flagge fuhr. Die französische Regierung hat jetzt also zugesagt, ihre ostafrikanische Station wesentlich zu verstärken, und hat sich, festhaltend an ihrem alten Standpunkt, ausbedungen, daß diejenigen Schiffe, welche, obgleich sie Arabern gehören, ihre Heimatpapiere in Obok oder Madagaskar genommen haben und die französische Flagge führen, dem nächsten französischen Konsulat oder dem nächsten französischen Kriegs-

schiff überwiesen werden. Die französischen Gesetze gegen Sklaverei sind sehr streng, und die Sklavenhändler würden nach ihnen bestraft werden, so daß ich hoffe, daß der Herr Antragsteller damit befriedigt sein wird. Wir werden auch, wie es in der Thronrede bereits angekündigt ist, mit den übrigen Mächten weiter zu verhandeln uns angelegen sein lassen, zumal nachdem wir die Ermutigung dazu aus dem bisherigen erwünschten Verlauf der heutigen Debatte gewonnen haben.

Ehe wir uns mit weiteren Maßregeln befassen, werden wir noch die Einziehung von Erkundigungen fortsetzen bei orts- und sachkundigen Leuten. An erster Stelle haben wir in dieser Beziehung die Vergünstigung, daß der von den Herren Vorrednern auch schon genannte und so rühmlichst bekannte verehrte Herr Wißmann, der heute unter uns weilt, uns mit seinem Rate momentan zur Verfügung steht. Gerade aus verschiedenen Unterhaltungen, die ich mit diesem Herrn gehabt habe, habe ich die erste Ermutigung entnommen, an Ausarbeitung einer Vorlage zu denken. Nach den Angaben sowohl dieses Herrn als auch erfahrener und vielgereister Kaufleute, die Beziehungen mit Afrika haben, würde es gar nicht einmal nötig sein, sehr bedeutende Kräfte in Bewegung zu setzen, um den Sklavenjägern und Menschenmördern das Handwerk zu legen.

Wir haben bisher zwar nur Material gesammelt und als streng konstitutionelle Leute an eine Ausarbeitung der Vorlage nicht gehen können; wir wollen vor allem die nötige Basis haben, das heißt, die Ermutigung und Unterstützung des Reichstags, welche wir jetzt wohl erhoffen dürfen. Ich will einstweilen nur andeuten, daß nach dem, was diese Herren sagen, es sich nur um einige hundert Polizeisoldaten in den einzelnen Stationen handeln würde, Polizeisoldaten, welche vielleicht im Namen der Gesellschaft, die dort die Oberhoheit von dem Sultan übertragen erhalten hat, oder auf irgend eine andere Weise angeworben werden könnten. Ich streife dieses hier nur und bemerke, daß wir uns alle Entschlüsse vorbehalten, bis wir die Vorlage einbringen. Wir werden sehr dankbar sein, wenn uns aus der Mitte des Hauses, da die Herren ja zum Teil intime Beziehungen mit Ostafrikareisenden haben, Winke und Ratschläge zugehen, während wir an der Ausarbeitung der Vorlage sind.

Ich möchte auch den Punkt mir durchaus aneignen, den der Herr Antragsteller berührte, nämlich, daß wir möglichst einig nach außen erscheinen, wie wir es innerlich vollkommen sind. Es handelt sich wohl höchstens um verschiedene Formen. Ich bin aber überzeugt, daß die Diskussion alles beizubringende Material so weich hämmern wird, daß wir dasselbe in die richtige Form bringen können und bei der Beratung, die uns in einigen Wochen, denke ich, bevorsteht, eine volle Einigkeit in der Beziehung nach außen erreichen werden. Wir werden uns genau in den Grenzen halten, die der Reichstag uns dann ziehen wird, wie wir uns bisher — das ist heute auch von der Tribüne zu meiner Befriedigung anerkannt worden — genau an die Grenze gehalten haben, welche durch die seiner Zeit kundgegebenen Prinzipien über die Stellung des Reichs zu den kolonialen Bestrebungen seiner Angehörigen gezogen sind.

Mein verehrter Herr Vorredner [1]) hat davon gesprochen, die Marine zu entlasten; und ich glaube in der Tat, daß das angezeigt sein würde; denn die Marine hat eine sehr schwierige und weite Aufgabe: sie soll eine Küste von circa 8 Breitegraden bewachen; es wird oft nicht möglich sein, in den dunklen Tropennächten, in denen ein Sklavenschiff ohne Lichter bei den dort ziemlich regelmäßig wehenden Winden in 5 Stunden nach der Insel Sansibar von dem Festlande hinüberfährt, desselben habhaft zu werden. Es wird sich also im Sinne des Herrn Vorredners empfehlen, daß wir den von Herrn von Helldorf angewandten Ausdruck in die Praxis übersetzen und an eine Landblockade denken. Ich nehme diesen Ausdruck absichtlich hier auf, weil er umfassender ist und sich alles mögliche darunter verstehen läßt. — Mir ist gesagt worden, daß 7- bis 900 Schwarze mit etwa 30 weißen Führern einschließlich einer Reserve in Sansibar genügen würden, wenn vier Punkte gehalten werden sollen. Das Minimum für jeden Punkt würden 100 Schwarze mit einigen weißen Führern sein. Das führe ich nur informatorisch an, wie ich es selbst nur als Information bekommen habe; ich kann eine Garantie dafür nicht übernehmen.

Daß der Sklavenhandel seit dem Auftreten der Engländer im Jahre 1873 schon wesentlich abgenommen hat, ist Tatsache. Wenn

[1]) Abg. von Helldorf.

die Herren geſtatten, daß ich einen ganz kurzen Auszug aus einer Schrift zitiere von Dr. Fiſcher: „Mehr Licht im dunkeln Weltteil“, Hamburg 1885, — da iſt geſagt:

> Der Sultan von Sanſibar hatte vor dem Jahre 1870 50000 Sklaven, jetzt hat er nur noch 10000; alſo innerhalb 15 Jahren iſt die Zahl auf ein Fünftel geſunken.

Aus dem im Jahre 1872 erſchienenen Buche von Burton über Sanſibar ergibt ſich (Volumen I, pag. 463 und 465), daß die Sklavenverſorgung der Inſel Sanſibar eine Anzahl erforderte, welche nach den Schätzungen zwiſchen 1700 und 6000 ſchwankte, während für den Export noch 12000 bis 16000 verblieben. Den höchſten Import hatte das Jahr 1860/61 mit 19000 Sklaven aufzuweiſen. Es werden viele von dieſen unglückſeligen Sklaven beiderlei Geſchlechts nach Maskat und Perſien gebracht; viele kommen um. Die Anzahl der Umkommenden überſchreitet nach meiner Anſicht die weitgehendſten Schätzungen. Ich habe von einem der Herren Vorredner gehört, daß Afrika jährlich um 2 Millionen Seelen entvölkert werde. Man muß noch in Anſchlag bringen, daß eine Menge junger Leute und Kinder erſchlagen werden, weil ſie den Marſch der Karawanen nicht mitmachen können; es wird dadurch deren Wachstum, ſelbſtändige Entwicklung und Hausſtandsgründung verhindert. Ich glaube, daß hier mit der Keimerſtickung noch ſehr viel mehr zerſtört wird als die genannte Zahl, und ich wundere mich, daß ein großer Teil Afrikas nicht noch mehr entvölkert iſt, als es durch dieſes Ungeziefer von Arabern, welches ſich dort eingeniſtet hat, bisher geſchehen iſt.

Wenn ich zum Schluß komme, ſo darf ich nur wiederholen, daß wir es uns angelegen laſſen ſein werden, auch die anderen ſeefahrenden Nationen zu gewinnen, daß ſie uns wirkſam unterſtützen. Wir ſind auch, wie aus dem Weißbuch hervorgeht, mit dem Kongoſtaat, der uns bereitwillig entgegengekommen iſt, darüber in Verhandlung. Wir werden mit der holländiſchen Regierung Verhandlungen anbahnen; Holland hat ſelbſt keinen Beſitz in Afrika; es halten aber Holländer dort Faktoreien, die mit Waffen handeln, im Kongoſtaat und in franzöſiſchen oder portugieſiſchen Kolonien Weſtafrikas ihre Niederlaſſungen haben. Von dort geht es den Kongo hinauf, bis tief in das Innere. Man weiß nicht, wie die Leute die Waffen bekommen; aber ſie haben

ihre Stationen vorgeschoben bis zu den großen afrikanischen Binnenseen — ich glaube, beinahe 200 deutsche Meilen von der Küste. Die Endpunkte der Karawanenstraßen sind diejenigen, auf welche wir unser Augenmerk richten müssen. Wir haben zunächst Bagamoyo; der zweite Hafen Dar-es-Salaam ist, glaube ich, als Endpunkt einer Karawanenstraße nicht von Wichtigkeit. Ein dritter Punkt von Bedeutung heißt Pangani, und diesen würden wir wieder nehmen müssen. Auch nach der Angabe des Herrn Wißmann würde das nicht mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein, sobald man nur eine Anzahl von einigen Hundert schwarzen Polizeisoldaten angeworben und gedrillt hat; an Mut fehlt es diesen Leuten nicht, schließlich würden sie ja auch für ihr eigenes Leben, ihre Existenz und Freiheit und die ihrer vielen, von den Sklavenhändlern bedrohten Landsleute im Innern Afrikas zu fechten haben. Also würde es im doppelten Sinne nützlich und zu rechtfertigen sein, daß man die Eingeborenen zu Soldaten verwendet. Welche Rasse derselben den Vorzug verdient, wird von Ratschlägen abhängen, die wir von Sachverständigen und solchen Reisenden erwarten, die dort ihre Erfahrungen gesammelt haben.

Meine Herren, ich bin hierher gekommen in der Hoffnung, daß wir die nötige Ermutigung finden würden, um an diesem großen und hehren Werke nicht nur mitzuwirken, sondern, wie die Herren Vorredner gesagt haben, die führende Rolle, welche die Kaiserliche Regierung jetzt übernommen hat, und welche durch die Thronrede sanktioniert ist, beizubehalten. An nötiger Lust zur Arbeit, um diese Linie einzuhalten, wird es uns nicht fehlen. Wir werden uns dieser Aufgabe mit noch mehr Freudigkeit widmen, wenn wir die Mitwirkung des Reichstags in dem Umfange erhalten, wie es heute den Anschein hat; und ich hoffe, daß wir, wenn wir nach einigen Wochen wieder zusammentreffen werden, mit möglichst allseitiger Zustimmung des Hauses zu einer Vorlage, die Nutzen bringen und der deutschen Regierung und dem deutschen Reichstage einen Ehrennamen für alle Zeiten sichern wird, gelangen werden.

(Lebhaftes Bravo.)

10. Rede. Im Reichstag.

Am 15. Januar 1889.[1])

Die Beschwerden gegen die Royal Niger-Kompanie.

Zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1889/90: Schutzgebiet Kamerun.

Der Abgeordnete Woermann hat das lästige Verhalten der Royal Niger-Kompanie zur Sprache gebracht. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat für die der Regierung gegebene neue Anweisung, mit der englischen Regierung über die Angelegenheit im Notenaustausch zu bleiben, gedankt, dem Redner aber gleichzeitig nahe gelegt, seine Beschwerden, die auch englische Industrielle in derselben Weise berühren, womöglich in der englischen Presse zur Sprache zu bringen.

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen:

Ich hatte in bezug auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Woermann nur noch einige kurze geschäftliche Mitteilungen machen wollen. Es ist ganz richtig, wie der Herr Abgeordnete uns erzählt hat, daß der Handelsstand in Lagos sich im Mai 1888 bei der eigenen Regierung beschwert hat über zu hohe Zölle. Die Schwierigkeit, die Sache anzufassen, liegt aber auch für die englische Regierung darin, daß die Niger-Kompanie bisher alle Angaben bestreitet, welche sowohl unser Handelsstand — zuletzt durch eine Beschwerde, glaube ich, der Handelskammer von Hamburg im September an den Senat — als auch die englischen Angesessenen dort machen.

Unser Abkommen mit England vom 2. Juni 1885, welches der Herr Abgeordnete Woermann kennen wird, bedingt Zollfreiheit auf dem Niger mit Ausnahme derjenigen Zölle, die erhoben werden dürfen, um die Verwaltungskosten zu decken. Es ist darin ausdrücklich gesagt: diese Zölle sollen so niedrig als möglich sein. Nun liegt es ja auf der Hand, daß dies immerhin eine allgemeine Angabe ist; „so niedrig als möglich" wird die Niger-Kompanie ganz anders auslegen als die übrigen Interessenten, und wir sind bei unserer umfangreichen Korrespondenz mit der englischen Regierung, in der wir uns unserer

[1]) Stenogr. Ber., VII. Leg.-Per., 4. Session, Bd. I, S. 426 f.

Intereſſenten, wie ſchon das Datum unſeres Abkommens, das Jahr 1888, zeigt, lebhaft angenommen haben, auf den Punkt gediehen, daß unſere Angaben ſowie die des Handelsſtandes in Lagos ſchließlich als einſeitige von der Niger-Kompanie beſtrittene Behauptungen daſtehen, die, obgleich von engliſchen Untertanen geteilt, doch von der Company in Abrede geſtellt werden.

Soweit die engliſche Regierung in Betracht kommt, kann ich nur ſagen, daß ſie prinzipiell auf demſelben Boden ſteht wie wir, inſofern ſie darin mit uns übereinſtimmt, daß die Niger-Kompanie zur ſtrengen Beobachtung der internationalen Abkommen angehalten werden muß. Angeſichts dieſer Unmöglichkeit, die Angaben der dort Handel Treibenden jetzt amtlich zu beſtätigen, haben wir uns veranlaßt geſehen, einen Berufsbeamten nach Lagos zu ſchicken, damit wir die amtlichen Unterlagen bekommen, um die Reklamationen, die wir fortgeſetzt im Intereſſe unſerer Reichsangehörigen bei der engliſchen Regierung anbringen, ſobald ſie berechtigt ſind, zu begründen, und ſoviel ich gehört habe, beabſichtigt die engliſche Regierung ebenfalls, einen Beamten von England dorthin zu ſchicken, um die Angelegenheit an Ort und Stelle zu prüfen. Es iſt alſo nach der bisherigen freundſchaftlichen Haltung, die die engliſche Regierung uns in allen Kolonialverhandlungen entgegenbringt, anzunehmen, daß, ſobald wir die amtliche Unterlage von beiden Seiten haben, um zu ergänzen oder richtig zu ſtellen, was bisher außeramtlich vom Handelsſtand angegeben iſt, wir zu einer befriedigenden Erledigung der Sache kommen werden.

(Bravo.)

11. Rede. Im Reichstag.

Am 26. Januar 1889.[1])

Der Sklavenhandel in Oſtafrika.

Erſte Beratung des Entwurfs eines Geſetzes, betr. die Bekämpfung des Sklavenhandels und Schutz der deutſchen Intereſſen in Oſtafrika.

[1]) Stenogr. Ber., VII. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. I, S. 603 f.

Erster Redner ist Bevollmächtigter zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen:

Bei Aufstellung der Vorlage, welche die heutige Tagesordnung ausfüllt, haben wir uns, wie die Herren sich überzeugt haben werden, die Resolution, welche der Reichstag am 14. Dezember gefaßt hatte, zur Richtschnur dienen lassen. In der Begründung dieser Vorlage sind diejenigen Gesichtspunkte, welche ich die Ehre hatte bei früheren Beratungen zu entwickeln, in prägnanterer und verdichteter Form wiedergegeben, so daß ich meinerseits die Geduld der Herren nicht weiter mit Mitteilungen politischer Natur zu ermüden brauche. Die Vorlage, welche auf die Resolution des Herrn Abgeordneten Windthorst zurückzuführen ist, wird in der Diskussion vielleicht Anlaß geben zu einigen Einwendungen oder zu einigen Bemerkungen, auf die wir dann bereitwilligst Antwort erteilen werden.

Die Resolution selbst ist von dem Abgeordneten Windthorst wohl in dem Sinne eingebracht worden, daß er der Interpret für die Empfindungen war, welche sich in unserem stets christlich und menschenfreundlich gesinnten Volke regten bei den Nachrichten von den Greueln der Sklavenjagden. Nachdem nun der Reichstag sich im vorigen Monate in entgegenkommender Weise dazu verhalten und anerkannt hat, daß eine Ehrenpflicht für das deutsche Volk vorliege, in Gemeinschaft mit anderen Regierungen Mittel zu finden, um Afrika der christlichen Gesittung zu gewinnen, darf man wohl die Hoffnung aussprechen, daß diese Vorlage wohlwollende Aufnahme und Annahme finden werde.

Seit ich zuletzt die Ehre hatte, über diese Sache hier zu sprechen, seit gut sechs Wochen [1]), hat sich in der Sachlage nur insofern einiges geändert, als die Notwendigkeit, Maßregeln zu treffen, wie die Resolution sie im Auge hatte, nur noch dringender geworden ist. Es geht dies naturgemäß daraus hervor, daß die in ihrem Lebenserwerb bedrohten arabischen Sklavenhändler die Aufwiegelungen unter den Einheimischen, die von ihnen abhängig sind, haben fortsetzen können; die Gärung hat sich vermehrt, weil eine Repression nicht vor-

[1]) Am 14. Dezember 1888; vergl. oben Seite 26 ff.

handen war. Diese unglücklichen Zustände haben inzwischen traurige Opfer gefordert, indem einige von den dort opferfreudig wirkenden Missionaren den Aufständischen zum Opfer gefallen sind. Von diesen Missionen, die in segensreichem Wirken begriffen waren und zum großen Teile auch noch sind, wird vielfach angenommen, daß sie geringer an Zahl sind, als es tatsächlich der Fall ist. Ich wollte deshalb kurz hier anführen, daß z. B. an evangelischen Missionen in Ostafrika uns zunächst drei entgegentreten. Die eine hat die Station in Dar-es-Salaam mit drei Missionaren, zwei Angehörigen und zwei Schwestern; die andere ist westlich von Mombas in der englischen Interessensphäre tätig; und die dritte hat ihre Station zu Nago am Tanafluß. Der englischen Stationen sind fünf, welche in Ostafrika tätig sind, und nicht nur in der englischen Interessensphäre, sondern in der dem Deutschen Reiche reservierten; darunter ist die in der englischen Presse vielgenannte Station der Universities Mission. Die Gesamtzahl der englischen Stationen beläuft sich auf einige 30, die Zahl der Missionare europäischer Abkunft allein über 60. An katholischen Missionen ist in erster Linie uns interessierend diejenige der bayerischen Benediktiner von St. Ottilien-Reichenbach, welche seit $1\frac{1}{2}$ Jahren in einer Stärke von zehn Missionaren und vier Schwestern tätig ist und in Pugu angesiedelt war.

Die traurigen Nachrichten, welche ich vorhin erwähnte, betreffen leider in der Hauptsache diese Mission, von der einige Mitglieder bisher noch in der Gewalt der Insurgenten sind.

Ferner bestehen von den französischen Missionen dort besonders zwei Gesellschaften, die Congrégation du St. Esprit, die sogenannten pères noirs und pères blancs. Ueber die Anzahl der Personen bin ich nicht genau informiert, sie sind aber seit langem dort installiert, und die Herren, die darüber genauer Bescheid wissen, kennen die nützliche Weise, in der sie wirken. Sie werden darüber noch einiges Nähere hören von dem Herrn, welcher als Kommissar für die Verhandlungen bestellt worden ist. [3])

Wenn ich noch zu erwähnen mir erlaube, aus welchem Grunde diese Vorlage der eiligen Beratung empfohlen werden dürfte, so ist

[3]) Hauptmann Wißmann, s. u.

das die Rücksicht auf unsere Marine. Ich hatte mir schon gestattet hervorzuheben, daß an unsere Marine ganz exorbitante Anforderungen in den ostafrikanischen Gewässern gestellt werden, und ich habe in der Kommission und im Plenum das Nähere darüber entwickelt. Die Anforderungen sind seitdem natürlich noch gestiegen; denn „die Länge trägt die Last". Das Klima in Sansibar ist leider jetzt auf seinem Höhepunkt — ich meine, daß die Januarhitze dort, unter dem Aequator, viel verderblicher wirkt als die Augustwitterung, und unsere Matrosen werden viel über Erschöpfung zu klagen haben. Allein kann die Marine diejenigen Ziele, welche die Resolution vom 14. Dezember im Auge hatte, unmöglich durchführen, sowohl wegen der geringen Zahl der Schiffe, als auch weil sie im Lande nicht zu operieren hat.

In diesem Sinne ist also in Aussicht genommen, daß die Orte, welche jetzt dank der Wirksamkeit unserer Marine gehalten werden, durch eine Polizeitruppe, die den klimatischen Verhältnissen dort angepaßt sein würde, besetzt und gehalten werden sollen. Wenn die Vorlage darauf ausgegangen ist, für die Ausführung der angeregten Maßregeln praktische Mittel vorzuschlagen, um der aus der Ueberschrift ersichtlichen hohen Aufgabe gerecht zu werden, so möchte ich annehmen, daß in dem hohen Hause dafür Verständnis sein wird, daß dies der Billigkeit entsprechen dürfte. Aber einer Gesellschaft, dem einzigen Organ, welches das deutsche Volk gewissermaßen auf dem Festlande in Afrika besitzt, kann, auch wenn sie gedeiht, nicht wohl zugemutet werden, daß sie außerhalb derjenigen Interessen, für welche sie ins Leben gerufen ist, große Mittel aufwende. Diejenigen Ziele, welche wir ins Auge gefaßt haben, sind aber solche, welche unser ganzes Volk angehen — und nicht nur das deutsche Volk, sondern alle gebildeten Völker interessieren.

Damit nun die Mittel, welche hier vorgeschlagen werden, eine im Sinne des hohen Hauses sachgemäße und den Gesichtspunkten der Resolution entsprechende Verwendung finden mögen — damit also unsere Verantwortung dem hohen Hause gegenüber gedeckt sei, ist für den Fall der Annahme der Vorlage in Aussicht genommen, als Reichskommissar denjenigen unserer Landsleute, welcher von allen Lebenden wohl die meisten Erfahrungen über afrikanische Zustände besitzt, und zu dem auch die hier versammelten Herren das vollste Vertrauen haben

werden, nach Sanſibar zu entſenden. Derſelbe hat ſeine Umſicht, ſeine Kenntniſſe an Ort und Stelle genügend bewieſen — ich meine den heute als Kommiſſar hier angemeldeten Herrn Hauptmann Wißmann, welcher unmittelbar nach mir die Ehre haben wird, den Herren ſeine Kenntnis von den dortigen Verhältniſſen darzulegen, ſoweit die wirtſchaftlichen, ethnographiſchen und geographiſchen Geſichtspunkte in Betracht kommen. Die Entſendung dieſes Herrn als Kontrolleur für die richtige Verwendung der Mittel und als Exekutivorgan für die richtigen Maßregeln iſt auch deshalb notwendig, weil wir auf dem Feſtlande bisher ein amtliches Organ nicht beſaßen. Die Konſularvertretung auf der Inſel Sanſibar iſt durch die dortigen Handelsintereſſen, den perſönlichen Verkehr mit dem Sultan und die juriſtiſchen Aufgaben zu ſehr in Anſpruch genommen, als daß unſer Konſul ſich auf das Feſtland begeben könnte. Aus dieſen Gründen iſt es wünſchenswert, daß Deutſchland ein amtliches Organ auf dem Feſtlande ſelbſt habe, und ich hoffe, daß, wenn nach der Bewilligung dieſer Vorlage der Herr Hauptmann Wißmann als Reichskommiſſar an Ort und Stelle tätig ſein wird, wir in einigen Monaten von ihm ſachliche amtliche Berichte haben werden, auf Grund deren wir uns ein weiteres Bild machen können über das, was die verbündeten Regierungen im Einverſtändnis mit dem Reichstag weiter zu tun haben werden.

(Bravo rechts.)

12. Rede. Im Reichstag.

Am 6. Februar 1889.

Höhere Subvention für die Zoologiſche Station in Neapel.

Dritte Beratung des Reichshaushaltsetats für 1889/90. Auswärtiges Amt, Zoologiſche Station in Neapel.

Der Abgeordnete v. Bennigſen hatte geſchloſſen: „Ich möchte glauben, wenn man es für ausführbar gehalten hat, einem ſolchen Inſtitut ſchon in ſeinen Anfängen eine jährliche Subvention von 30 000 Mark zuzuwenden, daß die Frage jetzt wohl aufgeworfen werden kann, nachdem dieſe wiſſenſchaftliche Anſtalt, die nicht etwa für Italien allein, auch nicht etwa für Deutſchland allein, ſondern allgemein ſo großen Wert hat und

solche Anerkennung sich verschafft hat — daß, wenn diese Anstalt in so viel höherem Maße ihre Bedeutung für die Wissenschaft bewährt hat, daß dann die Frage sehr wohl entstehen kann, ob dem erweiterten Umfange und den erweiterten Kosten entsprechend diese Subvention nicht mit der Zeit erhöht werden kann. Ich möchte um so mehr, daß das geschieht, da ja auf diesem Wege fast allein ein solches Privatunternehmen, welches der Energie und Opferfreudigkeit eines einzelnen Mannes sein Entstehen und seinen Fortgang verdankt, auch vielleicht über das Leben eines solchen Mannes hinaus gesichert werden kann."

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen:

Ich habe mich sehr gefreut, aus den Worten des Herrn Vorredners die Anerkennung entnehmen zu können, welche der Herr Dr. Dohrn in so hohem Maße verdient. Herr von Bennigsen hat vollständig recht mit der Angabe, daß das Zoologische Institut in Neapel weit über die Grenzen Italiens und Deutschlands hinaus Beifall gefunden hat und nützlich wirkt. Ich habe selbst das Institut wiederholt besucht, und diejenigen Herren, an die Herr von Bennigsen auch appelliert hat, welche es mit mir kennen, werden ihm sicherlich alles Gedeihen wünschen. Es ist meiner Ansicht nach eine der besten Anstalten der praktischen Wissenschaft, die in Europa existieren.

Wir hatten unter diesen Umständen schon in Aussicht genommen, die Herren vom Reichstag zu bitten, dem Dr. Dohrn eine höhere Subvention zuzuwenden. Wir haben in diesem Jahre angesichts der anderen Forderungen, die zum Teil noch dringender waren, davon Abstand genommen, weil wir auch nicht genau wußten, wie die Stimmung im Lande und im Reichstag dafür war.

Nach der sehr dankenswerten Anregung des Herrn Abgeordneten von Bennigsen werden wir es uns um so mehr angelegen sein lassen, für den nächsten Etat eine angemessene Subvention in Aussicht zu nehmen, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß dieselbe dann auf Zustimmung seitens des hohen Reichstags wird rechnen dürfen.

(Bravo!)

13. Reden im Reichstag.

Am 22. November 1889.

1) Angebliche Sonderpolitik des Grafen Walderſee.

Bei der zweiten Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes ſtellte der Abgeordnete Richter die Anfrage: ob irgend welche Anzeichen vorlägen, als ob der Herr Chef des Generalſtabes Graf Walderſee darauf ausginge, die auswärtige Politik des Herrn Reichskanzlers oder des Herrn Staatsſekretärs zu kreuzen, oder irgend ein Verhalten zeigt, welches ſich in anderer Richtung bewegte höheren Ortes als diejenige, die der Politik des Herrn Reichskanzlers in auswärtigen Dingen entſpricht.

Kriegsminiſter General von Verdy du Vernois antwortete darauf unter anderem: Ich betrachte dieſe ganze Erſcheinung, welche ſich in den letzten Monaten nach dieſer Richtung hin abgeſpielt hat, und welche ſich mit einem Mitglied der Armee beſchäftigt, als einen dunklen Punkt in unſerer Preſſe, und ich ſtehe nicht an, ein derartiges Verfahren für frivol und für die Armee beleidigend zu erklären.

Im Anſchluß daran erklärte Graf von Bismarck:[1])

Ich will nur wenige Worte ſagen, um mir das anzueignen, was mein verehrter Herr Kollege eben geſprochen hat. Wenn ich mich bei dieſer Gelegenheit bereit finden laſſe, das Wort zu nehmen, ſo iſt es bloß, um an einen Ausdruck anzuknüpfen, den der erſte Herr Redner brauchte, nämlich den der Mythenbildung; ich habe hier ſchon oft geſehen, wie leicht ſich Mythen bilden, wenn man auch die verwegenſten Vermutungen ſchweigend anhört, und deshalb will ich nur bekräftigen, daß es ſich hier um nichts als luftige Mythen handelt. Es verſteht ſich das eigentlich von ſelbſt: die auswärtige Politik des Deutſchen Reichs wird von Seiner Majeſtät dem Kaiſer beſtimmt, und Allerhöchſtderſelbe nimmt dabei Rat nur von denjenigen an, die er dazu berufen hat. Das iſt alles, was ich dazu hier zu ſagen habe.

2) Abteilung für Kolonialangelegenheiten.

In derſelben Beratung handelte es ſich um die Schaffung einer neuen „Abteilung für Kolonialangelegenheiten“. Es werden dazu in Titel 2 und 3: 26 100 und 4200 Mk. gefordert. Nach dem Bericht-

[1]) Stenogr. Ber., VII. Leg.-Per., 5. Seſſion, Bd. I, S. 448.

erstatter Abgeordneten Graf von Behr-Behrenhoff ergreift das Wort der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bismarck:[2])

Ich möchte mir erlauben, zu Nr. 3 einiges zu sagen über die Zusammensetzung der nach der Vorlage anzubahnenden Kolonialabteilung. Die Herren werden aus dieser Position schon wahrgenommen haben, daß wir uns bei diesem Etat mit außerordentlich wenig begnügen. Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie sparsam und haushälterisch wir gewohnt sind mit den öffentlichen Geldern zu verfahren. Es ist dasjenige, was hier vorgeschlagen ist, ja kaum eine Abteilung zu nennen, indem nur zwei vortragende Räte mit Hilfsarbeitern in Aussicht genommen sind; es gibt meines Wissens keine so kleine Abteilung in einer Zentralbehörde. Wir sind aber jetzt nach unserer verantwortlichen Stellung zur Verwendung der Gelder nicht in der Lage, mit Sicherheit vorauszusehen, wie viel Arbeitskräfte wir definitiv brauchen werden. Deshalb habe ich mich mit dieser bescheidenen Forderung begnügt und habe mir vorbehalten, die Arbeit, die ohne Zweifel über die Kräfte der hier vorgeschlagenen Herren Räte hinausgeht, dadurch leisten zu lassen, daß von den älteren Konsuln, unter denen wir hervorragende Kräfte besitzen, und denen zum Teil Vizekonsuln zur Seite stehen, die sie gelegentlich vertreten können, einige einberufen werden, um die Abteilung einrichten zu helfen. Wie die Sache bisher in den letzten vier, fünf Jahren betrieben worden ist, haben alle Abteilungen, in der Hauptsache die politische Abteilung und die Kassen-Personalabteilung, mit den Kolonialsachen zu tun gehabt. Es wird nicht so leicht und schnell gehen, die Akten genau zu trennen und die eigene Registratur anzulegen. Nach den Ueberschlägen, die bisher gemacht sind, sind in den beiden Abteilungen, die ich eben namentlich anführte, über 7000 Jahreseingänge, unter denen sehr viele sehr lang und mit zahlreichen Druck- und anderen Anlagen versehen sind. Es wird sich erst nach einigen Monaten übersehen lassen, wieviel Stellen erforderlich sind.

Ich bemerke dies in Anknüpfung an einen Passus der Thronrede, in dem eine weitere Vorlage vorbehalten ist, und eigne mir diesen Vorbehalt an in bezug auf den nächstjährigen Etat, wo wir dann in

[2]) Stenogr. Ber. ebd., S. 449.

der Lage ſein werden, mit ausreichender Motivierung den Herren eine Vorlage zu machen, welche die Abteilung definitiv konſtituiert. Dieſe Konſtituierung iſt bedingt durch die Adminiſtrationsverhältniſſe und die ziemlich ſchwierigen und komplizierten Kaſſenverhältniſſe, für die unſere Kräfte beim Auswärtigen Amt nicht ausreichen. Die Etats, die hier am Schluſſe des Hauptetats gegeben ſind, ſehen ja ſehr klein aus, aber ſie machen ungemein viel Arbeit, zumal wenn man denkt, daß es eigentlich nicht der Beruf des Auswärtigen Amts iſt, ſich mit derartigen Arbeiten zu beſchäftigen.

Dieſerhalb wollte ich mir erlauben, für die Zukunft ſchon jetzt zu bemerken, daß die heutige Vorlage nichts Definitives iſt, ſondern hervorgegangen aus dem Bedürfnis, möglichſt ſparſam, vorſichtig und gründlich zu verfahren.

Der nächſte Redner iſt der Abgeordnete Dr. Windthorſt. Er erklärte eingangs ſeiner Rede: „Wir haben hier wieder eine anſehnliche Vermehrung für den Dienſt des Auswärtigen Amts. Erwünſcht kann das in keiner Weiſe ſein bei den großen Anforderungen, die überhaupt an uns gemacht werden. Inzwiſchen muß ich anerkennen, daß das Auswärtige Amt diejenigen Arbeitskräfte haben muß, welche es in den Stand ſetzen, die Geſchäfte ordentlich zu führen; und inſofern kann ich es zwar beklagen, daß man neue Forderungen machen muß, kann aber dieſe Ausgaben dauernd nicht ablehnen.“ Dann aber bemängelte er die Prinzipien, nach denen die Geſchäfte im Auswärtigen Amte geführt wurden.

Darauf antwortete ſofort Graf von Bismarck:[3])

Ich habe aus den Worten des Herrn Vorredners mit Befriedigung entnehmen zu können geglaubt, daß derſelbe für die Vermehrung der Arbeitskräfte im Auswärtigen Amt ſtimmen will. Was der Herr Vorredner uns ferner geſagt hat, hat allerdings nicht dieſelbe Befriedigung bei mir hervorrufen können; ich werde darauf noch etwas näher eingehen. Es iſt ja dankenswert, daß der Herr Abgeordnete dieſe Vermehrung bewilligen will; aber der Grund dafür liegt, wie er ſelbſt hervorhob, darin, daß in der Tat die Geſchäfte leiden würden, wenn ſie nicht bewilligt würde. Ob die vorhandenen Arbeitskräfte ihre Geſundheit dabei zum Opfer bringen, kann den Herren allerdings mehr oder weniger gleichgültig ſein. Wir verlangen gar nicht, daß Sie

[3]) Stenogr. Ber. ebd., S. 450 f.

Rücksicht auf die Personen, die jetzt die Geschäfte leiten, nehmen; aber wenn die Geschäfte des Reichs leiden, würden die Herren bei etwaiger Ablehnung die Verantwortlichkeit dafür vor den Wählern übernehmen müssen.

Und wenn der Herr Abgeordnete gesagt hat, er hätte sich nicht zu bedanken bei der Regierung für die vermeintlichen Regierungsmaßnahmen, so kann ich ihm das wohl zurückgeben, daß wir ihm persönlich auch nicht dankbar zu sein brauchen. Ich kann nur wiederholen, daß die Menschenkräfte ihre Grenzen haben, daß in unserem Amt reichlich ebensoviel gearbeitet wird wie in anderen, wenn nicht mehr, und daß die Beamten nicht in der Lage bleiben, ihre Arbeiten so zu leisten, wie die Reichsangehörigen zu erwarten berechtigt sind, wenn sie zu stark überlastet werden.

Was eine andere Aeußerung des Herrn Vorredners betrifft, mit der er auf die Kolonien hinwies, welche England und Holland haben, und auf die Vorteile, die daraus gezogen werden, so möchte ich zur Erwägung stellen, daß England und Holland eine jahrhundertelange Kolonialgeschichte haben, daß die Verhältnisse in früheren Jahrhunderten anders lagen, und daß man die jetzt knapp fünfjährigen Erfahrungen in unserer Kolonialpolitik doch wohl nicht gut vergleichen kann mit den jahrhundertelangen Erfahrungen und Erfolgen der alten großen Kolonialstaaten.

Der Herr Vorredner ist ein so außerordentlich vorsichtiger Politiker und ein so weit ausblickender Staatsmann, daß er mir gewiß darin beistimmen wird, daß die fünf Jahre nicht dazu angetan sind, zumal bei unserer raschlebigen Zeit, um ein abschließendes Urteil über die Gebiete zu haben, die uns selbst geographisch in ihrer Ausdehnung noch nicht vollständig bekannt sind.

Was die Frage über die katholischen Missionen betrifft, so möchte ich noch einiges sagen, wenngleich der Herr Vorredner die Güte gehabt hat, das meiste zu wiederholen, was der Herr Unterstaatssekretär Graf Berchem in der Kommission erklärt hat, und dem ich mich vollkommen anschließen kann. Ich will dem nur hinzufügen, daß eine ausdrückliche Bestimmung über die Gleichberechtigung der Konfessionen in den Kolonien entbehrlich erscheint, weil eine verschiedene Behandlung der Konfessionen tatsächlich nicht stattfindet, und weil eine

Beschwerde noch nie bei uns darüber eingegangen ist, daß Missionare deutscher Nationalität behindert, ausgewiesen oder irgendwie ungünstig behandelt worden seien. Es liegt in den Akten nichts darüber vor.

Wenn der Herr Vorredner von der Bemerkung des Herrn Grafen Berchem gesprochen hat, daß die Jesuiten und die ihnen affiliierten Orden zugelassen werden in Ostafrika und in der Südsee, so ist das an erster Stelle darauf zurückzuführen, daß wir diese Orden, die in jenen Gegenden Tüchtiges leisten, dort vorgefunden haben. Es ist aber durchaus nicht die Absicht des Herrn Grafen Berchem gewesen, wie auch aus dem Protokoll der Kommission hervorgeht, sagen zu wollen, daß sie ausgeschlossen wären aus anderen Schutzgebieten; diese Schlußfolgerung hat der Abgeordnete Windthorst wohl nur in mißverständlicher Auffassung gezogen. Ich weiß nicht, ob der Herr selbst in der Kommission gewesen ist; ich bin leider nicht dagewesen, aber das Protokoll war allen zugänglich. Ich darf die Herren nicht damit ermüden, die betreffenden Stellen aus dem Protokoll vorzulesen.

Ich wollte also konstatieren, daß der Herr Graf Berchem nicht hat sagen wollen, daß die in Ostafrika etablierten Orden anderswo ausgeschlossen seien. Der Herr Vorredner wird als deutscher Reichsbürger wohl mit mir der Ansicht sein, daß wir gleich anderen Nationen Gewicht darauf zu legen und darauf zu halten haben, daß die Missionstätigkeit in unseren Gebieten von deutschen Missionaren ausgeübt werden soll. Der Antrag, von dem der Herr Vorredner sprach, liegt heute nicht vor, und ich darf wohl nach der langen Zeit, die ich schon in Anspruch genommen, über denselben schweigen.

3) Antwort an den Abg. Richter.

Der Abg. Richter bemerkt dazu, er hoffe, daß die Aeußerung des Herrn Staatssekretärs über die Bescheidenheit der Geldforderungen im Auswärtigen Etat sich auf den ganzen Etat beziehe.

Graf von Bismarck ruft ihm ein lautes Nein! entgegen und antwortet dem Abgeordneten nach Beendigung seiner Rede, deren hier in Betracht kommender Inhalt aus der Entgegnung ersichtlich ist, folgendes:[4])

Ich bin leider genötigt, die Herren schon wieder in Anspruch zu

[4]) Stenogr. Ber. ebd., S. 452 f.

nehmen, weil der Herr Vorredner, wie er es mitunter liebt, meinen Aeußerungen einige Umdrehungen hat angedeihen laſſen.

Die erſte Entſtellung hat er die Güte gehabt, gleich zu modifizieren, weil ich — zwar gegen die Geſchäftsordnung, aber um Zeit zu erſparen — ein Nein auszuſprechen mir erlaubte. Wenn ich mir die Bemerkung geſtattete, daß die Forderung für die neue Kolonialabteilung eine beſcheidene iſt, ſo glaube ich, das aufrecht erhalten zu dürfen. In anderen Aemtern oder bei anderen Regierungen hätte man mit vollem Recht, zumal nach den Aeußerungen, die wir aus der Oeffentlichkeit darüber vernommen haben, gleich eine Abteilung gefordert. Von einem Kolonialamte iſt bei niemand die Rede geweſen. Der Herr Abgeordnete hat von einem Kolonialamte geſprochen, ich nicht. Es iſt von mir davon geſprochen, was ich hiermit ausdrücklich wiederhole, eine Abteilung vorzubereiten und anzubahnen. Wie da der Herr Abgeordnete hat auf die Vermutung kommen können, daß ich von dem Kolonialamte geſprochen habe, iſt mir unverſtändlich, nachdem ich ausdrücklich geſagt habe, die Forderung von zwei Beamten wird als eine geringe angeſehen werden, da wir nach der Auffaſſung, die weit in die Oeffentlichkeit eingedrungen iſt, lieber gleich mit einer Abteilung hätten hervortreten ſollen.

Es iſt mir ferner nicht im Traume eingefallen, zu ſagen, daß die Wähler irgendwie beeinflußt werden könnten durch die Bewilligung oder Ablehnung eines Rates. Ich habe lediglich geſagt, daß die Wähler ſchließlich die Geplagten ſein werden, wenn die Geſchäfte ſchlecht betrieben werden aus Mangel an Beamten. Ob das bald oder ſpäter zum Ausdruck kommt, laſſe ich dahingeſtellt ſein; aber wenn ſich nach einer Anzahl von Jahren ergibt, daß die Arbeiten nicht haben ordentlich geführt werden können aus Mangel an Perſonal, welches nicht bewilligt worden, ſo glaube ich, daß ſchließlich ebenſo die Wähler wie die Gewählten darunter leiden werden.

Ferner habe ich ausdrücklich den Grund hervorgehoben, aus welchem ich mich entſchied, das Wort zu nehmen, und da möchte ich darauf aufmerkſam machen, daß ich die Behauptung des Herrn Abgeordneten, meine Bemerkung ſei überflüſſig geweſen, mit demſelben Rechte zurückgeben könnte. Ich glaube, es kann jedem von uns ſelbſt überlaſſen werden, ſowohl an dieſem Tiſche wie in dem hohen Hauſe,

zu beurteilen, ob eine Bemerkung, die wir zu machen für richtig halten, überflüſſig iſt, oder nicht. Ich habe ſie deshalb gemacht, weil ich dabei auf die Thronrede verwieſen habe, wo ausdrücklich auf die erweiterte Vorlage verwieſen worden iſt, und weil ich an dieſer Stelle klarlegen wollte, daß die Geringfügigkeit der Forderung von zwei Räten ſtatt einer Abteilung, für die eine Unterlage reichlich da ſein würde, darauf zurückzuführen iſt, daß wir abwarten wollen, ob wir zwei, drei oder mehr Beamte brauchen. Eine definitive Bewilligung wollen wir bei dem Reichstag erſt nachſuchen, wenn wir ſie vollſtändig motivieren können. Da alſo die Sache bei dem nächſten Etat wiederkommen wird, und die Abteilung — nicht ein Amt, davon iſt nicht geredet worden — dann konſtituiert werden ſoll, ſo habe ich meine Bemerkung nicht für überflüſſig gehalten.

Auf die anderen Ausführungen des Herrn Vorredners will ich hier weiter nicht eingehen. Ich glaube, es waren zum Teil Dinge, mit welchen wir hier ſchon vertraut ſind. Ihn zu überzeugen, iſt für uns unmöglich; wir würden alſo nur die Zeit des Reichstags ohne Zweck in Anſpruch nehmen. Außerdem hat ſich der Herr in der Hauptſache an die Herren vom Zentrum gewendet, und falls die es für nötig halten ſollten, ihm zu antworten, will ich mir nicht erlauben, denen vorzugreifen.

4) Die Zulaſſung der Jeſuiten in den Schutzgebieten.

Der nächſte Redner iſt der Abg. Dr. Windthorſt. Er führt unter Bezugnahme auf die Worte des Staatsſekretärs bezüglich der Zulaſſung miſſionierender Orden in den Kolonien folgendes aus:

„Dann iſt von dem verehrten Herrn geſagt, daß man in Oſtafrika und auf den Südſeeinſeln die Jeſuiten und die ihnen verwandten Orden deshalb fortbeſtehen laſſe, weil ſie dort vorgefunden ſeien und ſegensreich wirken. Für dieſes Zeugnis bin ich dankbar. Ich frage aber: wenn das der Fall iſt, warum will man dann nicht zugeben, daß ſie unbeſchränkt auch in den anderen deutſchen Schutzgebieten die Miſſionstätigkeit aufnehmen? Der verehrte Herr hat es ungewiß gelaſſen, ob die Regierungen geneigt ſeien, ſie in dieſen Gebieten zuzulaſſen. Er hat nur geſagt, wenn ſie da wären, ſo würde man ſie ebenſo ſchützen wie in Oſtafrika und in der Südſee. Sie ſind nicht da und können nicht da ſein, weil ſie — wenigſtens ihnen nach Anſicht der Regierung verwandte Orden — ausgewieſen ſind und nicht zugelaſſen. Ich müßte deshalb

bitten, wenn man irgendwie uns beruhigen wollte, daß man sagte: sie können auch zugelassen werden, wenn sie wollen und darauf antragen. Das hat man aber vermieden und will es nicht erklären — wenigstens nehme ich das an, bis mir das Gegenteil bewiesen ist.

„Der verehrte Herr hat ferner gesagt, daß man doch Wert darauf legen müsse, daß die Missionare deutscher Nationalität seien. Ich lege auch sehr großen Wert darauf, daß die Missionare deutscher Nationalität sind. Aber wenn man das zur Bedingung machen wollte, dann würden wir recht lange zu warten haben, bis wir die nötigen Missionare stellen können. Denn den meisten deutschen Staaten hat man die Möglichkeit genommen, solche Missionare zu bilden. Jene Bedingung würde also sagen: wir lassen sie zu, wenn sie deutscher Nationalität sind; aber sie werden nicht kommen; darum können wir diese Aussicht schon eröffnen. Das ist auch eine der Folgen des Kulturkampfes, wie wir ihn gehabt haben."

Darauf antwortet der Staatssekretär Graf von Bismarck:*)

Ich scheine mich vorhin in einem Passus meines Vortrags nicht ganz deutlich ausgedrückt zu haben und erlaube mir deshalb, nach dem, was der Herr Abgeordnete Windthorst eben gesagt hat, darauf zurückzukommen.

Soweit ich den Herrn verstanden habe, schien ihm aus meinen Auslassungen nicht hervorzugehen, ob die Orden, welche in der Südsee und in Afrika tätig sind, auch anderswo zugelassen würden, soweit sie deutscher Nationalität sind. Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Abg. Windthorst prinzipiell ebenfalls für deutsche Missionare eingenommen ist; meine Aeußerungen bedeuten, daß die genannten Orden allerdings auch anderswo zugelassen werden würden, sobald sie sich darum bewerben. Das ist bisher noch nicht der Fall gewesen; ich darf dabei noch einfließen lassen, daß in Ostafrika, wo die Missionen unter der Leitung eines apostolischen Vikars stehen, ein befriedigendes Verhältnis besteht. Daß die ganze Mission in den Händen der Propaganda ist, das ist, glaube ich, eine Tatsache, über die wir nicht zweierlei Meinung sein können; sie ist ein Weltunternehmen, und deshalb wird sie so bleiben müssen. Die Sachlage in Ostafrika ist eine befriedigende; und wenn eine ähnliche unter denselben Bedingungen

*) Stenogr. Ber. ebda, S. 454.

wie dort, in Kamerun eintreten sollte, so besteht kein Zweifel, daß die Orden auch in Westafrika zugelassen würden.

5) Das Verhältnis der Kolonialabteilung zum Auswärtigen Amte.

Der Abgeordnete Rickert wendet sich direkt an den Staatssekretär um Auskunft, indem er seine Rede mit den Worten schließt: „Ich möchte mir die Frage erlauben: ist schon irgend ein bestimmter Plan, ein bestimmter Umriß für dieses Amt in Aussicht genommen? soll es wirklich losgelöst werden vom Auswärtigen Amt und direkt dem Herrn Reichskanzler unterstellt werden oder nicht? Vielleicht hat der Herr Staatssekretär die Güte, uns darüber Auskunft zu erteilen."

Darauf erhält er sofort folgende Antwort. Graf von Bismarck:[6])

Ich glaube, es handelt sich im vorliegenden Falle um eine Zeitbestimmung. Ich habe heute nicht eingehender über diese Position sprechen wollen, weil der diesjährige Etat nur beabsichtigt, eine selbständige Abteilung anzubahnen. Jede der drei Abteilungen im Auswärtigen Amt hat das Beiwort „selbständig", weil die Direktoren derselben die meisten Sachen, die nicht von politischer Tragweite oder prinzipieller Wichtigkeit sind, selbst entscheiden und mit ihrer eigenen Unterschrift decken. Insofern habe ich von einer selbständigen Abteilung gesprochen. Im übrigen glaube ich, daß, soweit ich meine Meinung zur Geltung bringen darf, wir besser tun werden, dem nächsten Jahre einiges vorzubehalten. Ich habe mir in einem meiner vorhergehenden Vorträge erlaubt, darauf hinzuweisen, daß wir nicht alles auf einmal machen wollen, daß wir um eine Art Prüfungszeit, was der Engländer a fair trial nennt, bäten, um uns erst eine Meinung bilden zu können, wie viel Arbeitskräfte wir noch brauchen; die Herren werden Gelegenheit haben, sich, wenn wir uns übers Jahr wiedersehen, darüber zu äußern, was denn mit der selbständigen Kolonialabteilung werden soll, die dann, wie ich hoffe, vollständig losgelöst sein wird, so daß sie eventuell auch vom Auswärtigen Amt abgehakt und an einen anderen Nagel gehängt werden kann. Ich glaube, wir tun besser, das heute noch hier festzustellen, und ich habe nur, um dem Herrn Abgeordneten entgegenzukommen und ihm die Antwort nicht schuldig zu bleiben, diese

[6]) Stenogr. Ber. ebd., S. 457.

Zukunftsmusik leise ertönen lassen. Was daraus entsteht, steht bei Ihnen und bei der Vorlage, die wir machen werden. Heute können wir es noch nicht übersehen, wir wollen nicht eine volle selbständige Abteilung jetzt schon schaffen, da wir Sie nur einen dirigierenden Rat zu bewilligen ersuchen, der als solcher mit Direktorialbefugnissen versehen werden soll. Durch die kleine Funktionszulage, die wir erbeten haben, kommt eine bevorzugte Stellung zur Anschauung.

6) Der Niederlassungsvertrag mit der Schweiz.

In derselben Sitzung bringt bei der Etatsposition „Gesandtschaft in Bern" der Abg. Dr. Baumbach (Berlin) die Beziehungen des Deutschen Reiches zur Schweiz und in ausführlicher Weise den „Fall Wohlgemuth" zur Sprache. Er schließt mit folgenden Worten:

„Meine Herren, ich will ja nicht ein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß alljährlich Tausende und Abertausende von Deutschen die Schweiz aufsuchen und sich dort der Großartigkeit einer ewig schönen Natur erfreuen. Viel schwerer wiegen die verwandtschaftlichen, die freundschaftlichen Beziehungen, auch die geschäftlichen, die zwischen den Angehörigen der Schweiz und der deutschen Staaten, namentlich der süddeutschen Staaten, bestehen. Dann ist es doch auch eine recht stattliche Anzahl von Deutschen, welche sich in der Schweiz niedergelassen haben. Und endlich bitte ich doch auch erwähnen zu dürfen, daß es ja doch auch ein deutscher Volksstamm, der alemannische Volksstamm ist, welcher den Kern der schweizer Bevölkerung und die überwiegende Mehrzahl der Schweizer bildet. Sind wir doch auch mit der Schweiz durch langjährige gemeinsame Kulturbestrebungen vereinigt! Ich glaube, daß unter diesen Umständen der Wunsch, welchen ich hier ausspreche, daß nämlich die guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz wieder in ihrem vollen Umfange hergestellt werden möchten, auf allen Seiten und von allen Parteien des Hauses geteilt wird. Und wenn ich schließlich an den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts das Ersuchen richte, daß das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit die Interessen der deutschen Reichsangehörigen in dem vollsten Umfange wahrnehmen möge, auf daß wir möglichst bald wieder zu einem anderweiten Niederlassungsvertrag mit der Schweiz kommen, so fürchte ich nicht, daß ich auf eine ablehnende Antwort des Herrn Staatssekretärs stoßen werde."

Graf von Bismarck:[7])

Ich glaube, meine Herren, Sie werden mir bei der vorgerückten

[7]) St. Ber. ebd. S. 467.

Zeit dankbar sein, wenn ich nicht auf jeden einzelnen Satz der Rede eingehe, die wir gehört haben. Es ist mir aber angenehm, daß ich den Herrn Vorredner vollständig beruhigen kann. Mein Herr Vertreter in der Kommission hat mit vollem Recht gesagt, daß eine Gegnerschaft zwischen der Schweiz und Deutschland niemals bestanden und daß eine Verstimmung zwischen der Regierung dieses befreundeten Nachbarlandes und unserer Regierung niemals Platz gegriffen hat. Bei dem Meinungsaustausch, welchen wir meistens in schriftlicher Form im Laufe dieses Sommers mit der schweizer Regierung gehabt haben, haben wir uns lediglich von der Absicht leiten lassen, die Bundesgenossenschaft der Regierung dieses befreundeten Nachbarstaates zu gewinnen in dem notwendigen abwehrenden Kampfe gegen die umstürzenden sozialistischen Bestrebungen und gegen die Machtstellung der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz.

(Bravo!)

Daß wir hier auf gutem Wege sind, werden die Herren wahrscheinlich schon wissen. Es ist kein Geheimnis, daß wir mit der schweizer Regierung nicht nur ohne jede Verstimmung, sondern in den allerbesten Beziehungen sind; diplomatisches Notenschreiben braucht nicht notwendig gleich zur Verstimmung zu führen, und abgesehen davon werden die Geschäfte von den dazu berufenen beiderseitigen diplomatischen Organen in direktem Verkehr behandelt.

Da der Herr Vorredner wiederholt, besonders am Anfange und am Ende seiner Rede, den Wunsch ausgesprochen hat, zu hören, daß keine Verstimmung vorläge, wiederhole auch ich zum zweiten Male, daß eine solche nicht besteht und auch nicht bestanden hat. Die geordneten schweizer Verhältnisse werden auf die Dauer die sozialdemokratischen Umtriebe ebenso wenig vertragen wie jedes andere Staatswesen; und je mehr diese Ueberzeugung in dem praktischen Schweizervolke durchdringt, desto leichter wird es gelingen, die Machtstellung der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu erschüttern.

(Bravo!)

Auf den Fall des Polizeiagenten, über den wir so viel haben hören müssen — ich glaube, ziemlich genau dasselbe, was wir früher bereits gelesen haben — will ich nicht weiter eingehen.

(Heiterkeit);

der Fall ist abgetan. (Bravo! rechts.)

14. Reden im Reichstag.

Am 26. November 1889.

1) Der schweizerische Niederlassungsvertrag.

Bei der weiteren Beratung über den Etat des Auswärtigen Amtes, spez. der Gesandtschaft Bern, ergreift zunächst das Wort der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf von Bismarck-Schönhausen:[1])

Bei der neulichen Debatte[2]) über den Gesandtschaftsposten in Bern hat der Herr Abgeordnete Baumbach auch des Niederlassungsvertrages Erwähnung getan. Da unsere Stellung zu diesem Vertrage in der Budgetkommission eingehend dargelegt war, so hatte ich geglaubt, bei den vielen Bezugnahmen, die ich mir ohnehin schon auch in dieser Kommission zu schulden kommen lassen mußte, davon absehen zu können, dasjenige zu wiederholen, was mein Vertreter in derselben im Hinblick auf den Niederlassungsvertrag gesagt hatte, da ich fürchtete, sonst gar zu tautologisch zu sprechen. Nachdem ich aber bei Durchsicht des Referats über die Rede des Herrn Abgeordneten Baumbach den Eindruck gewonnen habe, daß ihm doch viel daran zu liegen scheint, nochmals von mir im Plenum bestätigt zu hören, was in der Kommission bereits gesagt war, so nehme ich keinen Anstand, zu bemerken, daß wir durchaus keine Abneigung haben, einen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz erneut abzuschließen oder mit der Regierung der Schweiz darüber in Beratung zu treten. Einstweilen läuft der gegenwärtige Niederlassungsvertrag noch bis zum nächsten Juli, es tut also keine Eile not. Wenn der Niederlassungsvertrag gekündigt wurde, so geschah das in erster Linie aus dem Grunde, weil sich zwischen uns und der befreundeten schweizer Regierung Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation einzelner Bestimmungen desselben ergeben hatten — und gerade wenn einem daran liegt, mit einem Kontrahenten in guten und freundlichen Beziehungen zu bleiben, wird es sich ohne Zweifel auch nach Ihrer Auffassung immer empfehlen, die Redaktion

[1]) Sten. Ber., VII. Leg.-Per., 5. Session. Bd. II, S. 500.

[2]) Am 22. November; vgl. oben S. 51 f.

strittiger Paragraphen so einzurichten, daß in Zukunft Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen sind. Aus diesem Grunde würde es nicht angezeigt sein, dasjenige Auskunftsmittel anzuwenden, welches der Herr Abgeordnete Baumbach, soviel mir gesagt ist, anrät, nämlich die Kündigung zurückzunehmen. Die Kündigung war im Vertrage vorgesehen, und es ist daher nichts Außergewöhnliches, wenn sie erfolgt ist. Der Grund, den ich angeführt, wird für alle, welchen es am Herzen liegt, daß wir Meinungsverschiedenheiten mit der Schweiz in bezug auf Interpretation vermeiden, bestimmend sein, mir beizupflichten, daß neue Vereinbarungen über bestimmte Ausdrucksweisen nach diesen Erfahrungen sich empfehlen.

Außerdem möchte ich noch daran erinnern, daß wir bis zum Jahre 1877 mit der Schweiz in den allerbesten Beziehungen gelebt und bis zum Jahre 1877 keinen in Kraft befindlichen Niederlassungsvertrag gehabt haben. Im Notfalle würden wir uns ja auch mit der Schweiz ohne einen solchen einrichten; die Verhältnisse würden sich dann von selber regulieren.

Aber, wie gesagt, es besteht durchaus keine Abneigung bei uns, mit der Schweiz in Verhandlungen einzutreten über neue Abmachungen in der Richtung..

Ich habe schon vorher erwähnt, daß ich die Rede des Herrn Abgeordneten Baumbach durchgelesen habe, und danach glaube ich, daß dies alles ist, was ich in Anknüpfung an meinen neulichen Vortrag über diese Frage noch hätte sagen können.

2) Die Beschwerden über die Royal Niger-Kompanie.

Ueber die deutschen Interessen im Nigergebiet war ein Weißbuch ausgegeben worden. Nach einer unglücklichen Kritik des Abg. Richter, die von den beiden folgenden Rednern darauf zurückgeführt wurde, daß er das Weißbuch gar nicht oder nur sehr flüchtig gelesen hätte, sprachen die Abgg. Dr. Hammacher und Woermann sich in wohlwollender Weise darüber aus. Der letztgenannte erklärte wörtlich:

„Ich meinerseits schließe mich vollständig dem Danke an, den Herr Dr. Hammacher bereits ausgesprochen hat, für die energische Wahrung der Interessen des deutschen Handels, welche von seiten unserer Regierung geschehen ist.

„Mir kommen bei der Betrachtung des Weißbuchs und bei dem Durchlesen desselben unwillkürlich noch einige andere weitergehende Gedanken. Insbesondere wird mir daraus doch klar und muß jedem klar werden, wie außerordentlich dankbar der deutsche Handel unserer Regierung zu sein hat, daß sie seinerzeit in Kamerun rechtzeitig Besitz ergriffen, und daß der deutsche Handel in Kamerun nicht so wie auf dem Niger, einer englischen Gesellschaft unterworfen gewesen ist. Ich glaube, daß dieses Weißbuch außerordentlich klarstellt, wie wichtig es ist, daß Deutschland in Kamerun und Togo kräftig vorgegangen ist und selbständig Besitz genommen hat."

Und dann hatte er seine längeren Ausführungen geschlossen:

„Wenn ich nun zum Schluß nochmals mir erlaube, an den Herrn Staatssekretär eine Anfrage zu richten, so ist es die, ob seit dem 2. Oktober, von welchem Tage der letzte Bericht, welcher von Deutschland nach England gegangen ist, datiert ist, weitere Antworten von seiten der englischen Regierung eingegangen sind. Bis jetzt scheint es uns ja nur, daß die Verhältnisse klargestellt sind. Ich glaube aber, man hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, ob Aussicht vorhanden ist, daß von seiten der englischen Regierung die von unserer Seite klar- und festgestellten Ansprüche in befriedigender Weise erledigt werden."

Darauf führte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf von Bismarck-Schönhausen, folgendes aus:[3])

Ich möchte zunächst den beiden letzten Herren Rednern meinen Dank dafür aussprechen, daß sie uns in freundlicher Weise haben eine Anerkennung zuteil werden lassen für die Mühe, die wir gern auf uns genommen haben, wo es sich um die Interessen deutscher Untertanen handelte. Ich war etwas betroffen über die Reserven, welche der erste Herr Redner in dieser Hinsicht machte, und ich hätte dabei einen Moment darüber zweifelhaft sein können, ob ich im deutschen Parlament zuhörte. Die dankenswerten Worte der Herren Abgeordneten Hammacher und Woermann haben mich erst wieder in die Wirklichkeit versetzt, und ich wiederhole denselben meine Erkenntlichkeit.

(Bravo rechts.)

Die Herren wissen — und ich spreche es gern hier aus —, daß selbst, wenn englische Untertanen mitbetroffen sind durch eigenmächtiges Vorgehen einer Monopolkompanie, wir doch bloß den Beruf haben, für unsere eigenen Reichsangehörigen einzutreten, und daß, solange

[3]) Stenogr. Ber. a. a. O., S. 503 f.

ich die Ehre habe, diesem Amte vorzustehen, ich es mir immer zur Ehre werde gereichen lassen, für deutsche berechtigte Interessen warm einzutreten.

(Bravo rechts.)

Ich möchte zunächst die letzten Fragen des Herrn Abgeordneten Woermann beantworten. Bezüglich seiner Aeußerungen über die mögliche Bildung zweier neuen Gesellschaften werde ich Informationen einziehen; ich bin in dieser Hinsicht heute nicht so weit orientiert, wie der Herr Abgeordnete es selber zu sein scheint. Was ferner seine Eventualanregung betrifft, welche auf eine konsularische Vertretung in Kalabar — ich nehme an, daß Kalabar gemeint ist — abzielt, so kann ich dem Herrn darauf sagen, daß auch schon unser verdienter Gouverneur, Herr von Soden, in Kamerun eine eventuelle konsularische Vertretung angeregt hat, und daß wir mit Herrn von Soden darüber noch Rücksprache pflegen können. Ich hoffe, daß er im Laufe des Frühjahrs auf Urlaub kommen wird, um sich von den mit großer Aufopferung übernommenen Anstrengungen, die sein Posten mit sich bringt, zu erholen, und dann werden wir in der Lage sein, uns eine Basis zu schaffen, um eventuell eine Vorlage zu machen wegen einer konsularischen Vertretung. Sollte es sich dann als angebracht erweisen, so könnten wir auch den anderen Gedanken des Herrn Woermann aufnehmen, einen der Beamten, die zum Gouvernement Kamerun gehören, dorthin zu deputieren.

Auf die letzte Frage des Herrn Abgeordneten Woermann bezüglich des jetzigen Standes der Auseinandersetzungen über die Nigerkompanie, ihre Befugnisse u. s. w., kann ich ihm sagen, daß ich hier im Besitze einer vom 16. November datierten Note des englischen Botschafters bin, welche zugleich eine Antwort enthält auf die irrtümliche Annahme des Herrn Abgeordneten Richter, als ob unsere Untersuchung nur eine einseitige gewesen wäre. Die englische Regierung hat ziemlich gleichzeitig mit dem von der Reichsregierung abgesandten Kommissar ihrerseits einen Kommissar, den Major Macdonald, abgeschickt, und dessen Bericht ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Am Schlusse dieser englischen Note heißt es,

> „daß die der englischen Regierung amtlich übermittelten Bemerkungen des Kommissars von Puttkamer sorgfältig er-

wogen werden würden im Verein mit demjenigen Berichte, welchem wir von dem engliſchen Spezialkommiſſar, Major Macdonald, entgegenſehen. Der Major Macdonald hat ſeine Unterſuchungen in dem Nigergebiet gerade beendet und iſt eben dabei, den Bericht abzufaſſen."

Ich darf alſo nach dem ganzen Entgegenkommen und nach der Loyalität, die die engliſche Regierung in dieſer Frage uns bewieſen hat, innerhalb der nächſten zwei oder drei Wochen — vielleicht auch ſpäter, wenn der Bericht umfangreicher iſt als der unſere — dem entgegenſehen, was die engliſche Regierung zu dem Berichte des Herrn von Puttkamer zu bemerken hat.

Ich habe mich gefreut, zu ſehen, daß die Herren Abgeordneten, die vorher ſprachen, ſchon Zeit gehabt haben, dieſes lange Weißbuch einzuſehen; ich brauche deshalb auf den Inhalt desſelben nicht näher einzugehen und darf nur noch aus einem Grunde daran erinnern, daß es in der Tat das Ergebnis der Diskuſſion iſt, welche wir im vorigen Jahre hier hatten. Dieſer eine Punkt betrifft nämlich die Zölle. Der Herr Abgeordnete Hammacher hat ſchon darauf hingewieſen, daß der Vergleich des Herrn Abgeordneten Richter nicht vollſtändig zutrifft, weil eine Beſtimmung über die Zölle in der Nigerſchiffahrtsakte inſofern enthalten iſt, als darin geſagt iſt, „ſie ſollten ſo niedrig als möglich ſein". Wenn ich mich nicht täuſche, habe ich auch im vorigen Januar mir erlaubt, darauf hinzuweiſen[4]), daß ein Streit über die Angemeſſenheit der Höhe der Zölle entbrannt war, und daß deshalb die Sache eines weiteren Eingehens bedurfte, weil die Anſichten darüber auseinandergehen.

Ferner möchte ich noch bemerken, daß dieſes Weißbuch über den Niger — wenigſtens ſoweit die Herren Woermann und Hammacher darüber urteilen, und ſoweit mein Urteilsvermögen geht — nachweiſt, daß die Beſchwerden deutſcher Intereſſen über Nichtbeobachtung der Nigerſchiffahrtsakte berechtigt waren. Es handelt ſich in bezug auf dieſe Akte in erſter Linie um nicht genügende Beobachtung der Tranſitfreiheit, und dann über manche nicht gerechtfertigte Verordnungen der Geſellſchaft über Zölle und Licenzabgaben und Anlaufen von Häfen.

[4]) Vgl. oben S. 35.

Die in letzterer Hinsicht getroffenen Verordnungen stimmen weder mit der Royal Charter, die diese Gesellschaft seinerzeit von der englischen Regierung bekommen hat, noch mit dem englisch-deutschen Spezialabkommen vom 16. Mai bezw. 2. Juni 1885. Dieses ergibt sich des näheren aus dem Weißbuch, und ich möchte nur hinzufügen, daß auch die speziellen Beschwerden des Kaufmanns Hönigsberg sich als begründet erwiesen haben, wenn auch seine Entschädigungsansprüche als zu hoch zu bezeichnen sind.

Ueber diese letzte Sache werden wir erst Entscheidung treffen können, wenn der von der englischen Regierung in Aussicht gestellte Bericht ihres Kommissars vorliegt.

Wenn vorher auch noch Neu-Guinea in Vergleich gezogen worden ist mit dem Nigergebiet, so ist zunächst zu bemerken, daß für Neu-Guinea weder eine Schiffahrtsakte noch ein Handelsabkommen zwischen zwei Großmächten besteht. Außerdem ist dort ebensowenig wie in Ostafrika ein großer Fluß mit internationalem Handel, und Neu-Guinea steht auch im Moment nicht zur Diskussion. Ich brauche also hierauf, zumal nach dem, was der Herr Abgeordnete Hammacher darüber schon gesagt hat, nicht einzugehen.

3) Die Samoakonferenz.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kommt das Konsulat in Apia zur Verhandlung. Der Abg. Richter fragt nach amtlichen Mitteilungen über die Ergebnisse der Samoakonferenz, warnt vor Bewilligung einer Reichspostdampferlinie nach Apia und regt an, den Konsulatsetat für Apia wegen der untergeordneten Bedeutung dieses Platzes etwas zu beschränken.

Darauf antwortete der Staatssekretär Graf von Bismarck:[5])

Ich hätte vielleicht ebenso gut getan, das Wort nicht zu ergreifen in dieser Sache, will mich auch möglichst kurz fassen. Das Nächstliegende für mich würde gewesen sein, zu antworten: In dieser Frage lassen es die politischen Interessen nicht erwünscht erscheinen, daß im Reichstage darüber diskutiert wird. Wenn ich aber nichts weiter gesagt hätte, so hätte ich befürchten müssen, daß vielleicht manche Herren

[5]) Stenogr. Ber. a. a. O., S. 513.

gerade daraus Anlaß nehmen würden, die Sache möglichst breit zu treten. Ich möchte darum also sagen, daß die Beschlüsse der Samoakonferenz in der Tat auf dreiseitige gemeinsame Abmachungen hin zwischen den beteiligten Mächten geheim zu halten sind bis auf weiteres. Der Moment wird sich für die Bekanntmachung ergeben, sobald die drei Kontrahenten keinen Zweifel mehr haben, daß die Veröffentlichung ohne Schaden stattfinden kann. Dieser Moment liegt bisher nicht vor. Ich sehe gar keinen Grund, weshalb wir seinerzeit nicht dem Reichstage, wenn es ihn interessiert, Mitteilungen über die Abmachungen zugehen lassen sollten.

Ferner kann ich doch eine Bemerkung nicht ganz unreleviert vorübergehen lassen. Es wurde eben von Gleichberechtigung der politischen Interessen in Samoa gesprochen. Dieselbe ist von uns niemals angefochten worden. Die Sache liegt für jeden, der sie kennt, politisch so, daß Samoa eine unabhängige Regierung hat, und daß politisch alle Mächte, die dort Interessen haben, gleichberechtigt sind; es haben seit Jahren Verhandlungen geschwebt über eine befriedigende Regelung der politischen Verhältnisse, zumal im Hinblick darauf, daß den fortwährenden Kämpfen zwischen den Eingeborenen — den Bürgerkriegen, will ich es nennen — ein Ziel gesetzt würde. Auf der Konferenz sind wir nun zu einem für alle Teile befriedigenden Resultat gelangt im Verein mit den befreundeten Regierungen von den Vereinigten Staaten und von England.

Insoweit in bezug auf Samoa das Wort „politisch" gefallen sein mag, kann es immer nur „handelspolitisch" heißen, und ich kann also nur bitten, im Interesse der Politik diese Sache nicht weiter zu diskutieren.

Interessieren wird es die Herren vielleicht noch, zu hören daß sich auch darin die volle Einigkeit zwischen den drei Regierungen dokumentiert hat, daß der auf Allerhöchsten Befehl vor mehreren Monaten begnadigte und nach Samoa zurückgebrachte frühere König Malietoa auf gemeinsamen Beschluß der Konsuln der drei dort beteiligten Großmächte wieder als König proklamiert worden ist. Dies ist ein neues Zeichen dafür, in welchem guten Einvernehmen die drei Vertragsmächte, welche in Samoa vertreten sind, sich befinden.

Der Abgeordnete Richter entgegnete:

„Ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn der Herr Staatssekretär nicht die Bemerkung gemacht hätte, er wäre überzeugt, daß, wenn er erklärte, es läge nicht im politischen Interesse dem Auslande gegenüber, eine Frage zu erörtern, dann von unserer Seite gerade das Gegenteil erfolge. (Hört! Hört! links.) Meine Herren, das ist eine ganz unwillkürliche, aus der Luft gegriffene Voraussetzung, wogegen wir uns auf das allerentschiedenste verwahren. Der Herr Staatssekretär hat nicht die Spur einer Berechtigung, eine solche Behauptung auszusprechen, weil er nicht imstande ist, auch nur ein einziges Beispiel anzuführen, wo jemals gegenüber einer solchen Andeutung vom Ministertisch aus von uns eine Diskussion fortgesetzt worden wäre. Es ist also ein durch nichts gerechtfertigter willkürlicher Angriff, den der Herr Staatssekretär in diese Debatte getragen hat. Er ist ebenso willkürlich und ebenso ungerechtfertigt, als wenn ich etwa behaupten wollte: Wenn wir etwas an sich Gerechtfertigtes von der Regierung wünschen, so tut es die Regierung deshalb nicht aus Eigensinn, weil es von unserer Seite kommt. So wenig der Herr Staatssekretär es ruhig hinnehmen würde, wenn wir ihm insinuierten, aus Eigensinn zu handeln, ebensowenig nehmen wir es ruhig hin, wenn er uns solche Insinuationen macht, die selbst solche uns gegenüber nicht gemacht haben, die sich mehr Verdienst um Deutschland erworben haben, als der Herr Staatssekretär bis jetzt dazu Gelegenheit gehabt hat." (Oho! rechts.)

Darauf antwortete Graf von Bismarck[6]):

Ich bin leider genötigt, noch einmal zu sprechen, und zwar wieder aus dem Grunde, den ich schon neulich[7]) anführen mußte, nämlich demjenigen, daß der Herr Vorredner mitunter die Neigung zeigt, sich selbst eine Scheibe aufzustellen, an deren Aufstellung niemand anders gedacht hat, nach der er dann zu werfen beliebt. So ist es auch in diesem Falle. Es ist mir gar nicht eingefallen, seine Partei oder überhaupt jemand zu nennen. Ich habe ganz allgemein gesagt, daß ich jene Bitte aussprechen würde, „wenn ich nicht befürchten müßte, daß dies gerade zum Anlaß genommen werden würde, die Sache breit zu treten". Dafür, daß ich niemanden genannt habe, kann ich alle anwesenden Herren zu Zeugen anrufen. Wenn trotzdem Herr Richter sich sofort erhob, um mit einiger Gereiztheit auf etwas zu erwidern, was

[6]) Stenogr. Ber. ebd., S. 514.

[7]) Vgl. oben S. 47 am 22. November.

ich ſo gar nicht geſagt hatte, ſo kann ich nur nach dem alten franzöſiſchen Sprichwort ſagen: qui s'excuse, s'accuse. Ich habe niemand etwas vorgeworfen, habe nur im allgemeinen geſprochen. Wenn ſich einer freiwillig getroffen fühlen will, ſo kann ich nichts dafür. Außerdem habe ich ausdrücklich erklärt, eine Diskuſſion nicht eröffnen zu wollen; ich habe nur eine Konſtatierung vornehmen müſſen, weil der Herr Vorredner etwas geſprochen hatte, welches ſo verſtanden werden könnte, als ob eine Gleichberechtigung der politiſchen Standpunkte früher nicht ſtattgefunden hätte. Ich habe dies nur richtig geſtellt; man iſt ja meiſtens in der Lage, wenn man dem Herrn Vorredner antwortet, nur richtig ſtellen zu müſſen, und weiter habe ich diesmal nichts tun wollen.

Ueber die Dampferſubvention habe ich kein Wort geſagt. Der Herr Abgeordnete hat behauptet, ich hätte mich über die Dampfer geäußert. Da auf den eigenen Antrag des Herrn Vorredners dieſe Frage in die Kommiſſion verwieſen iſt, ſo glaube ich, daß wir beſſer tun, unſer ſo weit und breit diskutiertes heutiges Material nicht noch durch ſolches zu vermehren, welches auf den eigenen Antrag der Herr Vorredner ſeiner Zeit in der Kommiſſion erwartet. Ich habe nur geſagt, daß in bezug auf die Inſelgruppe von Samoa das Wort „politiſch" ſtets „handelspolitiſch" meint.

Im übrigen habe ich gebeten, über dieſe Verhältniſſe heute nicht weiter zu ſprechen; ich kann dieſe Bitte nur wiederholen.

15. Rede. Im Reichstage.

Am 27. Nov. 1889.[1])

Die Verwaltungskoſten im ſüdweſtafrikaniſchen Schutzgebiet.

Der Etat des ſüdweſtafrikaniſchen Schutzgebietes ſtand zur Beratung. Unmittelbar nach dem Berichterſtatter Abg. Dr. Bürklin ſprach ausführlich „zur Beſtreitung der Verwaltungskoſten im ſüdweſtafrikaniſchen Schutzgebiete" der Staatsſekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bismarck:

[1]) Stenogr. Ber., VII. Leg.-Per., 5. Seſſion, Bd. II, S. 533 ff.

Ich möchte den Motiven, die aus dem Etat ersichtlich sind, noch einiges hinzufügen, wenn schon der Herr Referent in dankenswerter Weise das meiste und beste wohl gesagt hat, was zur Begründung dieser Position gesagt werden kann.

In erster Linie möchte ich das bestätigen, was der Herr Referent über die Lage des Hauptmanns von François gesagt hat, da ich annehmen darf, daß es allen den Herren hier am Herzen liegen wird, so weit Material vorliegt, darüber orientiert zu sein. Die Sache liegt kurz so, daß sich die Verhältnisse in dem Hereroland Anfangs des Jahres so weit beruhigt hatten, daß im April das Kommissariat nach Otyimbingue zurückverlegt werden konnte. Der Grund, welcher den Kommissar Nels, sowie den Hauptmann von François veranlaßt haben, Otyimbingue zu verlassen und sich nach dem ungefähr 8 bis 9 Kilometer entfernt gelegenen Orte Tsaobis zu begeben, lag einmal darin; daß derselbe weitere Reibungen mit den Eingeborenen vermeiden wollte, zweitens aber auch darin, daß Tsaobis an einem Punkte gelegen ist, an dem sich die Wege kreuzen, die nach der Küste führen, und von wo aus derselbe am besten in der Lage ist, die Einfuhr der Waffen zu kontrollieren, bezw. zu inhibieren. Dieser Grund ist mit entscheidend gewesen bei der Uebersiedelung des Hauptmanns von François, neben dem anderen, daß derselbe in Otyimbingue ein passendes Unterkommen für sich und seine Polizeitruppe nicht finden konnte. Der Herr Referent hat schon gesagt, daß Hauptmann von François sich in einer gesicherten Position befindet; außerdem ist nach den Beziehungen, in welchen er mit den Hereros gestanden hat, nicht anzunehmen, daß diese ihn angreifen oder ihm Schaden zufügen wollen. Die letzten amtlichen Nachrichten, die uns vom Hauptmann von François und über das Ergehen seiner Leute vorliegen, sind vom 18. September, also noch um einige Tage frischer als die Privatnachrichten, welche vor kurzer Zeit in der Presse veröffentlicht wurden. Dieselben geben keinen Anlaß zur Beunruhigung, und da sie amtlich sind, so ist zu hoffen, daß wir gegenwärtig einen Grund zur Besorgnis nicht haben. Allerdings würde es immer sehr wünschenswert sein, um diese Leute in ihrer Stellung zu sichern, wenn die Schutztruppe, deren Anwerbung hier vom Reichstage erbeten wird, bald zusammengestellt werden könnte. Da heißt es auch: bis dat, qui cito dat, und es ist unzweifelhaft, daß diese un-

sere Landsleute, die sich in keiner besonders beneidenswerten Lage befinden, es sehr dankbar erkennen und mit mehr Sicherheit in die Zukunft schauen werden, wenn sie vernehmen, daß man sich schon in diesen Tagen damit beschäftigt, ihnen einen Sukkurs zu teil werden zu lassen; die Vorbedingung dazu würde natürlich sein, daß die Herren diese Position heute bewilligen.

Um die Angaben, die ich vorhin machte, daß von einer feindlichen Stimmung der Hereros gegen Hauptmann von François und die Deutschen überhaupt uns nichts bekannt ist, noch zu belegen, möchte ich mir erlauben, einen Brief hier zu verlesen, welcher von Maherero an den Herrn Nels als Stellvertreter des dortigen Reichskommissars gerichtet worden und vom 3. September datiert ist, aus Otyimbingue. Er ist übersetzt — der Stil ist natürlich nicht ein ausgereifter — und lautet folgendermaßen:

> Vor allem muß ich Sie versichern, daß ich niemals unfriedliche Absichten gegen den Herrn Hauptmann von François gehabt habe; als derselbe von Usakos hierher zurückkehrte, da haben wir in der freundlichsten Weise miteinander gesprochen, und als er dann sein Lager an die andere Seite des Flusses verlegen wollte, da konnte ich nicht wissen, daß es damit eine solche Eile hätte. Deshalb sprach ich den Wunsch aus, damit zu warten, bis Sie ankämen.

— Der „Sie" ist immer Nels. —

> Dies tat ich zugleich aus dem Grunde, weil Sie uns mitgeteilt hatten, daß der Hauptmann Ihnen unterstellt sei. Auch habe ich seine Antwort darauf als eine volle Zustimmung aufgefaßt. Aus diesen Gründen war ich aufs äußerste überrascht, als ich unmittelbar darauf sah, wie der Herr Hauptmann mit der Truppe abzog, ohne uns zu grüßen oder eine Erklärung abzugeben. Deshalb schickte ich den Nikanor eiligst hinter ihm her, um mich nach der Ursache des für mich so rätselhaften Vorgehens zu erkundigen, und zwar bemerkte ich ausdrücklich, er solle keine Gewehre mitnehmen. Leider liefen etwa vier Kinder (Jünglinge) mit, welche Gewehre mitnahmen und sich, wie es scheint, an den Wagen des Herrn Hauptmanns nicht richtig benahmen. Daß die jungen Leute Ge-

wehre trugen, kann ich ihnen nicht als eine besondere Schuld anrechnen, weil das hier jeder tut; wohl aber war es ein Versehen, daß sie ohne Auftrag und ohne mein Wissen mitliefen und bei den Wagen sich so betrugen, wie sie getan haben sollen. Wegen dieses Versehens bitte ich den Herrn Hauptmann von François um Verzeihung. — — Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die friedlichen Beziehungen zwischen uns und den Beamten der deutschen Regierung auch ferner fortbestehen mögen. Mit dem Gruße der Liebe und des Friedens verbleibe ich —.

Ich muß um Entschuldigung bitten: ich habe einen Irrtum insofern gemacht, daß ich einen falschen Brief ergriffen habe. Ich sehe eben, daß dieser Brief von dem Zacharias Zeraua selber herrührt, von dem die Herren, die sich damit beschäftigen, wohl in der Presse gelesen haben, daß er derjenige war, der den Hauptmann von François zu bereden suchte, dort zu bleiben. Mehr kann man nicht verlangen, als daß dieser Zacharias selbst schriftlich durch den Reichskommissar den Hauptmann um Verzeihung bitten läßt.

Ich habe jetzt den anderen Brief in Händen, von Maharero — er ist viel kürzer — vom Ende August 1889, also etwa 8 Tage früher als der andere, und Maharero schreibt einen etwas anderen Stil:

Als neulich Herr Nels hierher kam, da benachrichtigtest Du, Anführer der Soldaten, mich, daß auch Du hierherkommen wolltest.

— Der Brief ist also an Hauptmann von François gerichtet. —

Nun höre ich aber, daß Du von Otyimbingue abgezogen bist, und es scheint, daß Dein Abzug veranlaßt wurde durch einen Zwist. Ich weiß jedoch nicht, mit wem Du den Zwist gehabt hast, ob mit den Engländern oder mit meinen Kindern

— Kinder heißt hier so viel wie Untertanen —

auf Otyimbingue, da doch zwischen uns und Euch kein Zwist besteht. Welche Art Zwist Deinen Weggang verursacht hat, ist mir unbekannt. Deshalb wünsche ich zu wissen, ob das eine Sache zwischen Euch und den Engländern ist. Wenn das der Fall ist, dann laßt mich aus dem Spiel; denn mit dem, was zwischen Euch und den Engländern ist, habe ich nichts zu

schaffen. Wenn es sich aber um etwas handelt, was meine dortigen Leute getan haben, dann laß mich's wissen.

Dies ist immerhin für einen Häuptling der Hereros ein entgegenkommender Brief, den man ebenso einen Entschuldigungsbrief nennen kann wie den andern. — Diese Briefe sind verhältnismäßig jung, von Ende August oder Anfang September, und ich hoffe daraus entnehmen zu können, daß eine momentane Gefahr nicht vorliegt für die Truppen des Herrn Hauptmanns von François; aber, wie gesagt, um sicher zu gehen, ist es außerordentlich erwünscht, wenn wir in die Lage versetzt werden könnten, schon in allernächster Zeit eine Verstärkung dorthin zu schicken. Bei der Ausdehnung des Gebiets und bei der Notwendigkeit, die Waffeneinfuhr und die Spirituoseneinfuhr scharf zu kontrollieren, würden 50 Mann gewiß nicht zu viel sein; und insofern die Herren nicht gesonnen sind, tabula rasa zu machen und die ganze Sache so knapp zu behandeln, daß sie nicht haltbar bleibt, würde ich Sie dringend bitten, diese Forderung bewilligen zu wollen.

Die Entstehung der Sachlage kann mit wenigen Worten in Ergänzung desjenigen, was ich vorher gesagt habe, dahin skizziert werden, daß die Reibungen, von denen in der Presse mancherlei gestanden hat, und zu denen auch der bisherige Reichskommissar Göring sich amtlich hat äußern können, zurückzuführen sind auf die Agitationen des Kapländers Lewis und verschiedener ähnlicher Abenteurer, welche für eine Annexion des deutschen Schutzgebietes durch das Kapland agitierten und durch Zufuhr von Waffen, Munition und Spirituosen sich eine gewisse Stellung und einen erklecklichen Einfluß verschafft hatten. Es ist diesen gelungen, dem Maharero seinerzeit, als die Versammlung in Otyimbingue stattfand, im vorigen Jahre einzureden, daß die englische Regierung, die auch bei diesem Vorkommnis sich ebenso loyal benommen hat wie auf allen anderen Gebieten, wo wir mit ihr zu tun haben, den Lewis und seine Hinterleute ausdrücklich desavouiert hat.

Tatsächlich ist noch zu erwähnen, daß im Jahre 1885, als der erste Schutzvertrag mit dem Maharero abgeschlossen wurde, von diesem im Namen des Lewis nur zwei Forderungen angemeldet wurden, welche Konzessionen auf Minen waren. Der Vertrag von 1885 ist später —

im Jahre 1887 — bestätigt und erweitert, nachdem inzwischen die Ansprüche, die angemeldet waren, von einer gemischten englisch-deutschen Kommission auf ihre Richtigkeit und Begründung geprüft worden waren. Auch vor dieser Kommission hat Lewis nichts weiter angemeldet, als seine Forderungen bezüglich zweier Minen, und ebenso ist in seinem erweiterten Vertrage von September 1887, also zwei Jahre nach dem ersten, wiederholt von diesen zwei Minen die Rede.

Unmittelbar nach diesem 87er Abschlusse sind dort die ersten Goldfunde eingetreten, und es liegt wohl auf der Hand, das veränderte Auftreten des Lewis darauf zurückzuführen, daß die Goldfunde ihm Lust gemacht hatten, seine Ansprüche weiter auszudehnen. Es ist anzunehmen, daß die Angehörigen des Kaplandes, welche darüber Bescheid wissen, daß in ziemlicher Nähe dieses deutschen Schutzgebietes viel Gold und auch Diamanten gefunden worden sind, angenommen oder gehofft haben, es könne hier ähnlich sein, und sich auf alle Fälle die Ausbeutung sichern wollten; Tatsache ist, daß vom Herbst 1887 an das System der Aufhetzung von diesen kapländischen Abenteurern mit viel mehr Nachdruck betrieben ist, und daß es Lewis an erster Stelle gelungen war, dem Maharero den Glauben beizubringen, der Reichskommissar Göring wäre nur der Abgeordnete einer Privatgesellschaft, da er so bescheiden und ohne Unterstützung an Mannschaften aufträte, und er wäre nur gekommen, um die Hereros und ihr Land ohne jede Gegenleistung auszunützen. Diese Agitation ist unterstützt worden durch die Mittel, die ich vorher nannte, die ihre Wirkung nicht verfehlten, und die dazu führten, daß Maharero Lewis zum Mitregenten ernannte und ihm Generalvollmacht gab. Lewis hat sich darauf dementsprechend benommen und hat eigenmächtig verfügt, es dürfe kein Berg- oder auch nur Häuserbau begonnen werden ohne seine Zustimmung. Dies hat andere Häuptlinge verdrossen. — Maharero ist nicht der einzige Häuptling dort; es gibt einige, die ähnlich starken Einfluß auf die dortigen Volksstämme haben, und die haben sich dem Vorgehen des Maharero nicht angeschlossen. In erster Linie ist da ein Häuptling Manasse zu nennen — Manasse ist Christ; der Maharero ist, soviel ich weiß, noch nicht getauft, er gehört sozusagen zu den dortigen Neophyten und reserviert sich die Taufe, bis er auf dem Sterbebette liegen wird; als Grund hat er angegeben, er möchte sich von seinen vielen Frauen

nicht trennen, was von ihm verlangt werden müßte, wenn er Christ würde.

Der Reichskommissar Göring hatte den Versuch gemacht, dort eine Schutztruppe anzuwerben — ich meine im Schutzgebiet, in Südafrika. Dieser Versuch war aber mißlungen. Die Leute kamen nicht, hielten ihre Abmachungen nicht oder gingen auf eigene Hand fort, so daß das Resultat war, daß Göring, der Reichskommissar, allein blieb. Hätte er damals auch nur die jetzige Schutztruppe zur Verfügung gehabt, so ist wohl anzunehmen, daß diese Handvoll Abenteurer, welche der Maharero in dem vorhin ausführlich mitgeteilten Schreiben ausdrücklich desavouiert, etwas zaghafter und rücksichtsvoller aufgetreten sein würden. Unter den gegebenen Umständen hat, glaube ich, der Reichskommissar ganz richtig und weise gehandelt, wenn er Otyimbingue, wo es nur Reibungen für ihn gab, einstweilen verlassen hat. Wie gesagt, hat sich sein Vertreter im April dahin zurückbegeben und ist jetzt in unmittelbarer Nähe.

Ein Moment möchte ich hier noch anführen, welches gestern schon von einem der Herren Redner gestreift worden ist, daß es nämlich unzweifelhaft sein dürfte, daß die als Abenteurer und Freibeuter auftretenden Kapländer wohl Ermutigung geschöpft haben werden aus den vielen abfälligen Artikeln in gelesenen deutschen Zeitungen und aus den scharfen und herabsetzenden Reden, welche hier im Reichstage bezüglich des Schutzgebietes gehalten sind. Die Herren werden mir darin beistimmen, daß die Kapländer nicht genau orientiert sein können über die hiesigen Verhältnisse und ohne Zweifel glauben, daß sowohl die betreffenden Organe unserer Presse als auch die Herren Abgeordneten, die den Schutzgebieten immer eine sehr harte Kritik zu teil werden lassen, einen großen Einfluß haben, und daß die Regierung, wenn sie neben all der Mühe und Arbeit noch Verdruß und Aerger mit diesem als so elend dargestellten Schutzgebiet hat, wahrscheinlich froh sein würde, es los zu werden. Ich glaube, daß das eine sehr naheliegende Schlußfolgerung ist, zumal auch Berichte aus Kapstadt darauf hinauskommen. Es ist ja seit vorigem Februar eine lange Zeit verflossen, in welcher viele Zeitungen nach dem Kapland gekommen sind, und die kapländischen Herren, welche dem Schutzgebiet ein so lebhaftes Interesse zuwenden, werden aus den abfälligen Kritiken Ermutigung geschöpft und

ſie mit Befriedigung geleſen haben in der Hoffnung, daß wir die Sache preisgeben würden. Sie wiſſen, meine Herren, daß gegenwärtig Unterhandlungen ſchweben über den Verkauf eines großen Teiles der der Südweſtafrikaniſchen Geſellſchaft gehörigen Ländereien. Die Bewerber ſind zwei engliſche Geſellſchaften, von denen eine recht potent iſt. Aber der Vertrag, welcher jetzt dem Auswärtigen Amt vorliegt, hat in manchen Paragraphen zu Bedenken Anlaß gegeben, die definitive Beſchlußfaſſung darüber iſt noch nicht erfolgt, und, ſoviel ich orientiert bin, würde es keinen ungeteilten Beifall im Reichstage finden, wenn die Regierung die Zuſtimmung dazu gäbe, daß an Fremde ein Teil der Ländereien verkauft würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe nun ganz neuerdings von verſchiedenen Deutſchen eine Mitteilung bekommen, daß ſie bereit ſind, ſofort in den Vertrag einzutreten, welchen man den Vertrag Groll nennt. Dieſe Deutſchen — ich weiß nicht, ob die Herren genannt ſein wollen, vielleicht wird man ſich das beſſer aufſparen — ſind zunächſt ihrer vier, zwei von denſelben ſind als wohlhabende Wechſelagenten und Makler in London bekannt. Sie ſchreiben mir, ſie beabſichtigen, im Verein mit noch anderen deutſchen Firmen eine Kompanie zu bilden, um die in dem erwähnten Vertrage an Groll übertragenen Rechte auszubeuten, und dieſe Geſellſchaft iſt in der Lage, die Kaufſumme in kürzeſter Friſt zu zahlen. Ich habe Ihnen dies mitteilen wollen, um Ihnen zu ſagen, daß ſich doch auch vier deutſche Namen gefunden haben, die Kaufluſt haben. Es wird Sache der Intereſſenten ſein, mit dieſen Herren in Beziehung zu treten. Ich werde mir erlauben, den Brief an die dortige Geſellſchaft abzugeben.

Es läßt ſich hieraus der Schluß ziehen, daß die Herren, die mir dieſes Schreiben geſchickt haben, die Sache nicht für ganz wertlos halten, ſie ſind mir ſonſt unbekannt, wir haben keine Beziehungen zu ihnen, ſie würden aber doch nicht mehrere Millionen ohne jeden Grund verlieren wollen. Ferner iſt mir am bezeichnendſten, daß die kapländiſchen Abenteurer mit ſolcher Hartnäckigkeit dort ihre Haut zu Markte tragen; denn wenn die Schutztruppe, wie ich hoffe, verſtärkt wird, ſo kann es doch leicht Ausweiſungen geben, und bei Widerſetzungen gegen Ausweiſungen können auch körperliche Beſchädigungen

vorkommen; ich möchte daher annehmen, daß diese Kapländer nicht so hartnäckig daran festhalten würden, sich dort einzunisten, wenn sie die Sache für ganz wertlos hielten.

Ich hoffe, die Herren nicht zu sehr zu ermüden, wenn ich in Erinnerung an die Frage des Wertes aus einer kurzen Zusammenstellung einiges zitiere, welche aus amtlichen Quellen, meist englischen und holländischen, gemacht ist. Da ist zunächst gesagt, daß dieses Kapland, welches jetzt eine der blühendsten Kolonien von England ist und jährlich 3 Millionen Pfund einbringt, über 150 Jahre nach seiner Entdeckung, bis 1648, gänzlich wüst gelegen hat; erst 1648 durch das zufällige Scheitern eines holländischen Schiffes in der Tafelbai, ist dort eine kleine Ansiedelung gestiftet worden, die sich lange Zeit sehr, sehr kümmerlich hingezogen hat. Das Tagebuch des holländischen Gouverneurs Jan van Riebeck, welches recht interessant geschrieben, ist für jeden, der an diesen Sachen Anteil nimmt, eine anregende Lektüre; er ist 10 Jahre dort gewesen, und als er 1662 die Kapstadt verlassen hat, welche damals aus einer Ansiedelung von knapp 200 Häuschen bestand, hat er die Zukunft der Kolonie für gesichert gehalten. Er hat sich aber darin geirrt. Nach seiner zehnjährigen Amtszeit als Gouverneur und trotz aller seiner Mühe findet sich ein Brief von einem holländischen Kapitän, welcher die heutige Kapstadt Ende des 17. Jahrhunderts für den schauderhaftesten Fleck der Welt erklärt, wo das Fleisch so zähe, hart und saftlos sei, daß man es nicht essen könnte, und die Schiffe jeden Augenblick Gefahr liefen, zu stranden; die Ansiedler lebten meistens vom Ertrage ihrer Gasthäuser, Schnapsläden und Geflügelzucht. Ich habe den Herren in Erinnerung rufen wollen, daß über 200 Jahre nach der Entdeckung des Kaps, bis 1712, die Kapstadt immer nur eine lästige Kolonie für die Holländer gewesen ist, genau gerechnet, über 60 Jahre nach der ersten Besiedelung. Diese jetzt so reiche Kolonie hat also einen 64jährigen Inkubationstermin gehabt, und das ist doch eine sehr bedeutende Reihe von Jahren im Vergleich mit unserer Kolonialerfahrung. Im Jahre 1712 hat die Kapstadt 260 Privathäuser gezählt und war von einem Kreise wohlhabender Dörfer umgeben. Die Einnahmen der Kolonie betrugen damals 160000, die Ausgaben 290000 Mark; also waren noch 130000 Mark Zuschuß nötig. Trotzdem haben die zähen Holländer, ungeachtet dieser

ſchlechten Erfahrungen, die Sache feſtgehalten. Als im Jahre 1806 die Engländer die Kolonie nahmen, hatte ſich der holländiſchen Bauern eine große Unzufriedenheit bemächtigt, und ſie zogen nach dem Vaalfluſſe. Dieſes Land war früher als Wüſte verachtet, die fleißigen holländiſchen Bauern haben ſich jedoch Niederlaſſungen geſchaffen, welche ſie ernährten, und dies führte dazu, daß im Jahre 1836 der engliſche Gouverneur der Kapkolonie ihnen das Land wegnahm und es unter engliſchen Schutz ſtellte, weil es gedieh; die holländiſchen Buren zogen darauf über den Vaal hinaus und bildeten den heute unter dem Namen Transvaalrepublik bekannten Staat. Ueber dieſen Staat hat ſich im Jahre 1852 der engliſche Gouverneur der Kapkolonie, Henry Smith, in dem Sinne geäußert, daß ſein Gebiet abſolut garnichts wert ſei, und daß es nicht lohnte, die engliſche Schutzherrſchaft über dasſelbe zu proklamieren.

Ich glaube, daß dieſes nicht ohne Intereſſe iſt. Ich will nicht ſagen, daß man daraus Schlußfolgerungen ziehen ſoll, aber es zeigt doch, daß Gebiete in ziemlich unmittelbarer Nähe unſeres Schutzgebietes recht viel Zeit gebraucht haben und lange für wertlos erklärt wurden, bis ſie ihren Bewohnern Gedeihen und Fortkommen gaben. In der Transvaalrepublik wurden im Jahre 1880 41 000 weiße Einwohner gezählt, nach den letzten diesjährigen Berichten aus Kapſtadt jetzt 150 000 weiße Einwohner; die Transvaalrepublik, die heutzutage die Südafrikaniſche heißt, hat ſich mithin in 9 Jahren um faſt 90 000 Einwohner vermehrt. Im Kapland ſind die Fortſchritte noch viel größere, obgleich dasſelbe ſeinerzeit als ein gottloſes verrufen war. Es iſt jetzt doppelt ſo groß als Großbritannien und Irland zuſammen, hat $1^1/_2$ Millionen Einwohner, und ſelbſt die Territorien, welche unter dem Namen Great Karoo in den vierziger Jahren noch als eine Art Sahara verſchrieen waren, ſind heute mit Farmen bedeckt; es iſt das namentlich der von Staats wegen eingeführten künſtlichen Bewäſſerung zu verdanken. Natürlich hat dieſe erſt ſtattfinden können, nachdem nach Jahrhunderte langen Bemühungen das Kapland eine ertragsfähige Kolonie geworden iſt, und ich möchte mich dagegen verwahren, daß hier unmittelbar Vergleiche gezogen werden. Ich habe nur geglaubt, es würde die Herren intereſſieren, dies als Material dafür entgegenzunehmen, daß man hier nicht gar zu ſchnell aburteilen ſoll.

Es ist von dem Herrn Referenten gesagt, daß die Küste durch etwa 50 und einige mehr Kilometer unfruchtbare Sandstreifen gebildet wird; dahinter aber ist gutes Land. In der Hauptsache würde große Pferdezucht dort zu etablieren sein und beträchtlich zu vergrößernde Rindviehzucht; es gedeiht dort, sobald nur Wasser da ist, auch der Weinstock und die Feige, wie in Kapland selbst. Nun wird in bezug auf Bewässerung manches geschehen können, zumal durch Anlagen von Sammelbecken, Dämmen und Zisternen. Die Transvaalleute sollen außerordentlich geschickt in solchen Anlagen sein, bei ihnen liegen ähnliche Verhältnisse vor, und es ist zu hoffen, falls wir diesen bisher so stiefmütterlich behandelten südwestafrikanischen Schutzgebieten eine kurze Zeit der Ruhe gönnen, daß dort ähnliche Meliorationen Platz greifen werden.

Interessant ist mir auch gewesen, aus einem der Berichte zu ersehen, daß ein Bergwerk, welches die Cape Copper Mining Company, also eine Kupferbergwerksgesellschaft aus der Kapstadt, in einer wasserlosen Gegend angelegt hat, nach Anbohrung alsbald Wasser ergeben hat. So kann man auch hierauf die Hoffnung gründen, daß, wenn weiter abbauwürdige Kupferlager angebohrt werden, sich in den Schächten Wasser finden wird; es würde dies von wesentlichem Nutzen für die Ausnützung der dortigen Mineralschätze sein.

Einstweilen bestehen vier Gesellschaften, die dort tätig sind. Die erste ist die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, welche den ausgedehntesten Landbesitz und auch die größten Bergwerksgerechtsame hat; sie steht eben in Verkaufsverhandlung. Zweitens existiert die Deutsche Westafrikakompanie, welche Versuche mit Exportschlächtereien von Sandwichhafen aus macht und viele Handelsexpeditionen in das Innere schickt behufs Exportierung von Fleisch. Drittens besteht die Deutsch-afrikanische Minengesellschaft, in der in der Hauptsache einige Rheinländer tätig sind, und endlich das Rehobother Konsortium, das sich mit Untersuchungen des vorkommenden Kupfers und Goldes beschäftigt.

Das sind alles kleine Anfänge, aber ich erwähne sie in bezug auf eine Frage, welche ich aus dem Kommissionsprotokoll ersehen habe. Nebenher gibt es noch eine Anzahl selbständiger Reichsangehöriger, welche infolge der Kaiserlichen Verordnung vom März 1888 Schürf-

berechtigung erworben haben. Dieſe Anſiedelungen und Geſellſchaften, welche dort Intereſſen feſtgelegt haben, ſowie die ſeit mehr als 40 Jahren höchſt ſegensreich wirkende Rheiniſche Miſſionsgeſellſchaft haben Anſpruch auf unſern Schutz; und ſelbſt, wenn dort nur dieſe Miſſionsgeſellſchaft beſtehen ſollte, die viele Tauſende zum Chriſtentum bekehrt und Geſittung in das Land getragen hat, ſo würden alle die Herren, die Beſcheid wiſſen, mit mir übereinſtimmen, daß ſie unſern Schutz verdient, wenn wir ihr denſelben mit verhältnismäßig geringen Summen gewähren können.

Was dieſe Summen anbetrifft, ſo möchte ich noch erwähnen, daß in dem unmittelbar benachbarten Britiſchen Betſchuanalande — dasſelbe iſt erſt vor 4 oder 5 Jahren von England annektiert — im Jahre 1886 für 3 Offiziere und 480 Mann faſt 89000 Pfund Sterl. in einem Jahre ausgegeben ſind. Die Verhältniſſe liegen dort ganz ähnlich wie in unſerem ſüdweſtafrikaniſchen Schutzgebiet; es gibt da ebenfalls eine Anzahl Goldneſter, aber auch zu wenig Waſſer. Trotzdem hat das die Engländer nicht abgehalten, in einem Jahre beinahe 89000 Pfund Sterling hineinzuzahlen; die engliſche Schutztruppe iſt im nächſten Jahre auf 350 Mann erniedrigt, ſteht aber, ſoviel ich weiß, auf dieſem Fuße noch heute. Eine von ſeiten der Engländer getroffene Einrichtung ſcheint mir prima facie praktiſch zu ſein, nämlich, daß Farmen auf 3 Jahre an Bauern oder Landarbeiter vergeben werden, wofür dieſe drei Jahre lang Kriegsdienſte leiſten und ſich ſelbſt bewaffnen müſſen. Nach Ablauf dieſer drei Jahre werden dieſe Farmer freie Eigentümer. Das iſt ein ähnlicher Zuſtand, wie er früher an der Oeſterreichiſchen Militärgrenze beſtand, und wie er noch heute zu finden iſt bei einigen Koſakenſtämmen, und den wir, wenn wir die Schutzgebiete behalten, und wenn ſie eine Zukunft haben ſollen, vielleicht dort auch einführen könnten. Ich wollte dies nur erwähnen, damit es als Material in der Reichstagsbibliothek bleibt.

Soweit man zurzeit von Export und Import ſprechen kann, ſind beide natürlich gering. Es iſt außerdem ſehr ſchwer, darüber Genaues feſtzuſtellen, weil faſt alles über Kapſtadt geht. Die Hauptexportartikel ſind, wie den Herren bekannt ſein wird, Fleiſch und Straußenfedern. Das Item Straußenfedern iſt von Kapſtadt und Transvaal aus ein recht beträchtliches; hoffen wir, daß es in unſern Schutzgebieten einmal auch noch ſo werden kann.

Was nun eine Spezialforderung bei dieſer Poſition für die Bergbehörde betrifft, ſo möchte ich darauf hinweiſen, daß wir noch 10 000 Mark weniger dafür fordern, als die Geſellſchaft dafür aufzuwenden genötigt war; dieſe Bergbehörde hat eingerichtet werden müſſen, weil dort nicht nur konkurrierende deutſche Geſellſchaften beſtehen, ſondern auch fremde Unternehmer, und die Eingeborenen ebenfalls ihre Intereſſen haben; da iſt es nicht zu verlangen, daß eine beteiligte Geſellſchaft ſo viel Unparteilichkeit aufweiſen ſoll, um ſich das allgemeine Vertrauen bei Rechtſprechung zu ſichern; und ich glaube, daß wohl kein Zweifel darüber beſtehen kann, daß es ſich empfiehlt, eine Staatsbehörde zu haben, welche die vielen Streitigkeiten, die jetzt ſchon vorkommen und noch in erhöhtem Maße vorkommen können, wenn der Bergbau ſich rentabel erweiſen ſollte, zu ſchlichten.

Wegen der Polizeitruppe wollte ich noch anführen, daß es eine ihrer Aufgaben ſein wird, den fortwährenden Kämpfen unter den Eingeborenen durch Verhinderung des Waffenimports vorzubeugen. Aus den Berichten mancher Miſſionare werden die Herren die ſehr berechtigten Klagen entnommen haben, mit welchen ſie die unaufhörlichen Reibungen und Kämpfe zwiſchen den Namaquahs, den Hereros und den Hottentotten ſchildern, welche die Bevölkerung dezimieren, und bei welchen es ſogar vorkommt, daß von beiden Seiten ſchon zum Chriſtentum Bekehrte gegen einander kämpfen. Ich glaube, daß da gerade die Polizeitruppe am heilſamſten wirken kann; ſie ſoll nicht nur aus 50 Angeſtellten beſtehen, ſondern noch aus etwa 50 Eingeborenen, die einzuüben ſind. Das Abſchneiden der Waffenzufuhr iſt einer der Zwecke, den der Hauptmann von François bei ſeiner Ueberſiedelung nach Tſaobis im Auge hatte. Der weitere Zweck iſt, die Einführung der Spirituoſen zu überwachen. Das halte ich nicht für ſo außerordentlich ſchwierig, denn die Küſte iſt zwar lang, aber hat wenig günſtige Landungsſtellen. Mit einem kleinen Segelboot dort irgendwo zu landen, und ſich auf den Strand laufen zu laſſen, von wo man noch 50 oder 70 Kilometer in einem unwirtlichen Lande die Schnapsfäſſer auf dem Rücken tragen ſoll, dazu werden ſich nicht ſo leicht Leute bereit finden, ſie werden ſtets nach Sandwichhafen oder nach Walfiſchbai zu kommen ſuchen, und in letzterem Hafen werden die engliſchen Behörden ſicher mit uns zuſammenwirken, um den Spiritusimport zu verhindern. Alſo

auch aus dieſem Grunde — und ich betone das beſonders, weil heute ſchon ſo viel über die Schnapseinfuhr geſprochen wurde — möchte ich befürworten, daß die Polizeitruppe unverkürzt uns bewilligt wird.

(Bravo! rechts.)

Der nächſte Redner war der Abgeordnete Dr. Bamberger. Diejenigen ſeiner Ausführungen, gegen die ſich der Staatsſekretär des Aeußeren inſonderheit wandte, waren folgende:

„Nun führt mich das direkt auf den Umſtand, der im vorigen Jahre vor ungefähr 11 Monaten zu ſo lebhaften ſtürmiſchen Debatten Anlaß gegeben hat in der Angelegenheit dieſer weſtafrikaniſchen Kolonie, und auf die auch der Herr Staatsſekretär des Auswärtigen Amts heute mit kleinen Spitzen als Reminiszenz aus jener Debatte — wie ich wohl offen annehmen darf, namentlich gegen mich gerichtet — vorgegangen iſt. Nun, wie verhält es ſich denn damit? Damals habe ich, als die erſten Nachrichten von der Beunruhigung jener ſüdweſtafrikaniſchen Gebiete zu uns kamen, hier bei dieſer Etatsſtelle die Anfrage geſtellt, ob man uns etliche Aufklärungen darüber geben wolle, ob wir imſtande wären, dort das Terrain zu behaupten, nachdem der Reichskommiſſar, wie in den Zeitungen zu leſen geweſen war, dasſelbe verlaſſen und ſich nach dem engliſchen Gebiet zurückgezogen hatte, nachdem Streitigkeiten mit Maharero und den deutſchen Anſiedlern dort entſtanden waren. Ich frug, ganz ohne in irgend etwas anderes eingeweiht zu ſein, was die Anſicht der Reichsregierung darüber wäre, ob wir deshalb nicht Grund haben ſollten, zu beanſtanden, zu neuen Bewilligungen überzugehen. Darüber entfeſſelte ſich nun ein Sturm. Der Herr Reichskanzler warf mir vor, daß ich anfangs unbewußter-, ſpäter ſogar ſchuldbewußterweiſe die Geſchäfte deutſcher Angehörigen geſtört, daß ich eine Art Landesverrat begangen hätte, indem ich nun das möglich gemacht hätte, daß ein ſehr vorteilhafter Verkauf von Bergwerken, die in Frage ſtanden, durch mein Verhalten hier im Reichstag geſtört wurde.

„Das macht ſich nun ſehr eigentümlich. Ich will vorausſchicken, daß ich damals von den ganzen Bergwerksunterhandlungen kein Jota wußte; es war auch ganz gleichgültig für mein Verhalten. Ich will noch eins hinzuſetzen. Mir iſt es auch ganz recht, wenn dieſe Bergwerke recht vorteilhaft verkauft werden könnten, und ich wäre der letzte, das zu ſtören. Wenn die ganzen, ganzen kolonialen Inventare in ſämtlichen Weltteilen mit Schaden verkauft werden könnten, würde ich das auch noch für einen großen Nutzen für das Deutſche Reich anſehen.

„Alſo ein Intereſſe, auch nur ein Parteiintereſſe, derartige Verhandlungen zu ſtören, das kann mir gar nicht zugeſchoben werden. Ich hatte ganz unſchuldig gefragt, und nun kam die Antwort, daß ich eine

furchtbare Verantwortung auf mich genommen hätte, zunächst, weil diejenigen Leute, welche diese Bergwerke kaufen sollten, nach meiner abfälligen Besprechung von Südwestafrika nun irre werden würden in ihrem Gebot. Sie sollten auf mein Urteil hier, das ganz im Vagen über Südwestafrika gefällt war, ohne von den Bergwerken zu sprechen, solch Gewicht legen, daß sie nun sagen würden: Wo wir früher Millionen geboten haben, geben wir nichts oder nur wenig. Solche überschätzte Autorität schrieb mir im Sinne jener Kauflustigen damals der Herr Reichskanzler zu. Es wird ja auch heute noch von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts hier gesagt, daß eine anderweitige Berücksichtigung unseres hiesigen Auftretens in Südwestafrika sein Echo gefunden hätte; nämlich die kapländischen Abenteurer — nein, nicht die kapländischen Abenteurer, die Eingeborenen, die Hereros oder die Bewohner von Damara hätten geglaubt, die Deutschen würden sich zurückziehen aus jenen Gebieten, weil sie nicht wußten, wie wenig Autorität die Leute hätten, die im deutschen Reichstag so geringschätzig von diesem Gebiet gesprochen hätten. In derselben Minute beinahe, wo der Herr Staatssekretär des Auswärtigen diese Spitze gegen uns richtet, erzählt er uns auch, daß Herr Göring deswegen so verächtlich behandelt worden wäre von den Hereros, weil die nicht gewußt hätten, daß er der Reichskommissar wäre.

(Sehr richtig! links.)

Dieselben Leute, die nicht wissen, daß der bei ihnen proklamierte und regierende Reichskommissar ein solcher Reichskommissar ist, die lesen aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" oder dergleichen die Berichte über die Reichstagsverhandlungen und machen sich infolge dessen falsche Vorstellungen davon."

(Heiterkeit.)

Auf diese Ausführungen replizierte der Staatssekretär des Aeußern sofort. Graf von Bismarck:[2])

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zwei Aeußerungen richtig zu stellen, welche mir in der Rede des Herrn Vorredners, soweit ich sie habe verfolgen können, aufgefallen sind. Ich glaube, ein Eingehen auf die lange kolonialpolitische Darlegung des Herrn Vorredners wohl besser Mitgliedern des Hauses überlassen zu können, die vielleicht ein besseres Gedächtnis auch für dasjenige haben, was sie früher schon gehört haben, und denen deswegen die Widerlegung leicht werden wird, wenn eine solche sich vielleicht auch erübrigt, da sie einen Einfluß auf die Abstimmung kaum haben wird.

[2]) Stenogr. Ber. ebd., S. 514 f.

Der Herr Abgeordnete hat in einer Angabe im Anfang ſeiner Rede ſich zu meinem Bedauern ſelber korrigiert. Er hatte den Anſatz genommen, um einen Paſſus meiner Rede ganz richtig wiederzugeben, der darin gipfelte, daß die kapländiſchen Abenteurer, Freibeuter, Unternehmer, oder was ſie ſein mögen, längſt Zeit gehabt haben würden, die Reden zu ſtudieren und die Zeitungsartikel zu leſen, welche im vorigen Winter hier gehalten worden und erſchienen ſind. Der Herr Abgeordnete hatte ganz richtig angefangen mit dem Worte „Abenteurer", korrigierte ſich aber ſelbſt in „Hereros" und knüpfte daran einen gegen mich gerichteten Angriff, der ihm einen Heiterkeitserfolg einbrachte. Ich habe aber nur geſagt, daß im Kapland längſt der Inhalt der bezüglichen Zeitungsartikel bekannt wäre, und habe im Gegenteil hervorgehoben, daß unſere Leute, unſer Kommiſſar und auch der Hauptmann mit den Hereros gut ſtänden. Ich habe die Briefe verleſen von den Hereros, aus denen das hervorgeht; und da die meiſten Hereros nicht leſen und nicht ſchreiben können — unter den Briefen ſtanden ſogar die üblichen Zeichen: „ſein Kreuz" —, ſo hat es mir nicht beikommen können, zu ſagen, die Hereros hätten, wie der Herr Abgeordnete ſich ausdrückte, die Beilagen zur „Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung" geleſen.

Die Schlußfolgerung, welche der Herr Abgeordnete unmittelbar daran knüpfte, erledigt ſich mit dieſer Richtigſtellung wohl von ſelbſt. Ich kann nur prägnieren, daß die Unternehmer im Kaplande wahrſcheinlich Mut gefaßt haben, ſich dem nicht mit genügenden Machtmitteln verſehenen Reichskommiſſar zu widerſetzen und ſeine Stellung zu erſchweren, weil ſie fußten auf dasjenige, was ſie gehört hatten über die geringe Bedeutung des Schutzgebietes.

Ich muß ferner noch auf die Bemerkung zurückkommen, daß die Verhandlungen, welche die deutſche Geſellſchaft mit Ausländern im vorigen Jahre gepflogen hat, doch wohl nicht geſtört ſein könnten, wie es damals befürchtet wurde, weil ich ja jetzt hätte erwähnen können, daß Verkaufsverhandlungen ſtattfänden u. ſ. w. Dieſes iſt eine ebenfalls unzutreffende Annahme. Die Verhandlungen ſind in der Tat geſtört worden, wie der Herr Reichskanzler das befürchtete. Die jetzigen Anerbietungen ſind andere als diejenigen, welche vorlagen, als im vorigen Januar die Sache hier zur Diskuſſion ſtand; jene Anerbietungen

waren höher, als die jetzigen, und es ist von ihnen seit dem vorigen Winter still geworden. Sie kamen aus der Kapstadt selbst, während die neuen aus England kommen; die Tatsache, daß sich jetzt wieder Fremde gefunden haben, welche trotz der herabsetzenden Bemerkungen, die hier über das Schutzgebiet gefallen sind, und trotz aller nachteiligen Preßartikel Kauflust haben, scheint mir mehr als alles andere zu beweisen, daß diese kauflustigen Fremden die Sache doch für wertvoller halten müssen als die Herren Abgeordneten von der linken Seite des Hauses.

Ich kann leider eine Mitteilung hier nicht machen, die, wenn sie erfolgte, den Herren vielleicht doch Bedauern einflößen würde, daß sie diese Sache so sehr denigriert haben. Aber ich kann doch so viel sagen, daß noch andere Gründe vorlagen, welche die Herabsetzung des Schutzgebiets politisch nachteilig machen, als die bloßen Verkaufsverhandlungen mit kapländischen Gesellschaften, die den Herrn Reichskanzler im vorigen Winter mit Recht veranlaßten, sich darüber zu beklagen, daß ein deutsches Schutzgebiet von einem deutschen Abgeordneten in so starker Weise herabgesetzt wurde.

(Bravo! rechts.)

16. Rede. Im Reichstag.

Am 28. November 1889.[1])

Die Unterdrückung des Sklavenhandels.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1889/90 (Extraordinarium: **Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels**).

Die Debatte eröffnet der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **Graf von Bismarck**:

Als ich im vorigen Dezember[2]), vor fast Jahresfrist, die Ehre hatte, hier für die erste Forderung einzutreten, welche wir damals

[1]) Stenogr. Ber., VII. Leg.-Per., 5. Session, Bd. II, S. 565.

[2]) 14. Dezember 1888; vgl. oben S. 26 ff.

stellten zur Erschließung Afrikas, zur Bekämpfung der Sklavenjagden, und wie die Titel sonst lauteten, habe ich als einen der Hauptgründe, welche uns ermutigten, mit einer solchen Forderung vor das hohe Haus zu treten, angegeben, daß wir das seltene Glück hätten, eine so vorzügliche Kraft wie den Afrikareisenden, den damaligen Leutnant Wißmann, zur Verfügung zu haben. Dieser Herr hat den Erwartungen, die damals nicht nur von meiner, sondern auch von anderer wohlwollend gesinnter Seite an seine Person geknüpft wurden, voll entsprochen. Beweis dafür sind allein die verschiedenen und wohlverdienten Allerhöchsten Anerkennungen, die ihm im Zeitraum der letzten Monate zuteil geworden sind; und ich möchte gern Anlaß nehmen, ihm auch von dieser Stelle meine vollste Anerkennung auszusprechen für die Entschlossenheit, die Vorsicht und die Tapferkeit, mit der er dort gewirkt hat für den hohen Zweck, der ihm von diesem hohen Hause gestellt ist.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich freue mich, aus Ihren Zurufen zu ersehen, daß ich damit dem Sinne der großen Majorität des Hauses entsprochen habe. Wünschen wir ihm Gottes ferneren Beistand in seinem schweren Unternehmen und weiteres Glück und Gelingen!

Die Herren haben aus den Weißbüchern, welche wir uns erlaubt haben vorzulegen, ersehen, welchen Gang die Unternehmungen des Majors Wißmann bisher genommen haben. Wir sind ganz neuerdings in die Lage gekommen, noch einige Berichte veröffentlichen zu können, die in der letzten Woche eingegangen sind, und ich hoffe, sie werden in den nächsten zwei bis drei Tagen den Herren zugehen. Es ist darin noch recht interessantes Material, besonders die Beschreibung des geschickten und sehr gelungenen Feldzuges und des Vorstoßes, welche der Major Wißmann in das Innere gemacht hat zur Sicherung einer Karawanenstraße. Das Resultat ist, daß jetzt sieben Punkte an der Küste in den Händen des Majors Wißmann und seiner Truppen sind, gedeckt durch die Schiffe der Kaiserlichen Marine, welche in diesem wie auch im vorigen Jahre viel Gelegenheit gehabt hat, ihre Pflicht zu tun und sich ihres alten Rufes würdig zu erweisen. Wir sind leider heute noch nicht in der Lage, uns einen festen Plan bilden zu können über dasjenige, was in der Zukunft in dem ostafrikanischen Schutz-

gebiete vorzunehmen sein wird. Dazu fehlen uns die abschließenden Berichte. Die Forderung in dem Nachtragsetat ist, wie die Herren aus den Motiven ersehen, zum Teil schon verwendet; sie soll reichen bis zum 1. April. Ich hoffe, daß in den noch vor uns befindlichen vier Monaten die Sache sich so weit geklärt haben wird, daß wir dann in der Lage sein werden, in Gemeinschaft mit dem hohen Hause die Pläne zu erwägen, die sich bis dahin über die fernere Behandlung der Sachlage ausgebildet haben werden. Vorbedingung für uns wird dabei selbstverständlich immer sein, daß wir auch ferner wie bisher an der ganzen ostafrikanischen Küste Hand in Hand mit England gehen. Diese Politik hat sich sehr bewährt und empfohlen; es wäre uns nicht möglich gewesen, so viele Erfolge gerade in der Richtung, die hier im vorigen Dezember vorgezeichnet wurde, zu erzielen, wenn wir nicht eine so loyale Unterstützung der englischen Regierung dabei gehabt hätten.

Ein großer Erfolg ist somit, glaube ich, schon erreicht. Ich wünschte, wir wären schon weiter, aber immerhin sind wir ein gutes Stück auf dem Wege vorwärts gekommen, welchen im vorigen Jahre der Antragsteller von damals, der Herr Abgeordnete Windthorst, uns steckte, daß nämlich das Deutsche Reich nicht zurückbleiben sollte in den Bemühungen, die Sklavenjagden, die Ausrottung der schwarzen Rasse und Zerstörung des ganzen Zentralafrikas einzudämmen.

Jetzt liegt die Sache so, daß wir, die Regierung, mit der Ostafrikanischen Gesellschaft in Verhandlung zu treten haben werden. Diese Gesellschaft wird sich ein Bild zu machen haben, wie sie ihre Tätigkeit von neuem aufnimmt. Sie hat dort feststehende und verbriefte Rechte, und es muß uns fern liegen, sie zu vergewaltigen. Wir werden also, falls, wie ich hoffe, dieser Nachtragsetat bewilligt werden wird, auch mit der Gesellschaft in Verhandlung zu treten haben über die Gestaltung der ferneren Zukunft. Die Aufgabe der Gesellschaft wird es sein, dort ein finanzielles Interesse für das Reich in höherem Maße zu schaffen, als das bisher gelungen war.

Ein weiterer Erfolg, der auch durch das Eintreten der deutschen Volksvertretung und der Regierung für die Antisklavereibewegung gesichert ist, ist das Zusammentreten der Konferenz, welche jetzt in Brüssel

tagt*). Es ist ein wirklich großes und erhebendes Werk, daß es gelungen ist, so viele Staaten unter einen Hut zu bringen und zu vermögen, von ihren prinzipiellen Bedenken abzusehen und sich zu versammeln zur friedlichen und freundschaftlichen Beratung über edle, humanitäre Zwecke. Es ist das um so höher anzurechnen, wenn man bedenkt, daß seit dem Jahre 1841, wo unter der Führung der englischen Regierung die ersten Angriffspunkte unternommen wurden, um den Sklavenhandel zur See zu zerstören, in internationaler Weise nichts gegen den Sklavenhandel und die Sklavenjagden hat geschehen können. Der Sklavenhandel von der westafrikanischen Küste aus ist unterdrückt, er existiert nicht mehr. Der Grund ist hauptsächlich darin zu finden, daß die gegenüberliegenden Staaten auf der anderen Seite des Atlantic die Sklaverei bei sich nicht mehr dulden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß an der Brüsseler Konferenz auch die ottomannische Regierung und die persische Regierung teilnehmen, weil der Sklavenhandel und die Sklavenjagden in erster Linie nur dadurch rentabel werden, daß die Verschiffung dieser unglücklichen, im Innern Afrikas aufgegriffenen Leute nach den Küsten Arabiens und Persiens erfolgen kann, von wo sie in das Innere Asiens gebracht werden. Also wird es nun sich vornehmlich um die Maßnahmen handeln, welche von Seiner Majestät dem Sultan und Seiner Majestät dem Schah von Persien in ihren Ländern getroffen werden, um den Sklavenhandel und die Sklavenjagden, welche ihm zu Grunde liegen, in Ostafrika ebenso lahm zu legen, wie das an der westafrikanischen Küste gelungen ist.

Die Brüsseler Konferenz wird sehr viel Material beibringen, die Beratungen werden natürlich kein sehr schnelles Tempo gehen; aber ich hoffe, daß sie dazu kommen wird, bindende Abmachungen zu treffen und eine Art internationales Menschenrecht, soweit die Schwarzen in Betracht kommen, zu kodifizieren.

Wenn ich einen Passus aus dem letzten Bericht des Majors Wißmann anführen darf, so lautet der dahin, daß ihm auf seinem Zuge ins Innere schon die Eingeborenen haufenweise entgegengekommen sind

*) Die Antisklavereikonferenz tagte in Brüssel vom 18. November 1889 bis zum 2. Juli 1890.

und ihn begrüßt haben als Befreier von der blutigen Tyrannei und Herrschaft der arabischen Sklavenjäger.

(Bravo! rechts.)

Die Einwohner haben ihn ohne Waffen begrüßt und haben ihm und seinem Zuge so viel Lebensmittel freiwillig gebracht, daß sie gar nicht alles haben mit fortnehmen können. Ferner ist die große Karawanenstraße nach Bagamoyo, welches jetzt überfüllt ist, nach dem Bericht so sicher und so gut bewacht, daß täglich 400—500 Leute in Bagamoyo eintreffen. Dies ist das beste Zeichen, daß die Sicherheit dort wiederkehrt. Die nächste Aufgabe von Wißmann wird sein, die weiter südlich gelegene Küste zu sichern, und ich darf wohl hoffen, daß er nach dem bisherigen Erfolge, den ihm Gott gegeben hat, auch weiter günstig operieren wird.

Was die eingehende Motivierung des Nachtragsetats betrifft und die Darlegungen, in welcher Weise die Gelder Verwendung gefunden, und aus welchen Gründen die bedauerlichen Ueberschreitungen stattgefunden haben, so möchte ich dem darin bewanderten Herrn Kommissar[4]) das Wort überlassen, welcher nach mir sprechen wird.

(Bravo! rechts.)

Diese Rede war das letzte amtliche Auftreten des Grafen Herbert Bismarck im Reichstage. Am 26. März 1890 schied er aus dem Amte.

Die Reichstagskandidatur des Jahres 1893.

Am 6. Mai 1893 waren die verbündeten Regierungen abermals in die Notwendigkeit versetzt, wegen Ablehnung der unbedingt erforderlichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres den Reichstag aufzulösen und an das Volk zu appellieren, indem es zu Neuwahlen berufen wurde. Die Lage war ernst, Großes stand auf dem Spiele. Graf Herbert hätte kein Bismarck sein müssen, wenn er unter solchen Umständen seine Kräfte dem Dienste des Vaterlandes versagte. Er bewarb sich um das Mandat des Wahlkreises Jerichow I und II, in dem

[4]) Major Liebert, der spätere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika.

ſein damaliger Wohnſitz, der Bismarckſche Stammſitz Schönhauſen liegt. Er hat in den Wochen der Wahlbewegung keine Mühe geſcheut, er hat es nicht verſchmäht, immer neue Wahlverſammlungen zu halten und immer wieder den Wählern den Ernſt der Lage vor Augen zu ſtellen. Wenn auch dieſe Wahlreden manche ſelbſtverſtändliche Wiederholung aufweiſen, ſo halten wir uns doch nicht für berechtigt, die eine oder die andere Rede auszuſcheiden. Soweit die Lokalblätter darüber berichtet haben, geben wir die Wahlreden auf den folgenden Blättern wieder.

---

17. Wahlrede in Sandau.

Am 15. Mai 1893.

Ueber eine am 15. Mai 1893 in Sandau an der Elbe abgehaltene Wahlverſammlung berichtet das „Havelberger Wochenblatt“ vom 17. deſſ. Mts.:

Der Vorſitzende des früheren Bauernbundes, Gemeindevorſteher Wichert aus Molkenberg, eröffnete die Verſammlung mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majeſtät den Kaiſer, worauf er dem Grafen das Wort erteilte.

Derſelbe ging gleich auf die Militärvorlage ein, die Grund zur Auflöſung des Reichstages gegeben, und fand bei Berückſichtigung unſerer geographiſchen Lage und dem fortwährenden Rüſten der Nachbarn eine Vermehrung des Militärs für notwendig. „Wer den Frieden haben wolle müſſe ſich zum Kriege rüſten“; die Koſten der Aufbringung ſchmerzten zwar, aber man müſſe das als einen Beitrag zur Verſicherung anſehen, und zwar gegen das Beſiegtwerden. Alle Verſicherungsbeiträge, wie gegen Feuer, Hagel ꝛc. ſeien notwendige Uebel. Für die Forderung der Regierung würde mit dem Vorbehalt zu ſtimmen ſein, daß dieſe die Aufbringungsmittel gleich mit angäbe und nicht das untere Volk belaſte, ſonſt nicht. Bei dieſer Gelegenheit ſtreifte der Herr Graf die neuen Handelsverträge, wodurch unſerem Staate eine Einnahme von 40 Millionen entgangen ſei. Hätten wir dieſe noch, ſo wäre es ein Leichtes, das bißchen Mehr für die Armee aufzubringen; ferner lobte er noch das bereits locker gewordene Prinzip, die nationale Arbeit durch Zölle zu ſchützen, und riet wie im Jahre 1878, zu einer wirtſchaftlichen Vereinigung aller produzierenden Stände, wozu auch der Handwerkerſtand gehöre, für den er warme Sympathie hätte. Auf

Interpellation ließ sich der Herr Kandidat noch über die Doppelwährungsfrage dahin aus, daß er als Delegierter des Kreises für den Bund der Landwirte den § 5 der Statuten ebenfalls vertrete, d. h. nach Möglichkeit gelegentlich dafür wirken wolle.

Zum Schlusse bemerkte der Herr Graf, daß er gern zurücktreten würde, wenn man eine passende Persönlichkeit fände, nur riete er von einem Freisinnigen[1]) ab, der unter dem Druck des Fraktionszwanges sein Versprechen, für die Militärvorlage zu stimmen, nicht halten könnte.

Rittmeister Briesen-Böhne empfahl den Herrn Grafen auf das Wärmste, da er Kreiseingesessener sei; man müsse den großen Vater in dem Sohne ehren. Dies gab Veranlassung, dem Altreichskanzler ein stürmisches Hoch auszubringen. Mit einem Hoch auf das Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

18. Wahlrede in Schönhausen.

Am 28. Mai 1893.

Ueber eine vom Bunde der Landwirte am 28. Mai 1893 in Schönhausen veranstaltete Wahlversammlung berichtet das „Genthiner Wochenblatt“:

Graf Bismarck nahm die neuen militärischen Mehrforderungen als die unmittelbare Veranlassung für die bevorstehenden Wahlen zum Ausgangspunkt seines Vortrages und wies überzeugend nach, daß wir eine Verstärkung unserer Armee allerdings bedürfen. Bedauerlich sei, daß gegenwärtig wegen der erstaunlichen Meinungsänderungen und Schwankungen, welche die berufenen Regierungsorgane innerhalb der letzten drei Jahre auf militärischem Gebiet sich hätten zu schulden kommen lassen, keine Klarheit darüber herrsche, in welcher Richtung die notwendige Verstärkung der Armee sachgemäß vor sich zu gehen haben würde. Es sei zu hoffen, daß der neue Reichstag mehr Zielbewußtsein haben würde, als der verflossene sowohl wie die Regierung bewiesen hätte, so daß eine Verständigung bezüglich der erforderlichen Kräftigung unserer Wehrhaftigkeit erzielt werden könnte.

[1]) Der Gegenkandidat des Grafen Bismarck war der Abgeordnete F. Böllmer von der Freisinnigen Volkspartei, der bis dahin den Wahlkreis im Reichstage vertreten hatte.

Redner wies darauf hin, daß die Mittel für eine ſolche ohne Auflage neuer, drückender Steuern vorhanden ſein würden, wenn die unſeligen Handelsverträge die Zuflüſſe zur Reichskaſſe nicht ſo arg verſtopft hätten. Nach den veröffentlichten amtlichen Ausweiſen hätten die Zölle allein für den Monat April 5,8 Millionen weniger Einnahmen ergeben, als im April vorigen Jahres. Dies würde für die zwölf Monate des Jahres zwölfmal 5,8, alſo über 60 Mill. Mark Ausfall im Jahre ausmachen. Für dieſe durch den Leichtſinn des verfloſſenen Reichstages und die mangelnde Sachkenntnis der Regierungsorgane verlorene gewaltige Summe würden die ſchon jetzt ſchwer belaſteten Steuerzahler im Intereſſe der Sicherheit des Vaterlandes aufkommen müſſen.

Am ſchwerſten belaſtet durch die Handelsverträge, welche uns auf keinem Erwerbsgebiet brauchbare Vorteile gebracht hätten, ſei die ſeit den letzten Jahren ohnehin ſtiefmütterlich behandelte Landwirtſchaft, und deshalb müſſe dieſe vor allem auf eine Vertretung bedacht ſein, welche zukünftigen ähnlichen Velleitäten unſerer Regierungsmänner entgegenzutreten entſchloſſen wären. Eine ſolche Wahrung der Bedingungen ihrer Lebensexiſtenz würde die Landwirtſchaft bei dem Freiſinn, der ausſchließlich die Intereſſen des beweglichen Kapitals wahrnehme, niemals finden. Es ſei für den Landwirt, ob groß oder klein, deshalb ein ſelbſtmörderiſches Beginnen, mit dem Freiſinn zu ſtimmen. Nachdem letzterer nun gar durch die Verſchmelzung mit der republikaniſchen Volkspartei nach öffentlicher Erklärung der Parteileitung einen „ſcharfen Ruck nach links“ gemacht, das heißt alſo mit dem Namen der Volkspartei auch die republikaniſche Tendenz derſelben offen proklamiert habe, müſſe dieſe neue Volkspartei den ſtramm monarchiſch geſinnten preußiſchen Bauern doppelt anſtößig und verdächtig werden.

Demgegenüber täte feſtes Zuſammenhalten aller ländlichen Beſitzer not. Ein Unterſchied in den Intereſſen der großen und kleinen Beſitzer exiſtiere nicht, alle darauf abzielenden lügenhaften Hetzreden unwiſſender ſtädtiſcher Demokraten würden von den Landwirten, die ſelbſt am beſten wüßten, wo es ihnen fehlt, mitleidig belächelt. Der Bund der Landwirte frage nicht nach politiſcher Parteirichtung, ſondern richte ſeine Beſtrebungen nur gegen die dem ländlichen Erwerbsleben feindlichen Elemente. Hierzu gehöre aber in erſter Linie die freiſinnige „Volkspartei“.

Graf Bismarck ging noch auf verschiedene andere brennende Fragen unseres Erwerbslebens ein, sprach sich mit Wärme über die Interessen des Handwerks und im Sinne der berühmten Kaiserlichen Botschaft für den Ausbau des Arbeiterschutzes aus und resumierte sich dahin, daß sein gesamtes politisches Glaubensbekenntnis auf den glorreichen Traditionen des hochseligen Kaisers Wilhelm beruhe.

19. Wahlrede in Genthin.

Am 3. Juni 1893.

Am 3. Juni fand eine große Kreiswahlversammlung in Genthin statt. Ueber die Rede, die Graf Herbert Bismarck als Kandidat für den Reichstag hierbei gehalten hat, brachte das „Genthiner Wochenblatt" folgenden Bericht:

Die heutige Rede des Grafen Bismarck bewegte sich in dem gleichen Gedankengange, wie der von ihm am 28. v. Mts. in Schönhausen gehaltene Vortrag. Er betonte wiederholt, daß eine Verstärkung unserer Armee unabweislich sei, und sprach die Hoffnung aus, daß es in dieser wichtigen Frage zu einer Verständigung im neuen Reichstage kommen werde. Wie die neue Vorlage aussehen werde, sei noch nicht zu ermessen, es läge nur die offiziöse Erklärung vor, daß mit allem Nachdruck an ihrer Herstellung auf Grund der Formulierung des sogenannten Antrages Huene gearbeitet werde; es hieße das soviel, daß sie in manchen Punkten von demselben abweichen würde. Was bei jenem Antrag am wenigsten zu billigen gewesen wäre, sei die vorgeschlagene Verminderung der Artillerie. Alle Autoritäten seien sich seit Jahren darüber einig, daß mit der Vervollkommnung des Infanteriegewehres in künftigen Kriegen der Artillerie die Hauptrolle zufallen würde. Redner möchte deshalb Ersparnisse lieber auf andern Gebieten, als gerade auf den artilleristischen, gemacht sehen.

Daß die Aufbringung der Geldmittel uns jetzt schwerer werden würde, als vor Jahr und Tag, sei auf das Schuldkonto der Regierung und des aufgelösten Reichstags zu setzen. Die Wirkung der Handelsverträge stelle sich als eine Blutentziehung am Reichskörper dar, sowohl in Gestalt erheblich und voraussichtlich progressiv verringerter

Zolleinnahmen als in einer zunehmenden Verminderung des Nationalwohlstandes. Von unſern großen wirtſchaftlichen Konzeſſionen hätten nicht nur unſere politiſchen Verbündeten profitiert, ſondern mit dem gleichen Schlage auch alle Staaten, mit denen wir im Verhältniſſe der Meiſtbegünſtigung ſtänden, ohne jede Gegenkonzeſſion; dazu gehörten in erſter Linie Frankreich, Nordamerika und England mit ſeinen ſämtlichen Kolonien. Aber auch die z. B. von Oeſterreich gewährten Gegenkonzeſſionen ſtänden in keinem Verhältnis zu unſern Opfern: habe doch der Regierungskommiſſar in der Reichstagskommiſſion erklärt, wir hätten Oeſterreich-Ungarn gegenüber 188 Millionen an Zöllen nachgelaſſen, letzteres aber nur 63 Millionen an uns. Redner glaubt, es beſtände in den an der nationalen Produktion beteiligten Kreiſen kein Zweifel mehr darüber, daß die neuen Handelsverträge eine ſchwere Schädigung derſelben bedeuten: für ſie ſei nach den Anfangsgründen der Nationalökonomie der innere Markt bei weitem wichtiger als der äußere, und ebenſo unbeſtreitbar ſei der Lehrſatz, daß die Warenausfuhr nur dann auf geſichertem Boden erblühen könne, wenn ſie ſich an einen ſtarken, inländiſchen Abſatz anlehne.

Handelsverträge an ſich ſeien ja nicht verwerflich, könnten unter Umſtänden ſogar ſehr großen Nutzen bringen, wenn ſie mit Geſchick abgeſchloſſen würden, wie z. B. der vor kurzem abgelaufene mit Spanien. Die jetzige Regierung ſtehe nun ſchon über Jahr und Tag vor dieſem ſpaniſchen Problem, aber nach den von ihr bekannt gewordenen Leiſtungen dürfte es jetzt auch den geſchickteſten Unterhändlern nicht mehr gelingen, günſtige Handelsverträge abzuſchließen. Nach den Vorgängen beim öſterreichiſchen Handelsvertrag ſage ſich natürlich jede fremde Regierung, daß von der unſrigen jede Konzeſſion auf Koſten der deutſchen Produktion zu erreichen wäre, wenn man nur recht hartnäckig aufträte. Bei uns ſcheint ja jetzt der Satz zu gelten: „Abgeſchloſſen muß werden, was es auch koſten mag.“

Redner meinte, daß dieſe Konſtatierung nach dem Wort „ex ungue leonem“ allein ſchon genüge, um die neulich hier gefallenen Worte des volksparteilichen Gegenkandidaten[1]) ad absurdum zu führen, „daß unſere auswärtigen Beziehungen jetzt weit beſſer gewahrt würden, als

[1]) F. Wöllmer; vgl. S. 83 Anm.

zur Zeit des Fürſten Bismarck". Außer an das Fiasko mit den Handelsverträgen, welche in unſerm dadurch bedrückten Volke bedauerlicherweiſe mit der Zeit Abneigung gegen das bevorteilte Oeſterreich hervorrufen würde, ſei nur zu erinnern an die Kolonialpolitik, an Kronſtadt, an die durch den Namen Stablewski gezeichnete Polenpolitik, welche den ruſſiſchen Nachbar ſtutzig mache, an die Italien betreffenden Reichstagsreden und dergleichen mehr. Jeden Patrioten müßten die betreffenden Evolutionen mit Sorge erfüllen, und der verantwortliche Reichskanzler ſollte ſich bei der ihm vom Freiſinn zu teil werdenden Anerkennung an die Moral der alten Fabel erinnern:

„Wenn Deine Kunſt dem Kenner nicht gefällt,
So iſt das ſchon ein ſchlechtes Zeichen;
Doch wenn ſie erſt der Stümper Lob erhält,
So iſt es Zeit, ſie auszuſtreichen."

Auf ein ſolches Ausſtreichen, d. h. auf eine Umkehr zu den bewährten frühern Traditionen müſſe der neue Reichstag hinwirken, und um dies Ziel zu erreichen, müßten Männer hineingewählt werden, die nicht politiſche Wetterfahnen ſeien. Das Gebiet, welches der Fürſorge am meiſten bedürfe, ſei die um ihre Exiſtenz ringende Landwirtſchaft. Hierüber habe der Herr v. Mendel ſo Vorzügliches geſagt, daß ſich jeder Landwirt dem nur aus vollem Herzen anſchließen könne. Vor allem könne nicht nachdrücklich genug der Unterſtellung von Verteuerung der Lebensmittel entgegengetreten werden: die internationale Spekulation an den großen Getreidebörſen ſei es, welche willkürliche und enorme Verteuerungen herbeiführe; es ſei nur an die wilden Börſenſpiele in Getreide vom Jahre 1891 zu erinnern. Die Landwirte wollten ihr Gewerbe nur inſoweit geſchützt haben, daß ſie davon leben und die ihnen auferlegten großen Laſten tragen könnten.

Graf Bismarck beleuchtete dann noch die mancheſterliche Fabel vom „reinen Konſumenten". Natürlich konſumierten wir alle, und auf der Wechſelwirkung zwiſchen Produktion und Konſumtion beruhe das wirtſchaftliche Leben. Nach der amtlichen Berufsſtatiſtik vom Jahre 1882 aber ſeien von den damals 47 Millionen Deutſchen annähernd 43 Millionen produktiv tätig und an der Erzeugung von landwirtſchaftlichen und induſtriellen Produkten beteiligt; als „reine Konſumenten" blieben alſo nur wenige Millionen, nicht einmal ein Zwölftel der Geſamtbevölkerung

übrig, die als Beamte, Rentiers, Gelehrte ꝛc. rubriziert wären; da müßten die elf Zwölftel an der nationalen Produktion Beteiligten nur zusammenhalten, und weiteren Schädigungen unseres Erwerbslebens sei vorgebeugt. Zweck des Bundes der Landwirte, den Redner hier vertrete, sei zunächst, die am Gedeihen der Landwirtschaft interessierten annähernd 50 Prozent zusammenzufassen, die Vereinigung aller produktiven Elemente werde dann von selbst erfolgen.

Graf Bismarck kennzeichnete noch das Bestreben der Volkspartei, welche, wenn sie freie Hand hätte, wirtschaftlich zu unserm Ruin und politisch zur Republik führen müßte, und beleuchtete den Stand der unter der Firma „Arbeiterschutz" wirkenden Gesetzgebung; hier beklagte er die Höhe der Verwaltungskosten bei Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, welche jetzt bereits einen gewaltigen Betrag der aufkommenden Gelder verzehre. Dies sei ein abnormer Zustand, in dem Wandel geschaffen werden müßte. Zum Schluß wandte er sich gegen die bodenlose Agitation der demokratischen Partei, welche ihrerseits jede sachliche Auseinandersetzung über unsere daniederliegenden Erwerbsverhältnisse als „Hetzreden" bezeichnete; wo Gründe nicht ausreichten, müßten nach der Kampfesart dieser Herren Schimpfereien Platz greifen. Der Haß und die Feindschaft der Umsturzparteien gegen seinen Namen datieren daher, daß der Fürst Bismarck die Revolution gebändigt habe und daß er 1862 die damals bedrohte Stellung unseres Königtums vor parlamentarischer und demokratischer Ueberflutung gerettet habe; diesen Haß, der in seinen maßlosen Aeußerungen mitunter belustigend wirke, habe er mit seinem großen Namen geerbt, er fühle sich dadurch mehr geehrt als gedrückt, denn immer wahr bliebe der alte Spruch: „Viel' Feind', viel' Ehr".

Graf Bismarck endete mit dem Appell an die Wähler, am 15. Juni Mann für Mann an der Wahlurne zu erscheinen und ihre Stimmen abzugeben für die bedrohten Interessen der nationalen Produktion und die erforderliche Verstärkung unserer Wehrkraft.

Als der Vater des Redners, Fürst Otto v. Bismarck, diesen Bericht gelesen hatte, schrieb er an seinen Sohn:

Friedrichsruh, 6. 6. 93.

Ich lese soeben in Hamb. Nachrichten Deine Genthiner Rede laut Genthiner Wochenblatt mit herzlicher Freude und Zustimmung.

Ob sie Dich darauf wählen, ist cura posterior. Die Stellung ist richtig, und das ist die Hauptsache. Dein v. B.

20. Wahlrede in Burg.

Am 5. Juni 1893.

Ueber diese berichtete die „Magdeburgische Zeitung" vom 7. Juni 1893 (M.-A.) folgendes:

Graf Bismarck gab zunächst einen Rückblick auf die Geschichte der Militärvorlage; wie die Vorlage, die den neuen Reichstag beschäftigen werde, beschaffen sein würde, wäre noch unbestimmt. Es sei nur bekannt, daß alle verfügbaren Kräfte bemüht sind, eine neue Vorlage im Sinne des Antrags des Abgeordneten von Huene, der eigentlich nicht mehr existiert, zu schaffen. Er, Redner, trete entschieden für eine Vermehrung des Militärs, hauptsächlich der Artillerie ein und glaube, daß die Summe, die gefordert werden würde, das äußerste Minimum sei. Er hoffe auf eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung, betone aber zugleich, daß der Reichstag, der die Militärvorlage bewillige, sich auch damit beschäftigen müsse, wie die dazu nötigen Kosten aufgebracht werden.

Dann wendete sich der Redner gegen den von verschiedenen Parteien gegen die Landwirtschaft erhobenen Vorwurf, daß diese das Brot verteuere, und suchte nachzuweisen, daß die Zwischenhändler und die Spekulation der Getreidebörsen an der Verteuerung die Schuld tragen.

Graf Bismarck hob weiter besonders hervor, daß die heutige Versammlung auf dem Boden des Kartells stehe; er freue sich, daß die drei Parteien zusammengetreten wären, um das zu erreichen, was wir brauchen, und betrachte dies als ein gutes Omen. Alsdann verurteilte er den Standpunkt der freisinnigen Partei und ihrer Führer und beleuchtete des näheren die Unmöglichkeit der Dinge, die die Sozialdemokraten bei ihrer Agitation in den Vordergrund stellen, als da sind Miliz, Republik und dergleichen mehr.

Auch die einzelnen Handelsverträge wurden einer Kritik unterzogen, aus der man jedoch, wie der Redner betonte, nicht schließen dürfe, daß

er ein Gegner von Handelsverträgen überhaupt sei. Er würde dafür sein, wenn diese Verträge geschickt abgefaßt seien und wenn wir keinen Schaden davon hätten.

Sodann sprach er über alles das, was für die Arbeiter geschehen ist, über Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Zum Schluß der $1^1/_4$stündigen Rede hob er hervor, welche Wege die gegnerischen Parteien gegen ihn einschlügen, indem sie überall da, wo sie mit Gründen nicht dienen können, Schimpfereien anwendeten. Er verbreitete sich näher über die Aeußerung, welche ihm nach der „Pfälzischen Zeitung" in den Mund gelegt wurde[1]), und bezeichnete diese als Windbeutelei, als eine dreiste Erfindung. Der Haß, den ihm die gegnerischen Parteien entgegenbrächten, sei ein ererbter, weil sein Vater, der mit gewaltiger Hand die Revolution unterdrückt und das Königtum hoch gehalten habe, schon in früheren Zeiten der größte Gegner der demokratischen Bestrebungen gewesen sei. Dieser Haß aber drücke ihn nicht nieder, sondern ehre ihn, auf ihn sei er stolz. Für diesen Haß entschädige ihn reichlich die Anerkennung und die Aufnahme, die er bei seinen Wählern gefunden habe.

Anhaltender Beifall folgte den Ausführungen.

21. Wahlrede in Gommern.

Am 7. Juni 1893.

Am 7. Juni folgte dann weiter eine Wahlversammlung in Gommern. Ueber die dortige Rede des Grafen Herbert Bismarck berichtet die „Zeitung für Gommern und Umgegend":

Der Redner nahm die neuen militärischen Mehrforderungen als unmittelbare Veranlassung für die bevorstehenden Wahlen zum Ausgangspunkt seines Vortrages und wies nach, daß wir einer Verstärkung unserer Armee allerdings bedürften. Bei dieser Gelegenheit hob Redner hervor, er hätte gefunden, daß in unsern Jerichowschen Kreisen die Mehrzahl für die Vermehrung des Heeres sei. Graf

[1]) Vgl. S. 93 oben.

von Bismarck tat sodann einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte der gegenwärtigen Militärvorlage, aus welchem hervorgeht, daß schon seit 3½ Jahren eine durchgreifende Verstärkung der Wehrkraft in maßgebenden Kreisen als notwendig bezeichnet worden war. Bedauerlich sei es nur, daß gegenwärtig wegen der erstaunlichen Meinungsänderungen und Schwankungen, welche die berufenen Regierungsorgane innerhalb dieser Zeit sich hätten zu schulden kommen lassen, keine Klarheit darüber herrsche, in welcher Richtung die notwendige Verstärkung der Armee sachgemäß vor sich zu gehen habe. Die Summen, welche jetzt für die Vermehrung des Heeres gefordert würden, stellten noch lange nicht das äußerste Maß dessen dar, was die Regierung glaubt verlangen zu müssen. In allen Ländern des Kontinents würden mehr Steuern gezahlt, als im Deutschen Reiche, und seien wir somit noch nicht an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen. Die geforderte Summe sei nach seiner Ansicht nicht zu hoch in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache, um die es sich handle. Er hoffe auch, daß der neue Reichstag zielbewußt auftreten und die 50 Millionen, welche die Verstärkung der Armee erheischt, bewilligen werde, wenn wir nicht gegen unsere Nachbarstaaten zurückstehen wollen. Wenn er (Redner) zum Reichstagsabgeordneten gewählt würde, so würde er darauf hinzuwirken suchen, daß eventuelle neue Steuern mehr auf die wohlhabenderen Klassen verteilt, die Aermeren davon verschont würden.

Graf Herbert Bismarck wies darauf hin, wie die Mittel für die erforderliche Kräftigung unserer Wehrhaftigkeit ohne Auflage neuer Steuern heute vorhanden gewesen wären, und daß es nicht dahin, wo wir jetzt sind, gekommen wäre, wenn die jetzige Regierung weiser gehandelt und die unseligen Handelsverträge nicht geschlossen hätte, welche die Zuflüsse zur Reichskasse arg verstopfen. Während die Hälfte der deutschen Bevölkerung erwiesenermaßen von der Landwirtschaft lebe, sei gerade diese am stiefmütterlichsten durch jene Verträge bedacht und am schwersten belastet. Uebrigens hätten dieselben keinem Erwerbszweige brauchbare Vorteile gebracht, weshalb die Landwirte auf eine Vertretung im Reichstage hinwirken müßten, welche auch die Interessen der Landwirtschaft nicht aus den Augen verliere. Auf keinen Fall aber sollte der Landwirt mit dem Freisinn gehen, vielmehr dessen Bestrebungen, die in Freihandel, Demokratie und Miliz (Volks-

heer) gipfelten, entgegentreten. Hauptſächlich müſſe ſich der Bund der Landwirte gegen die dem ländlichen Gewerbe feindliche freiſinnige „Volkspartei“ richten. Aus dem „Freiſinn“ durch einen „ſcharfen Ruck nach links“ entſtanden, habe dieſe Gruppe ihre republikaniſche Tendenz öffentlich proklamiert.

Graf v. Bismarck erklärte ſich hierauf als entſchiedener Gegner der Getreideſpekulation, welche die Urſache der Brotverteuerung ſei. Nicht die Landwirte, ſondern die großen Spekulanten an den Getreidebörſen arbeiteten an der Hocherhaltung der Kornpreiſe und trieben mit den notwendigſten Lebensmitteln des Volkes ein frevelhaftes Börſenſpiel. Die Landwirtſchaft müſſe unbedingt vor ſolchem Treiben geſchützt werden und zwar von ſeiten der Geſetzgebung.

Nachdem der Herr Redner über die Beziehungen der Landwirtſchaft zur Induſtrie geſprochen, wobei er den einzelnen Ständen (Landwirten, Handwerkern, Induſtriellen) empfohlen hatte, zuſammen vorzugehen, da die zwiſchen ihnen beſtehenden Wechſelbeziehungen die Einzelintereſſen ausgleichen, wandte er ſich in ziemlich ſcharfer Weiſe gegen die heutige Bureaukratie, von welcher er kein beſonderer Freund zu ſein ſchien. Manch ein Vertreter derſelben hätte „mehr Stroh im Kopfe wie er in ſeiner Scheune habe“. !

Im weiteren Verlaufe ſeiner von Bravorufen unterbrochenen Rede wandte ſich Graf Herbert auch gegen die ſchwer zu handhabende Arbeiterſchutzgeſetzgebung, das ſogenannte „Klebegeſetz“. In der heutigen Geſtalt ſei das Geſetz mit ſeinen bunten Marken eine Einrichtung, durch welche jedermann gelangweilt werde. Redner iſt der Meinung, daß, wenn einmal nach Jahrtauſenden nach den Spuren unſeres Geſchlechts Nachgrabungen gehalten werden ſollten, die betreffenden Archäologen über die vielen hierbei zu Tage geförderten mit Marken beklebten Quittungskarten recht verwundert ſein dürften. Sie würden dieſelben vielleicht für Briefmarkenſammlungen halten, deren Notwendigkeit und Zweck ihnen ſicherlich höchſt rätſelhaft erſcheinen werde.

Von der beiläufigen Erwähnung dieſes kleinen Zukunftsbildes ging Graf. v. Bismarck zu der Art und Weiſe des Treibens über, in welcher die ihm gegneriſche Preſſe auftrete. Er halte ſolche Verhetzungen und perſönliche Anzapfungen für ſehr betrübend und glaube deshalb angefeindet zu werden, weil er der Sohn jenes Mannes ſei, den

er mit Stolz seinen Vater nenne — des Fürsten Bismarck —, welcher im Jahre 1862 das Königtum gegen die Demokratie bewahrt habe.

In allerjüngster Zeit sei ihm vom Freiherrn v. Fechenbach eine Aeußerung angedichtet worden, der zufolge er gesagt haben solle, „ob es denn wirklich ein Unglück wäre, wenn der kleine landwirtschaftliche Besitz in größeren rationelleren Betrieben aufginge". Redner erklärt diese Aeußerung, welche aus der „Pfälzischen Zeitung" durch eine Reihe von Blättern gegangen und zum Ausgangspunkte einer Reihe der ärgsten Verhetzungen gegen ihn geworden sei, in allen Punkten für erfunden.

Hiermit war der Herr Redner am Schlusse seiner Kandidatenrede angelangt, und es erübrigte ihm nur noch, der Versammlung seinen Dank für die Geduld, womit er angehört worden sei, zu votieren.

22. Wahlrede in Milow bei Rathenow.

Am 9. Juni 1893.

Ueber diese Versammlung berichten die „Hamburger Nachrichten" vom 11. Juni 1893 (M.-A.) folgendes:

Graf Herbert Bismarck trat heute als Reichstagskandidat in Milow auf; er bemerkte zunächst,

daß seine in beiden Kreisen gehaltenen Reden in der Presse teilweise nicht korrekt wiedergegeben seien[1]); es sei dies nicht zu verwundern, da es bei der Länge der Reden schwierig wäre, ihren Einzelheiten in gedrängter Kürze gerecht zu werden; seine sämtlichen Reden müßten in dem gleichen Ideenkreise bleiben, da sie alle ein und dasselbe Objektiv hätten.

Redner fährt fort, er habe sich bei seiner Befürwortung der notwendigen Verstärkung unserer Heereskraft vertrauensvoll über die Sachkenntnis der Landesfürsten und der Generale ausgesprochen; es sei ihm aber nicht beigekommen, gleiches Vertrauen in bezug auf die Leitung der auswärtigen, der sozialen und der Wirtschaftspolitik des Reiches an den Tag zu legen, und er wisse, daß die Mehrzahl des Volkes

[1]) Sinnentstellende Irrtümer sind hier in allen Referaten beseitigt worden. Der Herausgeber.

wachſendes Unbehagen über die Handhabung dieſer Zweige des öffentlichen Lebens empfände. Erneute Nahrung ſei dieſer Empfindung gegeben durch die Vergleiche, welche ſich zwiſchen den Aeußerungen des Reichskanzlers im Reichstage, ſowie in deſſen Kommiſſionen und den letzten großen Reden des öſterreichiſchen Miniſters ziehen ließen. Letzterer habe erklärt, daß die Beziehungen zwiſchen Oeſterreich und Rußland jetzt beſſer ſeien als jemals zuvor, während unſer Reichskanzler rückhaltlos vom „Zweifrontenkrieg“ als etwas Unvermeidlichem ſprach. Dieſe Situation ſei von dem offiziöſen Münchener Blatt dahin interpretiert worden, „daß wir uns nun um ſo ſtärker machen müßten, wenn auf Oeſterreich als ſicheren Gegner Rußlands nicht mehr beſtimmt zu zählen ſei“. Dies kennzeichne mehr als alles andere die Naivität der jetzigen Preßinſpiration; die einzige Frage, über die Deutſchland bei richtiger Leitung ſeiner auswärtigen Politik mit Rußland in Streit geraten könne, ſei die der Integrität Oeſterreichs. Wenn nun Oeſterreich „beſſer als je“ mit Rußland ſtände, ſo fiele jeglicher Grund eines möglichen Zwiſtes zwiſchen uns und unſerem großen öſtlichen Nachbar fort, falls man einen ſolchen nicht vom Zaune brechen wolle. Redner führe dies nur an, um die ungeſchickte Situation, in welche unſere auswärtige Politik durch ihre jetzigen verantwortlichen Leiter gebracht ſei, an einem eklatanten Beiſpiele zu beleuchten; an anderen Punkten, ſowie durch die Handelsverträge hätten wir uns ähnlich ins Hintertreffen bringen laſſen. Sache des neuen Reichstages würde es ſein, auch auf dieſem politiſchen Gebiete die Regierung wachſam zu kontrollieren, damit uns fatale Ueberraſchungen erſpart blieben.

Wenn wir aber auch das Verhalten der Regierung tadeln müßten, ſo bliebe es doch unſere Pflicht, die Mittel für die als notwendig erkannte militäriſche Stärkung zu bewilligen. Bei der unbequemen geographiſchen Lage Deutſchlands wären wir ſchwierigen Konſtellationen mehr ausgeſetzt, als die meiſten anderen Mächte, und jedenfalls müßten wir für unſere Armee ſo viel aufwenden, daß wir dem franzöſiſchen Nachbar überlegen blieben. Für das übrige müſſe eine geſchickte Diplomatie ſorgen.

Redner ging dann des Näheren auf die heutige Not der Landwirtſchaft und des Handwerks ein und bekämpfte beſonders die von

der Volkspartei in dieser Hinsicht ausgehenden falschen Unterstellungen: allen Erwerbsklassen müßte geholfen werden, das Gedeihen der Arbeiter sei vom Gedeihen des Unternehmers unzertrennlich; letzterer müßte aber zu Grunde gehen, wenn er der wohlfeileren auswärtigen Konkurrenz preisgegeben würde, die das Geld aus dem Lande zöge. Wie schwer die Landwirtschaft zu kämpfen habe, gehe allein daraus hervor, daß die Grundschuld bloß im Königreich Preußen 15 Milliarden Mark betrage, daß sie im Königreich Württemberg in dem einen Jahre 1891/92 um 200 Millionen Mark gestiegen sei; diese gewaltigen Summen sprächen beredter für die Not der Landwirte, als der beste Redner das zu tun vermöchte.

Demnächst betonte Graf Bismarck auf Grund der Berufsstatistik die Solidarität sämtlicher Besitzer, ob klein oder groß; den Unsinn vom „Brotkaufen der Bauern" zu widerlegen, werde man ihm in dieser ländlichen Versammlung wohl erlassen. Es sei für jeden kleinen Besitzer von vitaler Bedeutung, daß er für sein Getreide, seine Kartoffeln, sein Magervieh annehmbare Preise erziele; aus dem Verkauf seiner Produkte bestreite auch der kleine Landwirt seine Bedürfnisse, und darum müsse er untergehen, sobald er dauernd mit Schaden produziere.

Redner habe anläßlich gröblicher Verhetzungen wiederholt seine wahre Ansicht über die Unentbehrlichkeit eines zahlreichen Einzelbesitzes dargelegt, u. a. auch in Burg: der dortige Zeitungsbericht gebe aber von seinen diesbezüglichen Aeußerungen kein richtiges Bild. Redner habe darauf hingewiesen, daß in England die Landwirtschaft verloren sei, weil der Grundbesitz sich dort in zu wenig Händen befinde und sich deshalb bei den Wahlen nicht geltend machen könne; daß das republikanische Frankreich im Gegensatz zu England beträchtliche Kornzölle erhebe, weil der dort vorherrschende kleine Besitzer die Entscheidung bei den Wahlen vielfach in der Hand habe und keinem Abgeordneten seine Stimme gebe, der sich nicht auf die Zölle verpflichte. Bei uns hätten wir analoge Verhältnisse und gerade in Süddeutschland, wo großer Grundbesitz kaum existiere, habe der Landwirtsbund viele Anhänger gefunden. Es handle sich bei uns nur darum, daß alle an der Landwirtschaft interessierten Elemente zusammenhielten, um den drohenden Ruin abzuwenden. In diesem Sinne sollten alle Landwirte

am 15. Juni ihre Stimme abgeben. Die Volkspartei, deren Kandidaten wir bekämpfen, erstrebe Milizheer, Demokratie und Preisgebung aller Zölle, damit könne sich kein königstreuer und patriotischer Landwirt befreunden.

Am 15. Juni wurde Graf Bismarck mit 11 769 Stimmen gewählt; der freisinnige Kandidat Wöllmer erhielt 6812, der sozialdemokratische Glocke 4376 Stimmen.

Im Reichstage

vom 15. Juni 1893 bis 15. Juni 1898.

23. Rede. Im Reichstag.

Am 14. Juli 1893.[1])

Heeresverstärkung und zweijährige Dienstzeit.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Zu § 1 des Art. II. „Dienstpflicht im stehenden Heere" erhält das Wort der Abgeordnete

Graf von Bismarck-Schönhausen:

Meine Herren, wenn der Verlauf der gestrigen Debatte das Schicksal der Militärvorlage im ganzen auch schon geklärt hat, so möchte ich doch aus Anlaß der Beratung der jetzt uns beschäftigenden Paragraphen noch einige Momente betonen, bevor der hohe Reichstag sie in dritter Lesung definitiv festlegt.

Ich schicke voraus, daß von der Notwendigkeit einer Verstärkung unserer Heereskraft niemand mehr durchdrungen sein kann als ich es bin, und zwar schon seit mehr als $3^1/_2$ Jahren, seit dem Herbst 1889. Ich will hier auf Sachen, die ausschließlich in die Generaldebatte gehören, nicht wieder eingehen, sondern nur meine Meinung mit wenigen

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 1. Session, Bd. I, 97 ff.

Worten darüber formulieren, daß an der Hand des Vergleichs mit andern Großſtaaten und deren Steuerlaſt man nicht davon reden kann, daß wir finanziell nicht imſtande wären, die uns aufgelegten Laſten zu tragen.

(Zurufe links.)

— Ich werde annehmen können, daß ich ſo lange zur Sache ſpreche, als der Herr Präſident mich nicht unterbricht; das möchte ich den Herren drüben nur erwidern, und werde gleich ſagen, weshalb es zur Sache gehört.

Das lebhafte Bedauern, das mich angeſichts der uns jetzt beſchäftigenden Militärvorlage erfüllt, begründe ich darauf, daß ſie abgeſchwächt iſt gegen das, was urſprünglich eingebracht worden war, und dieſe Abſchwächung iſt deshalb um ſo mehr zu bedauern, als dasjenige — —

(Wiederholte Zurufe links.)

Vizepräſident Dr. Bürklin: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhauſen:

— was kompenſierend wirken ſollte für die Einführung der zweijährigen Dienſtzeit — da haben Sie die zweijährige Dienſtzeit, meine Herren! — was kompenſierend wirken ſollte für die Abſchwächung der dreijährigen Dienſtzeit, und was auf dem Gebiete der artilleriſtiſchen Leiſtungen ſtand, geſtrichen worden iſt. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die Bemühungen, die vor wenig Tagen im Gange waren, die urſprüngliche Regierungsvorlage wiederherzuſtellen, von Erfolg gekrönt ſein mögen, weil ich auf dem Standpunkt ſtehe, daß die Kompenſationen, die auf artilleriſtiſchem Gebiete gefordert werden, notwendig waren, um die zweijährige Dienſtzeit acceptabler zu machen.

(Zurufe links.)

Ich glaube, daß der Standpunkt, der fünf Monate hindurch vom Bundesratstiſche feſtgehalten worden iſt, durchſchlagend dafür iſt — —

(Wiederholte Zwiſchenrufe links.)

Vizepräſident Dr. Bürklin: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

(Bravo!)

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhausen:

— daß die zweijährige Dienstzeit nur acceptabel war für alle die, denen das Interesse eines starken Heeres am Herzen liegt mit den Kompensationen, die gefordert werden. Und auch da walten die schärfsten Bedenken ob — —

(Zurufe links.)

— Meine Herren, ich werde Sie ruhig schreien und rufen lassen. Sie haben allerdings mehr Lunge als ich; aber ich glaube, daß es der Mehrzahl des Hauses keinen Dienst leisten heißt, wenn Sie in solcher Art und Weise die Debatte tatsächlich hinziehen; denn das wird das einzige Resultat davon sein.

(Sehr gut! rechts.)

Also meine Herren, die Bedenken, die gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, zumal auf der rechten Seite des Hauses, angeführt worden sind, sind wesentlich gestiegen dadurch, daß vom 5. bis 6. Mai d. J. die bekannten Abschwächungen des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Huene stattgefunden haben.

(Zurufe links.)

Ich habe mit Befriedigung konstatiert, daß auch gestern der Führer der Konservativen, der Herr Abgeordnete von Manteuffel — —

(Wiederholte Zurufe links.)

Vizepräsident Dr. Bürklin: Der Herr Redner spricht von der zweijährigen Dienstzeit.

(Bravo! rechts.)

Ich bitte, denselben nicht zu unterbrechen; wenn er nicht mehr zur Sache spricht, werde ich ihm das bemerken.

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhausen:

Ich fahre fort, sobald der Herr Präsident auf dieser Seite des Hauses (nach links) die Ruhe hergestellt haben wird. — Ich sage: ich habe mich gefreut, daß der Führer der Konservativen, der Herr Abgeordnete Freiherr von Manteuffel, auch gestern noch einmal diese schweren Bedenken zum Ausdruck gebracht und formuliert hat; es ist für jeden Ehrenmann ein schweres Opfer, ein politisches Prinzip aufzugeben, an dem man während seiner ganzen parlamentarischen Laufbahn festgehalten hat, und das man in Gemeinschaft mit der Regierung verfochten hat.

Meine Herren, was konſervativ im Reiche genannt zu werden verdient, ſteht auf dem Boden der Traditionen und des Vermächtniſſes des hochſeligen Kaiſers Wilhelm, und alle Anhänger dieſer Traditionen haben feſt im Gedächtnis, daß dieſer hochſelige Monarch lieber ſeine Krone niederlegen, als auf das Prinzip der dreijährigen Dienſtzeit verzichten wollte.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, dieſer Monarch war beraten worden von Generalen und Feldherren, wie die Welt ſie beſſer nie geſehen hat. Die Armee, die die Erfolge von 1866 und 1870 erfochten hat, war die beſte, die die Welt überhaupt je geſehen hat, und wie ſie eine beſſere überhaupt me ſehen wird.

(Große Unruhe links.)

Vizepräſident Dr. Bürklin: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Graf von Bismarck-Schönhauſen:

Die Erfolge haben dem hochſeligen Kaiſer Wilhelm recht gegeben in ſeinem Feſthalten an dem Prinzip der dreijährigen Dienſtzeit.

Meine Herren, ich will alſo nicht rekapitulieren, obgleich ich bei Beratung dieſes Paragraphen das volle Recht dazu hätte. Ich will, um das hohe Haus nicht zu ermüden, auf alle Erwägungen pro und contra, welche während der vergangenen ſechs Monate die Preſſe und das Publikum beſchäftigt haben über die zweijährige und die dreijährige Dienſtzeit, nicht eingehen. Aber, meine Herren, auf eins möchte ich doch hinweiſen: daß der Wandel in den Anſchauungen des Bundesrats kein ſo ſehr alter iſt. Anfang April 1890 — ich glaube, am 5. — hat das amtliche Organ des Kriegsminiſteriums zur Zeit der Regierung des jetzigen Herrn Reichskanzlers

(Große Heiterkeit links.)

einen ganz ausgezeichneten Artikel gebracht über die Unmöglichkeit, die zweijährige Dienſtzeit zu acceptieren.

Die lachenden Herren haben mich vielleicht nicht richtig verſtanden. Im April 1890 hatte der jetzige Herr Reichskanzler die Zügel der Regierung in der Hand.

(Erneute Heiterkeit links.)

Man ſpricht überall von „Seiner Majeſtät Regierung“, und ich ſpreche hier von dem erſten Repräſentanten der verbündeten Regierungen;

wenn das Ihre Heiterkeit erregt, so scheint es, daß Ihre staatsrechtliche Bildung nicht auf der Höhe Ihrer Heiterkeit steht.

(Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Meine Herren, dieser Artikel aus dem Jahre 1890 schloß mit den Worten, nachdem die Schießausbildung u. s. w. besprochen war:

> Unter diesen Umständen eine Verkürzung der Dienstzeit einzuführen, wäre ein Experiment, für welches niemand die Verantwortlichkeit übernehmen könnte. Im übrigen können wir auf das bestimmteste aussprechen, daß eine derartige Absicht der Regierung auch nicht im entferntesten vorliegt.

Das war vor drei Jahren. Nun, meine Herren, sind inzwischen in bezug auf Schießausbildung Versuche angestellt worden, und diese Versuche sind, so viel ich weiß, in erster Linie beim Gardekorps angestellt worden, wo bei einem als ganz vorzüglich bekannten Regiment in Spandau ein Probebataillon zusammengestellt worden ist. Wie ich aus Aeußerungen von Offizieren jenes Regiments gehört habe, hat sich dort alles erreichen lassen an Drill und Mannszucht, was man auch nur erwarten konnte; das Bataillon war zusammengestellt aus den besten Mannschaften und den besten Offizieren; aber eine Sache, die vielleicht die wichtigste bei der Ausbildung der Infanterie ist, das Schießresultat, war nicht auf der früheren Höhe. Dieser Artikel vom Militärwochenblatt führt schon an, daß bei Einführung der neuen komplizierten Waffe, bei dem Schätzen der Entfernungen 2c. es schwieriger sein würde als bisher für den Mann, mit zwei Jahren den Anforderungen zu genügen, besonders für die weniger begabten Soldaten, die früher nach drei Jahren Besseres erreichten. Das ist ein Bedenken, welches mir vermutlich auch von militärischer Seite zu gute gehalten werden wird. Zweitens ist ein wichtiges Moment, daß die Reservisten selbstverständlich besser sind bei ihrer Wiedereinziehung nach längerer Frist, wenn sie drei Jahre bei der Fahne waren, als wenn sie nur zwei Jahre gedient haben. Jetzt hat man die Erfahrung machen können, daß bei allen Königsurlaubern, die als vorzüglich bewährte Soldaten nach zwei Jahren entlassen wurden, die soldatische Ausbildung im Moment der Entlassung ebenso fest saß, wie bei dreijährigen; aber das möchte ich dem vergleichen, wie es bei manchem begabten und leicht lernenden Menschen der Fall ist, der beim Examen brillant

besteht, während mitunter weniger begabte Leute nach sechs Jahren mehr wissen, als die ersteren. So wird ihnen jeder Kompaniechef sagen, daß er zu Reservisten lieber Leute hat, die unter Umständen nach 5 Jahren, weil sie drei Jahre gedient haben, mehr wissen als die Zweijährigen, wenn sie nach der gleichen Zeit zurückkehren. Wenn wir die zweijährige Dienstzeit haben, wird man diese Vergleiche nicht mehr machen können; dann wird man sie nur noch aus der Tradition kennen.

Was nun die weitere Frage betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß auch die Zuversicht des Herrn Reichskanzlers, der gewiß einer der angesehensten Truppenführer und Generale ist, in bezug auf dreijährige Dienstzeit nicht sehr hoch ist. Wäre der Herr der Ansicht, daß zweijährige Dienstzeit genüge, so würde er doch nicht die Einschränkung auf fünf Jahre mit so viel Energie und Sachlichkeit verfochten haben. Die allgemeine Strömung ist natürlich für zwei Jahre; populärer wäre ja ein Jahr, auch ein halbes Jahr.

(Lebhafte Zurufe links.)

Alle Leute, nicht wahr, die nicht weit vorausſehen, und die die Verantwortung nicht fühlen und die Kriege nicht mitgemacht haben,

(Lebhafte Zurufe links.)

halten Volksreden, um Bravos zu kriegen, und sagen: ein Jahr ist genug. Gewiß ist das populärer; aber der Herr Reichskanzler, der das Gefühl der Verantwortlichkeit nicht bloß als erster Zivilbeamter hat, sondern auch als bewährter General, hat doch nicht die Hand bieten wollen, um mit zwei Jahren dauernd vorzugehen und sich damit ungeheuer populär bei den großen Volksmassen zu machen. Dies ist für mich der Angelpunkt, der es mir möglich gemacht hat — von anderen Gründen, die hier gleichgültig sind, abgesehen —, gestern für die Vorlage zu stimmen. Die zwei Jahre sind nicht definitiv festgelegt, und der Herr Reichskanzler hat sogar mit einem warmen Appell an den zukünftigen Reichstag die Erwartung ausgesprochen, es würde kein Reichstag unpatriotisch genug sein, auf der zweijährigen Dienstzeit zu bestehen, wenn sich etwa wider Erwarten ergeben sollte, daß wir nicht damit auskommen.

(Bravo! rechts.)

Dieses, meine Herren, ist die Brücke, auf die jeder Patriot treten kann, der aus verschiedenen Rücksichten die eigenen Prinzipien zurücktreten läßt, wie das gestern auch mit eindringlichen Worten der Herr Führer der Konservativen gesagt hat.

(Bravo! rechts.)

Bedrückend bleibt es für mein Gewissen immer, daß wir ein Experiment zu machen haben; denn ein Experiment mit der Armee bleibt stets bedenklich. Dieses Experiment soll fünf Jahre dauern. Nun kann uns aber niemand garantieren, daß der große Krieg, welchem unsere Friedensrüstungen vorbeugen sollen, nicht während der fünf Jahre ausbricht; ich meine, die politische Wahrscheinlichkeit ist sogar mehr dafür als dagegen.

(Oh! oh! links.)

— Meine Herren, das ist Ansichtssache; ich glaube, meine Ansicht, der ich so lange mit aktiver Politik beschäftigt war, ist ebenso viel wert wie die jedes anderen Volksvertreters.

(Oh! links.)

— Ich spreche meine Ansicht aus; Sie haben ja die Berechtigung, nachher dagegen zu reden.

Ich sage, es ist ein schweres Bedenken, daß innerhalb dieser Zeit, wo ich lieber Geld dafür aufwenden würde, um die Armee unmittelbar zu kräftigen für die nächsten Jahre, und nicht nur im Hinblick auf 10, 20 Jahre, irgendwelche Situation kommen könnte, die es uns bereuen läßt, daß wir jetzt einem Zustande unmittelbar entgegengehen, der eine tiefgreifende Reorganisation in unserer Armee bedeutet. Diejenigen Staaten, welche mit uns an militärischer Kraft auf gleicher Stufe stehen, behalten eine längere Dienstzeit; die mit uns verbündeten Großmächte, welche militärisch weniger leistungsfähig sind, werden aber möglicherweise infolge von Strömungen liberaler Natur oder Einflüsterungen des in Ungarn und Italien sehr ausgeprägten Nationalstolzes unserem Beispiel folgen müssen. Die betreffenden Regierungen werden vielleicht parlamentarisch nicht stark genug sein, um widerstehen zu können, wenn dort von radikalen Abgeordneten unter finanzieller Begründung Anträge eingebracht werden, unserem Beispiele zu folgen mit dem stolzen Motto: „Was deine Alba können, kann auch Karl".

Die Vorbedingungen, die es einigen unſerer hohen Militärs zuläſſig erſcheinen laſſen, bei uns das Experiment auf einige Jahre zu machen, beſtehen bei den anderen Armeen nicht. Wir ſind heute noch alle ſtolz darauf, daß wir die beſte Armee und das beſte Offizierkorps der Welt haben.

(Lebhaftes Bravo.)

Davon ſind wir überzeugt; den Vergleich brauche ich nicht auszudehnen.

Etwas anderes, was außerordentlich bedenklich iſt, iſt nach meiner Auffaſſung die Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie leichter in die Armee eindringt, wenn nur zweijährige Dienſtzeit iſt.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ſehen Sie doch einmal die Situation an! Sie haben viele Regimenter, die in induſtriellen Diſtrikten rekrutieren und garniſonieren. Gerade dort war es von weſentlichem Einfluß, daß einige ältere gediente Leute, wenn auch nur 20 bis 25 pro Kompanie, den Unteroffizieren zur Seite ſtanden, um die neu Ausgehobenen zu gewinnen für die Idee, daß ſie Wächter der Ordnung zu ſein hätten. Die Zukunft wird das wenigſtens nicht erleichtern. Das empfängliche Jugendalter von 16 bis 20 Jahren iſt doch dasjenige, in dem alle ſozialdemokratiſchen Genoſſen die Irrlehren ihrer Partei begierig in ſich aufnehmen.

(Zurufe links. — Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, dieſe 16- bis 20jährigen Leute, wie ich ſage, unreifer Jugend, ſchicken zahlreiche Beſucher zu ſozialiſtiſchen Verſammlungen.

(Heiterkeit links.)

Es iſt in Erwägung zu ziehen, daß die mit 20 Jahren in Induſtriebezirken ausgehobenen Rekruten vielfach zu den erklärten Sozialdemokraten gehören. Nehmen Sie nur Berlin, Elberfeld, Hamburg: da ſind ſie ſchon mehrere Jahre Mitglieder der Sozialdemokratie, wenn ſie ausgehoben werden. Sie haben mit der Tatſache zu rechnen, die wiederholt von den Herren Sozialdemokraten mit Emphaſe betont worden iſt, daß Tauſende von Sozialdemokraten alljährlich ausgehoben werden.

Nun habe ich mir geſtattet zu betonen, daß nach zwei Jahren nicht mit Sicherheit erwartet werden kann, daß ſtatt des ſozialdemo-

kratischen Giftes der soldatische Geist, der esprit de corps, in die Leute eindringe. Das erste Jahr ist für jeden Soldaten, wie das erste Jahr für jeden Schüler und „Fuchs", das Jahr der Schulung und der Qual; im zweiten Jahr muß er auch noch viel lernen; im dritten Jahr beginnt der Soldat sich zu fühlen, wenn er auf der Stube mit jüngeren Leuten zusammen liegt und die Ehre der Uniform zur Geltung bringen kann. Wir werden in Zukunft nur 22monatliche Leute haben — so wird es ja wohl werden — gegenüber denjenigen, die jetzt ein Jahr länger dienten. Wir werden trotz der Kapitulantenzulage mehr junge Unteroffiziere bekommen als bisher.

Wie sehr die Sozialisten den Einfluß der Unteroffiziere zu schätzen wissen, zeigte ein geheimes Schriftstück, welches vor einigen Jahren in einer bayerischen Stadt — ich glaube, es war Nürnberg — beschlagnahmt wurde, und in welchem von einer leitenden sozialdemokratischen Stelle die Weisung vertraulich und geheim ausgegangen war, daß alle zwanzigjährigen Genossen, die ausgehoben würden, sich einer möglichst guten Führung befleißigen sollten, um überall, wo es tunlich wäre nach ihrer eigenen Berufssituation, Unteroffiziere zu werden auf Grund ihrer guten Führung; als Unteroffiziere und nicht erkannte Sozialdemokraten könnten sie dann den grundstürzenden Ideen der Sozialdemokratie ihre Dienste leisten.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Meine Herren, dies ist noch nicht vier Jahre her. Wenn es nicht in den Zeitungen gestanden hat, so ist es mir jedenfalls erinnerlich. Es ist auch eine weise Taktik der Sozialdemokraten, und ich habe sie damals bewundert. Aber ich halte es auch für die Pflicht derjenigen, die, wie wir, für die Aufrechthaltung der Ordnung Sorge tragen wollen, daß wir suchen Maßregeln dagegen zu ergreifen, soweit wir dazu imstande sind. Und meiner Ansicht nach ist gerade das Festhalten an der dreijährigen Dienstzeit und das Zurückgehen zu derselben eines der besten Mittel gegen die Durchseuchung des Militärs mit sozialdemokratischen Ideen. Meine Herren, obige sozialistische Maxime wird auch heute noch bestehen. Es ist nachher nicht so leicht, gegen sozialistische Agitation anzukämpfen, wenn sie erst einmal in die Armee eingedrungen ist.

Meine Herren, bei der Tatsache, daß die jetzige Militärvorlage

schon 9 Monate juris publici ist, hat es keinen Zweck mehr, zumal nach der gestrigen Abstimmung, sich noch weiter mit den zur Beratung stehenden Artikeln zu beschäftigen. Wenn ich das Wort ergriff, so geschah es erstens, um zum Ausdruck zu bringen, daß ich die Hoffnung noch nicht aufgeben mag — und darin hat mich die Rede des Herrn Vorredners [*]) bestärkt, der, wenn auch aus anderen Motiven, immerhin noch Anträge befürwortete —, daß noch Anträge aus der Mitte des Hauses gestellt werden, welche zur Freude der Regierung deren erste Vorlage wieder herstellen, die viel besser war, als der Huenesche Torso.

(Lebhafter Beifall rechts. Große Unruhe links.)

Zweitens habe ich konstatieren wollen, daß alle diejenigen Herren, die für die Militärvorlage stimmen, das nicht ohne schwere Bedenken tun.

(Sehr richtig!)

Und wenn jemals, was Gott verhüten wolle, innerhalb der nächsten 5 Jahre uns irgend ein Echec oder Unfall zustoßen sollte, so möchte ich nicht zu denjenigen gehören, denen dann vorgeworfen werden würde, daß sie leichten Herzens für diese grundstürzende Militärreorganisation gestimmt haben.

(Lebhafter Beifall rechts. Zurufe und Widerspruch links und im Zentrum.)

Darauf antwortete der Reichskanzler Graf von Caprivi:

„Meine Herren, der Herr Vorredner hat zunächst gemeint, ich müsse selbst von der Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit nicht hinreichend überzeugt sein; meine Zuversicht müsse nicht sehr groß sein, weil ich sonst die Maßregel nicht nur auf 5 Jahre eingebracht haben würde. Ich persönlich bin von der Durchführbarkeit der Maßregel völlig überzeugt, mache aber nicht den Anspruch, unfehlbar zu sein und in die Zukunft voraussehen zu können.

„Der Herr Abgeordnete hat sich dann der Frage zugewandt, wie die neuen Einrichtungen auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Armee wirken werden. Ich muß zu meinem Bedauern zunächst konstatieren, daß der Herr Vorredner bei allen seinen Aeußerungen von durchaus falschen Voraussetzungen über die Zusammensetzung unserer Infanterie, wie sie sich im Laufe der Zeit gestaltet hat, ausgegangen ist.

(Heiterkeit links.)

[*]) Abgeordneter Gröber (Württemberg).

Der Herr Vorredner sprach von der dreijährigen Dienstzeit. Ja, die haben wir schon lange nicht mehr gehabt

(sehr richtig! links),

wir haben sie niemals voll gehabt

(Zuruf rechts),

wir haben von Hause aus Dispositionsurlauber gehabt und haben jetzt in der Infanterie in einem großen Teil der Kompanien nur 15 bis 20 Mann im dritten Dienstjahre.

(Zuruf rechts. Glocke des Präsidenten.)

— Gut, dann erlauben Sie mir, noch einmal zu wiederholen, auch wenn Sie es gesagt haben, daß wir also in der Infanterie per Kompanie 15 bis 20 Mann vom dritten Jahrgang haben.

(Sehr richtig! Heiterkeit. Zuruf rechts.)

— Nun, das aber glaube ich, hat der Herr Vorredner nicht gesagt, daß unsere Bestimmungen uns verpflichten, die besten Leute zur Disposition zu beurlauben. Selbst wenn unsere Bestimmungen uns nicht dazu verpflichteten, würden wir dazu genötigt sein; das ist das Einzige, was man für die Maßregel sagen kann. Es soll ein Ansporn sein. Wenn wir nun die besten Leute zur Disposition beurlauben, so folgt, daß die 15 bis 20 sich zusammensetzen teils aus Spezialisten, wie Schreiber, Offiziersburschen, teils aus Leuten, die sich schlechter geführt haben oder weniger zuverlässig sind.

„Werden wir nun durch die Sozialdemokratie verseucht, so teile ich die Ansicht des Herrn Vorredners vollkommen, daß das eine sehr böse Seuche ist, und daß man der mit allen Mitteln entgegentreten muß. Ich werde also einen so durchseuchten Mann zweifellos zu den schlechteren der Kompanie rechnen und würde auch im Sinne des Herrn Vorredners handeln, wenn ich diese mir als Sozialdemokraten bekannten Leute im dritten Jahre da behielte. Ob dann nun die Wirkung die sein würde, daß diese unter den 15 bis 25 Mannschaften dritten Jahrgangs befindlichen Sozialdemokraten einmal selbst bekehrt und zweitens einen heilsamen Einfluß auf die übrigen haben würden, das möchte ich bezweifeln.

(Sehr richtig! Sehr gut! links.)

Also die Frage ist eine, die man subjektiv entscheiden kann, die aber keineswegs von Berufssoldaten, von erfahrenen Männern zumeist so gelöst wird, wie es dem Herrn Vorredner erscheint.

„Eine tief eingreifende Reorganisation nehmen wir vor, und der Herr Vorredner hat in Aussicht gestellt, daß, wenn der Krieg so schnell ausbricht, wie er auf Grund seiner politischen Kenntnis erwartet, daß wir dann in eine üble Lage kommen werden.

(Zuruf rechts.)

— Ich bitte den Herrn Präſidenten, mich vor Unterbrechungen zu ſchützen.

(Bravo! Sehr gut! links.)

„Ferner: die Reorganiſation ſoll unſere Armee in eine üble Lage verſetzen, wenn der Krieg bald eintritt! Dann hat ja aber die Maßregel noch nicht lange gewirkt; und wenn die Vorausſetzungen des Herrn Vorredners richtig wären, würden wir bei einem übers Jahr eintretenden Krieg noch lauter Reſerviſten haben, die drei Jahre gedient haben.

(Sehr richtig!)

Alſo dann würde der Uebelſtand doch wohl noch nicht ſo groß ſein, als der Herr Vorredner annimmt.

„Er ſcheint aber auch von der Anſicht auszugehen, daß unſere aktive Truppenſtärke durch die Verringerung der Dienſtzeit eine für den Krieg weniger geeignete ſein würde. Das halte ich für vollkommen richtig. Der Herr Vorredner beruft ſich darauf, daß in einer Zeitung im Jahre 1890 geſtanden hätte, die Schießausbildung würde leiden. Zunächſt macht er mich für den Artikel in der Zeitung vom Jahre 1890 verantwortlich, während ihm doch bekannt ſein ſollte, daß ich damals eben ins Amt gekommen war und keine Militärartikel geſchrieben habe, daß ich damals nicht Zeit hatte, mich um dieſe Dinge zu bekümmern, und — falls er das „Militär-Wochenblatt" meinen ſollte — daß das auch keineswegs einen offiziellen Charakter hat, daß es am allerwenigſten vom Reichskanzler geleitet wird, ſondern in einem Kontraktverhältnis zum Kriegsminiſterium ſteht. Ich kenne den Artikel nicht, entſinne mich ſeiner nicht; aber ich zweifle keinen Augenblick, im Jahre 1890 hat irgend ein Mann im „Militär-Wochenblatt" geſchrieben, wenn die zweijährige Dienſtzeit käme, ſo würde die Schießausbildung leiden. Und gewiß, es war eine der ſchwerſten Fragen, die die Militärverwaltung ſich vorzulegen hatte, wie bei der Infanterie die verkürzte Dienſtzeit auf die Schießausbildung wirken würde, und um nun dieſe Frage löſen zu können, ſind eine Anzahl von Bataillonen beauftragt worden, das, was wir jetzt ausführen wollen, verſuchsweiſe durchzumachen.

„Der Herr Vorredner iſt wiederum im Irrtum, wenn er nun glaubt, daß das nur ein Bataillon und zwar ein ausgeſuchtes, vorzügliches Bataillon bei der Garde geweſen iſt. Wäre der Herr Vorredner ſchon in der vorigen Seſſion hier geweſen, ſo würde er in der Kommiſſion gehört haben, daß gerade gefliſſentlich mehrere Bataillone im Oſten und Weſten gewählt worden ſind, um einen ſolchen Verſuch zu machen, und er würde auch gehört haben, daß der Verſuch vollkommen befriedigend ausgefallen iſt.

„Der Herr Vorredner hat dann beſondere Beſorgniſſe darauf gegründet, daß durch das Eingehen auf den Antrag Huene die Kompen-

ſationen, die auf dem Boden der Artillerie für die zweijährige Dienſtzeit gelegen hätten, aufgegeben wären. Wiederum ein Irrtum — entſchuldbar, denn der Herr Vorredner hat den Kommiſſionsſitzungen nicht beigewohnt, ſonſt würde er gewußt haben, daß das, was in der Vorlage gefordert worden iſt, ſich in drei Gruppen teilte. Das Kriegsminiſterium hat den Kommiſſionsmitgliedern eine metallographierte Zuſammenſtellung gemacht. Da kommen zuerſt die Maßregeln, die, wie es hier heißt, Ausgleichsmaßregeln für die zweijährige Dienſtzeit ſind; dann kommen Neuformationen, und dann kommen Verſtärkungen. Die Vermehrung der Artillerie um 60 Batterien hat mit der zweijährigen Dienſtzeit abſolut nichts zu tun. Das war eine Verſtärkung, die dadurch notwendig geworden war, daß wir nachgerade, ſelbſt Frankreich gegenüber, ſchwächer an Artillerie geworden waren. Das würde bei der dreijährigen Dienſtzeit genau ſo gut der Fall geweſen ſein wie bei der zweijährigen. Von den Kompenſationen für die zweijährige Dienſtzeit iſt nichts weiter aufgegeben worden als an den Etatsſtärken einige Mann, etwa 4 beim Infanteriebataillon, alſo ſtatt 600 596 Mann, und bei den Halbbataillonen 2 Mann, ich glaube: ſtatt 195 193. Daß dieſe Schwächung von einigen Mann pro Truppenteil mir auch leid getan hat, kann ich nicht leugnen; aber daß ſie, wenn es ſich um die Frage handelte: wird das Geſetz durchgehen oder wird es nicht durchgehen? — daß das dann eine Kleinigkeit und die Truppe nicht ſchwer ſchädigende Sache war, das iſt zweifellos. Ich wiederhole alſo noch einmal: die Reduktion der Geſchützzahl gehört gar nicht unter die Kompenſationsmaßregeln.

„Nun hat es nach den Aeußerungen des Herrn Vorredners den Anſchein, wie wenn etwa die verbündeten Regierungen leichten Herzens auf die zweijährige Dienſtzeit eingegangen wären. Auch das iſt ja in der vorigen Seſſion des weiteſten erörtert worden. Es iſt nicht der Fall geweſen, wir haben uns ſchwer dazu entſchloſſen; wir haben aber eine Verſtärkung unſerer Wehrkraft gebraucht. Die Wehrkraft ſetzt ſich in erſter Linie aus der Bevölkerungszahl, in zweiter Linie aus der Anzahl der ausgebildeten Mannſchaften zuſammen. Ich ſetze voraus: Mannſchaften, die ſo weit ausgebildet ſind, daß ſie mit Sicherheit ihren Aufgaben im Kriege genügen können. Wenn nun die Zahl dieſer Ausgebildeten, alſo des Beurlaubtenſtandes, nicht mehr genügte, ſo mußte ſie vermehrt werden; es iſt aber klar, daß das mit der dreijährigen Dienſtzeit viel langſamer oder viel koſtſpieliger iſt. Wenn ich ein Bataillon von 600 Mann habe und ich habe da die zweijährige Dienſtzeit, ſo entlaſſe ich jedes Jahr 300 Mann; habe ich aber ein Bataillon von 600 Mann und habe die dreijährige Dienſtzeit, ſo entlaſſe ich nur 200 Mann. Alſo mein Beurlaubtenſtand wächſt viel langſamer mit der dreijährigen als mit der zweijährigen Dienſtzeit. Nun gibt es ein Mittel dagegen: das iſt eine Etatserhöhung im Frieden; alſo ich müßte die

Bataillone statt auf 600 Mann auf 900 setzen. Da könnte ich zu derselben Zahl von 300 Mann kommen. Es liegt auf der Hand, daß die Kosten in demselben Verhältnis steigen würden. Also wenn wir unsern Zweck der Steigerung der Wehrkraft mit der dreijährigen Dienstzeit hätten erreichen wollen, so würden wir genötigt gewesen sein, viel höhere Anforderungen an Sie zu machen, als wir faktisch gemacht haben. Das war der eine Grund.

„Dann aber kam hinzu, daß der gegenwärtige Zustand unserer Infanterie, nicht mehr befriedigend war. Ich muß mich hier auch wiederholen, weil der Herr Vorredner der vorigen Periode nicht beigewohnt hat. Es ist damals hier und in der Kommission eingehend zur Sprache gebracht worden, daß wir allmählich aus der dreijährigen Dienstzeit zu einem System von Notbehelfen gekommen wären. Man nahm Anstand, die Kosten zu erhöhen; man erkannte aber zugleich an, man brauche einen stärkeren Beurlaubtenstand. Also zu was kam man? Zuerst entließ man mehr Dispositionsurlauber. Mit jedem Dispositionsurlauber mehr entferne ich mich einen Schritt von der dreijährigen Dienstzeit. Das reichte aber auch nicht: man schuf die Ersatzreserve, Leute, die 10, 6 und 4 Wochen dienen — anerkannt eine überaus bedenkliche, im Verhältnis zur Belastung der Bevölkerung wenig nutzende Maßregel. Das war der zweite Notbehelf.

„Nun kam man zum dritten Notbehelf im Jahre 1888. Man stellte das zweite Aufgebot wieder her und rangierte es in die Feldarmee ein. Das ist auch damals schon hier erwähnt worden. Das war eine Maßregel, die anscheinend große Resultate ergab. Man sagte, wir haben damit als Bundesgenossen eine vierte Großmacht gewonnen; denn wir haben 700000 Mann mehr. Man sagte: wir werden eine Million rechts, eine links und eine in der Mitte aufstellen können. Gewiß, das war politisch ein scheinbar durchschlagendes Motiv; aber kein Soldat wird glauben können, daß die auf diesem Wege gewonnenen 700000 Mann das sein würden, was wir jetzt auf unserem Wege mit der zweijährigen Dienstzeit an Erhöhung des Beurlaubtenstandes gewinnen würden."

(Bravo! links.)

Nach Schluß der Debatte erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung

Abg. Graf von Bismarck:[3])

Meine Herren, ob mir nun das Wort im allgemeinen oder „persönlich" erteilt ist — ich wollte erstens mein Bedauern darüber

[3]) St. Ber. a. a. O., S. 113.

ausdrücken, daß der Herr Reichskanzler durch einige Unterbrechungen gereizt worden zu sein scheint. Ich habe nur deshalb unterbrochen, weil der Herr Reichskanzler augenscheinlich mich total mißverstanden hatte, und ich meine Berichtigung lieber gleich einflechten wollte, da bekanntlich die persönlichen Bemerkungen meist in der Presse nicht wiedergegeben werden, sondern bloß im amtlichen Bericht.

Ferner wollte ich in bezug auf die Schießausbildung bemerken, von der der Herr Reichskanzler gesagt hatte, sie wäre so ausgezeichnet wie alle anderen, daß im Bericht der Militärkommission auf Seite 21 unter C, Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, ausdrücklich steht, daß die militärischen Berichte — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Graf von Bismarck, das ist keine persönliche Bemerkung.

Abg. Graf von Bismarck:

Ja, eine Richtigstellung.

(Große Heiterkeit.)

Präsident: Sie konnten den Herrn Reichskanzler widerlegen, aber nicht in einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Graf von Bismarck:

Sie haben mir das Wort gegeben, Herr Präsident.

Dann habe ich zur Sache zu bemerken, daß es in dem erwähnten Bericht ausdrücklich heißt:

> die Berichte lauten, daß das Ergebnis der Versuche „in bezug auf die Disziplin befriedigend, dagegen die Schießausbildung eine überstürzte gewesen sei".

Das ist genau, was ich behauptet hatte.

Präsident: Herr Abgeordneter Graf von Bismarck, ich habe Ihnen das Wort zur Sache nicht gegeben: die sachliche Diskussion war bereits geschlossen, als ich Ihnen das Wort zur persönlichen Bemerkung gab.

24. Rede. Im Reichstag.

Am 15. Dezember 1893.[1])

Die Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Spanien (unterzeichnet Madrid, 8. August 1893), des Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrages mit Rumänien (unterzeichnet Berlin, 21. Oktober 1893) und des Handels- und Zollvertrages mit Serbien (unterzeichnet Wien, 21. August 1892).

In der Generaldiskussion ergreift als erster das Wort

Abg. Graf von Bismarck:

Meine Herren, ich habe die Empfindung, daß ich zunächst um Nachsicht bitten muß, wenn ich nach all den verschiedenen Reden und Gegenreden, die wir schon gehört haben, meinerseits auch noch Ihre Geduld in Anspruch zu nehmen mir erlaube. Wenn ich das tue, so möchte ich dafür zwei Gründe der Entschuldigung ins Feld führen: einmal die Tatsache, daß bei der neulichen namentlichen Abstimmung doch 43 Mitglieder des hohen Hauses gefehlt haben[2]), und daß bei der verhältnismäßig geringen Majorität eine Verschiebung also immerhin heute noch möglich wäre

(Unruhe und Widerspruch links),

wenn aus den 43 Fehlenden ein Zufluß erfolgen sollte. Ferner haben die Debatten von gestern und vorgestern eine gewisse Anzahl neuer Gesichtspunkte ergeben, die uns, glaube ich, mit Nutzen noch einige Minuten beschäftigen können. Wir haben ja, meine Herren, eigentlich die ganze Zeit, 8 Tage lang, Generaldebatte gehabt. Dies allein beweist schon die Wichtigkeit, die der Vorlage von allen Seiten des Hauses beigelegt wurde.

Meine Herren, der Vertrag, an sich betrachtet, wenn er, sagen wir, vor zwei Jahren, allein gekommen wäre, würde ja so viel Wichtigkeit nicht verdient und auch nicht so viel Zeit in Anspruch genommen

---

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 1. Session, Bd. I, 476 ff.

[2]) Bei der namentlichen Abstimmung am 14. Dezember wurde § 1 des Handelsvertrages mit Rumänien mit 189 gegen 165 Stimmen angenommen.

haben. Die Tatſache, daß die Debatten ſich ſo ausgeſponnen haben, iſt mir ein Beweis dafür geweſen, daß einmal die Empfindung vorherrſcht, daß die bisherigen Bahnen des Schutzes der nationalen Produktion verlaſſen werden ſollen, und zweitens, daß der neue Reichstag, der erſt ein halbes Jahr alt iſt, eine Kritik üben wollte an der Handels- und Wirtſchaftspolitik, die im Winter 1891/92 eingetreten iſt. Ohne dieſe Erklärung würde es ja auch im Lande nicht verſtändlich werden, daß wir ſo viel Zeit auf die verhältnismäßig kleinen Verträge verwenden.

Nun, meine Herren, haben zu unſerer Genugtuung die Herren Redner vom Bundesratstiſch ſich dagegen verwahrt, daß ſie einen abſoluten Freihandel inaugurieren wollten. Die Herren haben ſich als konſervative Politiker bekannt; wir haben davon Akt genommen und haben keinen Grund und keine Berechtigung, in dieſe Aeußerung Zweifel zu ſetzen. Aber, meine Herren, an eine Tatſache möchte ich doch erinnern: und das iſt die, daß die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers, die wir ſowohl im Reichstag, als auch anderswo gehört haben, den Rückſchluß geſtatten, daß der Herr Reichskanzler ein gelehriger Schüler und eifriger Anhänger der Freihandelstheorie geworden iſt.

(Zurufe links.)

Ich ſage: dieſer Rückſchluß ergibt ſich aus den Kundgebungen des Herrn Reichskanzlers in und außer dem hohen Hauſe. Ich habe keine Gelegenheit, mich perſönlich mit dem Herrn Reichskanzler zu unterhalten; ich kann mich nur, wie die meiſten anderen Abgeordneten, an das halten, was er öffentlich der Kritik preisgibt. Auf der Beſorgnis nun, die auf dieſen Eindrücken fußt, daß an der einflußreichen erſten Stelle die Durchlöcherung des großen Aufbaues von 1879 und 1881 weiter fortgeſetzt werden ſoll, beruht die Abwehr, die von einer ſehr ſtarken Minorität des Hauſes gegen die jetzige Handelsvertragspolitik gerichtet worden iſt. Der große Aufbau von 1879 und 1881, der ſich ſowohl auf die Arbeit, als auf die Arbeiter und auf deren Wohlfahrt erſtreckte, hatte eben zum Zwecke den Schutz von Material und Perſonal; und wir haben das dringende Bedürfnis daran feſtzuhalten. Es heißt dabei auch: il n'y a que le premier pas qui coûte — und: qui nous a déjà coûté très cher. Es hat uns ſchon viel ge-

kostet im doppelten Sinn des Wortes, und die anderen Schritte würden noch mehr kosten, das Fallen geht immer nach dem Gesetz des Quadrats der Entfernungen.

Das Fortfahren auf diesem Wege würde aber auch deshalb zu beklagen sein, weil es nach freihändlerischer Berechnung einen Spalt und Zwietracht in die bisher festgefügte Allianz sämtlicher Produktionsgenossen treiben soll. Wir haben zu meinem Bedauern sowohl hier im hohen Hause, als auch in der Presse schon versteckte Drohungen und Anspielungen darüber gehört, daß die eine Produktionsklasse die andere im Stich lassen könnte. Meine Herren, Sie werden mir darin recht geben, daß die Vertreter der ländlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft die Empfindung haben, daß sie im Spätherbst des Jahres 1891 von der Industrie etwas im Stich gelassen worden sind, und zwar um Vorteile, welche der Industrie nicht viel eingebracht haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, niemand kann mehr als ich davon überzeugt sein, daß ein unbedingtes Zusammenhalten aller Produktionsgenossen, besonders der beiden größten Produktionsgebiete, der nationalen Landwirtschaft und der nationalen Industrie, notwendig ist. Das haben auch die angesehensten Führer der beiden Richtungen uns hier nachdrücklich ausgesprochen. Zu meiner Freude hat auch der verehrte Herr von Bennigsen in seiner Rede von vorgestern nicht nur sein warmes Herz für die Landwirtschaft zu erkennen gegeben, sondern auch dringend empfohlen, zusammenzuhalten. Ich glaube, meine Herren, daß Sie im Prinzip alle darüber einig sind; ich glaube auch, daß ein so einsichtiger Geschäftsmann, wie Herr Baron von Stumm, der Landwirtschaft nicht wird zumuten wollen, daß wir uns sozusagen in eine societas leonina mit der Industrie einlassen; denn „leben und leben lassen" muß auch dort der Grundsatz sein, nach dem diese Verbindung weiter aufrecht erhalten wird. Daß uns diese Verbindung in den letzten 12 Jahren unendlichen Segen gebracht und unsern nationalen Wohlstand gemehrt hat, das, meine Herren, ist doch wohl über allen Zweifel erhaben.

(Zustimmung rechts.)

Ich erinnere mich der Reden des Herrn Freiherrn von Stumm aus früheren Jahren, als er uns schilderte, wie die Hochöfen ausgeblasen und

die Arbeiter entlaſſen wurden. Ja, allein iſt die Induſtrie auch nicht ſtark genug, um ſich aufrecht zu erhalten; wir müſſen zuſammenhalten!

(Sehr richtig! rechts.)

Denn wenn zur Freude des Freihandels Induſtrie und Landwirtſchaft ſich bekämpfen, ſo würde es dazu kommen, wie in der Fabel von „der beiden Löwen Wedel", die allein übrig blieben. Bei ſelbſtmörderiſchem Verhalten der verſchiedenen Produktionszweige hat das Land und der nationale Wohlſtand das Nachſehen. Ich bin aber darin optimiſtiſch geſtimmt, daß dieſe kleinen Zerrungen unter alten Freunden ſich raſch werden ausgleichen laſſen, und daß das Band bei erneuter Feſtigung ſich um ſo mehr bewähren wird. Dieſe meine Anſicht ſchöpfe ich aus nächſter Nähe, wo ſozuſagen die Hauptvertreter beider Richtungen dieſelbe Bank des Reichstags zieren: Herr von Kardorff und Freiherr von Stumm, die außerdem durch dasſelbe Fraktionsband zuſammengehalten ſind; und da möchte ich in wirtſchaftlicher Hinſicht das kleine Verschen zitieren und ihnen ins Stammbuch ſchreiben:

Stumm und Kardorff Hand in Hand,
Alles ſonſt aus Rand und Band.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ein warmes Herz für die arbeitende Bevölkerung haben wir alle; das kann man von keinem Reichstagsabgeordneten, der doch bei unſerem Wahlgeſetz ſoviel mit den ärmſten Klaſſen der Bevölkerung in Beziehung kommt, annehmen, daß er nicht ein warmes Herz dafür hätte. Aber, meine Herren, ich muß ſagen, daß, ſoviel ich von Menſchenliebe halte, mir doch der deutſche Arbeiter als Landsmann am nächſten ſteht und näher als der fremde, welchen der abſolute Freihandel gleichmäßig behandeln will, nach dem Ausſpruch: immer nur dort kaufen, wo es am billigſten iſt, und einerlei, welcher Nationalität man dabei angehört. Meine Herren, gerade die Landwirte haben beſondere Beziehungen perſönlicher Natur mit ihren Arbeitern. Wir haben ja zwar in induſtrieller Beziehung in meiner unmittelbaren hieſigen Nähe das Beiſpiel, daß die Herren von Stumm und Krupp alles ſelbſt betreiben und mit ihren Arbeitern perſönliche Fühlung haben; aber im großen und ganzen ſind die induſtriellen Unternehmungen doch Aktiengeſellſchaften, und da iſt es ganz naturgemäß, daß

solche persönliche Beziehungen, wie sie sich nur bei einem Leiter ausbilden, sich dort nicht herausstellen können.

Nun, meine Herren, es ist, glaube ich, in der vorigen Woche der Rechten von einem Redner vorgeworfen worden, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter im Osten zu schlecht bezahlt würden, hungern müßten, und daran der, ich möchte sagen naive Vorschlag geknüpft worden, sie besser zu bezahlen. Meine Herren, man würde sie sehr gern besser bezahlen

(Zustimmung rechts),

wenn die Landwirtschaft besser gediehe, besser sich lohnte. Aber woher nehmen und nicht stehlen?!

(Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.)

— Sehen Sie doch einfach die Bücher nach!

(Zuruf links.)

— Meine Herren, Buchführen tun heute alle, mit Ausnahme derjenigen Bauern, die selber zu hart arbeiten müssen und die mit ihren schwieligen Fäusten abends spät nicht gut die Feder führen können; alle Landwirte von ein paar hundert Morgen führen Buch, und gerade in der Provinz, wo ich wohne, wo die Landwirtschaft wohl am höchsten ausgebildet ist, in der Provinz Sachsen, geschieht das. Sehen Sie einmal die Einkommensteuerlisten nach!

(Sehr gut! rechts.)

Sie werden daraus sehen, daß sich ein erheblicher Rückgang nicht nur bei den größten und größeren Besitzern, sondern gerade bei den kleineren bemerkbar macht.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich bin doch in der Hauptsache gewählt — verzeihen Sie, wenn ich von mir spreche, aber ich tue es im Namen aller ländlichen Vertreter —

(Widerspruch links; sehr richtig! rechts)

— in meinem Kreise haben wir außer kleinen Städten nur ländliche Bevölkerung, sie gibt den Ausschlag. Nun, meine Herren, in der langen Wahlkampagne, wo von der Militärvorlage allerdings in erster Linie, aber doch nicht so nachhaltig die Rede war, wurde hauptsächlich von der Notlage der Landwirte gesprochen, und man hat immer ge-

fragt: Was werden Sie tun, wenn neue Handelsverträge kommen? Nun iſt ja allerdings richtig, was auch geſtern von einigen Rednern betont worden iſt, daß dieſe Handelsverträge damals noch gar nicht vorlagen; aber, meine Herren, das iſt doch ein Spiel mit Worten! Für die Landwirtſchaft handelte es ſich darum, daß ſie die Koſten tragen ſollte, wie ſie dieſelben bereits getragen hat 1891/92; und da hieß es: vestigia terrent et exempla docent! Wir haben ein imperatives Mandat durchaus nicht bekommen, ſondern haben es freiwillig übernommen, für unſre armen ländlichen Genoſſen zu ſorgen.

(Lebhafter Beifall rechts. Widerſpruch links.)

Sie können mir glauben, meine Herren, die größeren Grundbeſitzer werden es noch einige Jahre länger aushalten als die kleinen, ſie haben mehr Kredit und teilweiſe etwas Holz und können ſich mit den landſchaftlichen Inſtituten helfen. Wer aber zuerſt zu Grunde geht, wie das ſchon zutreffend Herr Lutz[3]) auseinandergeſetzt hat, das ſind die Bauern; wenn der bayriſche Bauer ſeinem Vieh den Weizen einſtreuen muß, wie er im Galgenhumor ſagte, dann iſt das doch gewiß ein Zeichen trauriger Reſignation. Meine Herren, es handelt ſich nicht darum, ob einzelne größere Grundbeſitzer zu Grunde gehen. Mein Gott, wie viel Leute gehen denn im Kampf ums Leben zu Grunde! Es handelt ſich durchaus nicht um die Perſon; und von allen Herren, die die Ehre haben, Volksvertreter zu ſein, bin ich überzeugt, daß ſie ſofort wie Curtius in den Abgrund ſpringen würden, wenn ſie glaubten, dadurch mit ihrem Leben dem Allgemeinwohl nützen zu können. Aber worum es ſich handelt, das iſt die Entwertung des Grund und Bodens und die dadurch bedingte Verminderung des Nationalvermögens.

Wie ſchlecht es mit der Landwirtſchaft ſeit den letzen Jahren ſteht, das haben uns die Herren Abgeordneten Lutz und Kalmring[4]) vorgetragen, die ſich mit Stolz bäuerliche Vertreter nannten. Nehmen Sie ein Gut von 500 Morgen in Sachſen an, dort wird man allein

[3]) Lutz, Guts- und Brauereibeſitzer in Heidenheim a. H. (Mittelfranken), vertrat in der 8. und 9. Legislaturperiode den Wahlkreis Dinkelsbühl und gehörte der deutſch-konſervativen Fraktion an.

[4]) Kalmring, Bürgermeiſter und Landwirt in Kerpsleben (Sachſen-Weimar) war in der 9. Legislaturperiode Vertreter des 1. Wahlkreiſes Weimar und Mitglied der Reichspartei.

an Tagelohn 12 000 Mark zu bezahlen haben. Der Tagelohn muß vom Landwirt doch wohl verdient werden, er muß jeden Sonnabend in barem Gelde ausgezahlt werden. Woher ſoll er kommen, wenn alles unverkäuflich bleibt? Bereits ſeit zwei Jahren lagert das Getreide vielfach unverkäuflich. Die Landleute wiſſen ſich keinen Rat mehr, ſie fühlen ſich bedroht in ihrem Beſitz, beſonders die kleinen, die nicht die Möglichkeit haben, die richtigen Verbindungen zu erlangen, ſie verpaſſen den richtigen Moment, den vielleicht der größere Beſitzer noch wahrnehmen kann, um zu einem beſſeren Preiſe loszuſchlagen. Kommen Sie aufs Land, wie eingeſchränkt der Beſitzer dort lebt! Sehen Sie ſich die Einkommenſteuerliſten an — die Herren werden ja vielfach in den betreffendenden Einſchätzungskommiſſionen ſitzen —, dann werden Sie ſehen, wie es auf dem Lande zurückgeht! Zahlen beweiſen; es ſind aber ſchon ſo viele angeführt worden, daß ich mich enthalten will, weiter darauf einzugehen.

Aber wenn der Wert des Grund und Bodens zurückgeht, wenn die allgemein nicht als normal anerkannten Währungsverhältniſſe andauern, ſo müſſen die Landbeſitzer immer billiger verkaufen. Ueber die Wirkung der Goldwährung auf die Landwirtſchaft haben wir eine vortreffliche Broſchüre von dem Erzbiſchof von Dublin im Sommer „nichtamtlich“ zugeſchickt bekommen, der als hoher Kirchenfürſt ein warmes Herz für ſeine ländlichen Mitbürger hat. Derſelbe hat in einer einfachen und für mich beſonders klaren Weiſe nachgewieſen, daß die Pächter, die auf lange abſchließen, bei dem jetzigen Stand der Währungsfrage notwendig bankerott werden und zu Grunde gehen müſſen. Ich will nicht auf die Währungsfrage näher eingehen, da ſchon Vieles von berufener Seite darüber geſagt worden iſt. Ich möchte mich dahin reſumieren, daß das Schlagendſte, das je darüber geſagt iſt, in dem kurzen Axiom beſteht: die Decke wird zu kurz werden.

(Beifall rechts.)

Es iſt uns vorgeworfen worden, daß die Arbeiter auf dem Lande auswanderten oder, wenn ſie zu wenig verdienten, Sozialdemokraten würden. Ja, geben Sie uns die Möglichkeit, die Arbeiter beſſer zu bezahlen! Wir würden das gern tun und Tantieme gewähren.

(Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.)

Der heimiſche Grund und Boden bedarf der Bearbeitung. Was

ſoll daraus werden, wenn die Beſitzer des Grund und Bodens nicht mehr imſtande ſind, dieſe Arbeit zu bezahlen? Natürlich ziehen die Arbeiter dann fort, und es ſind gerade die ärmſten Diſtrikte, wo die Auswanderung am größten iſt, von wo aus die Arbeiter in die Städte ſtrömen. Dort werden ſie Sozialdemokraten. Die Herren auf der Seite (links) operieren ja ganz logiſch, wie ſie es gewöhnlich zu tun pflegen, wenn ſie darauf hinarbeiten, die Landwirtſchaft zu ſchädigen.

Dies iſt eins der wichtigſten Axiome, das wir feſthalten ſollen. Ich bin überzeugt, daß bei der letzten Wahl die Sozialdemokratie mehr Abgeordnete und noch viel mehr Stimmen bekommen haben würde, wenn die Not der Landwirtſchaft nicht den Bund der Landwirte geboren hätte. Wir wurden dazu getrieben. Ich bin ſelbſt nicht dabei beteiligt geweſen — aber die Führer der Bewegung würden mit Fußtritten vorwärts geſtoßen ſein, wenn ſie ſich nicht ſelbſt gerührt hätten. Vergeſſen Sie nicht, wenn immer vom Volk geſprochen wird, daß der Landwirt auch zum Volke gehört. Wir gehören alle zum Volk, ich nehme das für mich gerade ſo in Anſpruch, wie die Herren auf der anderen Seite. Es iſt bekannt, daß wir mehr als 20 Millionen Exiſtenzen haben, die von der Landwirtſchaft leben. Für die müſſen wir doch auch ſorgen. Setzen Sie uns in die Lage, daß wir dieſe Arbeiter zufrieden machen können, daß wir ſie auskömmlich bezahlen können — und der Landmann wird ſich auch im Oſten auf ſeinem Grund und Boden halten können. Dann werden die Arbeiter zufrieden ſein, dann werden ſie zu Hauſe bleiben und nicht den ſozialdemokratiſchen Irrlehren anheimfallen, wie es in den Städten der Fall iſt.

(Sehr richtig! rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich habe meine Ueberzeugung ausgeſprochen, daß wir viel mehr ſozialdemokratiſche Stimmen bei der letzten Wahl gehabt haben würden, wenn ſich die Landwirte nicht zuſammengetan hätten. Ich habe das aus dem Munde ſehr wohlhäbiger Bauern — früher wohlhäbig, jetzt nur noch ſo ausſehend —, die mir noch im Winter ſagten: Was ſollen wir machen? Niemand nimmt ſich unſer an; die einzigen, die noch Courage haben im Reichstag, ſind die Sozialdemokraten.

(Lebhafte Zuſtimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das haben mir wahrhaftig Bauern geſagt; ich könnte ſie namhaft machen, es hat aber kein Intereſſe.

Der Herr Abgeordnete Graf von Mirbach hat neulich ſchon darauf hingewieſen, wie viel mehr ländliche Arbeiter es gibt als die im Kommiſſionsbericht aufgeführten induſtriellen. Nun, wir gönnen allen Arbeitern von Herzen ihren Verdienſt; aber da unſere ganzen Beziehungen heutzutage doch auf Majoritäten beruhen, ſo verdient die Majorität auch Rückſicht.

Man ſpricht davon, es würden einige zehntauſend Arbeiter brotlos werden, ſoweit ſie in der Induſtrie beſchäftigt ſind; für die Landwirtſchaft weiſt man das ab. Da ſteht Behauptung gegen Behauptung, Anſicht gegen Anſicht; und einen höheren Richterſtuhl, an den wir appellieren könnten, haben wir nicht, außer der großen Lehrmeiſterin Empirie, und ich fürchte, daß die erſt zu Worte kommt, wenn die Dekadenz in der Landwirtſchaft gar zu weit vorgerückt iſt. Wir glauben nicht, daß jene Arbeiter gerade brotlos werden ſollten, wenn dieſer Vertrag abgelehnt wird; ſo ſchlimm iſt es auch wohl nicht vom Regierungstiſch gemeint worden. Enthalten wir uns alſo der Superlative, ſonſt wird der Eindruck erweckt, die Herren Bundesräte verführen nach der Moral: Ja Bauer, das iſt ganz was anderes. Es wird Ihnen doch allen am Herzen liegen, daß unſere großen öſtlichen Provinzen nicht entvölkert und durch Zuzug aus dem ſlawiſchen Oſten wieder beſetzt werden. Das wäre die logiſche Folge! Von dem Drang nach dem Oſten haben wir viel gehört, wir haben alle mit Intereſſe G. Freitags gutes Buch über „Die Beſiedelung des Oſtens“ geleſen; jetzt iſt es umgekehrt. Der große Drang nach dem Weſten, der in allen Städten erkennbar wird, iſt jetzt überall vorherrſchend, auch über Europa hinaus. Unſere armen kleinen Landwirte gehen nach Amerika, wenn ſie noch ſo viel realiſieren können, um die Ueberfahrt zu bezahlen. Dafür rückt die ſlawiſche Bevölkerung nach, und das läßt ſich nicht aufhalten, wenn nicht energiſche Maßregeln getroffen werden.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Ich habe nicht verſtanden; es wird wohl auch nichts Wichtiges geweſen ſein.

(Heiterkeit rechts. Erneute Zurufe.)

Meine Herren, wir haben vor uns dieſen rumäniſchen Handelsvertrag, und in dem Kommiſſionsbericht, der neulich als ein wenig einſeitig angefochten iſt, manche Nüſſe zu knacken bekommen. Ich will

mich jeder Beurteilung über den Bericht enthalten, da ich an den Kommiſſionsberatungen nicht teilgenommen habe. Frappiert hat mich nur dabei, daß das Wichtigſte über Rumänien alles unter Spanien ſteht; vielleicht iſt es deshalb, weil dem Herrn Berichterſtatter die Sache ſelbſt etwas ſpaniſch vorgekommen iſt.

(Heiterkeit rechts. Zurufe links.)

Meine Herren, es iſt uns geſagt worden: Wenn im Februar 1892 die Tarifverträge nicht abgeſchloſſen wären, ſo würden wir vor einem ſehr bedenklichen Vakuum geſtanden haben. Ja, meine Herren, den horror vacui haben wir ja alle; aber die Frage iſt doch die, ob die Notlage, über die alle klagen — hören Sie die Vertreter vom Mittelſtand, die Vertreter der Landwirtſchaft, und jetzt die Vertreter der Börſe, wie die Herren klagen! (ich nehme an: nicht allein wegen der in Ausſicht ſtehenden höheren Börſenſteuer, ſondern weil an der Börſe auch wirklich weniger Geſchäfte gemacht werden) — ob dieſe Notlage, ſage ich, größer geworden wäre, wenn wir tabula rasa gemacht und, wie ich der Geſchicklichkeit der Regierung zutraue, nur Proviſorien abgeſchloſſen hätten, das bleibt eine offene Frage. Wir haben uns vom Jahre 1877 an, wo wir mit Oeſterreich Proviſorien abgeſchloſſen haben, gut geſtanden, und das hätte noch weiter fortbeſtehen können. Ich weiß nicht, warum das große, mächtige Deutſche Reich ſo große Eile haben ſollte, dieſe Verträge abzuſchließen, größere, als die anderen Staaten. Ich glaube, daß die Oeſterreicher mit ihren reichen nördlichen Provinzen, die den Zugang via Elbe nach der Nordſee haben mußten, uns ihrerſeits gekommen wären, wenn wir die Hinterhand behalten hätten.

Die Beweisführung bezüglich des ſogenannten Vakuums und ſeiner Folge iſt nicht klar geweſen. Wollte man Tarifverträge abſchließen, ſo iſt das große Verſäumnis nicht zu entſchuldigen, daß man nicht nach dem Beiſpiel der Schweiz und Rumäniens und, ich glaube, auch Spaniens bereits 1890 einen Generaltarif einführte mit hohen Sätzen ad hoc. Dann hätten wir eine ſchöne Poſition gehabt. Jetzt wird uns vorgeführt der hohe rumäniſche Zolltarif, der allerdings horrend klingt, er iſt aber nur ad hoc gemacht. Die Schweiz hat es ebenſo gemacht; ſie hat eine — ich will keinen beſtimmten Prozentſatz nennen —

eine ſehr erhebliche Zahl von Prozenten zugeſchlagen und nachher nur ſo wenig abgelaſſen, daß immer noch mehr übrig blieb als früher.

(Zuruf links.)

— Das hätten wir doch auch gekonnt! Die Herren vom Bundesrat haben ſich doch nicht von heute auf morgen entſchloſſen; in ſo wichtigen Fragen haben ſie gewiß ſchon im Jahre 1890 erwogen, was geſchehen ſoll, und wie es anzufaſſen ſei.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich freue mich, aus der Zuſtimmung von dieſen Bänken die Meinung beſtätigt zu ſehen, daß es wohl möglich geweſen wäre, unſererſeits jenem Beiſpiel zu folgen und unſere Tarife ad hoc zu erhöhen und dann erſt mit Verhandlungen vorzugehen. Das πρῶτον ψεῦδος bleibt immer der öſterreich-ungariſche Vertrag. Darin kann ich den Herren vom Bundesrat recht geben, daß die heutige Situation durch jenen Vertrag eine ſchwierige geworden iſt, nachdem er auf 12 Jahre feſtgelegt iſt.

Man hat darauf verwieſen: ihr habt den Vorteil, daß der 3½ Mark-Zoll auf 12 Jahre feſtgelegt iſt. Er iſt aber nur nach oben feſtgelegt. Regierungen können wechſeln, es können Herren von der Linken an die erſte Stelle kommen, und die würden ſich angelegen ſein laſſen, einen Reichstag wählen zu laſſen

(ſtürmiſche Heiterkeit links),

der den Zoll auf 2, auf 1 Mark ſetzt, ja, ganz ſtreicht, und der Vorteil würde von den fremden Kontrahenten mit Befriedigung eingeſtrichen werden. Die Möglichkeit iſt gegeben; dieſe Möglichkeit werden die Herren erwogen haben, die damals abſtimmten; ich kann mir alſo nicht denken, daß ſie in irrtümlicher Annahme, ſich ſo den 3½ Mark-Zoll auf 12 Jahre zu ſichern, von den 5 Mark heruntergingen. Ich habe dem früheren Reichstag nicht angehört; mir ſteht alſo kein Recht zu, nach den Gründen der betreffenden Abſtimmungen zu forſchen, die allerdings für die Wiſſenden trotzdem ziemlich durchſichtig ſind.

Nun iſt dieſem Reichstag vorgeworfen, daß er anders geſinnt ſei als ſein Vorgänger. Ich finde das leicht erklärlich. Iſt ein Reichstag tot und begraben, ſo entſteht ein neuer; ob dem etwas Blut zugeführt wird, wie vom Vater auf den Sohn, von früheren Generationen hat

mit seiner Individualität nichts zu tun. Auch die Herren, die früher anders gestimmt haben, haben wie weiland Antäus mit Mutter Erde die Berührung mit ihren Wahlkreisen gehabt, und eine solche Berührung kann sehr wohl ein Pluszeichen in ein Minuszeichen verwandeln.

(Sehr richtig! rechts.)

Im rumänischen Vertrag ist uns außerdem noch der Trost mit dem Zucker gegeben. Wie die Sachen heute liegen, haben wir davon nichts. Wir wissen, daß im Jahre 1895 die Exportprämien aufhören

(Zuruf rechts)

— also 1897; ich bitte um Entschuldigung; es ist eine freudige Nachricht, daß es noch 2 Jahre länger dauert, und daß dann mit Blitzesschnelle Frankreich, Oesterreich und Belgien in die für uns nicht mehr haltbare Position einrücken werden. Es ist gesagt, daß Pläne im Werke sind, die dem vorbeugen sollen. Pläne haben für uns keinen Wert, wenn wir sie auch mit Sympathie begrüßen können, solange sie nicht vom Bundesrat und Reichstag angenommen sind. Für die Landwirtschaft ist das Bedenklichste, daß der Vertrag auf 10 Jahre festgelegt werden soll; ist das geschehen, so glaube ich, daß Herr Dr. Kropatscheck nicht unrecht hat, daß man vom Bundesratstisch aus — wenigstens würde man nach meiner Auffassung die logische Pflicht dazu haben — dann uns die Verantwortung zuschieben wird: Wollt ihr den russischen Handelsvertrag jetzt ablehnen und das große Rußland out in the cold, wie die Engländer sagen, draußen in seiner Kälte lassen? Es ist kürzlich eine Ihnen wohlbekannte Aeußerung von Napoleon I. gedruckt worden über die Gefahr, einzelne Staaten differentiell zu behandeln — und an dessen staatsmännischem Genie werden Sie nicht zweifeln. Ich glaube, wir werden auch im Sinne der Aeußerung des Herrn Dr. Kropatscheck jene Aeußerung oder ähnliche zu hören bekommen, mit denen nach Annahme des rumänischen Vertrags der Reichstag in eine politische Zwangslage versetzt werden soll. Daher heißt es für uns: versuchen wir, in die Speichen des Rades einzugreifen, solange es noch Zeit ist, auf daß wir wenigstens noch etwas retten!

Es ist doch ein eigentümliches Argument, wenn man den Landmann auf den österreichischen Vertrag hinweist und ihm sagt: Ja,

Bauer, wir haben dir das Fleisch weggenommen, gib den Käse auch noch her, du wirst doch nicht satt!

(Sehr richtig! rechts);

100 Mark hast du gegeben, nun gib noch die 5 her! Ja, wer 100 nicht hat, für den ist 5 noch sehr viel. Wir wehren uns, soviel wir können; das darf uns nicht übel genommen werden. Sympathische Aeußerungen für die Landwirtschaft sind ja auch Seite 30, Zeile 22 des Berichts niedergelegt, „daß fast alle Seiten des Hauses die Not der Landwirtschaft tief beklagen". Mit Klagen ist aber nicht geholfen. Dieser Trost ist nicht besser als der für den Dichter im Olymp: „Du kannst in meinem Himmel mit mir wohnen u. s. w." Und in Deutschland ist heute kein Himmel für den Landwirt! Die Kalamität ist, man mag eine Ansicht haben wie man will, vorhanden und, solange die Währungsverhältnisse nicht besser werden, nur durch Schutzzölle zu heben.

Nun, meine Herren, ist in bezug auf Rumänien gesagt worden, es hätte ja seine gute Goldwährung, es wäre da kein Agio zu zahlen. Ich will den Streit darüber nicht aufnehmen, ob es ein Wechselagio ist oder ein Goldagio. Die Tatsache besteht, daß ein erhebliches Disagio in Rumänien früher bestanden hat und wiederkommen kann. Das fällt ins Gewicht als Bedenken gegen einen Vertrag von 10 Jahren. Bedenken Sie, meine Herren, wie es in Italien zugegangen ist! Es war unter der Leitung eines sehr geschickten Finanzmanns — ich glaube, Magliani hieß er —, daß dort mit großen Opfern die Goldwährung eingeführt wurde. Wer, wie ich, 1888 als Fremder in Italien gewesen ist, wird den Nachteil gegen früher an seinem eigenen Beutel gefunden haben, daß das Goldagio gewaltig gesunken war. Ich glaube, es betrug 1888 $1^1/_2$ Prozent. Das ist nur 5 Jahre her; und jetzt zahlt man 15!

(Hört! hört! rechts.)

Das ist bei einer starken und reichen Großmacht geschehen innerhalb 5 Jahren

(hört! hört! rechts),

also kann es anderswo ebenso gehen. Die Gründe mögen ja in Italien andere gewesen sein, als sie es in Rumänien eventuell sein würden.

Derſelbe Prozeß kann aber in Rumänien eintreten durch eine verkehrte Führung der Wirtſchafts- und Handelspolitik oder auch durch Verwicklungen auf der Balkanhalbinſel, die ja ſtets die entzündbare Reibfläche für Europa geweſen iſt.

Meine Hauptbedenken richten ſich alſo gegen die zehn Jahre, und ich habe daher auch den Antrag des Grafen von Kanitz begrüßt, daß man vorerſt es auf ein Jahr verſuchen ſoll.

Auf ein Jahr würde es kein Bedenken haben; man kann in einem Jahre manches lernen. Nachdem von vielen Seiten, die früher dafür waren, der öſterreichiſche und der italieniſche Vertrag jetzt gemißbilligt werden, ſollten wir in etwas langſamerem Tempo vorgehen und dieſen Mittelsvorſchlag annehmen, inſoweit wir uns nicht damit befreunden können, den Vertrag ganz abzulehnen.

Dieſe 10 Jahre ſprechen hauptſächlich mit in bezug auf Rußland. Wenn eine chineſiſche Mauer zwiſchen Rumänien und Rußland beſtände, würde es ja vielleicht ſo ſchlimm nicht ſein. Herr Freiherr von Stumm hat ſich bemüht, uns darzulegen, daß die Einfuhrziffer von 1 200 000 nicht von Belang wäre. Das iſt aber nicht das Entſcheidende, ſondern das Wichtigſte iſt die offene ruſſiſche Grenze; 10 Jahre ſind eine lange Zeit, es können darin manche Nova erſtehen. Hier im Anfang des Berichts, ich glaube auf Seite 8, iſt die Rede von den Mühlenfabrikaten; dabei wird bloß von Belgien und Holland geſprochen, mit keinem Wort von Rumänien. Vermutlich beſteht jetzt dort noch keine Mühleninduſtrie; aber in 10 Jahren kann das werden. Das Kapital muß heutzutage ſehr findig ſein, und hat es eine Sicherheit von 10 Jahren, ſo kann ſich bei den guten rumäniſchen Waſſerverhältniſſen eine große Mühleninduſtrie ſchnell entwickeln

(lebhafte Zuſtimmung rechts),

wie wir das früher in Peſt geſehen haben — die Herren aus Schleſien werden mir es beſtätigen können. Ferner können nach Art der nordamerikaniſchen Elevatoren Einrichtungen für rieſige Getreideläger auch in Rumänien getroffen werden. Wenn da Tauſende und Millionen von Zentnern auf Jahre aufgehäuft werden, wie jetzt in Amerika, wer will die Provenienz kontrollieren? und wäre er der ſchönſte Vertrauensmann!

Ich muß ſagen, daß ich nach meiner amtlichen Erinnerung kein großes Vertrauen auf das Funktionieren des amtlichen Kontrollapparates von der ruſſiſch-rumäniſchen Grenze haben kann. Wie mir geſagt worden, haben auch die Regierungskommiſſare in dieſer Hinſicht Bedenken in der Kommiſſion geäußert. Wen haben wir denn da zur Kontrolle? — Nur zwei Konſuln mit je einem Schreiber und vielleicht Kanzleidiener. Als Vertrauensmänner werden da vielleicht rumäniſche Getreidehändler verwendet?

(Widerſpruch links.)

Bei dem weiten Gewiſſen, welches in dem weiten Oſten Europas beſteht, wird man wunderliche Erfahrungen machen. Ich möchte nur an den großen Zolldefraudationsprozeß erinnern, der vor einigen Jahren in einem ſehr ziviliſierten Lande, in Oeſterreich, ſtattfand. Es war in Czernowitz, hart an der rumäniſchen Grenze, wo ein großer Hofrat, mindeſtens ein Rat zweiter Klaſſe, bitte, wenn nicht noch mehr, in Haft genommen wurde, und wo ſich herausſtellte, daß Millionen defraudiert waren, obgleich die öſterreichiſche Preſſe alles tat, um den Prozeß für die Oeffentlichkeit zu erſticken. Wenn das in Czernowitz geſchehen konnte an der unmittelbaren Grenze der Moldau, ſo werden wir keine große Sicherheit haben bezüglich Rumäniens, welches ſich doch erſt ſtaatlich und beamtlich erziehen muß. Wie da alles richtig kontrolliert werden ſoll, weiß ich nicht; mein Vertrauen darin iſt ein geringes. Aber auch, wenn es ein großes wäre, und auch ſelbſt, wenn jetzt alles gut funktionieren würde — wo ſoll eine Kontrolle herkommen, wenn die von mir eben ſkizzierte Entwicklung bezüglich großer Läger und Elevatoren platzgreift? Unſere Bodenproduktion iſt nach dem, was der Bericht anführt, mit ganz anderen Zahlen ausgeſtattet, als die ſind, welche uns hier für die rumäniſche Einfuhr angeführt werden; die eine Seite ſagt 55 Millionen Mark — die andere: 160 Millionen Franken. Nun, um gerecht zu ſein, wollen wir den mittleren Durchſchnitt nehmen und ſagen: es ſind 90 Millionen Mark. Ich gönne unſerer Induſtrie jeden Vorteil; ſie ſoll gedeihen, wie jede nationale Produktion ihr Gedeihen haben ſoll. Aber vergleichen Sie einmal mit den letzten Zahlen die Summen, welche der Bericht bezüglich der Landwirtſchaft nennt: 99 Millionen Doppelzentner, alſo rund 200 Millionen Zentner Roggen und Weizen werden bei uns

produziert, haben alſo auf Schutz Anſpruch. Das repräſentiert ſelbſt bei niedrigen Getreidepreiſen, was ich 150 Mark für den Weizen nennen würde, eine Summe von $1^1/_2$ Milliarden Mark, die alljährlich erzeugt wird in der Landwirtſchaft nur in den beiden Getreidearten Weizen und Roggen. Und, meine Herren, 150 Mark iſt kein annehmbarer Preis für Weizen, weil es uns mehr koſtet, ihn herzuſtellen. Fragen Sie jeden Kaufmann, jeden Induſtriellen — wenn er zwei Jahre mit Unterbilanz wirtſchaftet, macht er ſein Buch zu und fängt ein anderes Geſchäft an; der Landwirt kann das nicht, er muß weiter arbeiten und auf der Scholle aushalten, darum hat er den erſten Anſpruch auf Schutz.

(Bravo! rechts.)

Es iſt uns geſagt worden, daß die Landwirte im Lande vielleicht anderer Anſicht ſein würden als wir hier im Hauſe. Ich glaube nicht, daß das ernſthaft angenommen werden kann. Denn wozu iſt die ganze Wahlagitation geweſen, als um die Meinung der ländlichen Wähler zu klären?

(Sehr richtig! rechts.)

Und dann wird auch die Bildung unſerer Landwirte unterſchätzt; die Leute leſen alle Zeitungen, beſprechen ſich untereinander und examinieren den Kandidaten ſehr genau; und wenn es wirklich zu einem neuen Appell an die Wähler kommen ſollte, ſo glaube ich, daß dann noch mehr Agrarier hierher kommen werden, als ſchon jetzt hier ſind.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Es iſt vorgeſtern, wie ich mit Bedauern gehört habe, vom Bundesratstiſch ein ſo grobes Geſchütz ins Feld geführt worden, daß geſagt worden iſt, das Anſehen des Deutſchen Reiches würde geſchädigt werden, wenn dieſe ganz unpolitiſche Vorlage abgelehnt würde. Nun, meine Herren, es hat ſich früher um große politiſche Vorlagen, um die Armeeverſtärkungen gehandelt, und z. B. 1887 hat man nicht angenommen, daß das Anſehen des Deutſchen Reichs bei Ablehnung geſchädigt werden würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann nicht glauben, daß das Anſehen des Deutſchen Reichs auf ſo ſchwachen Füßen ſteht, daß es durch die Ablehnung einer unpoli-

tischen Vorlage der jeweiligen Regierungsvertreter geschädigt werden könnte. Das Ansehen, das wir als stärkster und mächtigster Staat in Europa haben, ist das Resultat von Jahrzehnte langer Arbeit und einem großen Aufwand von Genie und von Patriotismus bei allen Parteien und allen Mitbürgern; wo es sich um des Reiches Ansehen handelt, da stehn wir fest zusammen, was uns sonst auch trennen möge, und darum sollte man solche rhetorischen Effekte nicht suchen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Wenn es aber wirklich die Ansicht der Regierungen wäre, so soll man doch nur an die Wähler gehen! Sie werden die richtige Idee als objektive Leute über das Ansehen des Deutschen Reichs haben — denn die natürliche Schlußfolgerung der vorgestrigen Rede vom Bundesratstisch würde ja die sein: falls der rumänische Handelsvertrag abgelehnt würde, appellieren wir an die Wähler, und dann werden wir uns ja wieder sprechen.

(Bravo! rechts. Lachen links.)

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat uns neulich den Trost gegeben, die arbeitende Welt wäre die beste Kundin für die Landwirtschaft. Nun, meine Herren, arbeiten tun wir alle, der Landwirt bei schlechter Witterung härter als andere. Er hat aber nur die Industrie gemeint; und da ist der Satz leider nur insofern richtig, als die arbeitende Welt die beste Kundin für die fremde Landwirtschaft werden soll; davon haben wir aber nichts.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Beispiel von England ist uns angeführt worden. England ist gewiß das am günstigsten situierte Land auf dem Globus; trotzdem geht aber dort der Getreidebau rapide zurück, er hält sich nur noch in der Nähe der großen Städte und wegen der starken Bevölkerung. Daß dort die Landwirtschaft ruiniert und die Auswanderung deshalb noch weit stärker ist als bei uns, das wissen Sie. Und, meine Herren, bedenken Sie auch die enormen Aufwendungen, die zum Schutz so komplizierter Industrie-, Handels- und Zufuhrverhältnisse, wie sie in England sind, gemacht werden müssen! England zahlt, obgleich es kleiner ist und weniger Bevölkerung hat als wir, jetzt schon 150 Millionen jährlich mehr für Flotte und Armee. Soviel ich weiß,

iſt die Summe etwa 638 Millionen Mark, die England für Armee und Marine budgetmäßig jährlich ausgibt. Dabei wiſſen wir alle, eine wie ſtarke Bewegung jetzt in England entſtanden iſt, um neue teure Panzerſchiffe anzuſchaffen, wie das Wort des engliſchen Freihandelsapoſtels Cobden in dem ſtets die öffentliche Meinung repräſentierenden „Punch“ angeführt und illuſtriert iſt, der geſagt hat: 200 Millionen Pfund bewilligen wir ſofort, wenn es nötig iſt, um unſere Flotte ſtärker als alle anderen zu halten. Das iſt ein ſchönes Zeichen von Patriotismus und Opferwilligkeit, aber kein begehrenswerter Zuſtand. Englands Reichtum iſt vorhanden, gleicht aber der auf die Spitze geſtellten Pyramide, und um ihn zu ſchützen, bedarf es ſo großer Opfer, obgleich ſeine Flotte nach dem Urteil ſeiner Sachverſtändigen noch heute denen von Rußland und Frankreich gemeinſam gewachſen iſt.

Wir ſind nicht in derſelben Lage; alſo halten wir uns an das, was uns von Natur gegeben iſt, an die Landwirtſchaft! Wir können das Getreide ſelbſt bauen, was in Deutſchland konſumiert wird. Meine Herren, das iſt nicht gering anzuſchlagen. Denn für den Fall, daß kriegeriſche Verwicklungen entſtehen und man in den Küſtengegenden auf die Zufuhr aus dem Ausland angewieſen iſt, können große Kalamitäten kommen. Das iſt es ja, was die Engländer antreibt, ihre Taſchen aufzutun, ſie, die Mancheſtermänner mit dem ledernen Beutel und dem ledernen Herzen, um ihre Küſten zu ſchützen. Die Engländer müßten verhungern, wenn England nach einer verlorenen Seeſchlacht blockiert würde; ſie müßten in weniger als acht Tagen um Frieden bitten und alle Bedingungen annehmen. So ſchlimm ſind unſere Verhältniſſe, gottlob, nicht. Bei uns ruht unſere Sicherheit mehr auf der Armee als auf der Flotte, und über unſere Armee iſt kein Wort zu ſagen, die iſt über alles erhaben.

Wenn ich betont habe, daß wir in der Lage wären, unſer Getreide ſelbſt zu produzieren, ſo kann ich auch ſagen, daß, ſobald der Landwirt in dieſer Lage wäre, er im Lande bleiben und der bereitwilligſte Abnehmer für die Induſtrie ſein wird. Die Grundlage aller Nationalökonomie iſt, daß der innere Markt der beſte, der innere Abſatz bei weitem wichtiger iſt als der nach außen.

(Sehr gut! rechts.)

In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen mit meinem Dank für Ihr geduldiges Zuhören und mit dem schönen Wort unseres großen Dichters schließen:

Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!
Da sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

(Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

Auf diese Rede antwortete zunächst der Bevollmächtigte zum Bundesrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts Wirklicher Geheimer Rat Freiherr Marschall von Bieberstein. Der Anfang seiner Entgegnung ist bezeichnend für die Gesinnung und Anschauung, die in den damaligen Regierungskreisen herrschte. Er lautet:

„Meine Herren, wenn ich es unternehmen wollte, auf alle die Ausführungen des Herrn Vorredners zu antworten, so müßte ich einen großen Teil der Reden noch einmal halten, die ich bereits in diesem Hause gehalten habe

(sehr richtig! links);

und ich nehme an, daß bei der Majorität des hohen Hauses doch nur ein sehr geringes Bedürfnis besteht, alles das, was bereits so häufig schon wiederholt worden ist, nun noch einmal hier wiederholt zu hören.

„Ich werde mich enthalten, auf die Ausführungen des Herrn Vorredners einzugehen, die eine eventuelle Auflösung des Reichstags betreffen. Es ist ja interessant, was uns der Herr Abgeordnete über die Hoffnungen gesagt hat, die man in dieser Beziehung in gewissen Kreisen hegt; aber ich glaube, die Hoffnungen werden zunächst nicht in Erfüllung gehen. Denn, wenn meine Erwartungen mich nicht trügen, so wird der hohe Reichstag auch heute die drei Handelsverträge annehmen; und ich bin nach wie vor der Ansicht, daß damit dem Ansehen des Reichstags und des Deutschen Reichs am allerbesten gedient ist.

„Der Herr Vorredner war gütig genug, den verbündeten Regierungen noch nicht einen absoluten Freihandel vorzuwerfen. Er konnte aber nicht umhin, eine Andeutung zu machen, als ob wir von dem Pfade der Zollreform vom Jahre 1879 erheblich abgewichen wären. Das trifft nicht zu. Die verbündeten Regierungen stehen nach wie vor auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit, sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der innere Markt den Vorzug verdient vor dem äußern."

Nach Schluß der Debatte äußert in einer persönlichen Bemerkung der Abg. Dr. Paasche:

„Meine Herren, der Herr Graf Bismarck hat in seinen scharfen Angriffen gegen den Bericht der Kommission besonders betont: Alles,

was über den rumäniſchen Handelsvertrag geſagt werden müßte, ſtehe bei Spanien, ‚weil es dem Herrn Berichterſtatter wohl ſpaniſch vorgekommen wäre‘. Ich muß zuerſt bemerken, daß ich des Spaniſchen ſo ziemlich mächtig bin, und daß mir ſo leicht nichts ſpaniſch vorkommt.

„Ich muß aber weiter ſagen, daß ich als Berichterſtatter die Pflicht habe, ſo zu berichten, wie in den Verhandlungen der Kommiſſion es vorgekommen iſt. Es wird jedes der Mitglieder der Kommiſſion beſtätigen, daß ich genau an der Stelle über die Dinge berichtet habe, wo ſie in der Kommiſſion behandelt worden ſind. Wenn Herr Graf von Bismarck den Bericht ſo geleſen hätte, wie die Sachen, von denen der Bericht handelt, es erfordert hätten, ſo würde er mir zugeben, daß ich berechtigt bin, einen ſolchen Angriff als eine Donquixoterie zurückzuweiſen.“

(Große Unruhe. Glocke des Präſidenten.)

Präſident: Ich muß den Herrn Abgeordneten wegen des Ausdrucks „Donquixoterie“ zur Ordnung rufen.

Darauf antwortete, ebenfalls in Form einer perſönlichen Bemerkung

Abg. Graf von Bismarck:[5])

Ich möchte bloß ein Wort auf die unmotivierte Beſchimpfung ſagen, welche vorhin gegen mich gefallen iſt. Den betreffenden Ausdruck hat der Herr Präſident ſchon gerügt. Acceptieren ließe ſich das gerügte Wort nur in dem Sinne, daß Herrn Paaſche dann mit noch mehr Recht die Rolle der Windmühle zufällt, als welche er ſich in ſeinen Beziehungen zum Bunde der Landwirte bewieſen hat.

(Glocke des Präſidenten.)

Wenn der Herr ferner ſagt, er verſtände gut ſpaniſch, ſo ſcheint es mir, daß er dies beſſer verſteht als deutſch, und in Spanien beſſer Beſcheid weiß als bei uns.

(Glocke des Präſidenten.)

Präſident: Das iſt keine perſönliche Bemerkung, Herr Abg. Graf von Bismarck!

[5]) Stenogr. Ber. a. a. O., S. 510.

25. Rede. Im Reichstag.

Am 16. April 1894.[1])

Handelspolitische Gleichberechtigung der Deutschen und Russen.

Bei der dritten Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Rußland, speziell der Gleichberechtigung der Angehörigen beider Länder ist der erste Redner in der Spezialdiskussion der Abg. Graf von Bismarck:

Meine Herren, ich erlaube mir nur für ganz wenige Minuten Ihre Geduld in Anspruch zu nehmen. Ich hatte mich vorhin zum Wort gemeldet. Es ist mir aber durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen worden, etwas weiter auszuholen, um eine Aeußerung richtigzustellen, die hier in meiner Anwesenheit seitens des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber fiel und dahin ging, der frühere Reichskanzler habe gesagt, der Weg nach Konstantinopel führe durch das Brandenburger Tor.[2]) Dies ist ein Irrtum, und ich will auf

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 2. Session, Bd. I, S. 1818.

[2]) Der Reichskanzler Graf von Caprivi hat am ersten Beratungstage der Militärvorlage in der Kommission am 11. Januar 1893 geäußert: „Um über den Balkan gehen zu können, müsse jetzt Rußland erst Oesterreich schlagen und auch das mit diesem verbündete Deutschland. Deshalb heiße es bei den deutschfeindlichen Elementen in der russischen Bevölkerung, daß der Weg nach Konstantinopel nicht mehr über Wien, sondern durch das Brandenburger Tor in Berlin führe." Die „Nordd. Allg. Ztg." erhielt am 13. Januar den Auftrag, dagegen zu betonen, daß dieser Bericht vollständig auf Mißverständnis beruhe, sofern dem Reichskanzler Worte in den Mund gelegt würden, die seiner eigenen Ansicht widersprächen und von ihm nur als Inhalt gegnerischer Anschauungen zitiert worden wären.

Dazu bemerkten die „Hamb. Nachr." am 17. Januar (M.-A.):

„Wir freuen uns, daß die Berichtigung der Aeußerungen des Reichskanzlers den Eindruck zu beseitigen gesucht hat, als ob Graf Caprivi der Ueberzeugung wäre, daß die Russen ihren Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor nehmen müßten. Wenn dies richtig wäre, so könnte man daraus schließen, daß eine noch unbekannte Abrede zu unserem Bündnis mit Oesterreich, wie dessen Text publiziert ist, hinzugetreten sei. Aber wenn die Aeußerung des

Grund meiner Kenntnis der früheren auswärtigen Politik feſtſtellen, daß eine derartige Aeußerung ſeitens des früheren Herrn Reichskanzlers gar nicht fallen konnte; die Politik, die Fürſt Bismarck vertreten hat, iſt publici juris ſeit ſeiner Bundestagsgeſandtenzeit und alſo für jedermann erkenntlich; ſie hat es immer für ein Glück gehalten, daß Deutſchland für ſeine ungünſtige geographiſche Lage in Europa eine Kompenſation darin hat, im Mittelmeer und im Orient keine direkten Intereſſen zu beſitzen. Die von Herrn Lieber zitierte Aeußerung iſt, ſoviel ich aus den Zeitungen erſehen habe, dem jetzigen Herrn Reichskanzler zuzuſchreiben, wobei es mir immer noch fraglich erſcheint, ob das zutreffend war, weil das Brandenburger Tor auf der Rußland abgekehrten Seite Berlins liegt und nach Weſten führt, nicht nach Oſten.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, die betreffende Aeußerung iſt in der Kommiſſion gefallen; ich war damals nicht Mitglied des Reichstags. Da aber jetzt Anlaß genommen iſt, darauf zurückzukommen, ſo habe ich im Intereſſe der hiſtoriſchen Wahrheit mich für verpflichtet gehalten, dieſe wenigen Worte zu ſagen.

In die Spezialdiskuſſion werde ich nicht eingreifen, da meine Stellung zur Sache bekannt iſt, auch ſchon durch meine Rede vom Dezember.[2])

Während der folgende Redner (Abg. Siegle) ganz kurz ſprach, betrat der Reichskanzler Graf von Caprivi den Saal und wandte ſich mit folgenden Worten gegen den Grafen von Bismarck:

„Wie mir geſagt worden iſt, hat der Herr Graf von Bismarck die Aeußerung, daß der Weg nach Konſtantinopel durch das Brandenburger Tor ginge, als eine meiner Anſicht Ausdruck gebende dargeſtellt. In

Reichskanzlers ſich darauf beſchränkt, daß den ruſſiſchen Kriegshetzereien die Ueberzeugung zu Grunde liege, der ruſſiſche Weg nach Konſtantinopel ſei nur über Berlin möglich, ſo muß man ſich doch ſagen, daß dieſe Auffaſſung durch die Haltung der offiziöſen deutſchen Preſſe und vielleicht auch durch gewichtigere Stimmen provoziert worden iſt. Wenn die Ruſſen nicht glaubten, daß wir ſie angreifen würden, falls ſie in der Türkei die Intereſſen fremder Mächte, wenn auch keine deutſchen, verletzten, ſo würden ſie auf ſolche Gedanken überhaupt nicht kommen.“ (Vergl. mein Werk „Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung“ Bd. IV, S. 338 f. Der Herausgeber.)

[2]) Vergl. oben Seite 111—128.

der Kommissionssitzung über die Militärvorlage habe ich — und das ist demnächst auch in der Presse in offiziöser Weise klargestellt worden — diese Aeußerung als aus einer russischen Quelle kommend dargestellt.

(Sehr richtig!)

Ich bitte den Herrn Abgeordneten, wenn er mir wiederum eine Aeußerung zuschreibt, sich besser zu informieren."

(Bravo!)

Sofort antwortete dem Reichskanzler darauf der Abg. Graf von Bismarck:[4])

Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, dem Herrn Reichskanzler sofort zu antworten. Wenn der Herr Reichskanzler bei meiner Rede im Hause gewesen wäre, so erwarte ich von seiner Loyalität, daß er dann meine Worte nicht umgedreht haben würde. Ich habe ausdrücklich gesagt, der Herr Abgeordnete Dr. Lieber hat die Aeußerung vom Brandenburger Tor angeführt und sie dem früheren Reichskanzler zugeschrieben. Dies habe ich richtiggestellt und hinzugefügt, die damalige Zeitungsnotiz, die den jetzigen Kanzler dafür verantwortlich gemacht habe, sei mir nicht recht glaublich erschienen wegen des geographischen Versehens, welches den eventuellen Durchzug der Russen durch Berlin von Westen aus supponiert.

Ich habe ferner ausdrücklich betont, daß ich nur im Interesse der historischen Wahrheit, weil ich bei der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber im Hause anwesend war, nicht geschwiegen habe, damit mein Schweigen nicht etwa so ausgelegt werden könnte, als hätte ich den Worten des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber zugestimmt — qui tacet, consentire videtur.

Zu dem Ausfall des Herrn Reichskanzlers gegen mich lag also durchaus keine Veranlassung vor. Ich habe mich bloß mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Lieber freundschaftlich auseinandersetzen wollen über einen Irrtum, der einem so viel arbeitenden und viel beschäftigten Herrn leicht passieren kann. Vielleicht war es nur ein lapsus linguae.

(Bravo! rechts.)

Darauf hat Graf von Caprivi nicht geantwortet.

[4]) St. Ber. a. a. O., S. 1819.

26. Rede. Im Reichstage.

Am 15. Februar 1895.[1])

Die Währungsfrage.

Auf der Tagesordnung ſteht die Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Friedberg, von Kardorff, Dr. Lieber (Montabaur) und Graf von Mirbach, die Währungsfrage betreffend.

Nach den Ausführungen des Antragſtellers Grafen Mirbach und des Abg. Dr. Barth ergreift das Wort

Abg. Graf von Bismarck:

Meine Herren, wir haben zwei ſehr ausführliche Reden, die ſich gegenſeitig zu neutraliſieren beſtimmt waren, eben mit angehört. Ich möchte Sie trotzdem bitten, mir noch einige Augenblicke Geduld zu ſchenken, indem ich mir angelegen ſein laſſen möchte, Einiges, was der Herr Graf Mirbach geäußert hat, von meinem Standpunkt aus zu erläutern.

Der Herr Vorredner wird eine eingehende Erwiderung vorausſichtlich von ſeiten derjenigen Herren finden, die in der von ihm angegriffenen Silberkommiſſion ſelbſt geſeſſen haben. Ich möchte nur eine ſeiner erſten Aeußerungen feſthalten, wo er ſelbſt von dem Notſchrei der Bimetalliſten und Agrarier geſprochen hat. Damit hat er doch ſelbſt zugegeben, daß eine Not vorhanden ſei.

(Zuruf und Widerſpruch links.)

— Dann könnte man es nicht Notſchrei nennen, wie der Herr ausdrücklich geſagt hat. Das wäre nicht logiſch.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich wollte bloß dieſen Ausdruck feſtnageln. Die Not der Landwirtſchaft iſt in der Tat vorhanden und wird anerkannt von allen Parteien, auch von den verſchiedenen Regierungstiſchen; und die Grundlage, die wir, inſoweit die landwirtſchaftlichen Preiſe heute zur Diskuſſion kommen, feſthalten müſſen, iſt die Aeußerung des Herrn preußiſchen Landwirtſchaftsminiſters vor wenigen Tagen, „man könne

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 3. Seſſion, Bd. I, S. 908 ff.

von keinem Produzenten verlangen, daß er ſein Produkt unter dem Herſtellungswerte verkauft".

(Sehr richtig! rechts.)

Das iſt jetzt tatſächlich der Fall.

Wenn der Herr Vorredner noch von einem Mangel an Initiative der Regierung im Jahre 1881 geſprochen hat, bei Gelegenheit der Pariſer Münzkonferenz, ſo iſt dem entgegenzuhalten, daß in der Folge auch die Schutzzölle haben erhöht werden müſſen. Wie den Herren wohl bekannt iſt, haben die angeſehenſten nationalökonomiſchen Lehrer, wie Laveleye, Carey und andere bereits bei Annahme der Goldwährung ſeitens Deutſchlands vorhergeſagt, daß ſie zu Schutzzöllen würde führen müſſen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dies iſt auch eingetreten: die verbündeten Regierungen haben die Schutzzölle, wie Herr Graf von Mirbach angeführt hat, in den 80er Jahren ſogar auf 6 Mark erhöhen wollen, der Reichstag hat ſie nachher auf 5 Mark heruntergeſetzt.

Die Brüſſeler Konferenz[1]), auf welche der Herr Vorredner ebenfalls ſich bezogen hat, iſt wohl deshalb mit im Sande verlaufen, weil, wie Herr Graf von Mirbach richtig bemerkte, vorher keine Verſtändigung der Regierungen über die Baſis der Verhandlungen erfolgt war. Das iſt ja unzweifelhaft, meine Herren, daß ſehr ſchwer zu einer Verſtändigung in einer ſo einſchneidenden und wichtigen Frage zu gelangen iſt, wenn die Herren vielleicht ohne Inſtruktion und gar ohne eine Verſtändigung der Kabinette zuſammenkommen. Sie werden ſich entſinnen, daß bei einer der wichtigſten internationalen Zuſammenkünfte des Jahrhunderts, dem Berliner Kongreß, ſorgfältig vorher die Baſis feſtgeſtellt war, auf welcher England und Rußland eine Verſtändigung acceptieren würden, bevor die Einladungen ergingen. Aehnlich könnte es auf dieſem anderen Gebiete geſchehen, daß die Regierungen oder, wie Herr Graf von Mirbach betonte, auch zunächſt nur zwei Regierungen verſuchen, eine gemeinſchaftliche Haltung zu verabreden. Sollten die verbündeten Regierungen die Zeit für eine ſolche Konferenz jetzt nicht geeignet halten, ſo iſt es immer ein Verdienſt derjenigen

[1]) Die internationale Münzkonferenz tagte in Brüſſel vom 22. November bis zum 17. Dezember 1892.

geweſen, die den Bimetallismus für die Rettung aus der Not halten, daß ſie der Exekutive die Bereitwilligkeit der Reichstagsmajorität zur Verfügung geſtellt haben, ſie zu unterſtützen, ſobald ſie den Moment für gekommen hält. Selbſtverſtändlich wird der Herr Reichskanzler erſt in Verhandlungen mit den Kabinetten treten müſſen, um dieſe zu ſondieren; und wenn das Reſultat gegenwärtig ein negatives ſein ſollte, ſo wird doch ſpäter der Moment zu einer internationalen Verſtändigung unzweifelhaft kommen — Rom iſt nicht an einem Tage erbaut worden, und daß die heutigen Währungszuſtände mit der Zeit eine Aenderung erfahren werden, glauben auch die einſichtigſten Leute in England.

(Bravo! rechts.)

Ich will die Namen der mir perſönlich befreundeten Herren, die ſich zu mir in dieſem Sinne geäußert haben, nicht alle nennen, ſondern nur inſoweit ſie ſchon öffentlich hervorgetreten ſind; und da brauche ich nur auf zwei ſehr angeſehene Politiker zu verweiſen, die ſchon einer der Herren Vorredner erwähnte, die Herren Chaplin und Balfour, die die Seele des konſervativen Kabinetts Lord Salisbury waren, und das auch wieder ſein werden, wenn in England wieder einmal ein Regierungswechſel eintritt.

Ich komme in wenigen Minuten auf die Urſachen zurück, die England demnächſt bewegen können, dem Bimetallismus mehr entgegenzukommen, als vor einem Jahrzehnt. Englands Intereſſe am Bimetallismus hat übrigens zu meiner Genugtuung auch der Herr Vorredner anerkannt, indem er zugab, er würde es eher verſtehen von ſeinem Standpunkt, wenn England eine ſolche Einladung erlaſſen wollte, als wie Deutſchland, weil England Beziehungen mit ſeinen Kolonien hätte, die bei uns nicht vorlägen. Der Herr Vorredner hat die engliſchen Arbeiter als nicht bimetalliſtiſch bezeichnet — ſo verſtand ich den Herrn Vorredner, er ſprach mitunter ſo nach der andern Seite, daß ich nicht alles habe hören können; ich bitte um Entſchuldigung, wenn ich mich geirrt habe — ich glaube ihn ſo verſtanden und auch von ihm gehört zu haben, daß er im allgemeinen den deutſchen Arbeitern eine höhere Einſicht als den engliſchen Arbeitern über dieſe Frage zubilligt.

(Zuſtimmung rechts.)

Nun, ich will darin nicht Richter ſein; ich glaube, daß die engliſchen Arbeiter mit ihren älteren Organiſationen und ihrer älteren ſtaatlichen Einheit doch mindeſtens als gleichwertig anzuſehen ſein dürften.

(Hört! hört!)

Es ſteht aber im Gegenſatz zu der Bemerkung des Herrn Vorredners feſt, daß die engliſchen Arbeiter, beſonders die trade unions, alle bimetalliſtiſch geſinnt ſind.

(Widerſpruch links. Sehr richtig! rechts.)

— Ja, ich habe es immer ſo geleſen

(Zurufe links.)

und habe es von ſolcher Seite gehört, daß ich dies als richtig annehmen muß.

Eine Redewendung möchte ich noch aus der Aeußerung des Herrn Vorredners hervorheben. Derſelbe hat gemeint, die Preiſe würden gar nicht ſteigen, wenn man zur Doppelwährung überginge. Ja, meine Herren, dann ſteht er in Widerſpruch zu dem ihm ſonſt als Orakel geltenden Herrn Dr. Bamberger, welcher, wie Herr Graf von Mirbach auch angeführt hat, im Mai 1873 erklärte, die Preiſe würden fallen bei Einführung der Goldwährung. Dann muß Herr Bamberger alſo auch das Umgekehrte für richtig halten, und wenn man ſich abwendete von der Goldwährung, müßten ſie ſteigen. Wenn es aber wirklich ſo ſein ſollte, wie der Herr Vorredner meint, daß die Preiſe nicht ſteigen würden, ſo entfällt doch der letzte Grund gegen die Einführung der Doppelwährung, welche die Herren, die heute den Antrag unterſchrieben haben, anſtreben. Ich begreife nicht, daß die Herren von links ſich ſo ſehr dagegen ereifern, wenn ſie annehmen, die Preiſe würden gar nicht ſteigen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann würden wir bloß den Vorteil haben, das jetzt verbannte edle Metall wieder zugelaſſen zu ſehen und dadurch möglichen Kalamitäten vorzubeugen. Keine Währung iſt an ſich Selbſtzweck. Die Goldwährung mag eine ſchöne Idee ſein, ſie kann aber obſolet werden, gerade wie Regierungsformen und andere Dinge auch wechſeln. Außerdem haben wir nicht einmal volle Goldwährung. Der Herr Vorredner

hat allerdings nur von einem kleinen Schönheitsfehler gesprochen. Soviel ich aus der Statistik entnehmen kann, haben wir doch etwa eine Milliarde an Talern und Silbermünzen im Verkehr, und diese Milliarde ist heute nur 400 Millionen wert, was einen Verlust von zirka 600 Millionen Mark am Nationalvermögen ausmacht. Das ist zwar nicht so viel wie bei den Franzosen, aber immerhin doch eine hübsche Summe.

Meine Herren, es sind wohl nicht alle, die den Antrag unterschrieben haben, als altbewährte und bekannte Bimetallisten zu bezeichnen; aber ich möchte ihnen im Gegensatz zum Herrn Vorredner doch vindizieren, daß sie genau gewußt haben, was sie unterschrieben haben.

(Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Vorredner hat sich ziemlich lange damit abgemüht, sich die Köpfe der Herren zu zerbrechen, warum sie unterschrieben haben. Ich glaube doch, daß jeder der Herren Manns genug ist, seine Unterschrift zu vertreten, und daß er etwas Verletzendes darin finden wird, wenn ihm andere Motive untergeschoben werden, als er mit seinem Namen zu acceptieren bereit gewesen ist.

Ebenso hat sich der Herr Vorredner bemüht, die Motive des französischen Ministers Ribot[2]) herauszufinden. Das allerdings steht fest, daß weder der Herr Graf von Mirbach noch der Herr Vorredner oder ich etwas ganz Genaues darüber wissen können, was der Herr gemeint hat. Tatsache ist aber, daß diese Aeußerungen sehr viel Aufsehen gemacht haben; Tatsache ist, daß die lateinische Münzunion sehr

[2]) Am 2. Februar erklärte der französische Finanzminister Ribot bei der Budgetberatung auf eine Anfrage wegen der Münzkrisis u. a. folgendes: „Ich bin der Meinung, daß das Aufgeben der Silberprägungen, dessen Verantwortlichkeit auf die deutsche Regierung im Jahre 1873 zurückzuführen ist, ein außerordentlich unglücklicher Schritt gewesen ist. Aber man kann nicht der Suspension der Silberprägungen die Schuld beimessen für die Agrarkrisis in ihrer ganzen Ausdehnung. Es hat seit 20 Jahren sehr viele Ursachen gegeben, die dazu beitrugen, den Preis aller Waren, die in großen Massen verkauft werden, und namentlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse herabzudrücken. Aber für mich ist es klar, daß das Aufgeben der Doppelwährung, mit diesen allgemeinen Gründen zusammenfallend, die Krisis förderte und ihr einen sehr viel schwereren Charakter gab. Wir können die Frage nur lösen durch eine

gern, und lieber heut als morgen, eine internationale Doppelwährung acceptieren würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn alſo, wie die Herren Bimetalliſten behaupten, und wie es im ganzen nicht beſtritten wird, der allgemeine Preisfall ſeit einigen 20 Jahren eingetreten iſt, ſo muß man doch unterſuchen: Was iſt der Grund, wenn es nicht die Veränderung der Währung iſt? Es wird dabei angeführt die große Erleichterung der Verkehrsverhältniſſe der Neuzeit mit allem, was drum und dran hängt. Gewiß ſpricht dies als Grund mit; es iſt aber zu bedenken, daß in den 20 Jahren vor dem erheblichen und ſtetigen Preisſturz ſeit 1873/74 eine verhältnismäßig größere Entwicklung der Verkehrsmittel ſtattgefunden hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, es haben ſich an Dampferlinien und Eiſenbahnen in den Jahren 1850—73 verhältnismäßig mehr entwickelt als ſeitdem.

(Widerſpruch links. Sehr richtig! rechts.)

Trotzdem ſind die Preiſe in jenem Zeitraum nicht gefallen.

Ferner wird die Ueberproduktion angeführt. Meine Herren, die Ueberproduktion hat wohl auch etwas damit zu tun; man muß aber doch bedenken, daß die Bevölkerung des Erdballs enorm wächſt, und zwar nach den ſtatiſtiſchen Taxen um annähernd 1 Prozent im Jahr; in 20 Jahren hat ſich die Bevölkerung der Erde um annähernd 150 bis 200 Millionen vermehrt, das heißt, in 5 Jahren um 40—50 Millionen, das iſt alſo, als ob in 5 Jahren der Bevölkerung nach ein neues Deutſches Reich entſtände. Dieſe wachſenden Millionen wollen alle genährt, gekleidet u. ſ. w. ſein, ſind alles Konſumenten. In einer

---

Verſtändigung mit den großen benachbarten Nationen; denn wenn wir die Frage allein löſten, würden wir es ſein, die alle Koſten der Löſung allein tragen müßten. — Man kann verſchiedener Meinung ſein über die anzuwendenden Mittel; aber ich glaube, daß ſich in England und in Deutſchland eine Bewegung vollzieht zugunſten der Wiederaufnahme der Silberprägung. Wie kann nun in dieſem Falle die Haltung der franzöſiſchen Regierung ſein? Wir wurden 1892 zu einer Münzkonferenz nach Brüſſel eingeladen, die leider keine Ergebniſſe zeitigte und ſich auf unbeſtimmte Zeit vertagte. Frankreich muß klarſtellen, daß es die Löſung beſchleunigen will; es muß eine Haltung annehmen, die die Bewegung der öffentlichen Meinung in den Nachbarländern ermutigt."

engliſchen ſtatiſtiſchen Tabelle, die mir vorgelegen hat, iſt nun feſtgeſtellt, daß trotz dieſer Bevölkerungszunahme in den 3 dort angegebenen Jahren von 1891 bis 1893 die Preiſe für Getreide erheblich gefallen ſind. Die Produktion wird angegeben:

im Jahre 1891 auf 304 Millionen Quarters,
" " 1892 " 300 " "
" " 1893 " 255 " "

Nimmt man an, daß die Bevölkerung der Erde in dieſen 3 Jahren um 25—30 Millionen geſtiegen iſt, ſo iſt doch zu verwundern, daß trotzdem nicht nur die Produktion, ſondern auch die Preiſe herunter gegangen ſind. Nach dieſen Anführungen kann alſo nicht geſagt werden, daß die Erleichterung der Verkehrsmittel und die Ueberproduktion die ausſchlaggebenden Gründe für den Preisfall der letzten 20 Jahre ſind; es müſſen dabei noch andere, tiefer liegende und ſchwerer wiegende Gründe mitgewirkt haben. Das Unangenehmſte für die Landwirte iſt bei dem ſtetigen Preisſturz, daß ſie gar nicht wiſſen, wie ſie ihr Budget einrichten ſollen; man kann ſeinen Voranſchlag nicht aufſtellen, weil man nicht weiß: wie hoch kann ich den Zentner Getreide — Weizen oder was es ſonſt iſt — einſtellen? — weil die Preiſe immer gefallen ſind und wahrſcheinlich immer mehr fallen werden, je mehr das Silber entwertet wird. Das iſt die Anſicht der Bimetalliſten, und ſie fragen: „Wie kann man Hilfe ſchaffen?“ Dem ſehr beleſenen Herrn Vorredner iſt wahrſcheinlich die amtliche Aeußerung der engliſchen Teilnehmer an der ſogenannten Richmond-Konferenz im Jahre 1879 bekannt. Dieſe hatten damals an die engliſche Regierung geſchrieben, ſie glaubten nach allen ihren Informationen verſichern zu können, daß der Weizenpreis nicht unter 40 Schilling pro Quarter fallen würde — nach 12 Jahren war er ſchon auf 30 gefallen, und im vorigen Monat Juni ſtand er auf knapp 19 in England.

(Hört! hört! rechts.)

So waren ſie Lügen geſtraft zwiſchen 1879 bis 1894, alſo innerhalb 15 Jahren. Wenn unterrichtete Sachkenner ſich ſo irren können, wie ſoll da noch der Landwirt ſein Budget aufſtellen können? Wenn er zum mindeſten die Garantie hätte, daß der Preisſturz ſein Ende erreicht hat, daß er nicht noch tiefer geht, dann wäre wenigſtens Stabilität da. In ſolchem Falle würde allerdings die jetzige Generation der

Landwirte zu Grunde gehen, es würde die Situation entstehen, die viele Herren, die nicht Landwirte sind, anstreben, daß nämlich die jetzigen Besitzer, die angeblich teuer gekauft haben, bankrott werden. Ein begehrenswertes Ziel ist das aber nicht! Immerhin würde das, wenn die Garantie gegeben werden könnte, daß der Preis nicht weiter herunter geht, sondern stabil bleibt, ein besserer Zustand als heute sein.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich war also bei dem Punkt angekommen, daß die Bimetallisten sagen: Der Preissturz kann nach unserer Beweisführung nicht allein an der Vermehrung der Verkehrsmittel, an der Ueberproduktion liegen, sondern die Demonetisierung des Silbers trägt die Schuld.

Die Tatsache ist aufrecht zu erhalten, daß seit Einführung der Goldwährung oder einige Jahre darauf — denn innerhalb weniger Monate hat sich das Resultat natürlich nicht fühlbar gemacht — die Preise dauernd gefallen sind. Wenn beides gänzlich unabhängig von einander wäre, so wäre das Zusammentreffen ein höchst merkwürdiges, um so merkwürdiger, als das Verhältnis andauert; und den Bimetallisten kann man es nicht übel nehmen, wenn sie sagen: post hoc, ergo propter hoc — weil sich andere Gründe nicht finden lassen für das dauernde Sinken des Preises. Sie wissen, wie gut es Frankreich gegangen ist bei seiner 70 Jahre lang festgehaltenen Doppelwährung. Niemand wird bestreiten, daß Frankreich bis 1870 das reichste Land der Welt war. Frankreich hat die Doppelwährung festgehalten trotz der gewaltigen Goldfunde in Kalifornien in den fünfziger Jahren, die ein Verhältnis des Goldes zum Silber darstellten, wie es noch niemals dagewesen ist. Trotzdem ist das Münzverhältnis, wie es in den lateinischen Ländern bestand, stabil geblieben; und Frankreich ist dabei immer reicher geworden, es hat seine enorme Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Mark in ganz kurzer Zeit bezahlen können; die Herren werden wahrscheinlich sagen: „trotz der Doppelwährung"; wir aber sagen: „wegen der Doppelwährung".

Nun hat ein Anhänger der Doppelwährung im Abgeordnetenhause neulich entwickelt, daß der Schaden 9 Milliarden betrüge, den in dem letzten Jahrzehnt das Nationalvermögen durch die Entwertung unserer Produktion erlitten hat. Das wäre also mehr als doppelt so viel,

wie die franzöſiſche Kriegskoſtenentſchädigung, wenn der Herr — ich denke, es war Herr von Schalſcha — recht gehabt hat.

Die Verhältniſſe in Indien hat Herr Graf Mirbach ſchon berührt. Dieſe ſind es, welche die engliſche Regierung ſchließlich durch die Gewalt der Tatſachen dazu treiben werden, dem Drängen der Doppelwährungsanhänger nachzugeben; ſei es nun jetzt, ſei es in 10 Jahren, kommen wird es gewiß. Sie wiſſen, meine Herren, daß die Rupie, das indiſche Geldſtück, ſeit 20 Jahren etwa um die Hälfte gefallen iſt. Sie wiſſen, daß zur größten Erbitterung der Indier ein Zoll von 5 Prozent, glaube ich, ad valorem eingeführt iſt mit Ausnahme auf Baumwollenfabrikate. Letzteres mit Rückſicht auf die großen Fabrikanten in Lancaſhire, denen, wie ich aus perſönlicher Rückſprache weiß, der Abſatz nach Indien jetzt ſchwer genug wird. Sie ſind die einflußreichſten Leute in England; und dieſe im Verein mit allem, was an Grund und Boden intereſſiert iſt, werden ſchließlich Oberwaſſer bekommen, weil die Verhältniſſe in Indien darauf hintreiben. Indien wird immer unzufriedener, und es kann in Aſien Verwicklungen geben, die dieſen Zuſtand für England ſehr unerwünſcht machen. Indien muß ſeine Zinſen, wie Sie wiſſen, in Gold zahlen, und es wird ihm ſehr ſauer, das mit ſeiner Silberwährung fertig zu bringen.

Nun iſt noch von Ländern wie Argentinien u. ſ. w. geſprochen worden. Die gewaltigen Unterſchiede in der Bewertung des betreffenden Zahlungsmittels — ich glaube, es iſt 290 Prozent in Argentinien — machen es den dortigen Landwirten möglich, zu Schleuderpreiſen zu verkaufen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, in Indien lag die Sache ſo, daß innerhalb 20 Jahren die Weizenpreiſe um die Hälfte des Goldwerts gefallen ſind, daß aber die Rupie denſelben Wert behalten hat, weil ſie natürlich in Indien die gleiche Kaufkraft hat wie früher. Wenn man früher 180 Mark für die Tonne Weizen bezahlt hat, ſo waren das 90 Rupien Gold, jetzt koſtet der Weizen in Indien 90 Mark, das ſind immer noch 90 Rupien. In Argentinien iſt der Unterſchied noch viel ſtärker, wie Sie alle wiſſen, und wie ich Ihnen nicht zu erzählen brauche.

Die Gegner des Bimetallismus pflegen nun zu ſagen, daß eine Demonetiſierung des Silbers allein deshalb unmöglich ſei, weil Gold

und Silber Ware iſt und deshalb ſich auf dem Weltmarkt von ſelber regeln muß. Ja hierin ſcheint mir gerade ein Argument für den Bimetallismus zu liegen. Wenn es wahr iſt, daß dies Verhältnis ſich von ſelber regelt, und falls man dazu kommt, eine ſtaatlich feſte Norm zwiſchen Gold und Silber zu erhalten, ſo wird das Silber auf Grund der Nachfrage ſehr raſch zu jener Norm zurückkehren. Sobald feſtgeſetzt iſt, daß in beiden Metallen bezahlt werden darf, wird natürlich der Schuldner ſich mit aller Macht auf das billigere Metall werfen, und es wird dann ſofort in die Höhe gehen, ſo daß es gleichgültig wird, ob in Silber oder Gold bezahlt wird. Gold kann auch fallen, es hat ſchon einmal eine Goldpanik gegeben, und es wird Ihnen bekannt ſein, daß der Mancheſtermann Cobden aus Angſt vor den kaliforniſchen Goldfunden und ihren Folgen ſogar von Silberwährung geſprochen hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Gold kann auch wieder knapper werden. Mein Herr Vorredner hat das allerdings für ausgeſchloſſen gehalten; es iſt dies eine rein techniſche Frage, die wir hier nicht entſcheiden können; es ſind Profeſſoren, die die eine Auffaſſung, und ſolche, die die andere Auffaſſung haben; jeder glaubt an ſeine eigene Autorität.

Es iſt auch auf die Aeußerung des früheren engliſchen Premierminiſters Gladſtone angeſpielt, daß England der Hauptgläubiger der ganzen Welt wäre und darum ein Intereſſe daran hätte, die Schulden in Gold bezahlt zu bekommen. Meine Herren, ſoviel mir Schätzungen zu Geſicht gekommen ſind, betragen die Schulden der ganzen Welt 5—600 Milliarden Mark. Das iſt eine gewaltige Summe. Sollte der Zuſtand, den ich vorhin ſkizziert habe, ergeben, daß Silber billiger iſt, ſo werden die Schuldner dieſer gewaltigen Milliardenſumme ſich natürlich auf das billigere Metall ſtürzen, das aber damit gleich zum Steigen bringen. So wird ſich die Regelung von ſelbſt ergeben; und ich glaube deshalb, daß die ängſtliche Frage nach der Relation zwiſchen Gold und Silber keine entſcheidende iſt. Sobald nur eine Konferenz mit gutem Willen zuſammentritt, wird der Silberpreis gleich ſteigen und der Relation nahe kommen, die Silber erhalten ſoll.

Die engliſche Währungskommiſſion von 1888 iſt darüber einſtimmig geweſen, daß die Feſtſetzung dieſer Relation möglich und erreichbar wäre.

(Sehr richtig! rechts.)

Also ich meine, man soll das nicht als Utopie bezeichnen; es waren dort Goldwährungsmänner beteiligt.

Eine Sache, die noch in Betracht zu ziehen ist, ist die vorhandene Masse von Gold und Silber. Die Produktion von Gold und Silber ist in dem letzten Jahrzehnt im Durchschnitt 30 Millionen Pfund Sterling jährlich gewesen. Sie haben von dem Herrn Vorredner gehört, daß sie im vorigen Jahre auf 37 Millionen gekommen ist; das mag vielleicht noch einige Jahre steigen, dann wird es zurückgehen. Der Vorrat des Geldes der Erde ist nach den statistischen Schätzungen über 32 Milliarden Gold und über 40 Milliarden Silber. Wenn nun die Silberproduktion, die heutzutage auf 30 Millionen Pfund Sterling jährlich geschätzt wird, sich auch verdoppeln sollte, sie würde immer nur etwa $1^1/_2$ Prozent des gesamten vorhandenen Bestandes ausmachen, also in der Tat zu gering sein, um den Silberpreis beeinflussen zu können.

Daß man in Frankreich und Nordamerika geneigt für Doppelwährung ist, habe ich mir schon erlaubt zu erwähnen. England wird seinerzeit folgen. Ob die Sache heute schon reif ist, wage ich nicht zu beurteilen. Ich bin aber der Meinung, daß es nützlich und gut sei, eine so wichtige und alle interessierende Frage vom nationalökonomischen Standpunkt aus hier zu diskutieren. Meine Herren, ich freue mich, daß die Diskussion ohne jede Schärfe geführt ist. Wir haben alle dasselbe Ziel, unsern nationalen Wohlstand zu erhöhen und über die geeigneten Mittel uns auszusprechen.

(Bravo! rechts.)

Wenn wir diesem Ziel durch die Diskussion näher gekommen sind, so ist das schon eine erfreuliche Sache. Auf der anderen Seite würde ich, selbst wenn ich enragierter Goldwährungsmann wäre, nicht die Notwendigkeit einer Konferenz bestreiten; im Gegenteil, wenn ich wirklich überzeugt bin von der Richtigkeit meiner Ansicht, so sicher wie daß $2 \times 2 = 4$ ist, so kann ich es nur begrüßen, daß alle Jahre darüber beraten wird, weil ich dann erwarten muß, daß schließlich jeder vernünftige Mensch sich mir anschließen muß.

(Sehr gut! rechts.)

Ich begreife daher nicht, wie in der radikalen Presse eine so starke Animosität gegen diesen doch gewiß harmlosen Antrag herrscht, eine

Konferenz einzuberufen behufs Regelung der Frage. Vielleicht wird es dazu nicht kommen; dann ist unsere Demarche aber immerhin geeignet, der Regierung Mut zu machen, in der Richtung vorzugehen.

Meine Herren, jetzt liegt das Gold vielfach in den Banken, besonders in England. Bei dem jetzigen Zustand fallen auch die Zinsen. Ich wundere mich, wenn reiche Kapitalisten, die nur Geld besitzen, nicht besorgt sind über diesen fallenden Zinsfuß; wer z. B. 3 Millionen Mark hat, hat heute 30000 Mark weniger Rente als vor 6 Jahren, als der Zinsfuß noch nicht von 4 auf 3 gesunken war. Die Bimetallisten meinen, das würde anders werden, auch der Zinsfuß würde steigen. Was hilft es schließlich England, dem Gläubiger der Welt, wenn die Schuldner bankerott werden, wenn sie wie eine ausgepreßte Zitrone in die Ecke gedrückt werden? Was haben die Engländer in Portugal, in Argentinien, Griechenland 2c. an Zinsen verloren, trotz ihrer eigenen Goldwährung? Es ist sehr fraglich, ob der Verlust nicht größer war, als der vermeintliche Vorteil der Goldwährung. Von ähnlichen, wie den vorstehenden Gesichtspunkten läßt sich mein Freund, der gewesene englische Minister Balfour, bei seinem Auftreten leiten. Es hat selten ein prononzierter Parteiführer soviel Sympathie bei allen Parteien besessen, sogar bis zu den äußersten Radikalen, wie dieser außerordentlich begabte, tüchtige und edelmütige Mann; und daß dieser gerade für die Sache des Bimetallismus eintritt und sie aufnimmt, das wird ihr bei seiner enormen Popularität noch mehr Anhänger gewinnen als sie bisher schon hat. Wenn wirklich soviel Gold vorhanden wäre, wie der Herr Vorredner [1]) versicherte, so ist es jetzt der geeignetste Moment, um ohne große Erschütterungen diesen Antrag durchzubringen.

(Lachen links.)

Ich freue mich in diesem Sinne, daß soviele Herren den Antrag unterschrieben haben; und ich wünsche, daß er, was immer daraus erfolgt, zum Segen unsers nationalen Wohlstandes und unseres Vaterlandes gereichen möge.

(Lebhafter Beifall rechts.)

[1]) Abg. Dr. Barth.

27. Rede. Im Reichstag.

Am 16. Januar 1896.[1])

Der Antrag Kanitz.

Zur Beratung ſteht die von den Abgeordneten Grafen von Kanitz-Podangen, Graf von Schwerin-Löwitz, von Ploetz, von Kardorff, Liebermann von Sonnenberg, Schwerdtfeger eingebrachte Reſolution wegen Erzielung einer Befeſtigung der Getreidepreiſe auf mittlerer Höhe für die Dauer der beſtehenden Handelsverträge.

Der Antrag Kanitz, zuerſt eingebracht im März 1894, hatte in ſeiner erſten Faſſung folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beſchließen: den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, dem Reichstage baldigſt einen Geſetzentwurf vorzulegen, wonach 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet beſtimmten ausländiſchen Getreides mit Einſchluß der Mühlenfabrikate ausſchließlich für Rechnung des Reiches erfolgt; 2. die Verkaufspreiſe des Getreides nach den inländiſchen Durchſchnittspreiſen der Periode 1850 bis 1890, die Verkaufspreiſe der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis, den Getreidepreiſen entſprechend, bemeſſen werden, ſolange hierdurch die Einkaufspreiſe gedeckt ſind, während bei höherem Einkaufspreiſe auch die Verkaufspreiſe entſprechend zu erhöhen ſind; 3. über die Verwendung des aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberſchüſſe derart Beſtimmung getroffen wird, daß a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezolleinnahmen mindeſtens gleichkommende Summe an die Reichskaſſe abgeführt wird, b) zur Anſammlung von Vorräten für außerordentliche Bedürfniſſe (Kriegsfälle ꝛc.) die nötigen Mittel bereit geſtellt werden, c) ein Reſervefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreiſe die Zahlung der an die Reichskaſſe jährlich abzuführenden Summe (a) ſicher zu ſtellen.“

In ſeiner neuen Faſſung, ausgehend vom Grafen von Schwerin-Löwitz, lautete der Antrag:

„Der Reichstag wolle beſchließen: den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, dem Reichstage baldigſt einen Geſetzentwurf vorzulegen, wonach für die Dauer der beſtehenden Handelsverträge zum Zweck einer Befeſtigung der Getreidepreiſe auf mittlerer Höhe 1. der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet beſtimmten ausländiſchen Getreides, mit Einſchluß der Mühlenfabrikate, in einer den von 1891 bis 1894 ab-

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. I, S. 373 ff.

geschlossenen Handelsverträgen nicht widersprechenden oder mit beteiligten Vertragsstaaten näher zu vereinbarenden Weise ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt; 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode von 1850 bis 1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis den Getreidepreisen entsprechend, bemessen werden; 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß a) alljährlich eine den durchschnittlichen Getreidezolleinnahmen seit dem 1. April 1892 gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe (a) und den Verkauf des ausländischen Getreides zu den sub 2 festgesetzten Preisen, auch bei höheren Einkaufspreisen zu ermöglichen; 4. bei Erschöpfung dieses Reservefonds die ad 2 bestimmten Verkaufspreise des Reichs um so viel zu erhöhen sind, daß sie der Reichskasse einen Ueberschuß in Höhe der durchschnittlichen Getreidezolleinnahmen seit dem 1. April 1892 gewähren."

Nachdem der Antragsteller Graf von Kanitz, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister Freiherr Marschall von Bieberstein und die Abgeordneten Graf von Galen, Graf von Schwerin-Löwitz und Rickert gesprochen haben, nimmt das Wort

Abg. Graf von Bismarck:

Meine Herren, ich habe die Empfindung, als ob ich eigentlich um Entschuldigung bitten müßte, daß ich so spät mir noch erlaube, das Wort an sie zu richten.

Sachlich ist, wie ich glaube, nach den heute gehörten eingehenden Erörterungen und nach den langatmigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre in Presse und Parlament Neues zum Antrag Kanitz selbst wohl nicht mehr zu sagen — wenigstens wüßte ich nichts. Ich möchte aber, nachdem heute von allen Seiten so viel über die allgemeine Lage gesprochen ist, den Antrag Kanitz und die Zustände, aus welchen heraus er entsprungen ist, vom Standpunkt allgemeiner Erwägungen ein wenig beleuchten.

Meine Herren, der Antrag Kanitz ist ja selbstverständlich nur ein Notbehelf. Ich glaube, die meisten der Herren, die ihn unterzeichnet haben, sind dieser Ansicht. Aber die Landwirte — das ist von allen Seiten anerkannt, auch von der höchsten Stelle gestern in der Thronrede, welche einen warmen Passus für die Landwirtschaft ent-

hält[1]) — ſind eben in einer ſchwierigen Lage, in einer Notlage, und Notlagen rechtfertigen Notbehelfe. Schutzzölle ſind doch auch nur Notbehelfe, und der Antrag, den Herr Graf Kanitz hier vertreten hat, iſt auf demſelben Boden gewachſen wie die Idee der Schutzzölle. Der Idealzuſtand wäre ja unzweifelhaft, wenn überhaupt kein einziges Gewerbe auf der ganzen Welt Schutzzölle brauchte. Aber um ſolchen Idealzuſtand ſich auch nur erträumen zu können, fehlen alle Vorausſetzungen. Die erſte wäre, daß in ſämtlichen Staaten und ihren Kolonien unter denſelben Bedingungen produziert würde

(lebhafte Zuſtimmung rechts),

daß alle dieſelben Bedürfniſſe hätten, und endlich, daß alle dieſelbe Währung beſäßen

(Sehr richtig! rechts),

ſei es nun Gold- oder Silber- oder Doppelwährung, eine gleiche nur — jede würde acceptabel ſein. Es klingt das wie das ſogenannte Millenium — verzeihen Sie, wenn ich Ihnen ſolche Phantaſien vormale; aber das Ideal würde ſein, daß wir gar keine Schutzzölle brauchten, ſondern uns darauf beſchränken könnten, ſo viel Abgaben zu erheben, wie der Staat zu ſeinem Unterhalt und Fortkommen benötigt.

Es iſt heute das Wort gefallen von der werbenden Kraft des Antrags. Tatſächlich hat er ſich neue Freunde erworben; als er zum erſten Male in allerdings anderer Geſtalt eingebracht wurde, waren es einige vierzig Herren, die ihn unterzeichneten — jetzt ſind es, wenn ich mich nicht verzählt habe, hundert. Nun wird ja dieſe Vermehrung zum Teil dem Umſtand zuzuſchreiben ſein, daß der Antrag durch den Herrn Grafen Schwerin weſentlich modifiziert iſt.[2]) Der letztere hat ſeine Modifikation eingehend erläutert, ich komme deshalb nicht weiter

[1]) Die Thronrede, mit der Fürſt Hohenlohe am 15. Januar den preußiſchen Landtag eröffnete, enthielt über die Landwirtſchaft folgenden Paſſus: „Die andauernd ungünſtige Lage der Landwirtſchaft nimmt fortgeſetzt die volle Aufmerkſamkeit der Staatsregierung in Anſpruch. Die Staatsregierung iſt entſchloſſen, alle Mittel in Anwendung zu bringen, welche zur Abhülfe geeignet ſind und eine Beſſerung der Lage dieſes für unſere wirtſchaftlichen Verhältniſſe ſo hochwichtigen Gewerbes gewährleiſten.“

[2]) Vgl. oben die alte und die neue Form des Antrages, S. 146 f.

darauf zurück; aber ich bin überzeugt, daß viele der Herren, welche vor faſt zwei Jahren — wenn ich es auch nicht ſo ſchroff ausdrücken will, wie ſeinerzeit der verehrte Herr von Bennigſen — ſich ſehr abweiſend zu dieſem Antrag verhielten, nur nach langem Zaudern entſchloſſen haben, auch den modifizierten Antrag zu unterſchreiben, und nur deshalb, weil ſie nichts anderes wiſſen, um der ſchwierigen Lage unſerer ländlichen Landsleute zu helfen. Es kann doch nicht wohl, wie der Herr Vorredner es zu tun unternahm, der Großgundbeſitz allein als bedrängt vorgeſchoben werden — ich werde gleich darauf zu ſprechen kommen, weshalb nicht; aber ich möchte Sie bitten, gerade mit Rückſicht auf dieſe Redensart ſich die Unterzeichner anzuſehen. Glauben Sie denn, daß die Herren Mitglieder der Reformpartei Großgrundbeſitzer als Wähler haben? Glauben Sie, daß die Herren, die aus Bayern und aus dem Weſten unterzeichnet haben, nicht gerade mit Rückſicht auf die kleinen ländlichen Wähler ihre ſchweren Bedenken überwunden haben, die ſie im vorigen Jahre von der Unterzeichnung zurückhielten? Mir hat einer der Herren geſagt: Wenn alles andere nicht hilft, ſo bleibt mir nichts übrig, als den Antrag Kanitz zu unterſchreiben; gern tue ich es nicht, aber ich kann es nicht mit anſehen, wie die armen ländlichen Beſitzer klagen und mit Recht klagen. Nun, meine Herren, wenn eine Notlage exiſtiert und feſtgeſtellt iſt — das iſt von keiner Seite beſtritten worden —, ſo iſt auch die Verpflichtung des Staatsweſens gegeben, für die benachteiligten Erwerbsgenoſſen zu ſorgen, gleichviel, ob es ſehr viele oder wenige ſind. Eine weiſe Regierung ſorgt auch für kleine Bruchteile ihrer Untertanen ebenſo gut wie für die Mehrzahl. Wir werden menſchlich ebenſo mit unſerem eigenen Körper handeln, falls wir weiſe ſind: wenn wir einen Schaden im Finger haben, werden wir ihn gerade ſo behandeln, als wenn er in einem größeren Körperteil ſäße.

(Heiterkeit.)

Nachdem wir feſtgeſtellt haben, daß alle Parteien die Notlage anerkannt haben, handelt es ſich nur darum: Wie iſt zu helfen? Helfen wollen ſie alle; ſie haben alle ein warmes Herz für die Landwirtſchaft. Daß auch die verbündeten Regierungen es haben, bezweifeln wir keinen Moment; auch daß ſie ſich die größte Mühe geben, das Beſte zu finden, erkennen wir an. Die Schwierigkeit liegt nur darin,

daß es vor allem ankommt auf die Basis der ganzen Landwirtschaft, auf den Getreidebau, und daß die Mittel, die nach anderen Richtungen helfen sollen, doch nicht durchschlagend wirken können. Meine Herren, wenn Sie vorher das kleine Gleichnis von der Mehrzahl und Minderzahl heiter gestimmt hat, so würde ich empfehlen, einen Blick auf die letzte Berufszählung zu werfen. Besonders die radikale Presse ist immer bereit, von der Gesamtheit zu sprechen und zu sagen, die Landwirte wollten sich auf Kosten der Gesamtheit bereichern. Gehören denn die Landwirte nicht mit zur Gesamtheit? Es wird von der Linken immer so dargestellt, als ob auf einer Seite die Gesamtheit wäre, ein Haufen von gebildeten und feinsinnigen Konsumenten, und auf der anderen ein Haufen von Heloten, die als Landwirte keinen Teil an der Gesamtheit hätten; die Landwirte sollen mit Verlust arbeiten und sich eine schlechte Lebensführung gefallen lassen, damit der andere Teil auf ihre Kosten bequemer leben kann. Dies weisen wir von der Hand. Wir sagen: die Landwirte gehören zur Gesamtheit, und eine Gesamtheit ohne Landwirte gibt es nicht, ebensowenig wie ohne die anderen Gewerbetreibenden und Fabrikarbeiter und wen man sonst noch aufzählen will. Nach der letzten Berufszählung kommen auf die Landwirtschaft rund 5,6 Millionen Betriebe unter allen Berufen. Wenn Sie das auch nur mit 5 multiplizieren — was gewiß bei den meisten zahlreichen Familien der ländlichen Bevölkerung nicht hoch gegriffen ist —, so kommen Sie auf über $27\frac{1}{2}$ Millionen Seelen; und die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs zählt 51 Millionen, also über die Hälfte kommt auf die landwirtschaftlichen Betriebe. Nach den weiteren Veröffentlichungen fallen von Haushaltungen noch eine Kleinigkeit über die Hälfte auf die landwirtschaftlichen: 50,1 Prozent! Da werden Sie uns doch zugeben, daß wir die Berechtigung haben, nach einem Mittel zu suchen, um die größere Hälfte der Bevölkerung lebenskräftig zu erhalten, und daß, wenn uns die Weisheit abgeht, etwas Anderes zu finden

(Zuruf),

nach dem am geeignetsten erscheinenden Mittel gegriffen wird, wenn auch nur als Notbehelf. Wenn entweder vom Tisch der Bundesregierungen oder aus dem hohen Hause andere Mittel vorgeschlagen werden können, die sympathischer wären — wir würden mit Freuden

dafür eintreten. Aber wir wissen keine, und wenn die anderen Herren eins wissen sollten, so sind sie damit nicht hervorgetreten.

Es ist die Rede gewesen von den sogenannten „kleinen Mitteln". Das klingt ja schon nicht sehr vertrauenerweckend, aber lassen Sie uns das einmal kurz streifen.

Was sind die kleinen Mittel, mit denen genutzt werden könnte? Einmal ist es in der Landwirtschaft die Viehzucht. Gewiß, die hebt sich momentan, da wir von den Seuchen freier gehalten sind als früher und deshalb bessere Viehpreise haben. Lassen Sie aber einmal im nächsten Jahr den Zustand eintreten, daß sämtliche benachbarte und andere Staaten glaubwürdig nachweisen, daß sie keine Seuchen mehr haben, dann werden unsere Grenzen wieder geöffnet, und alle Auslagen sind weggeworfen, die sich die Leute heute machen, um im nächsten Jahre Viehzucht zu treiben.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie werden zugeben: es geht nicht von heute auf morgen oder von heute auf sechs Wochen, daß man einen anderen Betrieb anfängt; das mag im Kaufmannsstand gehen, wo es in der Hauptsache auf die Buchführung ankommt; wer die inne hat, kann verschiedene Geschäfte anfangen. Wer aber heute seine Wirtschaft verändern will, damit er mehr Vieh halten kann, der muß Zuchtvieh kaufen, muß es billig zu bekommen suchen, muß Stallungen bauen u. s. w. Ich will nicht so tief eingehen in die landwirtschaftliche Betriebsverwaltung wie der Herr Vorredner, weil ich bei Ihnen nicht das Interesse dafür voraussetzen kann, sondern nur betonen, daß es mit der Viehzucht mitunter geht, mitunter nicht; wir haben alle schon unsere bösen Erfahrungen gemacht gerade in bezug auf dasjenige wohlschmeckende Tier, welches am meisten gehandelt wird, das Schwein.

Es ist ja sehr dankenswert, daß der preußische landwirtschaftliche Herr Minister eine andere Sache aufgenommen hat, um zu helfen, nämlich den Zucker. Die Zuckerfabrikation ist eine der größten Branchen im landwirtschaftlichen Betriebe; es steckt enorm viel Kapital darin, wie die Herren alle wissen. Daß also da geholfen werden soll und ein Gesetzentwurf ausgearbeitet ist, ist gewiß dankenswert. Aber wie ist dieser Gesetzentwurf bisher aufgenommen? Sehr geteilt und merkwürdigerweise ganz anders im Osten der Monarchie als im Westen.

Ich will hier nicht näher auf das Zuckergeſetz eingehen; es wird ſpäter Zeit ſein, darüber zu reden. Ich wollte nur konſtatieren, daß die Meinungen darüber ſehr geteilt ſind, und daß z. B. der landwirtſchaftliche Verein meines Kreiſes, alſo in der Provinz Sachſen, einſtimmig beſchloſſen hat, mich zu erſuchen, gegen die Kontingentierung zu ſtimmen.

(Hört! hört! rechts.)

Ohne die Kontingentierung glaube ich kaum, daß die verbündeten Regierungen in der Lage ſein werden, an dieſem Geſetz feſtzuhalten. Meine Herren, warten wir ab, wie es wird! Ich wiederhole nur meine Dankbarkeit an die Organe der verbündeten Regierungen, daß ſie helfen wollen; es bleibt aber einſtweilen fraglich, ob ſie hiermit helfen können.

Dann ſind noch andere Fragen, z. B. die Eiſenbahntarife. Damit könnte gewiß viel geholfen werden. Aber ich möchte das Geſicht des preußiſchen Finanzminiſters ſehen, wenn man vorſchlagen wollte, mit Verbilligung der Eiſenbahntarife zu helfen. Das preußiſche Budget iſt mit großer Kunſt und Gewandtheit ſo balanciert, daß es nur ein ganz kleines Defizit hat, und es iſt begreiflich, daß daraus nicht Hunderte von Millionen zu miſſen ſind.

Die Börſenfrage wird bereits in der Kommiſſion geprüft; da bleibt noch die Frage des Kredits! Dieſe iſt eine zweiſchneidige und ſehr ſchwierige. Es wird Ihnen bekannt ſein, meine Herren, daß nach den neueſten Veröffentlichungen des preußiſchen Finanzminiſteriums die ländliche Grundſchuld in Preußen 14 Milliarden beträgt und im Jahre 1894 um 228 Millionen Mark geſtiegen iſt; im Deutſchen Reich dürften demnach 20 Milliarden Mark auf Grundſchuld kommen. Wie hoch der Wert des Grund und Bodens geſchätzt wird, hat leider bisher das Finanzminiſterium noch nicht veröffentlichen können; ich denke mir, ſo weit wird die Arbeit noch nicht gediehen ſein. Ich erinnere mich bloß, geleſen zu haben, daß der Geſamtwert aller Vermögen in Preußen auf zirka 80 Milliarden Mark geſchätzt wird. Ich weiß nicht, ob ich mich darin irre.

(Sehr richtig! rechts.)

Nehmen wir nun an — eine Annahme, die zweifelhaft iſt, aber, um doch etwas zu ſupponieren —, daß davon rund 50 Milliarden auf Kapital und Induſtrie kommen und 30 Milliarden für Grund und

Boden bleiben, ſo ergibt ſich, daß ſchon die Hälfte dieſes Werts verſchuldet iſt; wenn man alſo, wie heute wieder erwähnt worden iſt, 50 Prozent abſchreiben ſollte, ſo geht die Sache gerade auf. Gewiß iſt es günſtig, wenn eine Verbilligung des Kredits eintreten kann; aber die Herren im Oſten werden mir darin recht geben, wie ſchwierig und mühſam es iſt, dem kleineren Beſitzer hierin zu helfen und ihn auf landwirtſchaftliche Inſtitute zu verweiſen, die weniger Zinſen verlangen. Sie haben die Gewohnheit, ſich lieber mit Hypotheken einzulaſſen; ſie ſcheuen die vielen Schreibereien. Es gibt kleine Beſitzer, die über 4 Prozent bezahlen.

(Zuruf.)

Wenn da Wandel geſchaffen werden könnte, ſo wäre es gewiß mit Freuden zu begrüßen. Auf der anderen Seite iſt es nicht günſtig, wenn man die Beleihungsgrenze zu hoch zieht.

Es iſt von dem Herrn Vorredner mit Recht geſagt worden, daß der Wert des Grund und Bodens heruntergegangen iſt, wenn auch lange nicht in dem Maße, wie es nach dem Verhältnis zum Ertrag ſein müßte. Da iſt es gefährlich, den Kredit zu erhöhen. Ich würde es ſogar für heilſamer halten, wenn bei den heutigen prekären Zuſtänden der Kredit ſo begrenzt würde, daß über die landſchaftliche Beleihungsfähigkeit überhaupt nicht hinausgegangen würde.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn ich meinen landſchaftlichen Kredit voll in Anſpruch nahm, der für heutige Wertverhältniſſe ſchon hoch bemeſſen iſt, und ich nehme dahinter noch 100- oder 200 000 Mark — bei einem Gut von 4- bis 5000 Morgen iſt das nicht ungewöhnlich —, dann bin ich ſchließlich nur der Verwalter des Kapitaliſten oder der Inſtitute, die mir Geld vorſchießen, und ich habe nicht mehr die Beſitzfreudigkeit, die mich an die Scholle feſſeln ſoll. Ich glaube, daß die Landwirtſchaft im ganzen beſſer fahren würde, wenn es ſchwieriger wäre, Geld aufzunehmen, als es heute iſt. Die urſprüngliche landſchaftliche Einrichtung aus der Zeit des Großen Königs war ſehr gut gemeint und hat gut gewirkt; damals waren aber ganz andere Geldverhältniſſe. Jetzt haben manche Beſitzer, deren Gut keine Erträge mehr abwarf, zu 3 1/2 oder 3 Prozent Geld durch Pfandbriefe genommen, ſo viel ſie erhalten konnten; um ein Plus an Zinsgenuß zu erlangen, ſetzten ſie die Pfandbriefe an der

Börse um und kauften dafür 5—6prozentige Papiere — häufig war nach 3 bis 5 Jahren das meiste Geld hin

(Heiterkeit),

dann hatten sie Schulden, und der Nachfolger mußte sie abbezahlen. Das ist eine Belastung auf mehr als 40 Jahre.

Was dann die Frage der Meliorationen betrifft und die Vorschüsse, die staatsseitig gegeben werden, so kenne ich viele Grundbesitzer, die gegenwärtig sagen: Wir wollen lieber extensiv wirtschaften, es verzinst sich ja doch nicht

(sehr richtig! rechts),

besonders da die Grenze des Fallens der Getreidepreise noch gar nicht abzusehen ist. Die Summen, um die es sich bei der Getreideproduktion handelt, sind wirklich enorm, selbst bei dem heutigen niedrigen Preise. Nach der Ernteschätzung für das Jahr 1895 sind rund 20 Millionen Tons Getreide, also Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, geerntet worden. Das ist nicht einmal eine besonders brillante Ernte. Das Jahr 1893 war sogar, abgesehen von Hafer, etwas besser. Aber nehmen Sie selbst einen so schlechten Preis, wie man ihn jetzt im Durchschnitt hat, von 6 Mark — nur Weizen notiert 7 Mark pro Zentner — und multiplizieren Sie das mit 20 Tons, dann kommen Sie auf 400 Millionen Zentner mal 6, also auf $2^1/_2$ Milliarden Mark, die jährlich bei den schlechtesten Getreidepreisen im Deutschen Reich produziert werden. Wenn dieser Geldertrag noch weiter sinkt, so gehen damit immer größere Bruchteile des Nationalvermögens verloren. Nehmen Sie nun aber an, daß wir statt 6 Mark, wie jetzt, einen Preis von auch bloß 8 Mark hätten — 16 Mark für den Doppelzentner Weizen ist nicht einmal der Durchschnittspreis —, so würde das für den Jahreswert des Getreides schon einen Unterschied von 800 Millionen Mark haben; diese Summe würde dem Nationalwohlstand zuwachsen und im Lande ausgegeben werden.

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß unser Export im letzten Jahre sich wieder etwas gehoben hat. Wir gönnen natürlich allen unseren Produzenten, seien das nun Landwirte oder Industrielle, alles Gute; aber es ist nicht immer so gewesen in den letzten 5 Jahen. Von 1890 bis 1894 ist der Export unserer Fabrikate um 254 Millionen Mark zurückgegangen; 1895 ist, wie wir von verschiedenen Seiten gehört haben, ein kleiner Aufschwung zu konstatieren — möge er andauern!

Nun ist, wie vom Bundesratstisch gesagt wurde, der ungefähre Wert unseres Exports fast $2^1/_2$ Milliarden Mark; aber der Wert dessen, was bei uns an Feldfrüchten produziert wird, ist erheblich höher und könnte noch viel höher sein, wenn wir annehmbare Preise hätten. Ich habe z. B. die Kartoffeln noch gar nicht hervorgehoben. Es sind im laufenden Jahr nach der Ernteschätzung 750 Millionen Zentner Kartoffeln produziert; die repräsentieren mindestens 800 Millionen Mark nach schlechtem Preis, und das ist bekannt, daß, wenn die Kartoffel gerät, viel mehr Getreide zum Verkauf kommt, weil die kleinen Leute sich mehr mit Kartoffeln begnügen, wenn das Getreide guten Preis hat.

Da ich bei den kleinen Leuten angelangt bin, so möchte ich einige Zahlen anführen, um damit zu widerlegen, was der Herr Vorredner über die Interessen der kleinen Leute gesagt hat. Nach der Berufszählung von 1882 — von der neusten Berufszählung sind leider die Details noch nicht veröffentlicht, sondern nur die Gesamtziffer, die ich vorhin erwähnte — betragen diejenigen landwirtschaftlichen Existenzen in Deutschland, die von 2 bis 100 Hektar Besitz haben, also von 8 bis 400 Morgen, rund 2 190 000; wenn Sie das mit 5 multiplizieren — ein, ich wiederhole es, bei dem Landmann geringer Multiplikator —, um die Seelenzahl zu finden, so ergibt das 11 Millionen, d. h. zwischen ein Viertel und ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands, die darauf angewiesen sind, ihr Leben zu fristen von einem Besitz von 8 bis 400 Morgen; das ist also, was im großen und ganzen den Bauer, den kleinen Besitzer umfaßt. Nun muß man doch nicht solche Phantasien aussprechen, als ob jemand, der auch nur 8 bis 10 Morgen hat, nicht Getreide verkaufen sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer auf dem Lande lebt und die Leute kennt

(Zurufe links),

weiß darüber doch am besten Bescheid. Ich will die Herren nicht langweilen mit der Aufzählung, wieviel Getreide der kleine Landmann mit seiner Familie in Brotform verzehrt, wieviel pro Morgen wächst; aber wer auch nur 6 Morgen Getreide baut, braucht mit Frau und Kindern nicht die Hälfte davon zum eigenen Brote; er wird davon etwas verkaufen, umsomehr, wenn die Kartoffeln billig sind. Wer auch

nur 20 Morgen beſitzt, lebt ausſchließlich von deren Erträgen und geht nicht auf Arbeit. Er würde Sie nicht verſtehen, wenn Sie ihm ſagen wollten, daß er einen Vorteil von billigen Getreidepreiſen hätte. Wenn das Getreide zu billig wird, wie im vorigen Jahr, ſo verwendet er es allerdings zu Viehfutter; aber das iſt nur ein coup de désespoir, daß man den Roggen, der zur menſchlichen Ernährung dienen ſoll, ſeinem Vieh vorwirft, weil er billiger war als die üblichen Futtermittel. Wovon ſoll denn auch der kleine Beſitzer ſeine Bedürfniſſe, Schuhe, Kleider u. ſ. w. bezahlen, wenn nicht von ſeinen Erträgen? Er hat kein anderes Vermögen! er iſt nicht Kapitaliſt nebenbei; er ſucht auch Vorteil zu ziehen, wie der Herr Vorredner es anführte, von Hühnern, Schweinen, Ziegen ꝛc. Bei der Milch iſt der kleine Mann aber nicht ſo intereſſiert wie beim Getreide; das Margarinegeſetz z. B. kann ja Nutzen für große Viehzüchter, die Genoſſenſchaften und große Molkereien bringen, aber die kleinſten Bauern haben kaum gut milchende Kühe.

Ich möchte meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß heute von allen Seiten mit ſo viel Ruhe und Sachlichkeit debattiert worden iſt. Nur ein einziger meiner Herren Vorredner hat dieſen Ton verlaſſen und wiederholt von „Entrüſtung“ geſprochen. Ich glaube doch, meine Herren, daß zur „Entrüſtung“ kein Anlaß vorliegt; wenn irgend ein anderer der Herren Kollegen über die Notlage in einem beſtimmten Stande ſpräche, würden wir ihn doch ruhig anhören und ſeine Vorſchläge, auch wenn wir ſie mißbilligen, nicht als „Bettelei und Schmach“ bezeichnen. Meine Herren, wozu ſo große Worte? Ich glaube, alle die kleinen Bauern, von denen ich geſprochen habe, die mit großem Intereſſe den heutigen Verhandlungen entgegenſehen und die Berichte darüber leſen, werden den Eindruck haben, daß ſie den Herren Grafen Kanitz und Schwerin dankbar dafür ſein müſſen, daß ſie tagelang ſich hingeſetzt und gearbeitet haben, um zu ſuchen: Wo läßt ſich Hilfe finden? Ob dieſe Arbeit den Beifall der anderen hat, das iſt eine andere Frage. Man kann ja ſagen: Es taugt nichts, es paßt nicht, wir wollen darüber zur Tagesordnung übergehen! Aber ich finde es unberechtigt, daß man ſo wegwerfend darüber ſpricht.

Meine Herren, wenn wir auf die Großgrundbeſitzer noch ein Wort verwenden wollen, von denen der Herr Vorredner ſprach, ſo muß

ich ſagen, daß vom allgemeinen Standpunkt aus, vom Standpunkt der nationalen Wohlfahrt, der nationalen Sicherheit, auch dann, wenn wir viel mehr Großgrundbeſitzer hätten, weiſe Staatsmänner doch für Erhaltung des Körnerbaues bemüht ſein müßten. Der Großgrundbeſitz iſt aber bei uns nicht ſo vorherrſchend. Bei der Debatte, die wir heute haben, iſt es intereſſant, ſich die große Debatte zu vergegenwärtigen, die Anfang der vierziger Jahre im engliſchen Parlament über die Aufhebung der Kornzölle ſtattgefunden hat. Ich habe in England nicht nur durch Studien, ſondern auch durch perſönliche Beziehungen die beſtimmte Meinung konſtatiert, daß dort die Getreidezölle niemals aufgehoben ſein würden, wenn der engliſche Grundbeſitz ebenſo geteilt geweſen wäre, wie er es bei uns jetzt iſt. Ich will darüber, um Sie nicht mit langem Vorleſen zu ermüden, nur eine Hinweiſung geben auf ein ganz ausgezeichnetes geſchichtliches Buch, die Lebensgeſchichte des Lord Beaconsfield von dem berühmten Hiſtoriker Froude, der als rückwärts gekehrter Prophet im Jahre 1890 ſchreibt, es wäre ein Fehler geweſen, die Getreidezölle aufzuheben. Ich will bloß drei Zeilen, die ich überſetzt habe, verleſen, worin er — Seite 80, 81 — ſagt:

> Unter dem Schutzzoll iſt in England unendliches Kapital in der Landwirtſchaft inveſtiert worden. England hat vor Abſchaffung des Schutzzolls doppelt ſo viel Weizen per acre hervorgebracht als irgend ein Land der Welt.
>
> Kein Land iſt in einer geſunden oder ſicheren Lage, welches nicht ſeine eigene Bevölkerung, unabhängig von fremder Einfuhr, ernähren kann. Staatsmänner, deren Pflicht es iſt, in die Zukunft zu ſchauen, hätten Anſtand nehmen ſollen, ein ſolches Experiment zu machen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dies ſagt ein engliſcher Gelehrter, ein Konſument, im Jahre 1890, indem er ein Urteil über die Zeit von 1844 fällt. In England war es leicht, die Agitation gegen die Großgrundbeſitzer zu führen; denn zu der Zeit, als ſeine Landwirtſchaft anfing ruiniert zu werden, gab es dort nur zwiſchen 20- und 30000 — ich glaube: weniger als 25000 Grundbeſitzer. Bei uns haben wir aber viele Millionen Grundbeſitzer, alle kleinen Bauern mitgerechnet. Meine Herren, warum iſt es Frankreich, dieſer radikalſten Republik der Welt, in dem Moment, wo wir

die Schutzzölle herabsetzten, möglich gewesen, sie zu erhöhen? — Weil der Grundbesitz dort noch mehr geteilt ist als bei uns. In England werden auch noch einmal Zölle für die Landwirtschaft eingeführt werden, aber erst, wenn die heutige ländliche Besitzverteilung umgestoßen sein wird.

Ein sehr gescheiter englischer Staatsmann, der vor 20 Jahren seine Besitzungen verkaufte — er war in der günstigen Lage, daß das in England bekanntlich nur bis zum Enkel festlegbare Majorat bei ihm gerade aufhörte —, hat mir gesagt, er mache damit ein gutes Geschäft; denn für die nächsten 100 Jahre sei keine Aussicht, daß die Landwirtschaft rentieren könnte; erst dann, wenn durch die weitere Demokratisierung des Landes und durch die Einführung eines dem französischen ähnlichen Erbrechts der Großgrundbesitz geteilt sein würde, würden die englischen Landwirte auch wieder den Ackerbau heben und Schutzzölle haben wie in Frankreich. Ja, meine Herren, das werden wir nicht erleben; aber der Grund, aus dem im Reichstag so viele Unterschriften für den Antrag Kanitz zusammengekommen sind, ist darin zu finden, daß wir so viele kleine Besitzer haben, so viele ländliche Wähler. Diejenigen Herren, die dem Antrag nicht zustimmen, obgleich sie ländliche Wähler haben, werden wahrscheinlich an besseren Plänen arbeiten, die nur noch nicht reif sind. Möchten sie bald mit ihnen herauskommen!

(Große Heiterkeit.)

Ich wollte eigentlich auf die Handelsverträge gar nicht eingehen — tempi passati! Es hat schließlich keinen Zweck, über verschüttete Milch immer wieder zu klagen. Aber da sie von verschiedenen Seiten berührt worden sind, so muß ich doch einiges darüber sagen, nicht, wie ich von vornherein zu bemerken bitte, um zu kritisieren oder zu rekriminieren, sondern bloß, um einige kurze historische Feststellungen vorzunehmen.

Meine Herren, es ist heute gesagt, daß die Einfuhr des Getreides nach Einführung der Handelsverträge nicht wesentlich gestiegen wäre. Dagegen sprechen die Zahlen des Kaiserlichen Statistischen Amts. Die Roggeneinfuhr betrug vom 1. Januar bis 1. November im Jahre 1893 — das allerdings wegen des russischen Ausfuhrverbots kaum mitspricht — 1600680; im Jahre 1894 5183493 und im Jahre 1895 7 894501.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, iſt das keine erhebliche Steigerung? — Der Handelsvertrag mit Rußland datiert erſt von 1894. — Weizen für den gleichen Zeitraum:

1893	6125525,
1894	9157581,
1895	11445377.

Dieſe Zahlen beweiſen doch, daß ſeit Einführung der Handelsverträge die Einfuhr enorm geſtiegen iſt. Für dieſe Einfuhr geht unſer gutes Gold, das im Inland bleiben könnte, wenn unſer Körnerbau rentierte, ins Ausland, und ſo viel Export können wir ſchwerlich bekommen, daß dadurch ein dauernder Ausgleich geſchaffen würde. Die Tendenz der Welt iſt heutzutage ſchutzzöllneriſch; das iſt zu bedauern, aber nicht zu leugnen. Sehen Sie ſich Frankreich, ſehen Sie ſich Amerika, ſehen Sie die engliſchen Kolonien an, die ſich gegen das Mutterland abzuſchließen verſuchen. Sie werden vielleicht eine Aeußerung von dem neuerdings vielbeſprochenen verfloſſenen Premierminiſter der Kapkolonie, Cecil Rhodes, geleſen haben, die er in einem Interview zu einem Amerikaner getan hat: ſein Plan wäre geweſen, ganz Südafrika unter Englands Herrſchaft zu bringen, er hätte dazu auf die Zeit von 20 Jahren gerechnet, und dann würden feſte Schutzzölle gegen die ganze Welt, ausgenommen England, eingeführt ſein. Wir müſſen damit rechnen, daß die fremden Staaten die Schutzzölle immer mehr erhöhen und ſich den inneren Markt möglichſt zu ſichern ſuchen. Danach ſollten wir uns richten und einer Verarmung unſerer ländlichen Konſumenten vorbeugen. Weshalb haben die Herren auf der Linken ſolche Animoſität gegen den Großgrundbeſitz? Ob das betreffende Land von 3000 Morgen von einem oder von dreißig beſeſſen wird, iſt nach meiner Anſicht für die Frage der Erhaltung des Werts des heimiſchen Bodens ganz gleichgültig. Wenn der Grund und Boden unrentabel wird, ſo leidet der ganze Nationalwohlſtand. Weshalb ſind die Preiſe für Grund und Boden verhältnismäßig noch ſo hoch? Weil im Laufe der Jahrhunderte Grundbeſitz ſich noch als das Sicherſte erwieſen hat. Wenn er auch keine Zinſen trägt und im Wert ſinken kann, ſo zerfließt er doch nicht in den Händen, wie mancher Kapitalbeſitz.

(Hört! hört! links.)

Denken wir an die Geſchichte der großen Kaufleute früherer Jahrhunderte; wo ſind die großen Vermögen geblieben? Der Großkaufmann und reiche Rentier im Weſten legt jedes Jahr einen Prozentſatz aus ſeinem Einkommen in Grund und Boden an, auch wenn er faſt nichts einbringt. Dies erklärt den an ſich unverſtändlich hohen Preis des Bodens.

Meine Herren, daß die Landwirtſchaft den Sicherheitsanker für jedes Staatsweſen bedeutet, iſt ein weiterer Grund, daß man ſie nicht zu ſehr zurückgehen laſſen ſoll. Vor Abſchluß der Handelsverträge iſt vom damaligen Reichskanzler offen geſagt, daß die Landwirtſchaft Opfer bringen ſolle. War es nun notwendig, daß die Landwirtſchaft Opfer für die Induſtrie brachte? Die Induſtrie hat, wie der Herr Kollege Gamp im vorigen Jahre im preußiſchen Abgeordnetenhaus nachgewieſen hat, für Werte von 5 Milliarden 10 Prozent Dividende gegeben. Ich glaube, meine Herren, das iſt kein Notſtand. Wie geſagt, Rekriminationen nützen nichts. Aber der Notſtand für die Landwirte iſt jetzt da. Wir können mit Zöllen nicht helfen, ſolange die Handelsverträge uns binden, und ſo ſuchen wir andere Mittel, um Millionen braver Leute, die unſer Land kulturfähig erhalten, vom Untergange zu erretten.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, in Frankreich ſind die Getreidepreiſe auch nicht höher als bei uns, iſt uns vom Bundesratstiſch geſagt worden. Das könnte als ein Zeugnis von denen angeführt werden, die da meinen, das Ausland trage den Zoll.

(Widerſpruch links.)

Der Hauptgrund iſt wohl, daß Frankreich im vorigen Jahre eine reiche Ernte gemacht hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann iſt noch von der Klauſel in § 11 des Friedensvertrags von Frankfurt über die Meiſtbegünſtigung geſprochen worden. Ja, meine Herren, abgeſehen von allen anderen Geſichtspunkten iſt dieſe Maßregel deshalb eine weiſe geweſen, weil bei der franzöſiſchen Animoſität gegen uns ohne dieſe Klauſel nicht ein Pfund deutſcher Waren über die Grenze nach Frankreich hineingekommen wäre; wir wären da in prohibitiver Weiſe differentiell behandelt worden. Die damalige Staats-

leitung sah voraus, daß uns der Markt Frankreichs mit allen Kolonien verschlossen bleiben würde ohne solche Bestimmung. Außerdem war es unbedenklich, mit Frankreich diese Klausel abzuschließen, weil es niemals bei uns Getreide einführen wird.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Ungleichheit der Behandlung, von der der Herr Staatssekretär vorhin mit Recht gesagt hat, daß sie jeden Deutschen erbittert, liegt jetzt für die Landwirtschaft vor.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann kann man sich auch nicht wundern, daß eine gewisse Bitterkeit denjenigen Leuten innewohnt, die auf der Scholle, an der sie hängen, nicht mehr ihren Verdienst finden — ich meine nicht in dem alten Sinne glebae adscripti, sondern die Leute, die an ihrem ererbten Besitz hängen und nicht weg wollen, denen „der Trieb zum Vaterland", Gott sei Dank, noch innewohnt. Es ist rührend, zu sehen, wie die Leute aus den ostpreußischen Mooren, der Tuchler Heide oder dem märkischen Sand sich freuen, wenn sie nach Hause kommen, wenn sie dort gedeihen und dem kümmerlichen Boden etwas abgewinnen. Das sollten wir pflegen, und darin sollten wir ihnen behülflich sein.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, über die Durchführbarkeit des Antrags ist schon sehr viel gesagt worden, und über seine Schattenseiten noch viel mehr. Ich will bloß noch eine kleine Bemerkung an den Vorschlag knüpfen, den Graf Schwerin sich so viel Mühe gegeben hat auszuarbeiten. Ich meine, unseres Amts als Abgeordnete kann es nur sein, den verbündeten Regierungen hier zu sagen, wo uns der Schuh drückt. Die Abhülfe ist Sache der Exekutive, der Regierung.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir können den Regierungen nicht in die Karten sehen; wir kennen nicht die Akten und die Weltlage, nicht die Stimmungen gewisser Persönlichkeiten, auf die mitunter im Auslande sehr viel ankommt. Die Initiative zur eventuellen Behandlung der Sache im Auslande ist der Regierung zu überlassen. Wir können da keine Direktiven geben, sondern nur sagen: Hier tut es uns weh, Regierung, du bist dazu da, für die Untertanen zu sorgen.

(Zuruf links.)

— Gewiß, der Antrag iſt geſtellt worden, um eine Richtung zu weiſen; aber die Ausführung iſt Sache der Regierungen. Ich habe ihn wiederholt als Notbehelf bezeichnet, nicht als eine tadelloſe Laokoongruppe der landwirtſchaftlichen Kunſt. Ich wäre froh, wenn wir ohne den Notbehelf auskämen, und habe den Antrag nicht ohne Bedenken unterſchrieben; aber wenn wir alle darüber einig ſind, daß etwas geſchehen muß, und Sie hiervon nichts wiſſen wollen, dann kommen Sie doch mit Vorſchlägen! Ich laſſe den Antrag ſofort fallen, wenn Sie etwas Beſſeres wiſſen. Die kleinen Mittel, welche die Regierung anbietet, helfen nicht genug; der Vorteil der 2 Millionen Kleinbeſitzer iſt nicht groß, wenn die Zuckerinduſtrie beſſer geht; ſie haben zum großen Teil geringen Boden und können ihre paar Taler mehr im Jahre nur erlangen durch höhere Getreidepreiſe. Ich bin gern bereit, dem Herrn Vorredner das zu beweiſen, wenn er mich mit ſeinem Beſuch beehren will; ich will ihn zu den kleinen Leuten führen, die 8, 9 Morgen beſitzen und doch noch Erträge davon verkaufen. Der Weg iſt ja nicht weit.

Meine Herren, ich habe geleſen, in Pommern und in anderen Provinzen ſollen neue Siedelungen gemacht werden. Ja, dazu gehört Geld. Ich würde mich über ſolche Maßnahmen freuen; denn es iſt keine Frage, daß der kleine Beſitzer dem Boden mehr abzwingt als der große. Der Großgrundbeſitzer muß eben die Leitung des Ganzen im Auge behalten und hat nach ſeiner Erziehung nicht die Gewohnheit, ſelbſt zuzufaſſen; aber die kleinen Leute bis zu den Beſitzern von einigen hundert Morgen greifen ſelbſt zu. Ich könnte Ihnen einen Schulzen nennen, eine Meile von mir, der mit ſeinen beiden Söhnen die ganze Feldarbeit beſorgt. Er ſagt: Ich kann mir keinen Knecht mehr halten, das iſt mir zu teuer; meine beiden Söhne müſſen hier bleiben; ſie bekommen keine Löhne, ſie arbeiten von früh bis Dunkelwerden und eſſen zu Hauſe. Wenn Sie einmal über Land fahren und ſehen Leute auffällig ſpät, im Hochſommer bis 10 Uhr, auf dem Feld arbeiten, ſo ſind das immer Eigentümer und niemals Knechte.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Bauern, mit denen ich mich zu Hauſe viel unterhalte, ſagen: Die Knechte leben jetzt beſſer als wir, ſie haben ihren feſten Lohn.

(Sehr wahr! rechts.)

Das sind doch wirklich traurige Verhältnisse, und ich freue mich, wenn mit Ernst in diesem Hause darüber gesprochen, und die Frage nicht mit Abweisung oder Heiterkeit behandelt wird.

Meine Herren, wenn man über andere Schutzzölle spricht, habe ich nie gehört, daß man sich mit Entrüstung gegen Almosen, Liebesgaben u. s. w. wendet. Zölle liegen auch auf Eisen und Kleidern, Sachen, die der kleine Mann braucht wie das tägliche Brot. Der arme Mann kann bei 15 Grad Kälte noch eher einen Tag hungern, als ohne Kleider umherlaufen, und zu seinem täglichen Brot braucht er ein Messer ebenso nötig wie dieses. Alle diese Gegenstände sind wie das Getreide auch Schutzzöllen unterworfen; aber woher kommt es, daß, wenn darüber gesprochen wird, man keine Entrüstung an den Tag legt, sondern sachlich darüber debattiert? Ich möchte gleiches Recht für alle beanspruchen und Zusammenhalten aller Produktion stets aufs neue empfehlen.

(Sehr wahr! rechts.)

Nach der letzten Berufszählung sind $27^1/_2$ Millionen Seelen am landwirtschaftlichen Betrieb interessiert. Es werden gewiß 15 Millionen Seelen sein, die für ihren Unterhalt auf gewerbliche und großindustrielle Unternehmungen kommen. Es ist schwer, das positiv zu sagen; es sind angegeben 1317818 gewerbliche Betriebe — und wenn kein Widerspruch von Herrn Baron von Stumm erfolgt, werde ich annehmen, daß diese Zahlen ungefähr zutreffend sind. — Wenn diese 42 Millionen zusammenhalten und sich gegenseitig ihre Interessen sichern, dann müßte es wunderlich zugehen, wenn die Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht anderer Meinung sein könnte als diese. Unser Konsum war von 1879 bis 1890 gestiegen und unsere Ausfuhr auch; trachten wir, daß wir die gleiche Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten.

Meine Herren, eine letzte Erwägung! Die verarmten Landleute, wem fallen sie anheim, wenn sie von Haus und Hof gehen müssen? Sie fallen mit ihrer Verbitterung den sozialrevolutionären Agitatoren in die Hände und werden schlimmer als die verführten Fabrikarbeiter oder die städtischen kleinen Leute, die, möchte ich sagen, von Jugend auf an sozialdemokratische Umtriebe gewöhnt sind und vom Vater auf den Sohn in die Partei hineinwachsen. Kommt aber der durch Verarmung verbitterte kleine Landmann dazu, der keine Arbeit mehr

zu Hauſe findet, weil der Getreidebau eingeſchränkt wird, ſo wird er viel ſchlimmer als dieſe. Wir ſollten alle den größten Wert darauf legen, daß die Geſinnung, die jetzt in der ländlichen Bevölkerung beſteht, erhalten wird; denn wenn dieſe verbitterten und verarmten kleinen Leute mit ihrem Unglück der Erwerbloſigkeit anheimfallen und von den Sozialrevolutionären in Beſchlag genommen werden, ſo werden ſie die gefährlichſten Feinde der ſtaatlichen Ordnung und verlieren ihre monarchiſche Geſinnung. Im Reichstag iſt aber doch die große Majorität monarchiſch geſinnt, und dieſe wird mir zugeben, daß die feſteſten Wurzeln der Monarchie in der ſeßhaften Bevölkerung liegen.

(Bravo! rechts.)

Die Leute, die wir vertreten, und deren Exiſtenz uns am Herzen liegt, das ſind die Nachkommen jener Bauern, die nach dem dreißigjährigen Kriege, der ihnen vor 200 und mehr Jahren faſt alles genommen hatte, auf ihre Fahnen ſchrieben:

Wir ſind Bauern von geringem Gut
Und dienen unſerm Kurfürſten mit unſerm Blut.

Etwas anderes beſaßen ſie kaum mehr; aber als der Feind ſie ruiniert hatte, gaben ſie willig ihr Letztes, ihr Blut, für den Fürſten her. Aber, meine Herren, wenn die Wirtſchaftspolitik im eigenen Lande ſie materiell zu Grunde richtet, dann, fürchte ich, werden ſie weniger willig ſein, ein ſolches Wort auf ihre Fahne zu ſchreiben.

Ich weiß nicht, wie wir für den wirtſchaftlichen Notſtand anders Abhülfe finden ſollen, als daß wir erneut und wiederholt darüber diskutieren. Ich hoffe, daß auch dieſe Verhandlung größere Klarheit in die Wahlkreiſe bringen wird, und will nur wünſchen, daß einſtweilen günſtige Konſtellationen höhere Getreidepreiſe bringen und über die nächſte Zukunft hinweghelfen mögen. Aber wenn das nicht geſchieht, ſo hoffe ich, daß ſchließlich doch Ihre Zuſtimmung für andere, wirkſame Pläne gewonnen werden kann, die geeignet ſind, der Landwirtſchaft durchgreifend zu helfen und unſere tüchtige ländliche Bevölkerung, die Deutſchlands Stolz und Kraft ausmacht, lebensfähig und geſund zu erhalten.

(Lebhafter Beifall rechts.)

28. Erklärungen im Reichstage.

Am 17. Januar 1896.[1])

Antrag Kanitz und Königstreue.

Es findet Fortsetzung und Schluß der vorigen Beratung statt.

Der Abg. Richter sagt in einer persönlichen Bemerkung:

Dann hat der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg geglaubt, die Bauern, welche 1870/71 ihr Blut für das Vaterland geopfert haben, in Schutz nehmen zu müssen gegen meine Ausführungen. Ich bemerke darauf, daß ich nur gesprochen habe von denjenigen Bauern, auf deren Gefolgschaft sich Herr Graf von Bismarck gestern bezog, Bauern, die er dahin charakterisiert: Kein Kanitz, keine Königstreue!

Mit Bezug darauf erklärt der Abg. Graf von Bismarck:

Ich möchte mir eine persönliche Bemerkung mit Bezug auf diejenige des Herrn Abgeordneten Richter gestatten. Der Herr Abgeordnete hat eine Verdrehung von Worten meiner gestrigen Rede

(Unruhe links)

wiederholt. Das kann damit entschuldigt werden, daß, soviel ich weiß, der Herr Abgeordnete gestern nicht hier war und falsch berichtet worden ist. Ich habe nichts gesagt, was dem Sinne nach der in einer so hohen Versammlung überhaupt nicht geschmackvoll klingenden Aeußerung: „Kein Kanitz, keine Kähne!" entsprechen könnte. Ich habe nur gemeint, daß die verarmten Landleute, wenn sie dem Proletariat und damit den Sozialrevolutionären und deren Ansichten anheimfallen, nicht mehr auf ihre Fahnen schreiben würden, was die Bauern zur Zeit des Großen Kurfürsten taten. Ich bin überzeugt, daß Herr Abgeordneter Richter hiernach die Loyalität haben wird, meine Worte zu acceptieren, die sämtliche gestern anwesende Herren gehört haben.

Der Abg. Richter antwortet:

Ich habe mich an den Oldenbergschen Bericht gehalten.

(Lachen rechts.)

— Das ist eine unparteiische Berichterstattung, die außerhalb der Parteien steht, und der ausführlichste Zeitungsbericht, den ich über die Rede des Herrn Abgeordneten Grafen von Bismarck gefunden habe. Und in

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Periode, 4. Session, Bd. I, S. 413.

seitig außerstande erkläre, in der weitaus wichtigsten Frage: der Hebung der Körnerpreise, wirksam einzugreifen; es würde da immer achselzuckend auf die Handelsverträge verwiesen, für die die eine Hälfte des heutigen Staatsministeriums keine Verantwortung trüge.

Graf Bismarck wollte auf dies schon so viel behandelte Thema nicht zurückgreifen, sondern nur bemerken, daß Handelsverträge an sich ja recht günstig wirken könnten, nur müßten sie nicht gleichzeitig das weitaus wichtigste eigene Gewerbe und die Reichskasse empfindlich schädigen, während die angeblich erreichten Vorteile minimale oder imaginäre seien. Mit Recht würde jetzt in verständigen Zeitungen hervorgehoben, daß wir uns beizeiten mit unsern Tarifen vorsehen müßten. Darüber würde der nächste Reichstag das entscheidende Wort zu sprechen haben. Der Hauptfehler sei, daß man diese Vorsicht vor Abschluß der letzten Verträge versäumt hätte. Das Richtige würde gewesen sein — und vor 1890 habe dieser Plan im Auswärtigen Amt bestanden —, sobald man zu neuen Verträgen entschlossen war, mit dem Reichstag im Frühjahr 1890 nach dem Beispiel anderer Staaten einen hohen Generaltarif ad hoc zu vereinbaren. Demnächst hätten im Herbst 1890 sämtliche Meistbegünstigungsverträge, die nur auf Jahresfrist laufen, gekündigt werden und auf vorteilhafterer Basis neue Tarif- und Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen werden können. Es wäre so der schwere Fehler vermieden worden, den Meistbegünstigungsstaaten die andern Vertragsstaaten für Gegenkonzessionen gewährten Ermäßigungen umsonst in den Schoß zu werfen.

Graf Bismarck wollte von dem Antrag Kanitz, über dessen Bedeutung und theoretische Ausführbarkeit so viel schon gesagt sei, nicht eingehend sprechen; er berührte kurz die Fragen der Preisbildung, der billigen ausländischen Konkurrenz, der Währungsungleichheiten, und erinnerte an das Wort des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein, daß niemandem zugemutet werden dürfe, unter seinen Produktionskosten zu verkaufen. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß die Zuckersteuervorlage ein annehmbares Ergebnis liefern würde, und betonte, daß es im Börsengesetz für den Landwirt vor allem darauf ankomme, die Lieferbarkeit des Getreides vor der Ankündigung festzustellen.

30. Rede. Im Reichstag.

Am 2. März 1896.[1])

Die Zuckerſteuer.

Auf der Tagesordnung ſtand die erſte Beratung des Entwurfs eines Geſetzes betreffend die Zuckerſteuer.[2])

Nach dem Staatsſekretär Grafen von Poſadowsky, dem Abgeordneten Richter und dem Staatsminiſter Freiherrn von Hammerſtein-Loxten erhielt das Wort der Abg. Graf von Bismarck:

Meine Herren, als ich das letztemal hier zu ſprechen die Ehre hatte, nahm ich Gelegenheit, die damals im Wortlaut noch nicht bekannte Vorlage zu ſtreifen.[3]) Ich erlaubte mir, bei einer generellen Durchſicht diejenigen Mittel, welche der krankenden Landwirtſchaft helfen könnten, auch der Zuckervorlage, ſoweit ſie zu jener Zeit in der Preſſe beſprochen war, zu gedenken und dabei zu ſagen, daß der landwirtſchaftliche Verein meines Kreiſes mich einſtimmig erſucht hätte, gegen die Kontingentierung zu ſtimmen. Meine Herren, aus dieſem Anlaß habe ich mir heute das Wort erbeten, um, nachdem die Vorlage bekannt geworden iſt, und nachdem viele Eingaben von Sachverſtändigen uns überſandt ſind, meinen Standpunkt auf Grund der letzteren zu modifizieren.

In meinem eigenen Kreiſe liegen die Verhältniſſe ähnlich in bezug auf dieſe Vorlage, wie in der Heimat meines verehrten Gönners des

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. II, S. 1172 ff.

[2]) Der weſentliche Inhalt des Geſetzentwurfs war folgender: Neben der Kontingentierung der Zuckerfabriken ſoll eine Betriebsſteuer eingeführt werden. Die Höhe der Ausfuhrzuſchüſſe (Zuckerprämien) ſoll für Rohzucker auf 4, für Raffinade auf 5,25 bezw. 4,60 Mk. erhöht werden, die Verbrauchsabgabe ſtatt 18 fortan 24 Mk. für 100 kg Rohzucker betragen. Von dem Ertrage der Betriebsſteuer und durch Verwendung von 25 Prozent des Anfalls aus der Konſumſteuer ſollen die Ausfuhrvergütungen beſtritten werden, während die übrigen 75 Prozent der Konſumſteuer in die Reichskaſſe fließen. Die Betriebsſteuer ſoll 5—20 Pfennig für 100 kg Rohzucker betragen, je nachdem in einer Fabrik unter 500000 kg oder bis zwei Millionen kg Rohzucker ſteuerlich abgefertigt werden. Bei mehr als zwei Millionen kg ſteigt die Betriebsſteuer um 5 Pfennig bei je 500000 kg; bei Zuckermengen, die außerhalb des für jede Zuckerfabrik feſtgeſetzten Kontingents hergeſtellt werden, wird die Betriebsſteuer auf 1 Mk. für je 100 kg feſtgeſetzt. Der Zoll für ausländiſchen Zucker ſoll 45, der für ausländiſchen Honig, auch künſtlichen, 42 Mk. für 100 kg betragen.

[3]) Vgl. die Rede vom 16. Jan. 1896, oben S. 151 f.

Herrn von Staudy[1]), nur insofern ungünstiger, als bei Herrn von Staudy weit bessere Bodenverhältnisse sind. In meinem Kreise — ich besitze keine Zuckerfabrik, bin auch bei keiner beteiligt — ist der Rübenbau ein begrenzter; es werden in der Hauptsache nur Kaufrüben gebaut, deren Interesse der Herr Abgeordnete Richter so warm wahrgenommen hat. Gewiß verdienen die Produzenten der Kaufrüben auch unser Interesse; wie Sie schon gehört haben, beträgt ihre Zahl 58 Prozent der gesamten Rübenbauer.

Nun, meine Herren, ist diese Vorlage, wie sie jetzt liegt, mit all ihren Einzelheiten wohl niemandem im Hause annehmbar ohne Amendierungen

(hört! hört! links),

weder auf der Rechten noch auf der Linken. Ich habe mir Mühe gegeben, die Motive genau zu studieren; da muß ich doch im Gegensatz zum Herrn Vorredner sagen, daß ich darin eine ganze Menge überzeugenden Materials gefunden habe, und daß ich es nicht als oberflächlich bearbeitet hinstellen kann. Weiteres Material habe ich gefunden in den uns zugegangenen Eingaben der Organe und Vereine, welche als sachverständig in diesem Falle gelten müssen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter ist gewiß ein sehr unterrichteter Mann, das wird ihm niemand bestreiten; aber so weit wie die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie in Frage steht, glaube ich doch, daß sämtliche Interessenten mehr Gewicht legen auf die Aeußerungen des Deutschen Landwirtschaftsrats als wie auf die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter; da sprechen die mit beiden Stellen gemachten Erfahrungen doch eine zu beredte Sprache. Sie wissen, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat sich — allerdings mit Abänderungen — für die Annahme der Vorlage erklärt hat. Was mich am meisten bestimmt hat, diejenigen Gründe, welche für die Annahme einer veränderten Vorlage sprechen, heute anzuführen, ist die sehr ausführliche Ausarbeitung des Vereins der deutschen Zuckerindustriellen. Dieser ist der berufene Vertreter sämtlicher Rohzuckerfabriken uud Raffinaden im ganzen Deutschen Reich, über welches er mit vielen Zweigvereinen verbreitet ist. Die Herren werden die be-

[1]) Ludwig von Staudy, Major a. D., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer in Posen, vertritt seit 1877 den 5. Gumbinner Wahlkreis Angerburg-Lötzen, dessen Landrat er früher war, und ist Mitglied der deutsch-konservativen Fraktion.

treffende Eingabe alle in den nichtamtlichen Zusendungen erhalten haben, deshalb will ich nicht so ausführlich auf den Inhalt eingehen. In der Einleitung heißt es ausdrücklich, daß auch Landwirte aus den verschiedensten Teilen des Königreichs Preußen an der Enquete teilgenommen haben, welche diese Rübenzuckerindustriellen veranstaltet haben. Meine Herren, ich sollte also meinen, daß alle, die unserer Zuckerindustrie und dem davon unzertrennlichen Rübenbau wohlwollen, insofern sie objektiv zu urteilen wünschen, gern auf die Basis treten werden, welche dieser große Verein in seiner Eingabe angegeben hat — vorbehaltlich selbstverständlich der eigenen Prüfung. Ich glaube, daß wir mit den beabsichtigten Amendierungen, die ja auch schon der Herr Abgeordnete Richter uns vorgeführt hat — also vor allem Erhöhung des Kontingents —, dem Zweige der notleidenden Landwirtschaft, der uns heute beschäftigt, in der Tat Nutzen bringen können, und ich glaube, daß diese Ueberzeugung von vielen geteilt wird.

Wir haben im Monat Januar bei den agrarischen Verhandlungen hier von vielen Seiten, auch solchen, die sich gegen den Antrag Kanitz prinzipiell ablehnend verhielten, manches wohlwollende Wort für die Landwirtschaft gehört; ich darf wohl annehmen, daß die Herren, die solche Worte sprachen, jetzt bereit sein werden, ihr warmes Herz für die Landwirtschaft zu betätigen

(hört! hört! rechts),

wo es sich um einen Gegenstand handelt, bei dem weder Handelsverträge noch Monopol oder Staatsbetrieb entgegenstehen, noch das alte Schlagwort von den „unentbehrlichen Lebensmitteln". Es handelt sich hier nur um den guten Willen, eine unserer größten Industrien vor großer Gefahr zu schützen, ja vielleicht vor dem Ruin zu bewahren. Und dabei will ich gleich einflechten, daß es sich bei dieser Industrie nicht nur um die Milliarden handelt, die darin investiert sind, sondern auch um die Interessen — wie das die Motive mit Recht hervorheben — eines guten Teils der Arbeiterbevölkerung. In den Motiven ist gesagt, daß über $^1/_2$ Million Arbeiter mittelbar von der Zuckerindustrie leben. Man kann mithin sagen: nahezu 3 Millionen Seelen — also immerhin ein erheblicher Bruchteil der Bevölkerung — würden leiden und sich ein anderes Unterkommen suchen müssen, wenn es mit der Zuckerindustrie nicht mehr gehen sollte.

Viele derjenigen Herren, mit welchen wir in der freien wirtſchaftlichen Vereinigung dieſes Reichstags die Sache durchgeſprochen haben, würden es vorziehen, wenn die alte Materialſteuer wiederhergeſtellt werden könnte. Dieſe Ausſicht iſt von dem Schatzſekretär Herrn Grafen von Poſadowsky in eingehender Ausführung abgeſchnitten worden. Sonſt würde dies ein berechtigter Wunſch ſein; aber es bleibt jetzt ein frommer Wunſch, wir brauchen uns nicht weiter mit ihm zu beſchäftigen. Noch andere Herren von denen, die auch etwas für die Landwirtſchaft tun wollen, wünſchen das jetzige Notgeſetz lieber zu einem dauernden zu machen, als ſich auf Experimente einzulaſſen, die nicht nur der Herr Abgeordnete Richter, ſondern auch andere Leute als gewagt bezeichnen.

Da ich eben den Herrn Abgeordneten Richter erwähnt habe, ſo möchte ich eine Sache beſonders betonen, die er meiner Anſicht nach nicht genügend in den Vordergrund geſtellt hat. Ich habe mich bemüht, der Rede desſelben aufmerkſam zu folgen; aber ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß er die ernſte Situation, wie ſie ſich im Juli nächſten Jahres entwickeln wird, wenn nichts geſchieht,[4]) ſtark genug hervorgehoben hat. Der Herr Abgeordnete hat immer von den jetzigen Verhältniſſen geſprochen, wie ſie im Laufe dieſes Jahres noch liegen; er hat aber nicht genügendes Gewicht darauf gelegt, daß im Juli des nächſten Jahres auch die jetzige geringe Prämie wegfällt.

(Sehr wahr! rechts.)

Dies wollte ich alſo unterſtreichen. Was der Herr Abgeordnete ſagte, ſtimmt ja vielfach auf den Zuſtand, wie er heute beſteht und bis zum Juli nächſten Jahres beſtehen wird, aber nicht mehr auf denjenigen Zuſtand, wie er eintreten würde, wenn wir gänzlich ohne jeden Prämienſchutz der ausländiſchen Konkurrenz gegenüberſtehen.

(Sehr wahr! rechts.)

Und nun glaube ich hier noch einſchalten zu müſſen, daß die Regierung ſich nicht nach dem Wunſche einiger Kollegen bereit finden laſſen wird, den jetzigen Zuſtand zu einem dauernden zu geſtalten. Vielleicht haben wir noch Ausſicht, in der Debatte etwas darüber zu

[4]) Am 1. Juli 1897 würden die bis dahin gültigen Exportprämien aufgehört haben; vgl. S. 122.

hören oder in der Kommiſſion, welcher ja hoffentlich die Sache überwieſen werden wird.

Ich darf vielleicht hier gleich einige kleine Richtigſtellungen über Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter anbringen, wenn ſie auch verſchiedene Kapitel ſeiner großen Rede betreffen. Im Anfang derſelben, als er noch über die 8 Tage Ferien ſprach, die dem Reichstag gewahrt wurden, ſagte er, daß die Kontrakte der Rübenbauer mit den Fabrikanten doch nicht mehr durch dieſes Geſetz betroffen werden könnten. Da iſt doch zu erwähnen, daß mir eine Anzahl Kontrakte bekannt ſind, welche die Klauſel enthalten, daß entweder 70 oder 85 Pfennig pro Zentner gezahlt werden ſollen, je nachdem dieſes Geſetz Annahme findet oder nicht

(ſehr richtig! rechts),

und zwar nicht nur in der Provinz Sachſen, ſondern auch in Schleſien. Für dieſe Kontrahenten iſt es doch wichtig, ſich je nach dem Schickſal dieſer Vorlage mit ihren ſonſtigen Wirtſchaftsmaßnahmen einrichten zu können.

Ferner hat der Herr Abgeordnete geſagt, die rentablen Preiſe, die die Zuckerrüben in den letzten Jahren erzielt hätten, wären durch hohe Zölle geſichert. Meine Herren, das iſt im vorigen Jahre nicht der Fall geweſen, ſondern da iſt gegen zwei Jahre vorher ein Sturz von 11 Mark, von 28 auf 17, eingetreten — ohne den Bruchteil.

(Hört! hört! rechts.)

Alſo, was haben da die Zölle genutzt?! Dieſe Zahlen ſprechen doch gegen die Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter, daß die hohen Zölle immer hohe Preiſe geſichert hätten.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Richter Süddeutſchland mit ſeinen 20 Prozent ins Feld führen wollen gegen Norddeutſchland. Meine Herren, da möchte ich bloß das eine Wort „Branntweinſteuergeſetz“ nennen.

(Hört! hört! rechts.)

Ich glaube, daß da der Süden ſo entſchiedene Vorteile gegenüber dem Norden davongetragen hat, daß es nur ein Ausgleich der Gerechtigkeit ſein würde, wenn hier der Süden, wie wir das mit Befriedigung vom Herrn Grafen von Poſadowsky gehört haben, das allgemeine Intereſſe obenan ſtellen und nicht Sonderpolitik treiben würde.

Wenn Herr Richter ferner die Provinzen gegen einander hat ausspielen wollen, so könnte man das Gleiche auch bei anderen Produktionszweigen, z. B. der Eisenindustrie, tun. Wie viele Provinzen haben Eisen? Das sind nur sehr wenige.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will aber in Einzelheiten nicht weiter eingehen; erwähnen möchte ich nur noch, daß auf der zweiten Seite der Motive, auf die der Herr Abgeordnete sich bezog, gerade das Gegenteil von dem gesagt ist, was er uns mitteilen wollte, in bezug auf das Steigen der Produktion im Verhältnis zum Konsum, mit einem Wort in bezug auf die Ueberproduktion. Es ist auf Seite 8 der Vorlage, nachdem die Tabelle über die Produktion der letzten fünf Jahre aufgeführt ist, zuerst gesagt, daß dazu noch kämen die im Durchschnitt 30 Millionen Doppelzentner betragende Masse Rohrzucker; dann fährt der Verfasser der Motive fort:

> Es ergibt sich seit 1890 eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Weltproduktion an Zucker um etwa 4 000 000 Doppelzentner. Erwägt man, daß die durchschnittliche jährliche Zunahme des dieser Produktion gegenüberstehenden Konsums in dem gleichen Zeitraum sich auf nicht über $2^1/_2$ bis 3 Millionen Doppelzentner stellen wird, so erhält man als natürliche Folge eine stetige Vermehrung des Angebots auf dem Weltmarkt zu immer billigerem Preise.

Da muß der Herr Abgeordnete Richter also die letzten Zeilen nicht gelesen haben; denn daraus ist leicht durch ein Subtraktionsexempel festzustellen, daß seit dem Jahre 1890 jedes Jahr 4 Millionen minus $2^1/_2$ bis 3 Millionen, also jedes Jahr durchschnittlich $^5/_4$ Millionen Doppelzentner mehr produziert worden sind, als die steigende Bevölkerung aufzunehmen imstande war.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, das ist als wichtiges Moment festzuhalten für die Frage der Ueberproduktion. Denn an diesen $^5/_4$ Millionen Zentnern jährlicher Ueberproduktion, die die Vorlage herausrechnet, ist Deutschland am allermeisten beteiligt. Deutschland ist mit 48 Prozent an der Produktion — ich sage nicht: an der Ueberproduktion, sondern an der

Geſamtproduktion —, die ſich von 1891 auf 1894 ſo enorm geſteigert hat, beteiligt.

Ich verlaſſe damit die Rede des Abgeordneten Richter und nehme den Faden desjenigen, was ich ſagen wollte, wieder auf. Ich hatte die beiden anderen Möglichkeiten, die innerhalb des Hauſes erwogen worden ſind, erwähnt, die aber als ausgeſchloſſen zu betrachten ſind. Da bleibt eben nur übrig, ſich die Frage vorzulegen: Was iſt praktiſch erreichbar? — denn ich glaube nicht, daß die Mehrzahl des hohen Hauſes die deutſche Landwirtſchaft bei dem traurigen Zuſtand des Körnerbaues auch noch bei dem Zuckerrübenbau in die Lage bringen will, daß ſie vom nächſten Juli ab ſchutzlos der ganzen fremden Konkurrenz preisgegeben iſt. Wir müſſen alſo auf den Weg der praktiſchen Erwägungen treten, und da gibt die Vorlage der Regierung die richtige Tendenz an, wenn wir ſie auch nicht in allen Einzelheiten billigen können.

In der Hauptſache — darauf iſt auch nicht genügend Gewicht gelegt worden von dem Herrn Abgeordneten Richter — handelt es ſich ja um eine vorübergehende Maßregel

(ſehr richtig! rechts),

ja lediglich um ein Kampfmittel, welches das Ziel verfolgt, das wir alle erſtreben, daß ſämtliche Zuckerprämien möglichſt abgeſchafft werden ſollen. Meine Herren, ohne ein ſolches Kampfmittel werden wir das nicht erreichen. Vor fünf Jahren ſind die verbündeten Regierungen in edelmütiger Weiſe vorgegangen und haben gehofft, man werde ihnen nachfolgen.

(Heiterkeit.)

Dieſe Hoffnung hat ſich als illuſoriſch erwieſen; und wenn der Herr Abgeordnete Richter jetzt auch ſagt, es ſtände kein Vorbehalt in den damaligen Motiven, ſondern ein ſolcher wäre bloß vom Regierungstiſch aus gemacht worden, dahin gehend, daß man mit dem Reichstage zu erwägen haben würde, was zu geſchehen hätte, wenn die anderen Staaten nicht folgten, ſo meine ich, daß das auf dasſelbe hinausgeht; was ein Vertreter der verbündeten Regierungen vom Regierungstiſche ſagt oder was in den Motiven ſteht, ſollte ein und dieſelbe Wirkung haben.

Nun ist aber eine Situation eingetreten, in der die Regierung mit Recht auf diesen Vorbehalt zurückkommt. Die Vorlage will nur eine vorübergehende Maßregel, sonst stehen wir vor einem Vakuum.

Von verschiedenen Seiten sind die Prämien erwähnt worden, die andere Staaten zahlen. Ob 7 Mark oder 8 Mark, die für Frankreich genannt sind, richtig sind, kommt nicht in Betracht. Ich nehme an, daß die Zahl des Herrn Staatssekretärs richtig ist, und daß er in der Lage ist, die Zahl des Herrn Abgeordneten Richter zu kontrollieren, worum der Herr Abgeordnete selbst gebeten hat. Nach der Angabe des Herrn Grafen Posadowsky beläuft sich die französische Zuckerprämie auf über 8 Mark, also sechsmal soviel wie bei uns. Wir wollen ja auch lange nicht so hoch gehen wie die französische Prämie ist. Aber das hohe Prämiensystem unserer Nachbarstaaten bildet für uns eine Zwangslage, ähnlich wie sie in militärischer Beziehung vorliegt. Wenn unsere großen Nachbarstaaten plötzlich ihre Armeen auf die Hälfte reduzieren würden, so würden wir sofort nachfolgen; wir würden dann viel mehr ersparen, als auf anderen Gebieten erspart werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Alle Steuerzahler würden das mit Freude begrüßen. Die Armee ist auch nur ein Kampfmittel, um unsere staatliche Selbständigkeit erhalten zu können. So soll diese Vorlage auch nur ein Kampfmittel sein, um die Unabhängigkeit unserer großen Zuckerindustrie zu erhalten.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir diesen Zweck erreichen, so fällt mit der Prämie auch die Verbrauchsabgabe; denn es ist nicht zu glauben, daß irgend eine Regierung die Verbrauchsabgabe in solcher Lage beibehalten würde. Man würde ja eine entsprechende Bestimmung in die Vorlage hineinbringen können.

Nun ist diese Ueberproduktion, von der ich vorhin sprach, deshalb bei uns so groß geworden, weil der Körnerbau nicht mehr rentiert.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist meiner Ansicht nach die Grundlage der ganzen Frage. Diese hat aber Herr Richter ganz umgangen. Weshalb hat man sich mit einer Steigerung von 13 auf 18 Millionen auf den Rübenbau geworfen, bis man auch hier mit dem Gesicht an der Wand steht und

dem heißt es, daß, wenn man nicht durch den Antrag Kanitz die Intereſſen dieſer Bauern befriedigt, ſie der Monarchie den Rücken kehren und ſich der Revolution anſchließen werden. Dieſe Ausführung habe ich einfach charakteriſiert durch die Ihnen allerdings ſehr unbequemen Worte: Kein Kanitz, keine Königstreue!

Darauf Graf von Bismarck:

Ich kann hierauf nur wiederholen — die ſämtlichen Herren, die hier anweſend waren, werden mir beiſtimmen —, daß der Schluß meiner Rede ſo gemeint und geſagt war, wie ich eben deklariert habe. Wenn der Herr Abgeordnete Richter ſich auf eine nicht verantwortliche Korreſpondenz, die mir nicht bekannt iſt, bezieht

(Lachen links),

ſo iſt das ſeine Sache. Aber mich geht die Korreſpondenz des Herrn Oldenberg nichts an; ich habe ſie nicht geſehen, und ich weiß nicht, was darin ſteht. Ich rufe wiederholt die geſtern anweſenden Herren als Zeugen meiner Worte an. Ich habe nur ein Wort, und nachdem ich meine geſtrige Aeußerung wiederholt feſtgeſtellt, iſt das, was Herr Richter ſagt, mir ganz einerlei.

(Bravo! rechts.)

29. Rede. In Schönhauſen.

Am 16. Februar 1896.[1])

Am 16. Februar 1896 fand in Schönhauſen eine große Verſammlung von Mitgliedern des Bundes der Landwirte ſtatt, die der Reichstagsabgeordnete Graf Bismarck kurz nach 3 Uhr mit einem Hoch auf den Kaiſer eröffnete. Des weitern erinnerte er an die vor 2 Jahren in den gleichen Räumen abgehaltene Verſammlung und bemerkte,

daß die Zeiten für die Landwirte ſeitdem leider nicht beſſer geworden ſeien. Im Reichstag hätten ſich, wie allgemein bekannt, diejenigen Mitglieder, denen die große Not der heimiſchen Landwirtſchaft wirklich am Herzen läge, verſchiedentlich bemüht, Wege vorzuſchlagen, auf denen Abhülfe zu ſchaffen ſei; damit ſei immerhin erreicht, daß die Regierungen in gewiſſem Umfange Entgegenkommen verſprochen hätten. Das Schlimme ſei nur, daß man ſich regierungs-

[1]) Vgl. Deutſche Tageszeitung vom 18. Februar 1896 (M.-A.).

keiten, auf die ich nicht eingehen will, um mich nicht dem Vorwurf der sogenannten Kannegießerei auszusetzen.

(Heiterkeit.)

In ein paar Jahren wird also auf Kuba wieder Ordnung sein; und wenn dort einjähriges Zuckerrohr eingeführt wird, was sich in Aegypten bewährt haben soll, so wird die Krisis umso schneller überwunden. Eine hohe Steigerung der Rübenbaues bei uns würde dann zu einer Katastrophe führen, und ich glaube, der Herr Staatssekretär hat recht, daß in diesem Falle der Osten zuerst getroffen werden würde und noch mehr als die kapitalkräftige Zuckerfabrikation in Zentraldeutschland. Wie den Herren bekannt sein wird, wird vielfach im Osten, wo sich Gelegenheit für Genossenschaften und größeren Rübenbau bietet, von Maschinenfabriken die Fabrik einstweilen umsonst gebaut. Das gibt nachher Abschlagzahlungen, eine erhebliche Belastung über die Kapitalanlage hinaus, und die Katastrophe muß kommen, wenn wir im Juli 1897 vor ein Vakuum gestellt werden. Dem kann nur die Kontingentierung vorbeugen, die allerdings auf 17 Millionen entsprechend den Petitionen, die uns vorliegen, bemessen werden müßte; sonst würde wegen der Notlage des nicht mehr rentierenden Körnerbaues der Rübenbau ins Ungemessene getrieben werden, wie wir das vor zwei Jahren erlebt haben.

Ferner ist auch ohne Kontingentierung keine Prämienzahlung möglich. Herr Graf Posadowsky hat mit Recht gesagt, daß ihm das Geld nicht, wie weiland das Mannah in der Wüste in den Schoß fiele.

Die Frage des Exports ist eine hochwichtige. Der Zuckerexport steht an vierter Stelle unserer Gesamtausfuhr. Es gibt bloß drei Gegenstände, nämlich Wollenwaren, Drogen sowie Chemikalien und Eisenwaren, die eine höhere Stelle in unserem Export einnehmen, dann kommt gleich der Zucker mit 232 Millionen, das ist 7 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Unsere Handelsbilanz ist nicht so beschaffen, daß man leichtsinnig auf diesen großen Posten verzichten könnte. Soviel ich aus den letzten Monatsheften des Statistischen Amts ersehe, schließt unsere Handelsbilanz von 1895 mit 4,5 Milliarden Einfuhr und 3,4 Milliarden Ausfuhr ab, also mit 800 Millionen Unterbilanz.

(Hört! hört! rechts.)

Wenn der Zuckerexport sich verringerte, so wäre das um so nachteiliger, als dieser Export der einzige ist, an dem die Landwirtschaft erheblich beteiligt ist. Der Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse, also fast ausschließlich Getreide, figuriert mit 607 Millionen Mark. Hiermit ist unsere Landwirtschaft geschlagen.

(Hört! hört! rechts.)

Dies gibt den wesentlichsten Anteil an unserer Unterbilanz.

Den Teil der Rede des Herrn Abgeordneten Richter wollte ich noch besprechen, indem er sagte, daß, wenn man den bisherigen Reichsbeitrag zurechnete, eine Mehrbelastung von über 50 Millionen beabsichtigt wäre, bei der die Regierung ein Geschäft von 14 bis 15 Millionen machte. Nun, meine Herren, die Bedenken können wir dem Herrn Abgeordneten Richter gern dadurch benehmen, daß wir vorschlagen, den bisher geleisteten Reichsbeitrag auch weiter zur Verfügung zu stellen. Dann würde nur eine Mehrbelastung von 36 Millionen für die höhere Verbrauchsabgabe in Frage kommen, und auch die nur abzüglich der Betriebssteuer und der Erhebungskosten. Da der Herr Schatzsekretär erklärt hat, das Reich wolle keine Geschäfte machen, so kann im Lauf der Kommissionsberatung vielleicht ein derartiger Antrag mit Erfolg gestellt werden.

Entscheidend ist natürlich die Höhe des Kontingents. In den letzten 6 Jahren betrug unsere Zuckerproduktion 13,4 — 12,0 — 12,3 — 13,7 — 18,3 — 14,3 Millionen Doppelzentner, durch 6 dividiert ergibt das rund 14 Millionen als Jahresdurchschnitt. Diese Summe will die Regierungsvorlage kontingentieren, wir halten sie aber für zu niedrig gegriffen. Wenn Sie nach dem Antrag der Rübenzuckerinduſtriellen das Kontingent auf 17 Millionen bringen könnten, so würden sämtliche Kaufrübeninteressenten mit gedeckt sein. Es ist gar nicht denkbar, daß der Durchschnitt sich plötzlich so erhöhen sollte, sondern wir würden durch die Vorlage auf einen gesunden Zustand kommen; dann werden die Kaufrübenbauern sich besser stehen, als wenn sie solche Schwankungen durchmachen, wie sie vom vorigen zum vorvorigen Jahr stattfanden, wie Herr Richter mit Recht erwähnt hat. Sogar nur 140 Pfennig pro Doppelzentner Rüben haben Herren in meiner Gegend bekommen, Herr Richter hat 150 als Minimum angeführt. Bei dieser Berechnung sind die Schnitzel schon einbegriffen,

40 Prozent Schnitzel gleich 10 Pfennig. Ich könnte auf Wunſch ſolche Kontrakte hier vorlegen. Natürlich wird dabei mit Verluſt gearbeitet; hat man aber einmal Rübenkultur, dann iſt es ſchwer, ſie zu ändern; deshalb wird ſie im Notfall auch ein paar Jahre ſelbſt mit Verluſt fortgeſetzt, aber lange kann das niemand aushalten. In billigen Gegenden koſtet die Herſtellung des Zentners Rüben mindeſtens 75 Pfennig für den ſparſamſten Landwirt.

Auf die finanziellen Details, die der Herr Abgeordnete Richter uns mit vielen Zahlen vorgeführt hat, will ich nicht näher eingehen; denn ich habe die Hoffnung, daß die Sache in der Kommiſſion beraten werden wird, und wir können die finanziellen Seiten hier doch nicht ſo gegeneinander abwägen.

Ein wichtiger Punkt, der Erwähnung verdient, iſt das Verhältnis der Raffinade zum Rohzucker. Es kann die Prämienzahlung weſentlich beeinfluſſen, wenn die Ausfuhr der Raffinade ſteigen ſollte, im Verhältnis zum Rohzucker, das jetzt, ſoviel ich weiß, 40 Prozent iſt. Auch das wird bei Bemeſſung der Prämien in der Kommiſſion zu erwägen ſein.

Nun komme ich zur Betriebsſteuer. In der Beziehung ſind auch verſchiedene Anſichten zu unſerer Kenntnis gelangt. Die Eingabe der großen Rübenzuckerinduſtriellen iſt für Abſchaffung der Betriebsſteuer, der landwirtſchaftliche Zentralverein in meiner Heimat, Provinz Sachſen, iſt aber für Beibehaltung und führt in den Motiven aus — was mir leidlich geſchienen hat —, daß die Zuckerinduſtriellen doch auch mit 3 bis 4 Millionen herangezogen werden ſollten.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat etwas für ſich, ich will aber ſagen: non liquet, und nur beide Anſichten anführen. Es mögen beſſer unterrichtete Herren darüber entſcheiden.

Ueber die Verbrauchsabgabe möchte ich die ſehr richtigen Worte der Motive betonen, welche ſagen, es handle ſich nicht ſowohl um eine Steigerung als vielmehr um die Wiederherſtellung altgewohnter Preiſe.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Zucker koſtete vor 10 bis 15 Jahren etwa 60 Pfennig das Pfund — jedenfalls mehr als doppelt ſo viel wie heute. Nun haben

wir konſtatiert, daß der Preis des Zuckers in den letzten 5 Jahren ſehr erheblich geſchwankt hat, 1891 bis 1892 ging er von 24,54 auf 28,50; trotzdem hat der Zuckerkonſum erheblich zugenommen, und zwar iſt in den letzten 5 Jahren der Inlandsverbrauch genau um eine Million Doppelzentner geſtiegen. Wie ſchnell ſich die Konſumenten an die Preiſe gewöhnen, iſt daraus erſichtlich, daß die höchſte Steigerung in dem Jahre ſtattfand, in dem die Preiſe ungefähr konſtant waren, nach der letzten Steigerung von 24,54 auf 28,50 — um mehr als 300 000 Doppelzentner. Ich führe das nur an, um zu zeigen, daß die geringe Preisſteigerung von 4 bis 5 Pfennig auf das Pfund, wo der Zucker ſchon ſo wohlfeil iſt, in der Tat keine Abnahme des Konſums herbeiführen kann. Es mag ſein, daß die Steigerung ſich in geringerer Progreſſion hält; aber dann müſſen wir ſagen, daß es ſich bei der Vorlage um eine vorübergehende Maßregel handeln ſoll, die ich in dem Sinne zu erklären bitte, wie ich das mit meinem vorhin geſtellten militäriſchen Vergleich andeutete.

Es gibt, wenn auch vorauszuſehen war, daß dieſe Verbrauchsabgabe am meiſten angegriffen werden würde, im Rahmen der Vorlage doch kein anderes Mittel, um einen Prämienfonds zu ſchaffen. Ich betone dabei wiederholt: es handelt ſich um ein Genußmittel, deſſen vermehrten Verbrauch wir wünſchen, aber nicht um ein unentbehrliches Lebensmittel. Andererſeits müſſen wir aber, wenn wir dieſe Verbrauchsabgabe als ein bedauerliches Compelle zur Erreichung der Vorlage betrachten, bedenken, daß ein erfreulicher Teil unſeres nationalen Wohlſtandes, ein großer Bruchteil des Exports und viele Millionen Exiſtenzen an der Zuckerinduſtrie beteiligt ſind, welche ihr Vermögen dort inveſtiert haben, oder durch ihrer Hände Arbeit ihren täglichen Lebensunterhalt dabei verdienen.

Ich möchte mit dem Antrag ſchließen, daß dieſe Vorlage einer Kommiſſion von 21 Mitgliedern überwieſen wird; und ich tue das mit dem Wunſche, daß dieſe Kommiſſion sine ira, sed multo cum studio arbeiten möge.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

31. Rede. Im Reichstag.

Am 23. April 1896.[1])

Die Bäckereiverordnung.

Fortsetzung und Schluß der Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Freiherr von Manteuffel und Genossen, betreffend die Bestimmungen des Bundesrats über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien.

Nach den Abgeordneten Dr. Vielhaben und Eug. Richter nimmt das Wort der Abg. Graf von Bismarck:

Herr von Buchka und andere haben gestern schon auseinandergesetzt, was uns zur Einbringung der Interpellation veranlaßt hat. Das waren in erster Linie natürlich die rechtlichen Bedenken, die soeben auch vom Herrn Vorredner[2]) sehr treffend behandelt worden sind. Zweitens waren es die Bedenken gegen das zur Anwendung gebrachte Prinzip des Maximalarbeitstages und drittens die Rücksicht auf die Bedrängnis, in welche das ehrsame Bäckergewerbe jetzt zu geraten fürchtet.

Ueber den ersten Punkt will ich mich nicht näher auslassen; ich würde etwas Neues nicht mehr sagen können nach dem, was die mir politisch befreundeten Herren gestern darüber schon geäußert haben, und nach dem, was soeben der Herr Vorredner mit Sachkunde und Ueberlegung ausgeführt hat. Ich freue mich, sagen zu können, daß ich den staatsrechtlichen Standpunkt des Herrn Vorredners, den er zuletzt noch in einem Appell an die Regierung zusammengefaßt hat,[3]) durchaus teile.

(Hört! Hört! aus der Mitte. Heiterkeit.)

---

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 4. Session, Bd. IV, S. 1877 ff.

[2]) Abg. Richter.

[3]) „Deshalb, meine ich, sollte man mindestens in den Regierungskreisen aus dieser Verhandlung den Schluß ziehen, daß, wenn es sich wieder einmal um eine solche weit eingreifende Maßregel handelt, man den ordentlichen Weg der Gesetzgebung beschreitet und nicht von einem Verordnungsrecht des Bundesrats Gebrauch macht."

Was die Bedenken gegen das Prinzip des Maximalarbeitstages betrifft, ſo hat der Herr Graf zu Inn- und Knyphauſen geſtern ſchon den Standpunkt, welchen die Interpellanten und welchen auch die große Mehrheit des Hauſes einnimmt, dargelegt. Sie beruhen hauptſächlich darauf, daß in der logiſchen Entwicklung der Maximalarbeitstag, ſobald er aus irgend welchen Gründen einmal eingeführt iſt, zum Normalarbeitstag führen muß, und dieſer hat in unſerer heutigen ſtaatlichen Ordnung keinen Rahmen und bedeutet den Umſturz unſeres wirtſchaftlichen Syſtems, iſt alſo unannehmbar. Mit großem Recht hat der Herr Abgeordnete Merbach [4]), der ja ſelbſt Mitglied für die Kommiſſion der Arbeiterſtatiſtik iſt, geſtern hervorgehoben, es würde überhaupt zu viel reglementiert. Er hat auch andere Verordnungen und Maßregeln geſtreift, welche viel Unruhe im Lande hervorgerufen haben, beſonders die über zu frühen Ladenſchluß und über Uebertreibungen des Prinzips der Sonntagsruhe. Meine Herren, wenn Sie auf das Land und in kleine Städte kommen, wo man viel mehr von ſolchen Maßregeln geplagt wird als in der Großſtadt, ſo werden Sie ſehen, wie beunruhigend groß die Unzufriedenheit über ſolche Eingriffe, über ſolche Bevormundung, über ſolches Reglementieren vom grünen Tiſche iſt. Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Merbach gerade als Mitglied der Kommiſſion die Initiative dazu genommen hat, ſolche Sachen zu beſprechen, auch ſogar die „Voſſiſche Zeitung“ hat ſich in ziemlich ſtrammen Artikeln in ähnlichem Sinne ausgeſprochen, und ich meine, die Herren, die am grünen Tiſche ſitzen und ſich freuen oder auch nicht freuen, uns zu regieren, ſollten ſich davor hüten, Unzufriedenheit zu erregen. Das geſchieht aber durch ſolche Eingriffe, wie ſie die jetzige Verordnung in Bezug auf das Bäckergewerbe bezweckt. Es iſt ganz richtig von dem Herrn Vorredner darauf aufmerkſam gemacht, daß ſich kein Gewerbe mehr ſicher fühlt; heute mir, morgen dir — man weiß nicht, wie plötzlich reglementiert werden kann, und gewiß wäre es nach der konſtitutionellen Auffaſſung beſſer geweſen, den Reichstag mit der vorliegenden Materie zu befaſſen, als ohne die Befragung des Reichstags vorzugehen.

[4]) Kurt Merbach, Geheimer Bergrat in Freiburg i. S., vertrat in der VI.—IX. Legislaturperiode (1884—1898), den 9. ſächſiſchen Wahlkreis (Freiberg) und gehörte der Reichspartei an.

Auch Mitglieder anderer Parteien, wie die Herren Siegle[5]) und Pachnicke[6]), die nicht überall auf dem Standpunkt der Interpellanten stehen, haben sich in dem Sinne geäußert, daß gerade das Bäckergewerbe nicht geeignet scheine zur Einführung des Maximalarbeitstages. Dies, meine Herren, ist festzuhalten; denn die Behauptung, daß es vom gesundheitlichen Standpunkt am notwendigsten wäre, gerade im Bäckergewerbe einzugreifen, hat sich in der gestrigen und heutigen Debatte als nicht stichhaltig erwiesen. Die ferner vom Bundesratstisch gefallene Behauptung, daß die Kleinbetriebe nicht getroffen würden, kann ich nicht als richtig anerkennen; denn sonst würden diese doch nicht so stark reklamieren. Ich weiß, daß außer mir und vielen Herren von dieser Seite des Hauses auch Mitglieder anderer Fraktionen ziemlich betrübt abgefaßte Reklamationen und Petitionen aus ihren Kreisen bekommen haben, in denen sich die Bäckermeister bitter beschweren. Sollten die gar nicht betroffen werden, so würden sie sich doch nicht die Mühe machen, sich um nichts und wieder nichts der ihnen ungewohnten Beschäftigung des Schreibens hinzugeben. Ich habe aus mehreren Städten meines Wahlkreises solche Schreiben von Innungen bekommen und bitte um die Erlaubnis, einige Zeilen aus einem derselben vorzulesen, in denen ich in beweglicher Weise gebeten werde, „für die gerechte Sache einzutreten". Es heißt da weiter:

> Wir bitten, das Unheil, welches uns besagtes Gesetz bringen würde, wenn möglich von uns abzuwenden. Mit Furcht und Zittern sehen besonders die Bäckereibesitzer in den kleinen Städten der Zeit entgegen, wo dieses aus der Sozialdemokratie hervorgegangene Gesetz in Kraft treten und die Existenz so mancher ehrenwerter Meister vernichten wird. So haben wir beispielsweise 2 bis 3 Tage vor jedem Hauptfeste sehr viel Kuchenbäckerei, wo wir uns mit wenig Schlaf begnügen müssen. Diese Anstrengungen werden aber vollständig aufgewogen durch die

[5]) Gustav Siegle, Geheimer Kommerzienrat in Stuttgart, in der VII.—IX. Legislaturperiode (1887—1898), Vertreter des 1. württembergischen Wahlkreises (Stuttgart). Nationalliberal.

[6]) Dr. Hermann Pachnicke, Schriftsteller in Berlin, vertritt als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung seit 1890 den 3. Wahlkreis von Mecklenburg-Schwerin (Parchim-Ludwigslust).

Ruhepauſen nach dem Feſte, wo wir faſt acht Tage nichts zu tun haben. — Was ſollten wir armen bedrückten Meiſter aber anfangen, wenn unſer Lehrling oder Geſelle ſich in den Arbeitstagen auf Paragraph ſo und ſo beruft und uns in der Arbeit ſtecken läßt? Wir müßten die Arbeit allein zu überwältigen ſuchen; die Teige, die nicht verarbeitet würden, wären verloren, und wir Meiſter müßten den Schaden tragen. Würde durch dieſe Ueberanſtrengung nicht die Geſundheit und das Leben ſo mancher Familienväter gefährdet?

Meine Herren, ſo geht es noch etwas weiter in dieſem ſchmerzlichen Tone. Ich kann wohl ſagen, daß mir das Eindruck gemacht hat. Die Bäcker in den kleinen Städten ſind anſehnliche und ruhige Leute, die gewiß Anſpruch auf Schutz verlangen können.

Meine Herren, es ſind aber nicht nur die Meiſter, ſondern zum Teil auch die Geſellen, die ich habe mündlich ſprechen können, die denſelben Standpunkt einnehmen. Der Herr Vorredner hat auch geſagt, daß ſelbſt Geſellenvereine ſich ablehnend ausgeſprochen haben; es iſt dies leicht zu verſtehen, wenn man bedenkt, daß deren Mitglieder ſich die Zeit vor Augen halten, in der ſie Meiſter ſein werden. Manche ſtehen ſehr nahe vor dieſer Epiſode des Lebens, und andere, die weitblickend genug ſind, wollen ſich nicht als Geſellen eine Stellung einrühren, an der ſie als Meiſter nachher zu leiden hätten.

Meine Herren, in nuce enthält die Eingabe des Zentralverbandes der Bäckerinnungen „Germania“ an den Bundesrat vom Dezember 1895 alles Sachliche, was über die Frage geſagt werden könnte, und ihr Inhalt iſt von einigen Herren ziemlich breit verwertet worden.

Der Herr Abgeordnete Merbach hat geſtern erklärt, daß keine Petitionen an den Reichstag hätten kommen können, weil die Sache auf dem Verordnungsweg erledigt worden wäre. Aber, meine Herren, die Bäcker haben getan, was ſie konnten, indem ſie am 9. Dezember 1895 an den Bundesrat geſchrieben haben. Ob ſie eine Antwort erhalten haben, weiß ich nicht. In dieſer Eingabe iſt geſagt, daß die kleinen Betriebe ſogar 99 Prozent betragen. Einer der Herren Vorredner hat geſagt, ſie betragen 95 Prozent — nun, das kommt beinahe auf dasſelbe hinaus. Immerhin verdient dieſe erdrückende Majorität

mehr Rückſicht als der kleine Bruchteil der Betriebe, auf die dieſe Verordnung gemünzt ſein ſollte. Uebrigens führt dieſe Petition überraſchend günſtige Zahlen für die Geſundheitsverhältniſſe im Bäckereigewerbe an; zum Beiſpiel ſagt ſie, daß die Sterbeziffer der in der Innungskaſſe befindlichen Bäcker nur 2,2 betrage, während ſämtliche anderen Arbeiter, die verſichert waren, 9,9 Prozent ausmachen. Ferner führt ſie an, daß das Durchſchnittsalter der Bäcker, welches ſie nach der Feſtſtellung des Geſundheitamts erreichen, 57, bei den Zimmerleuten 55, bei den Tiſchlern 49 Jahre iſt. Alſo muß die Bäckerei verhältnismäßig für eins der geſundeſten Gewerbe gelten.

Meine Herren, der Bericht der Kommiſſion, der über 30 Seiten lang iſt, und den ich mir die Mühe genommen habe, genau durchzuleſen, iſt nach meiner Meinung nicht ſehr überzeugend. Einmal heißt es auf der erſten Seite, daß nur 10 Prozent vernommen worden ſind. Meine Herren, wie die anderen 90 Prozent ſtehen, wiſſen wir daraus nicht. Ferner wird das Zahlenverhältnis der Mehrheiten, die beſchloſſen haben, nicht angegeben, und außerdem gibt der Bericht auf Seite 15 die Möglichkeit einer, wenn auch nur geringen Schädigung für die Gewerbe und die Beteiligten zu. Dann atmet er eine zu ſtarke Sucht zur Bevormundung und Maßregelung, um die Intereſſen der Arbeiter auch gegen ihre eigenen Wünſche wahrzunehmen, ſodaß man wieder nur grünes Tuch vor Augen ſieht. Der Herr Abgeordnete Merbach, der, wie geſagt, Mitglied der Kommiſſion iſt, hat ausdrücklich ausgeführt, daß in dem Bericht der Kommiſſion der Nachweis nicht geführt worden iſt, daß die Bäckerei ein geſundheitsſchädliches Gewerbe wäre. Meine Herren, das müſſen wir feſthalten. In den vom Bundesratstiſch gefallenen Aeußerungen iſt den Reden aus dem Hauſe nicht genügend Rechnung getragen worden, und manches iſt unwiderlegt geblieben. Es iſt die Wendung gebraucht worden, die Verordnung möchte Nachteile mit ſich bringen, man gewöhnte ſich aber an alles. Ja, der Einäugige muß ſich an das eine Auge, der Einarmige muß ſich an den einen Arm gewöhnen; das iſt unbeſtreitbar. Aber wenn man vor der Frage ſteht: Soll man ſich einer Verkrüppelung ausſetzen? — ſo wird man ſie natürlich verneinen; und das Bäckereigewerbe ſteht nach ſeiner Auffaſſung vor der Ausſicht einer Verkrüppelung! Wenn überhaupt ein Eingriff ſtattfinden ſollte, ſo bin ich der Anſicht, die

einige der Herren gestern vertraten, daß es dann immer noch besser wäre, eine wöchentliche Maximalarbeitszeit festzusetzen

(hört! hört! rechts);

damit würden die Bäckereibesitzer sich eher abfinden. Aber es liegt überhaupt kein Anlaß zu einem Eingriff vor, am wenigsten auf gesundheitlichem Gebiete, und nur dies letztere Motiv würde, wie der Herr Vorredner ausgeführt hat, ihn veranlassen können, der Einführung des Maximalarbeitstages hier zuzustimmen. Nach allem, was wir gehört haben, scheint der vorliegende Eingriff der Verordnung in der Tat nicht gerechtfertigt zu sein. Ich meine, man hätte jedenfalls warten können; die Sache eilt ja nicht so sehr. Ich teile in dieser Beziehung die Meinung des Herrn Abgeordneten Hilpert, daß, wenn einmal eine Regelung stattfindet, die beste diejenige durch die Beteiligten selbst sein würde, und bedaure mich seinem Bedauern an, daß bisher immer noch keine Vorlage über die Organisation der Handwerker eingebracht ist; denn ich meine, die einzige Möglichkeit über Eingriffe wird viel geringer sein, wenn die betreffenden Handwerker sie über sich selbst verhängen, wenn sie, wie das der Herr Abgeordnete Hilpert auseinandergesetzt hat, sich organisiert sind, sodaß die Regelung der Arbeitszeit den Innungen überlassen wird. Das halte ich für einen berechtigten Standpunkt, und ich bitte, mit dem Herrn Abgeordneten Hilpert mich in diesem Falle auf denselben Boden begeben zu können.

Wenn der Herr Staatssekretär gestern gesagt hat, es wäre besser, eine Verordnung abzulehnen, als ein Gesetz, weil eine solche sich jeden Tag verändern läßt, so möchte ich im Interesse unserer Prinzipien und der Volksvertretung bitten, daß diese Tag möglichst bald eintreten möchte.

(Heiterkeit.)

Ich habe vorhin, nur Zwischenrufe sind gefallen worden, die eben nicht aufgenommen werden konnten, wie es auf der Tagesordnung steht. Wir sind bei der Beratung auf die Tagesordnung, haben wir gehört gehabt. Der laute Beifall, der von der Seite der Herren Tagesordnungen erfolgte, als die beiden Herren [illegible] sagten, daß diese Beratung

[illegible]

nach ihrem Glauben ihnen nutze; und da möchte ich doch den Herren Bundesräten jene Aeußerung in Erinnerung bringen. Bisher ist die Bäckerei ein im ganzen antisozialistisches Gewerbe; aber, meine Herren, es kann dahin führen, daß, wie die Unzufriedenheit überall den sozialdemokratischen Weizen in Blüte treibt, auch die Bäcker der Sozialdemokratie zugetrieben werden. In der Ihnen vorgelesenen Eingabe hieß es, daß die Verordnung den Sozialdemokraten gefalle. Aber zufrieden werden wir die Sozialdemokratie — wir gewiß nicht, auch die jetzige Regierung nicht — niemals machen können. Der gestrige Redner der Sozialdemokraten, Herr Abgeordneter Molkenbuhr*), hat geäußert, die ganze Arbeiterfreundlichkeit sei nur platonisch. Meine Herren, dagegen möchte ich doch auf das nachdrücklichste Verwahrung einlegen. Die Arbeiterfreundlichkeit der großen Mehrzahl des ganzen Hauses steht unbestritten auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaft vom November 1881, und im Sinne dieser Botschaft ist bei uns in den letzten 12 bis 15 Jahren für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen mehr geschehen, als in irgend einem anderen Staate.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Molkenbuhr nennt das platonisch; die Sozialdemokraten sind eben nur zufrieden zu stellen durch ihren Zukunftsstaat; alle solche Verordnungen, wie die vorliegende, sind ihnen nur willkommene Pflastersteine auf ihrem Wege. Vor drei Tagen sagte Herr Abgeordneter Bebel im Brustton der Ueberzeugung: Meine Herren, wir leben doch nur von Ihren Fehlern! — Ich kann mich nun des Eindrucks nicht erwehren, daß die vorliegende Verordnung einen solchen Fehler bedeutet.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb habe ich es für meine Pflicht gehalten, meine Stimme dagegen zu erheben und davor zu warnen, auf diesem abschüssigen Wege weiter vorzugehen.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Auch zu dieser Rede des Grafen Herbert Bismarck liegt eine ausdrückliche Zustimmung seines Vaters vor. Graf Rantzau schreibt nämlich an den Grafen Herbert Bismarck am 24. April:

*) Hermann Molkenbuhr, Zigarrenmacher in Ottensen, seit 1890 Mitglied des Reichstages; Sozialdemokrat.

ist, die Regierung wegen der Aenderung ihrer Politik in dem von ihm enthüllten Punkte zur Verantwortung zu ziehen, dann seien Sie auch Patrioten und sprechen Sie hier von der verantwortlichen Stelle im Reichstage diese Angriffe auch aus. Sie haben es nicht getan, und der Herr Graf Bismarck hat es auch nicht getan. Es ist eins der bemerkenswertesten Ergebnisse der heutigen Sitzung, daß er sich auf das, was hier gesagt worden ist, mit keinem Worte zu verteidigen und die Anklagen zu substanzieren und zu verantworten veranlaßt fand.

(Sehr richtig! links.)

Er ist ja doch sonst der Vertreter seines Vaters. Wenn er, sich in die Angelegenheit von Amerika einmischend, der Silberpartei empfiehlt, sie sollen die Doppelwährung einführen, dann ist er der Interpret seines Vaters. So soll er auch hier auftreten und diese Politik gleichfalls vertreten. Wir müssen den Eindruck in uns aufnehmen, daß sie sich öffentlich und anders als anonym überhaupt nicht vertreten läßt."

(Bravo! links.)

Darüber äußerte sich in einer persönlichen Bemerkung Graf von Bismarck folgendermaßen:

In bezug auf die persönliche Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter kann ich nur wiederholen, was der Herr Graf von Mirbach schon für mich zu erklären die Güte hatte, daß mir ein Interview, über welches hier kurz vor Eröffnung der Sitzung in den Hausfluren ein Blatt[4]) herumgereicht wurde, vollkommen unbekannt ist, und daß ich es in dieser Form für apokryph halte.

Der letzte, oder vorletzte Redner, Herr Haußmann, hat sich persönlich mit mir beschäftigt und hat, soweit ich seine Mundart verstehen konnte, etwas von Amerika und Doppelwährung und Interview gesagt; ich weiß nicht genau, in welchem Zusammenhang, nehme aber daraus Anlaß, zu erklären, daß ich keinerlei Interview mit irgend einem Amerikaner während des Laufes der letzten Jahre gehabt und über Doppelwährung mit keinem Journalisten gesprochen habe. Sollte ich mich geirrt haben, so liegt das an dem mir nicht ganz geläufigen Dialekt des Herrn Haußmann. Ich habe es so verstanden und einige Herren neben mir auch. — Soviel ich mich erinnere, sagte Herr Haußmann: Da ich der Interpret eines Briefes des Fürsten Bismarck über Bimetallismus gewesen sei u. s. w. das ist nicht zutreffend, ich habe, wie gesagt, überhaupt kein Interview gehabt. Einen Herrn,

[4]) Es war das „Neue Wiener Tageblatt".

der wider meinen Wunſch und Willen vor etwa 14 Tagen nach Schönhauſen kam, habe ich, weil es draußen kalt war, in das Haus eintreten laſſen und habe ihm geſagt, ich hätte nicht die Abſicht, mich irgendwie über Bimetallismus zu äußern, und erſuchte ihn, mit dem nächſten Zug wieder abzureiſen. Dieſe Begegnung fand vor Zeugen ſtatt.

Herr Haußmann hat ferner die Anſicht ausgeſprochen, daß ich mich heute in der Hauptdiskuſſion zum Wort hätte melden ſollen. Dazu hatte ich wohl keinen Anlaß. Denn es fehlte für eine ſachliche Diskuſſion nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Baſis, für mich alſo auch die Veranlaſſung, da es keinen Zweck gehabt hätte, wenn ich mich, gerade mit meiner amtlichen Vergangenheit, mit Hypotheſen hätte abgeben wollen.

Herrn Haußmanns Anſicht, daß es für mich angemeſſen geweſen wäre, zu reden, vermag ich alſo nicht zu teilen. Es iſt das eine Frage des Taktgefühls, das bei verſchiedenen Leuten eben verſchieden entwickelt iſt. Ich gehe ſogar weiter und ſage umgekehrt wie Herr Haußmann, daß ich überzeugt bin, er hätte ſeinem Anſehen mehr genützt, wenn er heute nicht geredet hätte.

(Sehr gut! rechts.)

33. Rede. Im Reichstag.

5. Februar 1897.[1])

Der Prozeß Tauſch.

Fortſetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1897/98: Reichskanzler und Reichskanzlei.

Abg. Graf von Bismarck:

Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihnen mit einer langen Rede läſtig fallen will. Es liegt nicht in meiner Abſicht, meinerſeits als ein einzelner ſogenannter wilder Abgeordneter in dieſe Debatte einzugreifen, um ſo weniger, als man ſich ein abſchließendes Urteil über alle die heute und ſeit Wochen in der Preſſe beſprochenen Dinge doch erſt wird bilden können, wenn der ſo auffällig lange ſich hin-

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. VI, S. 4492 f.

ziehende Prozeß Tausch endlich zur Verhandlung gekommen sein wird. Bis dahin werden wir uns alle, glaube ich, um Worte zu sparen, die vielleicht doch überflüssig sind, gern zurückhalten, oder wenigstens werden die Herren es mir nicht verdenken, wenn ich mich enthalte, auf diesen Prozeß weiter einzugehen, indem wir heute schon so viele Reden verschiedenen Werts gehört haben.

Wenn ich mir erlaube, Ihre Aufmerksamkeit zu beanspruchen, so gibt mir den Anlaß dazu eine Aeußerung des Herrn Redners der sozialdemokratischen Fraktion[2]), welcher meinen Namen genannt hat. Ich will lediglich eine Richtigstellung vornehmen. Es ist möglich, daß ich bei der Entfernung, die mich von dem Herrn trennt — da er nicht von der Tribüne sprach, und das Haus nicht ganz ruhig war —,

---

[2]) Der Abgeordnete Bebel. Der betreffende Abschnitt der Bebelschen Rede lautete:

„Interessant war mir ferner — und bis dahin, wo die Sache veröffentlicht wurde, nicht bekannt —, was der Besitzer der Internationalen Korrespondenz, ein Herr Nikolaides, anläßlich des Prozesses Leckert-Lützow veröffentlichte, indem es hieß:

> Als im vergangenen Sommer Fürst Bismarck gegenüber dem Berichterstatter Whitman jene bekannten geringschätzigen Aeußerungen über die aufständigen Kreter getan hatte, richtete ich an den Fürsten ein Schreiben, worin ich unter Beifügung einiger Drucksachen den Adressaten davon zu überzeugen suchte, daß ein absprechendes Urteil über die Kreter wenig gerechtfertigt sei.

Das Auffallende ist nun, daß wenige Tage nachdem dieser Brief in die Hände des Fürsten Bismarck gelangt war, bei dem Schreiber des Briefes ein Beamter der politischen Polizei erschien und sich bei seinem Hauswirt nach seinen Verhältnissen erkundigte, wobei er als Grund angab, der betreffende Herr hätte an den Fürsten Bismarck einen Brief geschrieben, über den die Berliner Polizeibehörde Aufschlüsse begehre. Wie geht es zu, daß ein solcher Brief, der an den jetzt außer Amts befindlichen Reichskanzler gerichtet war, nach wenigen Tagen in die Hände der politischen Polizei beziehentlich des Herrn von Tausch gelangte und diesem Veranlassung gibt, sich genau zu erkundigen, wer der Briefschreiber ist? Es scheint danach, daß die früher amtlichen Beziehungen, die Fürst Bismarck zu der politischen Polizei hatte, auch noch später, als er schon außer Amts war, fortgesetzt wurden, und daß Fürst Bismarck ab und zu die Dienste der politischen Polizei in Anspruch genommen hat, wenn es ihn interessierte, über gewisse Leute etwas zu erfahren, die sich an ihn herandrängten oder etwas mit ihm zu tun haben wollten."

mich etwas verhört habe. Nach dem, was ich verſtand, ſprach der Herr Abgeordnete von einem Brief, den irgend jemand über Kreta an den Fürſten Bismarck geſchrieben hätte.

(Zuruf.)

— Alſo das iſt richtig. — Dieſer Brief wäre wenige Tage nach ſeinem Eintreffen in Friedrichsruh ſchon in Berlin und Herrn von Tauſch bekannt geweſen — ſo habe ich verſtanden —, und daran hat der Herr Abgeordnete Bebel eine Aeußerung — will ich nur ſagen oder eine Andeutung geknüpft, die ich berichtigen will, weil dieſe Andeutung ſich in derſelben Richtung bewegt, wie manche Inſinuationen, welche die dem Herrn naheſtehende Preſſe im Laufe dieſes Winters wiederholt gebracht hat, nämlich, daß Herr von Tauſch doch wohl Beziehungen zum Fürſten Bismarck haben müßte, weil er ſonſt nicht Kenntnis von dieſem an und für ſich ganz gleichgültigen kretenſiſchen Brief hätte erlangen können.

(Zuruf.)

— Wenn der Herr das alſo, wie ich eben beſtätigt höre, tatſächlich geſagt hat, ſo will ich, um dieſe Andeutung ſich nicht zu einem Material für neue Inſinuationen in einer gewiſſen Preſſe verdichten zu laſſen, erklären, daß ſie jeder Begründung entbehrt.

Dieſer Polizeikommiſſar, der heute hier ſo häufig genannt wird, iſt überhaupt erſt im Winter 1890 nach Berlin gekommen. Der Fürſt Bismarck hat ihn nie in ſeinem Leben geſehen, und mir iſt er perſönlich eben ſo unbekannt. Ich habe ſeinen Namen auch nie gehört, ſo lange ich im Amt geweſen bin, außer ein einziges Mal bei einer nicht geſchickt geführten Angelegenheit in den Reichslanden[*]) von der ich heute nicht ſprechen will, um die Diskuſſion nicht noch mehr zu belaſten; der Name war mir aber vollſtändig entfallen, als ich meine amtliche Stellung aufgab.

Wenn ſolche Sachen, wie der Abgeordnete Bebel ſie angedeutet hat, vorgekommen ſind, daß nämlich der Polizeikommiſſar Kenntnis gehabt hat von Briefen, die nach Friedrichsruh gingen und eigentlich nur zwei Leuten bekannt ſein konnten, ſo muß ſolche Bekanntſchaft

[*]) Im Falle Wohlgemuth.

mit der Friedrichsruher Korrespondenz auf anderem Wege eingetreten sein, als der Herr Abgeordnete gemeint hat.

(Hört! hört! rechts.)

Nach dem, was wir heute von dem Bundesratstische gehört haben, hat dieser Polizeikommissar lediglich auf eigene Rechnung gearbeitet. Es wird vielleicht sein Prozeß darüber noch Aufklärung geben, ob er das Briefgeheimnis seinerzeit verletzt hat, um sich eventuell für seine Zwecke Material zu schaffen.

Soviel mir in letzter Zeit erzählt worden ist — ich kann das natürlich als Privatmann nicht verifizieren —, hat gerade dieser Polizeikommissar im Jahre 1892 einer unserer Zentralbehörden insinuiert, daß damalige Artikel, die der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts mit Recht kritisierte, und die er einem mir unbekannten Manne, Namens Normann, oder wie er sonst heißt, zuschreibt —, daß diese Artikel auf mich zurückzuführen seien. Dies führe ich nur an, um festzustellen, daß, wenn dieser Herr von Tausch sich in irgend einer Weise mit dem Fürsten Bismarck oder mit mir beschäftigt haben sollte, dies nur in einer unfreundlichen Richtung der Fall gewesen sein wird. Ich habe ihn meines Wissens nie mit Augen gesehen und Fürst Bismarck ebenso wenig. Das genügt, um jene Andeutung des Herrn Bebel richtig zu stellen.

Wenn er ferner noch mit einem gewissen Behagen eine Bemerkung wiederholt hat, die der allseitig weit abgestoßene Gingold-Staerck in dem Prozeß gemacht haben soll, daß der Herr von Tausch erklärt hätte, er wünschte mich in Amt und Würden zu sehen, so ist das erstlich nicht einmal erwiesen; denn soweit ich mich der Lektüre des Prozesses entsinne, hat dieser Gingold-Staerck, der Vertrauensmann des „Berliner Tagblatts", also eines demokratischen und feindlichen Blattes, einseitig ausgesagt, und Herr von Tausch ist über diese Aussage nicht vernommen worden; dann aber wäre die betreffende Redensart, selbst wenn beglaubigt, vollkommen gleichgültig und irrelevant: Herr von Tausch hätte ebenso gut behaupten können, daß er gern einmal bei mir zu Mittag gegessen hätte!

Weiter habe ich keinen Anlaß, mich mit der Rede des Herrn Bebel zu beschäftigen. Ich habe nur diese Feststellung vornehmen wollen und hoffe, daß danach auch die Insinuationen, die wochenlang

in der Preſſe gegen meinen Namen gedruckt ſind, und von denen mir nur der geringſte Teil zu Geſicht gekommen iſt, ſtillſchweigen werden. Es lohnte mir früher nicht der Mühe und war unter meiner Würde, der Sorte von Preſſe mit Dementis gegenüberzutreten; aber im Reichstage wollte ich nicht ſchweigen, ſondern hier meinen Mann ſtehen.

34. Rede. Auf dem konſervativen Parteitag in Dresden.[1])

Am 7. März 1897.

Meine Herren! Da ich die Ehre der heutigen Einladung meinen perſönlichen Beziehungen zum erſten Kanzler des Deutſchen Reiches verdanke, iſt es mir eine beſondere Genugtuung, daß ich den Dank des Fürſten Bismarck in ſeinem Namen darbringen darf für die ſchönen Worte, die wir ſoeben gehört haben, und für das Hoch, das mich mit Stolz und Genugtuung erfüllt. Die Bewohner Dresdens, die treuen Sachſen, haben aus ihrer Freundſchaft für Bismarck nie ein Hehl gemacht und ihr einen großartigen Ausdruck vor etlichen Jahren bei ſeiner Durchreiſe gegeben.[2]) Er hat es nicht vergeſſen, daß zur Zeit, als ſein Nachfolger ſeinen früheren Untergebenen den geſellſchaftlichen Verkehr mit ihm erfolgreich verbot, in Dresden ſolche demonſtrative Kundgebungen für ihn ſtattfanden. Wie Sie gehört haben, hat mir der Fürſt ſeine herzlichen Grüße aufgetragen. Auch meinerſeits ſpreche ich den Dank aus für die Huldigung, die meinem Vater widerfahren iſt.

Ich habe mit herzlichem Dank die liebenswürdige Einladung des Hofrat Dr. Mehnert angenommen. Fürſt Bismarck hat bei ſeinem letzten Beſuche Dresdens ſeine Genugtuung darüber ausgeſprochen, daß wir an Stelle der alten Stammesſtreitigkeiten die deutſche Einigkeit gewonnen hätten. Das iſt der Stolz und die Freude ſeines Lebens, daß er den beſten Teil ſeiner Arbeitskraft der Aufgabe widmen konnte,

[1]) Gedrängter Auszug nach dem Referat der ſächſiſchen konſervativen Zeitung „Das Vaterland". Eine ſtenographiſche Aufnahme des vollen Wortlautes exiſtiert nicht.

[2]) Gelegentlich der Reiſe des Fürſten nach Wien am 18. und 19. Juni 1892.

latt der Zustände der Zerrissenheit, die er selber am deutschen Bundestag kennen gelernt hatte, ein starkes, geeinigtes Volk zu schaffen. „Es war schwere Arbeit, es zusammenzubringen," hat er einmal gesagt, „es wird noch schwerer sein, es zu trennen."

Die Aufgabe, das Deutsche Reich zusammenzuhalten, liegt vor allem der konservativen Partei ob. In diesem Sinne nenne ich konservativ alle patriotischen Männer, obwohl das im Reichstage nicht recht zur Anschauung kommt. Ich selbst gehöre nicht der konservativen Fraktion an, rechne mich aber zu den Konservativen im Lande, die nach dem von meinem Vater ausgesprochenen Grundsatze das Bestehende erhalten; Quieta non movere[*]) heißt Dinge, die einem nicht störend im Wege liegen, ruhen zu lassen. Ein anderer viel berühmter politischer Grundsatz lautet: Ein Reich wird mit den Mitteln erhalten, mit denen es begründet ist. Daß das in den letzten sieben Jahren immer beobachtet sei, wird niemand behaupten wollen. Wir stehen jetzt, bei der Zentenarfeier, am Abschlusse der ersten sieben Jahre des neuen Kurses. Lassen Sie uns hoffen, daß es nicht wie bei der Deutung des Joseph im Alten Testamente die sieben fetten gewesen sind, sondern daß die fetten erst folgen.

(Heiterkeit.)

Wenn die verschiedenen Erwerbszweige leiden, dann treten die materiellen Interessen in den Vordergrund der politischen Diskussion. Der Mensch lebt zwar nicht vom Brot allein, aber er tut das doch hauptsächlich. Vor zwanzig Jahren war die Industrie durch Aufhebung der Eisenzölle in einer schwierigen Lage. Damals hat sich Fürst Bismarck der wirtschaftlichen Politik zugewandt und die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit proklamiert, die zwölf Jahre lang gedauert hat zum Segen des deutschen Volkes. Er verstand es, die Interessen der Stände miteinander zu versöhnen. Die neue Regierung ist leider anders verfahren. Sie hat nicht gesammelt, sondern zerstreut. Sie hat den Erisapfel der Zwietracht zwischen die produzierenden Stände, zwischen Industrie und Landwirtschaft geworfen. Voraussehende Industrielle haben schon damals es abgelehnt, Vor-

[*]) Vgl. die Ansprache des Fürsten Bismarck an den Vorstand des Konservativen Vereins in Kiel am 14. April 1891 in meinem Werke „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung", Band II, Seite 85 ff.

teile auf Koſten der Landwirtſchaft zu haben. Jetzt ſehen wir ja etwas Morgenrot.

(Lebhafter Beifall.)

Die Aeußerungen der Miniſter laſſen darauf ſchließen, daß man die Uebereilungen der letzten Jahre einſieht. Wir kranken hauptſächlich an der Meiſtbegünſtigungsklauſel. Man hätte dieſe wenigſtens erſt kündigen müſſen, ehe man die Handelsverträge abſchloß, damit den fremden Staaten nicht auf unſere Koſten die Vorteile umſonſt in den Schoß fielen. Ich möchte den konſervativen Geſinnungsgenoſſen empfehlen, feſt zuſammenzuhalten und alle Stände zuſammenzufaſſen. Das Handwerk hat leider nicht mehr einen goldenen Boden, ohne Zweifel iſt es etwas ſtiefmütterlich behandelt worden. Die konſervative Partei hat ſich ja immer bemüht, dem Handwerk eine beſſere Situation zu ſchaffen.

Die Bäckereiverordnung iſt aber dahin nicht zu rechnen. Die iſt durch einen Ausſchuß entſtanden, in dem auch ein Sozialdemokrat ſitzt. Ich halte es für einen Fehler, die Sozialdemokraten bei Regierungsmaßregeln auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln. Vor dem Geſetz freilich ſind alle Menſchen gleich, aber in politiſchen Körperſchaften gebührt die Gleichberechtigung doch bloß denen, die mit uns auf einer ſtaatlichen Baſis ſtehen. Sozialdemokraten, die den Staat, die Geſellſchaft, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie negieren, die uns ruhig den Hals abſchneiden wollen, wenn nur erſt ihr Meſſer ſcharf genug iſt, in jenen Ausſchuß zu wählen, das halte ich für verfehlt, das iſt die reine Ironie. Darin Wandel zu ſchaffen iſt aber nicht tunlich aus der Mitte des Reichstages heraus. Bei uns iſt die Regierung mächtig, nicht ein bloßes Ornament, wie in England. Ich finde, daß die Regierung ihre Pflicht ſtrenger auffaſſen müßte. Die Umſturzvorlage vor zwei Jahren war auf einer fehlerhaften Baſis aufgebaut. Als die Regierung ſeinerzeit die Vorlage einbrachte, erklärte ihr oberſter Beamter ſie feierlich für das Mindeſtmaß des Notwendigen, von dieſem Entwurf könne ſie nichts fallen laſſen. Und doch iſt durch fortwährendes Fallenlaſſen wichtiger Paragraphen ſeitens der Regierung ſchließlich die ganze Vorlage unannehmbar geworden. Nachdem ſie unter dem Gelächter des Reichstages zu-

rückgezogen ist, ist nichts wieder geschehen. Durch diese Tatenlosigkeit muß das Vertrauen zu der Regierung erschüttert werden.

Freilich sind nicht alle, die sozialistisch wählen, Sozialdemokraten. Ich weiß, daß eine Anzahl Berliner Schutzleute sozialdemokratisch gewählt haben, vielleicht weil sie unzufrieden waren mit ihrem Gehalt, vielleicht weil sie am Tage vor der Wahl von ihren Vorgesetzten angeschnauzt worden sind.

(Heiterkeit.)

Die Sonntagsverordnung greift Redner gleichfalls an und erinnert an das Wort: „Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbats willen."

Sodann spricht Graf Bismarck sein Erstaunen über die zunehmende Roheit der Angriffe auf den ersten Reichskanzler aus, die einen traurigen Begriff von der ethischen Stellung der Beschimpfenden geben. Der Fürst selbst betrachtet diese Schmähungen mit der heiteren Ruhe des Naturforschers.

(Heiterkeit.)

Er hat oft erklärt, daß der bittere, ihm seitens der äußersten Linken begegnende Haß ihm zeigt, daß er auf richtigem Wege gewesen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Mit Rücksicht hierauf habe ich es unterlassen, im Reichstag gegen diese Angriffe zu protestieren, obgleich es an sich mitunter sehr angebracht gewesen wäre, zumal bei der Haltung der Parteien und der merkwürdigen Passivität des Präsidiums.

(Sehr richtig!)

Fürst Bismarck hat seinen Platz in der Geschichte bereits eingenommen; ob das Denkmal in Berlin für ihn je fertig wird, ist irrelevant, denn die Reichshauptstadt selbst, ja das ganze Reich ist sein Denkmal.

(Stürmische Zustimmung.)

Wenn ein Staatsmann kein Denkmal von Stein oder Erz braucht, so ist es Fürst Bismarck.

(Langanhaltender Beifall.)

Diejenigen unserer Landsleute, die sich nicht entblöden, den Schöpfer des Deutschen Reiches zu verunglimpfen, erniedrigen sich

ſelbſt, ſoweit das noch möglich iſt. Laſſen Sie uns auf nationalem Boden zuſammenhalten, dann wird in nationaler Beziehung wahr werden, was unſer großer Reformator ſang: „Das Reich muß uns doch bleiben".

(Stürmiſcher, anhaltender Beifall.)

35. Rede. Im Reichstage.

Am 28. Januar 1898.[1])

Die Maul- und Klauenſeuche.

Zur Beratung ſtand bei der zweiten Leſung des Etats der Spezialetat des Kaiſerlichen Geſundheitsamtes. Nachdem eine lange Reihe von Rednern hierzu geſprochen, ergriff gegen Ende der Debatte das Wort der Abgeordnete Graf von Bismarck:

Meine Herren, ich glaube, ſo viel Lehrreiches die heutige Debatte auch im einzelnen zutage fördert, daß ſie uns in bezug auf die Unterdrückung dieſer dem Nationalvermögen ſo viel Schaden zufügenden Seuche doch leider nicht ſehr viel weiter führen wird, wenn wir uns nicht, wie der Engländer ſagt, zu einem sweeping measure, d. h. einer durchgreifenden Maßregel entſchließen können. Den Kernpunkt der Sache hat Herr Graf Stolberg getroffen mit ſeinem Vorſchlage, die Grenzen ebenſo abzuſperren, wie das in England geſchehen iſt. Ich habe Gelegenheit gehabt, das Verfahren, welches die engliſche Regierung einſchlug, vor zwölf und mehr Jahren zu beobachten, als ich in England amtlich tätig war. Da hat man ſich, obgleich eine liberale, man kann ſogar ſagen eine radikale Regierung am Ruder war, nicht einen Augenblick beſonnen, um ſofort die Einfuhr lebenden Viehes zu verbieten. Das Verbot iſt ſpäter vorübergehend eingeſchränkt worden für beſtimmte Diſtrikte von Schleswig-Holſtein, aber, ſoviel mir bekannt iſt, beſteht jetzt für England das abſolute Verbot, lebendes Vieh einzuführen. Nun ſollte ich meinen, daß das, was in dem freihändleriſchen England, welches die prozentual ſtärkſte Arbeiterbevölkerung in Europa hat, möglich iſt und ohne Beſchwerde durchgeführt wird,

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 6. Seſſion, Bd. I, S. 694 f.

auch bei uns angängig ſein ſollte. Ich fürchte, daß alle Maßregeln, von denen manche heute hier im einzelnen anempfohlen und geprieſen ſind, im Inland doch zu nichts führen, daß vielmehr nur das Vexatoriſche derſelben empfunden wird (wie auch einer der Herren Vorredner von den Nationalliberalen ausführte), daß ſie aber zum dauernden Erlöſchen der Seuche nicht führen werden. Ich würde auch dafür ſein, falls es möglich wäre, die Grenzen, wie Herr Graf Stolberg vorgeſchlagen hat, auf mehrere Jahre ganz zu ſperren und im Innern große Freiheit zu geſtatten. Es iſt richtig, daß die kleinen Leute, die keine Pferde haben, ganz erheblich leiden, wenn ihnen Wege verboten werden, die nach ihren Aeckern führen, welche ſie mit Kühen beſtellen.

Wie die Seuche im Inlande angeblich entſteht, das iſt hier nach verſchiedenen Theorien entwickelt worden. Ich glaube, daß ein Moment nicht genügend betont worden iſt: das iſt die Anſteckung durch die Eiſenbahnwaggons. Herr von Kardorff hat dies allerdings erwähnt; aber ich glaube es meinerſeits noch einmal hervorheben zu müſſen, weil es meiner Anſicht nach eins der ſchwerwiegendſten Momente iſt. Soviel ich weiß, wird das Vieh aus Oeſterreich und Polen nicht vor der Grenze umgeladen, ſondern bleibt in Durchgangswagen. Nun hat uns Herr Dr. Langerhans als kenntnisreicher Mediziner geſagt, daß der Anſteckungsſtoff ſehr viel länger vorhält, als man früher geglaubt — wie lange, ſteht noch nicht feſt. Sehr viele von Ihnen werden ſolche Wagen nicht kennen; es iſt nicht anzunehmen, daß jenſeits unſerer Grenze die Waggons ſehr ſorgfältig desinfiziert werden; mag das Vieh ſelbſt auch nach beſtem Wiſſen unſerer Veterinärärzte geſund befunden werden — wie ſoll der Tierarzt ſehen, ob nicht ſeit Wochen in dem Wagen ein Anſteckungsſtoff ſteckt, der von Czernowitz oder Radom oder ſonſtwo aus dem fernen Oſten kommt? Solange es nicht möglich iſt, die Grenze ganz zu ſperren, würde ich ſchon einen großen Gewinn in dem Verbot ſehen, Vieh in fremden Waggons über die Grenze kommen zu laſſen; es müßte auf Umladung gehalten werden. Es wird ſich dann zeigen, wie groß die Anſteckungsgefahr, abgeſehen von Waggons, iſt, falls ein Stück Vieh dem Auge des Tierarztes entgeht, bei dem der Krankheitsſtoff ſich vielleicht noch nicht zeigt. Das wichtigſte wäre, wenn ſich die Wiſſenſchaft damit beſchäftigen wollte, feſtzuſtellen, ſoweit dies irgend möglich iſt, wie lange

Anſteckungsgefahr vorliegt. Damit würde ſchon eine ſehr große Hülfe für die Bemeſſung der Quarantäne erreicht. Aber, wie geſagt, ich wiederhole, daß die größte Gefahr in der Anſteckung durch Eiſenbahnwaggons beſteht; dieſe werden ſtark mit allen möglichen Stoffen durchtränkt, ſie werden ſelten mit Stroh, ſondern meiſt mit Sand, zumal bei der Einfuhr von Rindvieh, ausgefüllt; der Sand wird hinterher zum Teil als Dünger verkauft. Da iſt es auch möglich, daß die Seuche plötzlich einmal durch dieſen Dünger verſchleppt wird aus irgend einem großen Viehausfuhrzentrum; aus eigener Erfahrung weiß ich, daß auf mehrere Meilen weit dieſer Dünger verkauft wird. Wenn die Anſteckung im Inlande entſteht, iſt es allerdings ſchwer, nachzuweiſen, woher ſie gekommen iſt. Auf dem Lande haben wir in den Kreiſen der Provinz Sachſen zum erheblichen Verluſt der kleinen Leute große Erſchwerungen treffen müſſen; trotzdem entſteht mitunter in einem bisher ſeuchenfreien Kreiſe ein Fall; dann wird häufig nachgewieſen, daß einige Tage vorher ein Kleinkaufmann mit einem Wagen voll Kälbern oder Ferkeln durch den Ort gefahren iſt (treiben dürfen ſie nicht); die Wagen ſind natürlich nicht ſo dicht — weder zementiert, noch mit Metallböden verſehen —, ſo daß auf der Dorfſtraße manches durchſickert. Dann iſt die Gefahr groß, daß Menſchen, die über die Straße gehen, auf der ein ſolcher Wagen mit einem kranken Stück Vieh gefahren iſt, den Anſteckungsſtoff an den Schuhſohlen umhertragen. Alle Landwirte, die die Verhältniſſe kennen, werden bezeugen, daß, ſobald ein Stall infiziert iſt, die Wahrſcheinlichkeit beſteht, daß durch den Verkehr von Menſch zu Menſch auf den Gehöften der Krankheitsſtoff verſchleppt wird. Ich habe gerade vor wenigen Wochen in meiner Ortſchaft einen Spezialfall erlebt, wo ein Bauer eine Kuh auf dem Markt in Stendal gekauft hatte — er wußte nicht mehr genau, von wem —; und nach acht Tagen hatte ſie Seuche. Alles wurde geſperrt, das Stück Vieh wurde geſund und drei Wochen blieb die Ortſchaft ſeuchenfrei — auf beiden Ausgängen der Ortſchaft waren die ominöſen Tafeln angebracht. Drei Wochen ſpäter brach plötzlich in meinem Stall die Seuche aus, obgleich er abgeſperrt war. Woher war die Seuche gekommen. Ihr erſter Urſprung war nicht nachzuweiſen.

Ich wiederhole: rigoroſe Maßregeln im Inlande ſind bei jetziger Sachlage nicht zu entbehren; ſie werden aber nach meiner Ueber-

zeugung niemals zu dem erwünſchten Reſultat führen, ſolange wir nicht die Grenze nach der jetzigen Methode abſperren; denn die Anſteckungsgefahr iſt eine zu lange dauernde, und die Anſteckung wird nicht nur durch das Vieh, ſondern, wie geſagt, auch durch die Kleidungsſtücke, durch die Schuhſohlen, durch Hunde u. ſ. w. fortgeſchleppt. Ich möchte alſo diejenigen Organe, welche ihr Augenmerk auf die Sache richten, nicht nur im Reichstag, ſondern auch im Bundesrat und bei den Einzelregierungen, bitten, primo loco die engliſche Seuchengeſetzgebung zu befolgen und kein lebendes Stück Vieh hereinzulaſſen, bis wir die Seuche los ſind; nur auf dieſe Art werden wir wirklich davon befreit werden. England iſt ſie ſo dauernd los geworden. Läßt ſich das aber nicht machen, dann möchte ich wenigſtens bitten, einen Umſchlag vor den Grenzſtationen eintreten zu laſſen und nicht, wie in Bayern, ein oder zwei Einbruchsſtationen zu geſtatten, ſondern zu verlangen, daß das Vieh in Quarantänen bleibt — ob das Vieh dadurch etwas teurer wird, iſt Sache der Leute, die es einführen, das ſpricht gegenüber den 100 Millionen Verluſten im Inlande nicht mit; denn die erſte Pflicht iſt, das Nationalvermögen vor Schaden zu bewahren. Ich habe neulich geleſen von einer Summe von 60 Millionen Mark, die das deutſche Nationalvermögen in einem Jahre durch die Maul- und Klauenſeuche Schaden erlitten haben ſoll.

(Zuruf.)

— Ich höre eben von einem ſachverſtändigen Mitgliede aus Mecklenburg, daß das noch viel zu wenig wäre. Immerhin iſt es aber ſchon eine erhebliche Summe.

Sollte ſich eine lange Quarantäne aber auch nicht erreichen laſſen, ſo möchte ich bitten, daß mindeſtens das Vieh umgeladen wird an der Grenze, damit wir nicht die unzweifelhaft verſeuchten Eiſenbahnwaggons von Polen und der Bukowina u. ſ. w. mit Vieh über die Grenze bekommen; ſonſt werden wir die Seuche nie los. Wenn auch hierauf nicht eingegangen wird, ſo bleibt allerdings in dritter Reihe nichts übrig, als daß man, wie Herr von Kardorff ſagt, im Innern rigoros verfährt. Das bringt aber große Härten mit ſich und erzeugt mehr Unzufriedenheit bei den kleinen Leuten, als die Herren ſich hier vorſtellen.

(Bravo! rechts.)

36. Rede. Im Reichstag.

Am 9. Februar 1898.[1])

Die Handelspolitik des Fürſten Bismarck.

Auf der Tagesordnung ſtand die Fortſetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1898:

Auswärtiges Amt: Staatsſekretär — auswärtige Politik.

Nach dem Abgeordneten Eugen Richter ergriff das Wort der Abg. Graf von Bismarck:

Ich habe mir nur das Wort erbeten, um einige Aeußerungen des Herrn Vorredners ſachlich richtig zu ſtellen. Nach der langen Debatte, die wir bereits über den uns beſchäftigenden Poſten gehabt haben, will ich nicht dazu beitragen, ſie noch weiter auszudehnen, und mich darauf beſchränken, dem Abgeordneten Richter eine kurze Erwiderung zu teil werden zu laſſen, obgleich ich prinzipiell durchaus ſeine Meinung teile, daß dieſer Etatstitel nicht der Ort iſt, um eingehende Debatten über die Bedeutung von Handelsverträgen anzuregen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat geäußert, die Handelspolitik des Fürſten Bismarck wäre planlos geweſen. Das wollte ich richtig ſtellen. Die Grundidee, wie beſonders diejenigen Herren wiſſen werden, welche in den Reichstagen der ſiebziger und achtziger Jahre geſeſſen haben, iſt geweſen die Herſtellung und Feſthaltung eines autonomen Tarifs, baſiert auf dem Axiom des Schutzes der nationalen Arbeit.

Meine Herren, wir entſinnen uns alle, daß mit dem Ausgang des Jahres 1878 dieſe Politik angebahnt wurde. Wir haben verſchiedene Handelsverträge gehabt, die auch von 1878 bis 1890 in Geltung waren. Sie waren aber nicht ſehr umfangreich und nicht ſehr bedeutend; ich erinnere an den Handelsvertrag mit Spanien und mit Oeſterreich, der nur wenige Artikel umfaßte. — Ich will hier einſchalten, daß im Jahre 1889 bei Gelegenheit des Beſuches des öſterreichiſchen Kaiſers, der mit großem diplomatiſchen Stabe hierher gekommen war, die Frage bei dem damaligen Reichskanzler angeregt wurde, ob nicht ein neuer

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 6. Seſſion, Bd. I, S. 919 f.

Vertrag mit Oeſterreich abgeſchloſſen werden ſollte. Es iſt durchaus vertraulich und freundſchaftlich darüber verhandelt worden zwiſchen dem damaligen Reichskanzler und den Leitern der öſterreichiſchen Politik. Dieſe letzteren Herren haben damals eingeſehen, daß Fürſt Bismarck nicht dafür zu haben war, daß die landwirtſchaftlichen Zölle heruntergeſetzt würden, und die betreffende Anregung wurde von öſterreichiſcher Seite, welche dieſe Zölle an erſter Stelle herabgeſetzt ſehen wollte, aufgegeben. Sie wurde vertagt, bis die Zeit gekommen war, die der öſterreichiſchen Regierung geeigneter erſchien, um ihre Wünſche durchzuſetzen; das iſt ihr nachher ja auch gelungen.

Ich möchte hierbei ausdrücklich hervorheben, daß die Ablehnung des Fürſten Bismarck durchaus keine Verſtimmung mit Oeſterreich hervorrief — ich bin ſelbſt an den Verhandlungen beteiligt geweſen und weiß, wie freundſchaftlich ſie geführt wurden —, ſondern daß die öſterreichiſchen Herren, die hier waren, ſo verſtändig waren, vollkommen einzuſehen, daß uns das Hemd näher ſitzt als der Rock, und daß wir durch unſere ganze wirtſchaftliche Situation und die Intereſſen, die wir zu vertreten hatten — gerade die Intereſſen der Sammlung, die heute wieder zu meiner Genugtuung auch von dem Regierungstiſch vorangeſtellt werden —, daran verhindert wurden, auf dieſe öſterreichiſchen Vorſchläge, die zugunſten der öſterreichiſchen Situation gemacht waren, einzugehen. Es iſt, wie geſagt, durchaus freundſchaftlich verhandelt worden, und unſere Ablehnung konnte die innigen und intimen politiſchen Beziehungen, in denen wir ſeit Anfang der ſiebziger Jahre immer zu Oeſterreich geſtanden haben, in keiner Weiſe tangieren.

Es war damals den Herren von der öſterreichiſchen Diplomatie bereits geſagt worden, daß wir demnächſt die große Arbeit der Geſamttarifierung vornehmen müßten angeſichts des Vakuums, welches im Februar 1892 eintreten würde. Dieſe Arbeit, wie ſchon im vorigen Jahre mein verehrter Freund, der Herr Abgeordnete von Kardorff, erklärt hat, war bereits im Auswärtigen Amt in Angriff genommen, hauptſächlich betrieben durch den auf dem handelspolitiſchen Gebiet allgemein als Autorität anerkannten Unterſtaatsſekretär Grafen Berchem, der ſich für dieſe Fragen ganz beſonders intereſſierte. Dann kam die große Kriſis des Winters 1890 dazwiſchen, wo alles von acht Tagen zu acht Tagen in der Schwebe war und wo ſelbſtverſtändlich erſt eine Klärung

abgewartet werden mußte, bevor dieſe wichtige, tief eingreifende Frage mit der nötigen Energie weiter gefördert werden konnte.

Ich ſtelle alſo feſt an dieſem hiſtoriſchen Abſchnitt, an den ich in dieſer meiner kurzen Darlegung bis jetzt gelangt bin (Anfang 1890), daß der Vorwurf der Planloſigkeit dem Fürſten Bismarck nicht gemacht werden kann. Der autonome Tarif, der das Ziel war, an dem auch heutzutage alle diejenigen, die die nationale Politik vertreten, feſthalten, war bereits in Ausſicht genommen, und es wäre vom Fürſten Bismarck der richtige Weg eingeſchlagen worden, wenn ihm Zeit und Ruhe gewährt worden wären.

Daß nun der öſterreichiſche Handelsvertrag im Jahre 1891 hier vorgelegt wurde, und was damals verhandelt worden iſt, darüber will ich mich jetzt nicht weiter verbreiten; das würde bei manchem Herrn vielleicht peinliche Empfindungen erregen. Aber das will ich von neuem feſtlegen, daß die große Verſäumnis, die begangen wurde, darin zu ſuchen iſt, daß nicht bei uns gleich im April 1890, ähnlich wie in anderen Staaten — ſogar in der kleinen Schweiz, in Rumänien, in Spanien —, das Richtige geſchah, d. h. die Kündigung der Meiſtbegünſtigungsverträge und die gleichzeitige Ausarbeitung des doppelten Tarifs, eines Minimal- und Maximaltarifs. Ich will mich nicht verbürgen für die Zahlen, aber die Schweiz hat ſehr weit auseinandergehende Minimal- und Maximaltarife; in Frankreich ſoll, wie mir geſagt wird, der Unterſchied zwiſchen Maximal- und Minimaltarif bis auf hunderte von Prozenten gehen. Es wäre zu einem ſolchen Vorgehen die Zeit vollkommen gegeben geweſen. Bei gelegentlichen Anregungen dieſer Frage hier oder in der Preſſe iſt das mitunter beſtritten worden; meiner Anſicht nach mit Unrecht, wenn wir uns die große Arbeitskraft und die Tüchtigkeit des Perſonals in den Miniſterien vergegenwärtigen. Ich möchte Sie zur Bekräftigung dieſer meiner Anſicht nur daran erinnern, daß der ganze gewaltige Tarif, den die große Majorität des Reichstags im Jahre 1879 annahm, der zum Teil ganz neue Dinge enthält, in der Zeit von 7 Monaten, vom Dezember bis Juli, durch Bundesrat und Reichstag durchgebracht worden iſt. Es handelte ſich damals um eine weit umfangreichere Arbeit, als die bereits ins Auge gefaßte Aufſtellung beider Tarife, eines Minimal- und Maximaltarifs geweſen ſein würde. Hätten die Herren alſo ihre Auf-

gabe richtig verstanden und sich gleich im April 1890 daran gemacht, so würde es in wenigen Monaten möglich gewesen sein, die Tarife so weit auszubilden, daß im Herbst 1890 der Reichstag hätte zusammentreten und beschließen können, und dann wären wir mit Beginn des Jahres 1891, also ein volles Jahr, bevor das Vakuum bezüglich der Handelsverträge eintrat, in der Lage gewesen, auf einer ganz anderen Basis zu verhandeln, als das tatsächlich der Fall gewesen ist. Die Handelspolitik des Fürsten Bismarck, die dies ins Auge gefaßt hatte, war also weit entfernt von Planlosigkeit, sie war vielmehr eine weit aussehende und auf festem Plan basierte; dieser Plan konnte aber früher nicht in die Erscheinung treten, weil wir gebunden waren nicht nur durch kleine Tarifverträge, sondern auch durch verschiedene andere Rücksichten. Daß die Herren auf der Rechten oder Fürst Bismarck speziell gegen Handelsverträge im Prinzip wären, hat wohl noch niemand behaupten wollen; für Handelsverträge sind, glaube ich, meine politischen Freunde in ihrer Mehrheit auch zu haben, wenn sie eben so abgeschlossen werden, daß der allein richtige Standpunkt in dieser Beziehung: „do ut des“ gewahrt wird. Der ist aber, zumal in den Beziehungen zu den nord- und südamerikanischen Staaten, jetzt gewiß nicht gewahrt. Darauf will ich indessen nicht näher eingehen, weil das viel zu weit führen würde, weil ich fürchte, den Tadel des Herrn Vorredners zu ernten, wenn ich dadurch zu einer längeren Debatte Anlaß geben würde.

Was die Abstimmung einiger Herren auf der Rechten betrifft, die für den österreichischen Vertrag stimmten, so habe ich mir schon einmal darauf hinzuweisen erlaubt, daß dies ein anderer Reichstag ist; der alte Reichstag von 1891 ist gestorben und existiert nicht mehr, in einen neuen Reichstag ziehen auch Herren aus dem früheren oft mit anderen Anschauungen ein. Ich würde den Herren das nicht immer vorwerfen, sondern im Gegenteil mich freuen, wenn sie sich besser informiert haben und anderer Ansicht geworden sind. Der Hauptfehler, daß die Zwiespältigkeit auf der Rechten eintrat, war doch darin zu suchen, daß im Jahr 1890/91 nicht, wie jetzt zu unserer Genugtuung, die Politik der Sammlung proklamiert, sondern vom Regierungstische aus der Zwietrachtsapfel in die Interessentengruppen hineingeworfen wurde.

(Hört! hört! links.)

Und das große Verdienſt, welches auch der Herr Finanzminiſter Dr. von Miquel im vorigen Jahr im preußiſchen Landtag, wie mich dünkt, dem Fürſten Bismarck vindizierte, war, wie er ſich ausdrückte, daß er die beiden ſtarken Pferde, Induſtrie und Landwirtſchaft, zuſammenzuſpannen verſtanden hatte.

(Sehr richtig! rechts.)

Dies muß das Ziel ſein, das wir erſtreben. Wir wollen durchaus keine einſeitige Intereſſenvertretung — ſondern fühlen uns vollkommen, gerade wie der Herr Abgeordnete Richter, als Vertreter der Geſamtheit, aber in erſter Linie als Vertreter der geſamten Produktion und nationalen Arbeit; und wenn wir das feſthalten und, wie es jetzt im Werke iſt, zur Aufſtellung nützlicher autonomer Tarife mit großen Spannungen kommen, ſo bin ich überzeugt, daß wir auch zum Abſchluß von günſtigen Handelsverträgen gelangen werden, und daß dann auch der Herr Abgeordnete Richter die Genugtuung haben wird, viele auf der rechten Seite zu ſehen, welche für Handelsverträge, auf dieſer Baſis geſchloſſen, ihr Votum abgeben werden.

(Lebhaftes Bravo!)

37. Rede. Im Landwirtſchaftlichen Verein für Schönhauſen und Umgegend.

Am 20. März 1898.

Die „Deutſche Tageszeitung“ vom 22. März 1898, Nr. 135, ſchreibt darüber:

Reichstagsabgeordneter Graf Bismarck leitete ſeinen Vortrag mit der Feſtſtellung ein,

daß die kommenden Wahlen unter weſentlich anderen Auſpizien, als vor annähernd fünf Jahren ſtattfinden würden; er habe zunächſt auf die erfreuliche Tatſache des bekannten Aufrufs hinzuweiſen, der die Unterſchrift des Fürſten Bismarck trage und in klaren Sätzen das Programm zuſammenfaſſe, das er im Einverſtändnis mit ſeinen Wählern ſtets vertreten habe, daß heißt die Aufforderung zur Rückkehr zu der 1878 inaugurierten nationalen Wirtſchaftspolitik,

die dem letzten Jahrzehnt der glorreichen Regierung Kaiser Wilhelms I. ihren Stempel aufgedrückt habe. Die Durchführung jener Politik sei nur ermöglicht worden durch den festen Zusammenschluß der Vertreter aller Produktionszweige im Reichstage; damals habe sich auch das Zentrum wesentlich daran beteiligt, welches in den letzten Jahren mehr bei Seite gestanden habe, vielleicht aus dem Grunde, daß es inzwischen demokratischer geworden sei. Wenn nun bisher auf dem Aufruf die Unterschriften der Zentrumsabgeordneten fehlten, so sei doch in den Wahlkreisen vielfach so starke Stimmung für seine Ziele, daß auf seinem Boden die Gewinnung einer Majorität im nächsten Reichstag zu erhoffen sei.[1])

Bisher hätten die Freihändler und Advokaten des fremden Imports trotz ihrer Minorität in der Bevölkerung nach dem Spruch „divide et impera" unser Wirtschaftsleben nachteilig beeinflußt; unsere Gegner könnten nur bei Trennung der Produzenten Erfolg haben; wenn Industrie und Landwirtschaft unitis viribus zusammenhielten und dabei beiderseits das Wort „leben und leben lassen" nicht vergäßen, so würden sie viele Wahlkreise gewinnen können. Redner habe sich stets bemüht, in diesem Sinne zu wirken; wenn in der zu Ende gehenden Legislaturperiode für seine Berufsgenossen wenig geschehen sei, so hätte das anfänglich an dem Uebelwollen der damals Regierenden, dann aber auch an der durch Verträge und Konventionen geschaffenen Zwangslage gelegen, die späteren guten Absichten hindernd im Wege gestanden hätten. Hierin Wandel zu schaffen, würde der nächste Reichstag berufen sein.

Unsere Gegner seien auch im hiesigen Wahlkreise von alters her Freisinn und Sozialismus; diese würden jetzt noch enger zusammenstehen, als früher, es hieße sogar, sie wollten ein Wahlkartell schließen. Im Reichstage votierten auch heute schon beide Richtungen in der Regel gemeinsam. Um so mehr müßte, unter patriotischer Zurückstellung der etwa trennenden Momente, alles zusammenhalten, was unter den Begriff Fabrikant, Landwirt, Handwerker, Gewerbetreibender fiele. Wenn einer davon noch dem Freisinn seine Stimme

[1]) Dazu bemerkte die „Germania" (Nr. 68 vom 24. März): „Graf Herbert Bismarck wird bald gewahr werden, daß er in Schönhausen Zukunftsmusik gemacht hat."

gäbe, ſo könnte das nur an mangelnder Information liegen. Denn bei Prüfung der Reden und Abſtimmung der radikalen Linken ergebe ſich, daß ihre Mitglieder nicht nur für den Landmann, ſondern auch für den Landsmann kein Herz hätten; ſie redeten und ſtimmten „unentwegt“ für fremden Import und fremde Konkurrenz, einerlei, ob der deutſche Induſtrielle, Gewerbetreibende, Handwerker, Landwirt darüber zu Grunde gehen könne; ſelbſt verſeuchtes Vieh und krankes Obſt intereſſiere die Freiſinnigen und ſei ihres Fürworts gewiß, ſobald es nur aus dem Ausland komme. Daß alle Landwirte — ob Groß- oder Kleinbeſitzer — identiſche Intereſſen hätten, bedürfe keiner Begründung; es handle ſich um die eminent nationale Frage, den Grund und Boden an ſich — der mit vielen Milliarden Wert einen großen Teil unſeres Nationalvermögens darſtelle — vor weiterer Entwertung zu ſchützen, auch unabhängig von dem momentanen Beſitzer; der Landmann und ſeine Scholle müßten auch für eventuelle Kriegszeiten, in denen der Handel daniederliege, leiſtungsfähig erhalten werden.

Redner ſprach die Hoffnung aus, daß viele kleine Beſitzer und Gewerbetreibende im nächſten Reichstage erſcheinen würden, die am beſten wüßten, wo ſie der Schuh am eigenen Fuß drücke. Er würde ſich gefreut haben, wenn auch die Jerichower Kreiſe einen ſolchen Kandidaten aufgeſtellt hätten; da hierüber aber bisher keine Einigkeit erzielt ſei, habe er es, auf an ihn ergangene Aufforderung, für ſeine Pflicht gehalten, ſich zur Verfügung zu ſtellen, in der Vorausſetzung, daß ſeine Wähler von 1893 ihm wieder ihr Vertrauen ſchenken würden.

Lauter Beifall folgte dieſer Anſprache.

38. Wahlrede in Genthin[1]).

Am 9. Juni 1898.

Nach einer Begrüßung der Erſchienenen (über 200 Perſonen) durch Herrn Major v. Byern-Parchen, der für das Zuſammenſtehen aller nationalen Parteien eintrat, ergriff der bisherige Abgeordnete Graf Bismarck das Wort.

[1]) Die Verſammlung war von dem Komitee der konſervativen und nationalliberalen Partei und dem Bunde der Landwirte einberufen worden.

Er erinnerte zunächst daran, daß bei den letzten Wahlen alles unter dem Zeichen der Militärvorlage gestanden hätte, während wir jetzt unter wesentlich anderen Aspekten zur Wahl schritten. Der neue Reichstag würde sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu befassen haben, während der verflossene mit Militär angefangen und mit Marine geschlossen hätte. Innerhalb dieses martialischen Rahmens seien aber auch viele andere Aufgaben an ihn herangetreten; darunter wolle Redner die sogenannte Umsturzvorlage nur nebenbei erwähnen. Sie sei auf falscher Basis aufgebaut gewesen, habe schon in ihren Vorstadien den Sturz der damals leitenden Minister Preußens und des Reiches verursacht, und es wäre ein Fehlgriff von deren Nachfolgern gewesen, diese Erbschaft zu übernehmen. Es sei zu hoffen, daß die Regierung bei Bekämpfung der Revolution in Zukunft eine glücklichere Hand haben würde, unzweifelhaft sei es ihre Pflicht, bei diesem Kampfe zu führen. In Ländern mit demokratischen Verfassungen, wie England, Frankreich, Italien, wo der Volksvertretung die Souveränität innewohne, liege die Sache anders; wir hätten aber eine monarchische Regierung, die nicht gewillt schiene, ihre Prärogativen aufzugeben und deren Signal das Bürgertum abwarte, ehe es sich zum Kampfe aufraffen würde.

Auf das Bürgerliche Gesetzbuch übergehend, sprach Graf Bismarck den Wunsch aus, daß es allen Erwartungen gerecht werden möge, die daran geknüpft würden. Dann berührte er die Bäckereiverordnung, die Gesetzgebung bezüglich des Handwerks, dem er seine warme Sympathie aussprach, die Dampfersubvention und das Zuckersteuergesetz, welches für die hiesige Landwirtschaft von Wichtigkeit gewesen sei; er beklagt, daß letzteres in der Kommission verschlechtert worden sei; es sei aber immer noch besser gewesen, das verstümmelte Gesetz anzunehmen, als ein volles Vakuum eintreten zu lassen, während alle anderen Zuckerstaaten Prämien zahlten. Wünschenswert sei, daß sämtliche Prämien abgeschafft würden; hoffentlich würde die jetzt in Brüssel tagende Konferenz dies Ziel erreichen, wenngleich dies wegen Frankreichs Haltung leider fraglich erscheine

Den breitesten Raum hätten in den ganzen 5 Jahren die Handelsvertragsdebatten eingenommen. Die 1891/92 durchgepeitschten Verträge würden jetzt auch von der Regierung nicht mehr als Muster

von Weisheit verfochten. Redner beſprach im Sinne ſeiner Reichstagsreden die bez. der Meiſtbegünſtigung und Tarifierung begangenen Fehler, verwies auf die neuerdings von Dr. Tiſchert[2]) hierüber veröffentlichte Broſchüre und ſprach ſeine Genugtuung aus über die vom Grafen Poſadowsky erfolgte Berufung des wirtſchaftlichen Ausſchuſſes. Die Hebung und Erweiterung unſeres Exports ſei gewiß eine der berechtigtſten und notwendigſten Forderungen; bei der ſchutzzöllneriſchen Tendenz, die in allen ziviliſierten Staaten mehr und mehr Eingang fände, müſſe aber ebenſo großes Augenmerk auf die Kräftigung und Erhaltung des inneren Marktes gerichtet werden. Der bekannte Sammlungsaufruf und der geſtern bekannt gewordene Brief des Grafen Poſadowsky[3]) trügen dieſer Tatſache Rechnung und beſagten mit anderen Worten, daß die 1879 inaugurierte Politik des Schutzes der nationalen Arbeit und die weitere Ausführung der Kaiſerlichen Botſchaft von 1881 unſere Leitſterne ſein müßten.

Hier zeige ſich der prinzipielle Gegenſatz zu den anderen beiden Wahlkandidaten[4]), der manchesterliche Freiſinn und der Sozialismus verwürfen jeden Zollſchutz und die ſtaatliche Fürſorge für die Arbeiter, ſie wollten Mittelſtand und Handwerk dem Ruin weihen; die ſozialdemokratiſchen Parteiführer ſeien ſehr ſchlechte Vertreter der Arbeiterſchaft, denn ſie ſtimmten ſtets für Preisgabe der heimiſchen Produktion an die ausländiſche Konkurrenz, obgleich durch ſolch verkehrtes Verfahren Millionen Exiſtenzen brotlos werden würden. Sie hätten ferner gegen alle Wohltaten der ſozialpolitiſchen Geſetze geſtimmt, die wir weiter ausbauen wollten und die dem Arbeiterſtande ſchon Hunderte von Millionen zugewendet hätten. Die Haupttendenz der Sozialdemokratie ſei dieſes Mal auf Erreichung einer möglichſt hohen Geſamtzahl von Stimmen im ganzen Reich gerichtet, daher werde der Stimmen-

[2]) Dr. Geo. Tiſchert, Fünf Jahre deutſcher Handelspolitik (1890—1894).

[3]) Der am 7. Juli in den „Berliner Neueſten Nachrichten" veröffentlichte Brief des Grafen von Poſadowsky an einen befreundeten Politiker. Der Graf ſpricht ſich darin deutlich aus über die Pflicht der bürgerlichen Parteien, ſich gegen die Sozialdemokratie zuſammenzuſchließen.

[4]) Die Gegenkandidaten des Grafen Bismarck waren auch dieſesmal wieder der frühere Vertreter des Wahlkreiſes, der freiſinnige Dr. Wöllmer, und von ſozialdemokratiſcher Seite Glocke.

fang mit den verwerflichsten Mitteln unter Appell an die schlechtesten Instinkte betrieben; sie hätten es leicht, Unmögliches zu versprechen, weil sie doch nie in die Lage kämen, ihre Zusagen halten zu müssen. Ein Unfug und eine bewußte Unwahrheit sei es aber, wenn die sozialdemokratische Presse mit der großen Anzahl ihrer Partei angehöriger Stimmen paradiere. Lange nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen gehöre wirklichen Sozialdemokraten, ein weit größerer Bruchteil dieser Wähler würde entrüstet protestieren gegen die Zumutung, Religion, Familie, Eigentum preiszugeben, und ebenso fest hielte die erdrückende Mehrzahl unserer Landleute an der Monarchie, während die Sozialdemokraten sich mit Stolz als Republikaner bekennen. Es sei bekannt, daß viele sozialdemokratische Stimmzettel nur aus Aerger über vermeintliche Zurücksetzung, Verdruß über Vorgesetzte, verlorene Prozesse oder dergleichen abgegeben würden; es beweise allerdings eine traurige Unreife, wenn wechselnde Empfindungen und nicht feste Ueberzeugung bestimmend auf die Wähler wirkten. Aber die Ueberzeugung von der Gefahr der Sozialrevolutionäre sei noch immer nicht Gemeingut bei uns geworden, sonst müßte der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien sich ja von selbst ergeben, und Wahlbündnisse mit jenen würden unmöglich sein.

Redner erinnerte an den im letzten Reichstag gefallenen Ausspruch Bebels: „Wir leben ja nur von Ihren Fehlern!“ und bezeichnete als den größten dieser Fehler, Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten einzugehen. Die Schuld liege bei den Parteiführern, welche die weniger gut informierte Masse der Wähler, indem sie sie zu solchen verwerflichen Bündnissen auffordern, täuschen und ihr die Situation fälschen. Die freisinnige Volkspartei sei stets bereit, solche Verbindungen mit den Sozialisten einzugehen, Verbindungen, die schließlich zu ihrer vollen Unterwerfung unter die Sozialisten führen müßten. Abgesehen von dieser bedenklichen Seite des Freisinns bleibe es aber unverständlich, wie sich Grundbesitzer und Handwerker finden könnten, die noch fortschrittlich wählten; die Sozialdemokraten versprächen wenigstens goldene Berge und verschwiegen bei ihrer Agitation sorgfältig ihre letzten Ziele; aber beim Freisinn könne man doch nur achselzuckend fragen: „Was kannst du armer Teufel geben?“ Der Freisinn sei immer nur unfruchtbar und negativ gewesen, er habe gegen die Reichsverfassung und

gegen alles Nützliche und Erſprießliche geſtimmt, was ſeit den ſechziger Jahren bei uns geſchehen ſei; er trete nur ein für fremde Konkurrenz und Preisgebung aller auch noch ſo ſchwer ringender heimiſcher Erwerbszweige. Vor fünf Jahren ſei im erſten Wahlgange nicht ein Freiſinniger gewählt worden, erſt mit fremder, meiſt ſozialiſtiſcher, Hülfe ſeien wenig über 20 Freiſinnige in den Reichstag hineingebracht; dadurch ſei der Freiſinn der politiſche Sklave der Sozialiſten geworden; ſie ſtimmten im Reichstag meiſt zuſammen, und der Freiſinn ſei demnach charakteriſiert durch das Sprüchwort: „Sage mir, mit wem du umgehſt, und ich will dir ſagen, wer du biſt.“

Redner beleuchtete alsdann die groben Entſtellungen, welche die radikalen Blätter über Schutzzölle und ihre Wirkungen verbreiteten, verlas einige Stellen eines Aufſatzes aus der „Volkswirtſchaftlichen Korreſpondenz“, worin von neuem nachgewieſen wird, daß das Ausland den größten Teil der Zölle trägt; wäre das nicht der Fall und das Ausland hätte keinerlei Nachteil von den Zöllen, ſo würde es ſich ſolche ja doch gern gefallen laſſen! Wie gerade bei der Bildung von Getreidepreiſen ganz andere Motive als Zölle einwirken, ſei in letzter Zeit durch die gewaltigen amerikaniſchen Kornſpekulationen offenbar geworden, die in wenigen Wochen weit größere Schwankungen herbeiführten, als je ein Kornzoll betragen hätte. Weizen notiere jetzt per Juli 200, per September 173; Roggen per Juli 140, per September 135. Die Septemberpreiſe deckten ſchon knapp die Produktionskoſten, bis Weihnachten würde wohl noch ein weiterer Rückgang eintreten. Dabei wachſe fortwährend die ländliche Verſchuldung, die in Preußen ſchon faſt 16 Milliarden Mark betrage. Würde der allſeitig anerkannten und beklagten Notlage der Landwirtſchaft nicht geholfen, ſo würden engliſche Agrarverhältniſſe bei uns einreißen. In England ſeien von 1871—94 4 000 000 Acres aus der ländlichen Kultur genommen; das ſeien ziemlich 300 deutſche Quadratmeilen und bedeute für die Landarbeiter einen jährlichen Lohnverluſt von 120 000 000 Mark; ein weiteres Ergebnis ſei natürlich Vermehrung des ſtädtiſchen Proletariats.

Unſere Landwirtſchaft müſſe aber auch aus politiſchen Gründen erhalten und gekräftigt werden. Wenn in Kriegszeiten die Zufuhr geſperrt ſei, ſo könnten große Kalamitäten eintreten, denen vorgebeugt

sein würde, wenn unser Kornbedarf im Inland gedeckt werden könnte. Die Möglichkeit hierzu sei gegeben, Vorbedingung sei allerdings, daß der Getreidebau rentabel gemacht werde. Ein solcher Zustand würde den weiteren Vorteil haben, daß unsere Ueberproduktion an Zuckerrüben von selbst auf ein normales Maß eingeschränkt werden würde.

Zum Schluß sprach Graf Bismarck den Wunsch aus, daß wir einen Reichstag erhalten möchten, der in Gemeinschaft mit den Regierungen die vorliegenden Fragen zu einer heilsamen Lösung zu bringen geeignet wäre: nutzbringend für die Gesamtheit und befriedigend für die einzelnen Erwerbszweige. Die Regierungen hätten es an ermutigenden Zusagen nicht fehlen lassen. Vor wenig über Jahresfrist habe Redner bei einem öffentlichen Auftreten das erste dämmernde Morgenrot begrüßt;[4]) seitdem seien wichtige Personenwechsel eingetreten[5]), die seine damalige Auffassung bestätigt hätten. Nach der Meinung aller Patrioten seien die Posten der Staatssekretäre jetzt so gut besetzt als denkbar; besonders tröstlich sei dies im Hinblick auf unsere auswärtigen Beziehungen, deren Behandlung vor fünf Jahren manche patriotischen Sorgen erregt hätten, die gegenwärtig der berechtigten Empfindung von Vertrauen gewichen seien; bestätigt sei dies durch die ungewöhnlich glatte Geschäftsabwicklung der letzten Reichstagssession. Hoffentlich werde der Wahltag — das zehnjährige Datum des Regierungsantrittes unseres Monarchen — uns einen Reichstag bescheren, an dem der Kaiser und alle Patrioten Freude haben werden.

(Lebhaftes Bravo!)

Bei den Wahlen am 16. Juni wurden im Wahlkreise Jerichow I und II im ganzen 23 005 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Graf Bismarck 11 769, der freisinnige Dr. Wöllmer 6812 und der sozialdemokratische Kandidat Glocke 4376 Stimmen, 48 zersplitterten sich. Somit wurde Graf Bismarck schon im ersten Wahlgange mit 267 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt.

---

[4]) In der Dresdener Rede am 7. März 1897; vgl. oben S. 200.

[5]) Die Entlassung der Herren von Boetticher und Frhr. Marschall von Bieberstein und ihre Ersetzung durch Graf von Posadowsky und Staatssekretär von Bülow.

39. Rede. Im Reichstag.

Am 11. Februar 1899.[1])

Handelspolitiſche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Auf der Tagesordnung ſtand die Interpellation des Abgeordneten Grafen v. Kanitz u. Genoſſen über die handelspolitiſchen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Nachdem der Abg. Dr. Lieber an den Staatsſekretär des Auswärtigen Amtes die Bitte gerichtet hat, ſich auch über die politiſchen Beziehungen Deutſchlands zu den Vereinigten Staaten zu äußern, ergreift das Wort der Abgeordnete

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, der Herr Vorredner hatte in ſeinem klaren Vortrage mit Recht hervorgehoben, daß die Ungewißheit, welche ſeit langer Zeit und zumal ſeit dem Frühjahr 1897 in den handelspolitiſchen Beziehungen zwiſchen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutſchland herrſcht, ein gewiſſes Mißbehagen in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hat.

Seit dem Frühjahr 1897 war die uns heute beſchäftigende Frage offiziell nicht weiter berührt worden. Bei dem großen Intereſſe aber, welches ſämtliche Erwerbsſtände an den regen Handelsbeziehungen mit dem befreundeten Nordamerika haben, war es unſere Pflicht als Vertreter des werteſchaffenden Volks, die Anfrage zu ſtellen, ob die Regierungen in der Lage ſeien', uns eine befriedigendere Auskunft über den Stand dieſer Beziehungen zu geben als vor nunmehr bald zwei Jahren. Damals hieß es, „alles ſei in der Schwebe"; das waren die Worte, die von dem Regierungstiſch gebraucht worden ſind. Auf die anderen wichtigen Auslaſſungen von dem damaligen Herrn Regierungsvertreter brauche ich nicht mehr einzugehen, nachdem dies der Herr Graf von Kanitz bereits in ausgiebiger Form getan hat.

Wir haben nunmehr dank unſerer Interpellation dem ganzen arbeitenden und produzierenden Volke eine amtliche Erklärung verſchafft, welche der Herr Staatsminiſter von Bülow die Güte gehabt hat uns zu verleſen, und welche die Situation, wie ſie ſich heute dar-

[1]) Stenogr. Ber. X. Leg.-Per., 1. Seſſion, S. 792 ff.

stellt, zusammenfaßt. Dabei haben wir uns, wie ich meine Pflicht als Volksvertreter auffasse, einstweilen zu bescheiden: „Gut Ding will Weile haben“. Lassen Sie uns hoffen, daß es zuguterletzt auch wirklich ein gutes Ding werden wird. Ich sehe nicht ab, was wir als Volksvertreter der Regierung gegenüber anders tun sollten als abzuwarten, wenn eine sorgfältig erwogene Erklärung uns amtlich mitgeteilt wird. welche darin gipfelt, daß die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Die beiden Herren Vorredner haben Anlaß genommen, der heutigen Leitung unserer auswärtigen Politik ihr Vertrauen auszusprechen. Ich möchte mir erlauben, mich dem anzuschließen, und glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, daß die Herren Ressortchefs, die heute die Regierungen am Bundesratstisch vertreten, für ihr Ressort das Vertrauen nicht nur der bisherigen Redner und der Parteien, die hinter ihnen stehen, verdienen, sondern in sachlicher Beziehung das Vertrauen des ganzen Reichstags.

(Bravo! rechts.)

Ich glaube, daß die Herren so viel Sachkunde, Eifer und Geschick besitzen und entwickeln werden, wie der ganze Reichstag das nicht besser leisten könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wir haben die heutige Antwort auch deshalb um so lieber entgegengenommen, als wir bisher auf mehr oder minder beglaubigte Auslassungen der offiziösen Zeitungen oder von angeblichen Interviews angewiesen waren. Da weiß man nie, wie viel man glauben soll. Es ist immer besser, selbst eine unerfreuliche Botschaft von amtlicher Stelle zu hören, als Nachrichten, von denen man nicht weiß, ob sie authentisch sind. Hätte eine vollendete Tatsache vorgelegen, so würde die Interpellation selbstverständlich keinen Boden gehabt haben und hätte nicht gestellt werden können; denn in solchem Falle wäre sie sinnlos, ja selbst eine Kritik ziemlich wertlos gewesen. Solange aber über die Art der Abstellung der berechtigten Gravamina unseres Exports verhandelt wird, kann es die Situation unserer Regierung und unserer Unterhändler nur stärken, wenn durch den Verlauf der heutigen Debatte klar dargelegt wird, daß die Regierung

bei Vertretung des uns vertragsmäßig zuſtehenden Rechtes die große Majorität hinter ſich hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Reichstag bei einer Frage, wie ſie uns heute beſchäftigt, ſich vollſtändig objektivieren will, ſo glaube ich, daß auf den beiden äußerſten Flügeln einſchließlich der Mitte eigentlich nicht zweierlei Anſicht beſtehen kann. Wir wollen für unſere Wohlfahrt und für unſere nationale Produktion eintreten und ſind dankbar, wenn die Intereſſen, die wir hier mit zu vertreten berufen ſind, ſachkundig und gut vertreten werden. Meine Herren, ich ſpitze es darauf zu: es iſt eine Vertrauensfrage.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer im Reichstage nicht das Vertrauen zu den jetzigen geſchäftsleitenden Herren beſitzt, der hat ja Gelegenheit, das auszuſprechen; ich glaube aber, ein ſolcher würde, wenn er weiter gefragt würde, wen er an die Stelle ſetzen wollte, in Verlegenheit ſein; denn ich wüßte nicht, wie die Stellen beſſer beſetzt werden ſollten.

(Zurufe links.)

Wir ſind alſo hierüber, wie ich hoffen darf, einig; ich wiederhole die Hoffnung, daß nicht nur eine große Majorität, ſondern womöglich der ganze Reichstag ſich in dieſer rein wirtſchaftlichen Frage, bei der ganz einerlei iſt, ob man demokratiſche oder äußerſte toryſtiſche Anſchauungen hat, den Regierungen zur Verfügung ſtellen wird.

Daß der Rechtsboden uns gegenüber verlaſſen iſt, das iſt nicht nur von den beiden Herren Vorrednern aus dem Hauſe in ſehr ſachlicher und ruhiger Weiſe dargelegt, ſondern auch vom Regierungstiſche beſtätigt worden. Es handelt ſich, ſoweit ich habe folgen können, um vier Fälle; bei der Diskuſſion vom Frühjahre 1897 waren es zwei. Damals hat nicht nur der Regierungsvertreter, ſondern auch der Herr Redner der Freiſinnigen offen eingeräumt, daß unſer Meiſtbegünſtigungsverhältnis verletzt war. Nun, es iſt doch nicht möglich, in ſolchen Beziehungen dauernd zu bleiben. Es liegt mir fern, der Regierung irgend einen Rat aufdrängen oder ihr auch nur durch Fragen Verlegenheiten bereiten zu wollen. Ich glaube, daß diejenigen Herren, die nach mir reden werden, ſich ein Verdienſt um die Erledigung der vorliegenden Frage erwerben werden, wenn ſie ſich von einem ähnlichen

Gedankengang leiten lassen könnten. Ich bin ja überzeugt, daß es in dem Hause viele sachverständige Herren gibt, die nicht nur imstande, sondern auch bereit wären, Ratschläge zu geben, gute Wege anzuzeigen, auf denen die heutigen Schwierigkeiten beseitigt werden könnten; über Demarchen aber, bei denen es sich doch auch um Druckmittel, und was der Engländer unfriendly proceeding nennt, handeln kann, öffentlich zu diskutieren, ist selten geeignet, die friedliche Stimmung auf beiden Seiten zu fördern.

Ueber den Wert und die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen der großen amerikanischen Nation und Deutschland ist sehr viel Neues nicht mehr zu sagen, wenn wir uns die in der Beziehung nicht nur inhalt-, sondern auch lehrreichen Verhandlungen vom 3. Mai 1897 vergegenwärtigen, und wenn wir uns an das halten, was wir heute schon gehört haben. Ich kann nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß unsere Beschwerden so trocken — ich will damit nicht etwas Unverbindliches sagen — so trocken und sachlich von den Vorrednern ausgedrückt sind. Gerade weil sehr viel Neues nicht zu sagen ist, glaube ich, daß wir der Sache, der wir nutzen wollen, bessere Dienste leisten, wenn wir nicht in zu viele Details eingehen und nicht gerade die heutige Debatte benutzen, um die gegensätzlichen wirtschaftlichen Auffassungen, welche die Gruppen und Parteien dieses Hauses beseelen, zum Aufrollen bringen. Ich glaube, wir werden besser tun, das anderen Debatten und anderen Tagen vorzubehalten, wo wir eine frische, fröhliche, polemische Debatte haben können.

(Sehr richtig! rechts.)

Je weniger wir heute untereinander polemisieren, desto größeres Gewicht wird unsere Verhandlung haben.

(Sehr gut! rechts.)

Wir wollen unsere Bereitwilligkeit, die Regierung in der nicht leichten Lage, in der sie sich befindet, zu stützen, hier zum Ausdruck bringen

(sehr richtig! rechts),

und je mehr wir überzeugt sind, daß wir den Rechtsboden für uns haben, und daß die Amerikaner die Verpflichtung, welche sie nach Auffassung unserer befugten Regierungsorgane übernommen haben, nicht in allen Punkten erfüllen, um so ruhiger können wir uns hier äußern. Die französische Redensart: „tu te fâches, donc tu as tort“ hat

eine gewiſſe Berechtigung. Warum ſollen wir uns ereifern, wo wir das Vertragsrecht ſo unbeſtreitbar für uns haben? Ich meine, es liegt klar wie $2 \times 2 = 4$, ſo daß einer der Herren am Regierungstiſch mir vertraulich ſagte: es muß eigentlich jeder Klippſchüler einſehen, daß wir im Rechte ſind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein anderes franzöſiſches Wort hat hier erhöhte Geltung: „de deux choses l'une“. Entweder bleibt das Saratogaabkommen maßgebend, obgleich allerhand dagegen eingewendet wird — alſo die Abmachung von 1891, daß wir die volle Meiſtbegünſtigung gewähren und alle Begünſtigungen, die wir in den Tarifverträgen anderen Staaten gegeben haben, auch den Amerikanern zubilligen: — gut, dann müſſen wir, da wir nur auf dem Fuße der Gleichheit von Großmacht zu Großmacht verkehren und verhandeln können, auch das gleiche von Amerika zugebilligt erhalten.

(Sehr richtig!)

Oder aber, wenn die Amerikaner das nicht wollen, ſondern ſich neuerdings auf den Standpunkt ſtellen, den ſie im vorigen Jahre deklariert haben, daß ſie Art. 9 ſo auffaſſen, als ob er dem Art. 5 des Vertrages von 1828 derogiere: „well and good“, wie man drüben ſagt, dann müſſen wir das Gleiche tun. Aber wir müſſen verlangen, daß mit gleichem Maße gemeſſen werde. Wir müſſen freundſchaftlich und rein geſchäftlich auf beiden Seiten verfahren; wir ſchlagen das Kontobuch auf, ſehen zu, wie beide Seiten ſich zu einander verhalten, und ſagen dann: hier liegt eine für uns auf die Dauer unerträgliche Ungleichheit vor, die muß abgeſtellt werden. Ich kann mir nicht denken, daß eine die Gerechtigkeit und Billigkeit bei ſich zu Hauſe liebende Nation wie die amerikaniſche dieſe beiden Elemente nicht auch in ihren Beziehungen zum Auslande angewendet zu ſehen wünſchen ſollte; ſonſt würde ſie ſpeziell den angelſächſiſchen Grundſatz: „fair play“ vollſtändig über den Haufen werfen.

(Sehr gut!)

Ich glaube nicht, daß die Amerikaner mit ihrer Vergangenheit, der Hochhaltung des „fair play“, die der angelſächſiſchen Raſſe eigentümlich iſt, brechen werden; ihre eigenen Staatsmänner, unter denen ich nur unſeren berühmten früheren Landsmann Karl Schurz nennen

möchte, werden öffentlich einräumen, daß ſie ſich uns gegenüber ins Unrecht geſetzt haben! Das wird eine ſo hochgebildete und geſchäftskundige Nation wie die amerikaniſche ſich nicht gern bei ſich zu Hauſe ſagen laſſen.

Es iſt mir vergönnt geweſen, mit vielen Amerikanern, Staatsmännern und Privatleuten, in meinem Leben zu verkehren. Ich bin überzeugt, daß die meiſten Mitglieder dieſes Hauſes ebenfalls ihre Bekannten und Freunde unter dem großen und viel reiſenden amerikaniſchen Volk haben und erfreut und befriedigt über die Beziehungen ſind, die ſie mit ihren amerikaniſchen Freunden verbinden; aber ich kann auch aus meinen amtlichen Erinnerungen nur hervorheben, daß, ſo oft ich Verhandlungen zu führen oder Beſprechungen mit amerikaniſchen Staatsmännern und Diplomaten gehabt habe, dieſe immer außerordentlich kulant verlaufen ſind, ſo daß ich mich niemals weder über die Form noch über unnötige Schwierigkeiten zu beklagen hatte. Die Raſſe von Staatsmännern, mit der nicht nur meine, ſondern auch die frühere Generation, von der viel zu hören ich in der Lage geweſen bin, verhandelt hat, iſt zweifellos nicht ausgeſtorben. Ich glaube vielmehr, daß eine ſo ziviliſierte Nation wie die amerikaniſche auch ebenſo diſtinguierte Staatsmänner, wie wir ſie zu unſerer Freude haben, erziehen wird, und daß diejenigen unter ihnen, welche gerade zur Regierung berufen ſind, ſich nicht in den Widerſpruch mit beſtehenden Verträgen ſetzen und nicht mit ungleichem Maße werden meſſen wollen.

Wenn ich bei den Staatsmännern angelangt bin — — — —

(Lachen links),

— Meine Herren, es gibt ein Sprüchwort über das Lachen, und wen man daran erkennt; weiter will ich darüber nichts ſagen.

(Oh! links. Bravo! rechts.)

— Da ich gerade in meiner Rede bei den amerikaniſchen Staatsmännern angelangt bin, ſo komme ich unwillkürlich auf das politiſche Gebiet, welches der Herr Abgeordnete Dr. Lieber vorhin berührt hat. Es iſt zwar die ganze Wirtſchaftspolitik bei uns in den letzten 20 bis 30 Jahren nach dem Axiom gehandhabt worden, daß man wirtſchaftliche und politiſche Dinge nicht miteinander vermengen ſoll; theoretiſch liegen wirtſchaftliche und politiſche Dinge auch auf ganz verſchiedenen Ebenen. Der frühere Reichskanzler Fürſt Bismarck hat darüber in

einer Rede über Zollverhältniſſe am 5. Dezember 1876 ausdrücklich geſagt:

> Die politiſchen Verhältniſſe balancieren ſich in ſich; die Bekämpfung der wirtſchaftlichen kann man nur auf wirtſchaftlichem Gebiete ſuchen; das politiſche Gebiet iſt vom wirtſchaftlichen ganz getrennt zu halten und liegt ihm fern.
>
> (Hört! hört! rechts.)

Obgleich ich dies hier anzuführen für nützlich und richtig halte, möchte ich doch, nachdem ich dieſen Satz aus einer zollpolitiſchen Rede hier angeführt habe, auch noch eine andere Rede des früheren Reichskanzlers berühren, welche er im März 1884 gehalten hat. Wenn der Herr Staatsminiſter von Bülow das Entgegenkommen haben wird, auch die an ihn gerichtete Anfrage zu beantworten, ſo bin ich überzeugt, daß er in der Lage ſein wird, ſich in demſelben Sinne über die politiſchen Beziehungen zu Nordamerika, wie in jenem hiſtoriſchen Rückblick Fürſt Bismarck es 1884 getan hat — in jenem hiſtoriſchen Rückblick, ſage ich, weil die außerordentlich ſchmeichelhafte Rede, in welcher der Reichskanzler Fürſt Bismarck damals über die amerikaniſche Nation, unſere politiſchen Beziehungen zu ihr ſprach, anfängt und aufhört mit der Erinnerung an zwei große Markſteine unſerer neueren Geſchichte: an die Anerkennung der Vereinigten Staaten durch Friedrich den Großen, der der erſte Monarch war, dieſen Schritt zu tun —, und an die tüchtige, ſachliche und entgegenkommende Vertretung unſerer Intereſſen ſeitens des nordamerikaniſchen Vertreters in Paris während des franzöſiſchen Krieges 1870/71. Ich zweifle nicht, daß der Herr Miniſter von Bülow ſich über das politiſche Gebiet ähnlich äußern wird. Ich würde dies auch aus dem Grunde für außerordentlich nützlich halten, weil wir bisher, wie ich das vorher bezüglich der handelspolitiſchen Seite der Sache auch ſchon erwähnte, zu viele unbeglaubigte Nachrichten über unſere Beziehungen gehört haben, und weil auch Unverſtandenes in die Welt gegangen iſt in Interviews. In dieſer Beziehung wird es höchſt wertvoll ſein, von der offiziellſten Stelle — wenn ich dieſen gewagten Superlativ gebrauchen darf —, die wir beſitzen, zu hören, daß die politiſchen Beziehungen zu Nordamerika auch in letzter Zeit immer ebenſo ungetrübte geweſen ſind, wie zu allen Zeiten ſeit Friedrich dem Großen. Ich wüßte nicht, worin anders

eine Trübung liegen sollte als in Verhetzungen, welche lang angelegt und systematisch betrieben worden waren.

(Lebhafter Beifall.)

Wir verstehen uns hierüber, wie ich sehe; wir wollen dem Ursprung der Verhetzungen aber nicht weiter nachgehen, um heute niemanden zu kränken. Aber ich möchte noch ein Zitat aus der früher angeführten Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck den Herren Kollegen zu beherzigen geben. Wir befinden uns sozusagen im vierten Akte des Dramas, der Knoten ist geschürzt und muß nun mit geschickter Hand von unserer Regierung gelöst werden; warten wir bis zum fünften Akt, ehe wir uns kritisch äußern! — und bei etwaigen nachfolgenden sachlichen Aeußerungen, in denen vielleicht die gegenseitige Situation geprüft werden wird, „wie man sich etwa schädigen könnte", möchte ich anheimstellen, nicht zu viel Nachdruck auf die Maßregeln zu legen, durch die Amerika uns etwa unangenehm treffen könnte, oder etwa unserer Regierung von vornherein eine gebundene Marschroute vorzuschreiben.

Meine Herren, in der Rede von 1876 hat der Fürst Bismarck — es handelte sich um Zollerhöhungen gegen Rußland — die Bitte ausgesprochen, daß ihm durch Redner aus dem Reichstag doch nicht die Negotiationsmittel gelähmt werden möchten, indem etwa verlangt würde, daß Gegenmaßregeln auf keinen Fall angewendet werden dürften.

(Sehr richtig! aus der Mitte.)

Wenn man erwartet, daß die Regierung erfolgreich handeln soll, so muß man ihrer Aktion vollen Spielraum geben, ohne ihr eine bestimmte Marschlinie vorzuziehen.

Wenn ich mit dieser Reminiszenz vom Jahre 1876 meine Ausführungen schließe, so liegt mir, wie sich das aus dem ganzen Gedankengang meiner Ausführungen von selbst ergibt, nichts ferner, als meinerseits irgend welche Vorschläge zu machen; das muß Sache der Herren bleiben, denen die Geschäfte des Reichs zur Führung anvertraut sind. Die Diplomatie ist ein so schwieriges Gewerbe, daß es bei ihr in verstärktem Maße heißt: viel Köche verderben den Brei.

(Sehr richtig!)

Hoffentlich wird die heutige Verhandlung das bei einer parlamentariſchen Körperſchaft naturgemäß außerordentlich ſeltene Bild ergeben, daß volle Einigkeit herrſcht in dieſer Frage, daß der geſamte Reichstag die Regierung zu unterſtützen gewillt iſt.

(Bravo! rechts.)

Möge ſie außerdem noch zum Ausdruck bringen, daß wir zu dem Gerechtigkeitsgefühl der Regierung des großen und ſtammverwandten amerikaniſchen Volkes das Zutrauen haben, daß ſie unſerer Diplomatie die Löſung ihrer Aufgabe nicht zu ſehr erſchweren werde!

(Lebhaftes Bravo rechts.)

40. Rede. Im Reichstag.

Am 18. Februar 1899.[1])

Ausweiſung von Dänen.

Bei der Beſprechung der Interpellation des Abg. Johannſen über Ausweiſungen däniſcher Untertanen aus den nordſchleswigſchen Kreiſen ſpricht nach Abg. Munckel (deutſchfreiſ.) der Abg.

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, ich habe die Empfindung, als ob ich um Entſchuldigung bitten müßte, daß ich in der vorgerückten Stunde und nach der langen Debatte, die uns den dritten Tag beſchäftigt, Ihre Geduld in Anſpruch zu nehmen mir erlaube. Ich wollte doch aber nicht unterlaſſen, als Eingeſeſſener der Provinz, mit der wir uns hier ſo viel beſchäftigen, auch Zeugnis von meinem Standpunkt abzulegen. Wenn ich noch auf einiges zurückkomme, was die Herren Vorredner geſagt haben, ſo könnte ich dabei beinahe ſagen, wie es im Fauſt heißt: „Die Herren haben ſchon ſo viel geſagt, daß mir zu tun faſt nichts mehr übrig bleibt.“ Trotzdem halte ich es für zweckmäßig, einige der hier berührten ſtaatsrechtlichen Fragen ganz kurz zu beleuchten.

Meine Herren, zunächſt iſt da die Kompetenzfrage bezüglich der Ausweiſungen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Lieber hat beim Eingang ſeiner geſtrigen Rede das zutreffendſte Wort in dieſer Be-

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 1. Seſſion, S. 974 ff.

ziehung geſprochen, als er nach Verleſung des Artikels 4 und Mitteilung ſeiner Auslegung hinzufügte, es ſei mindeſtens eine Frage der Interpretation. Hier ſtehen ſich alſo die Autorität des Herrn Reichskanzlers, der doch von vielen juriſtiſchen Kapizitäten beraten iſt, und die Autorität von verſchiedenen höchſt angeſehenen Mitgliedern aus dem Hauſe gegenüber. Ich habe meinerſeits durchaus keinen Anlaß, dazwiſchen zu treten. Ich kann die Frage für mich als eine offene behandeln und es den gelehrten Herren, die in die Diskuſſion dieſer Tage eingegriffen haben, überlaſſen, ihren Standpunkt mit der Regierung ins Klare zu bringen. Aber eines möchte ich mir zu betonen erlauben — der Herr Dr. Sattler hat es ſchon berührt, wenn ich mich nicht täuſche —, daß die von verſchiedenen Herren berührten Themata doch wohl zweifellos nicht zur Kompetenz des Reiches gehören. Man mag über die Frage des Eingreifens der Amtsrichter, das ja etwas grauſam klingt, wie ich es hier habe vortragen hören, einer Anſicht ſein, wie man will, es iſt nachgewieſen worden, daß ſie mit der Verwaltungsbehörde nichts zu tun hat; ebenſo gehen die verſchiedenen Schulmaßregeln, die hier ſo eingehend beſprochen worden ſind, das Reich auch nichts an. Ich glaube, dieſe beiden Angelegenheiten dürften wohl ausſchließlich der Kompetenz des betreffenden Einzellandtages, alſo des preußiſchen, vorbehalten bleiben, und ich zweifle nicht, daß ein ſtaatsrechtlich ſo gewiegter Herr, wie der Herr Dr. Lieber, dieſer Anſicht beipflichten wird, wenn er noch einmal das Wort ergreifen ſollte. Ich werde daher hierauf nicht mehr eingehen und die Diskuſſion nicht noch meinerſeits mit Betrachtungen über dieſe Frage beſchweren.

Wenn der Herr Dr. Lieber geſtern meinte, daß die Verhandlungen des preußiſchen Landtags das Thema noch nicht erſchöpfend genug behandelt hätten, ſo hoffe ich, daß er heute abend dieſer Anſicht nicht mehr ſein, ſondern uns das Zeugnis geben wird, daß wir uns erſchöpft haben — ich hoffe, nur das Thema und nicht uns ſelber.

(Heiterkeit.)

Wir haben viel Intereſſantes gehört, wozu primo loco einige Aeußerungen des Herrn Dr. Lieber gehören, auf die ich noch kurz zurückkommen werde, die alle Nationalgeſinnten mit Freude erfüllt haben.

Einer der Herren Vorredner hat ſchon betont, daß die Animoſität, die im Dezember noch in dieſem hohen Hauſe herrſchte, als über Ausweiſungen im allgemeinen geſprochen wurde, und als aus Oeſterreich eine gewiſſe neue Tonart herüber klang, einer ſehr viel ruhigeren Auffaſſung Platz gemacht hat. Es kann unſeren Debatten ja nur nützlich ſein, wenn ſie ruhig geführt werden; darüber werden wir alle einig ſein, denn in einer Verſammlung wie der Reichstag kann niemand Vergnügen daran haben, daß Lärm entſteht oder unangenehm ſcharfe Sachen gegenſeitig geſagt werden.

Wenn nun der Herr Oberpräſident von Köller ſowohl im Dezember wie auch bei unſerer jetzigen Debatte und neulich im preußiſchen Landtage ſo viel angegriffen worden iſt, ſo möchte ich mir erlauben, darauf aufmerkſam zu machen, daß hierbei etwas ignoriert worden iſt, das von einem der Herren Vorredner als eine bedauerliche Eigenſchaft des preußiſchen Staatsgebildes hingeſtellt wurde, nämlich die ſcharf ausgeprägte Büreaukratie und unſer ganz büreaukratiſches Syſtem. Meine Herren, niemand von Ihnen, wenn auch der Form halber die Interpellation im Landtage ſo gefaßt war, daß die Frage an die Regierung gerichtet würde, ob ihr das Vorgehen des Herrn von Köller bekannt wäre, und ob ſie das billige, — niemand von Ihnen, ſage ich, wird der Anſicht ſein, daß bei unſerem ſtark ausgeprägten Regierungsſyſtem der Oberpräſident einer Grenzprovinz Maßregeln ergreifen wird, welche die Beziehungen mit dem Nachbarſtaat tangieren, ohne dazu ausdrücklich von der Staatsregierung autoriſiert oder angewieſen zu ſein. Es iſt mithin eine Verſchiebung des Angriffspunkts, wenn hier gegen den Herrn Oberpräſidenten von Köller polemiſiert wird. Für etwaige einzelne Härten — ob ſolche vorgekommen ſind oder nicht, weiß ich perſönlich nicht — wird ein ſo hoher Provinzialbeamter wie der Oberpräſident ſchwerlich verantwortlich zu machen ſein; es ſind untergeordnete Organe, denen die Ausführung obliegt. Auch der Herr Vorredner hat erklärt, daß der Herr Oberpräſident von Köller, wie er uns bekannt iſt, und wie ich perſönlich ihn als den Oberpräſident meiner Provinz zu kennen das Vergnügen habe, ein durchaus humaner und liebenswürdiger Mann iſt.

(Zurufe links.)

— Wer das bezweifelt, kennt den Herrn nicht. Ich kann mich nur

auf den Herrn Vorredner beziehen, der auch seinerseits ausdrücklich betont hat, daß er Freude daran gehabt hat, mit ihm persönlich in Verkehr zu treten.

(Zuruf.)

— So glaube ich den Herrn verstanden zu haben; vielleicht bestätigt er, daß das richtig ist. — Ich habe mir erlaubt, zu sagen, wenn dieser Beamte bei Besprechung einer Maßregel, die so hervorragend staatlichen Charakters ist, durch persönliche Angriffe sozusagen aus unserer ganzen Beamtenschaft herausgeschält wird, so wird damit die Sache verschoben. Der Reichskanzler ist gleichzeitig preußischer Ministerpräsident; er hat als solcher 4 Stimmen im preußischen Staatsministerium, weil drei seiner untergebenen Staatssekretäre, die von ihm Weisungen zu empfangen haben, gleichzeitig im preußischen Staatsministerium sitzen, und diese Herren natürlich nicht anders votieren können als er. Der Herr Reichskanzler ist also als preußischer Ministerpräsident mit den Ressortministern in hervorragendem Maße verantwortlich für diese Maßregel; er hat die Verantwortung dafür gern übernommen, und auch die Minister, die sie im preußischen Landtage vertraten, haben keinen Anstand genommen, für die Maßregel mit ihrer ganzen Autorität einzutreten. Meine Herren, diese Eigenschaft des preußischen Ministerpräsidenten, die dem Herrn Reichskanzler beiwohnt, hätte es ihm möglich gemacht, die Interpellation im Landtage auch persönlich zu beantworten. Es kam, wenn ich das einschalten darf, tatsächlich auf ganz dasselbe hinaus, ob die Kompetenz des Reichstags zugestanden wurde oder nicht; besprechen kann der Reichstag die Sache jedenfalls, wie wir das heute sehen; es war bloß der Weg der Interpellation dazu nötig; und die Regierung, ob sie nun den Reichstag für kompetent hält oder nicht, konnte die Beantwortung ohne Motivierung ablehnen. Ich habe die Stellungnahme des Reichskanzlers hier so aufgefaßt, als ob er bei der ihm innewohnenden Höflichkeit seine Ablehnung nicht unmotiviert dem Reichstage aussprechen wollte.

(Lachen links.)

— Ja, meine Herren, lachen Sie darüber, daß der Herr Reichskanzler ein höflicher Mann ist?

(Zurufe links.)

— Ich wüßte nicht, was dabei zu lachen wäre.

Da ich gerade bei dieſer Eigenſchaft des Herrn Reichskanzlers bin, ſo möchte ich betonen, daß er nicht nur ein höflicher Mann iſt, ſondern auch gewiß keine aggreſſive Natur; als ſolcher wird ihn niemand kennen gelernt haben. Nun, ein ſo verſöhnlicher und erfahrener Staatsmann wird doch nicht sans rime ni raison zu ſeinem eigenen Vergnügen ſolche Ausweiſungsmaßregeln vom Zaune brechen. Keine Regierung tut ſolche Schritte gern; denn ſie führen, wenn auch in freundſchaftlicher und hergebrachter offizieller Form, doch immer zu mühſamen Korreſpondenzen, und wie wir geſehen haben, auch zu vielen Zeitungsartikeln und Polemiken, mit einem Worte, zu erheblichen Unannehmlichkeiten. Ich glaube nicht, daß Sie der preußiſchen Staatsregierung und dem Reichskanzler und preußiſchen Miniſterpräſidenten zutrauen werden, daß ohne zwingende Notlage zu derartigen Maßregeln gegriffen werden ſollte. Es iſt nicht meines Amtes, für die preußiſche Regierung hier einzutreten. Von dem objektiven Standpunkte des Beobachters muß ich aber doch annehmen, daß ſie gewichtige Motive für ihr Vorgehen gehabt haben muß. Es handelte ſich um die notwendig gewordene Abwehr. Einige Vorredner aus der Provinz Schleswig-Holſtein — der Herr Abgeordnete Dr. Stockmann hat es beſonders betont — haben hier erklärt und mit Tatſachen bewieſen, daß es die höchſte Zeit war, zur Abwehr zu ſchreiten. Die Zahlen des Herrn Abgeordneten Dr. Hänel ſind verſchieden ausgelegt worden. Immerhin, ob man ſagt: post hoc, ergo propter hoc, — oder nicht, es war doch eigentümlich, daß gerade um das Jahr 1889 die für das Deutſchtum nachteiligen Zahlen wieder wuchſen, daß alſo in den letzten zehn Jahren, in denen, wie Herr Dr. Hänel, wenn ich ihn recht verſtanden habe, meinte, im ganzen eine beſonders milde Behandlung herrſchte, — daß da das Dänentum wieder mit mehr Kraft den Kopf erhoben hat. Meine Herren, die ſchlimmſten Auswüchſe und Ausflüſſe von däniſcher Agitation, die uns hier verleſen und vorgetragen worden ſind, ſtammen meiſt aus dem Jahre 1895, datieren alſo 3 Jahre zurück, ſie beweiſen, daß ein Eingreifen notwendig geworden war. Die uns gemachten Mitteilungen beſtanden nur in einzelnen Proben, ſie waren aber doch Beweis genug dafür, daß die Regierung eine Schädigung ihrer Autorität nicht länger andauern laſſen konnte; ſie hätte ſonſt die Agitation, die ſich zunächſt noch vorſichtig vorwagte, großgezogen und

ermutigt, noch stärker vorzugehen. Meine Herren, Sie werden ja alle die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 25. Januar gelesen haben; wenn ein so gewiegter Politiker und Redner, wie der Vizepräsident des Staatsministeriums [1]), der seine Worte ganz genau abzumessen versteht, von der Tribüne des Landtags herab erklärt: „Wir müssen die Machtmittel anwenden, und wenn wir sie nicht zur Hand haben, sie da suchen, wo wir sie mit Gerechtigkeit finden können, um solchen feindseligen Agitationen, die offenbar und direkt den Zweck zweifellos verfolgten, Teile von Deutschland abzureißen, mit Erfolg entgegenzutreten", — wenn ein so erfahrener Staatsmann wie Herr von Miquel so starke Worte, wie sie selten vom Regierungstisch erklingen, gegen preußische Abgeordnete braucht, die anwesend sind im Hause, dann werden wir doch wohl einem angesehenen Politiker konzedieren, daß er gewichtige Gründe dafür haben muß. Der Herr Abgeordnete Dr. Hänel hat uns einen sehr lehrreichen Vortrag gehalten, dem wir alle gewiß gern zugehört haben; er hat namentlich den Standpunkt der Gerechtigkeit vertreten; nun, meine Herren, wenn er nur als Lehrer des Rechts zu sprechen hat, so ist ja der weltbürgerliche Standpunkt auf dem Lehrstuhl durchaus angemessen. Aber wenn ein so angesehener Gelehrter wie Herr Dr. Hänel gleichzeitig Politiker ist und als solcher spricht, so glaube ich, daß er im Reichstage, wo er für das Heil des Landes mit verantwortlich ist, doch auch andere Gesichtspunkte wird gelten lassen müssen. Der Wahlspruch: justitia fundamentum regnorum ist ein altbekannter. Ebenso vertraut wird aber dem Herrn Abgeordneten der andere Spruch sein: fiat justitia, pereat — res publica, möchte ich in diesem Falle sogar setzen. Summum jus summa injuria ist ein weiteres lateinisches Zitat

(Lachen links),

für das ein so gelehrter Herr volles Verständnis haben wird. Bei Staatsaktionen handelt es sich nicht ausschließlich um die ausgleichende Gerechtigkeit, es ist primo loco die Staatsraison maßgebend

(sehr richtig! rechts),

und für die Staatsraison ist das preußische Ministerium eingetreten. Dafür sind wir ihm dankbar, und allen Herren, die für das deutsche

[1]) Staatsminister Dr. v. Miquel.

Element in Schleswig-Holſtein hier aufgetreten ſind, ſind wir auch dafür dankbar, daß ſie die nationale Geſinnung für die Staatsraiſon reklamiert haben.

(Bravo! rechts.)

Wenn wir ſo wirtſchaften ſollten, wie das in Cisleithanien geſchehen iſt, wovon Herr Dr. Lieber geſtern ſprach, wohin ſoll das führen? Die Verſöhnungspolitik, die dort 20 Jahre lang getrieben worden iſt, hat zu den heutigen Zuſtänden geführt, auf die ich lieber nicht näher eingehen will, um keine unangenehmen Empfindungen bei den Bewohnern der uns befreundeten Nachbarmonarchie hervorzurufen. Ich erwähne nur in Anknüpfung an Aeußerungen des Herrn Dr. Lieber, daß es ſich meines Erachtens nicht empfehlen würde, das Syſtem Taaffe bei uns anzuwenden. Die Quittung über deſſen Erfolge liegt zu nahe an unſerer Grenze.

Herr von Miquel hat geſagt: Alle Mittel, die wir zur Hand haben, die wir für gerecht halten, werden wir benützen; andere ſind nicht gegeben.

Herr Dr. Lieber hat geſtern auf den Staatsanwalt hingewieſen. Da möchte ich auf die Rede des Geheimrats Holtz im Landtag verweiſen, der das Vorgehen des Staatsanwalts im Jahre 1895 gegen Herrn Hanſen erwähnte, welches eingeſtellt werden mußte, weil die beſtehenden Strafbeſtimmungen nicht genügten. Meine Herren, der Staatsanwalt verſagt; ein anderes Mittel, welches die Regierung anwenden könnte, iſt mir nicht bekannt; wenn ſie es hätte, würde ſie es gewiß gern tun. Sie hat erklärt, daß ſie nur die Mittel anwenden wolle, die ſie für gerecht halte. Inſofern iſt das Wort zurückzuweiſen, daß der Vorgang des Königreichs Preußen verhängnisvoll für des Reiches Kräftigung geweſen wäre. Meine Herren, unſer Nationalſtaat iſt mit milden Mitteln gemacht. Wenn die Herren vergleichen wollen, wie im Mittelalter der Nationalſtaat Frankreich von Ludwig XI. bis zum Kardinal Richelieu entſtanden iſt, wie in England, in Italien der Nationalſtaat gemacht worden iſt, ſo iſt es bei uns doch erheblich milder zugegangen. Durch die ſcharfe unitariſche Arbeit in den Nachbarſtaaten iſt erreicht worden, daß ſie ein ſchärfer ausgeprägtes Nationalgefühl haben. Dieſen Punkt hat Herr Dr. Lieber mit Recht hervorgehoben und damit den vollen Beifall des ganzen Hauſes gefunden.

Wir wollen hoffen, daß, je älter das Reich wird, umsomehr unser Nationalgefühl wachsen werde. Ich glaube nur, daß Herr Dr. Lieber, als er auf die Muttersprache zu sprechen kam, im nationalen Sinne richtiger den Schluß auf die eigene Muttersprache hätte ziehen müssen und nicht auf die dänische. Momentan ist unsere Muttersprache gedrückt gewesen, sie ist im Osten wie im Norden zurückgegangen, und ich glaubte, als ich gestern Herrn Dr. Lieber über die Schwächen unseres Nationalcharakters sprechen hörte, daß er auch zu dem Schluß kommen würde, wir müssen alles anwenden, um unser nationales Gefühl zu stärken und allen Angriffen gegen unsere Sprache entgegenzutreten.

Es handelt sich bei den Ausweisungen um geringe Ziffern. Die Dienstboten, von denen gesprochen ist, sind unter hundert ledige Dienstboten; die übrigen sind im Lande geblieben. Das verteilt sich auf 1 oder 2 Dörfer. Was ist das in einem so großen Distrikt wie Nordschleswig! Der Begründer der Interpellation sprach vorgestern über die Leutenot; es ist nur cum grano salis zu verstehen. Wir wissen, daß die Löhne für Dänen höher sind als für Deutsche, und gestern ist hier festgestellt, daß gerade die deutschen Arbeiter boykottiert werden von den dänischen Hofbesitzern.

Herr Dr. Lieber erging sich in einer historischen Reminiszenz, auf welche schon Herr Dr. Sattler einging, und auf die ich kurz zurückkommen möchte. Mit dem alten heiligen römischen Reich sah es doch bedenklich aus. Im vorigen Jahrhundert wäre darauf wohl nichts passender gewesen als die bekannten Worte des Kapuziners:

Das römische Reich, daß Gott erbarm',
Ist geworden ein römisch' Arm.

Es war so weit heruntergekommen, daß es unter dem Ansturm der französischen Eroberer kläglich zerstob. Ich will die Ausführungen des Herrn Dr. Sattler über die zur Zeit des heiligen römischen Reichs verlorenen deutschen Gebietsteile nicht erweitern, weil das wieder Anlaß geben könnte, in den Zeitungen der Nachbarländer zu sagen, im deutschen Reichstag habe sich Begehrlichkeit nach fremdem Gebiet geregt. Mit Rücksicht hierauf will ich bei diesem Anlaß besonders betonen, daß das Deutsche Reich nach wie vor ein vollkommen saturierter Staat ist, der absolut keine weiteren Gebietsteile braucht. Das Deutsche Reich und das Königreich Preußen haben von den früher verloren gegangenen

Gebietsteilen wieder zurückgebracht Elſaß-Lothringen und Schleswig-Holſtein, die Elbmündungen; außerdem hat das Königreich Preußen als Morgengabe die Oſtprovinzen hereingebracht, die zu dem alten heiligen römiſchen Reiche nicht gehörten. Wir haben ein feſtes Gefüge im Deutſchen Reich und haben die Anlehnung geſucht an das große, uns teilweiſe ſtammverwandte Nachbarland, welches die alten großdeutſchen Beſtrebungen mit hereinnehmen wollten. An den Politikern dieſes großen befreundeten Nachbarlandes Oeſterreich-Ungarn hat es 1879 gelegen, daß die damals von uns geſuchte und angebahnte Verbindung, welche ſchon 1866 ins Auge gefaßt war, keine dauernde und organiſche wurde. Unſere damalige politiſche Leitung hatte es ſich zur Aufgabe gemacht, zunächſt das Gefüge des Deutſchen Reiches, wie wir es heute haben, zu befeſtigen und dann in beſſere Verbindung mit Oeſterreich-Ungarn zu treten, als der Deutſche Bund ſie geboten hatte. Ich will nicht in die hohe Politik eingehen; die Tatſache, glaube ich, iſt bekannt, daß die Beſtrebungen unſerer damaligen politiſchen Leitung kein Entgegenkommen in Oeſterreich fanden. Immerhin haben wir mit dieſem Lande eine ſo ſichere Freundſchaft, daß ſie allgemein als unerſchütterlich angeſehen wird. Ich habe einmal Gelegenheit gehabt, in meiner früheren amtlichen Tätigkeit, als ich vertraulich von einem hohen Mitgliede des öſterreichiſchen Kaiſerhauſes über dieſe Beziehungen gefragt wurde, in ſcherzender Weiſe, aber aus voller Ueberzeugnng zu ſagen: das Verhältnis mit Oeſterreich faſſe ich auf wie eine katholiſche Ehe, die bekanntlich untrennbar iſt.

(Beifall in der Mitte.)

Ich glaube, der ganze deutſche Reichstag teilt dieſe Auffaſſung.

Da ich einmal bei Oeſterreich angekommen bin, möchte ich noch kurz auf den vielerwähnten Artikel 5 des Prager Friedens eingehen. Auf die vielen intereſſanten Punkte zu antworten, die hier berührt ſind, iſt ja nicht möglich; es liegt mir auch fern, Ihre Geduld ermüden zu wollen. Aber nachdem $2\,^1/_2$ Tage lang debattiert worden iſt, und ich als 13. Redner zu Worte komme, habe ich natürlich das Hintertreffen. Den letzten beißen die Hunde — womit ich ſelbſtverſtändlich keine Anſpielung auf dieſes hohe Haus gemacht haben will.

(Heiterkeit.)

Der Artikel 5 war, wie geſtern bereits erwähnt wurde, der franzöſiſche

Stempel auf den Prager Frieden. Es lohnte nicht, das damals Gewonnene in einem neuen Kriege mit Frankreich aufs Spiel zu setzen; das war die Erwägung, aus welcher der damalige König Wilhelm I. den Frieden so abschloß, wie er jetzt bekannt ist. Als Napoleon III. mit seiner Trinkgelderpolitik abgewiesen wurde, wollte er wenigstens seine Abstimmungstheorie, die er in Nizza angewendet hatte, in den Vertrag hineinbringen. Artikel 5 war so vorsichtig gefaßt, daß die Distrikte nicht begrenzt waren. Hätte man den Vertrag in Bälde erfüllen können oder wollen, so hätte man gerade so gut in einem Distrikt von 10 wie von 50 Quadratmeilen abstimmen lassen können. Aber man konnte sich nicht darüber einigen, wo die Linie gezogen werden sollte. Das wurde von unserer geschickten Politik ausgenutzt, um eine Konstellation abzuwarten, welche es ermöglichte, diesen Paragraphen ganz zu beseitigen.

Nun hat gestern der Herr Abgeordnete Hänel gesagt, die Aufhebung dieses Artikels wäre irrelevant gewesen, der Artikel wäre doch immer unausführbar gewesen. Die Motive für die Auffassung machen ihm alle Ehre; sie waren rein nationale und deutsch empfundene. Aber, meine Herren, die anderen Redner, z. B. der Interpellant und der Herr Abgeordnete Munckel, haben diese Auffassung nicht geteilt. Beide Herren haben gesagt, wegen dieses Artikels und seines Bestehens während beinahe 12 Jahren haben manche Schleswiger für Dänemark optiert; es müssen also doch diese nicht der Ansicht des Herrn Hänel gewesen sein. Und ich meine, die Aufhebung von Artikel 5 ist ein Vorgang, für den wir der damaligen Geschäftsleitung dankbar sein sollten, dankbar dafür, daß diese Unbequemlichkeit aus dem Prager Friedeu beseitigt ist. Die Dänen hatten niemals ein Anrecht aus Artikel 5 herzuleiten, sie waren nicht partie contractante des Prager Friedens; über einen Friedensvertrag haben bloß diejenigen mitzureden, die ihn unterschreiben. Für die Dänen war jede Hoffnung verschwunden, sobald durch diesen neuen Vertrag von 1878 zwischen Oesterreich und Preußen der Artikel 5 aufgehoben war.

Ich eile zum Schluß und will nur noch eine Bemerkung festnageln, welche der gestrige Redner der Sozialdemokratie*) machte, weil

*) Der Abg. Liebknecht.

ſie zu bezeichnend iſt für die ganze Tonart ſeiner Rede und für ſein ganzes Empfinden. Ich habe mir die Worte gleich notiert. Er ſprach davon, am Rhein beſtände heute noch eine dankbare Erinnerung an die Franzoſen, weil dieſe den Rheinländern alle Freiheiten gebracht hätten. Der Herr Abgeordnete wird die richtige Antwort ſchon von den patriotiſchen Rheinländern, von allen rheiniſchen Zeitungen erhalten!

(Zurufe links.)

— Ich habe mir die Worte ſofort notiert, der ſtenographiſche Bericht wird es ausweiſen. Er ſagte, man hätte dort heute noch eine dankbare Erinnerung an die Franzoſen für die Zeit, wo dieſe die Herrſcher waren, und für alle die Freiheiten, die von den Franzoſen gewährt wurden. Die anderen Herren werden es auch gehört haben.

(Sehr richtig!)

Wir erwarten nicht von dieſer Partei, der der Herr angehört, daß ſie die Vaterlandsliebe kultiviere.

(Unruhe und Zurufe links.)

Deshalb hat es mich mit einer gewiſſen Genugtuung erfüllt, daß unter der Interpellation lediglich ſozialdemokratiſche Abgeordnete ſtanden.

(Sehr gut! rechts.)

Ihre Partei erklärt ſich für international. Vorhin hat der Herr Vorredner erklärt, alle Parteien ſeien national. Jawohl, mit dem Unterſchied: der Herr Abgeordnete Johannſen iſt däniſch national und Herr Liebknecht international. Mit der Einſchränkung gebe ich das vollkommen zu.

(Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.)

Es hat mich in der Tat mit Genugtuung erfüllt, daß die Interpellation lediglich unterſchrieben war von Mitgliedern der Partei, die die uns heiligſten und höchſten Begriffe Vaterland, Monarchie, Religion leugnet und ſich ſtolz international nennt.

Ich gehe mit den Herren weiter nicht ins Gericht; ich wollte dieſe Aeußerung nur feſtnageln. Im übrigen, glaube ich, können wir uns wirklich ſelbſt gratulieren wegen der großen Objektivität, mit welcher wir $2^1/_2$ Tage lang eine ſolche Frage debattiert haben. Ich kann, nachdem ich zum Thema die bekannten Worte des Herrn Vizepräſident von Miquel genommen hatte, „daß wir das Beſtreben, deutſche Ge-

bietsteile loszulösen, bekämpfen," nicht genug hervorheben, daß wir bewundernswert objektiv debattiert und alle Pro und Contras erwogen haben. Im Grunde sind alle nationalen Parteien einig, daß wir mit Herrn von Miquel übereinstimmen. In diesem Ideengange möchte ich noch darauf hinweisen, daß, sobald Beziehungen zum Auslande in Frage kommen, wir uns alle auf den nationalen Standpunkt der Engländer stellen sollten, die stolz sagen: my country, right or wrong, d. h. ich bin immer auf seiten meines Vaterlandes, ob es recht oder unrecht ist, bis ich vielleicht eines anderen belehrt werde.

(Lebhafter Beifall rechts. Heiterkeit links.)

Wenn wir daran nicht festhalten, so verfallen wir wieder dem Weltbürgertum; dann werden wir vielleicht von neuem viele Komplimente bekommen von englischen, französischen, amerikanischen Zeitungen über das gutmütige und liebenswürdige Volk der Denker, welches die Geistesarbeit besorgt, nebenbei in Witzblättern aber höhnisch als Orgeldreher und Biertrinker dargestellt werden, mit der langen Zipfelmütze, die man uns gern mit dem Fell über die Ohren ziehen will.

(Sehr richtig! rechts.)

Unsere jetzige Metamorphose gefällt selbstverständlich den anderen großen Nationen weniger; wir werden sie aber bloß festhalten können, wenn wir den nationalen Gedanken hochhalten und uns fernhalten von unpraktischem Weltbürgertum, das eine Berechtigung für den Politiker nicht hat. Ich möchte schließen mit dem Wort, das uns einst von dem heute verwaisten Eckplatz dort gesagt worden ist: „Lassen Sie den nationalen Gedanken leuchten vor Europa."

(Lebhafter Beifall. Heiterkeit links.)

41. Rede. Im Herrenhause.

Am 22. März 1899.[1])

Bauernmajorate.

Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation des Grafen von Mirbach: „Wann ist eine Gesetzesvorlage der Königlichen Staats-

[1]) Verhandl. d. Herrenhauses 1899, S. 77 ff.

regierung betreffend ein Fideikommißgeſetz mit einer Herabſetzung des Fideikommißſtempels zu erwarten?“ Nachdem der Vizepräſident des Staatsminiſteriums Finanzminiſter Dr. von Miquel die Interpellation beantwortet hatte, wurde in deren Beſprechung eingetreten. An ihr beteiligte ſich mit den nachſtehenden Ausführungen auch

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, ich wollte mir nur einige Worte erlauben in Anknüpfung an die Aeußerungen des Herrn Finanzminiſters, inſoweit er über die Nachteile geſprochen hat, welche die Verſchuldung des Grundbeſitzes mit ſich bringt. Wenn wir da einſetzen könnten, ſo glaube ich, würde ſich dasſelbe erreichen laſſen, was Herr Graf von Mirbach und die anderen Herren Redner dadurch zu erlangen wünſchen, daß man die Kreierung kleiner Fideikommiſſe erleichtert. Ich habe mich allerdings mit der Materie nicht eingehend genug beſchäftigt, um hier einen größeren Vortrag darüber halten zu können, der die Herren wahrſcheinlich auch nur ermüden würde. Aber ich habe aus der Anregung des Herrn Finanzminiſters doch Anlaß nehmen wollen, dieſe Frage wenigſtens etwas mehr ins Rollen zu bringen.

Meine Herren, ich habe einmal vor einigen Jahren gelegentlich einer Debatte über den Antrag Kanitz im Reichstag meine Meinung dahin ausgeſprochen, daß es für die Landwirtſchaft im allgemeinen nicht nützlich wäre, wenn ſie zu leicht Geld bekäme.[2]) Ich habe mir damals erlaubt anzuführen, daß zu der Zeit, als der große König die Landſchaften einrichtete, dieſe gewiß ein ſehr nützliches Inſtitut geweſen ſind, daß aber leider Zuſtände eingeriſſen ſeien, bei welchen noch hinter den landſchaftlichen Pfandbriefen auf manchen Gütern — auch bei größerem Beſitz — erhebliche Poſten ſtänden, ſo daß der Beſitzer eigentlich kaum mehr dieſen Namen verdiene, ſondern vielfach nur der Verwalter des Kapitaliſten ſei, und daß, wenn das Gut bis zu vier Fünftel verſchuldet ſei, alle Beſitzfreudigkeit aufhöre. Wenn dann Erbteilungen eintreten, ſo kommt der Beſitz leicht aus der Familie heraus.

Ich wollte mich in der Hauptſache mit dem kleineren Beſitz beſchäftigen. Wir werden zu der Schwierigkeit kommen, daß wir bei den Bauern entweder eine größere Verſchuldung und Fluktuation des

[2]) Vgl. oben S. 153.

Grundbesitzes erleben oder die Einführung des französischen Zweikindersystems. In gewissen Teilen von Nordwestdeutschland sollen die Bauern bereits auf diesen verwerflichen und beklagenswerten Ausweg gekommen sein, um zu große Teilungen zu verhüten. Ich verkenne nicht, daß die Frage eine außerordentlich schwere ist, und will mir nicht erlauben, so weit zu gehen, Vorschläge zu machen, in welcher Richtung vorgegangen werden könne. Aber es sei mir gestattet, eine Anregung zu geben, die vielleicht in späterer Zeit von berufener Seite aufgenommen werden kann. Wenn es möglich wäre, durch die Gesetzgebung die Verschuldung des gesamten Grundbesitzes, insbesondere des kleineren, soweit einzuschränken, daß möglichst minimale Grenzen gezogen werden, so würde ja dasselbe erreicht werden, was durch die Kreierung von Fideikommissen angestrebt wird. Wenn der Bauer, der kleine Mann, in der Zukunft nur noch in der Lage wäre, als Grundbesitzer bloß für seine Lebzeiten vom Geldverleiher Geld aufzunehmen, so daß sein Besitznachfolger eventuell die Forderung — wie bei Fideikommissen — nicht mehr anzuerkennen braucht, dann wird er sehr schwer Geld bekommen; dann wird aber auch die Möglichkeit bleiben, Bauerngüter bei Erbgängen zu konservieren. Vielleicht würde dabei zu erwägen sein, zunächst in bestimmten Provinzen eine Grenze der Teilbarkeit nach unten anzuregen. Es gibt Bauerngüter, die, ich möchte sagen, nicht Fisch, nicht Vogel sind, die eigentlich zu groß sind als Bauerngüter und zu klein als Rittergüter, wie wir das gerade im Herzogtum Lauenburg haben, wo Bauern mehrere hundert Morgen besitzen und in Verlegenheit sind, ob sie als Herren für sich oder mit den Knechten zusammen leben sollen. Wenn da eine größere Teilbarkeit des Grundbesitzes eintreten sollte, so wäre das vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus kaum zu beklagen. Wir haben die Erscheinung in dem radikalen republikanischen Frankreich, daß dort eine starke schutzzöllnerisch-agrarische Mehrheit besteht, daß diese radikale Republik erheblich höhere Zölle auf die sogenannten notwendigen Lebensmittel legt als bei uns; woran liegt das? Doch nur daran, daß der Grundbesitz so viel geteilt ist, während umgekehrt in England, wo der Grundbesitz in wenigen Händen ist, die ganze Landwirtschaft dem Ruin preisgegeben ist. Insoweit sie sich noch hält, sind besonders günstige Umstände die Ursache, die namentlich in der Nähe großer Städte mitwirken, wo

die Gartenwirtſchaft noch ihr Leben friſtet; die anderen Gründe, die mitſprechen, will ich hier nicht berühren, weil ſie nicht zur Sache gehören und außerdem auch den Herren meiſtenteils bekannt ſind. Ich will bloß feſtſtellen, daß gerade bei einem ſo demokratiſchen Wahlrecht, wie wir es im Reich haben, wir im Intereſſe der Erhaltung unſerer Landwirtſchaft dahin ſtreben ſollten, möglichſt viel Stimmen von Grundbeſitzern bei den Wahlen zum Reichstag zu haben, die intereſſiert daran ſind, daß der kleine Landwirt gedeiht. Ich darf da noch einmal das Beiſpiel von Frankreich anführen, wo Leute, die 2 bis 3 Morgen beſitzen, ihren Verdruß daran haben, wenn ſie ihre Erzeugniſſe nur unter dem Wert, zu dem ſie ſie ſelbſt herſtellen, verkaufen können; infolge deſſen wählen ſie ſolche Abgeordnete, die für ſtarken agrariſchen Schutz im franzöſiſchen Parlament ſtimmen. Alſo, meine Herren, die Kreierung von zu großen bäuerlichen Fideikommiſſen kann auch ihre Nachteile haben. Gott ſei Dank haben wir bisher noch ſehr zahlreiche Nachkommenſchaft in unſeren bäuerlichen Familien; ſollten wir plötzlich, mit einem Schlage — denn was man für das Einzelne wünſcht, das muß man, wenn man es für gut hält, auch für die Allgemeinheit wünſchen — lauter Fideikommiſſe in den größeren Bauerndörfern bekommen, wo 6 bis 8 Kinder, vielleicht Söhne, ſind, ſo würden leicht die jüngeren 5 bis 6 Söhne dem Proletariat anheimfallen und dieſes verſtärken. Das iſt gewiß kein erſtrebenswerter Zuſtand. Ich halte es für bedenklich, eine zu ſcharfe Feſtlegung nach dieſer Richtung eintreten zu laſſen. Wenn es gelingen ſollte, dasſelbe zu erreichen dadurch, daß im allgemeinen die Beleihbarkeit des Grund und Bodens — die Städte könnte man ja ausnehmen — weſentlich eingeſchränkt würde, ſo würde das, glaube ich, eine ſehr nützliche Maßregel ſein; dann würden die Fälle, in denen bei Erbteilung das Bauerngut nicht zu halten iſt, erheblich ſeltener vorkommen. Jetzt liegt gerade bei den kleinen Leuten die Hauptkalamität, die zu bekämpfen iſt, darin, daß ſie ihre Schuldenzinſen nicht aufbringen können. Der Bauer, der ſelber mit anfaßt, wenigſtens in den alten Provinzen, und mit ſeinem Knecht und ſeiner Familie bis zum letzten Tagesſchein arbeitet und ſich die Arbeit nicht rechnet, kann auch heute noch trotz der ſchweren Zeiten allenfalls auskommen, wenn er keine Zinſen zu zahlen hat. Eine Erſchwerung der Verſchuldbarkeit des Grundbeſitzes müßte aber auch des-

halb verlangt werden, weil dieselbe dahin führt, daß der Grundbesitz zu sehr als Ware, als Geldobjekt, behandelt wird; ich glaube, daß sich auf solchem Wege ähnliches erreichen lassen würde, wie Herr Graf von Mirbach es durch eine allgemeine Erleichterung der Schaffung von Fideikommissen in die Wege leiten wollte.

Auf die Stempelfrage will ich nicht weiter eingehen. Wenn die Königliche Staatsregierung dem Antrag des Herrn Grafen von Mirbach entsprechen wollte, würde es aber gewiß zu begrüßen sein, daß der Stempel herabgesetzt wird für die Bauern, die Fideikommisse machen wollen. Daß das sehr viele sein werden, bezweifle auch ich. Immerhin glaube ich, daß der Stempelausfall nicht so groß sein wird, als daß diese Erwägung maßgebend für die Sache sein könnte.

42. Rede. Im Reichstag.

Am 14. April 1899.[1])

Samoa.

Interpellation des Abg. Dr. Behr und Genossen über die Vorgänge vor und auf Samoa. Die Beantwortung erfolgte sofort durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister von Bülow. Abg. Graf von Arnim empfahl, nach dieser Antwort vorläufig auf die Sache nicht weiter einzugehen. In demselben Sinne äußerte sich

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, als Mitunterzeichner der Samoa-Akte wollte ich mir erlauben, zur Geschäftsordnung in demselben Sinne wie mein verehrter Herr Vorredner zu bemerken, daß ich nach den gewichtigen kurzen Reden, die wir eben gehört, es ebenfalls für angemessen halte, vorläufig, wie Herr Graf von Arnim gesagt hat, auf die Sache nicht weiter einzugehen. Ich hätte sonst Anlaß genommen und nehmen müssen als Unterzeichner der Samoa-Akte, auf einige Worte, die der Herr Staatssekretär über diese Akte geäußert hat, einzugehen. Ferner hätte ich auch als früherer Fachmann Anlaß nehmen müssen, einigen Aeußerungen der Begründung zu widersprechen, da es stets Lehrsatz

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 1. Session, S. 1759.

des Bismarckſchen Syſtems geweſen iſt, wirtſchaftliche Dinge nicht mit politiſchen zu vermengen.

(Bravo!)

43. Rede. Im Herrenhauſe.

Am 9. Mai 1899.[1])

Lauenburger Kreisangelegenheiten.

Zur Beratung ſteht der Bericht der Kommiſſion für kommunale Angelegenheiten über den Entwurf eines Geſetzes betr. die Anſtellung und Verſorgung der Kommunalbeamten. Nach Erledigung des § 11 ergreift der Präſident Fürſt zu Wied das Wort:

„Ehe wir weiter gehen in der Reihenfolge der Paragraphen, möchte ich Ihnen ex officio einen geſchäftsordnungsmäßigen Vorſchlag machen.

„Einer unſerer Herren Antragſteller, Fürſt von Bismarck, iſt gezwungen, heute abend abzureiſen, und bittet jetzt, ehe wir weiter gehen, den § 22, zu dem er einen Antrag geſtellt hat, vorwegzunehmen und dann in der Reihenfolge der Paragraphen weiter zu gehen, da es ja denkbar wäre, daß wir in der heutigen Sitzung mit unſeren Beratungen nicht mehr bis zu dieſem Paragraphen gelangen. § 22 hat auf den übrigen Text des Geſetzes keinen Einfluß, ſondern der Antrag bezieht ſich auf eine Einſchaltung von Worten.

„Ich frage, ob das Hohe Haus damit einverſtanden iſt? — Ich konſtatiere, daß kein Widerſpruch erfolgt; wir würden alſo nunmehr zu § 22 übergehen, und ich erteile dem Herrn Antragſteller, Fürſten von Bismarck, das Wort.“

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, erlauben Sie mir, Ihnen zunächſt meinen verbindlichſten Dank auszuſprechen für die große Rückſichtnahme, welche Sie walten laſſen, indem Sie die Reihenfolge der Paragraphen verlaſſen haben, um mir die Gelegenheit zu geben, einige Worte im Intereſſe meines heimatlichen Kreiſes hier auszuſprechen.

Wenn ich die Bitte an Sie richte, dem von mir geſtellten Antrage Ihre Zuſtimmung erteilen zu wollen, ſo muß ich für einige Minuten

[1]) Verhandl. d. Herrenhauſes. 1899, S. 153.

Ihre Geduld beanspruchen, um ihn durch eine kurze Auseinandersetzung zu begründen.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist in bezug auf seine Kommunalverwaltung und seinen Domanialbesitz in einer so eigenartigen Lage, daß Exemplifikationen auf andere Kreise ausgeschlossen sind. Diese Situation ist durch die Allerhöchste Verordnung vom 24. August 1882 anerkannt worden, in welcher die Sonderstellung Lauenburgs Berücksichtigung gefunden hat und in der die eigene Vermögensverwaltung dem Landeskommunalverbande ausdrücklich mit Allerhöchster Unterschrift gewahrt worden ist. Dies war dadurch gerechtfertigt, daß der Kreis Herzogtum Lauenburg im Hinblick auf die Verpflichtungen seiner Landeskommunalverwaltung den Provinzen gleich steht. Es ist deshalb der Wunsch zu verstehen, daß den Verpflichtungen gegenüber, die sich aus diesen Verhältnissen ergeben, auch die Berechtigungen bestehen bleiben, so daß Lauenburg in derselben Kategorie verbleibt, in der nach § 22 die Provinzen und die Bezirksverbände von Kassel und Wiesbaden stehen.

Der Kreis hat etwa 19 Quadratmeilen; davon sind über $^1/_{10}$ oder über 46000 Morgen Domanialbesitz, der meist wertvolle Forsten begreift, welche eine sorgfältige Verwaltung erfordern. Der Kreis hat außer der Verwaltung seines Domanialvermögens zu sorgen für das gesamte Armenwesen, für die Unterbringung verwahrloster Kinder ꝛc. Außerdem liegen ihm sämtliche Patronatslasten in den nichtadligen Gütern ob; er hat das Gymnasium zu unterhalten — ich glaube, daß der Kreis in dieser Beziehung einzig dasteht — und demgemäß für sämtliche Lehrer und Direktoren zu sorgen, die doch auf einer hohen Stufe der Bildung stehen und mit den Subalternbeamten nicht auf eine Stufe zu stellen sind. Ferner hat er Zuschüsse von 10000 resp. 8000 Mark für das Lehrerseminar in Ratzeburg und für die Albinusschule in Lauenburg zu leisten, außerdem die Kosten für die Denkmäler und alle Meliorationskosten aus eigenen Mitteln zu tragen. Er erhält dazu nicht wie verschiedene Provinzen irgend eine Beihilfe, sondern ist in dieser Hinsicht auf seine eigenen Mittel angewiesen.

Abgesehen hiervon hat dieser Kreis noch einen gewissen Anspruch auf das Wohlwollen sowohl der hohen Staatsregierung als auch jedes einzelnen Preußen aus dem Grunde, weil er den Kaufpreis für seine

Zeſſion von Oeſterreich und ſeine Angliederung an Preußen mittels der Gaſteiner Konvention von 1865 ſelbſt übernommen hat. Dieſer Preis betrug damals 2 Millionen Taler, und der Kreis Lauenburg hat noch bis 1934 daran abzuzahlen, indem er rund 30000 Taler jährlich aus eigenen Mitteln zahlt für die hohe Ehre, dem Königreich Preußen angehören zu dürfen.

Unter der Hand iſt mir mitgeteilt worden, daß die Frage der Reliktenverſorgung der Kommunalbeamten in Lauenburg zu gewiſſen Bedenken Veranlaſſung geben könne. Ich nehme deshalb gern Anlaß, auf Grund der mir von dem Herrn Kreislandrat und verſchiedenen Kommunalbeamten gewordenen Mitteilungen hier feſtzuſtellen, daß ſchon ſeit dem Jahre 1891 eine Witwenverſorgung beſteht, welche damals mit 80000 Mark vom Kreiſe dotiert iſt und jetzt ein Vermögen von ca. 134000 Mark beſitzt, aus welchem die Hinterbliebenen der Beamten dotiert werden. Es war bisher auf Grund eines Geſetzes vom Jahre 1891, wie früher im Reich und in Preußen, üblich, daß die Beamten 3 Prozent in die Witwenkaſſe zahlten. Dieſer Beitrag ſoll jetzt ganz in Wegfall kommen und ſpäteſtens mit dem nächſten Etatsjahre die Sache ſo geregelt werden, daß die Relikten im Kreiſe Herzogtum Lauenburg genau ſo geſtellt werden, wie die Relikten in den übrigen Provinzen und diejenigen der Staatsbeamten. In bezug auf die Gehälter ſtehen ſie ſchon jetzt ſo, und ich habe von Kommunalbeamten, mit denen zu ſprechen ich Gelegenheit hatte, gehört, daß ſie zufrieden wären und den lebhaften Wunſch hätten, daß der Kreis dieſe Vergünſtigung behielte, wie ſie auch die Bezirksverbände der neuen Provinz Heſſen-Naſſau haben.

Meine Herren, dieſer jüngſte Kreis der Monarchie hat, wie ich darzulegen verſucht habe, dieſelben und zum Teil noch komplizierteren Verpflichtungen wie die Provinzen. Seine Bewohner und Beamten würden daher dankbar ſein, wenn die Rückſicht auf ihn genommen werden könnte, ihm auch die Berechtigungen, die er bis jetzt gehabt, zu belaſſen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die hohe Staatsregierung und das hohe Haus bereit ſein werden, meinem Antrage ihre Zuſtimmung zu erteilen.

(Bravo!)

Der Antrag wurde vom Herrenhauſe einſtimmig angenommen.

44. Rede. Im Reichstag.

Am 22. Juni 1899.[1])

Samoa.

Gelegentlich der dritten Beratung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1899 ist in ausführlicher Weise die Erwerbung der Karolineninseln zur Sprache gekommen. Gegen den Schluß der Debatte wendet sich ihr noch zu der Abgeordnete

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, wenn ich Sie bitte, mich noch einige Augenblicke anzuhören, so geschieht das nicht, um in das Wesen der sogenannten Karolinenvorlage tiefer einzudringen. Es ist darüber gestern schon ausreichend debattiert worden, und ich kann meine Stellung dazu dahin normieren, daß ich mich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Lieber und Graf von Kanitz vollkommen anschließe. Der Herr Staatssekretär von Bülow hat die ganze Situation in erschöpfender und überzeugender Weise klar gelegt, so daß über das Meritorische wenig mehr zu sagen ist.

Eine kleine Bemerkung wollte ich aber machen mit Bezug auf die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Wiemer, der eine Aeußerung des ersten Reichskanzlers zitiert hat, welche durch den Herrn Staatssekretär von Bülow schon richtig interpretiert worden ist. Ueber die betreffende Bezeichnung — es war das Wort „Lumperei" mit Bezug auf die Karolinen — hat sich der erste Reichskanzler in längerer Rede am 12. Januar 1887 geäußert. — Einigen der Herren, die damals Mitglieder des Reichstags waren, wird sie vielleicht noch in Erinnerung sein; sonst ist sie ja leicht nachzulesen. Es war darin der Gedanke, der gestern vom Ministertisch ausgeführt wurde, ausgesprochen, daß die Karolinen allerdings als eine Lumperei zu bezeichnen wären, wenn sie den Preis des Friedens oder des Krieges mit Spanien darstellten. Außerdem hat Herr von Bülow als anderen Beweggrund, der zu unserer Haltung im Jahre 1885 führte, hinzugefügt, daß die schwache Monarchie in Spanien gehalten werden sollte, woran zumal dem Kaiser Wilhem dem Ersten sehr viel gelegen war. Ich entsinne mich

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 1. Session, S. 2765 ff.

genau, daß wir damals den Eindruck hatten, daß die wunderliche Erregung in Spanien hauptſächlich von Frankreich aus geſchürt und genährt wurde, von den franzöſiſchen Republikanern mit republikaniſchem Gelde, die dort eine Schweſterrepublik zu errichten und Ungelegenheiten zu bereiten trachteten. Ohne dieſe Erklärung wäre die ſpaniſche Aufregung gar nicht verſtändlich geweſen. Es wird den Herren bekannt ſein, daß 10 Jahre früher die Spanier erklärt hatten, ſie hätten keine Anſprüche auf die Karolinen und erhöben auch keine, und daß die von England und uns an Spanien gerichtete Mitteilung, daß wir beide keinerlei ſpaniſche Anſprüche auf jene Inſeln anerkennten, von Spanien ohne Vorbehalt zu den Akten genommen wurde. Daß die Spanier innerhalb 8 bis 10 Jahren eine andere Meinung zum Ausdruck brachten, dafür fehlte die ſachliche Unterlage. Dieſelben Unterlagen, die für Spaniens Haltung in den Jahren 1875 und 1877 ſprachen, lagen auch im Jahre 1885 vor. Außer dem angeführten Grunde, der uns bewogen hat, die Sache damals ſo zu erledigen, wie es geſchah, ſprachen auch noch andere Geſichtspunkte mit, die für unſere Politik von Gewicht und vorteilhaft waren. Ich will auf dieſe nicht weiter eingehen, da der Herr Staatsſekretär ſie auch nicht berührt hat, und nur erwähnen, daß wir in den 1885er Verhandlungen die Verlängerung des ſpaniſchen Handelsvertrags erreichten, der für uns jedes Jahr pekuniär und materiell, ich kann wohl ſagen, hundertmal ſo viel wert war als der Jahresumſatz der ganzen Karolinen. Wenn die Herren ſich von der Druckſache 397 die letzte Seite anſehen, ſo werden ſie finden, daß in den 3 Jahren 1889 bis 1891 — frühere ſind nicht angeführt — unſere Ausfuhr nach Spanien doppelt ſo groß war, als ſie leider jetzt iſt, und daß die aktive Bilanz noch im Jahre 1890 rund 20 Millionen Mark betrug.

Nun wird ja hierbei vielleicht die Frage angeregt werden von der Verquickung politiſcher und handelspolitiſcher Dinge. Das trifft in dieſem Falle aber für unſere Politek nicht zu. Die Sache lag ſo, daß unter der Hand von Spanien vertraulich die ſechsjährige Verlängerung des Handelsvertrages zugeſtanden wurde, wenn der Karolinenſtreit à l'amiable erledigt werden könnte. Wir machten dabei ein ſehr gutes Geſchäft. Weiter will ich auf die Sache nicht eingehen. Aber es wird immerhin intereſſant ſein, wenn wir uns dieſe Sachlage

heute retrospektiv vergegenwärtigen und uns klar machen, daß die Erledigung der Sache uns damals Vorteile bot.

Heutzutage sind, wie für jeden durch einen Blick auf die Karte des Stillen Ozeans und die Besitzverhältnisse an seiner Küste ersichtlich ist, die Karolinen gewiß wertvoller geworden. Einmal haben die drei von Deutschland übernommenen Inselgruppen gute Häfen, die unseren anderen dortigen Inseln fehlen; weiter wird in absehbarer Zeit der Nicaraguakanal gebaut werden; und drittens haben die großen Mächte, welche überseeische Handelsinteressen besitzen und verfechten, sich lebhaft in China engagiert; und wenn der erwähnte Kanal erst fertiggestellt sein wird, so glaube ich, daß die guten Häfen, die auf diesen Inselgruppen sind, auch von erheblichem Nutzen für unsere Schiffahrt und unsern Handel sein werden. Die Sache liegt also — wie Herr Staatssekretär von Bülow gestern schon hervorgehoben hat — nach zwei Richtungen für uns günstiger als 1885.

Gestern ist von Herrn Grafen Arnim in der Generaldiskussion auch die Situation auf den benachbarten Samoainseln — benachbart ist zwar ein weiter Ausdruck, aber sie liegen in demselben Ozean — erwähnt worden, und der Herr Abgeordnete Dr. Lieber hat am Montag ausdrücklich vorbehalten, daß bei der Diskussion über die Karolinen auf Samoa zurückgegriffen werden könnte. Ich will das in bezug auf die heutige Lage in Samoa nicht eingehend tun, sondern will nur dem Vorbehalt nachkommen, den ich mir am 14. April hier zu machen erlaubte[2]), als nach allgemeinem Wunsch und in richtiger Würdigung der damaligen politischen Sachlage von einer Diskussion der Samoafrage abgesehen wurde. Heute ist der letzte Tag, und wenn ich schweigen wollte, so würde eine, wie ich glaube, irrtümlich wiedergegebene Aeußerung des Herrn Staatssekretärs Geschichte werden und als solche von denjenigen Zeitungen, die alles entstellen und angreifen, was auf den alten Kurs Bezug hat, falsch interpretiert werden. Es handelt sich um die Worte des Herrn Staatssekretärs: „Seit Inkrafttreten der Samoa-Akte hätten die Wirren auf Samoa aufgehört". Ich habe schon Gelegenheit gehabt, mit Seiner Excellenz mich darüber auszusprechen, und weiß, daß er diese Aeußerung nicht nach jenem Wort-

[2]) Vgl. oben S. 42 f.

laut ausgelegt haben will, den auch die amerikaniſchen Zeitungen acceptiert hatten. Ich habe hier den „Herald“, die größte New Yorker Zeitung, wo ausdrücklich überſetzt war: „Beſonders hob der Staatsſekretär hervor, daß ſeit Inkrafttreten“ — „He pointed out in particular how since the coming into force of the Samoa act conflicts had arisen“. Das iſt ſo nicht gemeint worden, konnte auch nicht ſo gedacht ſein; denn vor Inkrafttreten der Samoa-Akte und vor der Samoakonferenz waren die auf Samoa herrſchenden Wirren gerade für uns erheblich viel unangenehmer als in dieſem Winter und Frühjahr, wenigſtens von der Stellung des eigenen Engagements aus. Geſchädigt ſind möglicherweiſe die Reichsangehörigen pekuniär jetzt mehr als damals, das will ich unerwogen ſein laſſen; aber die Situation, wie ſie ſich Ende der achtziger Jahre auf Samoa (wenn man auf Samoa von Politik ſprechen will) geſtaltete, war ſchwieriger und unangenehmer, als ſie jetzt iſt.

Ich ſtelle alſo feſt, daß die Samoakonferenz eine gute und nützliche Einrichtung war, um dieſen Wirren ein Ziel zu ſetzen. Ich will nicht ſo weit ausholen und die Herren nicht ermüden und langweilen mit einem Ueberblick über die ganze Samoageſchichte, ſeit wir uns mit ihr beſchäftigt haben. Der Graf Arnim hat geſtern wieder mit Recht hervorgehoben, daß das πρῶτον ψεῦδος die 1880er Ablehnung war, zu der der Reichstag durch den Abgeordneten Bamberger beſtimmt wurde. Damals war für uns die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Opfern feſten Fuß auf Samoa zu faſſen. Eine ebenſo günſtige Situation hat ſich nicht wieder geboten. Sollten ſpätere Zeiten eine gute Chance gewähren, ſo weiß ich, daß die Sache jetzt in den allerbeſten Händen iſt; der Herr Staatsſekretär von Bülow wird die Intereſſen, die wir auf Samoa beſitzen, auch deshalb gewiß beſonders warm vertreten, weil ſie eine Art Vermächtnis ſeines von mir hochverehrten Herrn Vaters bedeuten, der einer der treueſten und einſichtigſten Mitarbeiter geweſen iſt, die der erſte Reichskanzler je gehabt hat; der letztere hat dieſe Vorlage von 1880, die von dem damaligen Staatsſekretär von Bülow ſorgfältig ausgearbeitet war, als eine Hinterlaſſenſchaft dieſes leider viel zu früh verſtorbenen Staatsmannes dem Reichstag vorgelegt.

Nun, 1889 galt es, die Situation zu acceptieren. Wir hatten

Rechte auf Samoa; eben ſolche hatten aber auch die Engländer und Amerikaner, und wir konnten über deren Rechte nicht hinwegſehen. Daß ein Kondominat immer Schwierigkeiten hat, lehrt auch die neueſte Geſchichte — und nun erſt, wenn es von Dreien ausgeübt wird! Ich erinnere an das Kondominat in Schleswig-Holſtein und an das ſpätere in Aegypten von Frankreich und England; das erſte führte zum Bruch, das zweite wurde dadurch aufgehoben, daß die Franzoſen freiwillig ihre Stellungen in Aegypten aufgaben und ſich zurückzogen. Wir wollten in Samoa weder das eine, noch das andere; da gab es nur ein drittes Mittel: eine Vereinbarung treffen, nicht auf die Dauer, ſondern zur Ueberbrückung der Schwierigkeiten, die ſo lange vorhalten ſollte, bis ſich eine beſſere Situation ergeben könnte. Eine ſolche hat ſich ſcheinbar bereits 1894 ergeben. Ich bin im Jahre 1894 nicht mehr in amtlichen Beziehungen geweſen, alſo ich habe meine Kenntnis nur aus dem, was ich gehört und in der Preſſe geleſen habe. Es liegen aber doch amtliche Aeußerungen vor, die erkennen laſſen, daß die Situation 1894 günſtig war. Der damalige auswärtige Miniſter der Vereinigten Staaten Greſham hat im Frühjahr 1894 an den Präſidenten Cleveland einen langen und eingehenden Bericht erſtattet, in dem er ſich ziemlich ſcharf und abfällig über die Verpflichtungen, welche Amerika auf Samoa übernommen hatte, ausſprach. Er ſchloß mit den Worten, daß er empfahl, die Verpflichtungen Nordamerikas auf Samoa aufzuheben „he recommended the repudiation of this country's obligations towards Samoa“. Dieſen Bericht hat der Präſident Cleveland in amtlicher Form dem Senat vorgelegt. Alſo, meine Herren, das zeigt doch, daß die damalige Regierung der Vereinigten Staaten eine lebhafte Neigung gehabt haben muß, von dem Vertrage zurückzutreten. Ferner hat gleichzeitig im Jahre 1894 im Mai Lord Salisbury in beglaubigter Form erklären laſſen, daß England keine politiſchen, ſondern nur rein kommerzielle Intereſſen in Samoa verfolge, dieſelbe Erklärung, welche England in loyaler Weiſe auf der Konferenz von 1889 abgegeben hatte, wo wir mit England in allen Poſitionen zuſammengeſtimmt haben, und die Beziehungen zu England ſo gute geweſen ſind. Zu meiner Befriedigung ſind die politiſchen Beziehungen zu England jetzt auch durchaus gute und normale; ich habe noch perſönlich im vorigen Monat Gelegenheit gehabt,

mich zu überzeugen, daß dort in politiſcher Beziehung keinerlei Animoſität gegen uns beſteht, und ich bin gewiß, daß die Ordnung der ſamoaniſchen Sache in der geſchickten Hand des Herrn Staatsſekretärs zu einem guten Ende führen wird. Warum die Konſtellation von 1894 nicht benutzt worden iſt, entzieht ſich meiner Kenntnis. Es iſt aber möglich, daß im Laufe der Jahre eine ähnliche Konſtellation wieder eintritt, aus welcher dann vielleicht Nutzen gezogen werden kann. Es geht hier wie bei den Sibylliniſchen Büchern: 1880, 1894, 19 .. — und wird es auch wohl immer teurer, wie bei jenen Büchern.

Dann möchte ich noch einen Irrtum richtig ſtellen, welcher ſich wiederholt in die Debatte und auch in die Zeitungen einſchleicht, nämlich der, daß Samoa gewöhnlich als „Kolonie" bezeichnet wird. Samoa iſt nie eine Kolonie des Deutſchen Reiches geweſen. Wir haben Verpflichtungen und Intereſſen in Samoa gehabt, bevor wir eine Kolonialpolitik entriert hatten, welche bekanntlich erſt vom Jahre 1884 datiert, während in den 70er Jahren ſchon die ſehr lebhaften Beziehungen der Hamburger Häuſer mit Samoa beſtanden. Aehnlich war es in Zanzibar, wo Deutſche auch große Intereſſen lange vor 1884 hatten, die wir ſchließlich preisgegeben haben. Aehnliche Beziehungen haben wir, wenn auch ohne direkten Staatsvertrag, mit der ſüdbraſilianiſchen Provinz Rio Grande do Sul, wo viele Hunderttauſende Deutſche leben. Es wäre wünſchenswert, wenn wir mit ihnen nähere Beziehungen hätten; die Verträge aber müſſen wir achten und uns mit der Sachlage begnügen, die momentan vertragsmäßig iſt. Wie Verträge von großen Staaten geachtet werden, ſehen wir an der für England ſo läſtigen Klauſel bezüglich Neufundlands, die ſeit 1713, ſeit dem Utrechter Frieden, beſteht; trotzdem hat die engliſche Regierung keinen der dazwiſchen liegenden Friedensſchlüſſe benutzt, um ſich dieſer läſtigen Feſſel zu entledigen, und obgleich ſie neuerdings in ziemlich ſcharfer Weiſe gegen Frankreich aufgetreten iſt, wird es ihr doch niemals beikommen, einen Vertrag zu brechen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, mit Rückſicht auf die Situation in Samoa muß ich noch auf den Bericht hinweiſen, den der damalige Generalkonſul Dr. Stübel, einer unſerer vorzüglichſten und befähigtſten Beamten, Ende

April 1890, also ein volles Jahr nach der Samoakonferenz erstattet hat. Der Bericht (Weißbuch 64) schließt mit den Worten:

> Die Angelegenheit ist verständig erledigt. Das Geschehene wird die innere Ruhe im Lande befestigen und sichert das bereite Entgegenkommen des Landes.

Das war ein Jahr *nach* dem Inkrafttreten der Samoaakte, wo dieser gute Kenner der Inseln ihr ausdrücklich das Zeugnis ausstellt, daß sie günstig und friedlich gewirkt hat —

(Zurufe links und Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe! Bei der ersten Lesung dieser Vorlage ist auch die samoanische Angelegenheit mitbehandelt worden. Ich habe daher keinen Grund, dagegen aufzutreten, daß dies auch in der dritten Lesung geschieht.

(Sehr richtig!)

Fürst von Bismarck:

Ich will die Herren nicht länger ermüden; meine Rede war mehr pro domo, und weil ich den Vorbehalt, den ich bei der Interpellation über Samoa gemacht hatte, erfüllen und nicht fünf, sechs Monate ins Land gehen lassen wollte, ohne daß ich die beiden Richtigstellungen vorgenommen hätte.

Ich habe lange genug gesprochen und will mit dem Wunsche schließen, daß die glückliche Hand des Herrn Staatssekretärs von Bülow sich auch in der samoanischen Sache bewähren möge, und daß er uns im nächsten Herbst noch befriedigendere Erklärungen als jetzt geben kann.

(Bravo! rechts.)

45. Rede. Im Reichstag.

Am 20. Januar 1900.[1])

Allgemeine Politik.

Zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1900, Kapitel: Reichskanzler und Reichskanzlei.

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 1. Session, S. 2633 ff.

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat ſich vorhin beſchwert, daß geſtern Material zu einer Sozialiſtendebatte geliefert worden wäre. Ich glaube, er hat den Grund zu dieſer Beſchwerde ſich ſelbſt unter den Füßen weggezogen, indem er ſeinerſeits ſo viel Material vorbrachte, daß die Befürchtung beſteht, wir werden heute nicht einmal mit dieſem Etatstitel fertig werden.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat ſpeziell auf die Vergangenheit zurückgegriffen und mir dadurch Anlaß gegeben, einige ſeiner Bemerkungen näher zu beleuchten.

Er hat geſagt, der erſte Reichskanzler habe ſich mit dem Sozialiſtengeſetz keine beſondere Lorbeeren erworben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das iſt Anſichtsſache. Der erſte Reichskanzler hat oft erklärt, daß ihm vor allem an der Anerkennung ſeines Allerhöchſten Herrn gelegen ſei, und von dieſem hat er ſo viel Lorbeeren und Anerkennung für ſein Verhalten gegenüber den Sozialiſten erhalten, wie kein anderer Miniſter von ſeinem Souverän.

(Bravo! rechts.)

Wenn das Sozialiſtengeſetz ſchließlich nicht ſo wirkſam war, wie es urſprünglich gedacht und nach ſeiner erſten Geſtalt hätte werden können, ſo trägt doch der damalige Reichstag die Hauptſchuld dafür. Es mußte erſt zu einem blutigen Attentat und einer Auflöſung kommen, ehe er ein Sozialiſtengeſetz annahm. Nach dem erſten Attentat des Hödel, das unblutig verlief, wurde bekanntlich von der Majorität des Reichstags jeder Verſuch zur Bekämpfung der Sozialiſten abgelehnt. Der Reichstag hat demnächſt das Geſetz weſentlich abgeſchwächt. Darum ſtand es neulich dem Abgeordneten Rickert — ich glaube, in einer Rede vor Weihnachten — nicht wohl an, zu ſagen, das Sozialiſtengeſetz habe nicht nur nicht gewirkt, ſondern die Sozialdemokratie befördert; denn er ſelbſt iſt einer derjenigen geweſen, die mit der Reichstagsmajorität des September 1878 die Vorlage der Regierung erheblich abgeſchwächt haben. Hätte man damals eine einige und ſtarke Regierung gewähren laſſen und ihr eine freudige Zuſtimmung mit der Mehrheit der Ord-

nungsparteien entgegengebracht, so wäre der Verlauf wohl ein anderer gewesen.

(Zuruf links.)

Was die Zahlen angeht, die Herr Abgeordneter Bebel nannte, so sind sie sehr cum grano salis zu nehmen und etwas zu anatomisieren. Es ist früher schon von anderen Rednern ausgesprochen worden, auch von Herren am Regierungstisch, man sollte doch nicht in den Irrtum verfallen, sämtliche sozialdemokratische Stimmen solchen zuzuschreiben, die überzeugte Anhänger der heutigen sozialdemokratischen Marxschen Lehre wären. Der Herr Graf Posadowsky hat gestern in seiner heute von Herrn Bebel angefochtenen Deduktion über die Entstehungsursachen der Sozialdemokratie meiner Ansicht nach mit vollem Rechte betont, daß sehr viele unzufriedene Elemente aus den mit Hunderttausenden besetzten Staatsbetrieben nicht zum mindesten an den sozialdemokratischen Abstimmungen beteiligt wären, die ihrerseits gewiß nicht Sozialdemokraten in dem Sinne seien, daß sie die letzten Konsequenzen ziehen möchten zu dem von Herrn Abgeordneten Bebel heute hier proklamierten Endziel, vulgo Kladderadatsch. Ich glaube, dazu gehört ein sehr erheblicher Bruchteil von den Millionen Stimmen bei der letzten Wahl, der seinerseits noch nicht der sozialdemokratischen Lehre verfallen ist; ich brauche darauf des näheren nicht einzugehen. Aber die Herren dürfen sich damit nicht brüsten, daß sie auf alle sozialdemokratisch Votierenden unbedingt rechnen könnten in dem Zukunftsstaat, von dem keiner bisher sich recht vorstellen kann, wie er aussehen soll. Es ist also dem entschieden zu widersprechen, daß das Sozialistengesetz, wie der Herr Abgeordnete Bebel fälschlich sagte, bis auf das Jahr 1890 in seiner Wirkung vermehrend gewirkt hätte. Der große Aufschwung, den die sozialistischen Stimmen im Februar 1890 nahmen, war bedingt dadurch, daß es bekannt war, es würde eine andere Haltung der Regierung eintreten, es würde kein Sozialistengesetz wieder eingebracht werden.

(Widerspruch links.)

Das war bei den 1890er Wahlen allgemein bekannt — ich brauche auf die Details nicht näher einzugehen —; jedenfalls ist es allen Herren im Reichstag und den Parteiführern, auf die es bei den Wahlen ankam, bekannt gewesen.

Ich möchte hierbei Anlaß nehmen, einer Legendenbildung entgegenzutreten, der ich vielfach begegne, auch in ſachlichen Schriften von Lehrern der ſozialpolitiſchen Wiſſenſchaften. Es iſt häufig geſagt worden, der Fürſt Bismarck hätte das Sozialiſtengeſetz nicht verlängern wollen. Das iſt ein Irrtum, meine Herren. Wenn es den Herren nicht bekannt ſein ſollte, ſo bitte ich um die Erlaubnis, bloß mit zwei Sätzen den Tatbeſtand feſtzuſtellen. Der erſte Reichskanzler hat ſeinerſeits praktiſch immer daran feſtgehalten, daß er als Präſident des Bundesrats nicht vor einem Kommiſſionsbeſchluß des Reichstages eine Verbeugung machen könnte, wenn er das auch ſehr wohl vor einem Plenarbeſchluß machen könnte. Er hat das dem damaligen Führer der Konſervativen zu verſtehen gegeben, welcher bei ihm an dem Vorabend des Tages der letzten Abſtimmung im Reichstage gegeſſen hat; er hat dieſem geſagt und ſagen laſſen, daß die Regierung, wenn der Reichstag in ſeinem Plenum das Geſetz damals ſo annähme, wie die Nationalliberalen es wollten, wofür eine Majorität vorhanden war, es acceptieren würde, er könnte aber als Reichskanzler nicht vom Bundesratsplatz erklären: wir beugen uns bereits vor einem Kommiſſionsbeſchluß.

Meine Herren, wem dies nicht bekannt ſein ſollte, den wird es vielleicht intereſſieren, dieſe kurze Darſtellung zu hören. Einer der wenigen klaſſiſchen Zeugen aus der Verhandlung, die damals nicht unter vier, aber unter wenigen Augen geführt worden iſt, iſt der vor mir ſitzende Herr Abgeordnete von Kardorff, der zu jener Zeit ſowohl in Friedrichsruh als in Berlin tätig geweſen iſt und der Ihnen noch mehr ſagen könnte, wenn er wollte, über die damalige Haltung des Führers der Konſervativen.

Wenn das Sozialiſtengeſetz 1890 dadurch verlängert worden wäre, daß die damalige ſogenannte Kartellmajorität im Reichstage ſich auf den einzig möglichen praktiſchen Standpunkt geſtellt hätte, ſo wären die Wahlen vielleicht weſentlich anders geworden.

(Widerſpruch links.)

Meine Herren, dies zur Steuer der Wahrheit als kurzen hiſtoriſchen Rückblick.

Wenn außerdem der Abgeordnete Bebel in ſo hohen Tönen davon ſpricht, daß das Sozialiſtengeſetz weſentlich zur Stärkung ſeiner Partei

beitragen würde, so müßte er logischerweise doch eigentlich selber ein solches einbringen

(Heiterkeit rechts und links),

und mich wundert, daß er es nicht tut — es würde sich vielleicht darüber reden lassen. Der Abgeordnete Bebel hat betont, die besten seiner Fraktionsmitglieder, die Redseligsten und Unterrichtetsten stammten aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Ja, meine Herren, vielleicht gebrauchen Sie einmal wieder eine Rekrutierung, dann nehmen Sie die Initative, um ein Sozialistengesetz einzuführen. Wenn das Gesetz der Sozialdemokratie Nutzen bringt, müssen Sie doch logisch sein und es wünschen; wenn es Ihnen aber keinen Nutzen bringt, dann ist Ihre Haltung verständlich, daß Sie in Ihrer gesamten Presse und der Ihnen nahestehenden, befreundeten radikalen Linken sich immer mit recht starken Ausdrücken dagegen verwahren und kein Wort hart genug finden, mit dem Sie das Gesetz belegen. Außerdem würde das Sozialistengesetz vom staatlichen Standpunkte, wenn es damals fortgesetzt worden wäre, immerhin den Nutzen gehabt haben, daß es Klarheit schaffte, daß es allen den unsicheren und unaufgeklärten Leuten auf dem Lande

(sehr richtig! rechts)

und in den kleinen Städten Aufklärung gegeben hätte, wie die Regierung zu den sozialdemokratischen Umtrieben steht. Das ist jetzt nicht der Fall. Jetzt werden sehr viele Tatsachen verwischt, die Zeitungen werden zum Teil nur flüchtig gelesen, werden zum Teil mißverstanden; diese Klarheit ist jetzt nicht vorhanden.

Meine Herren, wenn dann ferner der Herr Abgeordnete Bebel in der üblichen Weise alles heruntergerissen hat, was bei uns je für die Arbeiter geschehen ist, und noch sehr viel mehr verlangt hat, so sind wir das ja von dem Herrn gewohnt. Er hat selbst gesagt, zufrieden würden wir ihn niemals stellen. Das ist ja auch ganz schön; mit der Zufriedenheit hört das Streben auf, und wir würden alle nicht diesen muntern Herrn Redner im Reichstage vermissen wollen, wenn er aufhören wollte, zu streben.

(Heiterkeit.)

Es ist aber doch zu berücksichtigen, daß berechtigte Wünsche, wie sie seitens der wohlmeinenden, man kann wohl sagen, väterlichen Re-

gierung des ersten Deutschen Kaisers anerkannt wurden, im Deutschen Reiche in einem Maße berücksichtigt worden sind, wie in keinem anderen großen Staate der Welt.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie können doch nicht alles mit einem Male verlangen. Ich glaube, selbst ein so gereifter Mann, wie der Herr Abgeordnete Bebel, der, so weit ich weiß, schon über 30 Jahre Parlamentarier ist, wird doch auch die Wahrheit des altbekannten Spruches zugeben: Rom ist nicht in einem Tage gebaut — und als wahrheitsliebender Mann muß er einräumen: es ist sehr viel erreicht. Wenn die Herren sagen: ja, das verdankt man nur den Bestrebungen der Sozialdemokratie — so will ich mit ihnen darüber nicht rechten; wir wollen uns nicht über die Genesis unterhalten, sondern bloß das Geschehene registrieren, und ich möchte die Herren dazu bringen, daß sie wenigstens die unbestreitbare Tatsache auch in ihrer Presse und in ihren Versammlungen anerkennen, daß in den letzten circa 20 Jahren in keinem großen Staate so viel für die Arbeiterklasse geschehen ist als in Deutschland.

(Sehr richtig!)

Die berechtigten Wünsche sind im Maße des Möglichen berücksichtigt worden. Als Korrelat hat die Repression gegen die Führer der, wie Herr Graf von Posadowsky gestern sagte, irregeleiteten Massen zu gelten. Die irregeleiteten Massen sollten mit landesväterlicher Fürsorge behandelt werden, wie es in so schönen Worten die bekannte Botschaft des alten Kaisers vom November 1881 dargelegt hat.

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel sich persönlich gegen den ersten Reichskanzler gewandt hat und ihm alle möglichen — zum Teil nur andeutungsweise — Motive untergeschoben hat über die Einleitung der Schutzzollgesetzgebung, so will ich auf das „Andeutungsweise“ nicht weiter eingehen, sondern will nur sagen, daß jedenfalls nicht das Leitmotiv für ihn gewesen ist, Geld zu schaffen bloß für die Armeevermehrung, sondern er hat sich leiten lassen durch sein warmes patriotisches Herz für den Wohlstand der Nation. Meine Herren, es ist damals — die älteren werden sich dessen noch entsinnen — in Presse und Parlament darauf hingewiesen worden, daß viele Hochöfen ausgeblasen werden mußten, weil die Eisenzölle gefallen waren. Von landwirtschaftlichen Zöllen ist überhaupt die Rede zuerst

nicht gewesen, die sind erst sehr viel später in die Diskussion geworfen. Es war die Brotlosigkeit der Arbeiter infolge des Ausblasens der Hochöfen, die den ersten Reichskanzler beeindruckte. Es tut mir leid, daß mein Freund Baron Stumm nicht hier ist; er hat damals mit auf der Bresche gestanden und er würde meine Feststellung bestätigen. Ich möchte ausdrücklich wiederholen, daß das Motiv nicht die an sich gar nicht verwerfliche Idee war, Geld zu gewinnen, um die für uns notwendige teure Armee zu bezahlen, sondern daß ausschließlich die Sorge für unseren Wohlstand und für die Arbeiter, die schutzlos der Konkurrenz des Auslandes preisgegeben waren, welches seine Arbeiter besser schützte, 1878 für den Reichskanzler maßgebend war.

Ich glaube, hiermit die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Bebel, welche sich auf die frühere Zeit bezogen, des näheren beleuchtet und, soweit es möglich war, entkräftet zu haben.

Meine Herren, wenn ich nun noch in kurzem auf die Debatte zurückblicke, so möchte ich das tun in bezug auf eine Aeußerung des Herrn Reichskanzlers, die so, wie sie in der Presse wiedergegeben ist, doch für vergeßliche Zeitungsleser zu irrtümlichen Auslegungen führen könnte. Der Herr Reichskanzler hat gesagt — ich nehme an, daß die Zeitungen den stenographischen amtlichen Bericht gebracht haben, und es ist ein hochoffiziöses Blatt, was ich hier habe, die „Neuesten Nachrichten“

(Zurufe links),

— der Herr Reichskanzler[*]) hat kurz vor dem Passus, den ich hier verlesen will, noch die sehr befriedigende Aeußerung getan:

> Ich bin ein ebenso entschiedener Gegner aller revolutionären Bestrebungen wie die beiden Herren.

Diese Worte sind ja sehr schön; nun kommt aber der Satz:

> Ich halte es aber auch nicht für zweckmäßig, wenn die konservative Partei oder einzelne ihrer Mitglieder solche Machtmittel in Form von Gesetzentwürfen jahraus jahrein an die Wand malen, besonders wenn diese Entwürfe schließlich die Zustimmung des Reichstags nicht finden.

Nun, meine Herren, ich gehöre zwar nicht der konservativen Fraktion,

[*]) Damals noch Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst.

aber doch der konſervativen Partei im Lande an, ich bin alſo auch ein einzelnes ihrer Mitglieder. Mir iſt aber nicht bekannt, daß irgend ein einzelnes ihrer Mitglieder Entwürfe an die Wand gemalt oder eingebracht hätte, welche die Zuſtimmung des Reichstags nicht fanden. Wohl aber iſt es dem Herrn Reichskanzler ſelber ſo gegangen mit den drei Entwürfen innerhalb weniger als fünf Jahren, von denen Herr von Kröcher ſchon geſprochen hat[4]). Ich entſinne mich, hier an dieſem ſelben Platz an jenem denkwürdigen 12. Januar 1895 von dem Herrn Reichskanzler die Worte gehört zu haben:

> Das iſt das Mindeſtmaß desjenigen, mit dem die verbündeten Regierungen ſich begnügen können.

Dieſes Mindeſtmaß wurde weniger als zwei Monate darauf unter vielem Hohngelächter des Reichstags in Dutzenden von Paragraphen auf einmal abvotiert. Der Reſt war Schweigen.

(Heiterkeit.)

Da iſt es alſo nicht richtig, die konſervativen Mitglieder anzuſchuldigen, daß ſie Entwürfe an die Wand malten, die die Zuſtimmung des Reichstags nicht fänden.

Ueber das Vereinsgeſetz hat Herr von Kröcher ſchon geſprochen. Ich meine, wenn der Herr Graf von Poſadowsky geſtern über die Notwendigkeit einer ſittlichen Regierung ſprach, dann hat er implicite damit geſagt, daß die Haltung der Regierung ſeit der Ablehnung des Vereinsgeſetzes im Landtage eine — ich habe Sorge vor der Glocke — nicht ſittliche geweſen wäre. Herr von Kröcher hat dies ſachlich und logiſch entwickelt: wenn in dem Landtag keine Ausſicht war, und die konſtitutionellen Mittel nicht angewandt werden ſollten, ſo wäre es die ſittliche Pflicht der Regierung geweſen, nach Ablehnung der Vereinsgeſetznovelle ſofort das Verbindungsverbot aufzuheben. Ich will meine Meinung nicht dazu ſagen, ich will nur die Situation logiſch entwickeln und dazu bemerken, daß wir auf der Rechten alle einer Meinung ſind, daß dieſes Verbindungsverbot den Ausdruck „ausgepuſtetes Ei" verdient, welchen ihm Herr Graf Poſadowsky vindiziert hat. Es handelte ſich bei der konſervativen Nekrimination gar nicht um dieſe Maßregl — es konnte eine noch unbe-

[4]) Schutz der Arbeitswilligen (ſog. Zuchthausvorlage), Vereinsgeſetz und Militärſtrafprozeß.

deutendere sein, es ist allein der modus procedendi, gegen den die Herren sich aussprechen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ueber die „vorübergehende Erscheinung" hat Herr von Kröcher sich schon geäußert. Ich kann ihm vollkommen beistimmen und meine Hoffnung aussprechen, daß der Herr Reichskanzler in seiner Wertschätzung der Sozialdemokratie recht behalten möge. Vorübergehend ist nicht nur die französische Revolution gewesen, vorübergehend ist auch jede Feuersbrunst und Wassersnot; es kommt nur darauf an, was nachher übrig bleibt.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, niemand wäre befriedigter als wir, wenn wir aus Ueberzeugung jene Ansicht teilen könnten; quälen tut sich niemand gern, auch nicht einmal im Reichstag, was ja leider ersichtlich genug ist für den Zuschauer; aber warum sollten wir uns quälen, wenn wir alle an die neuerdings aufgetretene Theorie der Mauserung glauben könnten. Diese Theorie wird uns immer so grausam zerstört von den Herren da drüben selbst. Der letzte sozialdemokratische Parteitag in Hannover hat damit gründlich aufgeräumt. Wenn es möglich wäre, daß die Führer selbst — die aber zu ehrlich sind, um das zu tun, das erkenne ich vollkommen an —, daß auch sie zugeben: „Wir werden uns mit der Zeit in eine radikale Reformpartei ummausern", — dann wäre in der Tat das Werk „vorübergehend" im optimistischen Sinne gerechtfertigt. Aber das tun die Herren nicht. Die sozialdemokratische Partei mit ihren Führern stellt sich selbst außerhalb unserer Verfassung — ich will nicht so weit gehen, zu sagen, außerhalb der Gesetze, obgleich sich das meiner Meinung nach auch allenfalls deduzieren ließe, — diese Herren bekennen ganz offen in Worten wie in ihrer Haltung, daß sie Republikaner sind, daß sie von Eid, Familie, Religion nichts halten — das ist eine altbekannte Wahrheit. Ich fürchtete schon, daß mir der Ausdruck „olle Kamellen" zugerufen würde! — es ist bisher noch unterblieben. — Ohne irgend einen Vergleich ziehen zu wollen, möchte ich auf einen Ausspruch verweisen, der einmal im französischen Parlament bei Beratung der Todesstrafe gefallen ist: Ja, wenn die Herren Totschläger nur den Anfang machen wollten! Sobald die Sozialdemokraten selbst erklären, ja auch nur die Möglichkeit zugeben

würden: wir können uns ummauſern zu einer radikalen Reformpartei und erkennen die monarchiſche Spitze an — dann würde ich die geſtern vom hohen Bundesratstiſche entwickelte Theorie begrüßen; ſolange das aber nicht geſchieht, kann ich es nicht.

(Sehr gut! rechts.)

Ich kann auch, ſo groß meine Verehrung ſonſt für den Herrn Grafen von Poſadowsky iſt, und ſo ſehr ich überzeugt bin, daß, wie auch der Herr Abgeordnete Dr. Hahn entwickelt hat, die Landwirtſchaft keinen beſſeren Freund im Miniſterium beſitzt — ich kann doch ſeine Deduktion über die Behandlung der Sozialdemokratie nicht durchgehen laſſen. Ich meine, wenn die Theorie, welche der Herr Graf von Poſadowsky hier entwickelt hat, acceptiert werden ſollte, ſo müßten wir erſt eine parlamentariſche Regierung haben. Dieſe Theorie würde in England wie in Frankreich am Platze ſein, wo die Majorität des jeweiligen Parlaments den Regierungsausſchuß ernennt, deſſen Premierminiſter mit diktatoriſcher Gewalt regiert, ſolange ſeine Majorität vorhält. Da hat die ganze Majorität des Parlaments und die der Wähler ein anderes Verantwortungsgefühl. Aber bei uns, bei der monarchiſchen Regierung, an der wir hängen und die wir behalten wollen, iſt für die Vertreter dieſer Regierung auch die Pflicht gegeben, die Führung im Kampfe zu übernehmen, aufklärend zu wirken und nicht die Hände in den Schoß zu legen und zu ſagen: „Es empfiehlt ſich, vorläufig einmal die Dinge laufen zu laſſen, bis die Mehrheit der Bevölkerung aus der geſetzgebenden Körperſchaft beſſer informiert iſt“. Ja, das würde wohl erſt am Nimmermehrstag erfolgen!

Die Regierung hat — ich glaube, nicht zuviel zu ſagen — in unſeren monarchiſchen Staaten die Pflicht, aufklärend und repreſſiv zu wirken.

(Sehr richtig! rechts. Oh! links.)

Der Herr Graf von Poſadowsky als der berufene Interpret des Herrn Reichskanzlers hat zu meiner Genugtuung deſſen Ausführungen dahin erweitert, daß er ſagte: „Dazu kommt als negative Seite eine gewiſſe Repreſſion“. Er hat alſo wenigſtens die Möglichkeit einer gewiſſen Repreſſion gegen die Führer offen gelaſſen, welche die Maſſen irreleiten. Da beſteht die Hoffnung, daß man die Dinge doch nicht gar zu weit laufen laſſen werde.

Zum Schluß hat der Herr Graf eine Bemerkung in bezug auf den erſten Reichskanzler gemacht, die er vielleicht nicht ſo gemeint hat. Er ſagte nach dem Zeitungsreferat, der Erfolg des erſten Reichskanzlers ſei bedingt geweſen „durch ein außerordentlich glückliches Zuſammentreffen großer geſchichtlicher Ereigniſſe“. Ja, doch nicht bloß durch Ereigniſſe werden Erfolge bedingt, dieſe entſtehen doch nicht als generationes aequivocae; ſie ſind doch in gewiſſem Sinne herbeizuführen.

(Zuruf.)

— Ich glaube auch, daß der Herr Graf es ſelbſt ſo gemeint hat; hier ſteht aber, als wenn durch unperſönliche Ereigniſſe die Erfolge des erſten Reichskanzlers bedingt worden wären. Es iſt ja gewiß glücklich, wenn gewiſſe Ereigniſſe dem Miniſter die Politik erleichtern; er muß aber auch imſtande ſein, ſie wahrzunehmen und auszunutzen. Ich verlange nicht von jedem Miniſter, daß er Ereigniſſe herbeiführt, wie das bei den großen geſchichtlichen Ereigniſſen, welche der Herr Graf meint, der Fall war. Herr von Kröcher hat ſchon geſagt, im Jahre 1862 hätten es viele nicht für die Kunſt des Möglichen gehalten, innerhalb 8 Jahren einen Deutſchen Kaiſer und ein Deutſches Reich zu ſchaffen. Ein Miniſter muß es eben verſtehen, Ereigniſſe zu ſchaffen und ſie richtig zu benutzen. Ich habe mir erlaubt, dieſen Sinn hineinzuinterpretieren in die Ausführungen des Herrn Grafen von Poſadowsky, und ich glaube, damit in ſeinem Gedankengange gehandelt zu haben.

Auf die auswärtige Seite der Debatte von geſtern und heute möchte ich nicht eingehen. Um meine Haltung und die vieler meiner Freunde zu rechtfertigen, will ich hier aber die Worte reproduzieren, die der Herr Graf von Bülow im Eingang ſeiner Rede mit Nachdruck und Ruhe und mit gewichtigem Nachdruck vorgetragen hat, indem er ſagte: „Mit Rückſicht auf den Ernſt der geſamten politiſchen Lage“. Meine Herren, wenn der Leiter der auswärtigen Politik das ſo ausſpricht, ſo ſollte das im Reichstage genügen, daß man das als Wink hinnimmt, um eine Sache, die an ſich Schwierigkeiten genug bietet, hier nicht breit zu treten. Ich bin perſönlich in einer ähnlichen Lage geweſen wie der Abgeordnete Bebel mit ſeiner Unterſchrift unter die Interpellation; ich habe ſie auch erſt gedruckt bekommen; das iſt bei mir auch erklärlich, weil ich keiner Fraktion angehöre. Nachdem

ich aber jene Worte des Grafen Bülow gehört hatte, war ich entſchloſſen, nicht für die Beſprechung der Interpellation zu ſtimmen, um ſo mehr, als ſeine Erklärung vollkommen befriedigte. Man konnte nicht mehr verlangen in einer ſo ſchwierigen politiſchen Lage. Ich glaube, alle anderen Herren, auch die Herren Abgeordneten Hahn und Liebermann von Sonnenberg, der geſtern geſprochen hat, konnten billigerweiſe vom Herrn Grafen von Bülow weitergehende Erklärungen nicht erwarten, um ſo mehr, nachdem er am 11. Dezember, wie ich glaube, unter allgemeinem Applaus des Hauſes geſagt hat: „Unſere auswärtigen Beziehungen beruhen auf der unerſchütterlichen Pflege des Dreibundes und der guten Beziehungen zu Rußland“[5]). Das iſt das Rezept, nach dem Graf von Bülow verfahren zu wollen kundgegeben hat. Ich weiß nicht, ob jemand vorhanden iſt, der ein beſſeres geben könnte; ſolange das nicht der Fall iſt, ſollten wir ihn allein die Suppe kochen laſſen und nicht hineinrühren; denn das alte Sprüchwort von dem Brei und den vielen Köchen iſt immer richtig. Herr Graf von Bülow hat ſich in Stettin[6]) noch dahin erläutert, daß er die auswärtige Politik im bewährten Geleiſe des Fürſten Bismarck feſtzuhalten gewillt ſei. Vielleicht ſind die Spuren dieſer Geleiſe in den zehn letzten Jahren etwas verwiſcht worden und nicht immer leicht zu finden, oder es ſtehen manche, früher nicht vorhandene Terrainhinderniſſe entgegen. Laſſen wir ihn an der Arbeit und wünſchen wir ihm, daß er aller Schwierigkeiten Herr werden möge.

Eine Bitte möchte ich zum Schluß ausſprechen, wenn ich mich wieder an den hohen Chef des Herrn Grafen von Bülow wende: wir würden uns alle freuen, wenn dieſer hohe Chef das Beiſpiel ſeines Staatsſekretärs befolgen und für ſeine Geſamtpolitik dasſelbe ſagen wollte, was Graf Bülow in Stettin erklärte, „daß er feſt entſchloſſen ſei, die bewährten Geleiſe der alten Bismarckſchen Politik feſtzuhalten für alle ſeine Maßregeln“.

(Lebhafter Beifall rechts.)

[5]) Die Stelle lautete wörtlich: „Wir vernachläſſigen nicht die Pflicht, für die Sicherheit unſerer europäiſchen Stellung zu ſorgen, die beruht auf dem Dreibund, dem unerſchütterten Dreibund, und unſern guten Beziehungen zu Rußland.“

[6]) Am 10. Jan. 1900, bei der Taufe des Schnelldampfers „Deutſchland“.

46. Rede. Im Reichstag.

Am 22. Mai 1900.[1])

Fleischeinfuhr.

Die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau steht auf der Tagesordnung. Zu § 14a (Einfuhr von eingepökeltem Fleisch ꝛc.) haben die Abgeordneten Dr. v. Levetzow und Dr. Roesicke (Kaiserslautern) gesprochen, ihnen folgt der Abg.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich beabsichtige nicht, in die Details dieser Materie so tief einzudringen wie der Herr Vorredner, den wir als Sachkenner darin begrüßen können, als welcher ich in dieser Materie gewiß hinter ihm zurückstehe.

Ich möchte mir aber einige allgemeine Bemerkungen über die Sachlage gestatten.

Der Herr Abgeordnete Roesicke hat gewiß sehr viel Zutreffendes gesagt. Leider ist es mir nicht möglich gewesen, allen seinen Ausführungen bei der großen Unruhe, die im Hause herrschte, zu folgen; ich nehme aber an, daß er bei der Gründlichkeit, mit der er sich zu seinen Reden vorbereitet, nichts gesagt haben wird, was der Widerlegung bedürfen könnte, außer einer von mir gehörten Sache, die das Präparieren des Pökelfleischs betrifft, und auf die ich vielleicht noch zurückkomme.

Meine Herren, ich bitte Sie, sich die Situation, wie sie heute daliegt, zu vergegenwärtigen. Das ganze Gesetz hängt an dem § 14, und wir haben gestern gehört, daß der § 14 der entscheidende ist für die Regierung. Wenn auch noch mehrere solcher Sachkenner, wie Herr Roesicke, so eingehende und treffende Reden halten würden, so würde uns das doch nicht hinweghelfen über die Erklärung, die der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers gestern gegeben hat, daß das Gesetz für die verbündeten Regierungen unannehmbar wird, wenn der Kompromißantrag[2]) nicht angenommen wird. Die Sache liegt also sehr

[1]) Stenogr. Ber. X. Leg.-Per., 1. Session, S. 5710 f.

[2]) Der Kompromißantrag Aichbichler und Gen. bestimmte folgendes: Frisches Fleisch darf nur in ganzen Tierkörpern und im natürlichen Zusammenhange mit

einfach: entweder Kompromißantrag oder status quo. Nun ſind ja einige der Herren auf dieſer Seite des Hauſes (rechts), ſogar die Majorität der konſervativen Partei, der Anſicht des Herrn Roeſicke: lieber den status quo als den Kompromißantrag.

(Sehr richtig! rechts.)

— Ich kann mich trotz des Rufes: ſehr richtig! dieſer Anſicht nicht anſchließen. Herr Roeſicke hat die Sache ſo dargeſtellt, als ob überhaupt gar nichts durch den Kompromißantrag verbeſſert würde. Es iſt aber doch immer eine gewiſſe Einſchränkung gegen jetzt dadurch getroffen; Büchſenfleiſch, Würſte u. ſ. w. ſind verboten, die Einführung von friſchem Fleiſch iſt weſentlich erſchwert, und wenn wir das alles nicht annehmen, bleibt die Sache beim alten, und dieſen Zuſtand halte ich für nachteiliger als das Kompromiß. Ich möchte mich lieber auf den Standpunkt des Herrn Abgeordneten Gerſtenberger ſtellen, den er geſtern entwickelt hat: kann ich das Ganze heute nicht bekommen, ſo nehme ich einen Teil, wenn auch nur unter Proteſt, als Abſchlagszahlung. Jeder Kaufmann, der 100 Prozent ſicher nicht bekommt, nimmt 40, auch 30 Prozent lieber mit dem Vorbehalt, ſpäter vielleicht mehr zu bekommen. Wir müſſen hiermit rechnen, wenn wir auch die Motive der verbündeten Regierungen nicht in allem klar erkennen.

Meine Herren, es iſt unbeſtreitbar, daß, wie der Herr Abgeordnete von Levetzow und auch ſchon der Redner der Nationalliberalen im März, bei der zweiten Leſung entwickelt haben, hier eine bedauerliche Inkonſequenz vorliegt im Verhältnis der Behandlung des Inlandes und des Auslandes. Das iſt nicht hinwegzuleugnen. Welche Gründe die Regierung dabei leiten, dieſe Inkonſequenz Geſetz werden zu laſſen, iſt uns nicht bekannt. Ich glaube, daß es ſich hier um ein gewiſſes Imponderabile handelt. Wenn wir uns die Aeußerung des Herrn Grafen von Poſadowsky von geſtern vergegenwärtigen, ein guter Staatsmann habe Rückſicht zu nehmen, ſo glaube ich, daß nach der Richtung vielleicht eine Erklärung zu finden iſt, weshalb die verbündeten Re-

wichtigeren Eingeweiden (Lunge, Herz, Nieren, bei weiblichen Tieren auch Euter) eingeführt werden. Zubereitetes Fleiſch darf nur eingeführt werden, wenn keine geſundheitsſchädlichen Stoffe bei der Zubereitung verwendet wurden und die Stücke mindeſtens 4 kg ſchwer ſind, ausgenommen Schinken, Speckſeiten und Därme, die zubereitet in jedem beliebigen Gewicht eingeführt werden dürfen.

gierungen mit solchem Nachdruck für das Kompromiß sich erklärt haben. Wie gesagt, ich erlaube mir, hier den Standpunkt zu vertreten, daß, wenn die Einfuhr von soviel Fleischwaren im Interesse der Hygiene verboten oder erschwert werden soll, eine Verbesserung vorliegt. Das ist natürlich Ansichtssache, wie auch Herr Roesicke das vorhin entwickelte. Wir können sachlich verschiedener Meinung darüber sein; darum brauchen wir uns nicht zu echauffieren, und es ist erfreulich, mit welcher Ruhe die gestrige und die heutige Debatte über diese mehr technische Angelegenheit geführt worden ist.

Ich versage mir also ein tieferes Eindringen in die Sache und erkläre, daß ich hier auf dem Utilitätsstandpunkt stehe: kann ich nicht alles haben, dann sage ich: das Beste ist des Guten Feind; ich nehme das, was mir mit dem regierungsseitigen Zusatze: non possumus — geboten wird, da wir ein Mehr auf keinen Fall bekommen. Ich bin kürzlich in meinem Wahlkreise gewesen und habe Gelegenheit genommen, in derselben Weise, wie einige meiner befreundeten Kollegen auf dieser Seite, Rücksprache zu nehmen mit angesehenen Landwirten und Viehzüchtern. Da hat auch nicht einer den Standpunkt vertreten, den Herr Roesicke heute einnahm, sondern sie alle sagten: Lieber eine Abschlagszahlung annehmen, als den jetzigen Zustand beibehalten; dann wird doch wenigstens etwas gebessert! Also ich befinde mich persönlich in Uebereinstimmung mit den Herren aus meinem Wahlkreise, die ich habe sprechen können.

Es hat mich besonders gefreut, daß bei der gestrigen Debatte sowohl der verehrte Herr Abgeordnete von Wangenheim wie auch der Vertreter der verbündeten Regierungen das Schlag- und Hetzwort „Kraftprobe" weit von sich geworfen haben. Dafür liegt wirklich keine Veranlassung vor.

(Sehr richtig!)

Ich habe mit Erstaunen in zahlreichen Organen der Presse gelesen, daß man hier eine „Kraftprobe" oder „Generalprobe" anstellen wolle, und ich weiß nicht, was sonst noch — bei dieser einfachen Frage, ob das rote Pökelfleisch nach $2^1/_2$ Jahren zugelassen werden soll oder nicht. Dazu liegt wirklich keine Veranlassung vor; es ist lediglich eine Frage der Utilität und ganz ungeeignet zu einer etwaigen „Kraftleistung". Ich möchte anheimstellen, daß wir die Kraftprobe gegensätzlicher wirt-

ſchaftlicher Auffaſſung hinausſchieben bis zu den Debatten über den neuen Zolltarif und die neuen Handelsverträge, und ich hoffe, daß dann die verbündeten Regierungen und die Reichstagsmajorität mit vereinten Kräften eintreten werden für den Schutz der nationalen Arbeit.

(Bravo! rechts.)

Es iſt auch in der Preſſe — ich habe bei der Unruhe leider nicht hören können, ob auch hier im Hauſe — vielfach hingewieſen worden auf die verfloſſene Periode der Handelsvertragsabſtimmung im Jahre 1891. Das Beiſpiel paßt doch nicht; die Handelsverträge wurden auf 12 Jahre abgeſchloſſen, hier wird ſchlimmſtenfalls abgeſchloſſen auf 2 Jahre 7 Monate

(ſehr richtig! rechts),

dann wird tabula rasa ſein. Ferner handelt es ſich hier möglicherweiſe nur um eine bald vorübergehende Maßregel, die nötigenfalls ſchon im nächſten Herbſt wieder abgeſtellt werden kann, wenn ſie ſich im Intereſſe der Hygiene nicht bewähren ſollte.

Der Herr Graf von Poſadowsky hat geſtern geſagt:

> Gibt es Fleiſch, das nach Deutſchland eingeführt wird und geſundheitsſchädlich iſt, ſo muß es unter allen Umſtänden verboten werden.

Wenn ſich alſo in den nächſten ſechs Monaten ergeben ſollte, daß dieſes achtpfündige Pökelfleiſch geſundheitsſchädlich iſt, ſo würde nach dieſer, von dem Herrn Grafen von Poſadowsky mit Emphaſe getanen Aeußerung ſicher darauf gerechnet werden können, daß im geſundheitlichen Intereſſe die Regierung ſelbſt mit einem neuen Vorſchlag käme und ſich dann auf den Standpunkt ſtellte, den heute der Herr Abgeordnete Roeſicke vertreten hat. Heute ſind die verbündeten Regierungen, wie ihr Vertreter verſichert, dazu nicht in der Lage; wir müſſen damit rechnen und wollen unſeren Gegnern nicht die Freude machen, daß wir dieſes Kompromiß unter den Tiſch fallen laſſen. Das Geſetz ſoll ja, wie von allen Seiten richtig betont worden iſt, bloß im Intereſſe der Hygiene erlaſſen werden; das müſſen wir immer feſthalten und nicht divagieren. Nützt es nebenbei der Landwirtſchaft, ſo iſt das ſehr erfreulich; denn wie von verſchiedenen Rednern auch heute zugegeben wurde, kämpft die Landwirtſchaft ja mit einem ſehr harten Loſe.

Auf die anderen Fragen, die der Herr Abgeordnete Roesicke hier berührt hat, einzugehen, z. B. den Zolltarif oder die Handhabung eines Gesetzes — davon bitte ich Sie mich dispensieren zu wollen —. Sie werden das auch sehr gern tun! Ich möchte nur die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Roesicke nach einer Richtung erläutern, daß nämlich in weiten Kreisen die Besorgnis vorwaltet, einige Organe der verbündeten Regierungen wären zu ängstlich in Behandlung der wirtschaftlichen Beziehung zum Auslande. Ich will diese Empfindung zum Ausdruck bringen mit einer kleinen Variation des alten Wortes Hamlets: die angeborene Farbe der Entschließung wird durch des „Bedenkens" Bläße angekränkelt.

Die Besorgnis, daß hierbei mit der amerikanischen Regierung Unannehmlichkeiten entstehen könnten, teile ich nicht, und das tut wohl niemand, der die Verhältnisse kennt. Es handelt sich ja nicht um eine Aktion, die gegen Amerika gerichtet ist, sondern um einen autonomen Akt der Gesetzgebung, der alle fremden Länder gleichmäßig trifft; die praktischen Amerikaner haben sich schon vollkommen damit abgefunden. Ich habe hier aus der „Chicagoer Freie Presse" eine kurze Schilderung, wie jämmerlich das amerikanische Büchsenfleisch gewesen sei, das für die eigene Armee geliefert wurde, und die Feststellung, daß der Konsum des amerikanischen Büchsenfleisches ganz enorm abgenommen habe nach den miserabelen Erfahrungen, die damit im spanischen Kriege gemacht, und nach den Nachrichten, die über dessen Zustand in die Oeffentlichkeit gelangt seien. Die „Chicagoer Freie Presse", der ich dies entnehme, sagt zum Schluß:

> Die Fälschung der Nahrungsmittel geht hier ins Aschgraue und nimmt noch jeden Tag zu. Wenn wir zu unserem Schutz von diesem Mittel Gebrauch machen, können wir das sicherlich anderen Nationen nicht verdenken.

Auf der anderen Seite der Vereinigten Staaten erscheint die Zeitung „The San Franzisko Call", die mit wenigen Worten Ende März dieses Jahres sagt,

> daß bedauerlicherweise verschiedene Mißverständnisse und Streitigkeiten zwischen den Regierungen Amerikas und Deutschlands vorgekommen wären, endlich wären beide Länder jetzt aber vollkommen einig geworden: Deutschland will unser einbalsamiertes

Fleiſch nicht mehr haben, und wir danken ebenfalls dafür. Germany doesn't want any of our embalmed beef, and neither do we.

Alſo erkennen die Amerikaner vollſtändig an, daß ihr einbalſamiertes Fleiſch, wie man mit einem, nicht ſehr lockenden Ausdruck ſagt, kein angenehmer Genuß iſt, und verſtehen es durchaus, daß man es ſich vom Leibe hält.

Ich will meine kurze Darlegung dahin reſumieren: ich bedauere, daß die Regierung den Schutz der deutſchen Fleiſcheſſer (ſo ſagte ja wohl der Herr Graf von Poſadowsky) nicht auch auf das Pökelfleiſch ausdehnen will. Bei dem geringfügigen Prozentſatz, welchen dieſes Pökelfleiſch darſtellt, iſt es, wie ich am Anfang meines Vortrages ſagte, wunderbar, daß ſie das nicht tun will und quod non ſagt. Wir müſſen aber damit rechnen, und nach meiner Ueberzeugung ſtehen ſich die deutſchen Fleiſcheſſer, auf die es hier ankommt, bei den Maßregeln, welche die Regierungen ihnen konzedieren will, beſſer als bei dem heutigen Zuſtande. In Verfolg dieſer Ueberzeugung will ich für die Geſundheit der deutſchen Fleiſcheſſer eintreten, ihnen dieſe Abſchlagszahlung ſichern, indem ich für den Kompromißantrag ſtimme.

(Bravo! rechts.)

47. Rede. Im Reichstag.

Am 25. Januar 1901.[1])

Getreidezölle.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1901 ſteht der Etat des Reichsamts des Innern zur Beratung. Es entwickelt ſich dabei eine längere Debatte über die Lage der Landwirtſchaft. An ihr nimmt in hervorragender Weiſe Anteil

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, am vorletzten Tage der Beratung des uns beſchäftigenden Etatstitels hat der Herr Abgeordnete Fiſchbeck viele landwirtſchaftliche Irrtümer vorgebracht, die der Berichtigung bedürfen.

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Seſſion, S. 888 ff.

Es waren zwar Irrtümer, die ſchon häufig widerlegt worden ſind; wenn ſie aber immer von neuem hier erklärt werden, muß man ſie auch von neuem zurückweiſen, obgleich an ſich nicht viel Neues zu ſagen iſt. Der Herr Vorredner hat einige Herren auf der anderen Seite des Hauſes aufgefordert, ſie möchten einmal hineingreifen ins volle Leben und ihn in ſeinem Betriebe beſuchen, um ſich ſelbſt zu überzeugen, wie es dort zugeht. Meine Herren, ich habe mir ſchon vor Jahren erlaubt, dieſelbe Einladung auszuſprechen — ich glaube, damals war gerade der Herr Abgeordnete Rickert mein Vorredner —; ich wiederhole ſie heute an den Herrn Abgeordneten Fiſchbeck, der ja nicht fern von meiner Beſitzung in der Provinz Sachſen, in Stendal, lange gewohnt hat; er würde ſich dort ſelbſt überzeugen können, wie alle ſeine Kenntniſſe, die er ſich aus Büchern angeeignet hat, für uns und unſere heutigen Verhältniſſe nicht paſſen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe den Eindruck gehabt, als ich den Herrn Abgeordneten Fiſchbeck reden hörte, als ob ich Referate las über alte engliſche radikale Verſammlungen vor etlichen fünfzig Jahren.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Er hat alle die Cobdenſchen Irrtümer vorgebracht, die das heute auch für England vielfach ſind, und ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Fiſchbeck, wenn er meine Beſitzung und die zahlreichen Bauern in Schönhauſen beſuchen würde, ſich ganz anders ausſprechen würde, als er hier es getan hat. Er iſt ja auch gewiß, obgleich er ſchon viel weiß, noch lernbedürftig, und wenn er kommt, ſoll er den Bauern und mir willkommen ſein.

Er hat in der Hauptſache vier Punkte hervorgehoben, die der Richtigſtellung bedürfen. Seine erſte Aeußerung bezog ſich auf die Produktionskoſten, die zweite auf die Bodenrente, drittens ſprach er über Pächter und endlich über Getreidezölle. Ueber die Produktionskoſten in der Landwirtſchaft hat der Herr Vorredner ſich ſchon teilweiſe geäußert. Der Herr Abgeordnete Fiſchbeck hat nach dem ſtenographiſchen Bericht geſagt, „wir müßten doch erſt wiſſen: was ſieht die Landwirtſchaft als Produktionskoſten an?“ Er hat ſich dabei ſo angeſtellt, als ob es ſich dabei um ein faſt unlösbares Exempel handelte. Meine Herren, da er gern ſtudiert, ſo möchte ich ihm empfehlen, die ſehr

tüchtigen und eingehenden Abhandlungen des Leipziger Profeſſors Howard darüber leſen zu wollen, welche ſich mit den landwirtſchaftlichen Produktionskoſten und der Ermittlung des Reinertrages beſchäftigen. Es iſt ja die ſehr gründliche und richtige Methode, die von dem genannten Profeſſor entwickelt iſt, natürlich für bäuerliche Wirtſchaften nicht anwendbar; aber bei den bäuerlichen Wirtſchaften wird, wie der genannte Gelehrte mit Recht hervorhebt, der Vergleich des Anfangs- und Schlußvermögens im Laufe der Jahre für den Durchſchnitt immer einen richtigen und ſicheren Anhaltspunkt ergeben.

In bezug auf die Produktionskoſten hat der Herr Abgeordnete Gamp ſchon mit Recht geſagt, daß die Löhne nur einen Teil davon darſtellten. Nach meinen Erfahrungen betragen die baren Tageslöhne etwa ein Drittel der Koſten einer großen Wirtſchaft. Aber um zunächſt bei den vom Herrn Abgeordneten Fiſchbeck erwähnten Löhnen ſtehen zu bleiben, ſo iſt zu bemerken, daß die Löhne in den letzten 50 Jahren ganz weſentlich geſtiegen ſind. Die Tabellen darüber ſind in einem Vortrage veröffentlicht, der vor etwa Jahresfriſt, im vorigen Februar, von dem Geheimen Regierungsrat Profeſſor Werner gehalten worden iſt, der feſtſtellte, daß von 1849 bis 1892, alſo genau in 43 Jahren, die Tagelöhne in den öſtlichen Provinzen von 67 auf 170 Pfennig geſtiegen ſind, d. h. faſt um das Dreifache.

(Hört! hört! rechts.)

Pommern ſteht am ſchlechteſten dabei, dort ſind die Löhne von 51 auf 185 Pfennige in dieſen 43 Jahren geſtiegen. Die Unterſuchung erſtreckte ſich von 1849 bis 1873 und von da bis 1892, und da iſt zu bemerken, daß Schleſien von 1873 die größte Erhöhung der Tagelöhne zeigt, nämlich von 90 auf 160 Pfennig. Nach 1892 liegt leider eine Statiſtik darüber nicht vor; aber die Herren, die ſelbſt Landwirtſchaft treiben, werden mir beipflichten, daß ſeitdem noch eine erhebliche Steigerung der Löhne eingetreten iſt von einem Fünftel bis auf ein Viertel.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, dieſem Steigen der Löhne — von den anderen Elementen der Produktionskoſten will ich nicht ſprechen, die hat der Herr Abgeordnete Gamp ſchon erwähnt — ſteht gegenüber ein Fallen der Preiſe der Produkte und ein Sinken der Bodenrente.

Nun hat der Herr Abgeordnete Fiſchbeck gemeint, die alleinige Abſicht der Grundbeſitzer bei Betreibung erhöhter Getreidezölle wäre, die Bodenrente zu heben. Das wäre ja an und für ſich nicht etwas Verwerfliches; aber gegenwärtig ſind die Grundbeſitzer ſo beſcheiden geworden, daß ſie nur ein weiteres Fallen der Bodenrente verhindern möchten. Wenn wir alſo beſſere Preiſe bekommen ſollten, als wir heute haben, die — ich komme darauf noch — vielfach nicht die Produktionskoſten decken, ſo wäre das im Intereſſe der Erhaltung der landwirtſchaftlichen Bevölkerung, die Sie doch alle wollen, zu begrüßen. Es iſt aber nicht geſagt, daß die Erhöhung der Getreidezölle, wenn ſie beſchloſſen werden ſollte, wirklich auch die Bodenrente dauernd heben wird. Jetzt wird tatſächlich von den bäuerlichen Beſitzern vielfach unter dem Selbſtkoſtenpreis gewirtſchaftet, von den größeren erſt recht. Ich habe neuerdings mit Bauern aus meinem Wahlkreis geſprochen, die geſagt haben: Ja, wenn wir unſere Arbeit anrechnen wollten, bliebe uns nichts übrig. Mir hat ein kräftiger Bauer, der einige 50 Jahre alt iſt, geſagt: Ich und meine Frau und meine zwei Söhne ſtehen am früheſten auf und arbeiten am längſten; wenn ich die Arbeit meiner Familie bezahlen müßte, könnte ich nicht zu Rande kommen; bloß dadurch halte ich das Bauerngut, das ſeit 200 Jahren in derſelben Familie iſt, und wir arbeiten wie die Knechte! Das iſt doch ein hartes Los, wenn man bedenkt, wie anders es dieſen Leuten vor 30, 40 Jahren gegangen iſt.

Bezüglich der Bodenrente iſt darauf hinzuweiſen, daß nach der durch das Reichsamt des Innern im Jahre 1898, ich glaube, vom Deutſchen Landwirtſchaftsrat veranlaßten Enquete nachgewieſen iſt, daß bei 50 Prozent aller landwirtſchaftlichen Betriebe überhaupt keine Grundrente mehr erzielt worden iſt.

(Hört! hört! rechts.)

Nicht ganz 16 Prozent, genau $15\,^2/_3$, gaben 3 Prozent und etwas darüber; das waren die großen, techniſchen Betriebe in beſter Gegend. Aber 50 Prozent gaben überhaupt keine Rente, und dabei war bei jener Enquete die Verſchuldung außer Betracht gelaſſen. Das iſt ein Punkt, auf den Gewicht zu legen iſt, weil die Herren, die der Landwirtſchaft nicht wohlwollen, gleich bei der Hand ſind, von den hohen Schulden zu ſprechen, die, wie ich zugebe, eine ſehr bedauerliche

Zugabe der heutigen Landwirtschaft sind. Aber hier waren sie außer Betracht gelassen.

Wenn der Herr Abgeordnete Fischbeck sagt, es wäre Tatsache, daß Deutschland sein Getreide nicht selbst produzieren könne, so ist das darum noch lange keine Tatsache. Ich möchte dem eine so große Autorität wie die des Herrn Professors Delbrück gegenüberstellen, des bekannten Direktors der Landwirtschaftlichen Hochschule, der in einem Vortrag ziemlich genau vor einem Jahre, am 12. Januar 1900, des weiteren wissenschaftlich erläutert hat, daß und wie Deutschland in der Lage sei, seinen Getreidebedarf zu produzieren, auch heute. Meine Herren: Zahlen beweisen. Da der Herr Abgeordnete Fischbeck nicht mit Zahlen operiert hat, möchte ich ihm einige Zahlen zur Verfügung stellen, die ich gerade unter der Hand gehabt habe. Nach dem sechsjährigen Durchschnitt ist der Ertrag Deutschlands an Brotgetreide etwas über $10\,^1/_2$ Millionen Tonnen. — Die Zahl ist, denke ich, nicht angefochten. Wenn davon abgezogen werden 1350000 als Saatgetreide, so bleiben etwa $9\,^1/_4$ rund übrig. Auf rund 55 Millionen Einwohner berechnet, macht das 100 und einige 70 Kilo pro Kopf, während nach den neuesten und sorgfältigsten Berechnungen mehr als 171 Kilo pro Kopf an Brotgetreide nicht gebraucht wird. Es ist also selbst heute trotz anerkannt ungünstiger Verhältnisse bei einer guten Mittelernte in Deutschland möglich, das nötige Brotgetreide zu produzieren, und ich brauche dafür nur die Autorität des Namens Delbrück, der im ganzen Hause ein sympathischer sein wird, anzuführen.

Wenn ferner bedacht wird, daß bei der heutigen ungünstigen Lage der Landwirtschaft viele Besitzer nicht imstande sind, intensiv zu wirtschaften, weil sie die Ausgaben scheuen, so ist zu bemerken, daß bei intensiver Bewirtschaftung, die eine bessere Rentabilität alsbald nach sich ziehen würde, erheblich höhere Zentnererträge vom Morgen erreicht werden könnten; es gehört dazu nur, daß die Landwirte den Mut haben, etwas Geld in die Wirtschaft hineinzustecken. Weiter gibt es große Weideländereien, die früher Acker waren und jetzt umgewandelt sind in Wiesen und Weiden, weil der Ackerbau nicht mehr rentierte.[3]) Dann eine andere wichtige Frage der Landwirtschaft: der Zuckerrüben-

[3]) Vgl. S. 176 oben.

bau. Ja, die meiſten Landwirte, die die geeigneten Bodenverhältniſſe haben, würden lieber Weizen als Rüben bauen

(ſehr richtig! rechts);

es iſt viel einfacher und weniger riskant, und wenn dieſe zum Rübenbau übergegangen ſind, ſo geſchah es, weil das allein noch rentierte. Wir haben das ſchon beklagt bei der Kontingentierung des Zuckerrübenbaus. Die Kontingentierung war nötig, weil bei der Zunahme der Zuckerrübenfabriken ohne die Kontingentierung ein großer Krach gekommen wäre. Alſo es iſt Tatſache, daß neben dem Weideland — von Oedländereien will ich gar nicht ſprechen — große Ackerflächen durch den Rübenbau dem Getreidebau entzogen werden, die wieder dem Weizenbau zugeführt werden könnten. Ferner iſt es in ärmeren Gegenden jetzt vielfach Sitte geworden, aufzuforſten, z. B. auch in Pommern, wo früher noch das ſechſte und ſiebente Korn geerntet wurde. Ich kenne dieſe Verhältniſſe aus drei Provinzen, in denen ich anſäſſig bin.

Nun komme ich zu dem dritten Punkt der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fiſchbeck: das war die Pächterfrage. Aus keiner ſeiner Aeußerungen ging ſo deutlich hervor, daß er ſich noch feſt geſchnürt in den ſpaniſchen Stiefel und geſpannt in den ſpaniſchen Bock des Cobdenismus befindet. Er ſprach ſo, als ob die Pächterverhältniſſe bei uns lägen wie in England zur Zeit der anti-corn-law-league. In England beherrſcht der Pächterſtand die Landwirtſchaft, ſoweit ſie dort überhaupt noch beſteht, aber bei uns bildet der Pächterſtand nur einen ſehr geringen Prozentſatz; ich habe hier die Notizen aus der Volks- und Berufszählung von 1895 genommen; danach bilden die kleinen Güter, die Bauerngüter, von 2 bis zu 100 Hektar 70 Prozent der Geſamtfläche, und von dieſen ſind verpachtet nur $3\frac{1}{2}$ Prozent; auf dieſe kommt es doch hauptſächlich an, das iſt die Maſſe. Ich will Sie hier nicht mit Zahlen ermüden; ſollten ſie irgend jemanden intereſſieren, ſo könnte ich die Zahlen auf den Tiſch des Hauſes niederlegen. Jedenfalls iſt intereſſant, daß die verpachteten Grundſtücke in der Größe von 2 bis 100 Hektar nur $3\frac{1}{2}$ Prozent dieſer Klaſſe ausmachen, und die geſamte verpachtete Fläche in Deutſchland nur etwas über 9 Prozent der Geſamtfläche beträgt. Da kann man doch nicht wie der mehrerwähnte Herr Abgeordnete Fiſchbeck voranſtellen, daß bei

etwaiger Steigerung der Getreidezölle und dadurch möglicherweise zu bewirkenden Steigerung der Bodenrente die Pächter davon nichts haben würden, sondern nur die Großgrundbesitzer! Seine Argumentierung mag für England passen, wo der Besitzer bloß der Jagd und den gesellschaftlichen Verpflichtungen lebt, während der Pächter wirtschaftet; es paßt aber nicht für Deutschland.

(Sehr richtig!)

Uebrigens würde der geringe Prozentsatz unserer Pächter auch Vorteil dabei haben, jedenfalls die mit langen Kontrakten.

Die mittleren Betriebe, die von 100 bis 500 Hektar, bilden 14 Prozent der Gesamtfläche im Deutschen Reich, die größeren von 500 bis 1000 Hektar, die als Großgrundbesitzer bezeichnet werden können, bilden 8 Prozent, und die über 1000 Hektar nur 3 Prozent. Da heißt es doch gewiß den Mund etwas voll nehmen, wenn die Herren von der Linken immer von dem allein interessierten Großgrundbesitz reden, den sie meist im Auge haben, wenn sie etwas Feindseliges über die Landwirtschaft sagen. Die großen Grundbesitzer haben, wie gesagt, nur 3 Prozent der ganzen Fläche im Deutschen Reich; dieser Bruchteil spricht doch wenig mit, wenn wir für Erhaltung unserer Landwirtschaft sorgen wollen; bei diesem Großgrundbesitz sind noch die Hunderte von Quadratmeilen der Königlichen Domänen mitgerechnet, die in gewissem Sinne abzuziehen sind, da sie dem Nationalvermögen direkt angehören. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe zu erhalten, muß eine monarchische Regierung und eine vorsorgliche Volksvertretung bedacht sein.

(Sehr gut!)

Diese bilden 75 Prozent, drei Viertel der gesamten Fläche, und für diese Betriebe treten wir hier ein, ich kann wohl sagen: die große Mehrheit des Reichstags und nach hier vom Bundesratstisch und im preußischen Abgeordnetenhause gehörten Reden die Einmütigkeit der Regierung.

Wenn ich schließlich noch auf die Zölle eingehe, so möchte ich vorausschicken, daß in dieser Hinsicht bei der großen eingreifenden Debatte vom Jahre 1879 eigentlich schon alles gesagt ist, was pro et contra gesagt werden könnte. Wir würden also nur Eulen nach Athen tragen, wenn wir das alles jetzt wiederholen wollen. Aber ein Axiom

muß doch immer wiederholt werden, nämlich, daß das Ausland einen großen Teil des Zolles trägt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn dem nicht ſo wäre, warum ſollte das Ausland ſich gegen die Zölle wehren?

(Sehr gut! rechts.)

Wenn das Ausland wüßte, daß bloß der Deutſche den Zoll trägt, ſo würde es ſich nicht dagegen wehren, ſondern ſich vergnügt die Hände reiben und ſagen: ganz recht, wir ſtecken das deutſche Geld nach wie vor ein. Aber die ſtarke Agitation, welche wir in den billigeres Getreide produzierenden Ländern finden, richtet ſich doch gegen die Pläne auf Schutz unſerer landwirtſchaftlichen Bevölkerung, weil das Ausland mit herangezogen werden ſoll zum Schutz dieſer landwirtſchaftlichen Bevölkerung.

(Sehr richtig!)

Das kann nicht oft genug betont werden.

Außerdem ſprechen bei der Preisbildung des Getreides nicht bloß die Zölle mit, ſondern wir haben Jahre gehabt ohne Zölle, z. B. vor 1880, wo die Getreidepreiſe erheblich höher waren als ſpäter mit Zöllen — mit Ausnahme von 1891, wo wir die große Mißernte hatten. Wenn wir die letzten 50 Jahre durchgehen, ſo werden wir finden, daß die Zölle ziemlich wenig Einfluß auf die Getreidepreiſe hatten. Ein ganz naheliegender Beweis der Jetztzeit iſt Frankreich. Dieſes hat etwas über 2 Mark mehr Zoll auf den Doppelzentner als wir, trotzdem ſind die Getreidepreiſe in Frankreich nicht höher als bei uns. Wenn wir alſo z. B. auf die Höhe des franzöſiſchen Zolls gehen würden, ſo iſt nicht anzunehmen, daß die Getreidepreiſe bei uns höher als in Frankreich ſteigen würden. Dieſer Beweis wird von den Freihändlern immer hintangehalten.

Betreffs der Frage der Erhöhung der Rente möchte ich wieder auf England exemplifizieren. Der Kaufwert von Grund und Boden iſt in England höher als irgend wo anders. Es ſollte aber ein gewiſſes Verhältnis von Kaufs- und Ertragswert beſtehen. In England, das keine Getreidezölle hat, geht die Landwirtſchaft mehr und mehr zurück — ich habe die Zahlen hier, es ſind über eine Million Hektar, die in den letzten 30 Jahren aus der Weizenkultur Englands

herausgenommen ſind. — Dort herrſcht Weideland- und Jagdgebiet vor. Das iſt doch für uns mit unſerer allgemeinen Wehrpflicht und unſerer exponierten Lage in Europa kein nachahmenswerter Zuſtand.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben für den Grundwert bei uns noch den Anhaltspunkt der Ergänzungsſteuer; den möchte ich dem Herrn Abgeordneten Fiſchbeck auch empfehlen. Er wird wenig Beſitzungen finden, die mehr als 2 bis $2^1/_2$ Prozent bringen, die unmittelbare Umgebung Magdeburgs vielleicht ausgeſchloſſen. Wie iſt da bis in die Berufungsinſtanz hinauf gekämpft worden, um die Veranlagung herunterzuſetzen auf den gemeinen Wert! Es werden ſogar die landwirtſchaftlichen Gebäude und Ställe dabei mit veranſchlagt. In England brauchen die Landwirte wenige Gebäude. Wer in England geweſen iſt, wird geſehen haben, daß die Schafe im Winter, wenn auch ein paar Schneeflocken gefallen ſind, draußen auf der Weide bleiben; das meiſte Getreide ſteht in Mieten. Das iſt ſchon eine ungeheure Erſparnis in der Wirtſchaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber dieſe Erſparnis kommt zu keiner Hebung, weil ſie keinen Schutz hat. Mit unſern Gebäuden liegt es vielfach ſo, daß da, wo die Landwirtſchaft noch einen Ertrag liefert, dieſer bloß die Verzinſung des Wertes der Gebäude darſtellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn die Herren ſich das vergegenwärtigen wollen, brauchen ſie ſich nur die Feuerkaſſenwerte anzuſehen und die Höhe von deren Verzinſung zu berechnen. Ich habe mich mit befreundeten Großgrundbeſitzern der Oſtprovinzen darüber unterhalten, ob es nicht tunlich wäre, uns zu entlaſten von der Bewirtſchaftung und Koloniſten aufzubauen. Da rechneten wir heraus, daß man in ſolchem Falle gerade die Verzinſung der Gebäude hätte und das Land umſonſt weggeben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Nehmen Sie eine Stelle von 30 Morgen an; die würde, ſagen wir, 10 Mark Pacht pro Morgen bringen, wenn ſie günſtig liegt; bauen Sie da einen Koloniſten auf, ſo könnte er von der Wirtſchaft unter normalen Verhältniſſen leben. Unter 10 000 Mark kann man aber einem Koloniſten mit Familie Scheune und Stall nicht aufbauen. Das

sind zu 3 Prozent 300 Mark, die gleiche Summe, die die 30 Morgen Land bei guten Verhältnissen Pacht ohne Gebäude bringen würde.

(Sehr richtig!)

Tatsache ist, daß die Gebäude die Landwirte auffressen. Es ist aber eine Tatsache, mit der wir zu rechnen haben, da unser Klima sie bedingt.

Was auf die Bildung der Getreidepreise am meisten einwirken kann, das sind die Tarife. Wir haben uns neulich über den berühmten Art. 19 des russischen Handelsvertrages unterhalten. Danach hat die Stelle, die die Tarife macht, es in der Hand, die Zölle illusorisch zu machen. Wenn wir uns einem Nachbar gegenüber verpflichten, seine Tarife bei uns anzuwenden, und es fällt ihm ein, sein Getreide umsonst zu fahren, müssen wir es hier auch tun, bis Königsberg, Danzig und wer weiß wohin.

(Sehr richtig! rechts.)

Alles das, Löhne, Klima, Tarife, Ernte, sind maßgebend für die Preisbildung, die Zölle allein sind nicht so entscheidend; sie sollen nur eine gewisse Garantie gegen ein zu tiefes Fallen der Getreidepreise noch unter das Niveau der letzten Jahre bieten.

Die meisten Herren von dieser Seite des Hauses haben, ebenso wie ich, schon früher entwickelt, daß wir nicht pro domo sprechen. Die 3 Prozent Großgrundbesitzer würden ja auch bald weggefegt sein, wenn sie allein ständen. Wir lassen uns bei unserem Eintreten für die Landwirtschaft von allgemeinen, nationalen und wirtschaftlichen Gründen leiten, wir sind das Mundstück unserer ländlichen Wähler, die Großgrundbesitzer können uns nicht allein wählen. Wir wollen die Bauernschaft auch aus nationalen Gründen gekräftigt sehen; und wenn die Majorität des Reichstags für den Schutz des deutschen Getreidebaues eintritt, so ist ihr letztes Ziel dasselbe, das die Staatsregierung verfolgt, nämlich einen gesunden deutschen Bauernstand existenzfähig zu erhalten.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

48. Rede. Im Reichstag.

Am 29. Januar 1901.[1])

Getreidezölle.

Noch immer ſtand bei der zweiten Leſung des Reichshaushaltsetats das Gehalt des Staatsſekretärs des Reichsamtes des Innern zur Beratung. Abermals ſieht ſich Fürſt Bismarck gezwungen, „zur Abwehr“ über die Lage der Landwirtſchaft das Wort zu ergreifen.

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, es tut mir leid, daß ich mich heute an den ſchier endloſen Debatten meinerſeits wieder beteiligen muß. Es iſt aber nicht meine Schuld, wie Sie mir zugeben werden; ich habe erſt ziemlich ſpät, ich glaube, am ſiebenten oder achten Tage, behufs Abwehr in dieſe Debatte eingegriffen und bin heute nur genötigt, noch einmal zu reden zur Abwehr. Ich teile durchaus die Meinung, die in dem geſtrigen Artikel der „Freiſinnigen Zeitung“ ausgeführt iſt, daß dieſe Art Debatte auf die Dauer nicht empfehlenswert iſt.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter, welcher ja wohl als die Seele der „Freiſinnigen Zeitung“ angeſehen werden darf, hat alle diejenigen Gegenſtände aufgeführt, die hier ſeiner Meinung nach zu Unrecht debattiert worden ſind, und ich befinde mich heute in der Lage, mich ihm vollſtändig anſchließen zu können. Ich glaube, die große Majorität des Hauſes befindet ſich in derſelben Lage und würde gern mit dem Herrn Abgeordneten Richter die Debatte zu Ende bringen. Unſer verehrter Herr Präſident hat uns neulich ſchon einen Fingerzeig gegeben, in welcher Art das geſchehen könnte. Meine Herren, dazu iſt vielleicht die Vorausſetzung, daß wir etwas zahlreicher hier erſcheinen. Ich kann mich nicht enthalten, heute hier ins Land hineinzurufen, daß wir, die wir hier anweſend ſind, doch einen gewiſſen Mangel an Rückſicht darin empfinden, daß die vielen Herren, die wochenlang weggeblieben ſind, uns nicht unterſtützen und uns nicht behülflich ſind, unſere Debatte zu Ende zu führen.

(Sehr richtig! rechts.)

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Seſſion, S. 970 ff.

Vielleicht wird der Fingerzeig des von uns allen verehrten Herrn Präſidenten genügen, um das Ende abſehen zu laſſen.

Meine Herren, es ſind ſo viele Themata angeſchnitten worden noch in den letzten Tagen, daß es für die dabei angegriffenen Redner unmöglich iſt, im Rahmen einer perſönlichen Bemerkung zu antworten. Ich werde ſuchen, meinerſeits nicht in den von dem Herrn Abgeordneten Richter ſelbſt bei ſeinen Parteigenoſſen gerügten Fehler zu verfallen und Dinge hier zu debattieren, die vor den preußiſchen Landtag gehören, wie z. B. Landgemeindeordnung, Schullaſten u. ſ. w., die uns geſtern von dem erſten Herrn Redner erzählt worden ſind.

Einige der Herren von der Linken haben ſich aber ſpeziell gegen mich und meine zahlenmäßigen Ausführungen gewandt, von denen ich glaube, daß ſie ſo, wie ich ſie belegt hatte, nicht bemängelt werden können; deshalb bleibt mir nichts übrig, als ſie zu wiederholen. Ich habe mir bei meiner letzten Rede ſchon erlaubt hervorzuheben, daß Neues in dieſer Debatte nicht vorgebracht werden könnte und daß dieſer Gegenſtand uns ſehr eingehend vor mehr als zwanzig Jahren beſchäftigt hat, wo einige der Herren, die jetzt die Hauptredner abgeben, ſich mit Politik überhaupt noch gar nicht befaßten. Meine Herren, wir werden dieſelben Reden, die wir in der letzten Woche gehört haben, wieder hören, entweder im April oder November, je nachdem der neue Zolltarif vorgelegt werden wird.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir werden dann auch nicht viel Neues hören; denn, wie ich ſchon neulich ſagte, es iſt beſſer und gründlicher darüber debattiert worden vom Reichstage 1879 und 1885, dem, wie allgemein anerkannt wird, hervorragende Kapazitäten angehört haben, die den Stoff beherrſchten. Ich bin feſt überzeugt: ob der Reichstag heute oder über Jahresfriſt abſtimmt über den Schutz der Landwirtſchaft, nicht *eine* Stimme wird anders fallen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Frage des Schutzes der Landwirtſchaft iſt zur Partei- und Fraktionsſache gemacht, zur wirtſchaftlichen Parteiſache, und die ſchönſte Rede, auch wenn die Herren mit Engelzungen redeten, würde keinen von rechts nach links hinüberziehen oder umgekehrt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich hoffe, daß die Interessen des Landes, die wir doch zu besorgen berufen sind, berücksichtigt werden, wenn wir zur wirklichen Diskussion kommen; denn diese Debatte ist ja nur eine sogenannte „Eingeschobene", wie man auf dem Balle zu sagen pflegt.

Meine Herren, ich habe mich mit einigen der Herren Abgeordneten von der Linken zu beschäftigen. Den Herrn Abgeordneten Steinhauer, dem wir die bezeichnende Bemerkung vom Plüschsofabauern verdanken, glaube ich getrost den Wählern von Schlawe und Rummelsburg überlassen zu können.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn er denen seine Rede hält, mögen sie mit ihm darüber rechten.

Hauptsächlich aber muß ich mich gegen die Ausführungen des Herrn Dr. v. Siemens wenden. Dieser Herr ist eine so bedeutende Kapazität auf seinem Gebiet, daß man auch bereit sein wird, ihn auf anderen Gebieten, in denen er nicht direkt zu Hause ist, anzuhören. Das ist man einem Herrn von seiner Bedeutung, der das Hervorragendste in seiner Stellung geleistet hat, schuldig, und ich erkenne dankbar an, daß gerade Herr Dr. v. Siemens sich als Redner von der Linken darin ausgezeichnet hat, daß er sich in verbindlichen und weltmännischen Formen bewegt hat.

Ich glaube, daß ich noch am kürzesten wegkomme und Ihre Geduld am wenigsten erschöpfe, wenn ich meine Ausführungen an der Hand der Notizen mache, die ich während der gestrigen und der Sonnabendreden gemacht habe, damit wir uns nicht zu viel in Allgemeinheiten verlieren. Es ist mir gestern von dem ersten Herrn Redner eine Art Vorwurf daraus gemacht worden, daß einige meiner Argumente sich mit denen deckten, die der erste Reichskanzler hier in den Jahren 1879 und 1885 in bezug auf den Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes gemacht hat. Meine Herren, wenn das ein Vorwurf hat sein sollen, so ist das gründlich vorbeigeschossen. Ich wüßte keine höhere Anerkennung, die mir zu teil werden könnte, als wenn mir jemand sagt: Ihre Ausführungen decken sich mit denen des ersten Reichskanzlers.

(Bravo! rechts.)

Es kann heutzutage überhaupt ein gebildeter Parlamentarier nicht gedacht werden, der die Sammlung der Reden des ersten Reichskanzlers nicht durchgelesen hätte, und ich bedaure nur, daß der erste Redner

von gestern sie nicht mit genügendem Nutzen und Verständnis gelesen zu haben scheint. Hätte er das getan, so würde er auf unserer Seite sitzen und mit uns stimmen. Die Fraktion, in deren Namen der Herr Abgeordnete Fischbeck gesprochen hat, ist ja doch, wie das mehrfach von den Herren, die in meiner Nähe sitzen, schon vor einigen zwanzig Jahren hervorgehoben worden ist, die Partei des eigentlichen wirtschaftlichen Stillstandes, wenn nicht Rückschritts. Die Herren, die den wirtschaftlichen Schutz auf ihre Fahne geschrieben haben, sind diejenigen, die das Verdienst haben, unsere Produktion gehoben zu haben und nicht stehen geblieben zu sein auf alten abgestandenen Lehrsätzen aus der Cobdenschen Zeit, die früher für England gepaßt haben mögen, die für uns aber nun und nimmermehr passen.

Die Reden, die hier gehalten sind, werden, wie ich vorhin schon sagte, keinen einzigen umstimmen, sie werden wohl auch nur gehalten als Agitationsreden, wie man zu sagen pflegt: aus dem Fenster hinaus. Aber da verfehlen sie doch in gewissem Sinne ihren Zweck; denn ich glaube nicht, daß wir so bald vor Neuwahlen stehen. Es ist nicht anzunehmen, daß der jetzige Reichstag noch vor der Beratung des Zolltarifs aufgelöst wird, und wenn er aufgelöst werden sollte, so zweifle ich nicht daran, daß wieder eine große Majorität erscheinen würde, die den Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes auf ihre Fahnen schreibt.

(Sehr richtig! rechts.)

Es würde also die Auflösung für die Herren von der Linken nicht einmal einen Zweck haben.

Gestern las ich in einer Zeitung, daß der Inlandsmarkt zwanzigmal bedeutsamer sei als wie der ganze Export. Meine Herren, das ist doch eine Zahl, die uns zu denken geben sollte. Es ist nicht das erste Mal, daß hier darauf hingewiesen wird. Aber der Inlandsmarkt ist überall der wichtigste; das haben sämtliche großen Staaten erkannt. Wenn die Doktrin vom Freihandel richtig wäre, so müßte sie doch auch werbende Kraft haben. Wie sieht es aber damit aus? Die Tendenz des Schutzzolls — man mag sagen: leider, aber es ist so — wächst bei allen Regierungen und bei allen Staaten, und gerade die beiden größten Staatswesen der Welt, Nordamerika und Rußland, sind diejenigen, die am schärfsten mit Schutzzöllen und sogar Prohibitivmaßregeln vorgehen. Wenn darin die anderen europäischen Staaten zurückbleiben wollten,

ſo würden ſie ihre Intereſſen ſchlecht wahrnehmen, und ich glaube, es beſteht Einſtimmigkeit darüber, daß unſer großer wirtſchaftlicher Aufſchwung, den wir in den letzten zwanzig Jahren genommen haben, nicht hätte ſtattfinden können, wenn man im Jahre 1878 die Sachen hätte weiter laufen laſſen, wie ſie liefen.

(Sehr richtig! rechts.)

Neben den politiſchen Verdienſten, die allgemein dem erſten Reichskanzler zugeſtanden werden, iſt das Beſte, das er auf wirtſchaftlichem Gebiet geleiſtet hat, daß er die Nation ſo wohlhabend gemacht hat, daß ſie imſtande iſt, auch einmal eine ſchlechte Zeit und böſe Jahre auszuhalten. Die Landwirtſchaft hat es genug an ſich erfahren.

Um auf Amerika und Rußland zurückzukommen, ſo ſind jedesmal, ſobald in dieſen größten Gemeinweſen die beſtehenden Zölle zur Debatte ſtehen, erhebliche Klagen unſerer produzierenden Stände über die nachteilige Wirkung der Zölle gehört worden. Aehnlich verhält es ſich mit den Getreidezöllen. Wenn die Zölle, die Amerika und Rußland gegen unſern Export aufrichten, unſerer Induſtrie nicht ſchaden würden, ſo würden die Intereſſenten nicht ſo lange Reden dagegen halten. Ich kann den Herren ein klaſſiſches Beiſpiel anführen, den von uns allen verehrten Kollegen Freiherrn v. Heyl, der mir geſtern noch geſagt hat, er müßte 75 Prozent der Zölle bar zahlen, bevor er exportieren könnte. — So liegt es alſo bei der Induſtrie. Bei der Landwirtſchaft liegt es betreffs der Getreidezölle — das iſt der erſte Punkt, den Herr Dr. v. Siemens in ſeiner neulichen Rede berührte — ja etwas anders, und das hat der Herr Abgeordnete Gamp geſtern mit ſo ausführlicher Klarheit dargelegt, daß ich kaum darauf weiter einzugehen brauche. Wenn der Herr Dr. v. Siemens aber meinte, die Getreidezölle müßten von Deutſchland getragen werden, weil wir das Getreide notwendig brauchen, ſo iſt dem gegenüberzuhalten, daß die getreideexportierenden Länder doch notwendig ihren Ueberſchuß ausführen müſſen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer kaufen muß, der muß allerdings den geforderten Preis zahlen; noch mehr trifft das aber zu bei dem, der notwendig verkaufen muß. Wir hier auf der Rechten, die wir ſelbſt Wirtſchaft treiben, ſind alle in der Lage geweſen, das zu erfahren: wenn man ſeine Produkte zu verkaufen genötigt iſt,

ſo muß man unter Umſtänden auch Schleuderpreiſe nehmen, und die Beiſpiele von den Preiſen in den Freilagern von Danzig und Hamburg darf man nicht anführen, wie das geſtern Herr Dr. Arendt hervorhob. Die paſſen in keiner Weiſe. Die Weltmarktpreiſe werden bei großen Ernten naturgemäß von den Zöllen heruntergedrückt werden, und das iſt der Hauptvorteil, den wir von den Zöllen haben, daß bei guten Ernten ein großer Teil der Zölle von dem Auslande getragen wird. Mißernten bilden nicht die Regel, die Regel bildet vielmehr, daß ein großer Teil der Zölle vom Auslande getragen wird, wie ich auch neulich ſagte, und wie der Herr Abgeordnete Dr. v. Siemens ſich auch in entgegenkommender Weiſe korrigierte, nachdem er mir erſt irrtümlich die Meinung zugeſchoben hatte, die Zölle würden ganz vom Auslande getragen. Wir werden alſo daran feſthalten müſſen, daß die Getreidezölle erheblich verbilligend auf den Weltmarkt wirken, weil die großen getreidebauenden Länder Argentinien, Nordamerika und Rußland ihr Getreide loswerden müſſen, wenn ſie es nicht einfach verkommen laſſen wollen. Wenn dieſe Argumentation des Herrn Abgeordneten Dr. v. Siemens, wie geſtern von meinen politiſchen Freunden wiederholt nachgewieſen worden iſt, hinfällig iſt, ſo fallen damit auch ſeine anderen Argumentationen zuſammen, die er darauf gebaut hatte.

Er hat dann die Zahlen in bezug auf die Anbaumöglichkeit von Getreide in Deutſchland bemängelt. Da haben Sie ſchon von verſchiedenen praktiſchen Landwirten, die ſich an der Redeſchlacht nicht beteiligten, um ſie nicht noch mehr zu verlängern, durch Zwiſchenrufe gehört, daß ſie dieſer Anſicht nicht ſind. Ich habe hier Notizen, wonach das Brachland in Preußen, alſo in nur zwei Dritteilen Deutſchlands, noch 2117585 Hektar beträgt. Das iſt ſchon eine ſehr große Summe! Dann muß ich wiederholen — es tut mir leid, daß ich das wiederholen muß, aber die Herren von der Linken wiederholen ihre Argumente „unentwegt“ und glauben ihnen dadurch mehr Kraft zu geben; es bleibt mir alſo auch nichts anderes übrig, als dieſem Beiſpiel zu folgen —, daß eine intenſivere Bewirtſchaftung bei uns Millionen von Zentnern mehr hervorbringen könnte, wenn die Landwirte mehr Kurage und Geld hätten, um bei uns den guten Boden mehr auszunutzen.

Wenn ferner der Herr Abgeordnete Dr. v. Siemens die Zahlen

bemängelt hatte, die ich über den Getreide- und Brotverbrauch pro Kopf der Bevölkerung angeführt hatte, so muß ich doch meine Zahlen aufrecht erhalten. Herr Dr. v. Siemens hatte von 212 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gesprochen; der gestrige Herr Redner gab ungefähr dasselbe an. Ich hatte von 171 Kilogramm gesprochen. Meine Herren, da wird doch wohl auch für den Herrn Abgeordneten Fischbeck, der einer der Jünger des Herrn Abgeordneten Richter ist, maßgebend sein, was in dem „Politischen ABC" von 1898 steht. Da heißt es auf Seite 143, daß der Getreideverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Deutschen Reich 173 Kilogramm ist.

(Hört! hört! rechts.)

Das kommt also meiner Zahl bis auf zwei Kilogramm nahe, und die Herren Dr. Siemens und Fischbeck differieren mit dem Herrn Abgeordneten Richter und seinem ABC, was doch quasi die Bibel ist für die Anhänger der freisinnigen Volkspartei, um beinahe 40 Kilogramm. Meine Herren, 171 Kilogramm, wie ich gesagt hatte — oder 173, um mich da vor dem Abgeordneten Richter zu beugen — macht 346 Pfund Brot, kann man sagen. Dabei sind alle Säuglinge und Infanten einbegriffen. Nun will ich zugeben, daß es etwas für sich hat, wenn Herr Fischbeck sagt: es *kann* einer auch mehr essen, es gibt große Esser in der Welt, es gibt Menschen, die $1^1/_2$ bis 2 Pfund Brot täglich essen. Ich halte das nicht für unmöglich; danach aber kann man nicht gehen, was die größten Verdauungskräfte etwa verzehren *können*, sondern nach dem, was zur sachgemäßen Ernährung der Menschen gebraucht wird, und da stimmen die Zahlen des Herrn Richter mit denen des deutschen Landwirtschaftsrats bis auf 2 Kilogramm überein. Wir sind also berechtigt, daran festzuhalten, daß 171 bis 173 Kilogramm maßgebend sind für den Verbrauch.

Wenn ich diese Zahl wieder unterstreiche, brauche ich die anderen Zahlen nicht zu nennen. Ich will nur wiederholen, weil Herr Abgeordneter Fischbeck nicht zugehört hatte oder nicht hier war, als ich das sagte, daß ich das Saatgetreide ausdrücklich abgezogen hatte.

(Zuruf links.)

Dasjenige Brotgetreide, das seiner Billigkeit wegen dem Vieh als Futter vorgeworfen wird, hat der Herr Abgeordnete vielleicht dem Brotgetreide zugerechnet. Es ist kein Wunder, daß dieser Irrtum unter-

laufen iſt bei Herren, die, wie ich ſchon ſagte, nicht im praktiſchen Leben ſtehen. Es iſt vielfach paſſiert, daß Roggen, aus dem Brotnahrung für den Menſchen gemacht werden ſoll, für das Vieh verfüttert wurde, weil der Preis billiger war als der der eigentlichen Futtermittel.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn die Herren für den Schutz der Landwirtſchaft annehmbare Preiſe ſchaffen, ſodaß die Produktionskoſten gedeckt ſind, und Roggen und Weizen wieder ihrer urſprünglichen Beſtimmung zugeführt werden können, den Menſchen zu ernähren, ſo wird das Vieh auch wieder mit den anderen Futtermitteln gefüttert werden, und dann wird gewiß der Ueberſchuß an Roggen, der jetzt dem Vieh zufällt, wieder verbacken werden. Ich halte das für einen der ſpringenden Punkte, die anzuführen ſind, um den nachdrücklicheren Schutz unſerer getreidebauenden Bevölkerung anzuempfehlen.

Meine Herren, daß es dem Auslande gleichgültig ſein würde, welchen Zoll wir haben, wenn wir ihn allein bezahlten, das iſt geſtern ſchon von verſchiedenen Herren ausgeführt worden; ich brauche darüber alſo nicht mehr viel zu ſagen, will es nur noch einmal unterſtrichen haben.

Wenn Herr Dr. v. Siemens meinte, wir würden die Landwirtſchaft in eine viel zufriedenere Situation bringen und die ſogenannte Landflucht aufhalten, wenn es gar keine Getreidezölle gäbe, ſo möchte ich dieſen Herrn doch auf England verweiſen. In England gibt es ſeit Anno 1844 keine Getreidezölle mehr; in keinem Lande iſt die Landflucht aber größer als in England.

(Sehr richtig! rechts.)

Die ſchlimmſten Klagen darüber kommen nur nicht in ausreichendem Maße in die Zeitungen. Die großen Londoner Blätter ſind nicht als Vertreter der Landwirtſchaft anzuſehen und enthalten ſich möglichſt, ſich über dieſen Punkt zu äußern; ſie gehen darum herum wie die Katze um den heißen Brei. Aber ein mutiger Politiker wie der allgemein bekannte Lord Roſebery, obgleich der frühere Führer der avancierten Liberalen, hat im vorigen Monat in Glasgow, wo er ſeine Rektoratsrede hielt, ausdrücklich hervorgehoben, daß ihn die

ſchwächliche Konſtitution und die Abnahme der ländlichen Bevölkerung mit Sorge erfüllte.

(Hört! hört! rechts.)

Er hat in Glasgow geſagt: „Wenn ich von meiner Beſitzung nach Edinburgh fahre und dort die Dorfkinder anſehe, ſo ſage ich mit Stolz: dieſe Kinder können es aufnehmen, wenn ſie erwachſen ſind, mit allen Erwachſenen der Welt. Aber wenn ich nach Glasgow komme, in die dumpfigen kleinen Hintergaſſen dieſer zweitgrößten Stadt Englands und ſehe den dortigen Nachwuchs, ſo ſinkt mir das Herz, und ich weiß nicht, wie wir mit ſolchem Menſchenmaterial ſchwere Kämpfe, wenn die Zukunft ſie uns bringt, beſtehen ſollen.“ Meine Herren, dieſer Lord Roſebery iſt Ihnen auf der linken Seite gewiß allen als avancierter liberaler Engländer außerordentlich ſympathiſch. Sie ſehen aber, daß er ſich einen freien Blick behält für die Notwendigkeit, eine kräftige landwirtſchaftliche Bevölkerung zu erhalten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ideale landwirtſchaftliche Zuſtände herrſchen gewiß nicht in England, ſie herrſchen höchſtens dort für die Herren, die in Herrn Dr. v. Siemens ihren Vertreter ſehen. Aber bei den anderen Bedingungen, die in England vorliegen im Vergleich zu dem kontinentalen Deutſchland, möge uns der Himmel davor bewahren, daß wir jemals die Wege gehen, die das inſulare England gegangen iſt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Vorbedingung dazu würde der Untergang unſerer Landwirtſchaft ſein.

Dann hat ſich Herr Dr. v. Siemens darüber aufgehalten, daß die Großgrundbeſitzer die Viehhaltung vernachläſſigen. Ich glaube, da iſt er doch etwas zu voreilig geweſen; denn bei den Vergleichen, die der Herr uns anführte, iſt ihm mehr als ein Irrtum untergelaufen. Einmal iſt doch das kleine wohlfeile Rindvieh, das der kleine Mann hält, mit den großen bayeriſchen Ochſen und Milchkühen der größeren Beſitzer nicht zu vergleichen. Die kleine Milchkuh, die der weſtpreußiſche Bauer braucht, iſt für 110 bis 120 Mark zu haben, während Milchkühe in Sachſen unter 340 Mark nicht zu haben ſind. Die Preiſe für Stiere will ich gar nicht einmal nennen, das führt zu weit, das können die Herren ſelbſt nachſehen.

Ferner hat Herr Dr. v. Siemens die Schafhaltung ganz vergeſſen, die vornehmlich auf großen Beſitzungen ſtattfindet. Die kleinen Leute gerade in meiner Gegend halten keine Schafe mehr, weil ſowohl die Fleiſch- als die Wollpreiſe zu ſehr geſunken ſind.

Sodann hat der Herr Dr. v. Siemens bei Anführung der Vergleiche des Areals der großen und der kleinen Wirtſchaften ganz die Forſten vergeſſen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Forſten ſind für uns von der größten Wichtigkeit. Im preußiſchen Landtag iſt vielfach Stimmung, den großen Domänen und Fideikommiſſen, ſoweit ſie rein landwirtſchaftlich ſind, zu Leibe zu gehen. Ich will meine eigene Meinung darüber zurückhalten; ich ſehe es aber kommen, daß damit im Laufe der Zeit aufgeräumt werden wird. Ich weiß nicht, ob das zu beklagen ſein wird; aber eins müſſen wir im Auge behalten: daß die großen Forſten in Domänen und Fideikommiſſen notwendig erhalten werden müſſen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer wie ich an einem großen Fluſſe lebt, hat es durchgemacht, was für Schäden an den Aeckern, was für Verſumpfungen eintreten, was für reißende Waſſermaſſen im Frühjahr und Herbſt und was für Dürren im Sommer eintreten können.

Indeſſen, meine Herren, trotz meines Vorſatzes komme ich vom Hundertſten ins Tauſendſte und muß mich ſelber bremſen, um nicht zu weit zu gehen. Aber eine Bemerkung hinſichtlich des Viehs muß ich Herrn Dr. v. Siemens noch machen; wenn er den Landwirten ſo dringend empfiehlt, den Getreidebau einzuſchränken und ſich dafür der Viehzucht zuzuwenden, ſo müßte er auch darauf bedacht ſein, den Viehſtand zu ſchützen. Wie ſtellen ſich aber die Herren von der linken Seite, ſobald nur die ſehr eingreifende Frage des Schutzes gegen die Maul- und Klauenſeuche hier angeregt wird?

(Sehr richtig! rechts.)

Immer gegen jeden Eingriff! Sie haben hier wiederholt debattiert über die Maul- und Klauenſeuche auch bei dieſem Etatstitel. Ich habe vor zwei Jahren einmal dabei anzuführen mir erlaubt, daß der materielle Schaden, der dem Deutſchen Reich in einem Jahre dadurch erwüchſe, über 60 Millionen wäre. Damals bin ich unterbrochen

worden mit dem Zuruf: „Viel mehr“! Ich habe mich nun eingehend informiert und kann ſagen, es kommt auf 100 Millionen

(hört! hört! rechts),

was wir allein in einem Jahre am Viehſtand durch dieſe Seuche verlieren. Wenn alſo Herr Dr. v. Siemens empfiehlt, die größeren Beſitzer ſollten es den kleineren doch nachmachen und noch mehr Vieh halten, ſo muß er ſie gegen dieſe Seuche ſchützen, gegen die eine eingreifende Maßregel noch nicht gefunden iſt. Ferner iſt der andere Schutz, der gegen Einſchleppung von Anſteckung, von Seuchen und gegen ſchlechtes Fleiſch angeſtrebt iſt, auch immer noch nicht durchgeführt und — ich weiß nicht, weshalb — auch von Herrn Dr. v. Siemens bekämpft worden. Wie ſehr iſt von der Linken im Frühjahr das Fleiſchbeſchaugeſetz bekämpft worden, was doch, wie vom Bundesrat betont iſt, nicht einmal eine Schutzmaßregel, ſondern nur von ſanitärem Intereſſe ſein ſollte!

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn nun Herr Dr. v. Siemens auch dieſen Produktionszweig preisgeben will, nicht nur der Konkurrenz, ſondern auch der Anſteckungsgefahr des Auslandes, ſo weiß ich nicht, mit welchem Herzen er die Viehhaltung empfehlen kann.

Immer von neuem muß betont werden, daß der Großgrundbeſitz, wie ich ſchon letzthin erklärte, nur 3 Prozent der Geſamtfläche des ganzen Deutſchen Reichs ausmacht.

(Sehr richtig! rechts.)

Alſo 97 Prozent ſind *nicht* beim Großgrundbeſitz. Ich habe die Zahlen angegeben bis auf die 500 Hektar und will ſie heute nicht wiederholen.

Eines hat Herr Dr. v. Siemens noch außer acht gelaſſen: daß zur Viehhaltung auch notwendig Stroh gehört. Wenn man kein Getreide baut, woher ſoll alle Viehſtreu kommen? Jeder Landwirt, ſelbſt der nordöſtliche Herr, wird einräumen, daß man zur Viehhaltung Stroh braucht.

Jetzt muß ich mich zum Herrn Abgeordneten Fiſchbeck wenden, und zwar iſt mir zuerſt aufgefallen, daß der Herr nur die Punkte, die ihm in meinem zahlenmäßigen Darlegungen bequem waren, erörtert hat; er hat einzelne herausgegriffen, — das iſt ja ſein gutes Recht,

aber ich wollte das doch betonen. Zum Beispiel die ganze Pächterfrage, die mir den Hauptanlaß bot, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er sich um 50 Jahre nach England zurückversetzt hätte, hat er gar nicht erwähnt; die Pächter hätten keinen Vorteil, sondern die Großgrundbesitzer allein, hat er gesagt, und ich habe ihm nachgewiesen, daß die Pachtungen von unseren kleinen Betrieben nur 3 1/2 Prozent ausmachen, also gar nicht mitsprechen. Den ersten Teil der Rede des Herrn Fischbeck habe ich nicht angehört, weil ich nicht ganz pünktlich hier sein konnte; es mag also sein, daß mir einiges entgangen ist. Es ist aber doch immer genug übrig geblieben, um mir Anlaß zu geben zur Richtigstellung, und sollte er geneigt sein, seine manchesterlichen Trugschlüsse nochmals zu wiederholen, so würde ich zu meinem Bedauern genötigt sein, nochmals zu widersprechen, und dann würde man schließlich unsere Sitzungen nennen können den Wurm, der nicht sterben kann.

(Heiterkeit rechts. Zurufe links.)

Wenn der Herr Abgeordnete Fischbeck von seinen Beziehungen zu den altmärkischen Bauern sprach, die so vortreffliche seien, so wundert es mich nur, daß er sich in den altmärkischen Kreisen nicht hat aufstellen lassen.

(Zuruf links.)

Ich möchte ihn bitten, dort mit den Herren Himburg und v. Kröcher in Konkurrenz zu treten.

(Wiederholter Zuruf links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Fürst v. Bismarck (fortfahrend): Ich danke dem Herrn Präsidenten für seinen Schutz; es würde mir nicht der Mühe lohnen, mich mit Herrn Fischbeck persönlich zu unterhalten. Ich rede das Haus an und den Herrn Präsidenten, nicht einen einzelnen Abgeordneten, und bin dankbar, daß ich gegen solche Unterbrechungen geschützt werde.

Ich wiederhole: wenn der Herr Abgeordnete Fischbeck das Vertrauen der Bauern in den altmärkischen Wahlkreisen hat, warum läßt er sich denn dort nicht wählen? Er soll doch mit den Herren Himburg und v. Kröcher in Konkurrenz treten — dann werden wir sehen, wem die Bauern mehr vertrauen.

Was der Herr Abgeordnete über die Landwirtſchaftskammer geſagt hat, gehört vor den preußiſchen Landtag; ich verhalte mich perſönlich ſkeptiſch dazu, will aber nicht näher darauf eingehen, um nicht weitere Themata hineinzuwerfen.

In bezug auf die Pächterfrage hatte ich dem Herrn Abgeordneten vorgehalten, daß er aus veralteten und mißverſtandenen Büchern ſeine uns hier mitgeteilte Weisheit geſchöpft hat. Ich bin gewiß nicht gegen das Studium von Büchern. Er hat mir vorgeworfen, ich hätte drei Profeſſoren genannt; nun, ich hätte gern ſechs genannt, wenn ich die Namen zur Verfügung gehabt hätte. Ich höre lieber auf Profeſſoren der Landwirtſchaft als auf einen Autodidakten, wie der Herr Abgeordnete Fiſchbeck, der ſich ſelbſt als Vorfechter der Landwirtſchaft hier empfiehlt, und das wird mir niemand übel nehmen. Hätte er die jetzt geltenden Bücher und Lehrſätze genügend geleſen oder gar in der Praxis angewandt geſehen, ſo würde er anders geſprochen haben, und hätte er die erforderliche landwirtſchaftliche Erfahrung, ſo glaube ich, daß er bei uns ſitzen würde und nicht auf der Linken.

In dem, was der Herr Abgeordnete über den Grundwert geſagt hat, iſt viel Richtiges enthalten. Ich möchte wiederholen, daß die Ergänzungsſteuer doch den amtlichen Wertmeſſer für den Grund und Boden abgibt; ſie gewährt den heute gültigen Anhaltspunkt, und ich will die Gutsbeſitzer erſt ſehen, die von dem Ergänzungsſteuerwert mehr als 2 bis $2^1/_2$ Prozent Ertrag haben. Die auch nur das haben, ſind die Minderheit, und dieſe Zahlen beweiſen, daß wir in erſter Linie nicht ſo ſehr ein Steigen der Getreidepreiſe mit dem Schutz der Landwirtſchaft im Auge haben, als daß wir ein weiteres Fallen verhüten wollen. Die Preiſe haben noch tiefer geſtanden als die jetzigen, die von allen einſichtigen Landwirten und von der Regierung als unter dem Produktionswert ſtehend angegeben werden.

Die Brotpreiſe! Dieſelben ſind — das iſt geſtern ebenfalls erwähnt worden — ſehr verſchieden im Reiche. Wenn Sie von Memel bis Weſel und Konſtanz gehen, werden Sie ſehr verſchiedene Brotpreiſe finden, die nicht einmal im Verhältnis zu den verſchiedenen Getreidepreiſen zwiſchen Oſten und Weſten ſtehen; damit kann alſo hier nicht operiert werden.

Die Herren der Linken ſprechen immer von den Intereſſen „des

Volkes" und tun so, als ob die Landleute nicht zum Volk gehörten, sondern Parias wären, auf die man keine Rücksicht zu nehmen hätte; sie vergessen, daß die letzte Berufszählung aus der Zeit, wo schon die für die Landwirtschaft nachteilige Gesetzgebung herrschte, doch immer noch 38 Prozent ergeben hat von Personen, die bei der Landwirtschaft beschäftigt sind. Wie kommen Sie daher dazu, sich hier als Vertreter der „Gesamtheit" hinzustellen und dabei die Landbevölkerung ausschließen! Geradeso könnten wir auf der rechten Seite sagen: wir vertreten das Volk und schließen die wenigen Millionen Seelen aus, die bei dem und dem Berufszweige interessiert sind — oder diejenigen, die nichts als Berufsparlamentarier und Konsumenten sind!

Wenn von der Linken gesagt ist, die Sozialdemokratie würde gefördert durch die Getreidezölle oder Erhöhung der Getreidezölle — ja, ich weiß nicht, ob die Herren das so sehr bedauern würden nach dem, was Herr Barth neulich im Landtage gesagt hat: „er rechne es sich zur Ehre, Hand in Hand mit der Sozialdemokratie zu gehen". Da müssen Sie doch deren Stärkung erstreben! Sie wollen mit den Herren gern zusammen operieren, und wenn Sie glauben, daß erhöhte Getreidepreise den Sozialdemokraten mehr Sitze zuführen, so müssen Sie nach der Logik des Herrn Barth doch dafür sein. Wie kann man den Bestand und das Wachstum der Sozialdemokratie mit den Kornzöllen in Verbindung bringen, wo sie lange vor deren Einführung existiert hat! Ich glaube, daß im Jahre 1877 etwa 25 Sozialdemokraten im Reichstage saßen, als von Getreidezöllen keine Rede war. Auch in andern Ländern, wo keine Getreidezölle sind, selbst in England, wird man es nicht leugnen könne, bestehen sozialdemokratische Tendenzen, die sich sehr fühlbar machen.

Das wenig geschmackvolle Wort „Brotwucherer", das hier ausgesprochen ist, paßt nicht auf die Landwirte — die Großgrundbesitzer sind doch keine Bäcker! — Es ist ein falscher sprachlicher Ausdruck, und er trifft um so weniger zu, wenn es sich darum handelt, Millionen von Existenzen zu erhalten. Solange wir nationale Staaten haben, müssen wir auch eine nationale Landwirtschaft haben. Ich weiß ja nicht, ob es jemals möglich sein wird, die an und für sich schöne Idee der mitteleuropäischen Zollunion zu verwirklichen, gerade im Gegensatz zu den beiden protektionistischen größten Gemeinwesen der Welt, Amerika

und Rußland; wenn das möglich wäre — es wäre ein Studium, des Schweißes der Edlen wert —, so müßte die Initiative dazu von Frankreich ausgehen. Frankreich ist diejenige Großmacht, mit der wir die meisten ähnlichen Produktionsbedingungen haben, und mit der wir in solche Erwägungen eintreten könnten. Es ist bis auf die letzte Volksseele ähnlich zivilisiert wie Deutschland. Einstweilen müssen wir aber in wirtschaftlicher Hinsicht an unserer Nationalität festhalten, und da wir ein nationaler Staat sind, müssen wir auch eine nationale Landwirtschaft haben und den inneren Markt, der in erster Linie die nationale Landwirtschaft darstellt, kaufkräftig erhalten.

Wenn die Herren immer Vergleiche ziehen zwischen den Kornpreisen in Argentinien, Rußland und Deutschland, so muß ich wiederholen, daß Sie dabei die verschiedenen Bedingungen außer acht lassen, die bei der Preisbildung mitwirken; es sind das hauptsächlich: Klima, Bodenqualität, Ersparung an Dünger, Löhne, Währung; wenn all diese Bedingungen gleich verteilt wären, und die ganze Welt die gleiche Währung hätte — welche immer, Gold, Silber oder Papier —, so hätten wir alle dieselben Produktionsbedingungen. Dann würden vielleicht trotz der von weiland Cobden auch nicht vorausgesehenen jetzigen schnellen Dampferverbindungen und Transportverbilligungen die Transportkosten die sonstigen billigeren Produktionskosten ausgleichen. Die Cobdenschen Lehren sind nicht mehr praktisch; sie werden nur noch verfochten von denjenigen ergrauten und versteinerten Herren, die auch heute noch auf Cobden schwören. Ich möchte Gewicht darauf legen, daß es notwendig ist, sich immer diese Bedingungen zu vergegenwärtigen, wenn es sich um Getreidezölle und Schutz der Landwirtschaft handelt. Erst dann, wenn jemand in der Lage wäre, alle diese Verschiedenheiten auszugleichen, würden die Zölle entbehrlich sein; jetzt sind sie nichts anderes als ein notwendiger und gerechter Ausgleich.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

An diese Rede schlossen sich gegen Ende der Sitzung noch einige persönliche Bemerkungen:[2])

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Fürst v. Bismarck.

[2]) A. a. O. S. 1002 f.

Fürst von Bismarck: Meine Herren, zur sachlichen Erwiderung habe ich nach dem Schluß keine Möglichkeit, aber auch keinen Anlaß. Ich bitte deshalb einige persönliche Berichtigungen der Rede des Herrn Abgeordneten Fischbeck zu teil werden lassen zu dürfen.

Erstens hat er einige Zahlen von mir bemängelt; diese sind durch Herrn Dr. Oertel lediglich mit neuen Autoritäten bestätigt, bleiben also aufrecht.

(Zuruf links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Fürst v. Bismarck, das war keine persönliche Bemerkung. Sie können nur Mißverständnisse Ihrer Rede richtigstellen; Sie dürfen nicht sagen, daß das richtig war, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben.

Fürst von Bismarck: Dann habe ich richtigzustellen, daß ich gesagt haben soll, es hätten im Jahre 1877 ebenso viele sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage gesessen als wie jetzt. Das habe ich nicht gesagt, wie das Stenogramm ergibt.

Außerdem hat der Herr Abgeordnete Fischbeck versucht, mich mit persönlichen Anzapfungen heimzusuchen. Ich habe keine Ursache, auf seine persönliche Meinung Gewicht zu legen, und verzichte darauf, die Tonart mir anzueignen, die er angeschlagen hat. Vielleicht lernt er bessere Formen, wenn er erst längere Zeit Mitglied des Reichstags sein wird.

(Oho! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das war auch keine persönliche Bemerkung.

49. Rede. Im Reichstage.

Am 27. Februar 1901.[1])

Polenfrage.

Auf der Tagesordnung steht bei der zweiten Lesung des Etats die Verwaltung des Reichsheeres; am Tage zuvor ist die Polenfrage durch den Abg. von Jazdzewski in den Kreis der Erörterungen gezogen worden; ihm antwortet

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Session, S. 1558 ff.

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski hat geſtern Behauptungen aufgeſtellt, die der Berichtigung bedürfen. Der Militäretat bietet an ſich zwar keinen Raum für eine Polendebatte, und ich glaube kaum, daß der Herr Präſident die weitere Ausdehnung einer ſolchen zulaſſen würde. Trotzdem hat Herr v. Jazdzewski es verſtanden, ſeine polniſchen Aſpirationen dem Herrn Kriegsminiſter[2]) gegenüber zur Geltung zu bringen. Der Herr Kriegsminiſter hat hierauf in treffender Weiſe erwidert und in einer Art, die bei allen deutſchen Patrioten Genugtuung hervorrufen wird. Herr v. Jazdzewski hat wieder einmal die Polen als die verfolgte Unſchuld geſchildert, die nie ein Wäſſerchen trüben. Er hat damit die Situation vollſtändig auf den Kopf geſtellt und mich dadurch zur Wortmeldung genötigt, um ſeine hiſtoriſche Uhr richtig zu ſtellen. Er hat dies nämlich getan unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den verewigten Fürſten Bismarck. Der ſtenographiſche Wortlaut ſeiner Rede liegt noch nicht vor. Ich habe ſie aber geſtern mit angehört, und auch die Zeitungsberichte melden, daß er geſagt hat, im Jahre 1894 habe der verewigte Fürſt Bismarck zum Kampf gegen die Polen aufgerufen.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

— Herr v. Jazdzewski ſagt: „Sehr richtig!“, ein Grund mehr, daß ich heute ſprechen muß, um ſeine Uhr richtig zu ſtellen. —

Der verewigte Fürſt Bismarck hat niemals zum Kampf, zur Offenſive, wie es hier gemeint iſt, ſondern nur zur Abwehr gegen die Polen aufgerufen; und ich betone deshalb wiederholt, daß die Polen nicht als die verfolgte Unſchuld anzuſehen ſind, als welche unſere Herren Kollegen von der polniſchen Fraktion ſie darzuſtellen belieben. Wenn die Sache nicht ſo ernſt wäre, ſo würde Herr v. Jazdzewski mit dieſer Umkehr der tatſächlichen Verhältniſſe geſtern einen Heiterkeitserfolg verdient haben. Das Jahr 1894 iſt nicht ſo lange her, daß er die Situation, wie ſie damals war, vergeſſen haben könnte. Herr v. Jazdzewski hat ſich ſo ausgeſprochen, als ob bis 1894 nur Eintracht und Friede zwiſchen den beiden Bevölkerungen unſerer öſtlichen

[2]) v. Goßler.

Provinzen, zwischen den Preußen deutscher und polnischer Zunge, geherrscht hätte. Das heißt doch wirklich der historischen Wahrheit Gewalt antun. Er hat damit nicht nur die Geschichte eines ganzen Jahrhunderts zu ignorieren versucht, sondern speziell bezüglich des von ihm zitierten ersten Reichskanzlers die Geschichte eines halben Jahrhunderts; denn dieser hat in seinem bekannten Briefe von 1848 an die „Magdeburgische Zeitung" bereits die Verteidigungsstellung accentuiert, welche die preußische Politik den polnischen Uebergriffen gegenüber einzunehmen hätte. Die Redewendung wird den Herren bekannt sein, die in dem Briefe steht, in welchem die damalige preußische Politik, also die von 1848, als „die bedauerlichste Donquixoterie" bezeichnet ist, „die je ein Staat zu seinem Verderben begangen hat". Er ist in dieser Frage immer konsequent geblieben, 50 Jahre lang, bis an sein Lebensende. Das hat auch sein Auftreten im Jahre 1886 bewiesen. Herr v. Jazdzewski war damals Mitglied des Landtags und wird seine Reden dort wohl angehört haben. Diese Reden waren bloß die Erläuterung der Thronrede, der letzten Thronrede des großen Kaisers an den Landtag, in welcher es ausdrücklich heißt:

> Das Zurückdrängen des deutschen Elements in einigen östlichen Provinzen legt meiner Meinung die Pflicht auf u. s. w.

Es war also damals schon, nicht erst 1894, sondern 1886, von der allerhöchsten Stelle in feierlicher Thronrede mit Bedauern verkündet, daß das Zurückdrängen des deutschen Elements der Regierung die Pflicht der Abwehr auferlegte.

Meine Herren, was soll es denn heißen, wenn Herr v. Jazdzewski sich gestern so äußerte, als ob bis 1894 kein Zwist bestanden hätte, und als ob bis dahin alles eitel Frieden gewesen wäre, während die polnische Offensive gegen das Deutschtum schon von der berufensten Stelle im Jahre 1886 öffentlich für gefährlich erklärt worden ist? Auch im Jahre 1894 hat der verewigte Fürst Bismarck lediglich zur Abwehr aufgerufen bei Gelegenheit des Besuchs, den ihm Landsleute aus Posen und Westpreußen damals gemacht haben. Er hat seine Ansprache damals gehalten in unmittelbarer Anlehnung an die allerhöchsten Kundgebungen in Thorn oder Marienburg,

welche zur Kräftigung des Deutſchtums aufforderten.[3]) Das war kurz vor dem Ende der Periode Caprivi, welche allerdings 4 Jahre lang in verhängnisvoller Weiſe die 1886 neu proklamierte Politik der preußiſchen Regierung hatte in Vergeſſenheit geraten laſſen. Dieſe 1886 vom Throne proklamierte Politik iſt 1894 von allerhöchſter Stelle erneut aufgenommen, und der erſte Reichskanzler hat ihr im Herbſt 1894 in Varzin lediglich ſekundiert; ſie iſt ſeitdem maßgebend geweſen für die preußiſche und die deutſche Politik gegenüber den Uebergriffen der Polen und wird es hoffentlich auch fernerhin bleiben.

Es handelt ſich um die Abwehr des Syſtems der polniſchen Uebergriffe nicht nur in Poſen, ſondern auch in Schleſien. Herr v. Jazdzewski iſt gewiß hiſtoriſch genügend unterrichtet, um zu wiſſen, daß Schleſien lange zu Preußen gehört hat, ehe irgend jemand an eine Teilung des alten großen polniſchen Reiches dachte. Trotzdem verlangen jetzt die polniſchen Agitatoren eine Zugehörigkeit der polniſch ſprechenden Schleſier zum alten polniſchen Reich, indem ſie damit die Geſchichte von Jahrhunderten ignorieren und ſpeziell die preußiſche Geſchichte von 1740 an. Der Herr Abgeordnete v. Jazdzewski mag die Tatſachen noch ſo willkürlich auf den Kopf ſtellen, gegen die Statiſtik kommt er doch nicht auf! Zahlen beweiſen, trockene Zahlen vermag er nicht aus der Welt zu ſchaffen; und leider zeigen dieſe Zahlen Jahr für Jahr mehr, wie die Uebergriffe des Polentums an unſeren öſtlichen Grenzen zunehmen. Leider iſt es Tatſache, daß an ſämtlichen Grenzen der deutſchen Sprache dieſe zurückgeht. Es iſt ſchade, daß die polniſchen Herren nicht mehr recht haben mit ihren wohl nicht ernſt gemeinten Anſchuldigungen gegen deutſche Uebergriffe.

[3]) Fürſt Bismarck meint die Aeußerungen Kaiſer Wilhelms II. vom 22. September 1894 in Thorn. „Es iſt zu Meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polniſchen Mitbürger hierſelbſt ſich nicht ſo verhalten, wie man es erwarten und wünſchen ſollte. Sie mögen es ſich geſagt ſein laſſen, daß ſie nur dann auf Meine Gnade und Teilnahme in demſelben Maße wie die Deutſchen rechnen dürfen, wenn ſie ſich unbedingt als preußiſche Untertanen fühlen.“ Auf dem Bahnhofe ſagte der Kaiſer zum Erſten Bürgermeiſter Kohli: „Ich wünſche, daß das, was Ich heute vormittag geſagt, allgemein bekannt werde, Ich habe es nicht in den Wind geſprochen. Ich kann auch ſehr unangenehm ſein und werde es, wenn erforderlich, auch werden.“

Ich wollte, es wäre etwas mehr von Chauvinismus und Neigung von nationalen Uebergriffen im Deutschtum. Tatsache ist es aber, daß überall das Deutschtum zurückgeht. Wir brauchen nicht einmal nach Oesterreich zu gehen, sondern in unseren östlichen Provinzen, deren Statistik ich Herrn v. Jazdzewski angelegentlich zum Studium empfehlen möchte, ist das leider außer Zweifel. Die Versöhnungspolitik, welche 1890 inauguriert wurde, vielleicht nach dem berühmten Beispiel des Grafen Taaffe, ist glücklicherweise ad acta gelegt. Ich glaube nicht, daß das Resultat, mit welchem die Epigonen des Grafen Taaffe zu rechnen haben, zur Nacheiferung anfeuert; und ich bin überzeugt, daß Herr v. Jazdzewski Preuße genug ist, um zu wünschen, daß wir ein einheitliches kräftiges Preußen und Deutschland behalten und nicht in Zwisten der Bevölkerung uns zerfleischen, wie er gestern behauptete, daß es durch Boykotts von beiden Seiten geschehe.

Der Herr Kriegsminister hat die gegen die Deutschen gerichteten Anschuldigungen bereits zurückgewiesen. Im Jahre 1886 — das wiederhole ich — wurde lediglich ein Alarmruf seitens der Regierung ausgestoßen, es fiel damals das Wort des preußischen Ministerpräsidenten: vexilla Poloniae prodeunt. Es war also Abwehr gegen die polnische Offensive und nicht, wie ich stets von neuem betone, Aufruf zum aggressiven Kampf gegen die Polen, wie Herr v. Jazdzewski es gestern fälschlich dargestellt hat. Der Herr Kriegsminister hat unser aller Dank verdient, indem er gestern feste Stellung genommen und sich dafür eingesetzt hat, daß die preußische Regierung und auch die deutsche Armee die deutschen Bestrebungen unterstützen und die polnischen unberechtigten Uebergriffe, an denen wir zu leiden haben, immer zurückweisen werden.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Später ergriff Fürst Herbert von Bismarck in derselben Debatte das Wort noch einmal.[4])

Fürst von Bismarck:

Unser verehrter Herr Präsident hat ja, wie immer, vollkommen recht mit dem, was er eben gesagt hat.[5])

(Heiterkeit.)

[4]) a. a. O. S. 1574 f.

[5]) Der Präsident hatte gesagt: „Meine Herren, nachdem einmal die Debatte sich auf den Nationalitätenkampf in der Provinz Posen in einer Weise konzentriert

Ich möchte mir auch die letzten Worte des Herrn Vorredners[6]) aneignen, daß es mir lieber gewesen wäre, man stritte sich lediglich um die das Kriegsministerium betreffende Anordnung. Ich bin nur deshalb genötigt worden, in die Debatte einzugreifen, weil Herr v. Jazdzewski sich auf den verewigten Fürsten Bismarck in nicht zutreffender Weise bezog. Herr v. Jazdzewski mag früher, wie er heute sagte, zugegeben haben, daß auch in älteren Zeiten Zwist und Uneinigkeit in den Provinzen mit polnischer Bevölkerung bestand; gestern sagte er das nicht, und lediglich seine gestrige Aeußerung veranlaßte mich, mich zum Wort zu melden. Er behauptete, bis 1894 sei Ruhe und Friede gewesen, da hätte Fürst Bismarck zum Kampfe aufgerufen.

(Zuruf.)

— Ich habe hier gesessen und das gehört; andere Herren in meiner Nähe haben es mir bestätigt. Wenn Herr v. Jazdzewski das so nicht meinte, so nehme ich davon gern Akt, dann ist die Sache erledigt.

Er bezog sich ferner auf die Reden aus der Penzlerschen Sammlung.[7]) Die ist mir nicht gegenwärtig und hier nicht zugänglich. Ich will nicht sagen, sie sei im großen Ganzen nicht richtig; sie ist aber nicht autorisiert, und ich möchte doch empfehlen, lieber die Reden, welche auf Grund des amtlichen Stenogramms vorliegen, durchzustudieren, und zwar vor allem die von 1886, in denen sich der damalige Reichskanzler viel ausführlicher, eingehender, und mit vielen ihm damals zu Gebote stehenden Daten belegt, über die Frage geäußert hat.

Wenn Herr v. Jazdzewski ferner das Wort „Phalanx“ als eine

---

hat und angeregt worden ist, die ich nicht hindern konnte, so kann ich auch künftig niemanden hindern, über diese Frage weiter zu sprechen. Sie steht jedoch nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Gegenstand unserer Tagesordnung (sehr richtig! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten), und wir können nur unsere Arbeiten fördern, wenn ich aus dem Hause darin unterstützt werde, daß die Herren, die noch über diese Frage sprechen wollen, sich recht kurz fassen, damit wir wieder zu dem eigentlichen Gegenstande unserer Beratung zurückkehren können. (Sehr richtig!) Diese Bitte wollte ich an alle die Herren richten.“

[6]) Abg. v. Glembocki.

[7]) Der Abg. v. Jazdzewski hatte mein Werk zitiert: „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Leben und Politik des Fürsten Bismarck nach seinem Scheiden aus dem Amte.“ 7 Bände, Leipzig 1897 f. Die beiden Barziner Polenreden des ersten Reichskanzlers vom 16. und 23. September 1894 sind dort im genauen Wortlaut enthalten (Bd. V, S. 312 ff. und S. 322 ff.).

Angriffsformation hat anwenden wollen, so glaube ich, steht er damit allein. Phalanx war lediglich eine Verteidigungsformation, soviel ich weiß, von Philipp von Makedonien erfunden; das Fußvolk mit langen Lanzen konnte in der Phalanx nicht zum Angriff übergehen. Ich eigne mir das Wort gern an, da Herr v. Jazdzewski mir mit seiner „Phalanx" recht gegeben hat, daß es sich damals um eine Verteidigung handelte.

(Zuruf.)

— Ich habe von Phalanx für Kavallerie noch nichts gehört. Ich möchte aber bitten, mich nicht zu oft zu unterbrechen; sonst würde der Herr Präsident bitten, die Unterbrechungen zu unterlassen, und das würde die Debatte verlängern. Ich bin genötigt, auf Zurufe von so naher Stelle zu antworten, wenn ich auch Dialoge in öffentlichen Versammlungen nicht liebe.

Herr v. Jazdzewski hat wieder behauptet, wie die Herren der polnischen Fraktion das immer tun, sie erstrebten keinen Umsturz. Ich muß wieder auf die Reden von 1886 zurückgreifen, wo der damalige Reichskanzler sich an die Herren der polnischen Fraktion wandte und ungefähr sagte: Hand aufs Herz, kann einer von Ihnen mir sein Ehrenwort geben, daß er nicht die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 erstrebte? Die Antwort war Schweigen, und er hat Akt davon genommen, daß die Herren so ehrlich waren, das Ehrenwort nicht zu geben. Es ist heute noch wie damals; darum hat der erste Reichskanzler das Recht gehabt, zu sagen, die polnischen Herren erstrebten den Umsturz, indem sie ein selbständiges Reich wieder aufrichten möchten, zu dem Provinzen gehören sollten, die heutzutage preußisch sind.

Wenn Herr v. Jazdzewski ferner von Ausnahmegesetzen sprach und dabei so tat, als ob wer weiß wie viele Sammlungen darüber beständen, so hat schon sein Herr Kollege das etwas eingeschränkt, indem er Gesetze nicht anführte, sondern nur von Bestimmungen, Gebräuchen, Usus sprach. Ausnahmegesetze bestehen gegen die Polen nicht. Ich möchte besonders hervorheben: das Ansiedlungsgesetz ist kein Ausnahmegesetz, weil kein Zwang darin liegt. Es verkauft nur, wer will; genötigt wird keiner. Zum Begriff „Gesetz" gehört ein Zwang, es muß mit unwiderstehlicher Gewalt durchgeführt werden können, sonst ist es

kein Geſetz. In den Reden von 1886 iſt auch vom Regierungstiſch geſagt worden, es würden ebenſo Güter von Deutſchen wie von Polen angekauft werden; wenn die Herren das nachleſen wollen — ich will Sie heute nicht mit Zitaten ermüden —, ſo werden Sie das finden.

Sodann hat Herr v. Jazdzewski behauptet, die Polen ſeien vom erſten Reichskanzler als Feinde bezeichnet worden. Ja, wer mich angreift, der iſt mein Feind; das iſt doch nur logiſch.

Damit ſind die Aeußerungen, die ich gegen Herrn v. Jazdzewski richtigzuſtellen habe, ziemlich erſchöpft. Ich will nur noch darauf aufmerkſam machen, daß Herr v. Jazdzewski, weil er augenſcheinlich nicht in der Lage war, die wenigen ruhigen Feſtſtellungen, die ich vorgenommen habe, zu entkräften, den Boden der Debatte zu verſchieben ſuchte und auf den Kulturkampf überging, wo er das erwartete „Bravo“ bekam und dem erſten Reichskanzler eines anhängen zu können glaubte. Auch da empfehle ich, dieſelben Reden durchzuleſen, in denen der Reichskanzler vor verſammeltem Landtag betonte, daß ſeine Stellung zum Kulturkampfe durch die polniſche Seite der Frage beſtimmt worden ſei. Das iſt wiederholt von ihm ausgeſprochen worden. Wer die Geſchichte kennt — und die Herren werden ſie erſt in einigen Dutzenden von Jahren erſchöpfend unb richtig kennen lernen — wird mir recht geben. Ich bin damals bei den Geſchäften mehr beteiligt geweſen als die Herren, die ich heute meine Kollegen nennen darf.

Auf die Redewendung vom gekränkten Recht und dem gebrochenen Verſprechen will ich nicht weiter eingehen. Es wäre leicht, zu ſagen, daß, wenn wirklich Verſprechungen gegeben worden wären, ſie durch die Inſurrektionen von 1848 und 1863 hinfällig geworden wären. Das iſt aber nicht meines Amtes, darüber mögen die Herren von der Regierung ſprechen. Der Herr Reichskanzler iſt heute leider nicht hier, er wird aber wohl gelegentlich Veranlaſſung nehmen, ſeine Stellung darzulegen.

Dann hat ſich, wie nicht anders zu erwarten war, der Abgeordnete Bebel der Polen angenommen. Dieſe Tatſache möchte ich hervorheben; ſie iſt bezeichnend genug. Wenn die Sozialdemokraten als Bundesgenoſſen auftreten, ſo ſpricht das Bände. Daß er ſich auch gegen den verewigten Fürſten Bismarck gewendet hat, iſt nicht zu verwundern; das hat er ſich niemals entgehen laſſen, wenn ihm eine Ge-

legenheit geboten wurde. Er hat dabei eine recht wunderliche Bemerkung gemacht, nämlich, daß der erste Reichskanzler niemals gegenteilige Meinungen hätte hören können. Was hat er denn z. B. in den Jahren von 1862—1866 anders zu hören bekommen als feindliche Meinungen in dem preußischen Landtage, in dem damals nur 11 Konservative und 300 und so und so viel Feinde saßen? Auch nachher hat er oft genug gegenteilige Meinungen hören müssen. Und ich weiß nicht, wie ein so gewiegter und erfahrener Parlamentarier, wie der Abgeordnete Bebel, sich zu derartigen unbegründeten Aeußerungen hinreißen lassen kann. Wenn Herr Bebel auch das Sozialistengesetz herangezogen hat, so ist das von seinem Standpunkte ebenfalls nicht zu verwundern. Er hat dessen Wirkungen bestritten. Immerhin hat doch seine Partei unter der Geltung des Sozialistengesetzes Mandate verloren

(Zurufe von den Sozialdemokraten),

und ich habe mir schon zu bemerken erlaubt, daß der Hauptfehler dieses Gesetzes darin bestand, daß es kein dauerndes war.

(Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Sonst stände es heute anders.

Wenn Herr Bebel gesagt hat: Was ist denn in Bezug auf die seit langer Zeit angestrebte Germanisierung unserer polnisch redenden Landsleute erreicht worden? — so fehlt auch da die Kontinuität. Wäre von 1832 an, wie der berühmte General v. Grolman vorschlug, die gleiche Politik systematisch und kontinuierlich weiter geführt worden, so wäre ohne Streit und Erregung der Meinungen, wo es damals eine Presse und ein Parlament noch nicht gab, eine Situation herbeigeführt worden, die uns beiderseits befriedigt hätte. Daß die Zerrungen und Reibungen zwischen der polnisch und der deutsch redenden Bevölkerung bisher nicht beseitigt werden konnten, ist ein Element der Schwäche in unserem Reich; wir sollten alle die Hand dazu bieten, sie zu beseitigen. Dazu ist vor allen Dingen Kontinuität in den Regierungsmaßregeln notwendig und die Verminderung solcher Schwankungen, wie sie seit 1832 dreimal gemacht worden sind. Hoffen wir, daß wir nicht wieder in den nächsten Jahrzehnten über Schwanken zu klagen haben werden.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Der Herr Vorredner hat über den H.-K.-T.-Verein[8]) gesprochen; dieser Verein ist erst entstanden, als der verewigte Fürst Bismarck längst außer Amtes war und, wie bekannt, keinen Einfluß auf amtliche Tätigkeiten ausübte. Die Beschwerden über diesen Verein sind also nicht an die Adresse des verewigten Fürsten zu richten, sondern an die heutigen Machthaber der Regierung, und diese werden wohl Manns genug sein, sich ihrer Haut zu wehren. Wenn der Verein wirklich offensiv vorgehen sollte, so tut er das doch höchstens nach dem alten Rezepte: die beste Parade ist der Hieb. Abwehr ist das Wort, welches seiner Schöpfung zu Grunde lag, wie ich immer wiederholen muß. Er betreibt nur Abwehr gegen die polnischen Uebergriffe. Wenn der Herr Vorredner dies Wort ungern hört, dann will ich sagen: gegen die polnischen Ausschreitungen oder Boykottierungen. Herr v. Glembocki hat bestritten, daß die Angaben des Herrn Sieg zutreffend wären. Warum sollte Herr Sieg sich die Sache ausdenken? Auch auf der rechten Seite hat Herr v. Staudy es mir bestätigt und mich ermächtigt, für ihn zu erklären, daß der Boykott seit langen Jahren von den Polen ausgeht. Er lebt seit lange in Posen und hat an seinem eigenen Leibe wahrgenommen, daß vor 30 Jahren, wie Herr Sieg sagte, diese Boykottierungen schon angefangen und später sich immer vermehrt haben. Ich erinnere wieder an das Jahr 1886, wo die Thronrede das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische beklagte. Wenn ich also gesagt habe „Uebergriffe", so habe ich damit gemeint, dieses von der Thronrede 1886 hervorgehobene Zurückdrängen des deutschen Elements; das ist ein Uebergriff im Sinne des deutschen Staates, in welchem die deutsche Sprache und Nation die vorherrschende ist.

Wenn der Herr Vorredner über angebliche Bedrückung unserer polnisch sprechenden Landsleute im Deutschen Reiche geklagt hat, so möchte ich ihn bitten, sich andere Länder anzusehen und zu prüfen, wie in Rußland, Ungarn, Frankreich gegen die Untertanen vorgegangen wird, die eine andere Sprache haben. Ich will das nicht weiter verfolgen. Wenn die Herren aber die betreffenden Zeitungen lesen wollen, so werden sie sagen müssen, daß bei uns milde Mailuft gegen eisige

[8]) Bekanntlich spöttische Bezeichnung des Deutschen Ostmarkenvereins nach den Anfangsbuchstaben der Namen seiner drei Stifter: Hansemann, Kennemann und Tiedemann.

Kälte in jenen Ländern herrscht. Die Unterdrückung der italienischen Zeitung in Nizza ist schon öfters angeführt worden. Ich glaube, die Herren von der polnischen Fraktion haben keinen Grund, so bitter zu klagen, wie sie es tun, wenn sie sich die Behandlung der Andersprechenden in fremden Ländern ansehen. Die Klagen der Deutschen über Boykottierungen durch die Polen, die hier von sehr objektiv urteilenden Herren angeführt worden, sind aber begründet und viel schwerwiegender als die Auslassungen der Polen.

(Bravo! rechts.)

50. Rede. Im Reichstag.

Am 19. März 1901.[1])

„Lebensfrage" in China.

Bei der dritten Beratung des Etats hatte der Reichskanzler Graf v. Bülow betont, daß es sich für Deutschland in China um eine Lebensfrage handle (s. u. Anm. 3).

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich habe bisher in den Diskussionen über die chinesischen Angelegenheiten geschwiegen, weil erstens die traurige Situation in China keinen Anlaß gab zu Aeußerungen der Befriedigung (abgesehen von der Befriedigung, die wir alle empfinden über die brillant ausgeführte schnelle Mobilmachung und Verschiffung der Truppen, welche trotz des welfischen Herrn Abgeordneten[2]) allgemeine Anerkennung verdient), und zweitens habe ich geschwiegen, weil ich keine Kritik ausüben mochte an den verschiedenen Phasen einer nicht abgeschlossenen Sachlage, in welcher wir militärisch engagiert sind.

Wenn ich mich heute zum Worte gemeldet habe, so bin ich dazu veranlaßt worden durch eine etwas pointierte Redewendnng des Herrn Reichskanzlers am Schlusse seiner zweiten Freitagsrede. Der Herr Reichskanzler sprach da von einer Lebensfrage, die die ostasiatischen

[1]) Stenogr. Ber. X. Leg.-Per., 2. Session, S. 1985 ff.

[2]) Abg. v. Hodenberg (Rede vom 22. Nov. 1900).

Intereſſen für Deutſchland bedeuteten[3]). Dieſes ſcheint mir doch ein etwas weitgehender Ausdruck. Eine Lebensfrage für das Deutſche Reich iſt eine ſolche, für die es ſeine geſamten Machtmittel und ſeine Exiſtenz einzuſetzen hat, für die es kämpfen muß auf Leben und Tod. Es gibt ſolche Lebensfragen in Europa und auch innerhalb Deutſchlands. Ich glaube aber nicht, daß ſie gegenwärtig in Oſtaſien vorliegen. Die Erpachtung von Kiautſchou vor einigen Jahren kann eine Lebensfrage nicht geſchaffen haben; denn ſelbſt wenn ſie unterblieben wäre, ſo würde die Machtſtellung Deutſchlands in der Welt dadurch wohl nicht gelitten haben.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, das Wort von der Lebensfrage hat mich deshalb zur Wortmeldung veranlaßt, weil es geeignet ſein könnte, den ruhigen Bürger zu erſchrecken. Gerade mit Rückſicht auf die Reden, die wir am Freitag von der linken Seite des Hauſes hörten, habe ich es für meine Pflicht und für angezeigt gehalten, dieſe Aeußerung des Herrn Reichskanzlers, wie ich vorausſetze mit ſeinem Einverſtändnis, auf ihren richtigen Wert zurückzuführen.

Ein Platz an der Sonne iſt gewiß begehrenswert; es gibt aber Gegenden und kann auch Temperaturen geben, wo es des Sonnenbrandes zuviel wird, und man dankbar iſt, wenn man ſeinen Intereſſen im Schatten nachgehen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Die deutſchen Intereſſen ſind in China nur wirtſchaftliche, ſie ſind recht erhebliche, obgleich ſie auf der Liſte unſeres ausländiſchen Handels lange nicht an erſter Stelle ſtehen.

(Sehr richtig! links.)

Mit Befriedigung hat das Haus es begrüßt, daß der Herr Reichs-

[3]) Der hier angezogene Satz aus der Rede, die der Reichskanzler Graf v. Bülow am 15. März gehalten hatte, lautete folgendermaßen: „Daß wir aber durch die Entwickelung unſerer Verhältniſſe große überſeeiſche Intereſſen auch in Oſtaſien, und namentlich in Oſtaſien, erworben haben, und daß es für uns eine Lebensfrage iſt, dieſe Intereſſen zu fördern und zu entwickeln, das iſt eine hiſtoriſch gewordene Tatſache, von der wir als vernünftige Leute nicht abſtrahieren können. In dieſem Sinn habe ich vor drei Jahren geſagt, daß wir auch unſern Platz an der Sonne beanſpruchen, und in dieſem Sinne wiederhole ich heute, daß wir dieſen Platz behaupten und uns nicht in den Schatten drängen laſſen wollen.“

kanzler neulich betont hat, wir verfolgten in China ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Ich nehme auch an, daß die kleine Einschränkung, die er mit den Worten: „wesentlich und ganz überwiegend" dabei machte, nur eine rhetorische Ornamentik sein soll und die Feststellung der ausschließlich wirtschaftlichen und nicht politischen Interessen in keiner Weise berührt hat.

Sonst, meine Herren, habe ich wenig zu sagen. Die Herren Abgeordneten, die am Freitag sprachen, haben mit Recht hervorgehoben, daß wir hier im Hause als patriotisch gesinnte Volksvertreter nicht in der Lage sind, über die verschiedenen Wendungen der auswärtigen Politik viel mitzusprechen, daß wir nutzbringende Kritik nicht auszuüben vermögen — ich meine eine solche Kritik, die nicht bloß angreift und herunterreißt, sondern auf Grund vermeintlichen besseren Verständnisses guten Rat geben könnte. Ich glaube, daß unsere Regierung keinen guten Rat wünscht, und wenn wir auch glauben sollten, guten Rat erteilen zu können, so wird sie wohl lieber auf die Anhörung desselben verzichten. Uns fehlt eben, wie einer von den Kollegen am Freitag hervorhob, die erforderliche Unterlage, d. h. die Aktenkenntnis, und diese Aktenkenntnis fehlt ja leider auch noch häufig den Historiographen. Mitunter werden erst nach 50, 60 und längeren Jahren die Fehler klar, die in einer Situation begangen sind, in der die Mitlebenden sie gar nicht bemerkt haben.

Also meine Herren, wir müssen uns da bescheiden und den lieben Gott bitten, daß er uns Glück gibt auch in der Leitung der auswärtigen Politik.

Mit großer Genugtuung haben wir alle diejenigen Aeußerungen gehört, an die wir uns lediglich zu halten haben; ich meine die Erklärung von hoher amtlicher Stelle, daß unsere Beziehungen zu sämtlichen auswärtigen Mächten gute und freundliche sind. Meine Herren, ich habe das volle Vertrauen zu der Erfahrung und den großen Fähigkeiten des Herrn Reichskanzlers, daß es ihm gelingen wird, diese Beziehungen nicht nur zu erhalten, sondern auch dauernd auszubauen und zu befestigen, so daß wir auch fernerhin nicht nur in seinen Reden, sondern auch in den künftigen Thronreden den immer beifällig begrüßten Passus hören werden, daß unsere Beziehungen zu sämtlichen auswärtigen Mächten gute und vortreffliche sind. Möge der Herr

Reichskanzler das immer ſagen können; ich bin überzeugt, daß die beſten Wünſche eines jeden Herrn Kollegen ihn bei ſeinen Bemühungen begleiten werden.

Wenn wir hiervon gern Akt genommen haben, ſo war die Befriedigung vielleicht noch eine größere über die Spezialäußerung in bezug auf die Mandſchurei, von der der Herr Reichskanzler mit Nachdruck ſagte, er wüßte nichts, was ihm gleichgültiger wäre als dieſe Mandſchurei. Einige Zeitungen haben verſucht, die Sache ſo darzuſtellen, als ob der Herr Reichskanzler durch ſeine hübſche Redewendung in fraudem creditorum jene mit Beifall begrüßte Feſtſtellung hätte abſchwächen wollen. Ich meine, mit Unrecht. Ich halte mich in dieſem Falle nicht ſo ſehr an die Worte, obgleich alle Worte des Herrn Reichskanzlers in ſeiner amtlichen Stellung die ſchwerwiegendſte Bedeutung haben. Aber noch mehr wert als ein Redepaſſus iſt das geſchriebene Wort, und der Zirkularerlaß, den der Herr Reichskanzler uns zu verleſen die Güte hatte, der alſo vermutlich den auswärtigen Regierungen mitgeteilt iſt, iſt vollſtändig korrekt und in Uebereinſtimmung mit dem, was der Herr Reichskanzler über den Mangel des Intereſſes an der Mandſchurei ſagte. Nach dieſem Erlaß, deſſen Verleſung die Herren mit angehört haben, iſt der chineſiſchen Regierung lediglich geantwortet worden, ſie ſollte ſich an die Konferenz der Mächte wenden. Das iſt durchaus einwandfrei verfahren. Scripta manent, und wie das Reichsrecht Landrecht bricht — wenn ich den Vergleich brauchen darf —, ſo muß auch der mündlichen Rede das ſchriftlich fixierte Wort vorgehen. Solange das europäiſche Konzert zuſammenhält — allerdings paßt dieſe Bezeichnung nicht mehr genau auf Oſtaſien, da ja Japan und Amerika mitwirken —, ſolange die deutſche Regierung den korrekten Standpunkt einnimmt, daß ſie alle Beſchwerden, die von China an uns kommen und mit der die Chineſen Zwiſt und Zwietracht ſäen wollen, an das Konzert der Mächte verweiſt, ſo gibt es kein Wetter, gegen das unſer Schirm nicht dicht wäre, ſo können wir ganz ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten und etwaige initiative Stellungnahmen denjenigen Mächten in China überlaſſen, die doch tiefer intereſſiert ſind als wir.

Meine Herren, mit großer Zuſtimmung iſt ferner die gute Ausſicht auf Wiedererwerbung unſeres Geldes begrüßt worden, die der

Herr Reichskanzler, ich hoffe, in nicht zu optimistischer Weise freundlichst eröffnete. Die kurzen Worte des Herrn Abgeordneten Richter „wir wollen unser Geld wieder haben“ waren wirklich le cri du coeur; es war damit die Stimmung des ganzen Reichstags ausgesprochen. Ob uns das in vollem Maße gelingen wird, steht dahin — seien wir nicht gar zu optimistisch, sondern bereiten wir uns darauf vor, da der Herr Reichskanzler das Beispiel von der Konkursmasse angezogen hat, daß wir schließlich auch auf 66⅔ Prozent akkordieren, wenn wir die sicher wiederbekommen können.

(Zustimmung.)

Der Herr Reichskanzler hat uns gesagt, außer den Seezöllen würde keine reichlich fließende Quelle für diese Wiedererlangung zu eröffnen sein. Damit hat der Herr gewiß vollkommen recht. Ich will mir in meiner Privatstellung gar nicht anmaßen, meine Meinung der seinigen gleichzustellen; aber nach dem, was ich von erfahrenen Diplomaten bis jetzt gehört habe, würde die einzige Möglichkeit zur Wiedererlangung des Geldes in einer stärkeren Heranziehung der Seezölle, etwa in der Verdoppelung gefunden werden können. Nun weiß ich nicht — ich kann das nicht übersehen —, ob die Verdoppelung ausreichen würde, um die sämtlichen Forderungen der 7 oder 8 Mächte hereinzubringen. Der Herr Reichskanzler hat uns erklärt, es würde ein besonderer Modus beobachtet werden, jede Macht würde eine Pauschalsumme anmelden, deren Wiedererstattung sie erwarte. Ich habe einige Besorgnis, daß dabei von den Mächten verfahren werden wird, wie von interessierten Inspektoren bei der Ausrechnung von Reinertragstantiemen, wo jede kleine Reparatur und jedes Pfund Petersilie mitangerechnet wird; machen wir uns also darauf gefaßt, daß wir vielleicht nicht alles wiedererhalten. Immerhin werden wir dankbar sein, wenn die Summe möglichst nahe an die Auslagen herankommen sollte. Die Aufnahme einer Anleihe haben sämtliche Mächte, wie der Herr Reichskanzler sagte, perhorresziert, ich denke, mit vollem Recht; denn eine solche Anleihe würde nur einen Sinn haben, wenn sie von den europäischen Mächten garantiert würde. Dazu würde aber wieder Vorbedingung sein die Einführung einer europäischen Kontrolle in China, wie in Aegypten. Diese will aber weder der Herr Reichskanzler, noch wollen sie die anderen Mächte; sie ist in einem

Lande wie China wohl nicht durchzuführen. Um das auszusprechen, dazu braucht man nicht Sachkenner zu sein; dazu genügt schon der durchschnittliche Untertanenverstand. Wir dürfen aber auch die Seezölle nicht zu hoch schrauben, damit es uns nicht geht wie in der Fabel von der Henne mit den goldenen Eiern. Hoffen wir, daß die Herren da das Richtige finden.

Unter den Sachverständigen, die der Herr Reichskanzler zu Rate gezogen hat, ist von ihm an erster Stelle der frühere Gesandte v. Brandt genannt worden. Dieser Herr ist mir persönlich auch bekannt; er galt immer unter allen Diplomaten, nicht nur unter den Deutschen, als der beste Kenner Chinas, und es tut mir persönlich und sachlich leid, daß es nicht gelungen ist, diesen vortrefflichen Experten von China seinerzeit auf seinem Posten zu erhalten, wo er vermutlich treffliche Dienste hätte leisten können. Ich nehme an, daß der Herr Reichskanzler die Kritiken des Herrn v. Brandt in der Londoner „Finanzchronik“ im Sommer und Herbst gelesen hat. Diese waren nicht ohne Schärfe und billigten nicht alles, was seitens der Mächte, speziell auch von unserer Politik in China geschehen ist. Um so anerkennenswerter ist es von dem Herrn Reichskanzler, daß er Herrn v. Brandt zu Rate gezogen hat. Es gestattet dies wohl den Rückschluß, daß der Herr Reichskanzler die Kritiken des Herrn v. Brandt nicht ganz unberechtigt fand.

Im übrigen will ich, wie ich schon anfangs sagte, keine Kritik üben, mich derselben aus patriotischen Rücksichten vielmehr enthalten und mit dem allgemein geteilten Wunsch schließen, daß wir recht bald mit Ehren aus China herauskommen können, und daß wir, wie der Herr Reichskanzler neulich sagte, Petschili womöglich niemals wiedersehen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Speziell mit Bezug auf den Ausdruck „Lebensfrage“ antwortete der Reichskanzler Graf v. Bülow:

„Nun hat der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck weiter gemeint, ich hätte durch meine Wendung, daß für uns in Ostasien Lebensfragen auf dem Spiel stünden, den ruhigen Staatsbürger erschreckt. Das würde mir aufrichtig leid tun, wenn das wirklich der Fall wäre. Das kann ich aber vorläufig wirklich nicht glauben; von einem solchen Schrecken habe

ich nicht das Allermindeste bemerkt. Ich habe auch neulich, scheint mir, sowohl in meinen einzelnen Wendungen wie im ganzen Tenor meiner Reden es nicht im Zweifel gelassen, daß ich Ostasien nicht als Angelpunkt und Drehpunkt unserer Politik betrachte. Allerdings habe ich aber darauf hingewiesen, daß wir in Ostasien große und wichtige Handelsinteressen haben. Unser Handel nach Ostasien repräsentiert ungefähr 80 Millionen Mark, ich glaube sogar, daß diese Summe eher noch zu niedrig gegriffen ist, weil manches nicht darin eingerechnet ist, was über Belgien, Holland, England geht. Dann haben wir in Shantung, wenn ich nicht irre, 100 Millionen Mark investiert. Das ist doch schließlich auch kein Pappenstiel.

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Wir haben ein eminentes Interesse, daß der chinesische Handel nicht die Beute einer einzelnen Macht oder mehrerer Mächte ohne uns werde, sondern daß wir auch Einfluß auf diesen chinesischen Handel behalten. Das ist sogar von einer Seite anerkannt worden, von einem Schriftsteller — ich erinnere mich deshalb daran, weil bei der Debatte über die erste Chinavorlage der Herr Abgeordnete Bassermann den Ausspruch zitierte —, also ein der äußersten Linken angehörender Schriftsteller, Herr Bernstein, hat zugegeben, daß Deutschland ein großes Interesse daran hätte, daß der chinesische Handel ihm nicht aus den Händen gleite.

„Also, meine Herren, ich darf mit der Bemerkung schließen, daß wir — das hat der Herr Abgeordnete Fürst Bismarck mit vollem Recht hervorgehoben — den Schwerpunkt unserer Politik nach wie vor in Europa suchen und diesen Schwerpunkt nicht verrücken lassen werden. Wir werden aber auch unsere Interessen und Rechte in Ostasien, die sehr wichtige Interessen und sehr legitime Rechte sind, schützen. Und wir werden auch unsere Ehre schützen, die dadurch angegriffen worden ist, daß unser Gesandter in China in völkerrechtswidrigster Weise massakriert worden ist, und diese Ehre des deutschen Volkes betrachte ich allerdings als eine Lebensfrage."

(Lebhafter Beifall.)

Noch einmal ergriff Fürst Bismarck dann das Wort.[2])

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich habe nur zwei kleine Richtigstellungen vorzunehmen gegenüber den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Er hat mich in einer meiner Aeußerungen mißverstanden. Ich habe den Herrn gerade in Schutz genommen gegen die Auslegungen Dritter in bezug auf die angebliche Abschwächung seiner Aeußerung betreffs der

[2]) A. a. O. S. 1990.

Mandſchurei durch die Wendung von der fraus creditorum. Wahrſcheinlich hat der Herr Reichskanzler bei den wichtigeren Dingen, die er zu leſen hatte, meine Worte nicht hören können. Aber ich war etwas erſtaunt, wie der Herr Reichskanzler ſich gegen mich wandte, nachdem ich mir bewußt war, ihm beigeſprungen zu ſein und ihn gelobt zu haben für das ſchön redigierte und korrekte Zirkular. Der Herr Reichskanzler wird nunmehr gewiß zugeben, daß er mich mißverſtanden hat, und daß ich keine Berichtigung, ſondern ſeine Zuſtimmung zu meiner Unterſtützung ſeines Standpunktes verdient habe, den ich, wie ich wiederholt erkläre, für richtig halte.

Zweitens liegt eine kleine Verſchiebung vor am Schluſſe der Rede des Herrn Reichskanzlers in bezug auf die Lebensfrage, alſo des Worts, welches mich, wie ich vorhin ſagte, heute hier zum Reden veranlaßte. Der Herr Reichskanzler hat heute feſtgeſtellt, daß es für uns Lebensfrage wäre, für die Ermordung unſeres Geſandten eine ausreichende Sühne mit allen Mitteln zu verlangen. Meine Herren, das iſt niemals und von keiner Seite beſtritten worden; ich habe es im Gegenteil für ſo ſelbſtverſtändlich gehalten, daß ich in meinen Ausführungen dieſen Punkt gar nicht weiter berührt habe. Das alte Dichterwort „Nichtswürdig iſt die Nation, die nicht ihr Alles ſetzt an ihre Ehre“ iſt uns allen aus dem Herzen geſprochen. Alſo, in dieſem Punkte wird keiner der Abgeordneten des Reichstags ſich von dem Herrn Reichskanzler aus der Schanze ſchlagen laſſen. Wir teilen durchaus die Auffaſſung, daß, ſobald die nationale Ehre engagiert iſt, alles daran geſetzt werden muß bis zum letzten Strohhalm. Aber der Herr Reichskanzler hat hiervon nicht geſprochen am Schluß der zweiten Freitagsrede, auf welchen ich erwidert habe. Er hat dort, wenn ich es zitieren darf, wörtlich geſagt:

> Daß wir durch die Entwicklung unſerer Verhältniſſe große überſeeiſche Intereſſen auch in Oſtaſien erworben haben, und daß es für uns eine Lebensfrage iſt, dieſe Intereſſen zu fördern und zu entwickeln, das iſt eine hiſtoriſch gewordene Tatſache.

Meine Herren, da iſt doch gerade in der Verbindung mit „Lebensfrage“ mit keinem Wort von der Freveltat der Ermordung die Rede, ſondern es iſt von der Entwickelung und Förderung der Intereſſen

die Rede, die historisch gewordene Tatsachen sind. Vielleicht soll das auf Kiautschou gehen. Ich halte Kiautschou nicht für eine Lebensfrage; viele stellen sich überhaupt etwas skeptisch zu dieser Niederlassung. Ich will mich aber heute, wie gesagt, jeder Kritik enthalten und bloß erneut hervorheben, daß ich den Herrn Reichskanzler auch in diesem zweiten Punkt habe unterstützen wollen. Nachdem ich am Freitag gehört hatte, daß auf der Linken behauptet wurde, durch den neuesten Gang unserer Chinapolitik kehren sich viele deutsche Bürger von der Weltpolitik ab, wollte ich gerade verhindern, daß für diesen vermeintlichen Zustand weiteres Futter aus der Rede des Herrn Reichskanzlers entnommen wurde, und wollte dem Herrn Reichskanzler die Gelegenheit geben, diese Aeußerung, so wie sie neulich gefallen war, einzuschränken. Wenn er sie heute dahin einschränkte, daß es für jede Nation eine Lebensfrage ist, mit allen Mitteln für den Schutz ihrer Gesandtschaften einzutreten, so bin ich damit vollkommen einverstanden.

Darauf der Reichskanzler Graf v. Bülow:

„Ich nehme gerne davon Akt, daß ich den Herrn Vorredner in zwei Punkten mißverstanden habe, und es bleibt mir nur übrig, dem Herrn Fürsten Bismarck zu danken für die wohlwollende und erfolgreiche Weise, in welcher er mir bei meiner chinesischen Mensur sekundierte."

51. Rede. In Burg.

Am 16. April 1901.

Am genannten Tage erschien Fürst Herbert von Bismarck in Burg (Bez. Magdeburg) und hielt im Saale der dortigen Zentralhalle einen Vortrag über die politische Lage. Die „Neuesten Nachrichten für Burg und Umgegend" erstatteten darüber folgenden Bericht:[1])

Fürst Herbert von Bismarck

legte nach einigen einleitenden Worten zunächst dar, daß wir uns einer monarchischen Regierung zu erfreuen haben im Gegensatz zu den Parlamentsregierungen, die mit den Majoritäten auch immer das

[1]) Vgl. die Nummern 89—91 des genannten Blattes vom 17., 18. und 19. April 1901.

Syſtem wechſelten. Der hervorſtechendſte Charakterzug einer monarchiſchen Regierung müſſe die Stetigkeit ſein. Ihre Hauptpflichten ſeien erſtens die Uebernahme der Führung in der Politik und zweitens das rückhaltloſe Weiterverfolgen des Weges, den man einmal eingeſchlagen habe. Er, der Fürſt, wolle ſich nicht das zu Tod gehetzte Wort vom Zickzackkurs zu eigen machen, indeſſen müſſe auch der politiſche Optimiſt zugeben, daß unſere Politik in den letzten zwölf Jahren Schwankungen und Schwenkungen durchgemacht habe, die ſonderlich erſprießliche Früchte kaum getragen haben. Er erinnere an die Worte, welche der große Kanzler am 6. Februar 1868 im Norddeutſchen Landtage geſprochen habe. Dieſe Worte lauten: „Faſt für jede Sache laſſen ſich zwei bis drei Wege einſchlagen; welcher der richtige, welcher fehlerhaft iſt, entſcheidet die Zukunft, vielleicht, wenn wir alle nicht mehr leben, aber der Weg auf dem die Regierung zu Grunde geht, iſt der, wenn ſie bald dies, bald jenes tut, wenn ſie heut etwas zuſagt und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung muß nicht ſchwanken; hat ſie ihren Weg gewählt, ſo muß ſie ohne rechts und links zu ſehen, vorwärts gehen; kommt ſie ins Schwanken, ſo wird ſie ſchwach, und darunter leidet das ganze Staatsweſen.“

Der Sozialdemokratie gegenüber, ſo etwa fuhr der Fürſt fort, habe die Regierung den Kampf jetzt faſt völlig eingeſtellt, und doch ſei ihr gegenüber Friedrichs des Großen Ausſpruch „toujours en védette“ mehr denn irgendſonſtwo am Platze. Der ruhige Staatsbürger habe zu der Regierung das felſenfeſte Vertrauen, daß ſie ihn in ſeinem Hab und Gut, in ſeiner ſittlichen Anſchauung, in ſeinem ganzen Weſen ſchützen werde. Wie aber will es die Regierung mit dieſer ihrer Aufgabe halten, wenn eine Mehrheit von Sozialdemokraten im Reichstag ſitzt? Wäre dann Vaterland, Religion, Familie mehr als Schall und Rauch? Dieſes „Laisser aller, laisser faire“ ſei hoffentlich kein dauerndes Sichgehenlaſſen.

Das wichtigſte Ereignis der letzten drei Jahre ſei ohne Zweifel der Kanzlerwechſel. Graf Bülow gelte für einen ſehr tüchtigen Staatsmann; man nehme von ihm ſogar an, daß er Bismarckſche Bahnen wandeln werde. Was die innere Politik anbelange, ſo wiſſe man noch nicht, welcher Frage er hier ſein Hauptintereſſe zuwenden werde; zu loben ſei jedenfalls ſein Intereſſe für die Landwirtſchaft.

Der Kardinalpunkt unserer Wirtschaftspolitik sei zur Zeit ohne Frage der neue Zolltarif. Allerdings müsse man auf sein Erscheinen etwas lange warten. In dieser Tagung würde der mit so großer Spannung erwartete Tarif wohl dem Reichstage nicht mehr zugehen, zumal er ja in diesem Winter noch nicht einmal dem Bundesrat vorgelegen habe. Da sei der Zolltarif vom Jahre 1879 doch etwas schneller zustande gekommen; binnen sechs Monaten habe der damals Bundesrat und Reichstag passiert. Aber eine schleunige Erledigung solcher tiefeinschneidenden Dinge sei bei der Geschäftsordnung des Reichstages, welche der Obstruktion Tür und Tor öffne, fast ausgeschlossen. Der vernünftige Politiker müsse doch einsehen, daß diese unfruchtbare Obstruktion ein gewaltiges Hindernis für die gedeihliche Entwickelung unserer politischen Verhältnisse sei; und wenn man trotzdem Obstruktion mache, so liege der Grund hierfür vermutlich in einem Verhalten, welches Professor Adolf Wagner als Byzantinismus nach unten bezeichnet hat. Nun laufen unsere Handelsverträge zu Ende nächsten Jahres ab und bis dahin müsse der neue Zolltarif unbedingt Geltung haben, wenn man sich nicht dem Odium aussetzen wolle, Kampfzölle ad hoc geschaffen zu haben. — Fürst Bismarck wandte sich hierauf der so oft diskutierten Diätenfrage zu. Er hält das Auszahlen von Diäten an die Reichstagsmitglieder für unnötig — ja für schädlich. Die Einführung der Diäten hätte zur Folge, daß wir schließlich nur Berufspolitiker im Reichsparlament sitzen hätten. Ein solcher Berufsparlamentarier — Advokat, Journalist oder sonst jemand aus der Großstadt — kenne wohl häufig seinen Wahlkreis kaum, geschweige denn die Bedürfnisse und Wünsche der Insassen desselben; über das platte Land werde er in der Regel überhaupt nicht orientiert sein. Man bedürfe notwendig solcher Vertreter im Reichstage, welche in ihrem Wahlkreise groß geworden, mit ihm, seinen Anschauungen und Bedürfnissen verwachsen seien. Einem Manne aber, der sein Geschäft verlasse, um mit beizutragen an der Gesetzgebung des Deutschen Reiches, sei mit 15 oder 20 Mark Diäten nicht gedient; der verliere mehr. Wenn aber ein solcher Reichsbote nach längerem Aufenthalt in Berlin während der Session auf einige Tage in die Heimat zurückkehre, um in seinem Hause, in seinem Geschäft, in seiner Fabrik, auf seinem Gute nach dem Rechten zu sehen, so werde dadurch keineswegs das

Wohl der Reichsbürger gefährdet; denn geredet werde im Reichstag hinreichend, und zur Abſtimmung könne ein Reichsbote immer eintreffen. Empfehlenswert wäre hier vielleicht der Vorſchlag, die Abſtimmungen immer auf beſtimmte Wochentage feſtzuſetzen. Wenn die Diätenfreunde nun ihre Forderungen durchſetzten, ſei denn dann dem bedauerlichen Schwänzen der Reichstagsmitglieder ein feſter Riegel vorgeſchoben? Wohl kaum. Wer wenigſtens wollte einen Abgeordneten hindern, auf einige Minuten im Saal zu erſcheinen, um dageweſen zu ſein, dann an der Kaſſe ſchmunzelnd ſein Goldſtück einzuſtreichen, um dann in den Zoologiſchen Garten zu gehen?

Die Frage der Diäten ſei aber auch eine hochpolitiſche. Die Regierung habe ſeinerzeit im Norddeutſchen Reichstage dem Verlangen der nationalliberalen Partei nach geheimer Wahl nur mit der Bedingung nachgegeben, daß Diäten an die Abgeordneten nicht gezahlt werden ſollten. Die Leute aber, welche jetzt die Diäten ſo energiſch forderten, gehörten zu denen, welche bei anderen Gelegenheiten beſtändig das Wort von der Verfaſſung, welche man nicht leichtfertig ändern dürfe, im Munde führten.

Was unſere wirtſchaftliche Lage anbelange, ſo ſei ein Zuſammenſchluß der wirtſchaftlich konſervativen Parteien abſolut notwendig, und dieſe Erkenntnis ſei gedrungen bis in die Reihen der Linksliberalen. Nur durch die Politik der Sammlung, durch dieſen Zuſammenſchluß ſei das Zuſtandekommen von annehmbaren Handelsverträgen möglich. Einen erſchöpfenden Ueberblick über die wirtſchaftliche Situation zu geben, ſei bei der Fülle des Materials und der Kürze der Zeit, die ihm, dem Fürſten, zu Gebot ſtehe, ſchlechterdings unmöglich. Günſtige Handelsverträge abzuſchließen, ſei eine Kunſt, die vom Unterhändler viel Geſchick verlange. Wenn ängſtliche Gemüter bei einer Erhöhung der deutſchen Zölle Repreſſalien von Nordamerika und Rußland befürchteten, ſo ſeien dies Kaſſandrarufe, deren Wahrheit noch lange nicht unumſtößlich feſtſtehe. Man bedenke, daß wir im letzten Jahre nach Amerika Waren für 433 Millionen ausführten, während die Vereinigten Staaten für die bei uns eingeführten Produkte 1025 Millionen einſtrichen. Ganz ähnlich lägen die Dinge in Rußland. Einem Export Deutſchlands von 437 Millionen ſtünde hier ein Import ruſſiſcher Waren von 716 Millionen gegenüber. Bei ſolcher Lage der

Dinge würden diese Staaten, selbst wenn die neuen deutschen Handelsverträge ihnen nicht die gleichen Vorteile wie bisher in den Schoß würfen, nach einem vertragslosen Zustande kaum besondere Sehnsucht verspüren. Was die Industrie anbelange, so betrug die amerikanische Einfuhr in Deutschland 1898 334, 1899 449, 1900 546 Millionen Mark. Diese Zahlen widerlegten doch wohl, wenn man an die Höhe der amerikanischen Schutzzölle denke, die Behauptungen der Freihändler zur Genüge. Habe unter solchen Umständen die deutsche Industrie nicht allen Anlaß, in der Schutzzollfrage mit der Landwirtschaft Hand in Hand zu gehen?

Das freihändlerische Dogma, daß die Getreidezölle nur den Latifundienbesitzern zu Gute kämen sei hinfällig. Der kleine Grundbesitzer habe von guten Getreidepreisen gerade so gut Vorteil, wie der große. Zum Beweise hierfür führte Fürst Bismarck unter anderem einen Brief, der ihm von einem kleinen rheinhessischen Landwirt zuging, an. Daß die Landwirtschaft sich in sehr prekärer Lage befinde, gebe selbst die Sozialdemokratie zu; wenigstens erklärte der sozialistische Wirtschaftspolitiker Kautsky in der Parteipresse, er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn der Landwirtschaft jährlich 500 Millionen Mark zugewandt würden. Ob man diese 500 Millionen Mark aber als Almosen an die Bedrängten verteile, oder ob man sie sie durch vernunftgemäße Schutzzölle verdienen ließe, das sei im Grunde doch wohl egal. Rußland ist am deutschen Getreideimport mit 93 Prozent beteiligt, es kann also begreiflicherweise auf unseren Markt gar nicht verzichten. Das heißt mit anderen Worten: Rußland muß für sein bei uns eingeführtes Getreide diejenigen Preise nehmen, die ihm der deutsche Käufer diktiere. Ist der Zoll hoch, so wird das russische Getreide also wohl billiger werden. Damit ist die Annahme widerlegt, daß die Getreidezölle das Samenkorn seien, aus welchem jener Schlaraffenbaum sprießen soll, welcher der Landwirtschaft die goldenen Aepfel immer nur so in den Schoß werfe. Die Behauptung, daß Deutschland zu klein sei, um seine Bewohner mit Brotfrucht zu versehen, sei ein artiges Märlein. Nicht 55, wie heute, sondern 144 Millionen Menschen könnten mit deutschem Getreide satt gemacht werden.

Hierauf wandte sich der Fürst der Finanzreform zu. Herrn von Miquels Politik sei es gewesen, die Bundesstaaten vom Reiche

unabhängig zu machen. Jetzt aber ſollten die Einzelſtaaten dem Reiche die Schulden tragen helfen. Der erſte Reichskanzler wollte einen anderen Weg eingeſchlagen wiſſen. Er wünſchte die Reichsfinanzen ſo zu regeln, daß die Bundesſtaaten noch Geld dazu erhielten und ihr Intereſſe am Reiche mithin nicht erkalten konnte. — Die vom Reichskanzler angekündigte Verſorgung der Witwen und Waiſen ſei ohne die Finanzreform nicht durchzuführen.

Was das Handwerk anbelange, ſo beſtehe die bekannte Bäckereiverordnung immer noch zu Recht. Sie wäre vielleicht ſchon gefallen, wenn mehr „Führung", mehr Ueberzeugungsmut vorhanden wäre. —

In Nordſchleswig ſtände es verhältnismäßig gut, in den polniſchen Diſtrikten dagegen recht ſchlimm. Man möge ſich hier eines Ausſpruchs erinnern, wonach die vier Jahre der Aera Caprivi uns um dreißig Jahre in unſerer polniſchen Politik zurückgebracht haben.

Ueber unſere äußere Politik ſich ein abſchließendes Urteil zu bilden, ſei ausgeſchloſſen, weil wir hier nicht tief genug hinter die Kuliſſen blicken könnten Es herrſchte allgemein die Empfindung, daß wir heute nicht mehr ſo daſtehen wie vor zwölf Jahren. Die richtige Führung einer auswärtigen Politik ſei eine Kunſt, keine Wiſſenſchaft. Man möge wohl bedenken, daß der ſtolzeſte Bau, zu dem Giganten die Steinblöcke mühſam herbeigeſchafft haben, in einer Minute geſprengt werden könne. — —

Hoffen wir das Beſte! —

Möge uns der Friede immerdar gewahrt bleiben.

52. Rede. In Genthin.

Am 16. April 1901.

Am Nachmittag des 16. April fand eine Verſammlung im „Deutſchen Hauſe" in Genthin ſtatt. Nach dem „Genthiner Wochenblatt" vom 17. April hatte die Rede des Fürſten Bismarck folgenden Inhalt:

Fürſt Bismarck drückte zunächſt ſeine Genugtuung darüber aus, ſich unter ſeinen engeren Landsleuten zu befinden, die ihm ihr Vertrauen bewieſen hätten; indem ſie ihn durch die Wahl zum Reichstage auszeichneten.

Seit seinem letzten Auftreten in Genthin[1]) seien annähernd drei Jahre verflossen, in denen sich manches ereignet habe; der Ausblick für den Patrioten sei nach innen wie nach außen ernster als damals: nach innen besonders deshalb, weil die Regierung nach dem Fehlschlagen ihrer letzten Aktion im Spätherbste 1898 jede Abwehr gegen die sozialistischen Tendenzen aufgegeben zu haben scheine. Bezüglich der auswärtigen Politik habe sich Redner vor kurzem im Reichstage dahin geäußert, daß der liebe Gott uns bei deren Leitung Glück geben möge[2]); ganz ähnlich laute ein neuerdings von höchster Stelle getaner Ausspruch, daß wir auch in schwieriger Lage nicht zu verzagen brauchten, weil wir auf den allmächtigen Gott als den besten Alliierten zu hoffen hätten[3]). Hierbei dürfe das alte Wort aber nicht außer acht gelassen werden: „Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott!" Diese Maxime träfe gerade für unser monarchisches Staatswesen nicht nur nach außen, sondern im verstärkten Maße nach innen zu; bei uns herrsche nicht das Parlament, um so mehr habe die Regierung aber die Pflicht *zu führen*, und die von ihr als richtig erkannten Ueberzeugungen mit Mut und Entschlossenheit *durchzuführen*. Würde danach gehandelt, so würden von selbst die Schwankungen unserer Politik aufhören, welche in den letzten Jahrzenten sich auf verschiedenen Gebieten geltend gemacht hätten und von allen Patrioten beklagt würden. Stetigkeit mache die Stärke einer Regierung aus und erhöhe ihr Ansehen. Redner zitierte hier als goldene Regel für leitende Staatsmänner die folgende Stelle aus einer Rede, die der verewigte Fürst Bismarck am 6. Februar 1868 im Landtage gehalten hat:

„Fast für jede Sache lassen sich zwei, drei Wege einschlagen; welcher der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet die Zukunft, vielleicht wenn wir alle nicht mehr leben; aber der Weg, auf dem *eine Regierung zu Grunde geht*, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes

[1]) Am 9. Juni 1898; vgl. oben S. 208 ff.

[2]) Vgl. oben S. 301.

[3]) Gemeint ist wohl ein Satz aus der Rede Kaiser Wilhelms II., die er am 28. März 1901 an das Offizierkorps des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 gerichtet hat. Da heißt es: „Es lebt ein gewaltiger Verbündeter, das ist der alte gute Gott im Himmel, der schon seit den Zeiten des Großen Kurfürsten und des großen Königs stets auf unserer Seite war."

tut, wenn ſie heut etwas zuſagt und dies morgen nicht mehr befolgt: eine Regierung muß nicht ſchwanken. Hat ſie ihren Weg gewählt, ſo muß ſie, ohne rechts oder links zu ſehen, vorwärts gehen; kommt ſie ins Schwanken, ſo wird ſie ſchwach, und darunter leidet das ganze Staatsweſen."

Bezüglich der wichtigſten Frage, d. h. der Exiſtenzfrage der Monarchie und der Geſellſchaftsordnung und der Aufrechthaltung beider gegen die offen eingeſtandenen Umſturzbeſtrebungen der Sozialdemokratie ſcheine die Regierung, wie geſagt, leider in ihrer Paſſivität verharren zu wollen; ſeit dem letzten, mit ſo ſtarkem Nachdruck angekündigten und im Reichstag ſo kläglich mißlungenen Verſuche, die Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu ſchützen, ſehe die Regierung dem Wachstum und der Ausbreitung der Umſturzpartei tatenlos zu. Sein Bedauern hierüber, habe Fürſt Bismarck in längerer Rede vor 5/4 Jahren im Reichstage ausgeſprochen[4]), wo er die Regierung darauf hinwies, daß ſie ihre Pflicht nicht erfülle, wenn ſie die Führung im Kampfe aufgebe: es ſei ihres Amtes, die Ordnungsparteien zu ſammeln und zu inſpirieren, allein ſchon um der ruhigen und patriotiſchen Bevölkerung Klarheit darüber zu verſchaffen, was auf dem Spiele ſtände — eine Klarheit, die ſich mehr und mehr zu verwiſchen drohe. Wenn die Regierung nicht toujours en védette ſei und die Bevölkerung aufkläre, ſo ſei dieſe mitſamt ihrer Vertretung nur zu geneigt, ſich bequemen Ruhebedürfniſſen hinzugeben. Die Hoffnung auf eine Aenderung dieſer Haltung der Regierung könne vielleicht darauf gegründet werden, daß kürzlich autoritativ feſtgeſtellt ſei, das Anſehen der Krone ſei in den letzten zwölf Jahren zurückgegangen; läge dieſe Erkenntnis vor, ſo ſei die logiſche Folge, daß die Urſachen erforſcht und beſeitigt werden müßten. Die wichtigſte äußerliche Veränderung, die ſich bei uns im vorigen Jahre vollzogen habe, ſei der Kanzlerwechſel; der neue Reichskanzler gelte allgemein als der fähigſte unter den deutſchen Diplomaten. Wie weit Graf Bülow ſich mit der inneren Politik vertraut gemacht und auf welche innere Frage er ſein Hauptintereſſe richten würde, entzöge ſich der Kenntnis des Redners; vor allem zu wünſchen ſei, daß er dem Kampfe mit der Sozialdemokratie nicht dauernd

[4]) Vgl. die Rede vom 20. Januar 1900, oben S. 247 ff.

ausweichen möge. Er habe gesagt, letztere kenne ihn noch nicht und möge deshalb ihr Urteil über seine Persönlichkeit zurückhalten. Mögen sie den Herrn bald gründlich kennen lernen! Erfreulich sei die Stellungnahme des Grafen Bülow in den wirtschaftlichen Fragen gewesen; es lasse sie sich daraus abnehmen, daß er entschlossen sei, auch in dieser Hinsicht die bewährte Politik des Schutzes der nationalen Arbeit festzuhalten und auszubauen; wir hätten von dem Herrn Reichskanzler vielversprechende Worte gehört, eine Zeitung habe dazu gesagt, auf unsere Situation passe dauernd die Bibelstelle: „Im Anfang war das Wort"; sie würde der Uebersetzung des Faust: „Im Anfang war die Tat" den Vorzug gegeben haben. Welcher Taten wir uns demnächst von der Regierung zu versehen hätten, müßten wir abwarten: Die wichtigste unter den bevorstehenden dürfte die Feststellung des Zolltarifs sein; es sei sehr zu begrüßen, daß die Jahre lange Vorbereitung durch den wirtschaftlichen Ausschuß eine so gründliche gewesen und daß alle Interessenten dabei gehört seien. Das Reichsamt des Innern habe es an großem Fleiß nicht fehlen lassen, schade sei aber, daß der Zolltarif erst im Spätherbst in den Reichstag gelangen werde, nachdem die Zusage der Thronrede, daß er im Winter dem Bundesrate zugehen werde, nicht habe erfüllt werden können. 1879 sei von allen Ressorts schneller gearbeitet worden; damals habe die Beratung des Zolltarifs durch Bundesrat und Reichstag kaum 6 Monate in Anspruch genommen, die jetzige Hinziehung sei um so mehr zu beklagen, als von der Linken eine rücksichtslose Obstruktion angekündigt sei und daher Jahr und Tag vergehen könne, bis der Zolltarif fertig würde. Der 31. Dezember 1902 sei aber schon der Kündigungstermin für die Handelsverträge für uns oder für den andern Kontrahenten. Gegen die Obstruktion sei ohne Aenderung der Geschäftsordnung schwer anzukämpfen, selbst bei voller Besetzung des Reichstags; trotz dieser Erkenntnis wäre die Majorität bisher zu einer solchen Aenderung nicht entschlossen. Dabei spräche wohl mit der neuerlich von Professor Wagner gegeißelte „Byzantinismus nach unten". Die in der Presse aufgetauchte Idee der Gewährung von Diäten für eine Verbesserung der Geschäftsordnung sei nicht ernst zu nehmen; einmal würde ein solches Handelsgeschäft nicht würdig sein und zweitens wäre die Geschäftsordnung ein Internum des Reichstages, das

mit einer Verfaſſungsänderung nichts zu tun hätte. Mit einer ſolchen könne man nicht vorſichtig genug ſein, und es ſei bisher immer gerade demokratiſches Prinzip geweſen, daß an der Verfaſſung nicht gerüttelt werden dürfe. Bei Einführung der Verfaſſung ſei regierungsſeitig ausdrücklich deklariert worden, daß die Diätenloſigkeit conditio sine qua non wäre, nachdem von nationalliberaler Seite der geheime Wahlmodus beliebt worden wäre. Redner wies im einzelnen nach, daß abgeſehen von den Verfaſſungsbedenken die Diäten dem mangelhaften Beſuche des Reichstages nicht abhelfen, die Berufsparlamentarier aber vermehren würden. Jeder Geſchäftsmann müſſe ſich häufig perſönlich um ſein Geſchäft kümmern, keine auch noch ſo hohe Diäten könnten ſeine perſönliche Anweſenheit erſetzen.

Demnächſt ging Fürſt Bismarck des näheren auf die wirtſchaftliche Situation ein. Er ſtellte dabei voran die Notwendigkeit des Feſtzuſammenſchließens aller wirtſchaftlich konſervativen Kräfte im Reiche, etwaige Gegenſätze innerhalb der Produktivſtände, ſpeziell zwiſchen Induſtrie und Landwirtſchaft, müßte man bemüht ſein, auszugleichen, ſonſt ſei eine erſprießliche Zoll- und Handelsvertragspolitik nicht durchführbar. Er erinnerte an den kurz vor der letzten Reichstagswahl erlaſſenen Aufruf zur Sammlung, den der verewigte Fürſt Bismarck wenige Monate vor ſeinem Tode als eine Art Vermächtnis unterſchrieben habe. Die Fülle des Materials mache es ihm ſchwer, auf Einzelheiten einzugehen, ſo wichtig dieſe auch für die verſchiedenen Erwerbsſtände im Wahlkreiſe ſeien; er ſprach die Zuverſicht aus, daß wir bei Feſtigkeit und Sachkenntnis unſerer Unterhändler zu annehmbaren Handelsverträgen gelangen würden. Im Vordergrunde des Intereſſes ſtänden für uns Nordamerika und Rußland. Wenn man ſich vergegenwärtigt, daß die Handelsſtatiſtik für 1900 den Wert der deutſchen Ausfuhr nach Amerika mit 433 Millionen Mark, den der nordamerikaniſchen Ausfuhr zu uns mit 1025 Millionen Mark, alſo 592 Millionen Mark Unterbilanz für Deutſchland, und bezüglich Rußlands 1898 unſere Ausfuhr mit 437 Millionen, die ruſſiſche mit 716 Millionen, alſo 279 Millionen Mark zu unſern Ungunſten bewertete, ſo bewieſen dieſe Zahlen, daß Rußland wie Nordamerika ſich in ihr eigenes Fleiſch ſchneiden würden, wenn ſie einen vertragsloſen Zuſtand herbeiführen wollten. 93 Prozent unſerer Roggeneinfuhr

komme aus Rußland; wo solle Rußland sonst mit seinem Roggen hin? Für unsere Industrie sei zu bedenken, daß sich die Ziffern der Einfuhr von Eisen und Stahl aus Amerika folgendermaßen stellten: 1898 = 334 Millionen Mark, 1899 = 441 Millionen Mark, 1900 = 546 Millionen Mark, pro anno also über 100 Millionen Mark Steigerung. Weit über die Hälfte der Gesamteinfuhr aus Nordamerika entfalle auf Eisen und Stahl; dies zeige, daß der amerikanische Import nicht nur ruinös für unsere Landwirtschaft, sondern auch höchst gefährlich für unsere Industrie sei. Die steigenden Exportziffern Amerikas wären die schlagendste Widerlegung des freihändlerischen Trugschlusses, daß ein Land mit hohen Schutzzöllen nicht exportfähig bleibe. Im Vordergrund des Kampfes stände die Frage der Getreidezölle. Darüber habe Redner erst in diesem Winter eingehend im Reichstag gesprochen,[1]) er wolle seine Zuhörer daher nicht mit erdrückendem Zahlenmaterial ermüden, sondern nur wiederholt erwähnen, daß der Großgrundbesitz, also der Besitz über 1000 Hektar, nur 3 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands ausmache, und daß ihm Briefe aus Süddeutschland von Besitzern von 3 Hektar vorgelegen hätten, die nachgewiesen, daß sie Getreide verkaufen und deshalb ein Interesse am Getreidezoll hätten. Die „Rheinische Volksstimme" schrieb im Februar, daß eine Gemarkung von 500 Hektar mit 140 kleinen Besitzern jährlich durchschnittlich 11000 Zentner Getreide im ungefähren Wert von 84500 Mark verkauft habe. Wie wenig der Zoll die Preise beeinflusse, zeigen folgende Zahlen: Der Durchschnittspreis von Weizen und Roggen hätte betragen:

1871—1880 [also ohne Zoll] 223 bezw. 173 Mark,
1881—1890 [1—5 Mark Zoll] 176 bezw. 150 Mark,

in dem Teurungsjahr

1891 214 bezw. 219 Mark,
1892—1898 [bei 3½ Mark Zoll] 160 bezw. 126 Mark.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Redner führte weiter aus, unter Bezugnahme von Autoritäten wie: Professor Wagner, Märker, Delbrück, Ruland, daß Deutschland sehr gut imstande sei, seinen Getreidebedarf bei ausreichendem Schutz selbst zu produzieren. Er ging

[1]) Vgl. die Reden vom 25. und vom 29. Januar oben S. 254 ff. und S. 274 ff.

dann kurz auf die immer noch ausstehende Reichsfinanzreform ein, die Miquel als sein Programm bezeichnet habe, in dem Sinne, daß das Reich in seiner Finanzgebarung unabhängig von den Einzelstaaten werden solle. Der erste Reichskanzler sei noch weiter gegangen und habe als erstrebenswertes Ziel hingestellt, daß das Reich in die Lage kommen müsse, an die Einzelstaaten herauszuzahlen, um diese noch mehr am Bestande des Reiches zu interessieren. Leider läge die Finanzreform in weitem Felde, auch da fehle die Führung der Regierung. Die unter den Begriff Arbeiter- und Invalidenversicherung fallenden Gesetze seien weiter ausgebaut worden. Sehr wünschenswert sei die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversorgung: dazu brauchten wir aber die Finanzreform, die beabsichtigten Zollerhöhungen allein würden nach dieser Richtung kaum ausreichen. Daß die viel angefochtene Bäckereiverordnung immer noch nicht revidiert sei, wäre bedauerlich, auch da spräche vielleicht Byzantinismus nach unten mit. In dem Ausschuß, von dem sie ausgegangen sei, habe ein Sozialdemokrat gesessen.

Schließlich gedachte Fürst Bismarck der Stellungnahme zu unseren Landsleuten dänischer und polnischer Zunge, die ihn ebenfalls zum Reden im Reichstag veranlaßt hätten, und erwähnte den Ausspruch eines unserer höchsten Beamten, daß Caprivis Polenpolitik uns um 30 Jahre zurückgebracht hätte. Hinsichtlich der auswärtigen Lage sei die allgemeine Empfindung, daß wir anders dastünden, als vor zwölf Jahren; bei der Mehrheit der Bevölkerung und der Presse herrsche darüber eine gewisse Unruhe. Auf die Ursachen, insoweit sie nicht für alle aufmerksamen Zeitungsleser zutage lägen, könne er nicht eingehen, da das zu weit führen würde. Die auswärtige Politik sei nicht eine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Der verewigte Fürst Bismarck habe in seiner 40jährigen politischen Laufbahn Stein auf Stein künstlerisch zusammengetragen, um uns eine so gesicherte auswärtige Stellung in der Welt zu verschaffen, wie das nach menschlicher Kraft möglich gewesen sei. Ein Kunstwerk, dessen Herstellung ein Menschenalter beansprucht, könne mit wenigen Pfunden Sprengstoff in einer Minute zerstört werden; ähnlich verhalte es sich mit der auswärtigen Politik, und der erste Reichskanzler habe oft betont, daß Versäumnisse darin schwer wieder gut zu machen wären, wenn die Pfade einmal unversehens auseinander gegangen seien. Redner sprach die Hoffnung aus, daß es

unserer auswärtigen Politik gelingen werde, nicht nur in Ostasien, sondern überall Irrwege und Fallgruben zu vermeiden, so daß uns der Friede gewahrt bleiben möge, dieses köstliche Gut auf Erden, dessen Erhaltung unser allerhöchster Herr selbst als sein vornehmstes Ziel bezeichnet habe.

53. Rede. Im Reichstag.

Am 4. März 1902.[1])

Etat des Auswärtigen.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1902, speziell des Etats des Auswärtigen Amtes, sieht sich Fürst Bismarck durch eine Aeußerung des Abgeordneten Dr. Barth veranlaßt zu einem Exkurs über die Vermengung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen der großen Nationen.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich habe mir das Wort nur erbeten, um eine zweifelnde Anfrage des Herrn Dr. Barth zu beantworten. Der Herr begann seine Rede, in welcher er gegen Herrn v. Kardorff polemisch vorging, mit der, wie ich vorhin sagte, zweifelnden Frage, ob der erste Reichskanzler jemals eine Aeußerung wirklich amtlich getan hätte, wie Herr v. Kardorff sie vorhin erwähnte, daß man nämlich in der Vermengung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen der großen Nationen vorsichtig sein sollte. Ich darf Herrn Dr. Barth verweisen auf die Rede, in welcher der erste Reichskanzler das ausdrücklich vor dem Reichstag gesagt hat; es war die Rede vom 5. Dezember 1876. Einige der hier anwesenden Herren werden sich vielleicht darauf noch besinnen; der vorgenannte Herr war damals vielleicht nicht Mitglied. Da heißt es wörtlich:

> Die politischen Verhältnisse balanzieren sich in sich; die Bekämpfung der wirtschaftlichen kann man nur auf wirtschaft-

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Session, S. 4564 f.

lichem Gebiet ſuchen. Wird das wirtſchaftliche Gebiet uns als Kampfplatz verſchloſſen, ſo ſind dies alles Worte,

— nämlich das, was damals geſprochen wurde, —

die nutzlos die ſehr beſchränkte Zeit der Herren hier vergeuden, und nicht bloß die der Herren, ſondern auch die unſrige. Es iſt eben hier ein Wortgefecht, das wir ſchon oft durchgemacht haben und was immer ohne Reſultat geblieben iſt.

Inwieweit die letzten Worte auf die heutigen Tage paſſen, will ich unerörtert laſſen.

(Heiterkeit.)

Ich wollte bloß Herrn Dr. Barth die erbetene Auskunft geben, und möchte ſie noch kurz dahin geſchichtlich erläutern, wie es, glaube ich, auch vom erſten Reichskanzler mitunter geſchehen iſt, daß die alten Beziehungen zwiſchen Rußland und Dentſchland dieſe eben verleſenen Worte beſtätigen. Man braucht nur zu erinnern an die wirtſchaftlichen Reibungen zwiſchen Friedrich Wilhelm III. und Nikolaus I. in der autokratiſchen Zeit, wo an der Grenze geſchoſſen wurde, wo gegenſeitig Gefangene gemacht wurden und wo die größte Intimität zwiſchen den beiden Ländern in politiſcher Beziehung beſtand.

(Hört! hört! rechts.)

Später haben wir mit Rußland mancherlei Friktionen auf wirtſchaftlichem Gebiet gehabt; viele Klagen ſind hier laut geworden ſeit 1876. Wenn ich mich nicht irre, war damals der Ausgangspunkt die plötzliche Erhebung des Zolles in Gold.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch ſpäter haben wir wirtſchaftliche Schwierigkeiten mit Rußland gehabt und waren dabei politiſch immer ſehr intim.

Mit Oeſterreich ſind wir verbündet geweſen, auch ohne den 1891er Handelsvertrag zu haben, der mit Recht als eine Art Tributzahlung aufgefaßt werden konnte, die die Engländer nannten buying off the barbarians, wie im ſpäteren Rom, das ſich Feinde durch Tribut fernhielt, während wir von Oeſterreich keine Unfreundlichkeiten zu erwarten haben. Wir haben gerade während der größten Intimität mit Oeſterreich keinen Handelsvertrag oder ſo gut wie keinen gehabt. Die wenigen Paragraphen, die damals formell beſtanden, hatten keinen erheblichen Wert.

Dann sehen Sie sich unsere Beziehungen zu Frankreich, diesem großen, reich entwickelten Lande, an. Wir haben seit einigen dreißig Jahren noch immer nicht die nahen politischen Beziehungen mit Frankreich, die man wohl wünschen könnte. Trotzdem haben wir mit ihm die besten wirtschaftlichen Beziehungen.

Diese drei Beispiele werden genügen, um die Worte, die ich verlesen habe, zu bestätigen.

Wenn dann der Herr Abgeordnete Dr. Barth Gelegenheit genommen hat, ein Loblied auf den von ihm so hoch verehrten Grafen Caprivi zu singen in bezug auf die Handelsverträge, so sollte ich meinen, es würde dem Andenken dieses Herrn besser genügt, wenn man darüber den Mantel der christlichen Liebe decken wollte.

(Lebhafte Zurufe links. Sehr richtig! rechts.)

Es ist nicht nur den orientierten und informierten Staatsmännern und Nationalökonomen bekannt, sondern hat auch in vielen Zeitungen gestanden, daß die österreichischen Bevollmächtigten sich 1890/91 gewundert haben über die große Bereitwilligkeit, die sich von deutscher Seite zu Konzessionen geltend gemacht hat. Ich weiß persönlich, daß die Herren Instruktionen gehabt haben, die weiteres Entgegenkommen ermöglichten

(hört! hört! rechts);

aber die deutschen Bevollmächtigten hätten — wie es in Wien hieß — solche Eile gehabt, zum Abschluß zu kommen, daß die österreichischen nicht in die Lage gekommen wären, die Begünstigungen, die sie Deutschland zu bieten hatten, an den Mann zu bringen.

(Hört! hört! rechts.)

Nun ist ja auch wohl der großen Mehrheit des Reichstags in den letzten zehn Jahren die Ueberzeugung gekommen, daß die Handelsverträge im großen und ganzen nicht zum Vorteil unseres Nationalwohlstandes waren

(lebhafte Zustimmung rechts);

sonst würde sich nicht eine erheblich größere Majorität als 1879 finden, die mit der Grundidee des neuen Zolltarifentwurfs einverstanden ist. Die Majorität von 1879 war nur einige 20 Stimmen, und jetzt würden sich, sobald man sich über einige Meinungsverschiedenheiten einigte, fast 180 Stimmen Mehrheit finden, die sich prinzipiell auf den Boden der Regierung und darüber hinaus stellen.

Ich werde die Herren hier nicht weiter ermüden; wenn ich auf alles Gehörte eingehen wollte, würde ich ſtundenlang reden müſſen und mich vielleicht zum Hausleerer ausbilden. Ich will nur noch hinweiſen auf die Rede, die ich vor zwei oder mehr Jahren hier gehalten habe, und die auch als Antwort auf eine Aeußerung des Herrn Abgeordneten Barth dienen könnte, daß nämlich die Zeit nicht richtig wahrgenommen wurde zwiſchen März 1890 und Februar 1892, um unſeren Tarif nach oben zu reformieren.[2]) Herr Dr. Barth hat mit großem Nachdruck und mit Recht darauf hingewieſen, daß wenn gar nicht verhandelt worden wäre, 1892 ein Chaos eingetreten ſein würde. Ich hatte mir erlaubt, auszuführen, daß alle Vorbereitungen getroffen waren — ich nannte den Namen des Grafen von Berchem —, um damals einen Doppeltarif auszuarbeiten, daß darüber die Kriſis kam, alles liegen gelaſſen, und ſpäter nur raſch auf Abſchluß gearbeitet wurde. Ich darf hinweiſen auf die Verhandlungen von 1879, wo der große Tarif in wenig Monaten durch Bundesrat und Reichstag ging. Wir hätten die Beiſpiele befolgen ſollen, die kleinere Staaten, wie Rumänien und die Schweiz, gaben, die vor Ablauf der Handelsverträge ihre Tarife ad hoc erhöhten. Unſere Bevollmächtigten konnten im übrigen auch nicht genug bieten, weil unſere Tarife zu niedrig waren. Das ſoll nun jetzt nachgeholt und wird hoffentlich erreicht werden, obwohl noch nicht zu wiſſen iſt, was im Schoße der Götter liegt, das heißt, was daraus werden wird. Ich möchte hier Herrn Barth an das Wort erinnern, das ich früher brauchte und das mir zu meinem Bedauern ſeine Mißbilligung eintrug, daß ich es nämlich für einen Fehler des Grafen Caprivi gehalten hätte, daß er die entgegengeſetzte Politik vom nationalen Standpunkt aus verfolgt hätte, wie der erſte Reichskanzler und ſpäter der einflußreiche Miniſter Miquel, indem er den Apfel der Zwietracht zwiſchen die produktiven Stände geworfen hätte.

Auf die Einzelheiten, die der Herr Abgeordnete Beckh beleuchtet hat, will ich nicht eingehen, ſondern bloß meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß dieſer Herr Anlaß genommen hat, die Anerkennung auszuſprechen, die auch auf der anderen Seite des Hauſes dem erſten Reichskanzler für die Führung der auswärtigen Politik bewahrt wird.

[2]) Vgl. z. B. S. 167 und S. 203.

In den auswärtigen Beziehungen gehören die wirtschaftlichen Beziehungen zu den fremden Staaten in hervorragendem Maße, und nach dem, was ich dem Herrn Abgeordneten Barth habe vorlesen können, bin ich überzeugt, daß er im Anschluß an den Herrn Abgeordneten Becky sich nun auch dessen Ausspruch aneignen wird.

(Beifall rechts.)

54. Rede. Im Herrenhause.

Am 19. März 1902. [1])

Elbe-Trave-Kanal.

Zur Beratung stand der Staatsvertrag zwischen Preußen und Lübeck betr. die „Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben auf dem Elbe-Trave-Kanal" vom 13. Nov. 1901. Der Berichterstatter beantragte, dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, anläßlich des vorliegenden Vertrages möchte ich einige Worte sprechen als Anwalt von Eingesessenen meines Kreises Lauenburg, die durch diesen Kanal wesentliche Schädigungen erlitten haben und immer noch auf Abhülfe warten. Ich bin um so eher in der Lage, mich zum Mundstück für diese meine Kreisgenossen zu machen, als ich persönlich gänzlich unbeteiligt an der Angelegenheit bin und bezüglich dieses Kanals weder für noch gegen ein Interesse habe. Zur Begründung meiner Worte möchte ich einige Sätze vorausschicken.

Meine Herren, Sie haben gehört, daß dieser neue Vertrag die Polizeigewalt über den Kanal, der zu drei Vierteln seiner Länge auf preußischem Gebiete läuft, in die Hände des Staates Lübeck legen soll. Schon durch den Vertrag von 1893, den der Herr Berichterstatter anführte, ist die Verwaltung, wie es darin heißt, lediglich Lübeck übertragen. Es ist schon an und für sich ein immerhin seltenes Vorkommnis, daß ein fremder Staat innerhalb des preußischen Gebietes einen großen

[1]) Verhandl. d. Herrenhauses, 1902. S. 28 f.

Teil der Polizeigewalt, also Hoheitsrechte, ausübt, und diese Tatsache allein ist dazu angetan, um Lübeck eine Ehrenpflicht aufzuerlegen, für die geschädigten Anlieger des Kanals zu sorgen. Aber es sprechen noch erhebliche andere Gründe als diese äußerlichen dafür mit.

Es wird vielen der Herren bekannt sein, daß dieser Elbe-Trave-Kanal für die Stadt Lübeck eine Lebensfrage geworden war, nachdem der Nord-Ostsee-Kanal gebaut war. Auf eine detaillierte Begründung dieser Tatsache will ich nicht weiter eingehen, um nicht zu viel Zeit in Anspruch zu nehmen. Aber das Faktum allein, daß der Staat Lübeck über zwei Drittel der Kosten freiwillig übernommen hat, beweist, daß Lübeck ein vorwiegendes Interesse an dem Kanal hat; das preußische Interesse daran ist ein in die Ferne gehendes und auf die Elbschiffahrt basiertes. Aber der Kreis Herzogtum Lauenburg, dessen Interesse an dieser Wasserstraße ein fragwürdiges bleibt, ist trotzdem in die Lage gebracht worden, in dem Vertrage zwischen beiden Staaten als winziger Bruchteil des einen ein erhebliches Präzipuum bezahlen zu müssen, das 600000 Mark bar und verschiedene Lasten beträgt, die Hunderttausende nach Kapitalwert repräsentieren.

Meine Herren, diese Leistung des einen Kreises nach diesem Staatsvertrage berechtigt in der Tat zu der Erwartung, daß seine geschädigten Einwohner nicht durch die Anlage des Kanals zu kurz kommen, der in der Hauptsache dem Staate Lübeck zu gute kommt.

§ 4 des uns vorliegenden Vertrages besagt: „Die der Kanalverwaltungsbehörde in Lübeck unterstellten Lübeckischen Kanalbeamten üben auf Preußischem Gebiete diejenigen Befugnisse aus u. s. w.", die sonst nur preußische Beamte ausüben. Das ist eine Bestätigung des Ausnahmefalles, der, wie ich schon zu sagen mir erlaubte, für Lübeck eine Ehrenpflicht konstituiert. Wir gönnen in Lauenburg als nahe Nachbarn der alten großen Hansestadt Lübeck alles Gute und hoffen, daß Lübeck nicht nur durch diesen Kanal, sondern auch sonst gedeihen wird. Aber die Lauenburger Anlieger erwarten wohl mit Recht, daß Lübeck als reicher Nachbar sich ihrer Schädigungen annimmt, zumal in der Hauptsache kleine Leute betroffen sind.

Meine Herren, alle, die an Wasserstraßen oder in deren Nähe wohnen, werden mir darin beipflichten, daß die Klagen stets dieselben sind; sie erstrecken sich immer auf zwei Gebiete: entweder hat man

zu viel oder zu wenig Wasser, je nach der Jahreszeit und je nach der Führung einer künstlichen Wasserstraße, wenn es sich um eine solche handelt, wie in dem vorliegenden Fall. Nun ist dieser Kanal, der vor etwa 1 3/4 Jahren eröffnet wurde, teilweise über Terrain geführt, teilweise hat er so tief gelegt werden müssen, daß der Kanalwasserspiegel 4 m unter dem Grundwasserspiegel liegt. Die Schäden, die dadurch erwachsen, brauche ich für Sachverständige hier nicht weiter zu pointieren. Es ist klar, daß in einer Hinsicht viele gute Wiesen versauern und versumpfen und daß andere magere Landstriche, die als feuchte Hochmoore angemessenes Futter für Vieh gaben, so vertrocknet sind, daß sich Risse zeigen, welche verhindern, daß Vieh und Menschen sich darauf bewegen, ohne Knochenbrüche zu riskieren.

Nun ist jetzt schon festgestellt — in diesen wenig über 1 1/2 Jahren des Bestehens —, daß in dem Kanalgebiet die Viehhaltung der Anlieger zurückgegangen ist. Da es sich um kleine Besitzer handelt, so ist das um so bitterer zu beklagen. Den Leuten würde voller Ersatz auch nicht geschaffen sein, wenn man Mittel hätte, die früher feuchten Moore in Acker umzuwandeln, weil sie mit ihrem mageren Boden auf Viehhaltung angewiesen sind. Immerhin ist es für die hochgelegenen Gegenden das einzige Mittel, Abhülfe zu gewähren.

Ich will Ihnen die beweglichen Schilderungen, die ich hier in Denkschriften und Gutachten vor mir liegen habe, ersparen und werde mir vorbehalten, die betreffenden Papiere der Königlichen Staatsregierung einzureichen, wenn diese, wie ich hoffe, bereit sein wird, sie entgegenzunehmen.

Abgeholfen könnte den dringendsten Schäden werden einmal durch Anlegung von Entwässerungsgräben, zweitens durch Gewährung billiger Vorschüsse an diejenigen Eigentümer, die ihre trocken gelegten Hochmoore in mäßige Felder umwandeln wollen. Nun fehlt den Besitzern selbst dazu aber das Nötigste, das Geld, und das Ansuchen, das ich an die Königliche Staatsregierung richte, spitzt sich dahin zu, daß ich sie bitte, ihren mächtigen Einfluß bei Lübeck geltend zu machen, daß der Lübische Senat nicht nur Entgegenkommen, sondern schleunige Beihülfe gewähre, um den dringlichsten Schäden abzuhelfen. Es heißt auch hier: bis dat, qui cito dat. Wie ich anführte, ist der Kanal noch jung. Trotzdem haben sich seit seinem Bestehen schon jetzt manche

„Der Papa hat ſoeben Deine Rede in den „N. N.“ (Berliner Neueſte Nachrichten. D. Hrsg.) geleſen und läßt Dir ſagen, daß Du nach ſeiner Meinung ſehr gut geſprochen hätteſt; er hätte nur dasſelbe ſagen können, würde es wohl in etwas gröberer Form getan haben, was aber mit ſeiner miniſteriellen Stellung zuſammengehangen haben würde.“

32. Im Reichstag

16. November 1896.[1])

Perſönliche Bemerkungen.

Begründung, Beantwortung und Beſprechung der Interpellation des Abg. Grafen von Hompeſch, betr. den angeblich zwiſchen Rußland und dem Deutſchen Reich beſtandenen geheimen Vertrag.

Vor dem Grafen Bismarck hatten u. a. geſprochen Graf Mirbach[2]), der Abgeordnete Richter in der damals ihm geläufigen Weiſe, geradezu gehäſſig aber der ſüddeutſche Abgeordnete Haußmann[3]).

Aus der Rede des Abg. Haußmann ſei diejenige Stelle, auf die Graf Bismarck nachher replizierte, hier angeführt. Er ſagte:

„Wenn Sie (Graf Mirbach) überzeugt ſind von der Berechtigung des Angriffs des Fürſten Bismarck, und daß es ein patriotiſches Werk

[1]) Stenogr. Ber., IX. Leg.-Per., 4. Seſſion, Bd. V, S. 3291.

[2]) Dem Grafen Mirbach dankte Fürſt Otto v. Bismarck für ſeine Rede mit folgenden Zeilen:

Friedrichsruh, 19. November 1896.

Verehrter Graf!

Nachdem ich heute Ihre Reichstagsrede vom 16. c. im ſtenographiſchen Wortlaut geleſen habe, möchte ich nicht unterlaſſen, Ihnen meinen herzlichen Dank für die Vertretung meiner Perſon auszuſprechen. Ich erlaube mir damit den Ausdruck meiner Anerkennung für die redneriſche Darlegung Ihrer Auffaſſungen zu verbinden und für die feine Ironie Ihrer Ausführungen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

Ein ausführlicher Bericht über die Reichstagsſitzung vom 16. November 1896 iſt mitgeteilt in meinem Werke „Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung“, Bd. VII, S. 158—185. Der Herausgeber.

[3]) Conrad Haußmann, Rechtsanwalt in Stuttgart, vertritt ſeit 1890 den 9. württembergiſchen Wahlkreis (Balingen-Rottweil) und hat ſich der Volkspartei angeſchloſſen.

Die preußische Staatsverwaltung wird zweifellos Veranlassung nehmen, einen ehemals blühenden Landstrich mit verhältnismäßig geringen Mitteln zu schützen und nicht zu Grunde gehen zu lassen. Die Kanalanlage ist ein industrielles, für weit gedehnte Staatsgebiete nützliches Unternehmen, welches unmöglich derartige Lasten und Schäden auf die Schultern einiger Landwirte wälzen darf.

Nun, meine Herren, wir haben den Vorgang gehabt, daß bei dem Nordostseekanal das Reich nach dem Grundsatz ex aequo et bono Entschädigungen gewährt hat. Auf Vorstellungen und Betreiben der holsteinischen Abgeordneten ist den Anliegern des Nordostseekanals auch da, wo rechtliche Ansprüche nicht zu begründen waren, aus Billigkeitsgründen Ersatz für nachweisbare Nachteile zu teil geworden. Die Staatsregierung ist auch in der Provinz Brandenburg in der Lage gewesen, aus den gleichen Rücksichten Grundstücke und Güter anzukaufen, obwohl keine direkte Verpflichtung bestand, weil sie einsah, daß die Betroffenen durch Kanal- und Wasseranlagen so viel Schaden erlitten hatten, daß sie auf den Punkt des Ruins geführt wurden.

Ich habe über diese Sache wohl schon zu lange gesprochen und will mich nur noch darauf beziehen, daß zu meiner Freude unser allgemein geschätzter früherer Landrat Graf Finck von Finckenstein hier anwesend ist, in dessen ganze Amtszeit in Lauenburg der Kanalbau fiel. Dieser Herr wird in der Lage sein, meine Angaben aus eigener Erfahrung und besserer Sachkenntnis zu bestätigen.

Zum Schluß erlaube ich mir die Zuversicht auszusprechen, daß die Königliche Staatsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um auf Lübeck zu wirken und im Verein mit Lübeck dahin tätig zu werden, daß den schweren Mißständen der unbemittelten Anlieger des Travekanals abgeholfen und die jetzt bei diesen herrschende Mißstimmung in Zufriedenheit umgewandelt werde.

55. Rede. Im Herrenhauſe.

Am 5. Mai 1902.[1])

Polenfrage.

Bei der Etatsberatung entſpinnt ſich eine lebhafte Debatte über die Polenfrage.

Fürſt von Bismarck:

Meine Herren, ich bitte um Entſchuldigung, wenn ich auch einige Worte in der ſchon ſo lang ausgeſponnenen Polendebatte ſpreche. Ich würde aber die Sitzung mit einem peinlichen Gefühle verlaſſen, wenn ich heute nicht Zeugnis ablegte in dieſem Saale, in dem im Januar des Jahres 1886 der damalige Miniſterpräſident ſeine großen Polenreden gehalten hat. Wenn ſich in der Zwiſchenzeit manches geändert hat, ſo iſt das, wie ich fürchte, nur zum Nachteil des Deutſchtums an der Oſtgrenze der Fall geweſen. Es ſind ſeitdem in der Behandlung der polniſchen Dinge, wie faſt auf allen Gebieten, Schwankungen vorgekommen, die uns, wie mir hohe und höchſtgeſtellte Beamte mitgeteilt haben, um Jahrzehnte zurückgeworfen haben. Mit um ſo größerer Befriedigung und Dankbarkeit muß jeder deutſch fühlende Mann es empfinden, wenn die heutige Regierung wieder zurückkehrt zu den bewährten Traditionen nicht nur der achtziger Jahre, ſondern der Zeiten Friedrich Wilhelms III., in denen die Intereſſen des preußiſchen Staates und des Königtums am beſten wahrgenommen wurden und die in dem Namen Flottwell verkörpert ſind. Wenn einer der Herren Vorredner vom harten Eiſen geſprochen hat, das noch härter werden ſoll, ſo möchte ich das dahin interpretieren, daß Herr von Burgsdorff damit nicht gemeint zu haben braucht, daß angriffsweiſe vorgegangen werden ſolle, ſondern daß er nur unſer aller Wunſche Ausdruck verliehen hat, der ſich dahin präziſieren läßt, daß die Königliche Staatsregierung den Fuß beim Male halten und nicht zurückweichen möge. Das wäre im Intereſſe des im Oſten bedrängten Deutſchtums ſchon ſehr dankenswert, damit es nicht weiter an Terrain und an Mut verliert.

Es hat ſchon Herr von Below-Saleske in ſehr treffender Weiſe

[1]) Verhandl. d. Herrenhauſes 1902, S. 194 f.

auf die Ausführungen der beiden Herren mit polnischem Namen, die uns heute so lange unterhalten haben, erwidert. Ich möchte aber auch meinerseits gegenüber einer unrichtigen Behauptung des Herrn von Kościelski betonen, daß der Verein der Deutschen, welcher sich seit 1894 auf die damals von Thorn aus ergangene allerhöchste Aufforderung zusammengeschlossen hat, nur zur Abwehr gebildet worden ist, und ich muß dem umsomehr Nachdruck verleihen, als ich persönlich in der Lage war, vor mehr als Jahresfrist im Reichstag einem sehr nahen Freunde des Herrn von Kościelski, dem geistlichen Herrn von Jazdzewski, entgegenzutreten [1]), welcher etwas Aehnliches behauptete. Dort waren wir in einem etymologischen Streit über das Wort Phalanx geraten, welches dieser Herr falsch anwandte. Ich betonte auch damals, daß es lediglich eine Verteidigungsstellung sei, die das Deutschtum gegenüber polnischem Boykott eingenommen hätte, eine Stellung, die allen, welche dem Verein angehören, aufgedrungen war zum Schutze des Deutschtums. Da ist es wirklich naiv, behaupten zu wollen, daß jener Verein etwas anderes als die Abwehr bezweckte, und wenn die Königliche Staatsregierung dem Verein seine Tätigkeit erleichtert, so tut sie nichts weiter als ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit im Namen des Deutschtums und der preußischen Staatsinteressen.

Daß unsere Mitbürger polnischer Zunge nicht die genügende Beteiligung in unserem öffentlichen Leben in Preußen und Deutschland hätten, ist doch auch eine Behauptung, die mindestens sehr merkwürdig genannt werden muß. Herr von Below hat bereits mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß nicht nur, seitdem wir ein Deutsches Reich, sondern auch, seitdem wir in Preußen eine Verfassung haben, also seit mehr als einem halben Jahrhundert, die Polen bei uns die vollständigste Freiheit haben, wie sie sie in Oesterreich erst seit den sechziger Jahren erlangt haben und wie sie sie in Rußland vielleicht nie erlangen werden.

(Zustimmung.)

Woran liegt es also, daß die Herren sich nicht am öffentlichen Staatsleben beteiligen? Ich weiß nicht, was die Herren wollen. Daß man etwa einen Herrn rein polnischer Gesinnung zum Oberpräsidenten

[1]) Vgl. oben S. 289 ff.

von Posen machen soll, werden Sie doch nicht verlangen, weder der Herr Fürst von Radziwill noch Herr von Kościelski.

(Heiterkeit und Bravo!)

Herr von Kościelski hat ja vor einigen Jahren, wie es in dem alten Stück heißt, sein Herz entdeckt, allerdings nicht bei uns, sondern in Galizien. Früher habe ich geglaubt, daß er anders zur Polenfrage stehe, als er es in Lemberg präzisierte; daß er heute im preußischen Herrenhause hervorgehoben hat, er wolle nichts anderes sein und bleiben als Preuße und nur seine polnische Sprache behalten, wollen wir mit Dank anerkennen. Einer der Herren Vorredner hat hervorgehoben, daß die Herren polnischen Namens, die hier im Hause verhältnismäßig milde reden, nicht als Prototype der ganzen polnischen Bewegung aufgefaßt werden können. Wenn die anderen etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen polnisch redenden Preußen ebenso dächten, wie der Herr Fürst Radziwill und Herr von Kościelski sich heute ausgesprochen haben, dann würde auch die Königliche Staatsregierung andere Saiten aufziehen können. Niemand wird glauben, daß es seitens der Staatsregierung als eine Genugtuung oder gar als ein Sport betrachtet wird, immer gegen die Polen Stellung zu nehmen. Es handelt sich um die dira necessitas der Selbsterhaltung. Wenn die Polen sich ebenso korrekt verhielten wie etwa, ich will einmal sagen die französisch sprechenden Staatsangehörigen an der westlichen Grenze oder die Wenden in der Lausitz, die in eigener Sprache pastorisiert werden, dann würde von einer polnischen Frage bei uns gar keine Rede sein. Jetzt handelt es sich bei uns aber um die Wiedergewinnung deutschen Sprachgebietes, das schon vor Jahrhunderten deutsch gewesen ist.

Es muß fernerhin immer wieder hingewiesen werden auf die Uebergriffe, die in Landesteilen stattfinden, die zu dem alten Königreiche Polen, wie wir es geographisch verstehen, gar nicht gehört haben, nämlich Oberschlesien, das schon vor 600 Jahren, rund gesprochen, nicht unter polnischer Botmäßigkeit stand; trotzdem hat sich dort eine großpolnische Agitation entwickelt, von der vor 30, 35 Jahren

(Zuruf: 25 Jahre!)

— also vor 25 Jahren — noch keine Rede war, und da liegt leider die Tatsache vor, daß die Freiheit, die den polnisch redenden Agitatoren durch Presse und Parlament gegeben ist, stark gemißbraucht wird.

Von wo diese agitatorische Tätigkeit inspiriert wird, will ich nicht näher untersuchen, sondern nur feststellen, daß sie erst seit etwa drei Jahrzehnten nach Oberschlesien hineingetragen ist, wo sonst die treuesten Untertanen des Königs von Preußen durch 150 Jahre gesessen haben. Das muß doch wahrhaftig zur Abwehr auffordern. Sogar manche Herren, die im Reichstage dem Zentrum angehören und polnisch sprechende Wähler in Schlesien haben, sind bedenklich geworden und werden dem Grafen von Hoensbroech dankbar sein, daß er einen ori d'alarme hat ertönen lassen. Es könnte einen zur Heiterkeit auffordern, daß die polnischen Minenarbeiter in der Dortmunder Gegend einen eigenen Bischof für ihre etwa 200000 Seelen haben wollen, wenn die Sache nicht so ernsten Hintergrund hätte. Ich will keine Zahl mit Sicherheit nennen, aber wieviel es auch sein mögen, so ist es eine unmögliche Zumutung, mitten im deutschesten Deutschland einen polnischen Bischof zu verlangen, wo gewiß an Geistlichen deutscher Zunge kein Mangel ist.

Daß von seiten der Regierung und der deutschen Patrioten verlangt wird, daß die Untertanen polnischer Zunge Deutsch lernen, sollten diese nur dankbar anerkennen; denn die polnische Sprache ist keine Kultursprache wie die deutsche. Und wenn Herr von Kościelski von sittsamen Kindern gesprochen hat, denen Aufklärung als Strafe beigebracht werden soll, so ist es immer noch besser als Strafe, als gar nicht; denn die Kinder würden im späteren Leben zurückkommen, wenn sie nicht Deutsch lernen und Deutsch sprechen. Ich habe vorhin von Oberschlesien gesprochen. Meine Herren, die Mitglieder des Hohen Hauses aus dieser großen und schönen Provinz wissen genau, wie es dort aussieht und welche Mühe sich unser verehrter Herr Kollege, der Fürstbischof Kardinal Kopp, gibt, das Deutschtum in Schlesien hochzuhalten gegen alle möglichen feindlichen Bestrebungen. In demselben Sinne, wie jener hohe Kirchenfürst wirkt, ist früher auch in Posen und Westpreußen gewirkt worden; seitdem aber ein Mitglied der Slachta — darf ich wohl sagen — Erzbischof von Gnesen geworden ist und nicht ein Deutscher, wie ihn der jetzige Papst in voller Wertschätzung der Verhältnisse seinerzeit auf Vorschlag der preußischen Regierung einsetzte,[*])

[*]) Erzbischof Dinder, im Jahre 1886 (gest. 30. Mai 1890).

hat auch die Poloniſierung bei uns verſchärft eingeſetzt. Es wäre nach meiner Anſicht Selbſterhaltungspflicht der Regierung geweſen, der Berufung des als politiſcher Dioskurenbruder des Herrn von Jazdzewski prononzierten Abgeordneten von Stablewski auf den erzbiſchöflichen Stuhl zu widerſtreben.

Ich will nicht weiter hierauf eingehen, ich glaube die Sachlage genugſam beleuchtet zu haben für alle, die verſtehen wollen. Möchten die Herren, die preußiſche Untertanen polniſcher Zunge ſind und bleiben wollen, ſoweit ſie öffentlich auftreten und mitwirken, ſich losſagen von ſolchen bedauerlichen Ausſchreitungen, wie ſie uns Herr Graf Hoensbroech geſchildert hat, und möchten ſie der Aufforderung des Herrn Miniſters des Innern[4]) Folge leiſten, der ihnen zurief: kämpfen Sie im Namen Ihres Preußentums dagegen, auch in polniſcher Sprache, wenn es nötig iſt. Dann wird man erſt glauben, daß Sie aufrichtigen Herzens das ſind, was Sie immer bleiben müſſen: preußiſche Untertanen.

Bei derſelben Rede von 1886, auf die ich mich eingangs bezog, hat der damalige Miniſterpräſident die Herren der polniſchen Fraktion im Hauſe der Abgeordneten gefragt: Iſt einer von Ihnen da, der ſein Ehrenwort geben kann, daß er nie und nimmer an eine Wiederherſtellung des Königreichs Polen denkt? Die Herren haben geſchwiegen und ſind ehrlich genug geweſen, das Ehrenwort nicht zu geben; ſie können es nicht geben, denn in ihrem tiefſten Innern werden ſie niemals die großpolniſche Bewegung vollſtändig ableugnen, obgleich viel Freude und Ehre mit dem alten Königreiche Polen nicht einzulegen war. Wenn der Herr Miniſter von dem Verlangen der Errichtung einer großpolniſchen Satrapie, einer Art Perſonalunion, ſprach, ſo hat er vergeſſen zu fragen, ob dabei auch wieder der polniſche Reichstag eingeführt werden ſollte. Würde Polen jemals mit einem Reichstage hergeſtellt, ſo würde es nicht eine Generation lang dauern, bis eine neue Teilung vorgenommen werden müßte. Laſſen Sie ab von dieſen Utopien, verſtändigen wir uns unter uns, daß wir alle gute Preußen ſein wollen, ob wir nun deutſch oder polniſch ſprechen, und helfen Sie uns, daß auch die irregeführten und weniger patriotiſch geſinnten

[4]) Freiherr v. Hammerſtein.

Einwohner unserer östlichen Provinzen endlich denselben staatlichen Standpunkt einnehmen, auf dem dieses Haus in seiner Gesamtheit steht.

(Lebhaftes Bravo.)

56. Erklärungen im Reichstag.

Am 11. Juni 1902.[1])

Zuckersteuer. Der Brüsseler Vertrag über die Behandlung des Zuckers.

Zu dem Antrage Herold und Genossen, daß die Ratifikation der Brüsseler Konvention nicht früher erfolgen dürfe, als das Gesetz wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist, bemerkte der Abgeordnete Dr. Barth:

„Was wäre wohl geschehen, wenn unter dem Fürsten Bismarck etwas Aehnliches passiert wäre? Ich sehe unter den Antragstellern auch den Namen des Fürsten von Bismarck, des Sohnes des ersten Reichskanzlers. Wenn man dem ersten Reichskanzler mit solch einem Antrage gekommen wäre! Der würde uns eine Rede gehalten haben über Parlamentsherrschaft, über Konventsgelüste

(sehr richtig links!),

die den Reichstag beseelten. Er hat das Wort von den Konventsgelüsten häufig genug ausgesprochen, wo es durchaus nicht am Platze war. Hier aber wäre es am Platze."

Darauf antwortete Fürst Herbert von Bismarck:

Meine Herren, die direkte Apostrophe des Herrn Abgeordneten Barth nötigt mich zu zwei kurzen Sätzen der Erwiderung. Ueber die Tragweite, die Berechtigung und die Bedeutung des zurückgezogenen Antrags haben die Herren Abgeordneten Herold und Graf Kanitz so gründliche Erklärungen abgegeben, daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen habe.

Ferner ist gerade der Herr Abgeordnete Barth wohl der am wenigsten berufene Interpret eventueller Stellungnahme des ersten Reichskanzlers auf wirtschaftlichem Gebiete.

(Sehr richtig! rechts. Lachen links.)

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Session, S. 5618.

Ich will auf das Sachliche nicht weiter eingehen, ſondern meine Unterſchrift nur damit erklären, daß man hier einer in gewiſſem Sinne einem Sprung ins Dunkle zu vergleichenden Maßnahme gegenüberſtand, die nach Auffaſſung der meiſten Kommiſſionsmitglieder doch ſehr übers Knie gebrochen war.

In bezug auf die eventuelle Stellungnahme des erſten Reichskanzlers und die Verbindung, in die der Herr Abgeordnete Barth mich damit zu bringen für gut befand, möchte ich nur ſagen: tempora mutantur — damals waren andere Zeiten, als der erſte Reichskanzler die deutſchen Intereſſen zu vertreten hatte.

(Sehr richtig! und bravo! rechts. Lachen links.)

Der Reichskanzler Graf von Bülow erwiderte auf die Aeußerung über den „Sprung ins Dunkle“:

„Meine Herren, ich kann eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Fürſten von Bismarck nicht unerwidert laſſen. Der Herr Abgeordnete hat gemeint, die Brüſſeler Zuckerkonvention ſei übers Knie gebrochen und ihre Annahme würde ein Sprung ins Dunkle ſein. Das vermag ich nicht zuzugeben. Ich habe mich ſeinerzeit bei der erſten Leſung der Konvention nicht gegen eine Kommiſſionsberatung ausgeſprochen, ich habe dem Vorſchlag des Herrn Staatsſekretärs des Reichsſchatzamts, während der Pfingſtpauſe dieſes hohen Hauſes noch Sachverſtändige der Zuckerinduſtrie zu vernehmen, bereitwillig zugeſtimmt. Was ich während der erſten Leſung der Vorlage geſagt hatte, daß dieſe Vorlage nicht über das Knie gebrochen, daß ſie nicht durchgepeitſcht werden ſollte, dieſe Zuſage glaube ich auf das gewiſſenhafteſte eingelöſt zu haben.

(Sehr richtig! links.)

Jetzt aber, meine Herren, wer zwei Monate nach der Veröffentlichung der Konvention, wer angeſichts des ungeheuren Materials, das über die Konvention vorliegt, und — ich geſtatte mir hinzuzufügen — wer nach einer dreitägigen Debatte über die Konvention noch nicht weiß, welche Stellung er gegenüber der Konvention einnehmen ſoll — ja, was ſoll ich davon denken!“

Sofort erfolgte die Antwort des Fürſten von Bismarck:[2])

Fürſt von Bismarck:[3])

Meine Herren, ich bin durch die ſoeben gehörten Worte des Herrn Reichskanzlers leider noch einmal genötigt, das Wort zu ergreifen.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O. S. 5614.

Der Herr Reichskanzler hat selber mit gehobener Stimme gesagt, es handle sich bei dieser Vorlage um ein ungeheures Material. Meine Herren, dieses Material ist für uns erst urteilsreif geworden durch die Kommissionsberatungen und durch die Zugänglichmachung der Konferenzprotokolle. Die Kommission hat ihren Bericht am Sonnabend fertiggestellt, und vom Sonnabend abend bis Montag früh ist nur Zeit gewesen für die, die nicht Mitglieder waren, den Bericht und das ganze Material durchzuarbeiten und sich über die Bedeutung der Protokolle ein Bild zu machen. Da muß ich sagen, für alle, die nicht Sachverständige sind und nicht Mitglieder der Kommission waren, handelt es sich in der Tat um einen Sprung ins Dunkle.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich könnte, wenn ich indiskret sein wollte, manche von den angesehensten und ältesten unserer Kollegen namhaft machen, die mir sagten, sie wären sehr zweifelhaft, wie sie ihre Stimmen abgeben sollten, eben weil das von dem Herrn Reichskanzler hervorgehobene ungeheuerliche Material sich nicht so schnell übersehen ließe. Eine gründliche Prüfung seitens der Sachverständigen hat schwerlich erfolgen können, dazu hätten alle Sachverständigen die Protokolle kennen müssen. Einer meiner Herren Nachbarn hier hatte gestern eine Liste von einigen 60, ja nahezu 70 Zuckerfabriken hier, welche sich gegen die Konvention erklären. Das zeigt doch, daß die Sachlage noch nicht genügend geklärt ist. Ich will gern glauben, daß die verbündeten Regierungen und der sachverständige Herr Reichskanzler

(Heiterkeit)

an der Spitze vollständig überzeugt sind, daß sie das Beste tun mit dieser Vorlage; aber wenn nahe an 70 große Zuckerfabriken aus dem ganzen Reiche sich gegen eine sie nahe betreffende Maßregel aussprechen, so beweist das, daß die Ueberzeugung von der Richtigkeit der Vorlage noch nicht genügend durchgedrungen ist, und ich kann nicht umhin, meine vorigen Worte aufrecht zu erhalten, daß es sich in gewissem Sinne um einen Sprung ins Dunkle handelt — die Worte klingen vielleicht zu schroff, ich kann sie daher gern einschränken und sagen, daß es sich um eine Maßregel handelt, deren Wirkung man heute noch nicht nach allen Seiten beurteilen kann, und daß es daher etwas für sich gehabt hätte, beiden Teilen die Möglichkeit zu geben, nach einigen Jahren

dazu erneut Stellung zu nehmen. Es wäre ja ſehr erfreulich, wenn die vielen Zuckerfabriken, die ich vorhin nannte, in ein paar Jahren die Meinung gewännen, daß in der Tat die Regierungen klüger geweſen ſind als ſie und als eine Anzahl Mitglieder des Reichstags, dann würden dieſe die erſten ſein, die das heute von ihnen geforderte Opfer des Intellekts bringen und zuſtimmen würden. Wie aber die Sache heute liegt, muß ich die Berechtigung meiner vorhin geſprochenen Worte aufrecht erhalten.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Reichskanzler Graf von Bülow:

„Ich werde den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fürſten von Bismarck nur einen kurzen Satz entgegenſtellen. Ich habe als erſter Beamter im Reich nicht allein die Pflicht, die Intereſſen von Zuckerfabriken zu berückſichtigen, ſondern vor allen Dingen habe ich die Pflicht, die Intereſſen der Geſamtheit zu wahren.

(Bravo!)

Und ich glaube, daß die Intereſſen der Allgemeinheit am beſten gewahrt werden durch die Annahme der Konvention.“

(Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Fürſt von Bismarck:

Daß der erſte Beamte des Reiches den Intereſſen der Allgemeinheit dient, iſt ſo ſelbſtverſtändlich, daß die Emphaſe, mit der der Herr Reichskanzler es für erforderlich hält, darauf beſonders hinzuweiſen, mich wunder nimmt.

(Sehr gut! rechts.)

Aber für alle Abgeordneten, die hier die Vertreter des geſamten Volkes ſind, darf ich dasſelbe beanſpruchen, nämlich, daß wir gerade ſo gut die Intereſſen der Allgemeinheit vertreten

(ſehr wahr! rechts),

und ich weiſe die Andeutung von mir, als ob ich ein Intereſſent an Zuckerfabriken wäre und als ob ich für deren Spezialzwecke eingetreten wäre. So etwas liegt mir ſehr fern. Ich habe der Ueberzeugung der Zuckerfabriken nur ein gewiſſes Gewicht vindiziert, im übrigen aber meine Meinung lediglich vom allgemeinen Standpunkte dahin ausgeſprochen, daß zu eilig vorgegangen ſei.

(Bravo! rechts.)

57. Rede. Im Herrenhause.

Am 12. Juni 1902. [1])

Polenfrage.

Es handelt sich um die Erhöhung des der Staatsregierung zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen zur Verfügung gestellten Fonds von 200 auf 350 Millionen Mark. Der Gesetzentwurf ist vom Abgeordnetenhause unverändert angenommen worden.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, die heutigen Reden sind zum Teil so inhaltreich, daß sie einen höchst umfangreichen Stoff zur Beantwortung geben könnten. Ich will mich indessen in bezug auf das Sachliche dem Standpunkte meines verehrten politischen und persönlichen Freundes, des Herrn Grafen von Mirbach, anschließen und es dessen beredterem Munde überlassen, bei der Spezialdiskussion dasjenige zu sagen, was auf die verschiedenen Pointen, die die heutigen Redner hervorgehoben haben, zu erwidern ist. Nur auf einige dieser Pointen möchte ich mir einzugehen erlauben, wenn auch bloß in aphoristischer Weise; ich bin überzeugt, daß ich mir die Dankbarkeit der Herren verdiene, wenn ich mich dieser Sprechart befleißige und von einer sachlich aufgebauten Rede Abstand nehme. Nachdem ich vor einigen Wochen Anlaß hatte, in einer damals stattgefundenen Polendebatte [2]) einige Worte zu sagen und nachdem der damalige Hauptredner und Monomachus der Polen, Herr von Kościelski, heute wieder auf den Plan getreten ist, möchte ich einige seiner Worte beleuchten.

Der verehrte Herr hat seine Rede begonnen mit der kleinen Fabel von dem bekannten harmlosen Tier, dem Kaninchen. Ich möchte ihm eine andere Fabel entgegensetzen, die wir aus Aesop und Phädrus kennen, die Fabel von dem Lamm und dem Wolf und dem getrübten Bach. In wirtschaftlicher Beziehung trifft es heute zu, daß der polnische Wolf das Lamm ungerecht beschuldigt und bedrängt.

(Zuruf.)

[1]) Verhandl. des Herrenhauses. 1902. S. 389 ff.

[2]) Vgl. die Rede vom 5. Mai 1902, oben S. 828 ff.

Ich darf wiederholen, daß der polnische Wolf das Lamm anschuldigt, welches oberhalb des Wolfes aus dem Bache trinken will. Ich darf die Fabel als bekannt voraussetzen.

(Zuruf: Umgekehrt!)

Herr von Kościelski sagt: das Umgekehrte ist richtig; ich glaube, in diesem Hohen Hause steht er allein mit dieser Auffassung, und ich will ihm mein Bedauern über diese Ausnahmestellung nicht vorenthalten. Ferner wurde Herr von Kościelski ein wenig sentimental. „Crois-tu m'attendrir?", sagte einst der Russe auf Aeußerungen polnischer Gefühlspolitik, und es gelang nicht. Auch Herr von Kościelski wird das nicht gelingen, wenn er heute weinerlich von angeblichen „Beulen und Schwären" der Polen spricht. Ich meine, wer die Geschichte kennt, wer zurückblickt auf die herrlichen Taten des Deutschen Ordens, auf die Deutschen Ritternamen, deren Repräsentanten aus Westfalen noch heute in diesem Hause sitzen und deren Vorfahren das Deutschtum geschützt haben, dort in jener ragenden Feste an der Nogat; wer ferner auf die Zeiten schaut, die dem schönen Blühen des Ordens folgten, der braucht nur die Namen Tannenberg und Thorn zu nennen, um festzustellen, daß Narben und Wunden dem deutschen Körper im Osten polnischerseits viel schlimmer beigebracht worden sind als umgekehrt.

Herr von Kościelski entwickelte als sein Programm: „Wir bleiben Polen". Ich möchte dafür lieber gesehen haben: Wir bleiben Preußen, wenn auch mit polnischer Sprache. Alle Herren, sowohl vom Ministertische wie aus dem Hause, sind darin vollständig einig und teilen die Auffassung des Herrn von Kościelski, daß niemand die polnische Sprache ausrotten will. Es wäre auch ein vergebliches Bemühen, eine Sprache ausrotten zu wollen, wenn sie sich nicht im Laufe der Jahrhunderte von selber dem Verschmelzungsprozeß hingibt, wie es in einigen Sprachinseln vorkommt; mit Gewalt ist da nichts zu machen.

Bezüglich des Programms des Herrn von Kościelski darf im übrigen wohl auf die Worte hingewiesen werden, die er in Lemberg gesprochen hat, wo er sich anscheinend mehr zu Hause fühlte als im preußischen Herrenhause, auf der dortigen Landesausstellung im Jahre 1894. Sie lauteten:

Die Teile unſeres nationalen Geſamtorganismus, die ſich ihrer Zuſammengehörigkeit bewußt ſind, unterſtützen ſich auch wechſelſeitig, und einer lernt vom andern.

Alſo die preußiſchen Polen von den galiziſchen.

Wir haben von euch öffentliches Wirken,

— ſagt Herr von Kościelski —

Sammeln der Kräfte und politiſche Klugheit gelernt, die dem Eingeweihten Schweigen gebietet und ihm nicht geſtattet, laut auszuſprechen, was ausgeſprochen nur ſchaden, niemals nützen könnte.

Das iſt die alte Empfehlung des franzöſiſchen Staatsmanns Gambetta in bezug auf die Revanche, das „pensez y toujours, mais n'en parlez jamais.“ Alſo Herr von Kościelski iſt ein gelehriger Schüler des größten franzöſiſchen Staatsmanns der letzten dreißig Jahre.

Nachdem ich dieſes feſtgeſtellt habe, kann ich mich mit der letzten Metapher des verehrten Herrn beſchäftigen, in der er von ſeinem letzten Traumbild ſprach und in pathetiſcher Form das Justitia fundamentum regnorum der Preußiſchen Regierung anzuempfehlen beliebte. Hand aufs Herz: das letzte Traumbild jedes polniſchen Mannes — ſollte es nicht das Polen von 1772 ſein? Ich will das nicht weiter verfolgen, aber mit dem Traumbild hat, glaube ich, Herr von Kościelski ſich vergriffen.

Der Herr Miniſterpräſident hat uns einen Paſſus verleſen aus einem Blatte, das er „Wochenſchrift“ nannte. Herr von Kościelski hat neulich das Blatt „Teka“ weit von ſich gewieſen und jede Verbindung mit dieſer Schrift beſtritten, Herr Graf von Hoensbroech hatte daraus zitiert; ich glaube, es iſt inzwiſchen an der preußiſchen Grenze verboten. Aber das polniſche Blatt, das der Herr Miniſterpräſident vorhin erwähnte, hat die gleiche Tendenz; ausſprechen kann ich es nicht, es heißt Przeglond Wszechpolski.

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, wenn Sie über meine Ausſprache lachen, ſo tut mir das leid, ich habe leider in meiner Jugend keine polniſchen Stunden gehabt.

Der Herr Miniſterpräſident hat ſich leider verſagt, den Schluß vorzuleſen, in dem Sienkiewicz vorkommt, den Herr Oberbürgermeiſter

Delbrück als besonders milde bezeichnete und über den Herr von Kościelski vor fünf Wochen sagte, daß es eine unglaubliche Ignoranz wäre, wenn die Deutschen nicht wüßten, daß er seit 50 Jahren nicht mehr lebe. Dort heißt es: „So wie die alten Bauern in der Erzählung von Sienkiewicz in der Schlacht bei Grunwald, so wird das ganze polnische Volk im preußischen Teile Polens einmütig aufbrechen, schwer atmend und stöhnend, sich auflehnend, die Fäuste ballend, seine erregten Nerven mit der ganzen Willenskraft im Zaume haltend und mit Sehnsucht, aber zugleich mit wahrhaft bäuerischer, bewunderungswürdiger Geduld wartend auf den Augenblick, wenn vernehmlich das siegreiche Losungswort erschallen wird: Schlagt los auf die Hundekerls!" — Das Blatt steht dem Herrn von Kościelski zur Verfügung.

Wenn ich mich nun kurz mit dem überreichen Stoffe aus den andern Reden aphoristisch beschäftigen darf, so möchte ich zunächst meinen vollen Beifall aussprechen, daß vom Ministertische gesagt ist, das französische Sprichwort sei für uns zutreffend, daß man pour la gloire de la patrie immer reich genug sein müsse. Dabei erinnere ich aber als Vorbedingung an das andere Wort eines französischen Staatsmannes: faites moi de la bonne politique et je vous ferai de bonnes finances. Für die bonnes finances kommt es auf das Geschick der Regierung an.

Wenn darauf hingewiesen ist, auch seitens des Herrn Ministerpräsidenten, daß die Lage der deutschen Bauern in Posen eine wirtschaftlich schwache sei, so müssen wir das alle mit Bedauern bestätigen. Hier liegt einer der wundesten Punkte für die Bestimmungen des Ansiedelungsgesetzes, welcher deutsche Bauern und kleine Besitzer schaffen will. Herr Oberbürgermeister Delbrück und die andern Herrn haben auf die Tatsache hingewiesen, daß der Deutsche, der weiter westlich geboren ist, ungern in Posen wohnt. Das ist leider nicht zu ändern. Wir müssen ihm also die Existenz möglichst angenehm machen; besonders wenn der Landwirt selbständig gemacht werden soll, muß er in eine bessere Situation gebracht werden, als er im Westen sich befindet, sonst wird es nicht gelingen, ihn heranzuziehen. Das wird Zweck und Aufgabe der wirtschaftlichen Politik sein, und wir wollen hoffen, daß die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre sich so zugkräftig erweisen wird, daß es gelingen wird, die deutschen Ansiedler durch die Hoffnung

auf eine beſſere Exiſtenz, als ſie ſie im Weſten haben, anzulocken. Derſelbe Gedanke iſt von der Königlichen Staatsregierung im anderen Hauſe in bezug auf die Beamten und Lehrer ausgeſprochen worden, wo geſagt worden iſt, ſie ſollten beſſer geſtellt werden und einen gewiſſen Vorzug in ihren materiellen Bezügen haben. Wird es möglich gemacht, ſolche Vorteile auch kleinen Beſitzern zuzuwenden, dann bin ich überzeugt, daß es gelingen wird, ſie in Polen feſtzuhalten, aber auch nur dann. Im übrigen wäre es ja möglich, die Anſiedelungen auf dreißig Jahre, wie Herr Fürſt Hatzfeldt gemeint hat, feſtzulegen. Eine Generation iſt immerhin ein Gewinn. Aber die große Gefahr bei kleinen Anſiedlern iſt die, daß ſie ſelbſt oder ihre Söhne Polinnen heiraten. Bei der überlegenen Energie und bei den verführeriſchen Eigenſchaften, die den Polinnen innewohnen, iſt es eine bekannte Tatſache, daß faſt jeder Deutſche, der eine Polin heiratet, ſeine Kinder polniſch erziehen läßt, und dann iſt wieder alles verloren. Wie man dieſer Gefahr begegnen ſoll, das weiß ich nicht, verbieten kann man das doch nicht. Man kann doch der Polin nicht ihre glänzenden Eigenſchaften nehmen und nicht ihre Herrſchertalente, die ſie bekanntlich wie alle Slavinnen hervorragend beſitzt. Der Deutſche unterwirft ſich den Reizen der Polin nur zu willig, und das iſt begreiflich, wenn man die Polinnen kennt, wie ſie ſich zu geben verſtehen.

Ich komme nun auf die Domänen und begrüße den darauf bezüglichen Vorſchlag als den beſten. Ich bin überzeugt, daß, ſoweit es ſich durchführen läßt, das Geld gut angelegt werden könnte. Damit knüpfe ich an die Worte des Herrn Delbrück an. Ob Landkauf eine gute Anlage ſein wird, hängt ſchließlich davon ab, wie ſich die Situation der geſamten Landwirtſchaft ſtellt, ob man Domänenpächter findet, die eine, wenn auch billige Rente an den Staat bezahlen können. Verſchiedene der Herren Vorredner haben ſich dagegen ausgeſprochen. Wenn aber auch die Domänenpächter polniſche Arbeiter gebrauchen, ſo wird doch ihr Einfluß auf dieſelben erzieherlich wirken. Schnell geht es überhaupt nicht; die Kontinuität, das iſt es, worauf es ankommt, das iſt die Hauptſache. 50 bis 60 Jahre ſind in dieſer Beziehung erforderlich. Hätten wir nicht die Schwankungen gehabt, die uns Jahrzehnte zurückbrachten, dann würden wir ſehr viel weiter ſein.

(Sehr richtig!)

Einer der Herren Vorredner hat auf England und Irland Bezug genommen. In England ist ja, wie mir ein englischer Staatsmann, als ich amtlich dort tätig war, bestätigte, das Unglück das, daß häufig Regierungen, um die Majorität zu haben, Konzessionen an Irland machten und daß deshalb die Politik keine stetige war. Hätte man dort auch nur fünfzig Jahre hintereinander dasselbe System den Irländern gegenüber befolgt, so wäre man wohl längst mit ihnen fertig, zumal zwischen England und Irland ja nicht einmal eine sprachliche Verschiedenheit besteht. Wegen der Schwankungen hat aber England bisher die irische Frage nicht zu lösen vermocht. Sie haben doch gelesen, wie in dem englischen Parlamente geradezu landes- und hochverräterische Reden von den Irländern gehalten worden sind und unter dem Schutze der Immunität gehalten werden können.

In bezug auf den Begriff des gentleman, von dem Seine Hoheit der Herzog zu Schleswig-Holstein gesprochen hat, möchte ich nur an das französische Wort erinnern: „à gentilhomme gentilhomme. à corsaire corsaire et demi."

Der Herr Oberbürgermeister Witting hat davon gesprochen, man solle die Situation nicht falsch beurteilen, die Presse werde überschätzt. Das ist ja leider überall der Fall. Wo gibt die Presse wirklich die Stimmung des Volkes wieder? Es ist ja auch offenbar, daß die Arbeit der Journalisten, die den verschiedensten Einflüssen unterliegen, sehr cum grano salis aufzunehmen ist. Ich habe aber in einer sehr patriotischen Zeitung, die allerdings dem Herrn von Kościelski nicht gerade zusagen wird, in dem „Graudenzer Geselligen"

(v. Kościelski: Aha!),

den guten Gedanken gefunden, es wäre bedauerlich, daß man in den östlichen Provinzen nicht dasselbe Verfahren beobachten könne, wie im Reichslande, wo auch nach Aufhebung des Diktaturparagraphen die Bestimmung fortbestände, daß französische Zeitungen neben dem französischen Text auch noch den deutschen wiedergeben müssen. Ich glaube, es würde die Aufsicht für die Behörden in Posen erleichtern, wenn es sich im Wege der Gesetzgebung durchführen ließe, daß auch alle polnischen Zeitungen neben dem polnischen Text den deutschen bringen müßten, und ich wollte nicht unterlassen, die Anregung, die in der Graudenzer Zeitung gegeben war, mir zu eigen zu machen.

Ich möchte die Herren nicht weiter ermüden und bloß noch einmal meine Genugtuung aussprechen darüber, daß die Vorlage eingebracht ist, und meine Hoffnung, daß die Kontinuität, die Fürst Hatzfeldt advozierte, nicht fehlen wird in der energischen Durchführung der jetzt in Angriff genommenen Maßregeln, die, wie der Herr Ministerpräsident sagte, nur der erste Wechsel sind, dem weitere folgen sollen. Möge nicht wieder eine Zeit der Schwankungen kommen, und möge die preußische Regierung nach dem Bibelwort verfahren: Halte fest, was du hast, daß niemand deine Krone nehme.

(Lebhaftes Bravo!)

58. Rede. Im Reichstag.

Am 16. Januar 1903.[1])

Meistbegünstigungsverträge.

Unter den zum Zolltarif gestellten Resolutionen befinden sich zwei, die sich auf die sofortige Lösung der Meistbegünstigungsverträge beziehen; sie tragen die Namen der Abgeordneten Heyl zu Herrnsheim, Graf v. Kanitz und v. Kardorff, die andere Speck und Genossen.[2])

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich habe mich zum Wort gemeldet, um vor allem meine Befriedigung darüber auszudrücken, daß Herr Graf Posadowsky gestern erklärt hat, es würde den verbündeten Regierungen eine große Freude bereiten, wenn sie zum Abschluß eines Tarifvertrags mit den Vereinigten Staaten kommen würden; denn dieser Ausdruck des Herrn Grafen Posadowsky beweist, daß die Regierung sich bemühen wird, dazu zu gelangen, und bei der Tüchtigkeit, die, wie schon von einem der Herren Vorredner anerkannt worden ist, unser ministerielles Organ in dieser Richtung besitzt, haben wir also Aussicht, zu einem besseren Vertragsverhältnis mit der großen nordamerikanischen Union zu kommen als jetzt.

Meine Herren, der Hauptzweck der Resolution, wie sie eingebracht

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Session, S. 7345 ff.

[2]) Drucksachen Nr. 783 und 789.

und vertreten worden iſt, liegt darin, daß ſie im allgemeinen Intereſſe des Nationalwohlſtandes den jetzigen ſchlechten und nachteiligen Zuſtand, in dem wir uns mit den Vereinigten Staaten befinden, aufheben und durch einen beſſeren erſetzen will. Ich glaube, darüber wird Einſtimmigkeit im Reichstag herrſchen, daß das wünſchenswert iſt. Wie das zu machen iſt, das iſt Sache der Regierung. Aber ich glaube, bei den vielen ſachkundigen Abgeordneten, die hier im Reichstag ſitzen, wird auch Herr Graf Poſadowsky dankbar ſein für die Anregungen, die ihm hier gegeben werden, und die er im einzelnen noch weiter verfolgen kann. Herr Graf Poſadowsky hat in ſeiner vorgeſtrigen Rede zugegeben, daß reine Meiſtbegünſtigungsverträge — wie Herr Freiherr v. Heyl heute entwickelt hat, handelt es ſich bei den Reſolutionen allein um dieſe — ſchwere Laſten mit ſich bringen. Dieſes Anerkenntnis von dem Regierungstiſche iſt in dem Sinne zu begrüßen, daß es uns von dieſem unbequemen und nachteiligen Meiſtbegünſtigungsvertrag mit Nordamerika befreien wird.

Ich habe mit Genugtuung konſtatiert, daß der Herr Abgeordnete Gothein am Schluß ſeiner Rede in viel milderem Sinne über den Zolltarif geſprochen hat, als das in den Organen und Verſammlungen ſeiner Partei noch bis vor wenigen Wochen und Monaten geſchehen iſt.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Da wurde immer geſagt: es iſt unmöglich, mit dieſem Tarif Handelsverträge abzuſchließen. Die Regierung wurde angegriffen, die Mehrheit hier wurde angegriffen. Jetzt hat der Wortführer der Handelsvertragsfreunde per excellence, der Herr Abgeordnete Gothein, die Möglichkeit zugegeben, daß günſtige Handelsverträge damit abgeſchloſſen werden könnten.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Das begrüße ich. Ich glaube, wenn noch längere Zeit dahingegangen ſein wird, wird dieſes Zugeſtändnis zu einer Gewißheit bei ihm werden.

Ferner iſt auch bei ihm zu begrüßen, daß er erklärt hat, dieſe jetzigen dreimonatlichen Handelsbeziehungen mit Nordamerika müßten gekündigt werden mit Rückſicht auf den Abſchluß mit den anderen Vertragsſtaaten von Europa. Das iſt hervorzuheben, weil es gerade von

dieser ausschließlich freihändlerischen Seite als eine günstige Feststellung zu bezeichnen ist.

Meine Herren, das Abkommen von 1900 und seine Vorgeschichte bedarf meiner Ansicht nach noch einer kurzen Beleuchtung in der Richtung, daß unsere Unterhändler, welche immer das sein mögen, möglichst vorsichtig gemacht werden, daß ihnen sozusagen das Gewissen geschärft wird, damit sie nicht wieder solche für uns nachteiligen Abkommen wie das heute mehrfach erwähnte Saratogaabkommen abschließen.

Das Abkommen vom Juli 1900 hat insofern noch einen zweifelhaften Charakter, als es fraglich erscheint, ob es nicht hätte dem Reichstag vorgelesen werden müssen. Der Herr Graf v. Posadowsky hat das verneint; ich will das nicht weiter urgieren, ich will bloß darauf hinweisen, daß in einzelnen Preßorganen die Sache als zweifelsfähig bezeichnet worden ist. Es handelt sich darin außerdem nicht einmal um die volle Meistbegünstigung, und ich habe mir das Wort erbeten, um dies heute noch klarzustellen. Es hat das, soweit ich gehört habe, noch keiner der Herren Redner hervorgehoben; wir sind nämlich doch differenziert, nämlich Portugal gegenüber in bezug auf Schaumwein.

(Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Die ganze Konzession, die uns Amerika in diesem Abkommen gemacht hat, verhält sich, wie uns Herr v. Heyl bereits gesagt hat, wie 1 : 100. 3½ Millionen haben wir Vorteile und die Amerikaner, glaube ich, 368 Millionen. Wir haben die volle Reziprozität den Amerikanern gegenüber bewiesen, indem wir ihnen die Vertragsbedingungen mit den fünf Staaten, die der Herr Abgeordnete Gothein vorhin aufführte, schriftlich zuerkannt haben. Die Amerikaner haben aber gerade in bezug auf Schaumwein, der doch auch ein wichtiger deutscher Exportartikel ist, einen Vorbehalt zu Gunsten Portugals gemacht und ihn differenziert, so daß eine volle Reziprozität nicht gegeben ist.

Ferner handelt es sich um den Zucker in den westindisch-englischen Kolonien und in Portoriko, der eben so bevorzugt ist trotz dieses Abkommens vom Juli 1900 vor den Deutschland zugebilligten Konzessionen.

(Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Endlich besteht noch die Gefahr des Abschlusses mit Kuba. Voraussichtlich wird, nachdem der Präsident Roosevelt schon mehrere Ablehnungen erfahren hat, ihm dies nicht wieder passieren und ist kaum anzunehmen, daß der Senat den Vertrag mit Kuba ablehnt. Dieser Vertrag mit Kuba, den einer der Herren Vorredner erwähnte — ich glaube, der Herr Abgeordnete Lucke —, enthält aber nicht nur 20prozentige Vorzugszölle auf Zucker, sondern auf alle Waren, was also eine viel erheblichere Einschränkung bedeutet. Er liegt bisher, wie gesagt, noch nicht vor; immerhin halte ich es für richtig, auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit der Regierung zu lenken.

Ferner kommt als vierter Punkt noch der sogenannte Bitterschnaps in Frage, der nach einem Bescheide aus dem Reichsamt des Innern, also wohl auf Veranlassung des Herrn Grafen Posadowsky ausdrücklich ausgenommen ist, während Frankreich eine günstigere Verzollung dieses Bitterschnapses genießt als wir. Dieser Bescheid ist im März 1901 ergangen, und es heißt ausdrücklich:

> Boonekamp-Bitter, der als Bitterschnaps nach § 292 des Tarifs einem Zoll von 2,25 Dollar für das Gallon von Normalstärke unterliegt, genießt, wenn er französischen Ursprungs ist, die im Reziprozitätsvertrage mit Frankreich vereinbarte Zollermäßigung für Liköre. Dagegen hat derartiger Bitter deutschen Ursprungs auf diese Zollermäßigung keinen Anspruch, da sich das Reziprozitätsabkommen mit Deutschland nur auf die im § 289 des Tarifs aufgeführten Branntweine in anderen aus Getreide oder anderen Stoffen hergestellten oder destillierten Spirituosen bezieht.

Ich habe, da es bisher nicht geschehen, es für nötig gehalten, diese Punkte noch hervorzuheben, um zu betonen, daß selbst dieses sehr kümmerliche Abkommen vom Juli 1900 uns nicht einmal die volle Reziprozität gewährt.

Aber von diesem Abkommen hat der Herr Abgeordnete Speck schon gesagt, daß es von vielen und maßgebenden Seiten als eine Niederlage der Regierung, jedenfalls als ein Zukurzkommen von unserer Seite zu bezeichnen wäre, und als es vorlag, hat das führende Zentrumsblatt im Westen, die „Kölnische Volkszeitung", gesagt, „daß man eine besondere Freude über das Abkommen nicht empfinden könnte.

Ist es doch Deutschland allein, welches Zugeständnisse gemacht hat" u. s. w. Immerhin war die Sache zu begrüßen, wenn man sich die Zustände vergegenwärtigt, die vom Jahre 1891, speziell 1894 und 1897, bis 1900 herrschten, wo wir uns wirklich ohne Grund illoyal behandelt fühlen mußten und das peinliche Gefühl hatten, daß wir als gute Kunden und als eine selbständige Großmacht schlechter behandelt wurden als andere Mächte, und als wir andere Kontrahenten behandeln. Insofern war es immer vom Standpunkt des nationalen Ehrgefühls lebhaft zu begrüßen, daß diese Situation wenigstens prinzipiell aus der Welt geschafft wurde. Es war ein Erfolg unserer Regierung, daß sie die nordamerikanische zu der prinzipiellen Anerkennung brachte, daß diese uns bis dahin, wie vorhin gesagt wurde, illoyal oder ungerecht — ich will kein hartes Wort gebrauchen — behandelt hat. Sie werden sich alle der Debatte entsinnen, die etwa vor vier Jahren stattfand, wo der Herr Reichskanzler, damals noch als Staatssekretär, in die Debatte eingegriffen und auf eine Interpellation hin — ich glaube, sie ging von dem Herrn Grafen von Kanitz aus oder von Herrn Dr. Lieber, jedenfalls beteiligten sich beide Herren an der Debatte —, bevor die Besprechung begann, ein Schriftstück vorlas, dahingehend, daß die Beschwerden, die wir gegen die Vereinigten Staaten zu formulieren hatten, sich auf vier Punkte erstreckten, wo wir der Ueberzeugung waren und der ganze Reichstag mit der Regierung, daß die Unionsregierung uns gegenüber den Rechtsboden verlassen hatte. Damals waren es hauptsächlich die Herren Abgeordneten v. Heyl und Münch-Ferber, die uns das schätzbarste Material lieferten. Es wurde mit möglichster Milde debattiert, weil Verhandlungen schwebten. Das Ergebnis war das nach fünfviertel Jahren abgeschlossene Abkommen vom Sommer 1900, was, wie ich wiederhole, immerhin prinzipiell von Wichtigkeit war. Jetzt, nachdem wir den neuen Tarif haben, sollten wir es möglichst bald los zu werden suchen. Der Herr Abgeordnete Gothein meinte, daß wir benachteiligt werden würden, wenn es zu früh gekündigt würde. Ich will nicht sagen, daß es heute oder morgen oder nach einigen Wochen gekündigt werden soll, das muß selbstverständlich den Herren von der Regierung überlassen werden. So weit wollen wir besonders dem Herrn Grafen v. Posadowsky gegenüber nicht gehen, dem auch heute wiederholt volles Ver-

trauen ausgesprochen worden ist; kein Reichstagsmitglied wird das tun. Jenes höchst nachteilige Abkommen aber über Jahr und Tag bestehen zu lassen, halte ich nicht für richtig. Ich glaube, gerade die Amerikaner, die sehr gute und scharfe Rechner sind, werden sich viel schneller bereit finden lassen bei dem enormen Absatz, den sie zu uns hin haben — beinahe im Verhältnis 3 : 1 nach der Handelsbilanz, obwohl dieses von dem Herrn Vorredner als etwas Veraltetes hingestellt worden ist —, und um so rascher bei der Hand sein, um praktische Vorschläge zu machen, wenn wir mit der Kündigung nicht zu lange warten. Schlechter können wir ja nicht fahren als jetzt

(sehr richtig!),

wie immer der Vertrag auch werden mag.

Der Hauptfehler in unseren Handelsbeziehungen zu Nordamerika war das Saratogaabkommen, bei dem wir für eine geringe Konzession die ganze landwirtschaftliche Produktion preisgaben. Es war die frappanteste Verletzung des Rechtsbodens uns gegenüber, daß, obwohl das Saratogaabkommen in dem Sinne abgeschlossen wurde, welchen die Amerikaner später in dem alten preußischen Vertrage von 1828 § 9 hineininterpretierten, wir bald darauf differenziert wurden. Die damalige deutsche Regierung war der Ansicht, daß wir, solange unser Meistbegünstigungsverhältnis mit Nordamerika dauerte, immer dieselben Vergünstigungen genießen würden, die es anderen Staaten einräumte. Das ist hier die Ansicht gewesen fast bis 1897, zum Dingleytarif hin. Erst der Dingleytarif hat die damaligen Herren der Regierung aufgerüttelt, aber trotzdem nicht in genügendem Maße, denn man darf nicht Drohungen aussprechen, denen man keine Folge zu geben gewillt ist. Der damalige Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat hier im April oder Mai 1897 von der amtlichen Stelle aus erklärt: wenn der Dingleytarif Gesetz wird, ist es aus mit dem bisherigen Meistbegünstigungsvertrag und dem Saratogaabkommen. Diese Drohung ist leerer Dunst geblieben; erst 3 Jahre darauf sind wir zu dem für uns wenig vorteilhaften, prinzipiell nur bedeutungsvollen Abkommen gelangt, das jetzt besteht. Es empfiehlt sich nie, daß ein Regierungsvertreter Warnungen — um nicht das Wort Drohungen zu gebrauchen — ausspricht, die man nicht willens ist ganz prompt zu liquidieren; das setzt einen nur in Nachteil. Daß wir mit Zucker versus Getreide

beim Saratogaabkommen ein schlechtes Geschäft gemacht haben, wird niemand bestreiten.

Ich halte es für richtig, diese Situation zu beleuchten in den verschiedenen Etappen der Jahre 1891, 1894, 1897 bis 1899, wo die vier Beschwerdepunkte hier vorgelesen wurden, bis 1900, weil bei Diskussion dieser Vorfälle in breiter Oeffentlichkeit um so mehr unserer Regierung der Rücken und die Ueberzeugung gestärkt wird, daß es einer radikalen Aenderung unserer Handels- und Vertragsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten bedarf. In dieser Hinsicht möchte ich gleich eine Aeußerung des Herrn Gothein vorweg nehmen, mit der er erklärte, die Bemerkungen der Herren Grafen v. Kanitz und Freiherrn v. Heyl könnten der Regierung den Abschluß erschweren. Ich glaube gerade im Gegenteil

(sehr richtig! rechts),

daß der Regierung die Hände gestärkt werden, wenn unsere Unterhändler sagen können: „Wir sind die besten Kerls von der Welt, wir würden euch gern mehr geben, aber der böse Reichstag nimmt es nicht an, wenn wir euch zu sehr entgegenkommen". Je mehr hier im Reichstag die Trommel gerührt und gesagt wird: wir wollen uns nicht länger über den Löffel barbieren lassen, unsere Lammsgeduld wird sich endlich in Ungeduld verwandeln — desto erwünschter sollte es den Herren von der Regierung sein, und insofern war es ein Trugschluß des Herrn Gothein.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube viel eher, daß einige Aeußerungen, die er gemacht hat — ich will nicht so starke Worte gebrauchen, wie Patriotismus und Anwalt des Auslandes — nicht praktisch sind, will ich sagen. Wenn Herr Gothein bei seiner ja anerkannten Sachkenntnis und seinem großen Fleiße, in dem ihm vielleicht nur der Herr Graf v. Kanitz nahe kommt, dessen Fleiß er selbst wiederholt lobte, hier Berechnungen prozentualiter in die Welt hinaus macht, wie viel es den Amerikanern kostet, wenn ihr Weizen hier verkauft wird, so halte ich das nicht für praktisch. Die Amerikaner sind, wie Herr Gothein sagte, smart genug, um das selbst herauszufinden; wenn man sie besonders darauf hinweist, erschwert man unserer Regierung die Negotiation. Es ist nicht der richtige Weg für einen deutschen Volksvertreter, die ausländischen

Staaten darauf hinzuweiſen, inwieweit ſie durch Maßnahmen bei uns benachteiligt werden.

Der Herr Abgeordnete Speck hat eine vortreffliche Rede gehalten, die ich leider nicht mit habe anhören können, da ich an dem Tage durch wichtige Geſchäfte zu Hauſe gehalten war. Herr v. Heyl hat heute erklärt, der Unterſchied zwiſchen beiden Reſolutionen wäre nur ein diplomatiſcher. In dieſem Falle würde ich mehr dafür ſein, für die Reſolution Speck zu ſtimmen, nachdem das Herrn v. Heyl ebenſo recht iſt. Das Hauptmoment der Rede des Herrn Abgeordneten Speck beſteht darin, daß er hervorhob, dieſe Meiſtbegünſtigungsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten wären von größtem Nachteil für unſere Vertragsſtaaten. Das iſt ſchon oft hier geſagt worden und liegt ſo klar auf der Hand, daß man es nicht weiter hervorzuheben braucht. Ich weiß perſönlich, daß ſowohl Oeſterreich wie Rußland und Rumänien ſehr lange Geſichter machen, beſonders Oeſterreich, was in erſter Linie die Erfahrung machte, als ſie im Laufe der Zeit ſahen, daß ſie ſchließlich faſt gar keinen Vorteil von unſeren Konzeſſionen auf dem Gebiete der landwirtſchaftlichen Produktion hatten, die anfänglich ſchmunzelnd in die Taſche geſteckt waren, weil dieſe ſofort von den Meiſtbegünſtigungsländern in Nord- und Südamerika eingeheimſt wurden. Argentinien — darauf will ich mich jetzt nicht weiter einlaſſen — iſt ganz beſonders günſtig geſtellt in ſeinem Export nach Deutſchland, weil dort das hohe Goldagio als eine Art Exportprämie wirkt

(ſehr richtig! rechts);

ich weiß nicht, wie hoch es jetzt iſt, es betrug ſchon einmal faſt 300 Prozent. Daß wir Oeſterreich und Rußland, unſere nächſten Nachbarn, mehr begünſtigen ſollen als konkurrierende transozeaniſche Staaten, liegt auf der Hand; wir haben mit ihnen zu viele Beziehungen. Deshalb habe ich zu meiner Genugtuung — allerdings mit einem verwunderten Fragezeichen — in dem Zeitungsreferat geleſen, Herr Bernſtein habe auch gemeint, man könnte den amerikaniſchen Weizen mit Zuſchlägen belegen.

(Zuruf links.)

Das hat mich ſehr intereſſiert; ich weiß nicht, ob das Zeitungsreferat richtig iſt; das würde als ſehr ſchätzbares Material von der linken Seite des Hauſes der Regierung zu unterbreiten ſein.

Wenn ich mich einen Augenblick mit der Rede des Herrn Bernstein beschäftigen darf, so möchte ich zunächst hervorheben, daß nach diesem Zeitungsreferat einige Irrtümer oder Aeußerungen, die so klingen, darinstehen. Er sagte in bezug auf das Meistbegünstigungsverhältnis: „Haben wir dieses, so haben wir wenigstens eine Garantie, daß wir nicht schlechter behandelt werden als andere Länder.“ Ich habe eben bewiesen, daß wir 6 Jahre hindurch von Amerika doch schlechter behandelt worden sind als andere Länder. Also diese Garantie liegt nicht vor.

(Sehr richtig!)

Ferner hat er betont, daß Amerika zu uns lauter volkswirtschaftlich wichtige Artikel einführe, die wir anderswoher nicht bekommen könnten; er nannte dabei, abgesehen von Baumwolle, auch Petroleum, Mais, Schweineschmalz und Weizen. Nun, die letzten vier Produkte können wir auch aus anderen Ländern beziehen. Petroleum ist ja eines der Hauptkompensationsobjekte für Rußland. Es ist allgemein bekannt, daß die Petroleumquellen bei Baku unerschöpflich sind von Herodots Zeiten oder länger her. Auch Mais und Weizen können gerade so gut von den Ländern der Donautiefebene, von der Balkanhalbinsel und von Rußland in Massen geliefert werden. Gerade auf die Gewährung der Meistbegünstigung an Nord- und Südamerika ist es zurückzuführen, wenn der Export von da auf Kosten der eben genannten Länder so hoch gestiegen ist: in dem einen Jahre 1891 auf 1892 in Weizen um über 70 Millionen Mark, allein aus Nordamerika von 26 auf 97 Millionen! Vielleicht ist Herr Bernstein durch die letzte Zahl dahin gekommen, zu glauben, daß wir den meisten Weizen aus Nordamerika nehmen müßten. Soviel ich feststellen konnte, ist 1901 nach Deutschland aus Nordamerika so viel Weizen wie noch nie eingeführt worden, nämlich $1^1/_4$ Millionen Tonnen im Wert von 166 Millionen Mark! Der höchste Sprung war, wie gesagt, von 1891 auf 1892, nämlich von 26,4 auf 97,6 Millionen Mark. Diesen so gewaltigen Aufschwung hat die Weizeneinfuhr von Nordamerika genommen infolge des Meistbegünstigungsvertrages, von dem eigentlich Oesterreich-Ungarn den Vorteil haben sollte! Das gibt zu denken für die Abschlüsse, die mit den europäischen Vertragsstaaten bevorstehen. Ich glaube, daß da der Punkt ist, wo gegenüber Amerika eingesetzt

werden kann, indem wir den Amerikanern nachweisen, daß wir durchaus nicht, wie Herr Bernstein meinte, angewiesen sind auf den amerikanischen Weizenimport. Er sagte, gestützt auf ein Referat der „Post", das mir nicht bekannt ist, daß der Weizenexport aus Oesterreich nicht nur, sondern auch aus Rußland immer mehr zurückginge; das liegt nur an der Konkurrenz von Nord- und Südamerika.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir wirklich die Vergünstigungen, die wir den uns näher stehenden Staaten haben geben wollen, diesen zu teil werden lassen wollen, so muß das in Zukunft auf anderem Wege gemacht werden als in den berühmten Abkommen von Saratoga und von 1900 mit den Vereinigten Staaten, in welchem letzteren wir ihnen für $3^1/_2$ Millionen Mark die Meistbegünstigung im hundertfachen Werte in den Schoß warfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die mitteleuropäische Zollunion ist auch gestreift worden. Es ist gesagt worden, daß der österreichische Minister Graf Goluchowski sich besonders dafür interessiere. Ich fürchte, wir müssen sie einstweilen mit Herrn Freiherrn v. Heyl als Zukunftsmusik bezeichnen! Wir werden unzweifelhaft einmal dahin kommen, wenn auch nicht wir, so doch die nächste Generation, um uns dem amerikanischen Riesen gegenüber am wirtschaftlichen Leben zu erhalten, damit uns nicht die Luft abgepreßt werde. Wer in Amerika gewesen ist — ich darf nur den Namen Goldberger nennen, der so interessante Veröffentlichungen gemacht hat —, mag er Konservativer, Freihändler oder Demokrat sein, kehrt zurück, erstaunt und voll Bewunderung, muß ich hinzufügen, über die Leistungsfähigkeit und Schnelligkeit, mit der Amerika emporgestiegen ist.

Damit komme ich auf die Industrie. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Semler hat gestern leichthin gesprochen von der amerikanischen Industrie. Das mag momentan noch gerechtfertigt sein. Aber wenige Jahre wird es dauern, zum Kummer unserer eigenen Industrie, daß das anders werden wird.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Er hat zugegeben, daß trotz der großen Entfernung und trotz der teuren Produktionsbedingungen in Amerika 19 Millionen Mark Wert

an Eisenware bereits bei uns eingeführt werden. Das ist doch unerhört bei den nicht ganz niedrigen Eisenzöllen, die wir haben, daß die Amerikaner im stande sind, unsere eigene Eisenindustrie bei einer Entfernung von 3000 Seemeilen noch überbieten zu können. Warten wir noch einige Jahre ab, bis wir durch unsere billigen Eisen- und Schienenlieferungen die amerikanische Industrie weiter gekräftigt haben werden, dann wird sie der unsrigen überlegen sein und ihr den Hals zuschnüren, wenn wir uns nicht rechtzeitig dagegen schützen.

(Sehr richtig! rechts.)

Gerade in dieser Hinsicht ist es Amerika gegenüber notwendig, hohe Industriezölle im Generaltarif — wohlverstanden — zu haben, damit wir die Möglichkeit des Entgegenkommens durch Herabsetzen haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist bisher noch nicht genügend betont worden.

Der Herr Abgeordnete Pachnicke hat in der bei ihm bekannten wegwerfenden Weise von den Großgrundbesitzern gesprochen. Es ist wiederholt von dieser Seite des Hauses hervorgehoben worden, daß nicht bloß die Großgrundbesitzer, sondern alle Besitzer bis zu 3 Hektar herab und auch alle ländlichen Lohnarbeiter allein wegen des Drescherlohnes an den Getreidepreisen interessiert sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe das schon vier-, fünfmal gesagt und muß es immer wiederholen, da trotzdem auf der Linken

(Lachen links)

stets nur auf die Großgrundbesitzer exemplifiziert wird unter absichtlicher Ignorierung der Tatsachen.

(Sehr richtig! rechts.)

So hat auch gestern der Herr Abgeordnete Pachnicke in geringschätziger Weise von den Großindustriellen gesprochen. Ich möchte ihm da empfehlen, eine Rede nachzulesen, die der Landtagsabgeordnete Macco in Siegen gehalten hat auf der Generalversammlung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Da wird er eine andere Meinung gewinnen. Herr Macco soll ein sehr sachverständiger Herr sein, und er hat sich in ernster Besorgnis über die amerikanische Konkurrenz ausgesprochen, die der Eisenindustrie bevorsteht, wenn sie nicht geschützt

wird. Fest steht, daß die Eisenindustrie das Rückgrat aller Industrien ist, die in erster Linie geschützt werden muß.

Wenn der Herr Abgeordnete Gothein sich noch mit den Handelspolitiken allgemein beschäftigt hat, so möchte ich auf zwei Irrtümer verweisen, die ihm unterlaufen sind. Einmal sagte er, die preußische Handelspolitik zwischen 1862 und 1865 wäre darauf hinausgegangen, Oesterreich aus dem Zollverein hinauszudrängen. Es ist bekannt, daß Oesterreich nicht darin war, und daß es die conditio sine qua non, eine Lebensfrage für den Zollverein bildete, Oesterreich mit seinen östlichen Hinterländern niemals hereinzulassen, weil es auf der Hand lag, daß ein angemessener Verteilungsmodus pro Kopf unmöglich zwischen dem damaligen Oesterreich und Deutschland zu finden war. Also Oesterreich brauchte nicht herausgedrängt, sondern nur nicht hereingelassen zu werden, und dafür lag keine Gefahr vor. Es bestand bei dem bekannten Vorfall von 1864, als der Minister in Oesterreich, Graf Rechberg, fiel, nur darüber Meinungsverschiedenheit bei unserer Regierung, ob in den Abmachungen mit Oesterreich gesagt werden solle: nach 12 Jahren werden wir wieder darüber sprechen, ob Oesterreich hereingelassen werden solle. Darüber aber schon fiel Graf Rechberg.

Das habe ich nur dem Herrn Abgeordneten Gothein in Erinnerung bringen wollen, er kann in den Veröffentlichungen darüber aus neuerer Zeit das Nähere nachlesen.

Ferner muß ich von neuem betonen, daß der Meistbegünstigungsvertrag mit Frankreich seine ganz besondere Veranlassung hatte. Ich habe das hier auch schon früher gesagt[2]) und möchte die Herren, die sich etwa dessen entsinnen sollten, wegen der Wiederholung um Entschuldigung bitten; aber für den Herrn Abgeordneten Gothein ist es vielleicht ein Novum, daß in weiser Voraussicht diese Klausel in den Frankfurter Friedensvertrag „auf ewig" — wie alle Friedensinstrumente ja anfangen — hineingebracht wurde, weil vorauszusehen war, daß bei der Animosität, die damals und noch lange nachher in Frankreich gegen uns herrschte, bei der ausgezeichneten Disziplinierung der französischen Beamten und der Disziplinargewalt, die der französische Minister über alle seine, selbst die untersten, Zollbeamten hat, sämtliche

[2]) In der Rede vom 16. Januar 1896, vgl. oben S. 160.

deutsche Waren nicht nur sofort differenziert, sondern auch auf allen Eisenbahnstationen und Lagerplätzen schlechter behandelt werden würden mit Liegenlassen u. s. w. als andere, wenn wir den § 11 nicht gehabt hätten. Ich glaube, einer der größten Dienste, der unseren Handelsbeziehungen mit Frankreich geleistet worden ist, ist die Hineinfügung des § 11, die lediglich ad hoc eine spezielle Bestimmung hatte und nicht dafür herangezogen werden darf, daß Wirtschafts- und Handelspolitik mit der allgemeinen auswärtigen Politik zu verquicken sind.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat geglaubt, auf den ersten Reichskanzler in dieser Hinsicht sich berufen zu können; ich kann sagen: mit Unrecht. Ich will die Herren nicht ermüden mit Wiederholungen; ich habe Veranlassung genommen, schon im vorigen Jahre, den Herrn Abgeordneten Barth über diesen Irrtum aufzuklären. Ich habe dabei auf die Beziehungen zu den damals uns politisch nächstbefreundeten Staaten Oesterreich und Rußland hingewiesen, mit denen wir politisch intim standen und handelspolitisch entweder auf dem Nullpunkt oder sogar unfreundlich. Die Zeit von 1862 bis 1865 war der Werdegang der deutschen Einheit, in der der erste Reichskanzler, wie er selbst später im Reichstag offen erklärt hat, sich um das Wesen der Wirtschaftspolitik zu bekümmern keine Zeit hatte. Was da von ihm für Maßregeln getroffen worden sind, ist nicht maßgebend für spätere ruhigere Zeiten der Entwicklung; damals war jedes Mittel recht, nach dem Wort: Acheronta movebo. In diesem Sinn ist auch das allgemeine Stimmrecht eingeführt worden.

Mit § 11 ist noch dem Herrn Abgeordneten Semler — da ich gerade dabei bin — ein kleiner Irrtum passiert, den ich richtigstellen möchte. Er hat darauf hingewiesen, daß die Vergünstigung, welche den italienischen Verschnittweinen gegeben worden sei, an Frankreich nicht gegeben worden sei trotz des Meistbegünstigungsvertrages; das ist ein Versehen. In diesem Paragraphen 11 ist Italien nicht erwähnt; es sind ausdrücklich die Staaten aufgeführt, deren Meistbegünstigung für die Beziehungen mit Frankreich maßgebend sein sollte. Es sind dies England, Rußland, die Schweiz, Belgien und Oesterreich. — Diesen kleinen Lapsus wollte ich nicht verfehlen richtigzustellen.

Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Gothein, mit dem ich ja zu meiner Freude in anderer Beziehung habe übereinstimmen können,

ſich überflüſſig ſcharf gegen alles, was an Meiſtbegünſtigung in Frage kommt, ausgeſprochen, indem er die Verwahrung des Herrn Abgeordneten v. Heyl im Anfange der Sitzung wohl nicht gehört hat, daß er ſich bloß gegen die reine Meiſtbegünſtigung ohne Reziprozität verwahrt habe, und es ihm gar nicht beigekommen ſei, die Meiſtbegünſtigungsklauſel verwerfen zu wollen. Meine Herren, hierauf möchte ich auch Gewicht legen, daß das für alle, die für dieſe Reſolution ſtimmen werden, das Maßgebende iſt. Die Einfuhr der Meiſtbegünſtigungsſtaaten bei uns beträgt 70 Prozent der Geſamteinfuhr; das iſt beinahe drei Viertel. Und der Löwenanteil kommt auf Nordamerika. Darum glaube ich, daß wir mit ihm in dem Sinne werden verhandeln können wie vor 4 Jahren, wo ich mir ſchon zu ſagen erlaubte: der Amerikaner iſt ein Freund von fair play und ein guter Rechner und wird, wenn ihm dieſer für uns wie 100 zu 1 nachteilige jetzige Vertrag gekündigt wird — oder dieſe Handelsbeziehungen, wie man es nennen will —, bereit ſein, das Unrecht, das er uns zugefügt hat, und das er implicite anerkannt hat durch das Abkommen von 1900, gutzumachen zu ſuchen und einen neuen Vertrag auf dem Fuß der Gleichheit abzuſchließen. Ich glaube, daß wir vor einem Zollkrieg abſolut keine Sorge zu haben brauchen. Sehen Sie ſich nur die Ziffern an, wie die zu einander ſtehen!

Alſo möchte ich Ihnen zum Schluß denſelben Ausſpruch, den Herr Graf Kanitz tat, ans Herz legen: nur keine Angſt! Die Furcht iſt immer ein ſchlechter Ratgeber. Wenn wir mit feſten und guten Inſtruktionen verſehene Unterhändler haben, ſo werden die Amerikaner zu ihrem eigenen Vorteil die Hand dazu bieten, daß wir im Intereſſe unſerer Beziehnngen zu ihnen und im Intereſſe unſerer allgemeinen Arbeit und Produktion zu einem annehmbaren und guten Vertrage kommen.

(Lebhbftes Bravo rechts.)

59. Rede. Im Reichstag.

Am 3. Februar 1903.[1])

Diäten für Mitglieder des Reichstages.

Zur zweiten Lesung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1903/04 ist bei dem Abschnitt Reichskanzler und Reichskanzlei von den Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Müller-Sagan eine Resolution über die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages gestellt worden. Dazu äußert sich auch:

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich wollte meine Befriedigung über die Erklärungen, die vom Bundesratstische gegen die Diätenfrage gefallen sind, Ausdruck verleihen und mir nur erlauben, da von jener Stelle gesagt worden ist, es solle nicht auf die Geschichte der Sache eingegangen werden, einige Daten hervorzuheben, die wieder erneute Klarheit auch im Publikum darüber schaffen sollen, mit welchem großen Recht die verbündeten Regierungen ein prinzipielles Gewicht auf die Aufrechterhaltung der betreffenden Verfassungsbestimmung legen oder — um mich genauer auszudrücken — die Mehrheit der verbündeten Regierungen.

Meine Herren, es wäre ja auch merkwürdig, wenn dasjenige, was in der Auffassung der Mehrheit der verbündeten Regierungen, die doch die weisesten Staatsmänner zur Verfügung haben, um ihre Geschäfte leiten zu lassen — wenn das, was in ihrer Auffassung 36 Jahre, über ein Menschenalter, festgestanden hat, nun plötzlich umgeworfen werden sollte. Sie werden die Einsicht und die Gründe der verbündeten Regierungen nicht so leicht einschätzen, daß Sie erwarten, sie würden mit einer so wichtigen Sache leicht umspringen. Wie die Herren wissen, ist im Jahre 1867 sozusagen die Diätenfrage zur Kabinettsfrage gemacht worden. Es ist, obgleich einmal von der linken Seite anderes behauptet worden ist, festgestellt worden, daß die Verfassung des Norddeutschen Bundes daran gescheitert wäre, wenn die Diäten, welche in der zweiten Lesung angenommen waren, in der dritten aufrecht erhalten worden wären. Infolgedessen ergab sich eine ziemlich große Majorität dagegen in der dritten Lesung. Es ist damals aus-

[1]) Stenogr. Ber., X. Leg.-Per., 2. Session, S. 7642 ff.

drücklich namens der verbündeten Regierungen, nicht persönlich vom Kanzler, vom Bundesratstische aus erklärt worden daß sie in die durch Kompromisse geschaffene Verfassung unter keinen Umständen die Gewährung von Diäten aufnehmen könnten, und daß hierin der Schwerpunkt der Erklärung läge. Wenn Sie die Verhandlungen nachlesen, werden Sie sehen, daß der damalige Bundeskanzler, weil er glaubte, sich für seine Person nicht scharf genug ausgesprochen zu haben, von dem sächsischen Bevollmächtigten, dem Minister Freiherrn von Friesen, aufgefordert wurde, nochmals zu reden, um namens der verbündeten Regierungen seine Erklärungen wesentlich zu verschärfen. Er hat damals hinzugesetzt:

> Ich will nicht sagen, daß wir immer und zu allen Zeiten gegen Diäten sein werden; wir müssen aber zunächst beruhigende Erfahrungen mit diesem ganz neuen Wahlgesetz gemacht haben, das wir jetzt in seinen Wirkungen nicht übersehen können.

Nun, meine Herren, darf ich mir wohl die Frage auszusprechen erlauben: Sind die Erfahrungen beruhigende, die in diesen 36 Jahren gemacht worden sind? Ich glaube, für alle staatserhaltenden Parteien kann ich „nein" antworten, beruhigende sind sie nicht. Also ist diese Einschränkung als aufgehoben anzusehen.

Der damalige Kanzler hat sich auch bei einer späteren Debatte, 17 Jahre nachher, selbst eingeschränkt, indem er sagte, er hätte die Möglichkeit, mit dem Reichstage ersprießliche Geschäfte zu machen, im Jahre 1867 überschätzt. Er hat damals betont, er hätte geglaubt, die Schwierigkeiten für unsere Einheit und deren Aufrechterhaltung würden von den Regierungen und von den Fürsten kommen, er müsse jetzt aber einräumen, daß er sich geirrt hätte, sie kämen vom Reichstag. Die älteren Herren werden sich dessen erinnern, es war im November 1887 — ich hatte damals auch die Ehre, Mitglied dieses Hauses zu sein —, und als ihm vorgehalten wurde, er hätte sich aussichtsvoll für die Diätenfreunde im Jahre 1867 geäußert, ergriff er noch einmal das Wort und sagte, in Anlehnung an seine früheren Ausführungen nehme er das ausdrücklich zurück und bleibe dabei, daß eine Gewährung von Diäten nur in Verbindung mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes vorgenommen werden könnte. Also dasselbe, was der jetzige Herr Reichskanzler gesagt hat.

Es ist nicht ratsam, einen Stein aus der Verfassung, wie sie jetzt ist, herauszunehmen, bloß weil Ihnen der eine Stein nicht gefällt. Diejenigen Herren, die solche Anträge stellen, sind immer sehr gern dazu bereit, wenn das in ihrem Sinne geschieht, werden sich aber dagegen verwahren, wenn Bestimmungen, die ihnen lieb sind, von anderer Seite angefochten werden sollten. Ich brauche mich auf Details nicht weiter einzulassen. In einer Rede vom Jahre 1868, die gegen Waldeck vom Bundesratstische aus gehalten wurde, wurde auch ausdrücklich betont, daß die Diätenlosigkeit ein Aequivalent für das Wahlgesetz wäre. — Also ich kann hervorheben, daß ich mich gern auf den Standpunkt der verbündeten Regierungen stelle und sage: nicht absolut und immer gegen Diäten, aber Diäten nur in Verbindung mit einer organischen Veränderung des Wahlgesetzes. Nach welcher Richtung hin das geschehen kann, hat der Herr Reichskanzler schon angedeutet; ich könnte noch hinzufügen die perennierende Fortführung der Wählerlisten, wie sie in England, dem Musterlande des Parlamentarismus, besteht. Es gibt noch weitere Vorschläge; die Regierungen sind aber besser in der Lage, sie zu machen, als wir hier im Hause.

Es sind manche Anregungen gemacht, um eine stärkere Frequenz im Hause herzustellen. Daß Diäten eine Wirkung darauf ausüben können, glaube ich nicht. Im preußischen Landtage, wo Diäten gewährt werden, findet sich, wie diejenigen Herren, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind oder häufiger dort die Tribüne besuchen, bestätigen werden, eine ebensolche Leere wie hier. Nur hat der preußische Landtag eine bessere Geschäftsordnung als wir. Dort kann man nicht ohne weiteres auszählen oder die Beschlußfähigkeit bezweifeln. Das Korrektiv hierfür liegt in der Richtung der Anregungen, die heute von zwei Seiten im Hause bereits gegeben sind bezüglich der Aenderung der Geschäftsordnung.

Ein anderes Mittel, das ich mir persönlich nicht weiter aneignen möchte, da es mehr spaßhaft klingt, habe ich vor einiger Zeit in einer Erzählung der „Kölnischen Zeitung" gefunden, wonach in der Spandauer Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung besteht, daß bei unentschuldigter Abwesenheit jeder Stadtverordnete in eine Mark Strafe genommen wird, was bewirkte, daß die dortige Stadtverordnetenversammlung immer beschlußfähig ist. Als einmal auf Antrag aus der

Stadtverordnetenversammlung ohne Zustimmung des Magistrats diese Bestimmung aufgehoben wurde, da sollte gleich Beschlußunfähigkeit eingetreten sein. Nach der Zeitungsnotiz soll nach wie vor diese Einrichtung sich als sehr heilsam erweisen. Nun weiß ich nicht, ob das Plenum des Reichstags gewillt sein würde, eine derartige Einrichtung einzuführen.

Weiter muß ich noch erwähnen, daß im Jahre 1867 die Feststellung der Diätenlosigkeit nicht etwa ein Schachzug gegen die Sozialdemokratie sein sollte; denn es gab keine Sozialdemokraten im Konstituierenden Norddeutschen Reichstage, die haben sich erst später eingefunden

(Zurufe links);

— in dem Konstituierenden Reichstage ist meines Wissens kein Sozialdemokrat gewesen. Sollte das unrichtig sein, dann ist hier diese Zeitungsnotiz unrichtig aus den „Neuesten Nachrichten" vom 11. Dezember, in der es heißt:

> In dem konstituierenden Reichstag gab es überhaupt keine Sozialdemokraten; in dem ersten Reichstage des Norddeutschen Bundes waren deren drei, und im ersten Deutschen Reichstag deren zwei.

Also dies ist meine Quelle dafür, daß im Konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes keine Sozialdemokraten waren. Ich glaube kaum, daß diese Zeitung eine so leicht kontrollierbare Nachricht in die Welt gesetzt hätte, wenn sie falsch war. Also war die Unterbrechung, wie gewöhnlich, ungerechtfertigt.

Herr Abgeordneter Bassermann hat mit Recht hervorgehoben, daß die Diätenlosigkeit nicht gegen die Sozialdemokraten gerichtet sein sollte, sondern gegen die Berufsparlamentarier, und dahin hat sie sich auch bewährt. Ich bin überzeugt, es würden sehr viel mehr Berufsparlamentarier in den Reichstag kommen, und es würde eine viel größere Radikalisierung der einzelnen Fraktionen eintreten, wenn Diäten beständen. Ich meine, unter dem letzteren Umstande würden alle Fraktionen leiden – das Zentrum nicht ausgenommen —, daß nämlich Diäten viel radikalere Elemente, mehr Agitatoren in den Reichstag bringen würden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ob das ein Vorteil ist, will ich unerörtert lassen. Natürlich können die Sozialdemokraten nie genug Agitatoren im Reichstag haben! Aber die Mehrheit der staatserhaltenden Bürger, die ruhig regiert sein wollen

(Lachen bei den Sozialdemokraten),

wollen doch lieber ein Parlament, wie es im Anfang unseres Reiches gewesen ist, als wie wir es jetzt haben.

(Bravo! und sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, eine so ruhig gesinnte Zeitung wie die „Münch. Allgem. Zeitung", die doch in Süddeutschland in der Hauptsache den Liberalismus vertritt, hat im Februar 1901 wörtlich geschrieben:

> Diäten werden das Niveau des Reichstags schwerlich heben. Das Mandat wird dann Gegenstand des Wettstreites der eigentlichen Agitatoren.

Meine Herren, es ist gesagt worden, diese eigentlichen Agitatoren würden die Parteibeamten sein, die von den Parteien außerhalb des Hauses in den Reichstag delegiert würden, und es würde das zu einer parlamentarischen Bureaukratie führen; wir haben aber schon genug an der staatlichen Geheimbureaukratie in unseren Ministerien und brauchen nicht eine parlamentarische dazu, sondern eine Vertretung auf anderer Basis.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß eine größere Radikalisierung stattfinden würde, halte ich aufrecht; es ist ernstlich auch nicht zu bestreiten. Meine Herren, eine Stimme, die Sie auch anerkennen werden, wenigstens alle Liberalen, die des Märzministers David Hansemann, hat sich sehr stark gegen Diäten erklärt und auf das englische Parlament verwiesen, welches Hansemann als „das fähigste aller Parlamente" bezeichnet, „das die größten Staatsmänner aller Zeiten hervorgebracht hat". Meine Herren, warum hört man in diesem Parlamente nicht die Klagen über mangelnden Besuch? Weil die Beschlußfähigkeit, wie ich glaube, 40 beträgt bei 676 Mitgliedern; das ist ungefähr ein Sechzehntel. So weit wollen wir ja gar nicht gehen. Das wäre ja auch eine Verfassungsänderung! Aber wenn beim englischen Parlament eine Beschlußfähigkeit der Hälfte der Mitglieder vorgeschrieben wäre, also rund 340, und eine Auszählung jede Stunde stattfinden könnte, so würden Sie da ähnliche Verhältnisse haben wie hier.

Wenn auf andere Parlamente exemplifiziert worden ist, die Diäten geben, so möchte ich darauf hinweisen, daß ihnen allen ein Oberhaus zur Seite steht. Wir haben im Reich ein Einkammersystem. Es ist Ihnen bekannt, daß auch sehr hochgestellte Leute, wie z. B. der verstorbene Kaiser Friedrich in einem jüngst veröffentlichten Briefe, ein Oberhaus befürwortet haben. Ob Ihnen das erwünscht wäre als Gegengewicht gegen die Diäten, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Spahn gemeint, durch die Diäten und ihre Wirksamkeit würde das Band der Einheit gefestigt werden. Meine Herren, das kann ich doch nicht recht einsehen. Ich glaube nicht, daß eine so geringe Summe wie 20 Mark geeignet wäre, das Band der Einheit vieler Millionen zu festigen. Ich weiß nicht, wie dieser Herr das gemeint hat; vielleicht habe ich ihn falsch verstanden. Ferner meinte er, daß die Arbeitsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit lebendiger sein würden wegen 20 Mark; das kann ich mir nicht denken. Es ist die Annahme doch gewagt, daß die Leistungsfähigkeit dadurch zunehmen würde. So würdige Herren, wie die Herren Kollegen, werden in ihrer Arbeitsfreudigkeit nicht dadurch beeinflußt werden, daß man ihnen 20 Mark gibt! Viele würden sie nicht einmal bekommen, insoweit sie Berliner oder durch Berufspflichten zu Hause gehalten wären. Dieses Anwesenheitsgesetz ist so kompliziert, daß es schließlich dazu führen müßte, daß wir, wie in Frankreich, Abgeordnete mit Gehalt bekommen würden, und dies würde ein weiteres Kennzeichen einer „parlamentarischen Bureaukratie" sein. Ich kann mich dafür nicht begeistern und ich glaube nicht, daß wir so weit gesunken sind, daß ein Ehrenamt mit 20 Mark bezahlt werden muß. Wie gesagt, Stadtverordnete, Geschworene bekommen auch keine Entschädigung und leisten das Ehrenamt doch. Außerdem würde diese Summe für viele keine ausreichende Entschädigung sein.

Der hauptsächliche materielle Nachteil liegt, obgleich das paradox klingt, nicht in der Ausgabe, die der Berliner Aufenthalt mit sich bringt, sondern in dem Ausfall, den die Abwesenheit vom Hause bedingt.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei Kaufleuten, Landwirten, kleinen Gewerbetreibenden, die zwischen 2000—3000 Mark Jahreseinkommen haben und deren Vermögen oder Bauerngut entsprechend zu kapitalisieren wäre, machen die 20 Mark,

die sie vielleicht 3—4 Monate täglich erhalten, lange nicht den Schaden gut, den sie in ihrer Abwesenheit zu Hause erleiden. Richtig ist es also, daß der Schade in der Abwesenheit von Hause liegt und nicht in der Anwesenheit in Berlin.

Ferner wird gesagt, daß geeignete Kandidaten fehlen sollen. Ja, meine Herren, sehen Sie die letzte Wahl in Schleswig an: da waren allein fünf Kandidaten!

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe nie gehört, daß in einem Wahlkreis Kandidaten fehlen; es sind meist sogar mehrere da von einer Partei.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Und warum sollen wir die zwar nicht große, aber immerhin neue Belastung der Steuerzahler durch Diäten einführen, die gleichzeitig eine Entlastung der sozialdemokratischen Parteikasse wäre? Allein die Tatsache, daß ein Diätengesetz der sozialdemokratischen Parteikasse 30- bis 50 000 Mark jährlich zuführen müßte, würde mich abhalten, dafür zu stimmen, wenn nicht ausreichende Kompensationen dafür gesichert werden, daß das Parlament nicht weiter radikalisiert und proletarisiert wird. Das verfassungsmäßige Gleichgewicht würde gestört werden, wenn dieser § 32 aufgehoben würde. Die Regierungen haben den Trumpf in der Hand; sie werden ihn hoffentlich nicht ohne weiteres verspielen, und ich gratuliere der Majorität der verbündeten Regierungen zu der Einsicht, daß sie das, was sie seit 36 Jahren als Weisheit hochgehalten haben, auch jetzt noch als solche festhalten.

(Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links.)

Am Schluß der Sitzung wies Fürst Bismarck unbegründete persönliche Vorwürfe der Abgeordneten v. Vollmar und Richter in einer persönlichen Bemerkung zurück:

Meine Herren, ich möchte auf eine Bemerkung des Herrn v. Vollmar erwidern, der mir vorgehalten hat, ich gehörte zu denjenigen, die am häufigsten unentschuldigt im Reichstag fehlten. Der Abgeordnete wird sich bei seinem Billigkeitsgefühl aus den Protokollen überzeugen wollen, daß das Gegenteil richtig ist. Ich gehöre zu denjenigen, die am wenigsten unentschuldigt gefehlt haben. Es hat die „Deutsche Tageszeitung“ im vorigen Herbst eine Veröffentlichung gebracht, die ihn der Mühe überheben wird, in den Protokollen nachzusehen. Während dieser

ganzen Sessionsdauer habe ich überhaupt nicht einmal unentschuldigt gefehlt.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— „Unentschuldigt" hat der Herr Abgeordnete v. Vollmar ausdrücklich gesagt. Vom Herrn Abgeordneten v. Vollmar ist mir gesagt worden, er habe einmal ein halbes Jahr hier gefehlt — vielleicht auch entschuldigt, ich weiß das nicht.

Dem Herrn Abgeordneten Richter, der es ebenfalls seines Amtes fand, sich mit dieser unrichtigen Beschuldigung gegen mich zu wenden, erwidere ich dasselbe, daß meine Abwesenheit nach den Protokollen niemals unentschuldigt stattgefunden hat. Wenn er mir vorgeworfen hat, ich hätte keine neuen Gründe für die Diätenlosigkeit angeführt, so ist das selbstverständlich, weil es für diese einfache Sache neue Gründe nicht gibt. Ich kann ihm den Vorwurf aber zurückgeben: er hat für seinen Standpunkt auch keine neuen Gründe vorgebracht.

60. Rede. Im Reichstag.

Am 5. Februar 1903.[1])

Abwehr.

An denselben Vorwurf, dem die persönliche Bemerkung am Schlusse der Sitzung des 3. Februars galt, knüpft diese Rede an:

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich bedaure, die Zeit des hohen Hauses auf einige Minuten mit Bemerkungen persönlicher Natur in Anspruch nehmen zu müssen. Ich bin aber dazu genötigt, nachdem in der gestrigen Sitzung meine Abwesenheit, die eine erzwungene war, besonders unterstrichen worden ist.

Es ist für mich ja sehr schmeichelhaft, wenn hervorragende Abgeordnete sich so genau mit meiner Person beschäftigen. Es würde das allerdings noch mehr der Fall sein, wenn diese Wahrnehmungen nicht, wie es sich vorgestern ergab, unrichtige wären. Gestern hat der

[1]) Stenogr. Ber. X. Leg.-Per., 2. Session, S. 7713 f.

Herr Abgeordnete Gröber, wie mir gesagt worden ist, sich — in wohlwollender Form, wie er das ja zu tun gewohnt ist — über meine Abwesenheit geäußert. Ich beabsichtige ihm durchaus in derselben Form zu antworten. Immerhin kann man es kaum als eine captatio benevolentiae bezeichnen, wenn der Herr Abgeordnete sagte: ein Entschuldigungsgrund ist ja immer leicht zu finden. Meine Herren, ich denke, so leicht gehen wir doch wohl alle nicht mit unseren Pflichten um. Außerdem kann ich den Herrn Abgeordneten darüber beruhigen, daß meine Entschuldigung nicht die Verwendung einer Freimarke nötig gemacht hat, wie er meinte; ich habe mich bereits vorgestern abend auf dem Bureau entschuldigt, daß ich gestern wegen dringender heimischer Geschäfte nicht kommen könnte. Ich war also vollkommen en règle und wiederhole, was ich schon vorgestern hier ausgeführt habe, daß ich niemals in der ganzen Session unentschuldigt gefehlt habe, was Herr Gröber von sich vielleicht kaum wird sagen können. Er wird wohl auch seine guten Gründe gehabt haben, wenn er gefehlt hat; aber ich habe dies feststellen wollen. Ich habe während der letzten 5 Jahre Winterwohnung in Berlin genommen, nur um den Verhandlungen des Reichstags regelmäßig beiwohnen zu können; denn sonst würde ich mir gewiß einen anderen Winteraufenthalt als gerade Berlin aussuchen. Wer aber als Abgeordneter hier in Berlin wohnt, kommt doch naturgemäß jeden Tag in dieses hohe Haus. Daß ich immer auf meinem Platz gesessen habe, beabsichtige ich damit nicht zu sagen; wir sind doch schließlich keine Schmetterlingsammlung, daß wir hier mit Nadeln mitten durch die Kleider auf unseren Stühlen gefesselt sitzen müßten

(Heiterkeit),

sondern wir zirkulieren alle in dem Hause.

(Heiterkeit.)

Wenn ich mich jetzt im Hause umsehe, so möchte ich mit einer Variation sagen: Wollen Sie immer weiter schweifen? Seht, die Lücken liegen so nah

(Heiterkeit),

nämlich in nächster Nähe der Herren, die sich berufen fühlten, mich zu kontrollieren, die vorgestern meinten, daß ich nicht häufig genug

hier im Hause wäre, und von denen ich die Herren Abgeordneten v. Vollmar und Richter jetzt nicht erblicke.

Ferner möchte ich sagen, daß es immer etwas Mißliches hat, die Kritik auf ein persönliches Gebiet zu bringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es handelt sich bei unseren Debatten doch um den sachlichen Wert eines Themas oder um das Meritorische, wie die Oesterreicher zu sagen pflegen. Darauf hat es aber gar keinen Einfluß, ob ich auf meinem Platze sitze oder nicht. Der sachliche Wert der Dinge, über die ich spreche, wird dadurch nicht berührt. Wenn eine Kritik so persönlich wird, so erweckt das immer leicht das Mißtrauen, daß sachliche Gründe nicht in genügender Stärke vorliegen, und daß man deshalb es vorzieht, den betreffenden Abgeordneten persönlich anzugreifen. Sie werden mir alle das Zeugnis geben, daß ich mich immer enthalte, die Debatte auf das private oder persönliche Gebiet zu verlegen oder einen persönlichen Angriff gegen einen der Herren Kollegen zu richten. Ich habe aber, solange ich dem Hause angehöre, nicht viel auf Gegenseitigkeit in dieser Hinsicht rechnen können.

Herr Gröber und auch andere Herren haben der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Diätenfrage heute nicht mehr eine politische sei. Das kann ich doch nicht zugeben. Ich glaube, er hat ungefähr geäußert, es sei mehr eine Geschäftsordnungs-, eine Utilitätsfrage. Ich habe leider nicht den Vorzug haben können, seine Rede zu hören, was mich am meisten an meiner gestern erzwungenen Abwesenheit schmerzt.

(Heiterkeit.)

Aber, wie gesagt, ich kann nicht anerkennen, daß die Diätenfrage keine politische sein sollte. Wenn einer Verfassungsänderung nicht mehr der politische Charakter gewahrt wird, so wird die Bedeutung dieses Beiwortes zu sehr eingeschränkt; ich halte vielmehr an der Ansicht fest, daß es eine hochpolitische Frage ist, wenn wir daran gehen, die Verfassung abzuändern.

Ich will mich nicht enthalten, auf die umfangreichen gestrigen und heutigen Debatten weiter einzugehen, weil das nur dazu führen würde, sie zu verlängern. Ohne mir anmaßen zu wollen, den Vergleich durch-

zuführen, möchte ich nur an die bekannte Hydra erinnern, der immer neue Köpfe anwuchsen, so oft solche abgeschlagen wurden.

Mit einigen Worten muß ich noch des ersten Herrn Redners gedenken, der das Thema auf eine unrichtige Bahn zu bringen gesucht hat. Er hat sich so ausgesprochen, als ob die Einführung der Diäten aus einer Sorge vor den Sozialdemokraten nicht gebilligt worden wäre. Die Verantwortung für die verlesene Zeitungsnachricht, daß im konstituierenden Reichstag kein Sozialdemokrat gesessen hätte, habe ich mit Recht der betreffenden Redaktion zugeschoben, und ich glaube, sie hat sie inzwischen berichtigt. Die Redaktion hat mich informiert, daß sie ihre Nachricht entnommen hätte aus dem im Auftrage des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen von Dr. Karl Maaß bearbeiteten Handbuch. Das ist also nicht zuverlässig gewesen.

Ob damals ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag war oder nicht, ist übrigens für meine Argumente gleichgültig. Ich darf noch einmal gegenüber den Ausführungen des ersten Herrn Redners feststellen, daß sich die Nichtgewährung der Diäten hauptsächlich gegen die Ueberhandnahme von Berufsparlamentariern und nicht gegen die Sozialdemokratie richtete, die ja, wie Figura zeigt, auch dadurch nicht getroffen worden ist.

Nun stimme ich dem Herrn Abgeordneten Oertel darin bei, daß eine gewisse Anzahl Berufsparlamentarier nützlich ist; sie sind sozusagen das Salz der Speise, der Hecht im Karpfenteich, oder wie man es sonst nennen will. Der Herr Abgeordnete Oertel hat sich bei seinen gestrigen Ausführungen wohl von einer ähnlichen Erwägung leiten lassen wie früher die Regierung, als einmal erwogen wurde, Beamte überhaupt von der Wählbarkeit zum Reichstag auszuschließen. Damals kamen die erfahrensten Fraktionsführer zu dem leitenden Minister und sagten, eine solche Maßregel könnte doch gewisse Fraktionen geradezu arbeitsunfähig machen; sie brauchten die staatlichen Beamten, um in den Kommissionen und zu Referaten ihre Kraft zu verwerten. Also ich gebe zu, daß einige Berufsparlamentarier sehr nützlich sind; aber die Diätenlosigkeit sollte verhindern — und darauf habe ich vorgestern das Hauptgewicht gelegt —, daß sie überwiegen, daß die große Mehrzahl des Parlaments zu einer Art parlamentarischer Bureaukratie wird. Um gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu wirken,

dazu, meine Herren, ist die Diätenlosigkeit allerdings ein zu schwaches Mittel; dazu müßten andere Mittel angewendet werden, von denen es gewiß ausreichende gibt, um die Sozialdemokratie einzudämmen.

(Sehr richtig! rechts. Bewegung bei den Sozialdemokraten.)

Ob wir Diäten bekommen oder nicht, das würde nach dieser Richtung wenig ausmachen. Aber wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung auch in diesem Punkte schließlich Einsicht haben wird, und daß der Moment kommt, wo wir ihr gratulieren können, daß sie die richtigen Mittel zur Abwehr gegen die Sozialdemokratie ergreift.

(Bravo! rechts.)

61. Rede. Wahlrede in Burg.

Am 4. Juni 1903.

Nachdem Fürst Bismarck für den neuen Reichstag, der am 16. Juni gewählt werden sollte, von den Konservativen, dem Bunde der Landwirte und den Nationalliberalen wiederum als Kandidat für seinen bisherigen Wahlkreis (Jerichow I und II) aufgestellt worden war, fand am 4. Juni abermals im Schützenhause in Burg eine Wahlversammlung statt, über die das „Tageblatt für die Jerichowschen und benachbarten Kreise" tags darauf folgendes berichtete:

Fürst Bismarck wies in der Einleitung darauf hin, daß er bereits 10 Jahre die Ehre gehabt hätte, die beiden Jerichowschen Kreise im Reichstag zu vertreten. Als an ihn aufs neue das Ersuchen gerichtet worden sei, auch für die nächste Periode dies zu tun, hätte er dagegen ernste Bedenken geltend gemacht, zumal es bei den unqualifizierbaren Szenen und dem Ton, den die Sozialdemokraten im letzten Herbst beliebt hätten,[1]) keine Freude sein könne, Mitglied des Reichstages zu sein. Wenngleich auch Zeichen dafür vorlägen, daß dies in Zukunft noch schlimmer werden könnte, so hätte er doch in Rücksicht auf die schmeichelhafte und ehrenvolle Weise, mit der das Ersuchen an ihn gestellt sei, alle Bedenken zurücktreten lassen und sich als Kandidat wieder zur Verfügung gestellt, da es nur zu berechtigt

[1]) Bei der Beratung der Zolltarifvorlage.

in dem Wahlaufruf hieße: Ernst ist die Zeit und noch ernster wird die Zukunft.

Was die auswärtige Politik anbelange, so müsse er es sich versagen, eingehender darüber zu sprechen, weil er zu sehr außer aller Fühlung mit den maßgebenden Kreisen stände. Im allgemeinen scheine allerdings der Eindruck vorzuherrschen, daß die Regierung viel zu sehr Verbeugungspolitik nach innen und außen treibe. Es sei dies um so auffallender, als hierzu doch eigentlich die Reziprozität fehle. An der einen Stelle dränge sich die Regierung in den Vordergrund, während sie an anderen Stellen wieder mit erstaunlicher Zaghaftigkeit auftrete. Insbesondere trete dieses Verhältnis Amerika gegenüber in die Erscheinung, und gerade hier wäre mehr Festigkeit am Platze gewesen. Der erste Reichskanzler hätte einmal gesagt: „Wir laufen niemandem nach", aber alle seine Nachfolger hätten nicht allein alles anders zu machen gesucht, sondern auch seine guten Ratschläge völlig ignoriert.

Es sei eine ebenso schwierige wie undankbare Aufgabe, unter diesen Verhältnissen handelnd aufzutreten. Als Kassandrarufe würden heute alle Warnungen ernster Politiker bezeichnet. Man sehe sie als „Nörgler" und „Scharfmacher" an. Aber alle zehn bis zwölf Parteien des Reichstags hätten ihre Wünsche, selbst das Zentrum, das die Rückkehr der Jesuiten und noch mehr Parität verlange, letzteres wohl, weil ihm die gegenwärtige Zahl der katholischen Oberpräsidenten und Generäle noch nicht genüge. Dadurch, daß man von „Nörglern" und „Bierbankpolitikern" spreche, könne man ihnen den Boden nicht entziehen. Das unbehagliche der Situation würde von allen Seiten auf das schwerste empfunden. Herr v. Kröcher sowohl als die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hätten ihr in drastischster Weise Ausdruck gegeben. Nicht Unrecht sei dem zu geben, daß die Regierung jetzt eine Politik der „verpaßten Gelegenheiten" treibe. Im vorigen Herbst hätten sich etwa $^3/_4$ aller Mitglieder des Deutschen Reichstages der Regierung zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt, aber diese glänzendste Gelegenheit sei unbenutzt gelassen und damit eine der wirksamsten Wahlparolen verloren worden. Trotzdem würde allgemein über die Lauheit geklagt und behauptet, daß sich an der jetzigen politischen Konstellation nichts ändern lasse. Demgegenüber müsse er — Redner — wieder an den ersten Kanzler des deutschen

Reiches erinnern, der 1862 sich im schärfsten Gegensatz zu seinen politischen Gegnern befunden hätte. Dreihundert Liberale hätten elf Konservativen gegenüber gestanden und doch sei es Bismarck gelungen, die Erfolge von 1864 bis 1871 zu erzielen. Hätte Bismarck damals ebenso gedacht, so hätte er sich eben der Fortschrittspartei unterwerfen und die Militär-Reorganisation aufgeben müssen.

Zu beklagen sei es, daß die Reichsregierung in der Angelegenheit der Reichsfinanzreform gänzlich versagt hätte. Das Verhalten der Regierung in ihrer Passivität sei unserer Verfassung wie unserer Monarchie gleich gefährlich. Bei der Kurzsichtigkeit der Regierung würde man unwillkürlich an das Wort des Generals Gerlach erinnert, daß man wohl an die Söhne, aber nicht an die Enkel dächte. Selbst in rein parlamentarisch regierten Ländern wie Holland trete die Regierung energischer auf wie die deutsche. Dort hätte die Mehrheit der Volksvertretung energisch zugegriffen und dem in Szene gesetzten Streik alsbald ein Ziel gesetzt.

Redner kam im weiteren darauf zu sprechen, daß in dem Wahlaufruf der Sozialdemokraten der Gipfel der Heuchelei und Unehrlichkeit erreicht würde. Mit keinem Worte würde der wahren Absichten der Umstürzler Erwähnung getan. Namentlich nicht der Abschaffung der Religion, des Staates, der Ehe usw. Nur die Armee wollten die Sozialdemokraten abschaffen. Aber schon dies eine müßte genügen, ihnen viele Stimmen zu entziehen. Sobald unsere Armee abgeschafft werde, würde Deutschland wie im dreißigjährigen Kriege der Spielball der Nachbarstaaten sein, zumal sie sich hüten würden, dasselbe zu tun.[2])

[2]) Den Inhalt der letzten vier Absätze gibt ein anderer Bericht in folgender Form wieder:

Von einer Betrachtung der auswärtigen Politik will ich absehen. Wir wissen darüber zu wenig, als daß wir uns ein klares Bild machen könnten. Nur eins will ich den Zeitungen aller Parteischattierungen entnehmen: es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß unsere Regierung zu viel Verbeugungspolitik nach innen und nach außen betriebe. Der Vorwurf ist nicht ganz unberechtigt. Das Verhalten unserer Regierung ist als eine Politik der Komplimente zu bezeichnen, und darauf beruht es, daß sie an manchen Punkten sich auffällig vordrängt und an anderen eine große Zaghaftigkeit an den Tag legt. Früher galt das Wort: „Wir laufen niemandem nach!" Jetzt aber ist es Parole für die Nachfolger des Fürsten

Darauf ging Redner auch auf den „Waschzettel“ der Freisinnigen näher ein. Rührend naiv sei es, daß er den Freisinnigen ein völliges Glaubensbekenntnis abgelegt haben sollte. Was seine von den Freisinnigen bemängelten Abstimmungen betreffe, so hätte er sein Votum

---

Bismarck, diesen möglichst totzuschweigen, ihn zu ignorieren und alles anders zu machen, als er es getan. Die Regierung bezeichnet kurzweg alle die, die mit ihrem Verhalten unzufrieden sind, als Nörgler. Damit aber ist der Sache nicht geholfen; es gibt im Reichstage keine Partei, die vollkommen zufrieden wäre, nicht einmal das Zentrum, weil seinen Wünschen, z. B. auf Zurückberufung der Jesuiten u. s. w., nicht gebührend Rechnung getragen wird. Das Unbehagen ist groß, das sehen wir aus den Klagen darüber, daß es an einer Wahlparole mangle. Diese wäre dagewesen, wenn eine entschlossene Regierung die glänzende Gelegenheit nach den erbitterten Kämpfen der letzten Zeit, wo drei Viertel der Abgeordneten der Regierung zur Verfügung standen, ergriffen hätte. Warum führt nun die Regierung keine Wahlparole vor? Dann müßte sie die Führung übernehmen, und das will sie nicht. Wenn der erste Kanzler 1862 und 1863 ebenso gehandelt hätte, so hätte Deutschland die großen Zeiten von 1864, 1866 und 1870 niemals erlebt. Bequemer wäre es für ihn gewesen, wenn er sich damals der Mehrheit unterworfen hätte. Er hätte ein angenehmes Leben gehabt, wie es viele Minister heute gern führen, wie es aber niemals gut zu heißen ist für ein großes Reich mit großen Gärungen im Innern. In der Frage einer Reichsfinanzreform, die uns nötig ist wie das tägliche Brot, versagt die Regierung ganz. Wir Abgeordneten können keinen Plan vorlegen, und das Verhalten der Regierung, das ich leider kritisieren muß, kommt einer Regierung unserer monarchischen Verfassung gleich. Es liegt auf der Hand, daß bei der mangelhaften Orientierung die Beteiligung an der Wahl lau sein wird. Die Regierung hätte die Führung und Aufklärung der Massen übernehmen sollen. Wohin ein Schleifen der Zügel am Boden führen kann, das haben wir bei den im April ds. Js. in Holland ausgebrochenen Streiks gesehen. Erst als dort die Regierung zugegriffen hat, war der Streik in einigen Tagen beendet. Unsere Regierung hat mehr Gewalt als die holländische. Hätte sie die Pflicht getan, so würden viele Irregeführte davon zurückgehalten sein, sich von sozialdemokratischen Hetzern bestimmen zu lassen. Von den zwei Millionen Stimmen, mit denen die Sozialdemokratie stolz protzt, sind nicht fünf Sechstel, ja nicht drei Viertel, wirkliche Sozialdemokraten. Von den Irregeführten würden es viele weit von sich weisen, wenn man mit dem Zukunftsstaat ernst machen wollte. Der Wahlaufruf der Sozialdemokratie ist der Gipfel der Heuchelei und der Unwürdigkeit. Kein Wort ist darin die Rede von den eigentlichen Absichten dieser Partei, wie Abschaffung der Religion, der Monarchie, der Familie. Das einzige, was auf diesem Blatte paradiert, ist die Abschaffung der Armee. Diese Forderung mußte bei der exponierten Lage Deutschlands schon genügen, die Wähler zu bestimmen, der Sozialdemokratie nicht ihre Stimme zu geben.

für die Militärvorlage und den Zolltarif im Interesse nicht allein der Wähler seines Wahlkreises, sondern auch im Interesse der Gesamtheit abgegeben. Die Freisinnigen erhöben auch den Vorwurf, daß er häufig im Reichstage gefehlt hätte. Demgegenüber wolle er nur darauf hinweisen, daß er seit fünf Jahren in Berlin wohne, es also ganz natürlich wäre, daß er bei den Reichstagsverhandlungen nur selten fehle. Uebrigens erwiesen es die stenographischen Sitzungsberichte, daß er nie unentschuldigt gefehlt hätte. Dasjenige, was hauptsächlich die gähnende Leere im Saal verschulde, seien die Dauerreden der Sozialdemokraten, zumal deren Inhalt fast immer gleich Null wäre. Der Deutsche langweile sich eben nicht gern, man könne es ihm daher nicht verargen, wenn er unter diesen Umständen den Sitzungssaal meide. Er hätte schon vor Jahren den Vorschlag gemacht, daß besondere Rede- und Stimmtage im Reichstage eingeführt werden möchten. Es sei durchaus wünschenswert, daß alle Berufsstände: Fabrikanten, Handwerker, Rechtsanwälte und Kaufleute dem Reichstage angehörten, d. h. Männer aller praktischen Lebensstellungen. Bei Einführung der Rede- und Stimmtage könnten die Mitglieder sich also ganz gut drei Tage in jeder Woche der Ausübung ihres Berufes widmen, da man von ihnen nicht verlangen könne, daß sie in jedem Jahre sich sechs Monate Tag und Nacht in Berlin aufhielten. Charakteristisch für die Kampfesweise der Freisinnigen sei es, daß sie nicht mit sachlichen Gründen gegen ihn vorgingen, sondern ihn durch Sottisen zu schädigen versuchten, so z. B dadurch, daß sie ihm vorwürfen, daß er der „Sohn seines Vaters" wäre. Aber auch direkte Unwahrheiten würden gegen ihn aufgestellt. Was die Teilbarkeit des Grund und Bodens anbetreffe, so hätte er, Redner, gerade das Gegenteil von dem verlangt, was ihm in den Mund gelegt würde.

Mit Bezug auf die „sozialdemokratische Eskamotage" führt der Redner noch an, daß es der Sozialdemokratie garnicht einfiele, der Wohltaten der modernen deutschen sozialen Gesetzgebung auch nur mit einem Worte zu gedenken. Schon jetzt betrügen die direkten Zuwendungen an die Arbeiter in einem Jahre 252 Mill. Mk., ein Erfolg, der von keinem anderen Staate erreicht würde. Ebenso verschwiegen sie, daß sie gegen alle diese Gesetze auf dem Gebiete der Betätigung praktischen Christentums gestimmt hätten.

Was die Wirtschafts- und Handelspolitik anginge, so sei es zu bedauern, daß die Regierung sich eines schweren Versäumnisses schuldig gemacht habe. Trotz feierlicher Zusage in der Thronrede sei der Zolltarif dem Reichstage ein ganzes Jahr später vorgelegt und dadurch manche Uebereilung und Auslassung herbeigeführt worden. Schwere Nachteile hätte es auch zur Folge, daß von der Kündigung der Meistbegünstigungsverträge vor Abschluß der neuen Tarifverträge nichts verlaute. Immerhin sei bei der herrschenden Sachlage für die Landwirte nicht mehr zu erreichen gewesen, nachdem das Zentrum sich auf den Standpunkt der Regierung gestellt hätte. Hätte man etwa den Zolltarif vor einen neuen Reichstag bringen wollen, so wäre er vielleicht für die produktiven Stände noch schlechter geworden. Gegenwärtig herrsche auf dem Gebiete der Handelspolitik volle Ungewißheit zum Nachteil gerade der Industrie, da man den Termin für das Inkrafttreten aus dem Tarif wieder beseitigt hätte. Nachdem der Doppeltarif fallen gelassen worden sei, hätte man auch keine Minimalzölle aufstellen dürfen. Die Regierung bekunde damit gewissermaßen, daß sie ihrer eigenen Kraft mißtraue, daß sie sich sogar auf ihren eigenen Antrag habe die Hände binden lassen. Der gegenwärtige Reichskanzler hätte selbst gesagt: „Deutschland ist der beste Käufer der Welt", umsomehr müsse es auffallen, daß die Gelegenheit, günstigere Handelsvertragsbedingungen zu erzielen, unbenutzt gelassen sei. Der Bedarf des Deutschen Reiches an Auslandswaren betrüge nämlich 1530 Millionen, während es nur für 800 Millionen Mark verkaufe. Der Getreidezoll, den Deutschland erhebe, sei durchaus mäßig, in Frankreich sei er 22 Mark pro Tonne höher. Von freihändlerischer Seite würde behauptet, daß die Bevölkerung sich in den Ländern am wohlsten fühle, wo das Getreide am billigsten sei. Etwas Widersinnigeres gäbe es indes kaum. Obgleich nämlich in weiten Gebieten Rußlands der Zentner Roggen nur 3 Mark koste, würde es unseren Arbeitern doch nicht einfallen, dorthin auszuwandern. Ferner würde gesagt, daß ein Land mit hohen Schutzzöllen nicht exportfähig sei. Wenn man in dieser Beziehung nur auf die ungeheuer anwachsende Exportfähigkeit Amerikas trotz seiner fast prohibitiv wirkenden Zölle hinwiese, so müsse man es für unbegreiflich erklären, daß auf diese Behauptung noch jemand hineinfallen könnte. Besonders charakteristisch sei auch, daß

England sich anschicke, zu einer energischen Schutzzollpolitik überzugehen. Die Hauptaufgabe unserer Handelspolitik müßte sein, den Inlandsmarkt zu stärken, die Industrie, das Handwerk und die Landwirtschaft kaufkräftig zu machen. Das sei die beste Grundlage für einen angemessenen Export. Die Weltpolitik dürfe nicht übertrieben, sie müsse aber zum Abschluß möglichst günstiger Handelsverträge benutzt werden. Trotz aller stiefmütterlichen Behandlung dürfe die Landwirtschaft auf keinen Fall dem Untergang geweiht, d. h. proletarisiert werden. Eine starke Regierung könne dies unmöglich zugeben, da sie sonst selbstmörderisch handeln würde.

Zum Schluß erklärte Redner in feierlicher Weise ungefähr folgendes: Sein Name und seine Vergangenheit seien genügend bekannt, so daß er darüber nicht viele Worte zu machen brauche. Das Resultat der Wahl vom 16. Juni dieses Jahres sei ja noch unbekannt. Er stelle sich aber gern seinen Landsleuten als Kandidat zur Verfügung. Alle seine Kraft würde er bis zum letzten Atemzuge dazu verwenden, die alt-preußischen Traditionen aufrecht zu erhalten und nie würde er seine Hand zur Zertrümmerung des Reichs bieten. Die Landwirtschaft, das Handwerk und alle Industrien hätten ihr Recht auf Bestand im Staate. Wenn man ihm also abermals das Vertrauen schenkte, die Jerichowschen Kreise im Reichstag zu vertreten, so würde das nach dem preußischen Wahlspruche „Suum cuique“ geschehen.

Die Versammlung, die von über 400 Wählern aller Stände aus Stadt und Land besucht war, gab durch lebhafte Zurufe ihre Zustimmung zu den Ausführungen.

Der Herr Vorsitzende ersuchte die Versammlung, dem Redner durch Erheben von den Plätzen den Dank auszusprechen, worauf Fürst Bismarck nochmals das Wort nahm und für die hohe Ehrenbezeugung und die Art der Begrüßung seiner engeren Landsleute dankte. Wie auch die Wahl ausfallen möchte: er würde es stets als angenehme Erinnerung betrachten, Gelegenheit gehabt zu haben, sich hier offen mit seinen Wählern aussprechen zu dürfen.

62. Rede. Wahlrede in Genthin.

Am 4. Juni 1903.

Am Nachmittage desselben Tages wurde eine Versammlung in Genthin, im Mewesschen Saale, abgehalten. Ueber die etwa fünfviertelstündige Rede, die Fürst Bismarck dort gehalten hat, lassen wir hier den Bericht des „Genthiner Wochenblattes" vom 6. Juni folgen.

Fürst Bismarck begann mit der Bemerkung, daß es ihm zur Ehre gereiche, die Jerichower Kreise seit der letzten Auflösung im Reichstage haben vertreten zu können; er würde aus verschiedenen Gründen nach diesen 10 Jahren gern einem anderen Kandidaten Platz gemacht haben, hätte sich aber auf den für ihn ehrenvollen Appell seiner Freunde noch einmal zur Verfügung gestellt. Wer sich die Szenen im Reichstag aus dem letzten Spätherbst vergegenwärtigte und den Ton, den die Sozialdemokratie dort anschlüge, würde zugeben, daß es für einen wohlerzogenen Mann keine Annehmlichkeit sei, sich beiden auszusetzen. Bei dem die Sozialdemokratie großziehenden Verhalten der Regierung und ihrer festen Entschlossenheit, keinen Kampf aufzunehmen, sehe er mit Bedenken in die Zukunft, wie er dies wiederholt im Reichstag und im Wahlkreise ausgesprochen habe. Wenn er sich sonst in Wiederholungen ergehen müsse, so sei dies die Schuld der Gegner, die stets dieselben oft widerlegten Behauptungen ins Feld führten.

Mit Recht hebe der Wahlaufruf hervor, daß die Zeit ernst und ernster noch die Zukunft sei. Im Vordergrunde ständen, wie bei seinen letzten Ansprachen, die soziale und die wirtschaftliche Frage, von deren Behandlung in nächster Zeit die Gestaltung unserer Existenz abhängen würde; die auswärtige Lage wolle er dabei noch außer acht lassen. Für einen außer aller Fühlung mit der Leitung stehenden Kandidaten sei es zwecklos, sich in öffentlicher Versammlung darüber zu äußern, man setze sich damit leicht dem Vorwurf des Kannegießerns aus, da wir über den Gang und die Peripetien der auswärtigen Politik zu wenig wüßten: der Reichstag würde nur gelegentlich vollendeten Tatsachen gegenübergestellt, wenn Kritik und etwaige Rekriminationen nichts mehr nützten, wohl aber Schaden anrichten könnten. Nur so viel wolle er sagen, daß nach den Zeitungen aller Schattierungen (ausgenommen

natürlich die öffiziösen) zu urteilen, das Verhalten der Regierung allgemein den Eindruck einer Verbeugungspolitik im Innern wie nach außen zu machen scheine; er fürchte, daß dieser Eindruck nicht ganz ungerechtfertigt sei, da nach den in der Oeffentlichkeit zu machenden Wahrnehmungen die Regierung sich zu viel in Verneigungen und Komplimenten erginge, für welche die Reziprozität fehle; an manchen Punkten dränge sie sich auffällig vor, wo Zurückhaltung indiziert wäre, und anderwärts trete sie wieder mit erheblicher Zaghaftigkeit auf. Dies habe am Jahresschluß in der vielbemerkten Rede zu Pritzwalk ein so einsichtiger und königstreuer Mann, wie Herr von Kröcher, der in seiner einflußreichen Stellung als Landtagspräsident enge Fühlung mit der Regierung habe, prägnant charakterisiert, indem er sagte: „Das ist überhaupt das Unglück heutzutage; was hatten wir früher für eine Stellung, und wie treten sie uns jetzt alle auf die Füße, und wir denken immer, durch Höflichkeiten und Liebenswürdigkeiten die Herren gut zu machen."

Früher habe das stolze Wort gegolten: „Wir laufen niemand nach"; dieses Wort rühre aber von dem ersten Reichskanzler her, und es sei bekannt, daß seit 1890 unsere Machthaber bemüht gewesen seien, nicht nur, wie Graf Stirum hervorgehoben, alles anders zu machen, wie es unter Bismarck geschehen sei, sondern auch seine Ratschläge zu ignorieren. In diesen Bemühungen begegneten sie sich mit der radikalen Linken wie mit dem größten Teil des Zentrums, und sie würden unterstützt durch eine offiziöse Presse, wie sie in solcher Ausdehnung und Servilität früher nie bekannt gewesen sei. Daß dieser Eindruck auch im Auslande vorwalte, bestätigte ein kurzes Zitat aus der leitenden liberalen Zeitung Oesterreich-Ungarns, in der es am 9. April geheißen hätte:

> „denn darüber ist wohl keine Täuschung möglich, daß gerade die politische Technik Bismarcks von den Männern der Folgezeit verlassen und vergessen wurde. Wer sich damit begnügt, Bismarck als deutschen Klassiker der Politik zu genießen, muß erstaunt und betrübt inne werden, wie in den Urkunden, die diesen Namen durch die Jahrhunderte tragen, ein Nibelungenhort von Erfahrungsweisheit, Weltkunde und Geistesmacht ungehoben daliegt, und wie arm unsere Zeit auch in diesem Betracht geworden ist."

Bei dieſer Sachlage ſei die Situation für die Parteien, mit denen in großer Zeit das Reich begründet und ausgebaut worden ſei, eine ſchwierige und undankbare geworden; undankbar, weil jede Kritik als Kaſſandraruf ausgeſchrieen würde: leider nur habe Kaſſandra recht behalten! Ausſicht auf Beſſerung ſei gering, denn unſere Regierung fände, wie das tagtäglich in Interviews und in der offiziöſen Preſſe verkündet werde, alles ausgezeichnet und führe die Aeußerungen von Bedenken nur zurück auf Nörgler und Scharfmacher. Wären aber die Unbefriedigten wirklich nur Nörgler, ſo fielen ſämtliche Parteien unter dieſen Begriff, keine der im Reichstag vorhandenen wäre zufrieden oder vertrauensvoll, ſelbſt das Zentrum, dieſes Schoßkind der Regierung, „nörgelte“ wegen Nichtzurückberufung der Jeſuiten, angeblich fehlender Parität ꝛc. Die Parteien aber, die freudig mitgewirkt hätten an der Herſtellung des Reiches, und die ſich mit deſſen Beſtande ſolidariſch fühlten, hätten beſſeren Grund zur Klage und Kritik, und ihren patriotiſchen Befürchtungen würde dadurch nicht der Boden entzogen, daß man ſie mit der Bezeichnung „Nörgler“ oder „Bierbankpolitiker“ beiſeite zu ſchieben ſuchte; nun gar „Scharfmacher“! Um dieſes Gewerbe betreiben zu können, müßte doch zuerſt ein Material von hartem Metall gegeben ſein, das ſich ſchärfen ließe! Wie ſtark das Unbehagen darüber ſei, daß bei uns *nicht mehr wirklich regiert*, ſondern *nur noch verwaltet* würde, beweiſe die ſtrenge Aeußerung eines der angeſehenſten Blätter im Weſten, der Rheiniſch-weſtfäliſchen Zeitung, welche kürzlich bei ausgiebiger Kritik der Indolenz der Regierung ſagte: „Unſer Epigonenzeitalter mit ſeiner Zickzackmittellinie und ſeiner Dilettantenpolitik braucht eine von der Regierung ausgegebene Wahlparole“. Dieſe Wahlparole ſei zu finden geweſen im Aufruf aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie, und eine geſchickte Regierung würde die glänzende Gelegenheit, welche ihr im Dezember durch den Zuſammenſchluß von drei Vierteilen des Reichstags gegen das unerhörte Gebaren der Sozialdemokratie gegeben wurde, benutzt haben. Das ſei in Anbetracht der die ganze Bevölkerung auf das tiefſte bewegenden wirtſchaftlichen Frage ein ſo günſtiger Zeitpunkt geweſen, wie er ſo bald kaum wiederkehren würde. Eine Wahlparole hätte aber bedingt, daß die Regierung nicht nur ſelbſt in den Kampf eintrete, ſondern die Führung übernehme; daß ſie das aus Kampfesſcheu nicht tun wolle, ſei

der Hauptfehler unserer verfahrenen Situation, welche das Mahnwort des Wahlaufrufs rechtfertige. Unsere Machthaber zögen sich hinter die Entschuldigung zurück, sie hätten die jetzige Parteikonstellation vorgefunden und könnten daran nichts ändern. Hätte 1862 Bismarck ebenso gedacht und gehandelt, so würde er sich der damaligen allen unbesiegbar erscheinenden fortschrittlichen Majorität unterworfen haben und wir hätten die große Zeit von 1864 bis 1871 nicht erlebt. Persönlich wäre das für ihn natürlich bequemer gewesen, als der schwere Kampf der Konfliktszeit. — Auch in der dringend notwendigen Reichsfinanzreform versage die Regierung bisher gänzlich; wenn sie weiter die Zügel am Boden schleifen ließe, so wäre zu besorgen, daß in nicht ferner Zeit bei uns im Innern ein ähnlicher Moment eintreten würde, wie ihn Thiers im Frühjahre 1870 in bezug auf Frankreichs äußere Lage bezeichnete: „Il n'ya plus de faute à commettre". Um dieses zu ermessen, müsse man sich vergegenwärtigen, daß es eine Regierung unserer monarchischen Verfassung bedeute, wenn die Regierung nach den wenigen im vorigen Jahrzehnt gegen die Sozialdemokratie unternommenen schwachen Versuchen, welche sie im Sande verlaufen ließ, weiter die Hände in den Schoß legen wollte. Sie machte sich die Folgen nicht klar, welche ihre Erklärung, sie werde den Kampf den bürgerlichen Parteien überlassen, für logisch denkende Politiker haben müßte. Redner hätte schon früher betont, daß bei uns nicht wie in England, Frankreich, Italien 2c. die Souveränetät beim Volke und dem von diesem erwählten Parlamente läge, sondern bei der Krone, deren Ansehen durch die unter Wilhelm I. befolgte Politik neu gefestigt worden sei. Diese Machtstellung brächte aber Pflichten mit sich. Wolle die Regierung sich deren Erfüllung entziehen, so werde sich bei der kommenden Generation, die infolge der fehlerhaften Regierungspolitik leider ohnehin nicht mehr so monarchisch fühle wie die unsrige, die Argumentierung einstellen, daß mit dem Auftrage des Kampfes den bürgerlichen Parteien auch die Machtmittel zu dessen Führung übertragen werden müßten, die sie in den vorbenannten und anderen vollkommen republikanisch regierten Ländern besäßen, d. h. die Befugnis, aus einer in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie hervorgegangenen Majorität die Mitglieder der Regierung zu stellen, wie in England. Die Regierung treibe ein gefährliches Spiel, wenn sie selbst den Weg

wieſe zu dieſer Machtverſchiebung, mit anderen Worten zur Anbahnung der parlamentariſchen Regierungsform. Jetzt ſagten ſich viele Wähler, es käme ja doch wenig darauf an, ob und wie ſie ihre Stimmen abgäben, da eine Volksvertretung ohne beſtimmenden Einfluß auf die Regierung dieſer die fehlende Entſchloſſenheit nicht geben könne. Redner brauche nicht hervorzuheben, daß er, der nach ſeiner Abſtammung und Vergangenheit durch und durch monarchiſch fühle, eine ſolche Entwickelung beklagen würde; er halte es aber für ſeine Pflicht, darauf hinzuweiſen, wohin die Paſſivität unſerer Regierung führen müſſe. Der alte General Gerlach hätte einſt geſagt, es gäbe viele Leute, die begriffen, daß man Söhne haben könnte, ſehr viel weniger aber, die ſich klar zu machen verſtänden, daß es auch Enkel gäbe. In dieſe Klaſſe ſcheine unſere Regierung zu gehören, mit einem Worte in die der Kurzſichtigkeit. Wenn etwa ein Kapitän, deſſen Schiff bei Unbotmäßigkeit und Streik eines Teiles der Mannſchaft in Gefahr käme, die Kommandogewalt fahren laſſen wollte unter Appell an die Mitreiſenden, daß es ihre Pflicht ſei, die Meuterer zur Ordnung zu bringen, ſo würde jeder einen ſolchen Seemann mit Recht verurteilen. Leider paſſe dieſer Vergleich aber auf die Führung unſeres Staatsſchiffes. Wohin der Terrorismus und die Verhetzung der ſozialdemokratiſchen Agitatoren führe, habe man kürzlich bei dem Eiſenbahnſtreik in Holland geſehen. Wenn in dieſem Lande, das eine rein parlamentariſche Verfaſſung beſäße, Regierung und Volksvertretung ſich ſchwach erwieſen hätten, ſo wären die Folgen für die Geſamtheit verhängnisvoll geweſen. Bei uns habe die Regierung, trotz vieler ſchon verlorener Points immer noch mehr Gewalt als die holländiſche, ſie ließe ſich aber die Sozialdemokratie über den Kopf wachſen. Die weichliche Art z. B., in der dem Führer der Sozialdemokraten im Reichstag vom Regierungstiſch erwidert worden ſei, als er den Kaiſer und den Kronprinzen verunglimpfte, wäre Waſſer auf die Mühle der Sozialdemokratie. Wenn die Regierung ſtatt nur mit Worten durch Taten eingegriffen hätte, um die vielen Mitläufer und terroriſierten Arbeiter von den Demagogen zu trennen, ſo würden der Sozialdemokratie niemals ſo viele Stimmen zugefallen ſein; die meiſten ſeien nur von Irregeführten abgegeben, die im Ernſtfalle nichts weiter von ſich weiſen würden als den ſozialdemokratiſchen Zukunftsſtaat.

Wie die Agitatoren zu Werke gingen, um die Wähler irre zu führen, zeige deren Wahlaufruf, in dem die Hauptziele der Sozialdemokratie, d. h. Abschaffung der Religion, der Monarchie, der Familie, des Eigentums sorgfältig verschwiegen würden und als einziges, großes Stück die Abschaffung des stehenden Heeres parabiere; dieses allein aber sollte genügen, um den Sozialdemokraten Stimmen zu entziehen, denn es liege auf der Hand, daß wenn bei unserer bedrohten Lage in Europa nicht mehr die bisher als die beste bekannte Armee existierte, Deutschland bald wieder, wie in früheren Jahrhunderten, der Spielball seiner Nachbarn werden würde, die sich wohl hüten würden, ihre gutgeschulten stehenden Heere aufzulösen, und die in einer unebenbürtigen Volkswehr, zu der doch gerade die Arbeiter ein großes Kontingent lieferten, ungezählte Hekatomben anrichten würden.

Im übrigen beschäftige sich dieser Wahlaufruf hauptsächlich mit der Person des Redners, und zwar erheiternderweise in einer Form, als ob er dessen Verfasser sein ganzes politisches Glaubensbekenntnis persönlich mitgeteilt hätte. Zutreffend darin sei nur die Angabe über seine ohnehin bekannten Reichstagsabstimmungen für die Militärforderung und den Zolltarif, durch die er im Sinne seiner Wähler und zum Heile unserer nationalen Existenzbedingungen votiert habe. Wie gleichgültig sich die Sozialdemokraten über öffentlich im Reichstage festgestellte Tatsachen hinwegsetzten, beweise die vom Redner noch vor wenigen Monaten an der Hand der Präsenzliste widerlegte Anschuldigung, als ob er im Reichstage öfter gefehlt habe als andere;[1]) er sei nach Ausweis der Protokolle sogar der einzige Abgeordnete, der während der ganzen Session niemals unentschuldigt gefehlt habe, während manche sozialdemokratische Abgeordnete nachweisbar bis zu einem halben Jahre unsichtbar gewesen wären. Der viel beklagte Absentismus sei hauptsächlich durch die endlosen Reden der Sozialdemokraten veranlaßt: dagegen würden auch hohe Diäten keine Hülfe sein; auch für 20 Mark würde niemand zu bewegen sein, öfters die 2—8stündigen öden Dauerreden der Genossen über sich ergehen zu lassen. Ueber die Nachteile und Unwirksamkeit der Diäten habe Redner kürzlich im Reichstage

[1]) Vgl. die persönliche Bemerkung vom 3. und die Reichstagsrede vom 5. Februar 1903 oben S. 363 f. und 364 ff.).

gesprochen; ein besserer Ausweg würde sein, Abstimmungen etwa nur an den drei mittleren Tagen der Woche stattfinden zu lassen. Mit illoyalen Waffen zu kämpfen sei leider nicht nur der Sozialdemokratie eigentümlich, sondern auch der Freisinn scheue sich nicht vor ihrer Verwendung und griffe zu persönlichen Sottisen, weil es ihm an sachlichen Argumenten fehle. Eine Eskamotage begingen ferner die sozialistischen Agitatoren, indem sie stets wieder das Märchen aufwärmten, daß die Arbeiter bei uns lediglich ausgenutzt würden und nicht genug für sie geschähe. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß auf Grund der neuen Versicherungsgesetze 6735000 Personen Beihülfe empfangen hätten in der Höhe von (jährlich. D. H.) 434 Millionen Mark. Von dieser Summe hätten die Versicherten nur 182 Millionen aufgebracht, also 252 Millionen oder täglich 700000 Mark seien reine Zuwendungen. Wie sehr diese Zuwendungen gestiegen seien, ergebe sich aus dem Vergleich mit dem Jahre 1885, in dem sie 1 1/2 Millionen Mark betragen hätten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müßten die Leistungen zugunsten der Versicherten von Jahr zu Jahr erheblich zunehmen und würden in 2 Jahren eine halbe Milliarde übersteigen. Dies würde natürlich von den sozialistischen Agitatoren sorgfältig verschwiegen, aber den klügeren unter den Arbeitern könne die Tatsache nicht verborgen bleiben, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen jedes dieser Gesetze, wie zu guterletzt noch gegen die Krankenkassen-Novelle gestimmt hätten, so daß den Arbeitern nicht ein Pfennig zu teil geworden wäre, wenn die anderen Parteien, die wirklich arbeiterfreundlich zu nennen seien, mit den Sozialisten gestimmt hätten! Redner gab seiner Freude über die Wirkung der Versicherungsgesetze Ausdruck, die er als die beste Anwendung des praktischen Christentums bezeichnete, dessen Betätigung unseren bedürftigen Mitbürgern gegenüber von der Regierung Kaiser Wilhelms I. vorangestellt sei; er werde stets dafür wirken, daß der Arbeiterbevölkerung ein so großes Maß von Behagen und Wohlleben zugewendet würde, wie es mit der Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber verträglich sei; darüber hinaus würden die Arbeiter selber nicht gehen wollen, da sie sonst den Ruin der Unternehmungen herbeiführen und sich um den Lohn der Arbeit bringen würden. In anderen Staaten würde mit Neid anerkannt, daß nirgends so viel zugunsten der Arbeiter

geschehen sei, wie in Deutschland; es sei aber sogar von einem Mitgliede der Regierung anerkannt, daß mit der ausgebreitetsten Fürsorge für den Arbeiterstand die Repression der verhetzenden Tätigkeit der Agitatoren Hand in Hand gehen müßte. Neuerdings hätten auch die alten Säulen der freisinnigen Volkspartei in Berlin scharfe Stellung gegen die Sozialisten genommen, nachdem sie endlich erkannt hätten, daß deren Endzweck sei, das Unternehmertum in eine Knechtstellung zu bringen oder zu annullieren. Um so mehr sei es zu beklagen, daß die Regierung es versäume, diesen schon bis zur freisinnigen Linken durchgedrungenen Bestrebungen ihre Unterstützung zu leihen, andernfalls würde die jetzige Lauheit in der Wahlbeteiligung zum Schwinden gebracht sein: vor 5 Jahren hätten von mehr als 11 Millionen Wahlberechtigten nur wenig über 7 Millionen gewählt. Der Prozentsatz der Absentisten würde sich bei der jetzigen Wahl vielleicht noch erhöhen, keinesfalls seien diese aber den staatsfeindlichen Elementen zuzurechnen, und Sache der Regierungspolitik wäre es gewesen, ihre Teilnahmlosigkeit zu brechen.

Auf die Wirtschafts- und Handelspolitik übergehend konstatierte Redner, daß wir uns äußerlich noch in derselben Lage befänden wie vor 5 und 10 Jahren, da die alten Handelsverträge bisher fortliefen. Vor 10 Jahren hätten wir uns auf den Ausdruck des Bedauerns über deren Nachteile beschränken müssen, während vor 5 Jahren die Wahlen unter den Auspizien des zu beschließenden Zolltarifs gestanden hätten. Vor 2 Jahren habe er es an dieser Stelle zu beklagen gehabt, daß die Regierung im Gegensatz zu der in der Thronrede von 1900 ausgesprochenen Zusage den Zolltarif um eine Session zu spät eingebracht habe. Diese Versäumnis habe nicht nur den Reichstag, sondern auch die Regierung bezüglich des Beginns der Verhandlungen in eine mißliche Lage versetzt. Die knappe Zeit, die zur Verfügung blieb, hätte manche Ueberstürzung und Auslassung zur Folge gehabt, so z. B. seien dadurch die Resolutionen über Behandlung der Zölle auf Vieh und Gärtnereiprodukte nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Das sei um so mehr zu beklagen, als die in der Ende November erfolgten Verständigung verabredete bindende Erklärung der Regierung über die Viehzölle nun unausgesprochen geblieben sei. Infolgedessen seien gerade die kleinen Landwirte, die Viehzucht betrieben,

in Sorge und Ungewißheit. Um welche Werte es sich hierbei handle, hebe Graf Schwerins Referat hervor, nach dem die Erzeugung von Vieh und tierischen Produkten annähernd 4 1/2 Milliarden gegenüber dem Werte der Getreideproduktion von 2 1/2 Milliarden betrage. Wie schwer es den konservativen Abgeordneten geworden sei, in jene Abmachungen mit der Regierung zu willigen, hätten ihre Hauptführer verschiedentlich ausgesprochen. Redner sei bei jener Verständigung nicht beteiligt gewesen, habe aber nach sorgfältiger Prüfung der Situation ihr Ergebnis acceptiert und glaube damit nicht nur die Interessen der Gesamtheit, sondern auch speziell die seiner Wähler wahrgenommen zu haben, da der neue Tarif, wenn auch nicht alle wünschenswerten, so doch viele Verbesserungen gegen den jetzigen enthielte. Allerdings hätte er angenommen, daß die Delegierten der Fraktionen, als sie der Regierung eine mehr als Zweidrittel-Majorität zur Verfügung stellten, sich nach verschiedenen Richtungen, so z. B. Kündigung der Meistbegünstigungs-Verträge, hätten Zusagen machen lassen. Dies scheine aber nicht der Fall gewesen zu sein, und die Enttäuschung der konservativen Führer über die neuerliche Haltung der Regierung habe sich inzwischen laut erkennbar gemacht: am deutlichsten in dem höchst lesenswerten Referat, welches der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin, am 10. Februar in der Versammlung der Wirtschaftsreformer gehalten hätte; es gipfelte in dem Satze: „Für mich ist deswegen die Annahme eines unvollkommen verbesserten Generaltarifs eine verhältnismäßig unbedenkliche Sache, dagegen die Annahme eines unvollkommen verbesserten Handelsvertrages eine unmögliche Sache.“ Das resumiere den Standpunkt der Zweidrittel der Konservativen, die nach Annahme des Regierungsstandpunkts durch das Zentrum ein Mehr ohnehin nicht hätten erreichen können. Wer etwa meine, die Landwirte hätten größere Forderungen durchsetzen oder in Bälde erreichen können, kenne die maßgebenden Stellen nicht; es hätten Jahre vergehen können, bis ein anderer, wahrscheinlich schlechterer Zolltarif einem zweifellos schlechteren Reichstage vorgelegt worden wäre, denn bei der Gleichgültigkeit, mit der die Regierung dem Gebaren der radikalen Linken zusehe, und bei der Art, in welcher sie ihr durch Verordnungen und Verneigungen die Wege ebne, sei deren Anwachsen schwer zu hindern. Außerdem

seien Imponderabilien zu berücksichtigen, deren Bedeutung von denen, die den Bogen überspannen wollten, nicht in Rechnung gesetzt würden.

Daß die Regierung der Erwartung der Kündigung der Handelsverträge noch nicht entsprochen hätte, läge wohl daran, daß sie vor Fertigstellung des Zolltarifs in Verhandlungen mit den fremden Staaten nicht hätte eintreten können. Dies habe sie, wie gesagt, durch verspätete Einbringung des Tarifs selbst verschuldet; weshalb aber keiner der für uns nachteiligen Meistbegünstigungsverträge, so z. B. der argentinische, gekündigt würde, sei nicht abzusehen; der andere Staat würde in solchem Vorgehen nur einen Beweis unserer wirtschaftlichen Kraft sehen. Bei der Unklarheit über die Absichten der Regierung sei es zu bedauern, daß auf ihren Wunsch das Zentrum die Bestimmung über eine Frist für Inkrafttreten des neuen Tarifs eliminiert hätte; wäre sie stehen geblieben, so hätte die Regierung mit den Verhandlungen diligentiam prästieren müssen. Man hätte den Termin, um ihr Spielraum zu lassen, ja auch bis 1906 hinausschieben können, dann hätte man wenigstens Land gesehen, während jetzt Ungewißheit herrsche; diese sei auch für die Industrie höchst unbequem, die immer für langfristige Handelsverträge plädiert habe; man scheine die Initiative den fremden Kontrahenten überlassen zu wollen, die es jetzt in der Hand hätten, eine Kündigung eintreten zu lassen, nicht wie es uns, sondern wie es ihnen paßte. Wenn die Regierung behauptet hätte, daß die Festsetzung eines Termins für sie ein Mißtrauensvotum involviert haben würde, so hätte sie dazu keine Veranlassung, nachdem sie aus eigener Initiative für einige Getreidearten Minimalzölle vorgelegt und damit selbst ein Mißtrauen in ihre Festigkeit kundgegeben hätte. Der beste Beweis dafür sei, daß vor 1890 niemand an die Forderung von Minimalzöllen gedacht haben würde; damals herrschte die Ueberzeugung, daß die Regierung aus eigener Entschließung für alle Erwerbsstände am besten sorgen würde. Seitdem habe sich das Verhältnis umgekehrt. 1887 habe die Regierung 6 Mark Roggenzoll vorgeschlagen, der Reichstag habe auf Veranlassung von Windthorst nur 5 Mark bewilligt; jetzt habe der Reichstag der Regierung mehr geboten, sie sei aber trotz eingetretener Verbilligung der Frachten und der Getreide-

preise, sowie Erhöhung der Löhne und Abgaben noch unter den 1887er Satz heruntergegangen.

Wie bekannt habe die Regierung ursprünglich die Einbringung eines Doppeltarifs beabsichtigt; Frankreich mache bei einem solchen gute Geschäfte. Nachdem dieser Plan aber aufgegeben worden wäre, hätte sie besser getan, von Minimalzöllen abzusehen. Die betreffenden vier Nummern seien nur ein Testimonium ihrer Schwäche, d. h. daß sie sich nicht zutraute, den Forderungen der fremden Kontrahenten gegenüber fest zu bleiben: deshalb hätte sie sich auf eigenen Antrag die Hände binden, wie die Studenten sagen, Mensur ziehen lassen! Wie sollte die Regierung Vertrauen im Lande gewinnen, wenn sie selbst kein Vertrauen auf ihre Festigkeit habe und auf unsere wirtschaftliche Kraft, die doch der Herr Reichskanzler persönlich betont hätte, indem er im Reichstage hervorhob, Deutschland sei der beste Käufer der Welt. Wie richtig dies sei, beweisen zwei Zahlen: Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien hätten an Deutschland im Jahre 1901 für 1530 Millionen Mark Waren verkauft, während Deutschland an sie solche im Werte von nur 880 Millionen Mark abgesetzt hätte. Redner wolle durch trockenes Zahlenmaterial, obgleich es das beweiskräftigste sei, seine Zuhörer nicht ermüden, müsse aber doch einige alte Wahrheiten zu der am meisten umstrittenen Frage der Getreidezölle aussprechen: einmal die Tatsache, daß 50 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe nach den durch das Reichsamt des Innern angeordneten Untersuchungen, bei denen die Verschuldung außer acht gelassen wäre, jetzt überhaupt keine Grundrente mehr gebe; ferner daß der vielgeschmähte Großgrundbesitz von über 1000 ha Grundfläche, inkl. Domänen, nur 3 Prozent der gesammten Fläche Preußens betrüge, und daß die Besitzer unter 100 ha über 70 Prozent der Gesamtheit ausmachten; daß die landwirtschaftlichen Zölle, abgesehen von Mißernten, zu ihrem größten Teile vom Auslande getragen würden, sei erwiesen; bekannt sei auch, daß die Getreidepreise vor Einführung des Zolles höher gewesen seien als jetzt; ferner daß der Weizenpreis in Frankreich, obgleich es 22 Mark pro Tonne mehr Zoll erhöbe, nicht höher sei wie bei uns. In tiefere Einzelheiten einzugehen, führe zu weit, nur sei noch zu konstatieren, daß, wenn wirklich niedrigste Getreidepreise das erstrebenswerteste Ziel seien, die Auswanderung nach dem Innern Ruß-

lands eine enorme sein müßte, wo der Zentner Roggen unter 3 Mark gelte. Wenn die Brotpreise, welche durchaus nicht immer den Getreidepreisen folgen, allein maßgebend wären für das Wohlbefinden der Arbeiter, so würden letztere nicht das Streben nach dem teueren Westen haben, sondern auf dem Lande bleiben, wo sie bei sicherer Arbeit billigere Brotpreise hätten. Wenn die Landwirtschaft bei uns wieder rentabel gemacht würde, so würde, wie Professor Delbrück nachgewiesen, Deutschland seinen Getreidebedarf decken können, bis es über 140 Millionen Einwohner erreicht hätte. Allein in Preußen gebe es noch $2^1/_8$ Millionen ha Brachland, welches jetzt nicht kultiviert würde, weil es nicht lohnte.

Bezüglich der Industriezölle sei zu bemerken, daß den von einigen Seiten laut gewordenen Klagen über deren Höhe im neuen Tarif insofern die Berechtigung fehle, als sie nicht festgelegt seien und wir für die Verhandlung mit manchen Staaten hohe Industriezölle zur Verfügung haben müßten, da sonst die Konzessionen wieder auf Kosten der Landwirtschaft gehen würden. Es sei hier besonders an Nordamerika zu denken, über dessen unglaubliche industrielle Erstarkung in den letzten Jahren die Herren orientiert sein würden. Nordamerika sei der beste Beweis für die Hinfälligkeit der veralteten Manchesterlehre, daß ein Staat mit hohen Schutzzöllen nicht exportfähig sei: es würde niemals seine gewaltige wirtschaftliche Kraft ohne hohe Schutzzölle erreicht haben. Wenn das Freihandelsprinzip, das die Freisinnigen vertreten, richtig sei, müsse es doch werbende Kraft haben; alle Staaten, neuerdings sogar England, wenden sich mehr und mehr dem Schutzzoll zu, und es sei nicht anzunehmen, daß sie sämtlich gegen ihr eigenes Interesse handeln würden. Der Export würde bei den überall verstärkten Schutzzöllen immer schwieriger, um so mehr müsse der Inlandsmarkt gekräftigt werden, welcher bekanntermaßen zwanzigmal bedeutsamer sei als der ganze Export, und bei dieser Kräftigung des Inlandsmarktes habe Redner besonders den Handwerker- und Bauernstand im Sinne, für die Sozialismus und Freisinn nichts übrig hätten, sondern mit denen sie als „antiquiert" aufräumen wollten. Redner freue sich über jeden Export und jeden Verdienst unseres Handels, und wir alle seien bereit, ihn zu stützen, aber es dürfe darüber nicht vergessen werden, daß der Innenabsatz die Grundlage für einen gesunden Export sei,

geradeso wie eine gute Heimatspolitik die notwendige Grundlage der Weltpolitik wäre. An der Weltpolitik hätten wir gewiß unsere Freude, sie müsse nur nicht in Uebertreibung verfallen. 1891 habe die Hälfte der konservativen Partei sich für die damaligen ungünstigen Handelsverträge gewinnen lassen, weil man ihr vorgespiegelt hätte, es handle sich um „hohe Politik"; jetzt müsse man sich hüten, sich durch übertriebene Geltendmachung falsch verstandener „Weltpolitik" blenden zu lassen, um Handelsverträgen zuzustimmen, von deren Nutzen man an und für sich nicht überzeugt sei. Daß die jetzigen Handelsverträge ungünstig seien, wäre nicht nur die Meinung von dreiviertel des Reichstags gewesen, sondern auch die der verbündeten Regierungen, sonst würden diese nicht den neuen Tarif mit so vielen erhöhten Positionen eingebracht haben. Die jetzige Regierung wisse, daß bei den 1891er Verhandlungen Uebereilungen und Flüchtigkeiten auf unsere Kosten vorgekommen seien; es sei deshalb zu hoffen, daß bei Abschluß neuer Verträge mit größerer Sorgsamkeit verfahren und insbesondere das Interesse der damals stiefmütterlich behandelten Landwirtschaft besser gewahrt werden würde. Einer monarchischen Regierung müsse daran liegen, die Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten, denn wenn letztere wegen Unrentabilität unterginge und der Landmann proletarisiert würde, so würde die Sozialdemokratie so stark anwachsen, daß die heutige Stellung der Monarchie eine unhaltbare werden würde.

Immer richtig bliebe der Satz des alten Römers, daß ein Reich nur mit denjenigen Mitteln erhalten werden könne, durch die es entstanden sei. Die preußische Monarchie und der deutsche Kaiserthron seien aber nicht dadurch aufgebaut worden, daß jedem Kampf ausgewichen und der Radikalismus mit Konnivenz behandelt worden sei.

Redner schloß mit einem warmen Ausdruck des Dankes an seine Zuhörer und mit der Versicherung, daß er nach wie vor für die altpreußische monarchische Tradition und den Schutz aller Zweige der nationalen Produktion im Reichstag eintreten werde, falls der Wahlkreis ihm wieder sein Vertrauen schenken sollte.

63. Rede. Auf dem Hamberge am Sachsenwalde.

Am 21. Juni 1903.[1])

Bei der Einweihung des von den Studenten Deutschlands auf dem Hamberge bei Friedrichsruh errichteten Bismarckturmes hielt Fürst Herbert von Bismarck folgende Ansprache:

Geehrte Kommilitonen! So darf ich Sie anreden, da ich mich zu den Ihrigen rechnen kann, wenn auch nur unter der etwas elegisch klingenden Bezeichnung des alten Herrn. Die Festversammlung ist eine weit über den Begriff Kommilitonen hinausragende, ich darf mich aber mit meinen Dankesworten an diese wenden, weil sie mir die Ehre erwiesen haben, mich hierher einzuladen, und weil Sie mir schon vorher die Freude gemacht haben, mich in Friedrichsruh selbst zu besuchen.

Meine Herren! Wir haben eine Rede gehört, so warm empfunden und so formvollendet, wie sie selten gehalten wird. Da ich jetzt das Wort habe, um zu antworten, glaube ich, im Namen aller Anwesenden dem Herrn danken zu können, der so schön gesprochen hat[2]). Der Redner hat uns alle in solche Weihestimmung versetzt, daß selbst die allgemein empfundene Zustimmung in unserer Brust verblieb und sich nicht durch laute Bravo-Rufe kundgab.

Pectus facit oratorem haben wir alle gelernt, als wir noch zu den Füßen unserer Lehrer saßen, und das hat dieser Herr uns von neuem bewiesen. Was mich hier bewegt, meine Herren, wenn ich die Flammen sehe, die Sie in Ihren Händen tragen, und die von der mächtigen, gediegenen, würdigen Säule aufflammen, das ist die Erinnerung an den Spruch, den mein verewigter Vater zum Leitfaden seines Lebens gemacht hat. Der Herr Stahl hat uns deren Bedeutung in schönen deutschen Worten dargelegt. Es war ein kurzer lateinischer Spruch, den er einst auf einer dem Gottesdienst geweihten Kerze eingeschrieben fand, und den er in tiefer Empfindung auf sein eigenes Leben an-

[1]) Nach den „Hamb. Nachr." am 22. Juni 1903.

[2]) Festredner war stud. jur. Stahl von der Alemannia in Bonn.

gewandt hat: Inserviendo consumor. Diese Kerze hatte ihren Stand auf dem, was uns allen am heiligsten ist, auf dem Altar, und erfüllte dort ihren Zweck, indem sie zur Ehre Gottes leuchtete und sich verzehrte. In der Anwendung auf sich fügte er das Wort ein, das uns in diesem Leben am höchsten steht: patria. So heißt seine Lebensgeschichte patriae inserviendo consumor. Nun, meine Herren, was bedeuten diese Fackeln und diese flammende Säule anders, als daß uns jede einzelne sagt, zwar nicht direkt: patriae, aber doch memoriae primi cancellarii inserviendo consumor — das ist für unsere Auffassung gleichbedeutend. Denn die Bedeutung dieses Festfeuers besteht darin, daß es dem Andenken des Mannes geweiht ist, dem wir es verdanken, daß die Scholle, auf der wir stehen, deutsch ist. Und darum ist es mir persönlich heute eine besondere Genugtuung, in den wiedergewonnenen Herzogtümern meine Heimat zu haben und Sie hier auf deutschem Grund und Boden begrüßen zu können in diesem schönen Lande, wo noch vor vierzig Jahren — manche die hier anwesend sind, haben es noch miterlebt — die Fremdherrschaft bestand. Darum ist es von historischer Bedeutung, daß an der großen internationalen Verkehrsstrecke, wo in so vielen Zügen auch viele Angehörige anderer Länder vorbeifahren, dem Andenken dessen, der uns die Elbherzogtümer gewann, diese würdige Säule geweiht wird.

Meine Herren! Wenn Sie den heutigen Tag für das Aufflammen sämtlicher Bismarcksäulen für alle Zeiten bestimmt haben, so hat das seine markante Bedeutung. Mit tiefem Bedacht ist von der deutschen Studentenschaft der Tag der Sonnenwende ausgewählt, um dieses feierliche Denkmal einzuweihen zur Ehre desjenigen, der leider nicht mehr unter uns weilt; denn die Sonnenwende für Deutschland ist, das empfinden wir alle, denen das Herz höher schlägt beim Worte Vaterland, eingetreten, seitdem der Nationalheros von uns genommen ist. Es liegt eine gewisse Tragik in der Wahl dieses Tages der Sonnenwende. Aber darum wollen wir nicht verzagen; auf die jetzige Sonnenwende und die zunehmende Dämmerung folgt im Leben der Natur auch die andere Wende! Der allmächtige Gott hat uns auf den ersten Blättern der Bibel die Verheißung gegeben: Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Tag und Nacht, Sommer und

Winter. Wenn es Nacht wird, so hofft man auf den nächsten jungen Tag, und wenn es sich zum Herbste neigt, wissen wir, daß es wieder Frühling werden muß. So geht es auch im Leben eines Volkes, das sich nicht selbst aufgibt, und so wollen wir uns auch, wenn uns die Unzufriedenheit zu übermannen droht und die Herzen nicht mehr so hoch schlagen wollen, in Ansehung unserer Zustände trösten mit dem Worte, daß auch der Völkerfrühling wiederkommt. Nur wer an sich selbst verzagt, ist verloren. Und daß wir nicht zu verzagen brauchen, sehen wir, wenn wir die Blüte der akademischen Jugend unseres Deutschlands betrachten, das nicht umsonst von Gott ins Herz Europas gesetzt ist. Diese Blüte unserer akademischen Jugend ist auch die Blüte unserer Intelligenz und die menschliche Verkörperung der Vaterlandsliebe.

Von den feierlichen Huldigungen, welche die deutschen Studenten, dem ersten Kanzler im Jahre 1885, beim achtzigsten Geburtstag, in Kissingen, Jena dargebracht haben, hat er denen, die heute schon meistens politisch wirkende Männer sind, in persönlicher Begrüßung und Ansprache das Samenkorn ins Herz gelegt, das schon Frucht getragen hat, und dessen schönste Frucht ist die Treue zu Kaiser und Reich.

Wie die Zahl drei vielfach von Bedeutung gewesen ist in seinem Leben, wie er sie in seinem Wappenspruch in tiefreligiöser Demut angewandt hat: In trinitate robur, so sind es auch in seiner Grabschrift die drei großen Worte, die sein Wesen zusammenfassen: treu, deutsch und Kaiser! Diese Worte, mit denen er von uns geschieden ist, wollen wir als sein Vermächtnis hoch halten, solange wir Atem haben. Einer der größten Historiker, der Schotte Carlyle, hat als Quintessenz seiner Studien den ebenso treffenden als kurzen Satz formuliert: Die Geschichte der Völker ist die Geschichte ihrer großen Männer. In der heutigen Generation finden sich leider viele, die, idealen Regungen unzugänglich, nur kleinlichen egoistischen Interessen nachgehen, und denen das Verständnis des Heroenkultus abgeht. Solche Gesinnung liegt unserer edlen akademischen Jugend, Gott sei Dank, fern. Die Ideale, die uns von Kindheit an begeistert haben, und denen nachzustreben immer das Schönste im Leben sein soll — die wollen wir uns nicht verkümmern lassen. Wir wollen sie festhalten

als unsere Leitsterne, welchem Berufe und Stande wir auch angehören. Wir alle gehören zum Volk, und wir ehren uns mit, wenn wir unsere großen Männer ehren.

Diese machtvolle Gedenksäule möge für uns verkörpern die deutsche Einheit, die unsere Vorfahren erträumt haben, und für deren Aufrechterhaltung wir zusammenstehen wollen, wie die festgefügten Felsen des Denkmals. Wie Sie, meine Herren, jetzt trotz dunkler Nacht in farbenprächtigem Bilde gewappnet vor der Säule stehen, so wollen wir alle auch für unser Vaterland einstehen, wenn es einmal vollends Nacht zu werden droht. Ich kann meinen Dank an Sie alle nicht besser zusammenfassen, als indem ich angesichts dieses Bildes die Anwesenden auffordere, einzustimmen in ein Hoch auf unsere deutsche akademische Jugend: Sie lebe hoch! Vivat academia! Hoch! Hoch! Hoch!

Und wie wir Deutschen in christlichem Sinn gewohnt sind, vor allem Gott die Ehre zu geben, so schließe ich in Erinnerung an die große Zeit mit dem Wort des Dichters, das der Anblick dieser prächtigen Säule mir eingibt:

Des Feuerstoßes Geleucht facht an,
Der Herr hat Großes an uns getan![3])

64. Rede. In Posen.

Am 11. Oktober 1903.

Bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals in Posen brachte Fürst Herbert von Bismarck seinen Dank für die an ihn ergangene Einladung etwa in folgenden Worten aus:[1])

Er danke von ganzem Herzen für die freundliche Begrüßung, die man ihm habe zu teil werden lassen. Besonders gefreut habe es ihn, daß es durch den Mund eines Mannes geschah, dessen große Verdienste

[3]) Aus dem Siegeslied von Emanuel Geibel aus dem Jahre 1870: „Nun laßt die Glocken von Turm zu Turm“ u. s. w. Dort heißt es: „Des Flammenstoßes Geleucht facht an“. (Geibel, Heroldsrufe, S. 191.)

[1]) Hamburger Nachrichten, Nr. 482 vom 14. Oktober 1903.

um die deutsche Sache weit über Posens und Preußens Grenze hinaus bekannt seien.[2]) Der Mann, dessen Bild heute enthüllt worden, richtete vor neun Jahren die Mahnung an die Deutschen der Provinz, eine Wacht an der Warthe zu errichten. Dem Rufe seien sie gefolgt. Das Denkmal spreche für sich selbst. Es sei einfach und schlicht gehalten, und ganz besonders gefalle es ihm, daß nur ein Wort das Denkmal ziere: Bismarck.

Die Wacht an der Warthe sei anders aufzufassen als die Wacht am Rhein. Gelte es bei der letzteren in Waffen stark zu sein, so sei hier an der Warthe nur ein geistiger Kampf durchzuführen, ein Kampf, der dem deutschen Volkstum ganz besonders leicht fallen müsse, das sich stets für hohe Ideale begeistert habe.

Das Andenken seines Vaters werde von den Tausenden, die zu grüßen er die Ehre hatte, hoch verehrt. Warum verunglimpfen es die Angehörigen polnischer Zunge? Niemand kann doch die Wiederkehr der verrotteten Zustände des ehemaligen polnischen Königreiches wünschen. Und sein Vater hätte doch nur den Wunsch gehabt, die Polen zu treuen Untertanen Seiner Majestät des Königs von Preußen zu erziehen. Es gebe in unseren Parlamenten keine Fraktionen z. B. der Brandenburger, der Pommern, der Hessen. Warum gebe es eine polnische Fraktion? Solange die Polen diese nicht auflösen, könne man nicht daran glauben, daß sie die Idee aufgeben, Teile des Landes Preußen loszureißen vom Reiche. Und doch könnten sie nicht glauben, daß Deutschland und Rußland, jene befreundeten benachbarten Reiche, es je zugeben würden, daß zwischen ihnen ein neues Reich erstehe.

Die polnischen Bewohner dieses Landes sollten sich der Segnungen des Deutschen Reiches erfreuen und die Hand bieten, friedlich zusammen zu leben als Angehörige eines Landes in deutschen Grenzen. Eins können wir von den Polen aber lernen, das sei „die Einigkeit". Solange die Polen eine polnische Fraktion bildeten, müßten die Deutschen innerhalb der Provinz ihnen eine deutsche Fraktion gegenüberstellen.

Wenn der heutige Tag dazu beitrage, die Einigkeit zu stärken, den eigenen Ehrgeiz des Einzelnen zurückzustellen und diesen Mahnruf an die Deutschen zu beherzigen so sei dieser Tag nicht umsonst gefeiert

[2]) v. Tiedemann.

worden. „Der Hauptstadt der Provinz, dem Hauptsitz der Intelligenz der Deutschen dieses Landesteiles, der treuen deutschen Stadt Posen" galt das Hoch des Fürsten mit dem Wunsche, daß Posen wachsen, blühen und gedeihen und daß jedes Jahr die Zahl der Deutschen und der loyalen Bürger sich mehren möge.

65. Rede. Im Herrenhause.

Am 3. März 1904. [1])

Polenfrage.

Zur Beratung steht der zunächst dem Herrenhause vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, ich habe mich zum Worte gemeldet in Erinnerung an die Polendebatte vor zwei Jahren,[2]) wo ich ebenfalls Anlaß hatte, den Herren mit den polnischen Namen, Herrn v. Koscielski und Herrn Fürsten Radziwill, entgegenzutreten. Diese beiden Herren haben, wenn auch heute in erheblich milderer Form, in derselben Sache die Beschuldigungen vorgebracht, die damals von mir und in besserer und einbringlicherer Form von dem Herrn Grafen Hoensbroech, von Herrn Oberbürgermeister Delbrück, Fürsten Hatzfeldt und anderen widerlegt wurden.

Ich halte es für richtig, nicht nur den Herren vom Ministertische die Widerlegung der jetzt von neuem wiederholten unrichtigen Auffassungen jener Herren zu überlassen, sondern auch aus dem Hause dagegen Stellung zu nehmen. Wenn der Herr Fürst Radziwill in blumenreicher Sprache von Blüten und giftigen Schlangen u. s. w. gesprochen hat und von deutscher Voreingenommenheit gegen die Polen, so wird er damit gerade in diesem hohen Hause, in dem als in einer Art Senat, einer Gerusia, eine ruhige und abgeklärte Auffassung vorherrscht,

[1]) Verhandl. d. Herrenhauses. 1904. S. 98 ff.

[2]) In den Reden vom 5. Mai und vom 12. Juni 1902; vgl. oben S. 328 ff. und S. 337 ff.

nur milde Heiterkeit erregen. Eine Voreingenommenheit gegen unsere polnisch sprechenden Landsleute hat hier niemals existiert. Es ist gerade umgekehrt: die Voreingenommenheit besteht lediglich auf der andern Seite, und sie kommt von den Gesinnungsgenossen des Herrn von Koscielski im Reichstag sogar in recht drastischer Form zum Ausdruck. Herr von Koscielski hat mit Emphase betont: Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Wenn sich unsere polnisch sprechende Bevölkerung wirklich als Preußen fühlte — ich lege Nachdruck auf das Wort „Preußen" —, dann würde sie kein Bedürfnis haben, das hervorzuheben. Der Herr Minister hat schon entwickelt, daß es sich bei unserer Vorlage nicht um ein Ausnahmegesetz handelt, sondern daß deutsch redende und polnisch redende Bewohner der in Frage stehenden Provinzen vollkommen gleichmäßig behandelt werden sollen. Gegen diejenigen Landsleute polnischer Zunge, die sich als preußische Untertanen fühlen, bedarf es keiner Schutzwehr, und die Vorlage wäre nicht nötig, wenn die $2^1/_2$—3 Millionen polnisch sprechender preußischer Untertanen der Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien ebenso preußisch denken wollten wie wir; aber sie haben zuerst durch ihr Verhalten zu beweisen, daß sie nichts als Preußen sein wollen. Wodurch die polnischen Untertanen verkürzt werden sollen, ist unerfindlich, und es wird Herrn Fürsten Radziwill auch nicht gelingen, das nachzuweisen. Das Ansiedlungsgesetz bedingt keinerlei Gewalttat oder Zwang. Jeder sogenannte polnische Besitzer hat volle Freiheit, ob er sein Gut verkaufen will oder nicht.

Nun gar das vom Fürsten Radziwill gebrauchte Wort „bösartig". Er wird außer stande sein, in seiner engeren Heimat bösartige deutsche Beamte oder Private nachweisen zu können. Die Sache liegt gerade umgekehrt. Mit Bezug darauf möchte ich in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß Herr Graf Hoensbroech vor zwei Jahren eine reiche Blütenlese von Artikeln polnischer Zeitungen vorgetragen hat, die in einem hohen Grade von Erbitterung von „deutschen Hunden" und von „Totschlagen" sprachen. Ist das nicht bösartig? Ich will Ihnen ferner einen weiteren Beweis geben durch eine kurze Blütenlese von Ausdrücken polnischer Zeitungen aus letzter Zeit. Ich kann die polnischen Namen nicht aussprechen und will daher nur die Orte angeben, an welchen sie gedruckt sind: Pelplin, Posen, Kosten, Gnesen u. s. w.

Bemerkenswert ist der „Lech“ in Gnesen, der sogar das unschuldige Kinderspielzeug in den Bereich polnischer Hetzereien zieht. In dem betreffenden Artikel wird gesagt: Die polnischen Kinder sollen niemals deutsche Spielsachen kaufen; polnische Kinder, ruft daher allesamt einstimmig: fort mit dem deutschen Spielzeug! Es wird ein Boykott verhängt sogar über diese harmlosen Produkte und frühzeitig die Kinderseele vergiftet, der die Herkunft der Spielsachen und Bilderbogen doch ganz gleichgültig ist, wenn sie sich nur zu Weihnachten damit vergnügen kann!

Auf Herrn v. Koscielskis Deklamationen habe ich schon vor zwei Jahren die alte Fabel vom Wolf und vom Lamm angewandt. Da er sie vergessen zu haben scheint, muß ich sie ihm auf seine unberechtigten Wiederholungen von neuem in Erinnerung bringen.

Einer der Herren Redner erwähnte, daß die Sachsengänger jährlich viele Millionen nach Westpreußen und Posen zurückbringen und mit ihrem Verdienst Grundbesitz kaufen. Diese Summen sind aber nicht groß genug, um den polnischen Parzellierungsbanken das große Kapital zu liefern, mit dem sie arbeiten; da müssen noch andere Quellen fließen. Immerhin beweist der dauernde Zug der Hunderttausende nach unsern mittleren und nördlichen Provinzen, daß sie sich inmitten der rein deutschen Bevölkerung wohl fühlen, sonst würden sie nicht immer wiederkommen um das gute deutsche Geld nach Hause zu nehmen. Wenn der Fürst Radziwill von einem widerspruchsvollen Verhalten der Regierung gesprochen hat, so ist ein solches nur darin zu finden, daß leider in den Jahren 1890—1894 eine verkehrte Polenpolitik getrieben worden ist, die uns so weit zurückgebracht hat, daß es Jahrzehnte bedürfen wird, um den Verlust wieder einzubringen. Wir alle, denen das Heil des Vaterlandes am Herzen liegt, freuen uns, daß diese verderbliche Politik aufgegeben ist, und hoffen, daß von polnischer Seite auf einen solchen Widerspruch nie mehr wird hingewiesen werden können. Herr v. Koscielski hat sich einer etwas stärkeren Ausdrucksweise in seiner Rede als sein fürstlicher Landsmann befleißigt, damit aber um so weniger Eindruck gemacht; auf ihn paßt das Wort: Qui dit trop, ne dit rien. Man muß nicht unnötig forzieren. Seine falsche Auffassung über Eigentumsrecht ist ihm schon von dem Herrn Minister vorgehalten worden. Der § 15b berührt den Begriff des Eigentums in

keiner Weise, die dort gegebene Fassung enthält höchstens einen gewissen Vorbehalt über das Verfügungsrecht nach einer Richtung. Herr Koscielski hat es aber so dargestellt, als ob es sich dabei um die Anwendung der Konfiskationstheorie des sozialdemokratischen Zukunftsstaats handle. Wen will er damit betören? Es ist gar keine Rede davon, daß das Eigentumsrecht irgendwie in Frage gestellt werden soll. Der betreffende Paragraph ist um so einwandfreier, als er die volle Gleichberechtigung aller Bewohner Posens und Westpreußens aufrecht erhält.

Wenn Herr v. Koscielski von dem Tone sprach, der aus dem Walde zurückschallt, wie er hineinklingt, so hat er seine unmotivierte Behauptung in seinem Nachsatz selbst widerlegt, in dem er ausführte, der Ton sei durch den in der Reichstagfraktion neuerdings zur Herrschaft gelangten Radikalismus bedauerlich geworden. Dieser radikale Ton ist namentlich im Wahlkampf in Oberschlesien in unerhörter Weise zu Tage getreten, und wenn trotzdem Herr Koscielski hier wieder das Lamm spielen will, so heißt das die tatsächliche Wahrheit auf den Kopf stellen.

Ueber die scharfe Charakteristik seiner näheren Landsleute, mit der er seine Rede geschlossen, enthalte ich mich des Urteils, möchte aber doch sagen, daß unter diesen viele sind, die dem Könige den Treueid als Soldaten, Beamte oder Bürgermeister geschworen haben und die anstandshalber bereit sein müssen, offen zu bekennen, daß sie nichts als polnisch sprechende Preußen sind. Die polnische Fraktion im Reichstage redet immer von einer polnischen Nation. Eine solche gibt es nicht für uns, wir kennen innerhalb der Reichsgrenzen nur eine Nation. Von zwei Nationen kann man nur sprechen bei Personal- oder Realunion, wie zum Beispiel in Schweden-Norwegen und Oesterreich. Bei uns gibt es das nicht, sondern nur einen polnisch sprechenden Volksstamm, der nicht mehr Recht hat, sich als „Nation" zu bezeichnen, wie etwa die Wenden, die Kassuben, die Litauer oder die Friesen. Als historisches Kuriosum ist bekannt, daß der berühmte Franzose Thiers in den Zeiten zwischen 1866 und 1870 im französischen Parlament einmal von den intérêts de la nation Badoise gesprochen hat. Das war zur Zeit, als die Franzosen die deutsche Einheit verhindern wollten, heute lacht alles darüber. Ebenso komisch wirkt es aber für uns, wenn wir von der „polnischen Nation" innerhalb der schwarz-weißen

Grenzpfähle sprechen hören. Unter dem Szepter des Königs von Preußen gibt es nur eine Nation.

Ich habe mir erlaubt, im Herbst vorigen Jahres bei einer sehr erhebenden Feier in Posen[1]) darauf hinzuweisen, daß unsere polnisch sprechenden Landsleute kein Recht haben, ihre Tendenzen nach Wiederherstellung des früheren Polenreiches abzustreiten, solange sie noch in selbständigen Fraktionen im Abgeordnetenhaus und Reichstage fungieren. Wenn sie wirklich nichts sein wollten als Preußen, wie die in diesem Hause sitzenden Herren polnischen Stammes es zu meiner Genugtuung für sich immer betont haben, so müßten doch zuvörderst die sogenannten polnischen Fraktionen sich auflösen und in den Fraktionen des Zentrums, der Konservativen, der Liberalen oder welche sonst ihrer politischen Richtung entspräche, aufgehen. Wir kennen doch auch keine Fraktion der Hessen, Thüringer, Holsteiner oder Sauerländer; warum sollen wir bei uns eine Fraktion der Polen haben, wenn diese keinen großpolnischen Zielen nachstreben! Sobald die polnische Fraktion sich als nicht existenzberechtigt auflöst, wird auch der von Herrn von Below ersehnte Friede mit einem Schlage da sein. Dann wird mit Recht nur noch von polnisch redenden Untertanen des Königs von Preußen gesprochen werden, und wir werden glauben können, daß die Utopie des Großpolens begraben ist; denn eine Utopie ist und bleibt das, und es ist schwer zu verstehen, daß Kraft und Geld auf den Traum einer Wiederherstellung des alten Königreichs Polen verwendet wird, wie ihn auch Herr v. Koscielski seinerzeit in Lemberg[2]) an die Wand gemalt hat. Die erste Bedingung für die Wiederherstellung Polens wäre doch, daß das mächtige russische Reich der Auflösung verfiele. Mag es nun kommen, wie es wolle: die dem Zaren gehorchende Masse von 120 Millionen Slawen wird immer ein Damm gegen polnische Bestrebungen bleiben, und die 12 Millionen polnisch sprechender Menschen, welche zwischen Rußland und Deutschland wohnen, müssen sich doch sagen: Es ist ganz ausgeschlossen, daß die beiden mächtigsten Staaten Europas mit ihren zusammen fast 200 Millionen Einwohnern es jemals zulassen werden, daß sich zwischen ihnen ein neues, ihnen beiden feindliches Reich bildet.

[1]) Bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals in Posen am 11. Oktober 1903; vgl. oben S. 391 ff.

[2]) Im Jahre 1894; vgl. oben S. 338 f.

Also lassen Sie diese Utopie und seien Sie dankbar, wenn den polnischen Kindern das Deutsche beigebracht wird. Es ist für deren künftiges Erwerbsleben eine große Hülfe, wenn sie die deutsche Sprache völlig beherrschen.

Zur unnötigen Verbitterung trägt sehr viel bei der Ton der polnischen Presse. Ich habe vor zwei Jahren angeregt, ob es nicht ratsam wäre, wie es jetzt, soviel ich weiß, noch in den Reichslanden geschieht, zur Erleichterung der Kontrolle der polnischen Umtriebe die polnischen Zeitungen zu veranlassen, den deutschen Text neben den polnischen zu drucken. Das würde voraussichtlich die polnischen Redakteure und ihre Hinterleute veranlassen, etwas vorsichtiger bei der Abfassung ihrer Hetzartikel zu sein.

Wünschenswert wäre ferner die Wiederaufhebung der postalischen Uebersetzungsstelle, die lediglich eine Konzession an die polnische Agitation bedeutet. Das gehört aber nicht unmittelbar hierher, und ich erwähne es nur nebenbei, um die Umtriebe in der Provinz Posen besser zu beleuchten.

Bezüglich der Vorlage selbst möchte ich einleitend bemerken, daß dem Deutschtum vielleicht noch auf anderer Basis gegen die Tätigkeit der polnischen mit rasch umlaufendem Geld arbeitenden Banken geholfen werden könnte; ich meine durch Schaffung von Staatsdomänen in Posen und Westpreußen. Von den guten Domänen in Sachsen, Hannover u. s. w. würden sich leicht über 30 Quadratmeilen verkaufen lassen, und wir würden uns dadurch die Mittel zum Ankaufe von Domänen in Posen und Westpreußen verschaffen. Ich glaube, daß Domänen einen guten „nucleus“, einen Kern für Ansiedlungen bilden würden, da sie in der Hand der Regierung verbleiben, und um sie herum müssen sich kleine deutsche Ansiedler niederlassen.

Ich möchte nun bei der Kritik des § 15b gegenüber den beiden Herren der polnischen Fraktion — falls eine solche hier besteht, ich weiß das nicht — voranstellen, daß ich in bezug auf die staatsrechtliche und juristische Berechtigung dieses Artikels, soweit sie hier in Frage kommt, mehr Vertrauen habe zu dem preußischen Staatsministerium mit all den gewiegten Juristen, die hinter ihm stehen, als zu dem juristisch nicht so vorgebildeten Herrn v. Koscielski, der in diesem Paragraphen einen Verfassungsbruch sehen wollte! Meine Herren, so

etwas liegt dem Ministerium gewiß fern. Da aber außerdem behauptet worden ist, daß der § 15b mit der Reichsverfassung kollidiere, so möchte ich an einen Vorgang erinnern, der noch in vieler Gedächtnis sein wird und den ich mir in den letzten Tagen besonders lebhaft wieder zu vergegenwärtigen Anlaß hatte.

Im Deutschen Reichstage wurde am 1. Dezember 1885 eine Interpellation über polnische Ausweisungen gestellt, analog derjenigen, die den jetzigen Reichstag vor kurzem beschäftigt hat. Allerdings hielten die damaligen Repräsentanten der Regierung eine andere Stellung fest, als wir das jetzt erlebten, und die Debatte verlief nicht, wie in der vorigen Woche im Reichstag. Die Kaiserliche Botschaft, die damals die Rechte des Königs von Preußen gegenüber dem Deutschen Reichstage wahrte, ist in einem Stil und einer Sprache geschrieben, wie wir sie immer von den Ministerbänken hören möchten. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zwei kurze Sätze aus der Botschaft verlesen, in welcher der Allerhöchste Herr durch den Mund seines Ministers sprach:

> Wir haben die Verpflichtung, Unsere Rechte im Königreiche Preußen und die Rechte eines jeden Unserer Bundesgenossen in betreff der Landeshoheit ausdrücklich zu wahren.
>
> Wir haben gleich jedem der verbündeten Fürsten wesentliche und unbestrittene Hoheitsrechte der Einheit der deutschen Nation willig geopfert und dem Reichstage bezüglich Unserer Staaten weitgehende Rechte eingeräumt. — Aber mit gleicher Gewissenhaftigkeit sind Wir auch entschlossen, die Rechte Unserer angestammten Krone so, wie sie nach den Bundesverträgen zweifellos in Geltung stehen, nicht minder wie die eines jeden Unserer Bundesgenossen, unverdunkelt und unvermindert zu erhalten und sie zu schützen. — Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstages die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reich übertragen worden ist.

Und zur Erläuterung dieser machtvollen Worte sagte damals der Reichskanzler:

Ich habe dieser Verlesung auf Befehl meines Herrn, des Königs von Preußen, auch in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens eine Verwahrung des Rechtes Seiner Majestät hinzuzufügen, in Seinen Staaten und insbesondere in deren Grenzprovinzen die deutsche Nationalität in ihrem Bestande und in ihrer Entwicklung vor jeder Beeinträchtigung durch fremdländische Elemente und namentlich vor der weiten Ausbreitung der seit Jahrzehnten dort im Gange befindlichen Polonisierung deutscher Volksstämme zu schützen.

Meine Herren, diese nach Stil und Inhalt gleich vollendete Botschaft wollte ich dem heutigen Stenogramm einverleiben, ebenso wie die Erläuterung, in deren Fortgange betont wird, „daß der Bundesvertrag geschlossen ist zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts". Die Entscheidung darüber, was im einzelnen Bundesgebiete gilt, steht dem Souverän und seinem Staatsministerium zu.

Fürst Radziwill hat von Zwirnsfäden gesprochen, vielleicht in einem anderen Sinne, wie ich es meinen würde. Aber selbst wenn die Sache staatsrechtlich weniger klar liegen sollte, so handelt es sich hier in erster Linie um eine Frage der Staatsraison, der salus publica nicht nur im weiteren Sinne, sondern speziell der salus Germaniae und Borussiae; die Rücksicht hierauf ist die suprema lex. Hier heißt es auch, daß mir das Hemde näher ist als der Rock. Wir sind zuerst Preußen und wollen unsere Ostgrenze wahren, und da wollen wir uns nicht für die Auslegung eines Paragraphen künstlich Zwirnsfäden zusammendrehen lassen. Ich hoffe, daß die Staatsregierung Manns genug sein wird, die preußische Staatsraison voranzustellen und festzuhalten an der Wahrung des deutschen Ansehens und der deutschen Sprache in unseren deutschen Ostmarken.

(Lebhaftes Bravo.)

Eine nachdrückliche Abweisung polnischer Vermessenheit in derselben Debatte, ist das letzte, was an dieser Stelle zu verzeichnen ist.

Fürst von Bismarck:

Meine Herren, der Herr Vorredner hat sich bemüßigt gesehen, mir vorzuwerfen, daß ich immer dieselbe Rede halte. Ich habe

eine ähnliche Rede vor zwei Jahren gehalten, zu der ich durch seine unrichtigen Ausführungen veranlaßt worden war, und da er jetzt seine damaligen unberechtigten Klagen wiederholte, habe ich mich natürlich vielfach ebenfalls wiederholen müssen. Herr v. Koscielski hat heute in etwas gemäßigterer Form und nicht so wildem Tone gesprochen wie vor zwei Jahren, und das ist immerhin anzuerkennen. Ich habe mich daher weniger mit ihm zu beschäftigen brauchen als das letztemal und in meinen heutigen Ausführungen interessantere Gebiete berühren können. Wenn ich zu Wiederholungen genötigt worden bin, so ist das lediglich Herrn v. Koscielkis Schuld.

Wenn der Herr Vorredner Gewicht darauf legt — vermutlich wegen seines Leumundes bei seinen engeren Landsleuten —, daß er nicht den Ton, der jetzt vielfach in der polnischen Fraktion herrscht, ausdrücklich bedauert hat, so mußte ich nach seiner bezüglichen Bemerkung von ihm als wohlerzogenem Manne doch annehmen, daß er dies innerlich tut.

Herr v. Koscielski hat uns gesagt, er habe die Glacéhandschuhe abgelegt; dafür haben jetzt andere polnische Parlamentarier rauhe Preisboxer-Handschuhe angezogen.

Regiſter.

A

Abgeordnete vertreten Intereſſen der Geſamtheit gerade ſo gut wie der Reichskanzler 336.
Abſoluter Freihandel 112.
Abſtimmungstheorie Napoleons III. 231.
Acheronta movebo 355.
Ad absurdum führen 86.
Aeſop 337.
Afrika, Entvölkerung 33.
A gentilhomme gentilhomme à corsaire corsaire et demi 342.
Aichbichler, Kompromißantrag 259 f.
Aktenkenntnis 301.
Alarmruf der preußiſchen Regierung gegen die Polen von 1886 293.
Allgemeines Stimmrecht 355.
Altersverſicherung 90.
Amerika, Zuckerkäufe in Hamburg 176.
Amerikaner smart 349.
Anſiedelungen auf dreißig Jahre feſtlegen 341.
Anſiedelungsgeſetz bedingt keinerlei Gewalttat oder Zwang 394.
Anſiedlungsgeſetz kein Ausnahmegeſetz 295.
Antäus und Mutter Erde 122.
Anti-corn-law-league 269.
Antiſklavereibewegung, Konferenz in Brüſſel 79.
Antiſklavereivertrag von 1841 30.
Antrag Kanitz 146 ff.
Antrag Kanitz ein Notbehelf 147 ff.
Antrag Kanitz keine tadelloſe Laokoongruppe der landwirtſchaftlichen Kunſt 162.
Antrag Kanitz und Königstreue 165 f.
Antrag Kanitz, werbende Kraft 148.
Anweſenheitsgeſetz kompliziert 382.
Apia, deutſches Konſulat 58.
Arbeiterfreundlichkeit platoniſch (Molkenbuhr) 187.
Arbeiterfürſorge und Repreſſion ſozialiſtiſcher Agitatoren müſſen Hand in Hand gehen 382.
Arbeiterſchutz, Ausbau 85.
Arbeiterſchutzgeſetzgebung 92.
Archäologiſches Inſtitut 25.
Argentinien, Export nach Deutſchland 350.
Argentinien, Goldagio eine Art Exportprämie 350.
Argentinien, Meiſtbegünſtigungsvertrag 384.

Argentinien, Währungsverhältniſſe 142.
Armee ein Kampfmittel 175.
Arnim, Graf v., Samoa 237.
Artillerievermehrung 85. 108.
Attentate gegen Kaiſer Wilhelm I. 5. 7.
Aufbau, großer wirtſchaftlicher, von 1879 und 1881 112.
Aufruf zur Sammlung, eine Art Vermächtnis des Fürſten Bismarck 316.
Aumühle 10.
Ausländiſche Konkurrenz 167.
Ausland trägt Zoll 271. 279.
Ausnahmegeſetz gegen die Fenier 7.
Auswärtige Politik nicht Wiſſenſchaft, ſondern Kunſt 318.
Auswärtiger Etat 319.
Auswärtiges Amt, Prinzipien der Geſchäftsführung, vom Abg. Richter gerügt 44.
Auswärtiges Amt, Sparſamkeit 44 f.
Ausweiſungen, däniſche 229.
Autonomer Tarif 202 f.

B

Bäckerei, geſundeſtes Gewerbe 185.
Bäckereiverordnung 181 ff.
Bäckergewerbe in Bedrängnis 181.
Bagamoyo, Hafen 34.
Bagamoyo, Karawanenſtraße nach B. 81
Baku, Petroleumquellen unerſchöpflich 351.
Balfour, Bimetalliſt 136. 145.
Balkanhalbinſel, entzündbare Reibfläche Europas 124.
Bamberger, Dr. 74. 137.
Bande Verſchworener 7.
Barlach, RA. in Ratzeburg 8.
Barth, Dr., Ehre, Hand in Hand mit der Sozialdemokratie zu gehen 287. 319 f.
Barth, Dr., Bismarckſche Wirtſchaftspolitik 333 f.
Barth, Dr., Diäten 357.
Barth, Dr., Loblied auf Caprivi 321.
Bauern des dreißigjährigen Krieges 164.
Bauernmajorate 233 ff.
Baumbach, Dr., (Berlin) 24. 51.
Bebel, Abg. 187.
Bebel für die Polen 296.
Beckh, Abg. 322.
„Bedenkens" Bläſſe 268.
Behr, Dr., Abg., Samoainterpellation 237.
Behr-Behrenhoff, Graf v. 48.
Below-Saleske, v., Mitglied des Herrenhauſes 328.
Benda, v., Abg. 12.
Benediktiner von St. Ottilien-Reichenbach, Miſſion in Oſtafrika 38.
Bennigſen, v. 40. 113. 149.
Berchem, Graf, Generaltarif 322.
Berchem, Graf, Unterſtaatsſekretär 45 f. 203.
Berg- u. Hüttenmänniſcher Verein 353.
Berlin, ſozialdemokratiſche Rekruten 103.
Berliner Kongreß 8. 135.
Berliner Schutzleute ſozialdemokratiſch gewählt 197.
Berliner Neueſte Nachrichten 210.
Berliner Tageblatt 193.
Bern, deutſche Geſandtſchaft 51.
Bernſtein 305.
Bernſtein, Zuſchläge auf amerikaniſchen Weizen 350.
Bernſtorff-Gyldenſtern, Graf 5.
Berufsparlamentarier 287. 360.
Berufsparlamentarier, einige ſehr nützlich 367.
Beſtand an Gold und Silber 144.

Beste Parade ist der Hieb 298.
Betriebssteuer (Zucker) 179.
Beulen und Schwären der Polen (v. Kościelski) 338.
Bezirksverbände von Kassel und Wiesbaden 239.
Bierbankpolitiker 39.
Bis dat qui cito dat 325.
Bismarck, Graf Herbert, letztes amtliches Auftreten 81.
Bismarck, Graf Herbert, politisches Glaubensbekenntnis der glorreichen Traditionen Kaiser Wilhelms 85.
Bismarck, Graf Herbert, Wahlreden 5—11. 82—96.
Bismarck, Fürst Herbert, Abwehr 274 ff.
Bismarck, Fürst Herbert, angegriffen als Sohn seines Vaters 372.
Bismarck, Fürst Herbert, Hausleerer 322.
Bismarck, Fürst Herbert, nicht Interessent an Zuckerfabriken 336.
Bismarck, Fürst Herbert, polnische Stunden in der Jugend nicht gehabt 339.
Bismarck, Fürst Herbert, Vertrauen zu Deutschlands auswärtiger Politik 215.
Bismarck, Fürst Herbert, Teilnahme an Reichstagsverhandlungen 363 ff.
Bismarck, Fürst Otto, Aufruf zur Sammlung einer Art Vermächtnis 316.
Bismarck, Fürst Otto, Brief an Graf Herbert 88 f. 188.
Bismarck, Fürst Otto, Brief von 1848 an die Magdeburgische Zeitung 291.
Bismarck, Fürst Otto, Deutsches Reich sein Denkmal 197.
Bismarck, Fürst Otto, Diätenfrage durch Frhrn. v. Friesen 358.
Bismarck, Fürst Otto, Erfolg (Gründe) 257.
Bismarck, Fürst Otto, große Polenreden 1886 328.
Bismarck, Fürst Otto, Handelspolitik 203 ff.
Bismarck, Fürst Otto, hat 1862 unser Königtum vor parlamentarischer und demokratischer Ueberflutung gerettet 88.
Bismarck, Fürst Otto, hat nicht zum Kampf, sondern zur Abwehr gegen die Polen aufgerufen 290.
Bismarck, Fürst Otto, Möglichkeit, mit dem Reichstage ersprießliche Geschäfte zu machen, 1867 überschätzt 358.
Bismarck, Fürst Otto, Parlamentsherrschaft und Konventsgelüste 333.
Bismarck, Fürst Otto, Polen verunglimpfen sein Andenken 392.
Bismarck, Fürst Otto, Rede vom 6. Febr. 1868 313.
Bismarck, Fürst Otto, Rede vom 5. Dez. 1876 220. 319.
Bismarck, Fürst Otto, Rede vom März 1884 220.
Bismarck, Fürst Otto, Reden muß jeder gebildete Parlamentarier gelesen haben 276.
Bismarck, Fürst Otto, Revolution gebändigt 88.
Bismarck, Fürst Otto, Roheit der Angriffe auf ihn 197.
Bismarck, Fürst Otto, Ruhe des Naturforschers 197.
Bismarck, Fürst Otto, seine Geschichte die eines halben Jahrhunderts 291.
Bismarck, Fürst Otto, seine Politik publici juris 182.
Bismarck, Fürst Otto, seine politische Technik von den Männern der Folgezeit verlassen und vergessen 276.

Bismarck, Fürst Otto, Stellung zum Kulturkampf durch die polnische Seite der Frage bestimmt 296.
Bismarck, Fürst Otto und Bamberger 74.
Bismarck, Fürst Otto und Whitman 191.
Bismarck, Fürst Otto, Urkunden seiner Politik ein Nibelungenhort an Erfahrungsweisheit, Weltkunde und Geistesmacht ungehoben 376.
Bismarck, Fürst Otto: „Wir laufen niemand nach" 369 f.
Bismarck, Haß der Umsturzparteien gegen den Namen 98.
Bismarcksches System, wirtschaftliche Dinge nicht mit politischen vermischen 238.
Bodenrente, Fallen 267.
Börsenfrage 152.
Börsengesetz 167.
Börsensteuer 17. 120.
Boetticher, v., Entlassung 213.
Borneokompanie, engl. 25.
Boykott seit langen Jahren von den Polen ausgeübt 298.
Brandt, v., früherer Gesandte in China 304.
Branntweinmonopol 20 f.
Branntweinsteuer 17.
Branntweinsteuergesetz 172.
Breme, westfälischer Provinzialwiesendirektor 326.
Briesen-Böhne, Rittmeister 83.
Britisch Betschuanaland 72.
Brotgetreide als Viehfutter 280 f.
Brotkaufen der Bauern 95.
Brotpreise verschieden im Reiche 286.
Brotwucherer 287.
Brüssel, Antisklavereikonferenz 79 f.
Brüssel, internationale Münzkonferenz 135.
Brüsseler Konferenz, ottomanische Regierung 80.
Brüsseler Konferenz, persische Regierung 80.
Brüsseler Vertrag über Behandlung des Zuckers 333.
Buchführung der Landwirte 115.
Buchka, v., Abg. 181.
Bülow, Graf v., Bismarcksche Bahnen 308.
Bülow, Graf v., Erfahrung und große Fähigkeiten 301.
Bülow, Graf v., Ernst der politischen Lage 257.
Bülow, Graf v., Fähigster deutscher Diplomat 314.
Bülow, Graf v., Handelspolitische Beziehungen zu den Ver. Staaten 214.
Bülow, Graf v., innewohnende Höflichkeit 225.
Bülow, Graf v., Interesse für die Landwirtschaft 308.
Bülow, Graf v., Interessen der Gesamtheit, nicht bloß der Zuckerfabrikanten zu vertreten 336.
Bülow, Graf v., keine aggressive Natur 226.
Bülow, Graf v., sehr tüchtiger Staatsmann 308.
Bülow, Graf v., Sprung ins Dunkle 334.
Bülow, Graf v., versöhnlicher und erfahrener Staatsmann 226.
Bülow, Graf v., Zirkularerlaß über China 302.
Büreaukratie 224.
Bürgerliches Gesetzbuch 209.
Bürklin, Dr. 61.
Bukowina, Vieheinfuhr 201.
Bund der Landwirte, Bekämpfung der Freisinnigen Volkspartei 92.
Bund der Landwirte, keine politische Parteirichtung 84.

Bund der Landwirte, ohne ihn würden 1898 viel mehr Sozialdemokraten gewählt worden sein 118.
Bund der Landwirte, Versammlung in Schönhausen 166.
Bund der Landwirte, Zweck: Zusammenfassung der 50 Prozent an der Landwirtschaft interessierten Teile der Bevölkerung 88.
Bundestag 195.
Buren, holländische 70.
Burg, Rede im Jahre 1901 307 ff.
Burg, Wahlrede 89 f.
Burg, Wahlrede im Jahre 1903 368 ff.
Burgsdorff, v., Mitglied d. Herrenhauses 328.
Burton über Sansibar 33.
Buying of the barbarians 320.
Byzantinismus nach unten (Obstruktion) 309.

C

Cape Copper Mining Company 71.
Caprivi, Graf, ehemaligen Untergebenen gesellschaftlichen Verkehr mit Fürst Bismarck verboten 194.
Caprivi, Graf, gelehriger Schüler und eifriger Anhänger der Freihandelstheorie 112.
Caprivi, Graf, Handelsverträge mit dem Mantel christlicher Liebe zudecken 34.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 87. 94. 99 ff. 131 ff.
Caprivi, Graf, Umsturzvorlage 196.
Caprivi, Periode 292.
Captatio benevolentiae 365.
Carey 135.
Carlyle 390.
Chaplin, Bimetallist 136.
Chicagoer Freie Presse 263.
China, deutsche Lebensfrage (Graf v. Bülow) 299 f. 304 ff.
China, europäische Kontrolle 306.
China, Seezölle 308.
Eisleithanien, Versöhnungspolitik 228.
Cobden 128. 143.
Cobdensche Irrtümer 265.
Cobdensche Lehren nicht mehr praktisch 288.
Congrégation du St. Esprit 38
Coup de désespoir 156.
Crois-tu m'attendrir? 338.
Cum grans salio 229. 342.
Curtius, Sprung in den Abgrund 116.
Czernowitz, Viehtransporte 199.
Czernowitz, Zollbefraudationsprozeß 125.

D

Dänenausweisung 222. 226.
Dampfersubvention 15.
Dar-es-Salaam, Hafen 34.
Dar-es-Salaam, Missionsstation 38.
„Das römische Reich, daß Gott erbarm" u. s. w. 229.
Decke wird zu kurz 117.
De deux choses l'une 218.
Deinhard, deutscher Admiral 29.
Delbrück, Oberbürgermeister in Danzig 340. 393.
Delbrück, Prof. Dr., Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin 268. 317.
Demokratisches Wahlrecht in Deutschland 236.
Demonetisierung des Silbers Ursache des Preissturzes 141.
„Des Feuerstoßes Geleucht facht an" u. s. w. 391.

Deutsch-afrikanische Minengesellschaft 71.
Deutsch-englischer Vertrag vom Herbst 1885 28.
Deutsch-englisches Abkommen vom 2. Juni 1885 35. 58.
Deutsche Arbeiter boykottiert von dänischen Hofbesitzern 229.
Deutsche Arbeiter stehen dem Grafen Bismarck als Landsleute am nächsten 114.
Deutsche Fraktion der polnischen gegenüberzustellen 392.
Deutsche Wirtschaftspolitik, Kardinalpunkt der neue Zolltarif 309.
Deutsche Tageszeitung 206. 363.
Deutsche Westafrikakompanie 71.
Deutscher Körper im Osten voll Wunden und Beulen 338.
Deutscher Landwirtschaftsrat 169. 267. 383.
Deutscher Nationalcharakter, Schwächen 228.
Deutscher Nationalstaat mit milden Mitteln erbaut 228.
Deutscher Orden 338.
Deutsches Reich Bismarcks Denkmal 197.
Deutsches Reich, Jahresschaden durch Maul- und Klauenseuche 283 f.
Deutsches Reich, vollkommen saturierter Staat 229.
Deutsches Volkstum von hohen Idealen begeistert 392.
Deutschfreisinn 17.
Deutschland, Ausfuhr nach Amerika 310.
Deutschland, Bedarf an Auslandswaren 373.
Deutschland, Beziehungen zu sämtlichen auswärtigen Mächten gut und freundlich 301.
Deutschland, demokratisches Wahlrecht 236.
Deutschland der beste Käufer in der Welt (Bülow) 373. 385.
Deutschland, Einfuhr aus Amerika 310.
Deutschland, Einkammersystem 362.
Deutschland, Ertrag an Brotgetreide 268.
Deutschland, Export 154.
Deutschland, freundschaftliche Beziehungen zur Schweiz 51 ff.
Deutschland, Gesandter in China ermordet 305.
Deutschland, Getreideeinfuhr 158.
Deutschland, Getreideproduktion 154.
Deutschland, Grundschuld 152.
Deutschland, Hebung des Exports 210.
Deutschland imstande, eigenen Getreidebedarf zu produzieren 317.
Deutschland, innerhalb der Reichsgrenzen nur eine Nation 396.
Deutschland, Kartoffelbau 155.
Deutschland nicht angewiesen auf amerikanischen Weizenimport 352.
Deutschland, nicht mehr regiert, nur verwaltet 377.
Deutschland ohne Armee Spielball der Nachbarstaaten 370.
Deutschland-Rußland, alte Beziehungen 320.
Deutschland-Rußland, Handelsverkehr 310 f.
Deutschland, Schnelldampfer 258.
Deutschland-Schweiz, Verstimmungen 52.
Deutschland, Schwerpunkt seiner Politik in Europa 305.
Deutschland, unbequeme geographische Lage 94.
Deutschland, Vereinigten Staaten gegenüber hohe Industriezölle im Generaltarif nötig 353.

Deutschland, Vertrauen zur auswärtigen Politik bei Parteien und Reichstag 215.
Deutschland von Gott ins Herz Europas gelegt 390.
Deutschland, Zuckerproduktion 178.
Deutschland, zu Frankreich beste wirtschaftliche Beziehungen 321.
Deutschland zu Oesterreich und Rußland politisch intim, handelspolitisch auf Nullpunkt oder unfreundlich 355.
Deutsch-österreichischer Handelsvertrag von 1901 eine Art Tributzahlung 320.
Deutsch-österreichisches Verhältnis wie eine katholische Ehe untrennbar 230.
Diäten, Entlastung der sozialdemokratischen Parteikasse 363.
Diäten proletarisieren das Parlament 363.
Diätenbewilligung nur mit organischer Revision des Wahlgesetzes 358.
Diätenfrage 309. 357 ff.
Diätenfrage, 1867 Kabinettsfrage 357.
Diätenfrage politische Frage 366.
Diätenlosigkeit, Aequivalent für allgemeines Wahlrecht 359.
Diätenlosigkeit conditio sine qua non bei dem geheimen Wahlmodus 316.
Diätenlosigkeit kein Schachzug gegen Sozialdemokratie gewesen 360.
Dichter im Olymp 123.
„Die Herren haben schon so viel gesagt" 2c. 222.
Dienstboten-Ausweisung 229.
Dienstpflicht im stehenden Heere 96.
Differenzielle Behandlung einzelner Staaten 122.
Diktaturparagraph, Aufhebung 342.
Diligentiam prästieren 384.
Dinder, ehem. deutscher Erzbischof von Gnesen 331.
Dingleytarif 348.
Dira necessitas 330.
Disagio in Rumänien 123.
Divide et impera 207.
Do ut des 205.
Dohrn, Dr., Leiter der Zoologischen Station in Neapel 41.
Domänenpächter, erziehliche Einwirkung auf polnische Arbeiter 341.
Donquixoterie 130. 291.
Doppeltarif fallen gelassen 373.
Doppelwährung 82.
Dreibund, seine unerschütterliche Pflege 258.
Dreijährige Dienstzeit 99.
Dreijährige Dienstzeit nie voll gehabt (Caprivi) 106.
Dresden, konservativer Parteitag 194.
Druckmittel gegen die Vereinigten Staaten 217.
„Du kannst in meinem Himmel mit mir wohnen" 123.
Dublin, Erzbischof von 117.
Durchgangswagen für Viehtransporte 199 f.
Durchschnittspreise von Weizen und Roggen 317.
Durchseuchung des Militärs mit sozialdemokratischen Ideen 104.

E

Eingeschobene (Tanztour) 276.
Einigkeit von den Polen zu lernen 392.
Einkommensteuer, Wegfall für Einkommen unter 2000 Mk. 9.
Einkommensteuerlisten 115.
Eisenbahntarife 152.
Eisenbahnwaggons, Ansteckung des Viehs 199 ff.

Elbe-Trave-Kanal 15. 323 ff.
Elbe-Trave-Kanal, Polizeigewalt 323.
Elbemündungen, Wiedergewinnung 730.
Elberfeld, sozialdemokratische Rekruten 103.
Elsässer, Dampfersubvention 15.
Elsaß-Lothringen, französische Zeitungen mit deutschem Paralleltext 342.
Elsaß-Lothringen, Wiedergewinnung 230.
England, an der Spitze aller Antisklavereibewegungen 28.
England, Ausnahmegesetze gegen die Fenier 58.
England, Beschlußfähigkeit des Parlaments bei 40 von 656 Mitgliedern 361.
England, Bimetallismus 136.
England, Getreidezölle 157.
England, Getreidezölle seit 1844 aufgehoben 281.
England, Grenzsperre gegen lebendes Vieh 198 ff.
England, Grundbesitz in wenigen Händen 95.
England, höhere Steuern für Heer und Flotte als Deutschland 127.
England, jahrhundertelange Kolonialgeschichte 45.
England, irische Frage 342.
England, Kolonialetat 25.
England, Landflucht dort am größten 281.
England, Landwirtschaft 95.
England, Nationalstaat 228.
England, Reichtum auf die Spitze gestellte Pyramide 128.
England, Rückgang der Landwirtschaft 271.
England, Seuchengesetzgebung 201.
England, Zinsverlust an Portugal, Argentinien und Griechenland 145.
Englische Arbeiter, bimetallistisch 137.
Entrüstung 156.
Entvölkerung Afrikas 83.
Entvölkerung der östlichen Provinzen 119.
Entwertung des Grund u. Bodens 116.
Erfahrungen, beruhigende, mit dem neuen Wahlgesetz, nicht gemacht 358.
Ergänzungssteuer 272.
Erisapfel der Zwietracht zwischen Industrie und Landwirtschaft 195.
Ernst ist die Zeit, noch ernster wird die Zukunft 369.
Ersatzreserve 109.
Ex aequo et bono 327.
Exempla docent 116.
Experimente mit der Armee 102.
Exportprämien 122.
Ex ungue leonem 86.

F

Fair play 218.
Faites-moi de la bonne politique etc. 340.
Fallen nach dem Gesetz des Quadrats der Entfernungen 113.
Faust 222.
Fechenbach, Frhr. v. 93.
Feindselige Agitationen, dänische 227.
Fenier, englische Ausnahmegesetze 7.
Fergusson, franz. Unterstaatssekretär 28.
Feste an der Nogat 338.
Fiat justitia — pereat regnum 227.
Fideikommißgesetz 233 f.
Fideikommißstempel 234 ff.
Finck von Finckenstein, Graf, früherer Landwirt von Lauenburg 327.

Fischbeck, Abg. (Deutschfreis.) 265. 277 ff.
Fischbeck, bäuerliches Vertrauen 285 f.
Fischer, Dr.: Mehr Licht u. s. w. 33.
Fleischbeschau 259 ff.
Fleischeinfuhr 259 ff.
Flottwell, Oberpräsident von Posen 328.
Fluchwürdigste Verbrechen 7.
Forsten, Erhaltung in Domänen und Fideikommissen notwendig 283.
François, v., Hauptmann 62 ff., 73 ff.
Frankfurter Friede, Meistbegünstigung 160.
Frankfurter Friedensvertrag 354.
Franke, Amtsgerichts-Rat in Ratzeburg 17.
Frankreich, Antisklavereibewegung 30.
Frankreich Deutschland am ähnlichsten ziviliſiert 288.
Frankreich, Doppelwährung 141. 144.
Frankreich, Getreidezölle 16.
Frankreich, Kolonialetat 25.
Frankreich, landwirtschaftlicher Kleinbesitz und hohe Kornzölle 95.
Frankreich, Maximal- und Minimaltarif 204.
Frankreich, Meistbegünstigungsvertrag 354.
Französischer Nationalstaat, gewaltsame Entwickelung 228.
Französischer Stempel auf den Prager Frieden (Art. 5) 231.
Freisinn, Bestrebungen: Freihandel, Demokratie, Miliz 91.
Freisinn, illoyale Waffen 381.
Freisinn, Kampfesweise 372.
Freisinn, Partei des eigentlichen wirtschaftlichen Stillstandes 277.
Freisinn vertritt nur kapitalistische Interessen 84.
Freisinnige Zeitung 274.
Freisinniger Waschzettel 371.
Freytag, G., Besiedelung des Ostens 119.
Friedberg, Dr., Abg., 134.
Friedrich d. Große 153. 234. 308.
Friedrich d. Große und Vereinigte Staaten 220.
Friedrichsruh 192.
Friedrich III., Kaiser, Oberhaus befürwortet 362.
Friedrich Wilhelm III. 328.
Friesen, Frhr. v., Sächsischer Bevollmächtigter zum Bundesrat 358.
Frisches Fleisch 259 f.
Froude, Leben des Lord Beaconsfield 157.
Fünfjährige Probe für zweijährige Dienstzeit 101.
Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 188. 195. 294.

G

Galen, Graf v. 147.
Gambetta, Revanche 339.
Gamp, Abg. 160. 266. 276.
Gasteiner Konvention 240.
Generaltarif für Handelsvertragsverhandlungen 167.
Generaltarif mit hohen Sätzen von Deutschland 1890 versäumt 120.
Generationes aequivocae 257.
Genthin, Reden aus dem Jahre 1901 312 ff.
Genthin, Wahlrede 85 ff. 208 ff. 375 ff.
Genthiner Wochenblatt 83. 85. 312. 373.
Gerechtigkeitsgefühl der Regierung 222.
Gerlach, v., General 370. 379.
Germania (Zeitung) 207.
Germania, Zentralverband der Bäckerinnungen 184.
Gerstenberg, Abg. 260.

Geſchichte der Völker, die Geſchichte ihrer großen Männer 390.
Geſellſchaft für Oſtafrika 27.
Getreidebau, Baſis der ganzen Landwirtſchaft 150.
Getreidebau, Einſchränkung empfohlen (Dr. v. Siemens) 283.
Getreidebörſen, Spekulation 89.
Getreidepreiſe, Befeſtigung auf mittlerer Höhe (Antrag Kanitz) 146 ff.
Getreideproduktion 154.
Getreideſpekulation, Urſache der Brotverteuerung 92.
Getreidezölle 16. 264 ff.
Getreidezölle, verbilligende Wirkung auf den Weltmarkt 279.
Gewerbe- und Steuergeſetzgebung 11.
Gingold-Staerck 193.
Gladſtone 143.
Glagau, Otto 8.
Glasgow, Rektoratsrede Lord Roſeberys 281.
Glebae adscripti 161.
Gleichberechtigung der Konfeſſionen in der kolonialen Miſſionsarbeit 45.
Glembocki, v., Abg. 294. 298.
Goblet, franz. Miniſter des Auswärtigen 30.
Göring, Reichskommiſſar in Südweſtafrika 65. 67.
Goldagio, ſpeziell in Italien 123.
Goldberger 352.
Goldfunde in Kalifornien 141. 143.
Goldpanik 143.
Goldwährung bedingt Schutzzölle 135.
Goldwährung, Wirkung auf die Landwirtſchaft 117.
Gommern, Wahlrede 90 ff.
Goßler, v., preuß. Kriegsminiſter 290.
Gothein, Abgeordneter 344.
Gothein, Zollverein 354.
Graudenzer Geſellige 342.
Great Karoo 70.
Gröber, Abg. 105. 365.
Groll, Vertrag 68.
Grolman, General v. 297.
Großgrundbeſitz, Animoſität der Linken 159.
Großgrundbeſitzer vernachläſſigen Viehzucht (Dr. v. Siemens) 282.
Grüner Tiſch 182.
Grund und Boden, hoher Preis 159.
Grund und Boden, Kaufwert in England am höchſten 271.
Grundbeſitz keine Ware 237.
Grundbeſitz ſicherer als Kapitalbeſitz 159.
Grundrente, 50 Proz. aller landwirtſchaftlichen Betriebe erzielt keine 267. 385.
Grunewald, Schlacht 340.
Gut Ding will Weile haben 215.
Gute Beziehungen zu Rußland 258.

H

Hänel, Prof. Dr., Abg. 226 f.
Hahn, Dr., Abg. 258.
H.-K.-T.-Verein 298.
„Halte feſt, was du haſt" u. ſ. w. 348.
Hamberg am Sachſenwalde, Bismarckturm 388 ff.
Hamburg, Dampferſubvention 15.
Hamburger Handelskammer 35.
Hamburger Nachrichten 98. 391.
Hamburger ſozialdemokratiſche Rekruten 103.
Hamlet 963.
Hammacher, Dr. 6 ff. 54. 57.
Hammerſtein-Loxten, Frhr. v. 134. 167 f.
Handelspolitik Bismarcks planlos (Richter) 202.

Handelspolitische Gleichberechtigung der Deutschen und Russen 131 ff.
Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Rußland 131 ff.
Handelsverträge an sich nicht verwerflich 86.
Handelsverträge 167 ff.
Handelsverträge, Bedeutung 202.
Handelsverträge, Kündigung 384.
Handwerk 312.
Handwerk hat nicht mehr goldenen Boden 196.
Handwerk, Not 94.
Handwerkerstand 11. 82.
Handwerker- und Bauernstand, Sozialdemokratie hat nichts für sie übrig 386.
Hansemann, David, Märzminister, Gegner der Diäten 361.
Hansemann, v. 298.
Haß gegen Grf. Herbert Bismarck ererbt 90.
Hat der Bauer Geld u. s. w. 16.
Hatzfeld, Fürst, Mitglied des Herrenhauses 341. 393.
Haußmann, Abg. 188 ff.
Havelberger Wochenblatt 82.
Hebung der Körnerpreise 167.
Heeresverstärkung 96 ff.
Heidelberger Programm 15. 17.
Heiliges römisches Reich 229.
Helldorf, v. 12. 26. 32.
Hemd näher als Rock 203. 400.
Henne mit den goldenen Eiern 304.
Hereros 62 ff. 73.
Heroenkultus 390.
Herzogtum Lauenburg, Kreis 239 f.
Heyl, Frhr. v., Abg. 278.
Heyl, Frhr. v., Amerikanische Handelsbeziehungen 347.
Heyl, Frhr. v., Meistbegünstigungsverträge 343.
Himburg, Abg. 285.
Hinterhand behalten 120.
Hitze, Dr. th., Abg. 186.
Hodenberg, v., Abg. 299.
Hoensbroech, Graf v., Mitglied des Herrenhauses 331. 393.
Hönigsberg, deutscher Kaufmann im Nigergebiet 58.
Hohenlohe, Fürst, Reichskanzler 148.
Holland, Eisenbahnstreik 371. 379.
Holland, jahrhundertelange Kolonialgeschichte 45.
Holty, Geheimrat 228.
Hompesch, Graf 188.
Horror vacui 120.
Horwitz, Dr. 22 f.
Hottentotten 73.
Howard, Prof. der Landwirtschaftslehre in Leipzig 266.
Huene, v., Abschwächungen 98.
Huene, v., Antrag 16. 85. 98.
Hydra 367.

J

Im Anfang war das Wort (die Tat) 315.
Imperatives Mandat für die Landwirtschaft freiwillig übernommen 116.
Indien, Währungsverhältnisse 142.
In fraudem creditorum 302.
Inlandsmarkt, Kräftigung 386.
Inlandsmarkt, überall der wichtigste 277.
Innenabsatz, Grundlage für gesunden Export 386 f.
Innerer Markt, wichtiger als der äußere 86.
Inn- und Knyphausen, Grafen 182.
Innungen 186.
Inserviendo consumor 389.
Internationales Menschenrecht 80.
In trinitate robur 390.

Invaliditätsversicherung 90.
Italien, Entwicklung des Nationalstaates 228.
Jazdzewski, Abg. 289 ff.
Jesuiten, aus den Schutzgebieten nicht ausgeschlossen 46.
Jesuiten in den Schutzgebieten 48 f.
Jesuiten in Ostafrika 46.
Johannsen, Abg. 222.
Justitia fundamentum regnorum 227. 339.

K

Kaiserliche Botschaft vom 17. Nov. 1881 15. 85. 187. 210. 399.
Kaiserliches Gesundheitsamt 198.
Kalabar 56.
Kalifornische Goldfunde 141. 143.
Kalmring, Abg. 116.
Kamerun 35. 55.
Kampfzölle 309.
Kaninchen, Fabel 337.
Kanitz, Graf v. 124.
Kanitz, Graf v., Interpellation über Ver. Staaten 214.
Kanitz, Graf v., Meistbegünstigungsverträge 343.
Kanitz, Graf v., Zuckersteuer 338.
Kanzlerwechsel 1901 308.
Kapland, beabsichtigte Annexion des deutschen Schutzgebietes 65.
Kapland, früherer Zustand 69.
Kapuzinerpredigt 229.
Kardorff, v., Abg. 1 ff. 114. 134. 146. 203. 319.
Kardorff v., Meistbegünstigungsverträge 343.
Kartell 89.
Kassandrarufe, Warnungen ernster Politiker 369.
Kassel, Bezirksverband 239.
Katholische Ehe, Bild des untrennbaren Verhältnisses Deutschlands zu Oesterreich 230.
Katholische Missionen 45.
Kaufrüben 169.
Kautsky 311.
Kein Kanitz, keine Kähne 165.
Kein Kanitz, keine Königstreue 165.
Kennemann 298.
Kiautschou keine Lebensfrage 307.
Kiel, konservativer Verein 195.
Klassensteuer, Wegfall für die unteren Klassen 9.
Klebegesetz 92.
Kleinbesitzer, zwei Millionen 162.
Kleine Leute 155.
Kleine Mittel 151 ff.
Kleine und mittlere Betriebe, Erhaltung 270.
Köller, v., Oberpräsident von Schleswig-Holstein 224.
Köln, Gürzenichversammlung über Sklavenhandel 27.
Kölnische Volkszeitung 346.
Kölnische Zeitung 359.
Kolonialabteilung 42 ff.
Kolonialabteilung u. Auswärtiges Amt 50.
Kolonialamt 47 f.
Kolonialbudget 24 ff.
Koloniale Ehe zwischen Deutschland und England 29.
Kolonialgesellschaft für Südwestafrika 71.
Kolonialpolitik der Regierung 16. 187.
Kommunalbeamte, Anstellung und Versorgung 238.
Kompetenz des Reiches 223.
Kompromißantrag über Fleischeinfuhr 257 f.

Kongostaat, Antisklavereibewegung 33.
Kongresse: zuerst Basis der Verhandlungen schaffen 135.
Konservatismus steht auf dem Boden der Traditionen Kaiser Wilhelms 99.
Konservative Fraktion — Konservative im Lande 195.
Konservativer Parteitag in Dresden 194 ff.
Konservativ-liberale Koalition 15. 17.
Kontinuität, Hauptsache in der Polenpolitik 341.
Kontrakt der Rübenbauer mit den Fabrikanten 172.
Kontrollaparat an der rumänischen Grenze 125.
Konventsgelüste 333.
Kopp, Kardinal 331.
Kornspekulation, amerikanische 212.
Koscielski, v., Mitglied des Herrenhauses 329 ff.
Koscielski, v., Glacéhandschuhe abgelegt 401.
Koscielski, v., Monomachus der Polen 337.
Koscielski, v., Programm 338. 393.
Koscielski, v., Rede in Lemberg 338.
Kosten der Heeresverstärkung 82.
Krankenversicherung der Arbeiter 90.
Kredit, ländlicher 152 ff.
Kröcher, v., Abg. 285. 369. 376.
Kronstadt 87.
Kropatscheck, Dr., Abg. 122.
Krupp 114.
Kuba, Zuckerproduktion 176.
Kuba, Verzugszölle in den Vereinigten Staaten 346.
Kulturkampf 49. 296.
Kurzsichtigkeit der Regierung 379.

L

Ladenschluß 182.
Ländliche Lohnarbeiter durch Dreschерlohn an Getreidepreisen interessiert 353.
Länge trägt die Last 39.
Lagos, Handelsstand 35.
Laisser aller, laisser faire 306.
Lamm und Wolf, Fabel 337.
Lancashire, Fabrikanten 142.
Landblockade Ostafrikas 32.
Landesverrat 74.
Landflucht, größte in England 281.
Landschaftliche Pfandbriefe 234.
Landwirte gehören zur Gesamtheit 150.
Landwirte unfähig, ihr Budget einzurichten 140.
Landwirtschaft 1891 von der Industrie im Stich gelassen 113.
Landwirtschaft, Ertrag bloß Verzinsung Gebäudewertes 272.
Landwirtschaft: für Freisinn stimmen — selbstmörderisches Beginnen 84.
Landwirtschaft, Lage 264 ff.
Landwirtschaft, Not 94.
Landwirtschaft, Rettung von Untergang und Proletarisierung 374.
Landwirtschaft, Sicherheitsanker für jedes Staatswesen 160.
Landwirtschaft, stiefmütterlich behandelt 84.
Landwirtschaft und Industrie wechselseitige Beziehungen 92.
Landwirtschaft verlangt weniger Steigen der Getreidepreise, als Schutz gegen deren weiteres Fallen 286.
Landwirtschaftliche Arbeiter im Osten 115.
Landwirtschaftliche Betriebe, 50 Prozent geben keine Grundrente mehr 267. 385.
Landwirtschaftskammern 286.

Langerhans, Dr., Abg. 199.
Lateiniſche Münzunion, Freundin der Doppelwährung 139.
Lauenburg 10.
Lauenburg, Albinusſchule 239.
Lauenburg, Kreis 323 ff.
Lauenburg, Kreis, Kaufpreis für ſeine Zeſſion von Oeſterreich an Preußen 240.
Lauenburger Kreisangelegenheiten 238 ff.
Lavelaye 135.
Leben und leben laſſen 113. 207.
Lebensfrage, Elbe-Trave-Kanal für Lübeck 324.
„Lebensfrage" in China 299
„Lech" in Gneſen 395.
Leckert-Lützow 191.
Leerer Dunſt 348.
Lemberg, v. Kosciełski 338.
Leutenot 229.
Levetzow, v., Abg., Fleiſcheinfuhr 260.
Lewis, Kapländer 65.
Lieber, Dr., Abg. 131 ff. 214. 222.
Lieber, Dr., amerikaniſche Handelsbeziehungen 347.
Liebermann von Sonnenberg 146. 165. 258.
Liebert, v., Major 81.
Liebknecht, Abg. 231.
Londoner Finanzchronik 304.
Lucke, Abg. 346.
Lübeck, Dampferſubvention 15.
Lübeck, Polizeigewalt über den Elbe-Trave Kanal 323.
Lübeck, ſchleunige Entſchädigung der Landwirte am Elbe-Trave-Kanal 325.
Lübecker Eiſenbahn-Zeitung 10.
Luther 198.
Lutz, Abg. 116.

M

Maaß, Dr. Karl, Handbuch 367.
Macco, Abg. in Siegen 358.
Macdonald, engl. Major 56.
Madagaskar 30.
Märker, Prof. 317.
Märkiſcher Sand 161.
Magdeburg, Umgebung 272.
Magdeburgiſche Zeitung 89. 291.
Magliani, italieniſcher Finanzmann 123.
Maharero 63 f., 74.
Maigeſetze 11.
Malietoa, ſamoaniſcher König 59.
Maltzahn-Gültz, Frhr. v. 12.
Manaſſe, Hererohäuptling 66.
Mancheſterliche Trugſchlüſſe 285.
Mancheſtermänner mit ledernem Beutel und ledernem Herzen 128.
Mandſchurei, nichts, was uns gleichgültiger wäre 302.
Manteuffel, Frhr. v., Abg., Führer der Konſervativen 98.
Manteuffel, Frhr. v., Interpellation über die Bäckereiverordnung 181.
Marienburg 338.
Marine, Rückſicht auf ſie 39.
Marſchall v. Bieberſtein, Frhr. 129. 147.
Marſchall v. Bieberſtein, Dingleytarif 348.
Marſchall v. Bieberſtein, Frhr. v., Entlaſſung 213.
Materialſteuer 171.
Maul- und Klauenſeuche 198 ff.
Maul- und Klauenſeuche, Jahresſchaden Deutſchlands 283 f.
Maximalarbeitstag 181 ff.
Maximal- und Minimaltarif 204.
Mehnert, Dr., Hofrat in Dresden 194.
Meiſtbegünſtigung 86.

Meiſtbegünſtigungsverträge 343 ff.
Meiſtbegünſtigungsverträge, Kündigung 167. 207. 383.
Meiſtbegünſtigungsverträge, reine 344.
Meliorationen 154.
Mendel, v., Abg. 87.
Merbach, Abg. 182 ff.
Militärkoſten, ein Beitrag zur Verſicherung gegen das Beſiegtwerden 82.
Militärreorganiſation 370.
Militärvorlage, Geſchichte 89.
Militärwochenblatt 100. 107.
Miliz, Wunſch der Sozialdemokraten 89.
Millenium 148.
Milow bei Rathenow, Wahlrede 93 ff.
Miquel, Dr. v., Bismarckſche Wirtſchaftspolitik 206.
Miquel, Dr. v., Dänenausweiſung 227.
Miquel, Dr. v., Fideikommißgeſetz 234 ff.
Miquel, Dr. v., Reichsfinanzreform 318.
Miquel, Dr. v., Unabhängigkeit der Bundesſtaaten vom Reiche 311 f.
Mirbach, Graf v. 119. 134. 188.
Mirbach, Graf v., Interpellation über das Fideikommißgeſetz 233 f.
Mirbach, Graf v., Polenfrage 337.
Mißernten nicht die Regel 279.
Miſſionstätigkeit in deutſchen Schutzgebieten durch deutſche Miſſionare 46.
Mitteleuropäiſche Zollunion, an und für ſich ſchöne Idee 287.
Mitteleuropäiſche Zollunion, Zukunftsmuſik 352.
Mobilmachung und Verſchiffung deutſcher Truppen nach China 299.
Molkenbuhr, Abg. 187.
Mombas, Miſſionsſtation 38.
Monarchiſche Regierung, hervorſtechendſter Charakterzug Stetigkeit 308.
Monomachus der Polen (v. Kosciełki) 337.
Morgenrot neuer Zeit 196.
Mozambique, Blockadezuſtand 27.
Mühlenfabrikate 18.
Müller (Sagan), Dr., Diäten 357.
Münchener Allgemeine Zeitung 361.
Münch-Ferber, v., Abg., amerikaniſche Handelsbeziehungen 347.
Münzkonferenzen in Paris und Brüſſel 135.
Munckel, Abg. 222.
My country, right or wrong 233.
Mythenbildung 42.

N

Nachtwächterſtaat, Wunſch des Fortſchritts 15.
Nago am Tana, Miſſionsſtation 38.
Namaquahs 73.
Napoleon I. 122.
Napoleon III., Abſtimmungstheorie 231.
Napoleon III., Trinkgelderpolitik 231.
Nationale Induſtrie 113.
Nationale Landwirtſchaft 113.
Nationale Produktion 86. 112.
Nationale Wirtſchaftspolitik von 1878, Rückkehr zu ihr 206.
Nationalvermögen, Verluſt an Silbermünzen durch Goldwährung 138.
Neapel, Deutſche Zoologiſche Station 407.
Negerhandel, Bekämpfung 26 ff.
Regierung unſerer monarchiſchen Verfaſſung 371.

Nels, Deutscher Kommissar 62.
Neue Handelsverträge 82.
Neuer Kurs 195.
Neues Wiener Tageblatt 189.
Neueste Nachrichten für Burg und Umgegend 307.
„Nichtswürdig ist die Nation" usw. 306.
Niederlande, afrikanische Interessen 33.
Niederlande, Eisenbahnstreik 371. 379.
Niederlande, Etat für Ostindien 25.
Niger, Zollfreiheit 35.
Nigerkompanie 35 ff. 54 ff.
Nigerschiffahrtsakte 57.
Nikanor 63.
Nikolaides 191.
Nörgler 369. 371.
Non liquet 179.
Non possumus 261.
Nordamerika, Deutsche Beziehungen 220.
Nordamerika, Doppelwährung 144.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung 75.
Norddeutscher Bund, Diätenfrage 357.
Norddeutsche Reichspost (Zeitung) 8.
Nordostseekanal, Entschädigungen 327.
Nordschleswig 312.
Normalarbeitstag 182.
Normann, seine Artikel Graf Herbert Bismarck zugeschrieben 193.
Not der heimischen Landwirtschaft 166 f.
Notschrei der Bimetallisten und Agrarier 134.
Nürnberg, Schriftstück über sozialdemokratische Unteroffiziere 194.

O.

Obst 30.
Obstruktion, Byzantinismus nach unten 309.
Oertel, Dr., Abg. 289. 367.
Oesterreich, Integrität 94.
Oesterreich-Rußland, beste Beziehungen 94.
Oesterreich-Ungarn, deutscher Handelsvertrag 86.
Oesterreich, Wunsch eines Handelsvertrages mit Deutschland (1889) 202 ff.
Oesterreichische Militärgrenze 72.
Oestliche Provinzen, Entvölkerung und Wiederbesetzung durch Slawen 119.
Oldenbergsche Korrespondenz 20. 165.
Orden in Westafrika 50.
Organisation der Handwerker 186.
Ostafrika, evangelische Missionen 38.
Ostafrika, französische Missionen 38.
Ostafrika, Jesuiten 46.
Ostafrika, Karawanenstraßen im Innern 78.
Ostafrika, katholische Missionen 45.
Ostafrika, Sklavenhandel 36 ff.
Ostafrikanische Gesellschaft 79.
Ostasien, nicht Angelpunkt der deutschen Politik 305.
Ostindische Kompanie 25.
Ostmarkenverein 298.
Ostmarkenverein, Abwehr gegen die Polen 329.
Ostpreußische Moore 161.
Otyimbingue 62. 67.

P.

Paasche, Dr., Abg. 129 f.
Pachnicke, Abg. 183.
Pachnicke, Abg., Großindustrielle 353.

Pächterfrage 269.
Pangani 34.
Pariſer Münzkonferenz 135.
Parität 369.
Parlamentariſche Büreaukratie 361.
Parlamentsherrſchaft 333.
Partie contractante 231.
Pectus facit oratorem 388.
Penzlerſche Sammlung 294.
Pères noirs und pères blancs 38.
Peſt, Mühleninduſtrie 124.
Petſchili womöglich niemals wiederſehen (Bülow) 304.
Pfälziſche Zeitung 90. 93.
Pfandbriefe 153 f.
Phädrus 337.
Phalanx, Angriffsformation 295.
Philipp von Makedonien 295.
Ploetz, v., Abg. 146.
Plüſchſofabauern 276.
Pökelfleiſch, Präparierung 259.
Polen, Ausnahmegeſetze gegen ſie beſtehen nicht 295.
Polen erſtreben Umſturz 295.
Polen, ſelbſtändige Fraktionen 397.
Polen, verfolgte Unſchuld 290.
Polen, Vieheinfuhr 201.
Polen, Wiederherſtellung des Königreichs iſt Utopie 397.
Polen, Wiederherſtellung in den Grenzen von 1772 295.
Polenfrage 289 ff. 328 ff. 337 ff. 393 ff.
Polenpolitik der Regierung (1893) 87.
Polenpolitik Preußens 1890—1894 verkehrt 395.
Polinnen, glänzende Eigenſchaften 341.
Polinnen, Herſchertalent 341.
Polinnen, verführeriſche Eigenſchaften 341.
Politik der verpaßten Gelegenheiten 369.
Politik des Schutzes der nationalen Arbeit 195.
Politiſches Abc 280.
Polniſche Fraktion — warum? 392.
Polniſche Minenarbeiter in Weſtfalen fordern eigenen Biſchof 331.
Polniſche Parzellierungsbanken 395.
Polniſche Zeitungen deutſchen Paral leltext 342. 398.
Polniſches Königreich, Wiederherſtellung der veralteten Zuſtände kann niemand wünſchen 392.
Portugal, Beitritt zu Blockademaßregeln in Oſtafrika 27.
Portugal, Schaumwein 345.
Poſadowsky, Graf v., Brief über notwendigen Zuſammenſchluß bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie 210.
Poſadowsky, Graf v., Fleiſcheinfuhr 259 ff.
Poſadowsky, Graf v., Zuckerſteuer 168. 171.
Poſadowsky, Graf v., Tarifvertrag mit den Vereinigten Staaten 343.
Poſen, Bismarckdenkmal 390 ff.
Poſen, Lage der deutſchen Bauern 340.
Poſt (Zeitung) 352.
Post hoc, ergo propter hoc 141. 226.
Pour la gloire de la patrie 340.
Prämienzahlung (Zucker) ohne Kontingentierung unmöglich 177.
Prager Frieden 223. 280 ff.
Preisbildung 167. 273.
Preisboxerhandſchuhe polniſcher Parlamentarier 401.

Preisſturz ſeit 1873, Gründe 139 ff.
Preſſe, dunkler Punkt 42.
Preßinſpiration, ihre Naivität 94.
Preußen, Brachland 386.
Preußen, Geſamtwert aller Vermögen 152 f.
Preußen, Grundſchuld der Landwirtſchaft 95. 112.
Preußiſche Handelspolitik 1862 und 1865 354.
Preußiſche Polenpolitik von 1848 „bedauerlichſte Donquixoterie" 291.
Preußiſcher Landtag, beſſere Geſchäftsordnung als der Reichstag 359.
Primo loco 201. 227.
Pritzwalk 376.
Produktion von Gold und Silber 141.
Pro et contra 270.
Proton pseudos, der Handelsvertrag mit Oeſterreich Ungarn 121.
Provinzialkorreſpondenz 79.
Prozeß Tauſch 190 ff.
Przeglond Wszechpolski, polniſches Blatt 339.
Pugu, Miſſionsſtation 38.
Punch 128.
Puttkamer, v., deutſcher Kommiſſar 56.

Q.

Quieta non movere 195.
Qui dit trop, ne dit rien 395.
Qui tacet consentire videtur 132.

R.

Radikaliſierung der einzelnen Fraktionen 360.
Radom, Viehtransporte 199.
Radziwill, Fürſt v., Mitglied des Herrenhauſes 380. 393.
Raffinade und Rohzucker, Verhältnis 179.
Rantzau, Graf zu 188.
Ratzeburg, Lehrerſeminar 289.
Ratzeburg, Reden 5 ff. 12 ff.
Raydt, Subrektor in Ratzeburg 17.
Rechberg, Graf v., öſterreichiſcher Miniſter 354.
Regierung will Führung nicht übernehmen 371.
Regierungsſyſtem, ſtark ausgeprägtes 224.
Rehobother Konſortium 71.
Reich muß uns doch bleiben 198.
Reichskanzlei, Gehälter der Subalternbeamten 11 ff.
Reichspartei, deutſche 15.
Reichspoſtdampferlinie nach Apia 58.
Reichsrecht bricht Landrecht 302.
Reichstag, Abſentismus von den Sozialdemokraten verſchuldet 372. 380.
Reichstag, Abſtimmungstage, beſtimmte 372. 381.
Reichstag, Auflöſung 81.
Reichstag, herabſetzende Reden 67.
Reichstag keine Schmetterlingsſammlung 365.
Reichstag, Leere des Saales durch ſozialdemokratiſche Dauerreden veranlaßt 372. 380.
Reichstag, Paſſivität des Präſidiums 197.
Reichstag, ſtärkere Frequenz 359.
Reichstagsabgeordnete geſchädigt durch Abweſenheit von zu Hauſe, nicht durch Anweſenheit in Berlin 363.
Reichstagsabſtimmungen auf beſtimmte Wochentage anſetzen 310.

Reichstagswahlen vom 16. Juni 1898. 213.
Reichsverfassung in den Schutzgebieten nicht eingeführt 95.
Reine Konsumenten — manchesterliche Fabel 87.
Relation zwischen Gold und Silber 143.
Remonetisierung des Silbers 142.
Republik, Wunsch der Sozialdemokraten 89.
Reservisten besser nach drei- als nach zweijähriger Dienstzeit 100.
Rheinische Missionsgesellschaft 72.
Rheinische Volksstimme 317.
Rheinisch-Westfälische Zeitung 369.
Rhodes, Cecil 159.
Ribot, französischer Finanzminister 138.
Richmondkonferenz 140.
Richter, Antrag Kanitz 165.
Richter, Bäckereiverordnung 181.
Richter, Bescheidenheit der Geldforderungen 46.
Richter, Bismarcks Handelspolitik 202.
Richter, deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag 188.
Richter, Nigergebiet 54.
Richter, politisches A-B-C 280.
Richter, Rübenbau 169.
Richter, Samoakonferenz 58.
Richter, Seele der Freisinnigen Zeitung 274.
Richter, Vorwurf gegen Fürst Herbert Bismarck 363.
Richter, Wir wollen unser Geld wieder haben 303.
Richter, Zuckersteuer 178.
Rickert 20. 50. 147. 265.
Riebeck, Jan van, holländischer Gouverneur der Kapkolonie 69.
Roesicke, Dr. (Kaiserslautern), Abg. 259.
Roggenzoll 384.
Rom nicht an einem Tage erbaut 136.
Rosebery, Lord, über Abnahme ländlicher Bevölkerung 281 f.
Royal Niger-Kompanie 35 ff. 54 ff.
Rübenbau 169.
Rübenzuckerindustrie 17.
Rückkehr der Jesuiten 369. 371.
Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland 188 ff.
Ruland, Prof. 317.
Rumänien, Getreideläger 124.
Rumänien, Handelsvertrag 111 ff.
Rumänien, Mühlenindustrie 124.
Rumänischer Handelsvertrag 119 ff.
Rupie, Entwertung 142.
Russischer Handelsvertrag 131 ff.
Russisches Getreideausfuhrverbot 158.
Rußland, Erhebung des Zolles in Gold 320.

S

Sachsen (Kgr.), Freundschaft für Fürst Bismarck 194.
Sachsen (Kgr.), Schlachtsteuer 18.
Sachsen (Prov.), Lage der Landwirtschaft 115.
Sachsengänger 395.
Sage mir, mit wem du umgehst, u. s. w. 212.
Salisbury, Kabinett 186.
Salus Germaniae und Borussiae 400.
Salus publica 400.
Samoa 237 f.
Samoa-Akte 237.
Samoakonferenz 58 ff.
Sandau, Wahlrede 82 f.

Sanders & Berwin, Schmalzraffinerie in Lauenburg 19.
Sandwichhafen, Exportschlächtereien 71.
San Francisco Call 263.
Sansibar, deutsche Konsularvertretung 40.
Sansibar, Klima 39.
Sansibar, Sklavenzahl und Sklavenhandel 33.
Sansibar, Sultan von 27.
Sans rime ni raison 226.
Saratogaabkommen 218. 345.
Sattler, Dr., Abg. 223.
Schafhaltung 283.
Schalscha, v., Abg. 142.
Schantung (Prov.), Deutschland 100 Millionen Mk. investiert 305.
Scharfmacher 369.
Schießausbildung 100 f. 107 f.
Schießresultate 100.
Schlacht- und Mahlsteuer 18.
Schlachtviehbeschau 259 ff.
Schleswig-Holstein, Herzog zu, Mitglied des Herrenhauses 342.
Schleswig-Holstein, Wiedergewinnung 230.
Schleuderpreise für den, der verkaufen muß 279.
Schmalzsteuer 18 f.
Schmetterlingssammlung ist der Reichstag nicht 365.
Schonhausen, Bund der Landwirte 166.
Schonhausen und Umgegend, landwirtschaftlicher Verein 206.
Schonhausen, Wahlrede 83 f.
Schriftlich fixiertes Wort muß mündlicher Rede vorgehen 302.
Schulmaßregeln in Nordschleswig 223.
Schurz, Karl 218.
Schutzzölle, Notbehelfe 148.
Schwankungen der berufenen Regierungsorgane 83.
Schweiz, Maximal- und Minimaltarif 204.
Schweiz, Niederlassungsvertrag 51 ff.
Schweiz, sozialistische Bestrebungen 52.
Schwerdtfeger, Abg. 146.
Schwerin, Graf, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates 383.
Schwerin-Loewitz, Graf v. 146.
Schwierigkeiten für deutsche Einheit kommen aus dem Reichstage 358.
Scripta manent 302.
Seeblockade Ostafrikas 29.
Semler, Abg., amerikanische Industrie 352.
Serbien, Handelsvertrag 111 ff.
Sieben Jahre des neuen Kurses nicht sieben fette Jahre 195.
Sieg, Abg. 298.
Siegle, Abg. 183.
Siemens 276 ff.
Sienkiewicz 340.
Silbermünzen in Deutschland eine Milliarde im Verkehr 138.
Sinecira 180.
Sklavenhändler, arabische 27.
Sklavenhandel in Ostafrika 77 ff.
Sklavenjagden, ihre Unterdrückung 26 ff.
Smith, Henry, englischer Gouverneur der Kapkolonie 70.
Societas leonina 113.
Soden, v., Gouverneur von Kamerun 56.
Solidarität der Grundbesitzer 95.
Sonnenwende 389 f.
Sonntagsruhe 182.
Sozialdemokraten, Dampfersubvention 15.

Sozialdemokraten nicht gleichberechtigt bei Regierungsmaßregeln 196.
Sozialdemokraten, Wahlaufruf 1903 Gipfel der Heuchelei und Unehrlichkeit 370.
Sozialdemokratie, Abschaffung der Armee 370 f.
Sozialdemokratie, Eindringen in die Armee 103.
Sozialdemokratie, Hauptziele Abschaffung von Religion, Familie, Eigentum 380.
Sozialdemokratie, Irregeführte 371.
Sozialdemokratie, Terrorismus der Agitatoren 314. 379.
Sozialdemokratie, zum Kampf gegen sie drei Viertel der Reichstagsabgeordneten (1902) bereit 369.
Sozialdemokratische Eskamotage 372.
Sozialdemokratische Stimmen: nicht fünf Sechstel, nicht einmal drei Viertel von wirklichen Sozialdemokraten 371.
Sozialistengesetz, erstes 3 ff.
Spahn, Diäten befestigen Band der Einheit 362.
Spahn, Diäten erhöhen Arbeitsfreudigkeit 362.
Spandau, Stadtverordnetenversammlung 359 f.
Spandauer Probebataillon 100.
Spanien, abgelaufener Handelsvertrag 86.
Spanien, Handelsvertrag 111 ff.
Sped, Abg., Meistbegünstigungsverträge 343.
Sprüchwort über das Lachen und wen man daran erkennt 219.
Sprung ins Dunkle (Brüsseler Zuckerkonvention) 334 f.
Staatliche Geheimbüreaukratie 361.
Staatsdomänen in Posen und Westpreußen nötig 398.
Staatsraison 400.
Staatsraison primo loco maßgebend 227.
Staatssekretäre, ihre Posten 1898 so gut besetzt als denkbar 213. 215.
Staatsvertrag Preußen-Lübeck über Elbe-Trave-Kanal 323 ff.
Stablewski, v., Erzbischof von Gnesen 332.
Stablewski, v., Mitglied der Slachta 331.
Stablewski, v., Polenpolitik 87.
Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen 337 ff.
Stahl, stud. jur. aus Bonn 388.
Staudy, v., Abg. 169. 298.
Stecknitzkanal 15.
Steinhauer, Abg., den Wählern von Schlawe und Rummelsburg überlassen 276.
Steuern in allen Ländern des Kontinents mehr als in Deutschland 91.
Steuerreform 8 f.
Stirum, Graf zu, Abg. 376.
Stockmann, Dr., Abg. 226.
Stolberg, Graf 198.
Stumm, Frhr. von 113 ff. 124. 163.
Südafrikanische Republik 70.
Südwestafrika, Bergbehörde 73.
Südwestafrika, Export und Import 72.
Südwestafrika, Fleischexport 72.
Südwestafrika, Gesellschaften 71.
Südwestafrika, Polizeitruppe 73.
Südwestafrika, Spirituoseneinfuhr 73.
Südwestafrika, Straußenfedern 72.
Südwestafrika, Waffenimport 73.

Südweſtafrikaniſche Geſellſchaft 68.
Südweſtafrikaniſches Schutzgebiet 61 ff.
Summum jus summa injuria 227.
Suum cuique 374.
Sweeping measure 198.
Syſtem von Rotbehelfen (Caprivi) 109.

T

Taaffe, Syſtem 228. 293.
Tabaksmonopol 9.
Tabaksſteuer 8 f.
Tabula rasa 120. 262.
Tafelbai 69.
Tageblatt für die Jerichowſchen und benachbarten Kreiſe 368.
Tageslöhne 266.
Tannenberg 338.
Tarife, Einwirkung auf Getreidepreiſe 273.
Tauſch, Prozeß 190 ff.
Teilbarkeit von Grund u. Boden 372.
Teilbarkeitsgrenze (untere) bäuerlicher Güter 235.
Teſa, polniſches Blatt 339.
Tempi passati 158.
Tempora mutantur 334.
Tendenz der Welt iſt heute ſchutzzollneriſch 159.
Terrainhinderniſſe in den Geleiſen der guten Beziehungen zu Rußland 258.
Thiers 378. 396.
Thorn, Rede Kaiſer Wilhelms II. für die Polen 291.
Thorn, Deutſcher Orden 338.
Thronrede vom 15. Jan. 1896 147.
Tiedemann, v. 298. 392.
Tſchert, Dr. Geo, Fünf Jahre deutſcher Handelspolitik 210.
Togo 55.
Toujours en védette 308.
Trade unions, bimetalliſtiſch 137.
Transvaalrepublik 70.
Traumbild, polniſches: Polen von 1772 339.
Treitſchke, Heinr. v. 10.
Trieb zum Vaterland 161.
Trinkgelderpolitik Napoleons III. 231.
Trumpf in der Hand der Regierungen 363.
Tſaobis 62. 73.
Tucheler Heide 161.
Tu te fâches, donc tu as tort 217.

U

Ueber den Löffel barbieren 349.
Ueberverſchüttete Milch klagen 158.
Ueberproduktion, Grund des Preisſturzes 139.
Ueberſetzungsſtelle, Aufhebung der poſtaliſchen 398.
Umſturz, von den Polen erſtrebt 295.
Umſturzparteien, Haß und Feindſchaft gegen den Namen Bismarck 88.
Umſturzvorlage 196 f. 209.
Unentbehrliche Lebensmittel 170.
Unfriendly proceeding 217.
Unitis viribus 207.
Univerſities Miſſion in Oſtafrika 38.
Untertanenverſtand, durchſchnittlicher 304.
Urteilsvollſtreckung, wechſelſeitige, zwiſchen Deutſchland und Rußland 22 f.
Uſakos 63.
Utilitätsſtandpunkt 261.

B

Bakuum ohne Handelsverträge 120.
Barzin, Polenreden Fürst Bismarcks von 1894 292.
Vaterland, konservative Zeitung 194.
Verarmte Landleute verfallen sozialdemokratischen Agitatoren 163.
Verbeugungspolitik der Regierung 369 f.
Verbrauchsabgabe (Zucker) 179.
Verdy du Vernois, preuß. Kriegsminister 42.
Verein der deutschen Zuckerindustriellen 170.
Vereinigte Staaten, Bitterschnaps aus Frankreich 346.
Vereinigte Staaten, Deutschlands handelspolitische Beziehungen 214 ff.
Vereinigte Staaten, Differenzierungen Deutschlands 345 f.
Vereinigte Staaten, Eisenwaren nach Deutschland 353.
Vereinigte Staaten, Meistvergünstigungsbeziehungen zu ihnen, größter Nachteil für Deutschlands Vertragsstaaten 350.
Vereinigte Staaten, Schaumwein aus Portugal 345.
Vereinigte Staaten, Schutzzoll hat ihre wirtschaftliche Kraft erzeugt 386.
Vereinigte Staaten, Vertrag mit Kuba 346.
Vereinigte Staaten, Zucker aus den englisch westindischen Kolonien und Portoriko 345.
Verkauf der deutschen Kolonien — Bambergers Wunsch 74.
Verminderung des Nationalvermögens 116.
Verordnung, kaiserl., vom März 1888 über Schürfrecht in Südwestafrika 71.
Verschuldung des gesamten Grundbesitzes 285.
Versicherungsbeiträge notwendige Uebel 82.
Versöhnungspolitik v. Caprivis gegenüber den Polen 293.
Versöhnungspolitik in Ostlei-thanien 228.
Verteuerung der Lebensmittel 87.
Verwaltungskosten der Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung 88.
Vestigia terrent 116.
Vexilla Poloniae prodeunt 293.
Vieh aus Oesterreich und Polen 199 f.
Viehzucht: Empfehlung (v. Siemens) bedingt Viehschutz 283 f.
Viehzucht, kleines Mittel 151.
Viele Köche verderben den Brei 221.
Vielhaben, Dr., Abg. 181.
Völkerfrühling 390.
Volkspartei, freisinnige, feindliches Element des ländlichen Erwerbslebens 84.
Volkspartei, freisinnige, republikanische Tendenzen 84.
Volkswirtschaftliche Korrespondenz 212.
Vollmar, v., Abg. 363.
Vom Zaune brechen 226.
Voreingenommenheit, deutsche, gegen die Polen existiert nicht, aber das Umgekehrte 393 f.
Vorschüsse, staatliche, auf Meliorationen 154.
Vossische Zeitung über Bäckereiverordnung 182.

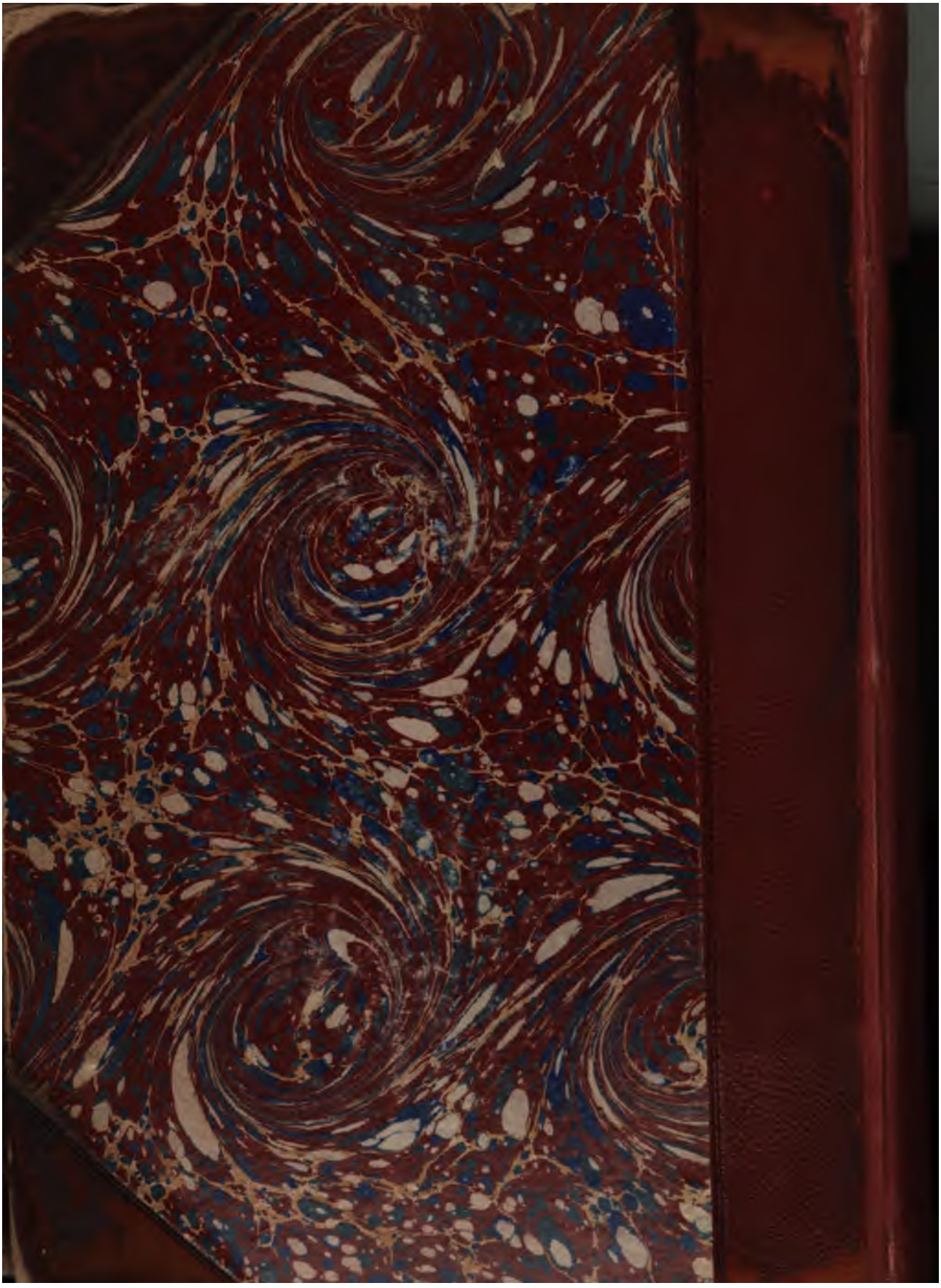
W

Wacht am Rhein und an der Warthe 392.
Wählerlisten, perennierende Fortführung 359.

Währungsfrage 134 ff.
Währungsgleichheiten 167.
Währungskommission, englische, von 1888 143.
Währungsverhältnisse, nicht normale 117.
Wahlgesetz, Erfahrungen 358.
Wahlparole 371.
Wagner, Prof. Dr. Adolf 309. 317.
Wahlkartell zwischen Freisinn und Sozialdemokratie 207.
Walbersee, Graf v., Sonderpolitik 42 f.
Walfischbai 73.
Wangenheim, Frhr. v., Abg. 261.
Warmes Herz für die arbeitende Bevölkerung haben alle Abgeordnete 114.
Warthe, Wacht an ihr ein geistiger Kampf 392.
Was deine Alba können u. s. w. 102.
Was kannst du armer Teufel geben? 211.
Wechselagio 123.
Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor 131.
Weizenpreis in Frankreich nicht höher als in Deutschland, obgleich dort 22 Mark Zoll mehr auf der Tonne 385.
Well and good 218.
Weltbürgerlicher Standpunkt auf dem Lehrstuhl angemessen 227.
Weltpolitik erfreulich, solange nicht übertrieben 387.
Werner, Prof., Geh. Reg.-Rat 266.
Westafrika, Orden 50.
Whitman 191.
Wied, Fürst zu, Präs. des preuß. Herrenhauses 238.
Wiesbaden, Bezirksverband 239.
Wilhelm II., Kaiser, Rede vom 22. September 1894 in Thorn 291.
Wilhelm II., Kaiser, Rede vom 28. März 1901 313.
Windthorst, Dr. v., Abg. 26 ff. 37. 44. 48. 79.
Wirtschaftliche Vereinigung aller produzierenden Stände 82.
Wirtschaftliche und politische Dinge nicht vermischen 219.
Wirtschaftsreformer 383.
Wir wollen unser Geld wieder haben (Richter) 303.
Wißmann 31. 34. 38. 40. 78. 80.
Witting, ehemaliger Oberbürgermeister von Posen 342.
Witwen- und Waisenversorgung 312.
Wöchentliche Maximalarbeitszeit 186.
Wöllmer, F., Abg., Gegenkandidat des Grafen Herbert Bismarck 88.
Woermann 26. 35. 54.
Wohlgemuth, Fall 51 f. 192.
Württemberg, Grundschuld der Landwirtschaft 95.

Z

Zacharias Zerana 64.
Zeitung für Pommern und Umgegend 90.
Zeitungen, deutsche, abfällige Artikel 67.
Zentenarfeier 195.
Zentralverband der Bäckerinnungen „Germania" 184.
Zentrum, Schoßkind der Regierung 377.
Zerrungen unter alten Freunden 114.
Zickzackkurs 308.
Zinsfuß, fallender 145.
Zölle, geringer Einfluß auf Getreidepreise 271.

Zölle, notwendiger und gerechter Ausgleich 288.
Zolldefraudationsprozeß in Czernowitz 125.
Zolleinnahmen, Verminderung durch die neuen Handelsverträge 86.
Zollerhöhungen gegen Rußland 221.
Zollkrieg, keine Sorge 356.
Zolltarif 315.
Zollverein, Oesterreich 354.
Zollvereinigungsvertrag von 1867 18.
Zoologische Station in Neapel 40 f.
Zubereitetes Fleisch 260.
Zucker, Gesamtproduktion 174.
Zuckerexport Deutschlands 177.
Zuckerexportprämien 122.
Zuckerfabrikation 151.
Zuckerfabriken gegen Brüsseler Konvention 335.
Zuckerkontingentierung auf 17 Mill. Doppelzentner nötig 177.
Zuckerkonvention übers Knie gebrochen 334 f.
Zuckerprämien, vorübergehende Maßregel 174.
Zuckerpreis 180.
Zuckerrohr, einjähriges, in Aegypten bewährt 177.
Zuckerrüben, Herstellungskosten des Zentners 179.
Zuckerrübenbau 268 f.
Zuckersteuer 167 ff. 333 ff.
Zusammenhalten der Produktionsgenossen 113.
Zusammenschluß der wirtschaftlich konservativen Parteien 310.
Zusammentreffen großer geschichtlicher Ereignisse 257.
Zuwendungen an Arbeiter 372.
Zweifrontenkrieg 94.
Zweijährige Dienstzeit 96 ff.
Zweikindersystem 235.
Zwirnsfäden 400.
Zwischenhändler bei Getreide 89.

3 2044 010 159 218